Forschungsberichte und Rezensionen

Bernd-Jürgen Wendt

Historische Aspekte der englischen Arbeiterbewegung

Ein Literaturbericht

Wer die englischen Gewerkschaften heute begreifen will, tut gut daran, sich intensiv mit ihren geschichtlichen Wurzeln im 18. und 19. Jahrhundert zu beschäftigen. Denn die Struktur des modernen Gewerkschaftswesens ist kaum verständlich ohne genauere Kenntnis vergangener und vielfach noch ungebrochen bis in die Gegenwart nachwirkender Erfahrungen aus der Zeit der Industriellen Revolution und des liberalen Frühkapitalismus und vor allem auch ohne Einblick in die reiche Palette lokaler und partikularistisch-branchenspezifischer Traditionen. Kernbegriffe der englischen Arbeiterbewegung wie ›restrictive practices‹, ›craft unionism‹, ›closed shop‹, ›abstention of law and of State‹, ›job reservation‹, ›demarcation disputes‹, ›apprentice restriction‹, ›sectionalism‹ oder ›voluntary collective bargaining‹ verweisen auf eine bald zweihundertjährige Entwicklung, die sich — abweichend zur deutschen — durch ein hohes Maß an Kontinuität und Beharrungskraft gesellschaftlicher Institutionen und Erscheinungsformen auszeichnet, die auf uns heute vielfach wie Monumente einer industriegeschichtlichen Urzeit mit deutlich noch handwerklichem Einschlag wirken mögen. Der Historiker der englischen Arbeiterbewegung steht zunächst entsprechend hilflos vor einem Entwicklungsstrom, der nicht nur eine starke branchenmäßige Differenzierung aufweist, sondern sich, je weiter wir ihn ins 18. und beginnende 19. Jahrhundert zurückverfolgen, um so unübersichtlicher in viele einzelne Quellenströme sorgfältig konservierter lokaler Autonomien und sektionaler Sondererscheinungen auflöst. Wertvolle einführende Hinweise auf die damit aufgegebene Vielfalt von Forschungsperspektiven vermittelt die Aufsatzsammlung des Wirtschaftshistorikers *A. E. Musson* aus Manchester[1]. Das Buch bietet im ersten Teil (Kap. 1—4) einen generellen Überblick über die Grundzüge der Gewerkschaftsgeschichte von der Industriellen Revolution bis zur Gegenwart. Locker aufgelistet, erscheinen die unabdingbaren ideologischen, sozioökonomischen, politischen und rechtlichen Aspekte einer jeden Geschichtsschreibung über die Trade Unions; nachgezeichnet werden die Entwicklungstrends einmal im 19. Jahrhundert zwischen vorläufiger (1825) und endgültiger (1875) Legalisierung mit den Auseinandersetzungen über das freie Assoziationsrecht und die korporative Rechtsfähigkeit dieser Assoziationen, zum anderen die Trends in der modernen Gewerkschaftsbewegung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und schließlich die Entstehungsgeschichte des gewerkschaftlichen Dachverbandes TUC 1868. Der zweite Teil des Buches (Kap. 5—7) behandelt aus frühgewerkschaftlicher Sicht und der einer frühen Arbeitgeberorganisation die Sozialbeziehungen in zwei besonders traditionsreichen und exklusiven ›crafts‹ — im Druckerei- und im Schriftgießergewerbe — sowie eine der wesentlichen politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht nur für die Entfaltung dieser beiden Handwerke, sondern für die Emanzipation der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert schlechthin: den Kampf um die Pressefreiheit. Die generell an sich bei der Dokumentation von frühen ›independent local trade clubs‹ oder ›local unions‹ spezifischer Gewerbezweige recht schwierige

1 *A(lbert) E(dward) Musson,* Trade Union and Social History, Frank Cass and Comp. Ltd., London 1974, IX, 211 S., Ln., £ 8.25.

Überlieferungslage in den sogenannten ›branch records‹ ist beim Druckereihandwerk ausnahmsweise relativ problemlos. Auch lassen sich hier frühgewerkschaftliche Formen der Selbstverteidigung zur Absicherung von Lebensstandard und Arbeitsplatz in einer Zeit raschen technologisch-industriellen und ökonomisch-sozialen Wandels wie die künstliche Verknappung des Arbeitskräfteangebots durch Beschränkung der Lehrlingsausbildung (›apprentice restriction‹) oder auch Formen der Maschinenstürmerei, wie sie vielfach noch bis heute vorkommen, besonders gut auf ihre frühkapitalistischen Ursprünge zurückverfolgen. Der Kampf um die Pressefreiheit, um die Beseitigung steuerlicher Restriktionen wie der berüchtigten ›taxes on knowledge‹, der Stempel- und Papiersteuern, sowie gegen das ›law on seditious libel‹ war als wichtiger Teil des evolutionären Verfassungswandels im 19. Jahrhundert hin zum bürgerlich-liberalen Staat einmal verbunden mit der immer lauteren Forderung nach Öffentlichkeit des Parlamentes und zum anderen Ausdruck der Allianz zwischen politischem Reformradikalismus der ›middle class‹ und einer sich politisierenden Arbeiterbewegung in gemeinsamer Frontstellung gegen die ›landed aristocracy‹. Im dritten Teil (Kap. 8—9) beschäftigt sich Musson mit zwei weiteren konstitutiven Elementen der frühen Arbeiterbewegung, den Wurzeln der Ideologie des Genossenschaftswesens (›co-operation movement‹) in Lancashire und Cheshire noch *vor* den Pionieren von Rochdale (1844) und den sozialen Verhältnissen im frühen Fabriksystem, dargestellt an den ebenso berühmten wie in ihrem Aussagegehalt über die frühindustrielle Arbeitswelt umstrittenen Memoiren von Robert Blincoe. Mit Nachdruck stellt Musson das Dilemma des Owenismus und damit der gesamten Genossenschaftsbewegung heraus: eine neue und perfekte Gesellschaft auf genossenschaftlicher Grundlage unter den einschränkenden Bedingungen einer tradierten Klassengesellschaft mit festgefügten Besitz- und Kapitalverhältnissen rational schaffen zu wollen. Die (von John Brown verfaßte) Vita R. Blincoes war als klassisches Dokument unmenschlicher Kinderarbeit im frühen Fabriksystem keineswegs ein isoliertes Beispiel, in den dreißiger Jahren aber vorzüglich geeignet, um die breite Öffentlichkeit für die Mißstände der Frühindustrialisierung zu sensibilisieren. Sie gibt jedoch, wie noch weiter unten an den Untersuchungen von *Thomis*[2] zu zeigen sein wird, dem Sozialhistoriker die u. a. seit den *Hammonds*[3] in der Forschung sehr umstrittene Frage auf, wie weit die zeitgenössischen Berichte über die Fabrikarbeit verläßlich und zu verallgemeinern sind und wie weit die dargestellten Zustände nur Ausfluß fabrikherrlicher Willkür und Bösartigkeit gewesen sind oder nicht auch eher Resultat administrativen Unvermögens und immanenter soziostruktureller Mängel einer industriellen Umbruchsphase.

Der Sozialhistoriker wird, sobald er sich mit einem gegenüber der deutschen Entwicklung ungleich reicher differenzierten und komplexen Gebilde wie dem britischen Gewerkschaftswesen beschäftigt, nicht nur inhaltliche Anregungen bei einem problemorientierten Katalog von Sachaspekten, wie sie Musson bietet, suchen, sondern auch bei den systematischen Sozialwissenschaften wie der Industriesoziologie, die einen hohen Standard in England hat, anfragen müssen, wie weit hier bereits angemessene theoretische Raster und Modelle erarbeitet sind, um die geschichtlich gewachsene gewerkschaftliche Vielfalt unter generalisierte Aussagen subsumieren, sie gleichsam auf ihre Grundmuster (›patterns‹) kondensieren zu können, ohne jedoch die individuellen Erscheinungsformen allzu stark einzuebnen. Einen sehr anregenden Versuch strukturell-funktionaler und rollentheoretischer Analyse der ›industrial relations‹, ihrer Träger und Institutionen in dieser Richtung unternimmt unter international vergleichendem Aspekt der Soziologe *J. A. Banks* von der Universität Leicester[4]. Banks geht

2 *Malcolm I. Thomis,* The Town Labourer and the Industrial Revolution, B. T. Batsford Ltd., London/Sydney 1974, VI, 247 S., kart., £ 2.00; Ln., £ 4.00.

3 *J. L. and Barbara Hammond,* The Town Labourer, London 1917.

4 *J(oseph) A(mbrose) Banks,* Trade Unionism (= Themes and Issues in Modern Sociology, ed. by J. Floud and J. Goldthorpe), Collier-Macmillan Publishers, London 1974, VI, 138 S., Ln., £ 1.50.

von drei zentralen Aspekten des Gewerkschaftswesens aus: Gewerkschaften als Instrumente des ›collective bargaining‹ (infolge seiner ungleich weiteren inhaltlichen Bandbreite nur sehr ungenügend mit ›Tarifverhandlungen‹ zu übersetzen); als ›pressure groups‹ zur Durchsetzung sozialen Wandels und als Plattform zur Entfaltung einer ›democratic participation‹. Dieser dreifache funktionale Ansatz wird in jedem der drei Abschnitte des Buches wiederum in drei Richtungen vertieft; das jeweils erste Kapitel eines Abschnittes beleuchtet die genannten Grundaspekte aus der theoretisch-generalisierenden Position des Soziologen: ›The Sociology of Industrial Relations Systems‹ — ›The Sociology of the Trade Union Movement‹ — ›The Sociology of Democratic Organization‹. In einem nächsten Schritt wird die sozialwissenschaftliche Theorie konkret erprobt am empirischen Befund in Großbritannien: ›Collective Bargaining in Britain‹ — ›Welfare Unionism in Britain‹ — ›Union Democracy in Britain‹. Daran schließt sich drittens die komparative Erprobung in jeweils ganz unterschiedlichen Sozialsystemen: das ›collective bargaining‹ in Rußland und Jugoslawien — der ›business unionism‹ in den USA — die Gewerkschaftsorganisationen im anglophonen Bereich Afrikas. Die Zusammenfassung im Schlußkapitel leitet über in den Versuch, aus den Ergebnissen eine Prognose für den Fortbestand des sozialen Systems der ›industrial relations‹ in England herzuleiten.

Als Grundstruktur der ›industrial relations‹ arbeitet Banks in kritischer Auseinandersetzung mit führenden britischen und amerikanischen Industriesoziologen wie Dunlop, Flanders, Fox und Margerison und auch mit der Systemtheorie Parsons' drei ›sets‹ von relativ stabilen wechselseitigen sozialen oder auch Rollenbeziehungen heraus: die hierarchisch gegliederte und durch den unaufhebbaren Grundkonflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekennzeichnete kapitalistische Betriebsorganisation — die wenigstens vom Anspruch her egalitär strukturierte Gewerkschaftsorganisation — das ›collective bargaining‹ als Beziehungs- und Interaktionsgefüge zwischen Betrieb und Gewerkschaften auf den verschiedensten Verhandlungsebenen und in abgestufter Formalisierung. »The institutional analysis of industrial relations, condensed to its essentials in this diagram (i.a.p. 80), implies that each of the three sets of inter-role relationships — collective bargaining, enterprise organization and union organization — forms a role system in the sociological sense, for all that each to some degree impinges upon the others«. Innerhalb dieses stark schematisierten und statischen sozialen Interaktionsdiagramms der ›industrial relations‹ und bei seiner anschließenden Übertragung auf die konkreten britischen Verhältnisse (wobei auch der Report der ›Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations 1965—1968‹, kurz: Donovan-Report, einer kritischen Würdigung unterzogen wird) diskutiert Banks vor allem folgende Problemfelder: den Sozialkonflikt als Belastungsprobe sowohl für die ›inter-role relationships‹ in den einzelnen Subsystemen als auch für das ›role system‹ insgesamt — die Rolle der individuellen Persönlichkeit und die Bedingungen einer Dynamisierung und tendenziellen Veränderung des Systems und seiner Beziehungen (einer der besonders umstrittenen Punkte in der Systemtheorie!) — Rolle und Funktion der Shop Stewards in jedem der drei ›sets‹ mit der Möglichkeit auch des Rollenkonflikts — die unterschiedlichen Ebenen des ›collective bargaining‹ — die externen Eingriffsmöglichkeiten der Regierung. Dabei erscheint das Beziehungsgefüge auf der Ebene der Gewerkschaftsorganisation noch relativ konfliktfrei, wenngleich Banks hier im dritten Abschnitt über innergewerkschaftliche Partizipationschancen und Bürokratisierungsdefekte manche empirischen Abstriche am egalitären Modell macht. Dagegen führt innerhalb der ›enterprise organization‹ und des ›collective bargaining‹ der Basiskonflikt zwischen ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ resp. den jeweils Beauftragten als Rollenträgern nur deshalb nicht zur Sprengung des sozialen Systems, weil die Kontrahenten stets (vor allem in Tarifverhandlungen) auf halbem Wege im Kompromiß und zeitweiligen ›Waffenstillstand‹ innehalten und so etwas wie ein labiles, systemerhaltendes (freilich auch jederzeit aufkündbares) Gleichgewicht wahren. »Neither party to the process of bargaining, indeed intends to alter fundamentally the relationships which operate within the systems which it

links«. Nach *Flanders*[5], dem Banks hier folgt, und auch nach *Clegg*[6] sind ›industrial agreements‹ nur »compromise settlements of power conflicts«[7].
Die Analyse der Gewerkschaften als Instrumente sozialen Wandels sucht zu vermitteln zwischen zwei Extrempositionen, nach denen die Gewerkschaften entweder nur reagieren auf ökonomisch-soziale, politische oder auch technologisch-industrielle Herausforderungen, die unabhängig von ihnen gegeben sind, und damit gleichsam nur ›Geschöpfe‹ des sozialen Wandels sind, funktional allein darauf abgerichtet, das ihnen aufgegebene soziale System zu erhalten (›deterministic conception‹), oder den sozialen Wandel mehr oder minder selbst aktiv mit herbeizuführen, wobei gewerkschaftliche Militanz und die Arbeiterklasse allgemein geradezu zu allein auslösenden Faktoren dieses Wandels werden können (›voluntaristic conception‹). »The problem, in brief, is to devise a theory which will indicate just how much of history is determined by processes beyond human control and how much is consciously willed«. Nach Banks handeln Gewerkschaften gleichsam dialektisch, indem sie einerseits die Rahmenbedingungen (wie die technische und soziale Ausgestaltung des Arbeitsplatzes, die Marktdeterminanten des Betriebes, die gesellschaftliche Macht der Handlungsträger über den Betrieb hinaus, das System des Privateigentums und daraus abgeleitete Lenkungsfunktionen) in ihr Handeln deterministisch mit einzubeziehen haben, zum anderen aber auch ihrerseits stets erheblich auf eine Verbesserung dieser Rahmenbedingungen aktiv einwirken. Bevorzugte Mittel dieser Einwirkung sind das ›collective bargaining‹ als Herbeiführung eines zeitweiligen, kompromißhaften — teils formellen, teils informellen — Konsenses zwischen den Sozialparteien über Lohn- und Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne, die ›productivity agreements‹, d. h. Produktivitätsabkommen, die wieder straffer die Entlohnung und die Arbeitsplatzeinstufung an die individuelle Leistung binden sollen, sowie abgestufte gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen oder Druck auf gesamtpolitischer Ebene zwecks Durchsetzung von Nationalisierungsforderungen.
Eingehend werden die Einwirkungskanäle und Adressaten gewerkschaftlicher Veränderungsstrategien und ›pressure-group‹-Aktivitäten hin zum Wohlfahrtsstaat erörtert: Seit dem Zweiten Weltkrieg waren es immer weniger die betriebliche oder auch parlamentarisch-legislative Ebene als vielmehr Exekutive und Ministerialbürokratie. Dabei kam es schon seit 1940 — weitgehend damals kriegsbedingt — vielfach zu einer auch personellen Verflechtung von Gewerkschaftseliten und Regierungsapparat, eine Erscheinung, die auch in den USA zu beobachten ist. »[. . .] The second half of twentieth-century Britain has witnessed the leaders of such movements [i. e. pressure group movements], trade unionists amongst them, walking the corridors of Whitehall rather than those of Westminster«. Es blieb somit nicht aus, daß sich gewerkschaftliche Aktivitäten — in der Tradition des englischen ›trade unionism‹ — eher auf pragmatisch-kurzfristige Verbesserungen des Lebensstandards als auf eine Transformation der Sozialstruktur richteten. Die Frage nach einer erfolgreichen Durchsetzungsfähigkeit gewerkschaftlicher Reform- und Gegenmachtstrategien gegenüber einem immer stärker vermachteten und konzentrierten ›Kapital‹, aber auch gegenüber einer keineswegs immer klassenneutralen Staatsbürokratie führt unmittelbar in das Problem, wie sich eine im Gegenzug wirkungsvolle gewerkschaftliche Konzentration und Machtbündelung an der Spitze und demokratische Partizipationschancen an der Basis miteinander in Einklang bringen lassen. Über dem entsprechenden Abschnitt III. steht als Motto das bekannte Wort R. Michels': »Wer Organisation sagt, sagt Oligarchie«. Sind Verbürokratisierung, Hierarchisierung und Professionalisierung der Gewerkschaftsführung und ein damit einhergehender zu-

5 *Allen Flanders,* Bargaining Theory: The Classical Model Reconsidered, in: *Ben. C. Roberts* (Ed.), Industrial Relations: Contemporary Issues, Macmillan, London 1968, S. 9.
6 *H. A. Clegg,* The System of Industrial Relations in Great Britain, B. Blackwell, Oxford 1972.
7 Vgl. auch *Bernd-Jürgen Wendt,* Industrial Democracy. Zur Struktur der englischen Sozialbeziehungen, in: aus politik und zeitgeschichte B 46/75 vom 15. November 1975.

nehmender Kontaktverlust zur betrieblichen und Mitgliederbasis, wie bereits die Webbs prophezeiten, der notwendige Preis für eine optimale Effektivierung gewerkschaftlicher Gegenmacht im ›collective bargaining‹, aber auch gewerkschaftlicher Reformarbeit in der Parlamentslobby und in der staatlichen Administration? Mit dem Ruf nach demokratischer Kontrolle einer der Basis entfremdeten und vielfach schon unlösbar mit der Staatsmacht verfilzten Gewerkschaftsbürokratie ist zweifellos ein Grundproblem nicht nur in kapitalistischen, sondern auch in sozialistischen Staaten angesprochen. Hier wird wiederum die zentrale Funktion des Shop Stewards[8], einer für die englischen Sozialbeziehungen so charakteristischen Mischung aus Betriebsrat und gewerkschaftlichem Vertrauensmann, deutlich, und zwar zentral für jedes der drei angesprochenen Interaktionsgefüge: In der Betriebsorganisation fungiert er als Vertrauensmann der Arbeitsgruppe gegenüber der Betriebsleitung; im ›collective bargaining‹ vertritt er in der Regel auf der unteren Ebene des ›workshop bargaining‹ den ›branch secretary‹ im Aushandeln von Arbeitsbedingungen ›vor Ort‹, von betrieblichen Zusatzleistungen, Prämien, Überstunden usf.; innerhalb der Gewerkschaftsdemokratie stellt er das Verbindungsglied dar zwischen dem einfachen Mitglied, dem Betrieb und der gewerkschaftlichen Bürokratie vom ›branch secretary‹ aufwärts. Sogenannte ›unofficial‹ (von den Gewerkschaften nicht ausdrücklich genehmigte) und auch ›unconstitutional‹ (nicht den ›procedure agreements‹ entsprechende) Streiks oft unter Führung von Shop Stewards signalisieren in der Regel Konfliktpotentiale und Bruchzonen in allen drei Beziehungsgefügen: nicht nur im Betrieb und auch nicht nur in den Tarifbeziehungen, sondern gerade auch in den innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozessen mit ihrer an sich angenommenen Homogenität.

Ungeachtet aller ideologischen und sozioökonomischen Unterschiede und auch der unterschiedlichen Verhandlungsgegenstände sieht Banks gerade im Auftauchen und in den Aktivitäten des »shop floor representative as a crucial role-player« und in den damit zum Ausdruck gebrachten Spannungspotentialen sowohl gegenüber der Betriebsführung als auch der Gewerkschaftsbürokratie ein gemeinsames Wesensmerkmal des staatssozialistischen Systems in Rußland, des mehr am Rätemodell orientierten jugoslawischen Systems und der kapitalistischen Ordnung in Großbritannien. Aus den zunächst systemtheoretisch vorstrukturierten und dann empirisch wie auch komparatistisch konkretisierten Befunden der Teile I—III (collective bargaining, social change, democratic participation) glaubt Banks — dies dürfte inmitten der düsteren Prophezeiungen, England bewege sich unausweichlich hin auf eine allmächtige Gewerkschaftsdiktatur, durchaus mit Interesse aufgenommen werden — insgesamt eine günstige Prognose für den Fortbestand und die Beharrungskraft des überkommenen sozialen Systems der ›industrial relations‹ ableiten zu können: »Just as the amount of workers' control envisaged for the enterprise stops short of abolishing directors altogether, so the control for the economy stops short of abolishing the political machine; and as the trade unions move into the twenty-first century these two limitations on the horizon of their objectives indicate the extent to which trade unionism as a social philosophy accepts the class system which the passing of classical capitalism has bequeathed to the industrial employee. For all that its emphasis is collectivist it does not envisage a classless, collectivist society as a likelyhood, or even a possibility«.

Ungeachtet der unumstrittenen geschichtlichen Tatsache, daß Gewerkschaften von Anfang an den ökonomischen Individualismus zugunsten kollektiver Entscheidungsfindung zurückgedrängt haben, sieht Banks doch keine Anzeichen »that in the foreseeable future their efforts to change the economic system are going to result in a form of collectivism without class or interest conflicts to succeed the capitalist system which initially gave rise to trade unionism«.

Musson und Banks dürften jeder auf seine Weise — der Wirtschaftshistoriker Musson durch

8 Vgl. unten *Günther R. Degen,* Shop Stewards. Ihre zentrale Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien (= Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung 6), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1976, 539 S., kart., 28 DM.

seine mehr empirische Aspektvielfalt, der Soziologe Banks durch sein systemtheoretisches, wenngleich recht ahistorisches Reflexionsniveau über die ›industrial relations‹ — den Boden bereitet haben zur Einordnung der im folgenden vorzustellenden Bücher. Dabei werden zunächst in Veröffentlichungen zur *Frühgeschichte* der Arbeiterbewegung die schon von Musson angesprochene ›Lohnfondstheorie‹ als Teil der ›Political Economy‹ in ihrer Bedeutung für frühgewerkschaftliche Strategien und entsprechende frühkapitalistische Abwehrmechanismen sowie das ebenfalls bereits erwähnte Problem von Lebensstandard und Lebensqualität während der Industriellen Revolution im Vordergrund stehen.

Einen umfassenden und quellennahen Einblick in die Unternehmerideologie des 19. Jahrhunderts vermitteln die Artikel aus fünf eindeutig, wenn auch mit abgestufter Intensität, dem Klassenstandpunkt und der Klassischen Nationalökonomie eines A. Smith und J. St. Mill verpflichteten Zeitschriften aus der Periode zwischen der Aufhebung der Combination Acts 1824 und der endgültigen Legalisierung der Gewerkschaften nach 1870, die *Gerald W. Crompton,* Wirtschaftswissenschaftler an der University of East Anglia (Norwich) als Reprints einer interessierten Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht hat[9]. Zwar ist ein Wandel hin zur Akzeptierung der Gewerkschaften als autonomer und im System der ›industrial relations‹ funktional unverzichtbarer Sozialpartner und auch eine Anerkennung ihres ›Reifeprozesses‹ im Sinne einer Anpassung an die kapitalistische Ordnung über das hier publizistisch sehr dicht vorgestellte halbe Jahrhundert mit seinen tiefgreifenden Veränderungen in Ökonomie, Staat und Gesellschaft ebenso unverkennbar wie eine Abstufung in der Härte des Klassendenkens etwa zwischen der ›Edinburgh Review‹ und dem ›Blackwood's Magazine‹ auf der einen und der ›Westminster Review‹ auf der anderen Seite, dennoch fallen die Konsistenz in der Thematik ebenso wie die Aktualität der Argumentation auf: Funktion und Handlungsspielraum kollektiver gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Kontext der klassischen Politischen Ökonomie und der ihr als Kern zugeordneten Lohnfondstheorie. Dabei könnten viele der vom damaligen Wirtschaftsliberalismus gegen gewerkschaftliche Lohnpolitik und Monopolisierung des Arbeitsmarktes ins Feld geführten Argumente unmittelbar auch den neoliberalen Positionen im Arbeitgeberlager heute entstammen. Nach der klassischen Lehre pendeln sich Preise und Einkommen, Produktion und Verteilung sowie der Verbrauch autonom im freien Spiel der Wirtschaftskräfte, in dem durch Selbstverantwortung und Eigeninteresse gesteuerten Entscheidungsfeld einer liberalkapitalistischen Unternehmerschaft auf dem Boden des Privateigentums sowie im weitgehend staatsfreien Raum in einem natürlichen Gleichgewicht so ein, daß der ›Wealth of Nations‹ nahezu automatisch garantiert ist. In diesem Zusammenhang geht die in der vorliegenden Publikation unermüdlich beschworene ›Lohnfondstheorie‹ davon aus, daß die unter den gegebenen Produktionsverhältnissen einer Volkswirtschaft für die Entlohnung der Arbeiter nach Abzug des Unternehmergewinns und der Reinvestitionen verfügbare Menge des liquiden Lohnkapitals mehr oder weniger starr feststeht und daß sich die gesamtwirtschaftlich durchschnittliche ›Lohnrate‹ rein schematisch aus der Division des ›Lohnfonds‹ durch die Anzahl der Beschäftigten ergibt. Mithin pendelt sich also — jedenfalls der Theorie nach — die Lohnhöhe im freien und fairen Wettbewerb der Marktkräfte ohne staatliche oder gewerkschaftliche Eingriffe stets auf einem ›natürlichen Stand‹ (›a fair day's wage for a fair day's work‹) ein zwischen der Gewinnerwartung des ›Kapitals‹ und einem gewissen Akkumulationsanreiz einerseits (›fair profit‹) und dem Subsistenzminimum für die Reproduktion der ›Arbeit‹ (›fair rate of wages‹) andererseits. Die Lohnhöhe kann aber nicht oder nur zum schweren Schaden für die gesamte Volkswirtschaft wie Kapitalflucht, internationale Wettbewerbsnachteile, Geschäftszusam-

9 Trade Unions in the Victorian Age. Debates on the Issue from 19th Century Critical Journals. With an Introduction by *Gerald W. Crompton,* Vol. I: 1823—1834, Vol. II: 1838—1852, Vol. III: 1854—1864, Vol. IV: 1865—1870 (= Victorian Social Conscience), Gregg International Publishers Ltd., Farnborough 1973, unpaginiert, Ln., je £ 8.00.

menbrüche, Zerstörung der nationalen Ressourcen und damit auch für die Arbeitsplätze selbst durch Forderungen von Arbeiterkoalitionen beeinflußt werden. Der Handlungsspielraum gewerkschaftlicher Lohnpolitik war also aus der Sicht der Politischen Ökonomie, wie sie vor allem in England nahezu ein Jahrhundert als ideologische Leitlinie in der Ausgestaltung der ›industrial relations‹, wenn auch mit erheblichen Abwandlungen in der Praxis, verfochten worden ist, theoretisch minimal: Lediglich im konjunkturellen Aufwind konnten die Gewerkschaften subsidiär in Antizipation wachsender Produktion, steigender Unternehmergewinne und eines damit ›natürlich‹ vergrößerten Lohnfonds das Einpendeln der Löhne auf einem höheren ›natürlichen Niveau‹ beschleunigen bzw. eine ›unnatürliche‹ Senkung verhindern, gleichsam also das automatische Wirtschaftsgetriebe (›self-acting machinery‹) vom Reibungswiderstand begriffsstutziger, weil künstlich die zu erwartende automatische Lohnerhöhung blockierender Kapitalistengehirne befreien und damit selbst eine Art Nachhilfeunterricht in Politischer Ökonomie für widerborstige Unternehmer erteilen. Ansonsten wohnte den Gewerkschaften stets mit dem Ausreifen der Politischen Ökonomie und ihrer wachsenden Verbreitung ein Trend zur Selbstauflösung und zur Überflüssigkeit inne. Jeder kollektive Eingriff in die freie Zirkulation der Arbeit und in den freien Lohnkontrakt durch ›restrictive practices‹ wie Streiks, ›picketing‹, ›job control‹ und andere Formen einer künstlichen Verknappung des Arbeitskräfteangebots oder durch Verweigerung des Akkords und Einebnung der Lohnunterschiede war nicht nur ein Einbruch in die ›managerial prerogatives‹, sondern führte automatisch zur Zerstörung von Arbeitsplätzen durch forcierten Kapitalabzug oder zur Lohnkosten sparenden Rationalisierung und Mechanisierung. Allerdings meldete schon J. St. Mill damals erhebliche Bedenken gegen diese zu enge und gewerkschaftsfeindliche Auslegung der ›Lohnfondstheorie‹ an und korrigierte sich damit selbst, indem er mit Recht darauf hinwies, daß die Gewerkschaften zwischen der oberen und der unteren Lohngrenze, da diese eben theoretisch nur schwer zu bestimmen sei, ein sehr weites Aktionsfeld hätten und daß die vage Formulierung des Kernbegriffes ›fair‹ einen breiten und nicht theoretisch, sondern nur durch aktive gewerkschaftliche Lohnpolitik auszufüllenden Ermessensspielraum biete. Variationsreich und auch hier für die Unternehmerideologie grundsätzlich und zukunftweisend bis heute wurde schon damals der Weg zum sozialen Frieden ausgemalt: freiwillige Geburtenbeschränkung, Auswanderung als soziales Ventil, Arbeitszeitverkürzung, Erziehung zur Verinnerlichung der Gesetze der Politischen Ökonomie (›benevolence under the guidance of science‹) auch in der Arbeiterschaft, Schaffung einer Interessenidentität von ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ durch die mannigfaltigen und bis heute vieldiskutierten Formen der Partizipation (›participation‹) und der Kapitalakkumulation in Arbeitnehmerhand wie Kapital- und Umsatzbeteiligung (›co-partnership‹, ›profit-sharing‹), Sparkassen (›saving banks‹) oder das Genossenschaftswesen (›co-operation‹). Unüberhörbar klingen aber auch hier schon die für die englische Arbeiterbewegung ebenfalls bis heute aktuellen Bedenken an, wie weit diese Form der ›Mitbestimmung‹ und des Hineinwachsens in die Rolle des Kleinkapitalisten nicht mit der Tarifautonomie, dem kollektiven Tarifvertrag (›free collective bargaining‹) als traditionsreichem Kernbestandteil einer mehr konfliktorientierten ›industrial democracy‹ kollidiert. Auch die Vor- und Nachteile des freiwilligen Schlichtungswesens und der Schiedsgerichtsbarkeit (›conciliation and arbitration›) werden unter strikter Ablehnung der Zwangsschlichtung ebenso diskutiert wie — im Zusammenhang mit der Wahlrechtsreform von 1867 und der Einsetzung einer ›Royal Commission on Trade Unions‹ im gleichen Jahr — das Für und Wider einer Erweiterung des Wahlrechts und der politischen Partizipation gleichsam als Prämie für eine künftige Verinnerlichung der Normen der Politischen Ökonomie und für eine daraus dann resultierende fortgeschrittene ›Reife‹ der Arbeiterbewegung sowie das Problem einer rechtlichen und staatlichen Sanktionierung der Gewerkschaften und ihrer Aktivitäten. Lang dagegen ist der Sündenkatalog, umfassend der Versuch einer Kriminalisierung frühgewerkschaftlicher Aktivitäten auch noch lange nach der formalen Legalisierung in der Mehrzahl der Periodika: ›zaristische‹ Tyrannei gegen Nichtorganisierte, ›worst of democra-

cies‹, Geheimbundcharakter, ›Staat im Staate‹ ohne gesetzliche Legitimation und politische Kontrolle, Korruption, Entmündigung des Individuums, fortschrittshemmende Nivellierungstendenzen, Zerstörung der Arbeitsmoral, Sittenverfall usf. Kritische Einwände gegen die Lohnfondstheorie und den Wirtschaftsliberalismus, Rechtfertigungsversuche gewerkschaftlicher Gegenmachtentfaltung und Streikaktivitäten als Mittel der Selbstverteidigung im Frühkapitalismus gegen Monopolisierungs- und Konzentrationstendenzen auf der Arbeitgeberseite und auch moralisch motivierte Angriffe gegen die ungerechte Verteilung des Reichtums und die Diskriminierung der Armenfürsorge durch die liberalkapitalistische Individualitäts- und Erfolgsethik, wie sie u. a. von Mill, Carlyle, Thornton und Ruskin vorgebracht wurden, stoßen zwar auf gewisse Aufmerksamkeit in den Zeitschriften, um dann jedoch unter den Maximen der ›reinen Lehre‹ für weitgehend unzutreffend und irreführend befunden zu werden.

Freilich sind die Nachwirkungen der politisch-sozialen Erschütterungen durch den Chartismus und die drohenden Schatten der ›sozialen Frage‹ im Zeichen von Frühsozialismus und Kommunismus in den Periodika der viktorianischen Gesellschaft überall spürbar; der Fortschrittsoptimismus der Politischen Ökonomie vermochte nur unvollkommen die tiefen Befürchtungen zu verdecken, daß gerade in der ›sozialen Frage‹ systemsprengende Kräfte eines revolutionären Klassenkampfes verborgen waren, der zur Gefahr für die Stabilität der nationalen Institutionen, für das Privateigentum und für die ›Gesundheit‹ der Sozialbeziehungen werden konnte, wenn es nicht gelang, ihn evolutionär durch Sozialreformen zu kanalisieren und zu bannen.

Das allgemeine Bewußtsein für die ›soziale Frage‹ als Moment der Bedrohung war also durchaus vorhanden, wenngleich bis heute unter den Sozialhistorikern die Diskussion darüber anhält, was denn dieser Begriff wirklich meint und wie weit sich hinter ihm objektiv nachprüfbare Realitäten oder auch nur subjektive Einschätzungen oder gar ideologische Verzerrungen der tatsächlichen Lage der Arbeiterschaft im Frühkapitalismus verbargen und verbergen.

Ausführlich behandelt *Malcolm I. Thomis*, Dozent für Geschichte an der Universität Stirling, das Problem der ›sozialen Kosten‹ der Industriellen Revolution. Er setzt sich dabei, wie er schon im Titel[10] deutlich macht, durchgängig äußerst kritisch und unter Einbeziehung der seitdem erschienenen sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Literatur u. a. von A. Briggs, J. H. Clapham, G. D. H. Cole, E. J. Hobsbawm, R. H. Tawney, E. P. Thompson und den Webbs mit der heute schon klassischen Abrechnung der *Hammonds*[11] mit dem Frühkapitalismus und seinen sozialen Folgen auseinander. Thomis wirft den Hammonds eine unzureichende Quellengrundlage und insbesondere eine dem Metier des forschend verstehenden und nachvollziehenden Historikers strikt zuwiderlaufende, weil einseitig moralisierende Tendenzhistorie vor: Statt die Verhältnisse der Frühindustrialisierung nach dem zeitadäquaten Raster des damals herrschenden, liberal-individualistischen Wertsystems zu beurteilen und zu erklären, legten sie — wie nach ihnen u. a. auch Cole, Tawney und Thompson — ahistorisch die Elle einer späteren, sozialistisch-kollektivistischen Sozialphilosophie an und versuchten, den Eindruck zu suggerieren, als ob es an sich alternativ zum frühkapitalistischen Postulat der ›natürlichen ökonomischen Gesetze‹ im Geist des 19. Jahrhunderts einen humaneren, sozialstaatlich-interventionistischen und von einer im Geiste des späteren ›Welfare State‹ agierenden Exekutive her sozialverantwortlich geplanten und kontrollierten Weg zur modernen Industriegesellschaft ohne Privateigentum und private Aneignung des Mehrwertes gegeben hätte und als ob dieser nur an der Amoralität, bewußten Böswilligkeit und Korruption der damals Herrschenden gescheitert sei. Theoretisch und interpretatorisch im Mittelpunkt für Thomis steht also die alte Ranke-Frage nach dem ›Amt‹ und den Kriterien des Historikers:

10 Vgl. Anm. 2.
11 Vgl. Anm. 3.

Soll er aus dem vorherrschenden Erfahrungs- und Werthorizont der Vergangenheit erklären, »wie es eigentlich gewesen«, oder alternativ zum Maßstab setzen, »wie es an sich hätte gehen sollen«? Thomis entscheidet sich dezidiert für den ersten Weg, für die weitgehend moral- und wertungsfreie Erklärung kapitalistischer Entwicklung und ihrer Konsequenzen aus geschichtsimmanenten Maßstäben und gegen den anachronistischen Versuch, ein modernes Sozialstaatsmodell als Richtwert ins frühe 19. Jahrhundert zurückzuprojizieren. Er wolle nicht in der Manier einer mehr spekulativen ›Alternativ-Historie‹ wie die Hammonds schwarz-weiß, sondern nuanciert grau malen und über den kurzfristigen ›sozialen Kosten‹ der Industriellen Revolution nicht ihre langfristigen materiellen Wohltaten auch und gerade für den Arbeiter vergessen. Dieses methodisch relativ konservative und im Lichte heutiger sozialgeschichtlicher Theoriebildung gänzlich unambitiöse, eindeutig auf eine erneute Überprüfung des empirischen und historiographischen Befundes abstellende Vorgehen lenkt den Blick immerhin auf drei wesentliche Industrialisierungsaspekte, die bei den Hammonds wohl zu kurz kommen oder nur verzerrt erscheinen, für die aber in der tiefen Gegenwartskrise unserer Industriegesellschaft möglicherweise heute mehr Verständnis als vor 60 Jahren besteht. Einmal warnt der Autor mit Nachdruck davor, die komplexen sozialökonomischen und administrativen Anpassungsprobleme einer Übergangsgesellschaft im Wandel vom Feudalismus zum Kapitalismus im Zeichen einer Bevölkerungsexplosion und einer zunehmenden Landflucht zu unterschätzen und Entscheidungen, in denen sich eher Plan- und Hilflosigkeit, Inkompetenz, mangelnde Erfahrungen und Ineffizienz damaliger Entscheidungsträger und Verwaltungskörperschaften spiegelten und die noch weitgehend in überalterten, vorindustriellen Ordnungs- und Administrationsstrukturen wurzelten, vorschnell für gezielte Unterdrückung, kapitalistische Ausbeutung und abartige Brutalität zu nehmen. Die Kernfrage, die sich schon Marx und Engels stellten, lautet bis heute: War das Massenelend erst Ergebnis der Industrialisierung oder nicht im Gegenteil Folge eines noch zu geringen Grades von Industrialisierung? Auch mahnt Thomis, nicht zu vergessen, daß sich in dieser heftig kritisierten Übergangsgesellschaft bereits der Kern für den Aufstieg einer ›self-respecting class of wage earners‹ entfaltete. Zum zweiten und damit eng zusammenhängend verschiebt sich bei Thomis das Gewicht der Betrachtung angesichts der erheblichen Quantifizierungs- und Überlieferungsprobleme dieser Zeit gerade in der Sozialstatistik deutlich weg vom kontroversen objektiven Lebens*standard* einer sich herausbildenden Arbeiterklasse hin zur mehr subjektiv gefärbten (und auch quellenmäßig konkreter zu fassenden) Lebens*qualität:* die auch von Thomis keineswegs in Abrede gestellten sozialen Schrecken und Defizite der Industriellen Revolution manifestierten sich im fließenden, allmählichen und örtlich sehr unterschiedlichen Übergang zur industriekapitalistischen Ordnung vor allem im begrenzten individuellen und kollektiven Erfahrungsbereich in der Auflösung überlieferter familiärer und häuslicher Bindungen, im Statusverlust und Verlust personaler Würde durch die als unfrei empfundene Fabrikarbeit wie in der Disziplinierung der Arbeitskraft als ›Lohnsklaverei‹ überhaupt, in der Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz, im Verlust agrarischer Subsistenzquellen, in überfüllten Wohnquartieren der Städte, in der schrittweisen Ablösung der Heim- durch die Fabrikarbeit wie im Traditionsverlust schlechthin, weniger jedoch in einer allgemeinen Senkung des materiellen Lebensstandards und des Reallohnes — eine Entwicklung, die nach Thomis von den zeitgenössischen Zeugnissen eines W. Cobbett, R. Owen und F. O'Connor bis hin zur Sozialhistorie des 20. Jahrhunderts vielfach zu einer falschen Idealisierung und Romantisierung des ›goldenen‹ vorindustriellen Zeitalters mit seinen paternalistischen Strukturen geführt hat! (Dabei wurde dann in der Regel übersehen, welch hohen Grad von Ausbeutung und Unterdrückung auch gerade der Handwerksbetrieb und die Heimindustrie kannten!) Zum dritten endlich, und damit wird die bei Crompton aus der Perspektive des Unternehmertums weit ausgesponnene Problematik der ›industrial relations‹ im Frühkapitalismus nunmehr aus der entgegengesetzten, der proletarischen Sicht vorgestellt, polemisiert Thomis energisch gegen ein wesentlich ideologisch eingefärbtes Bemühen, bereits vor dem sogenannten ›New

Unionism‹, dem Sozialismus und dem Syndikalismus des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts so etwas wie eine in sich homogene Arbeiterklasse, ein einheitliches oder gar revolutionäres proletarisches Klassenbewußtsein und eine sich als umfassende soziale Gegenmacht verstehende Gewerkschaftsbewegung zu konstruieren. Tief verwurzelte partikularistisch-lokale Traditionen (›town by town, craft by craft‹), sektorale Interessen und Loyalitäten nach Branchen und bestimmten Arbeitsvorgängen, elitäre Ansprüche oft vorindustrieller Handwerker- und Fabrikarbeiterassoziationen und der wichtige Strang des sozialen Unterstützungswesens (›Friendly Societies‹) verwiesen die typischen Gewerkschaften des 19. Jahrhunderts nach dem Zusammenbruch des Chartismus in ihrer schillernden Ambiguität zwischen individualistisch-elitärer Abgrenzung einer privilegierten Arbeiteraristokratie gegen die nicht-organisierten Unterschichten einerseits und kollektivistischen Repräsentationsansprüchen der Arbeiterklasse andererseits eher auf den evolutionären Weg der Integration in den bestehenden Staat, auf den der Parlaments- und Wahlrechtsreform und des politischen Anschlusses an die traditionellen Parteien als auf den des ›heroischen Kampfes‹ und des sozialen Umsturzes.

Weiterhin behandelt werden die Maschinenstürmerei und im Zusammenhang damit die bis heute aktuelle Diskussion, wie weit der Kampf gegen Mechanisierung und Maschinen — jene ambivalenten Symbole des ökonomischen Fortschritts und der Arbeitserleichterung auf der einen, der Arbeitsplatzzerstörung und der sozialen Verzweiflung auf der anderen Seite — schon frühzeitig die britischen Wachstums- und Wettbewerbschancen blockiert hat, ebenso die Fabrikgesetzgebung, die Kinderarbeit und die politischen Folgen nonkonformistischen (vor allem methodistischen) Einflusses auf die englische Arbeiterbewegung. Das Buch vermittelt ohne Anspruch auf Originalität im Ergebnis einen instruktiven Einblick in die besonders umstrittenen Punkte der englischen Industrialisierungsdebatte und in die Aspektvielfalt britischer Sozialgeschichtsschreibung; es zwingt zur Überprüfung mancher liebgewordenen Klischees, ohne freilich ganz den Gefahren einer etwas unstrukturierten Stoffansammlung und auch dem Eindruck zu entgehen, als sollte hier um jeden Preis eine Gegenposition gegen die Hammonds, gegen Thompson, Tawney u. a. aufgebaut werden.

Die von Crompton und Thomis dokumentierte und im Rahmen der ›sozialen Frage‹ problematisierte Phase frühindustrieller Sozialbeziehungen und gewerkschaftlicher Aktivitäten fand einen gewissen Abschluß Mitte der 70er Jahre mit der rechtlichen Legalisierung der Gewerkschaften: Sie gewannen, ohne ihre traditionelle Schutzfunktion zu opfern, jene Achtung und Respektabilität, die ihnen künftig allen richterlichen, politischen und gesellschaftlichen Anfeindungen zum Trotz einen bleibenden Platz in dem »organised and voluntary system of industrial relations«[12] des englischen Klassenstaates sichern sollte; auf der anderen Seite erkannten auch die Unternehmer, wie es bereits bei Crompton anklingt, zunehmend den Wert verbandlich geordneter industrieller Beziehungen und die stabilisierende Funktion einer Arbeiteraristokratie und ihrer Führungseliten, die ihnen freiwillig ein gewisses Maß an Disziplinierung und Kontrolle über die betriebliche Basis und damit von hier aus zugleich einen höheren Grad stabiler Preisgestaltung, langfristiger Kalkulationen und Produktionsplanung garantierten, selbst wenn dieser Vorteil oft mit der De-facto-Einwilligung in die Beschneidung unternehmerischer Dispositionsgewalt im Betrieb (›managerial prerogatives‹) bezahlt werden mußte. Diese Periode einer Konsolidierung und Stabilisierung der Sozialbeziehungen ist Gegenstand einer sehr differenzierten und übersichtlichen Untersuchung von *W. Hamish Fraser,* Dozent für Wirtschaftsgeschichte an der University of Strathclyde[13]. Sie umfaßte das dritte

12 *W. Hamish Fraser,* Trade Unions and Society. The Struggle for Acceptance 1850—1880 (= Studies in Social History, ed. by. J. F. C. Harrison and C. S. Yeo, vol. 2), George Allen & Unwin Ltd., London 1974, (292 S., geb., £ 5.95), S. 13.

13 Vgl. Anm. 12.

Viertel des 19. Jahrhunderts, fiel also in die konjunkturelle Hochblüte des ›mid-Victorian age‹ mit englischer Weltgeltung als ›workshop of the world‹ und steigendem Lebensstandard auch für die Arbeiterschaft und war nach den Erschütterungen des Chartismus geprägt von einem relativ temperierten politischen und sozialen Klima, bevor dann in der ›Great Depression‹ der 80er und 90er Jahre der Kapitalismus nach dem Chartismus erneut und diesmal verschärft durch Sozialismus, Klassenkampf, ›New Unionism‹ und die Ansprüche bisher nicht oder nur ungenügend repräsentierter Schichten der Un- und Angelernten in Frage gestellt wurde.

Fraser beleuchtet dieses dritte Viertel, ein »exceptional product of exceptional circumstances«, das der Arbeiterklasse einen wichtigen Durchbruch brachte, aus verschiedenen Perspektiven: Wachstum, Struktur und Politik der Gewerkschaften, gewerkschaftliche Strategien, die politischen Freunde und Feinde, der Arbeitgeberstandpunkt, der politische und rechtliche Rahmen gewerkschaftlicher Emanzipation, die Auseinandersetzung mit der Politischen Ökonomie, die Rolle der Presse und schließlich das Verhältnis zwischen Organisierten und Nichtorganisierten. Auch hier können nur wenige herausragende Ergebnisse berührt werden, soweit sie für die Fortentwicklung der englischen Industriebeziehungen bedeutsam waren. Fraser stellt immer wieder den elitären und auch defensiven und unideologisch-pragmatischen Charakter frühgewerkschaftlicher Strategien heraus: Statusbewahrung des Facharbeiters und monopolartiger Schutz seines Arbeitsplatzes im Zeichen eines raschen technologischen Wandels gegen den Ansturm ungelernter und billiger Arbeitskräfte als *Ziel*, die Herausbildung friedlicher und partnerschaftlicher Konfliktregelungsmechanismen im ›collective bargaining‹ und im paritätischen Schlichtungswesen, ergänzend zum Anspruch auf ›autonomous regulation‹ der Arbeitsbedingungen, als *Mittel* gewerkschaftlicher Selbstbehauptung, ohne daß damit freilich auf den Streik als ultima ratio im Konfliktfall je verzichtet wurde. Dabei wird man sich mit Fraser gerade auch im Blick auf die vergleichsweise spätere Entwicklung in Deutschland stets vergegenwärtigen müssen, daß sich die englische Arbeiterbewegung einmal in einer noch reich differenzierten, vom Klein- und Mittelbetrieb geprägten und von partikularen und lokalautonomen Einflüssen bestimmten Produktionslandschaft organisiert und diesen Stempel ihrer Frühgeschichte vielfach bis heute nicht ganz verloren hat und daß sie zum anderen jedenfalls in ihren älteren Teilen, ungeachtet der normativen Gegensätzlichkeiten und eines nie ausgeräumten Mißtrauens zwischen liberalem Individualismus und proletarischem Kollektivismus, dennoch durchaus ein Produkt des Viktorianischen Liberalismus ist und zeitweise sogar in engem Bündnis, anknüpfend an die Allianzen von 1832 und 1846, mit dem liberalen Reformradikalismus etwa aus dem Lager der Christlichen Sozialisten und der Positivisten gegen die ›landed interests‹ der Feudalaristokratie und gegen die High Church für eine Liberalisierung des öffentlichen Lebens, eine Trennung von Kirche und Staat, eine internationale Politik der Entspannung und für den gesellschaftlich-politischen Durchbruch der ›middle class‹ in der Ära Gladstone gekämpft und von hier aus auch selbst zumindest partiell eine gewisse Entwicklung zur Verbürgerlichung durchlaufen hat. »By the 1850s, the dominating working-class philosophy, as expressed through their trade unions, was one of the acceptance of the prevailing values of society«. »[. . .] In general, the policy which held sway was that of stressing moderation and responsibility, of courting public sympathy and of impressing on the public just how much a part of a modern liberal society were the unions«. Wie das Schlichtungswesen und die sich in einzelnen Industrien in den 60er Jahren herausbildenden Schlichtungs- und Schiedsinstanzen für die an Selbstbewußtsein wachsenden Gewerkschaften vielfach gesuchtes Vehikel ihrer Anerkennung auch als autonome Tarifpartei waren, so bot umgekehrt für die ›industrial middle class‹, die liberale Unternehmerbourgeoisie und ihre politischen Repräsentanten die Aussicht auf ein mehr strukturiertes, formalisiertes und institutionalisiertes und insofern stärker kalkulierbar gewordenes System der ›industrial relations‹ mit dem ›collective bargaining‹ als Kern einen Anreiz, mit den als gemäßigt eingestuften Gewerkschaften Frieden zu schließen, ihre Eliten bewußt in den bür-

gerlichen Staat zu integrieren, ihnen über die Erweiterung des Wahlrechts den Weg in die parlamentarischen Vertretungskörperschaften auf lokaler und nationaler Ebene zu öffnen und zugleich nach Einsetzung der ›Royal Commission on Trade Unions, 1867‹ auch auf einen gesetzlichen Abbau der diskriminierenden, im Common wie im Statute Law verankerten Sondergerichtsbarkeit, auf einen rechtlichen Schutz der Gewerkschaftsfonds sowie eine Aufhebung der überholten Gesindeordnung (›Master and Servants Laws‹) in den 70er Jahren mit hinzuwirken. Ähnliche Bündnisangebote an die Arbeiteraristokratie kamen gleichzeitig aus dem Lager eines sozialreformerisch aufgeschlossenen Konservatismus unter Disraeli.
Dabei war allerdings etwa die von der Arbeiterschaft beargwöhnte Haltung eines John Bright, einer liberalen Schlüsselfigur dieser Allianz, typisch für die gespaltene Einstellung des Liberalismus gegenüber der ›sozialen Frage‹: Er glaubte, durch politische Reformen, die Anerkennung des vollen Assoziationsrechts die rechtliche Gleichstellung und durch die Integration der Arbeiterführung in den bürgerlichen Staat sowie durch geordnete Tarifbeziehungen den Graben zwischen ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ zuschütten und die proletarische Massenbasis isolieren und domestizieren zu können, um damit gleichzeitig des Zwangs zu irgendwelchen Abstrichen vom besitzbürgerlichen Credo in der Frage des Privateigentums und seiner freien Dispositionsgewalt enthoben zu sein — eine Haltung, die in der Arbeiterklasse selbst bis zum Niedergang des politischen Liberalismus im Ersten Weltkrieg immer wieder zu Enttäuschungen und Verbitterungen sowie zu tiefem Mißtrauen gegenüber allen Ansätzen zur Etablierung des Wohlfahrtsstaates unter liberaler Flagge geführt hat.
Als weiteres Signum der frühen englischen Gewerkschaftsbewegung, das auch ihren späteren Weg noch bestimmt hat, unterstreicht Fraser ihren pragmatischen und unideologischen Umgang mit dem Sozialkonflikt und dem Kontrahenten. Er prüft u. a. auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu der damals herrschenden liberalen Lehre der Politischen Ökonomie. Der Autor gibt hier eine Antwort auf die bei Crompton notwendigerweise vom Material her unbeantwortete Kernfrage, wie weit die Lohnfondstheorie mit ihrer Tendenz zur Negierung und Denunzierung kollektiver Interessenvertretung wirklich von den Gewerkschaften verinnerlicht und zur Grundlage ihrer eigenen Lohnpolitik gemacht worden ist. Fraser lehnt die These der Webbs strikt ab, nach der die Gewerkschaften seit den 1840er Jahren tatsächlich mechanistisch das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zum Axiom ihrer Tarifpolitik gemacht und auch entsprechend der Lohnfondstheorie eine aktive Auswanderungspolitik betrieben hätten, und stellt demgegenüber nicht die theoretische, sondern die überlieferte empirische Grundlage als richtungweisend heraus, nach der die Gewerkschaften in entschiedener Ablehnung der Politischen Ökonomie (Fraser: »the laws of political economy had little place in the practice of unionism«) ganz pragmatisch auf Mindestlöhnen (›living wage‹, ›fair wage‹) bestanden und im Konfliktfall auf ihre Gegenmachtposition und die Verknappung resp. den Entzug ihres Arbeitskräfteangebots durch Streiks, ›restrictive practices‹, ›closed shops‹ usf. gesetzt hätten, um ihre Lohnforderungen durchzudrücken. Schließlich erzwangen die Gewerkschaften selbst in Übereinstimmung u. a. mit J. St. Mill, der an seiner eigenen Lehre, wie schon bei Crompton deutlich, am Ende zu zweifeln begann, in den 70er Jahren die Anpassung der Lohnfondstheorie an die ökonomische Praxis, de facto also ihre Aufhebung im gegenmacht- und konfliktorientierten ›collective bargaining‹. Die Zurückweisung der Lohnfondstheorie war von entscheidender Bedeutung »in opening the way to a reappraisal of the role of unions in wage bargaining«. »In the last analysis unionists accepted a conflict situation in industrial relations and pressed for what they could get, using the most favourable arguments that came to hand.« Einzig wahres Kriterium für die prinzipiell sehr variable Lohnobergrenze wurde schließlich nicht irgendein abstraktes ›ehernes‹ Gesetz, sondern das ›free and voluntary collective agreement‹ als Ausdruck und kompromißhaftes Ergebnis beiderseitiger Machtentfaltung und Drohgebärden vor dem Hintergrund eines abgestuften Instrumentariums sozialer Sanktionen wie Streiks oder Aussperrungen.
Über das dritte Viertel hinaus bereits in die letzten beiden, wiederum so turbulenten Jahr-

zehnte des 19. Jahrhunderts weist Frasers Schlußkapitel »Trade Unions and the Working Class«. Die Hierarchisierung einer privilegierten Arbeiterschicht, ihre Elitenbildung, die gezielte Abschottung von ›craft and skill‹ gegen die herandrängende Masse der ungelernten Unterschicht mit Hilfe einer Beschränkung der Lehrlingsausbildung, durch ›closed shops‹ und andere restriktive Praktiken sowie die aus dieser scharfen Ausdifferenzierung resultierende zeitweilige Blockierung einer allgemeinen, solidarischen Klassenpolitik — alles Tendenzen, die von der besitzbürgerlichen Mittelklasse mit Genugtuung vermerkt, gefördert und auch noch politisch mit Wahlrechtserweiterungen und zahlreichen Lib-Lab-Bündnissen honoriert wurden — mußten in dem Augenblick auf Widerstand von unten stoßen, als der technisch-industrielle Wandel und die Erschließung neuer Produktionsformen (wie Massen- und Fließbandfertigung), Produktionszentren und Branchen (Transportwesen, Energiewirtschaft, Dienstleistungssektor usf.) zugleich einen erhöhten Bedarf an un- und angelernten Arbeitskräften (auch Frauen) auslösten (›dilution‹), sich die Zuwanderung dieser in der Regel unorganisierten Unterschichten in die Städte und damit das Angebot billiger Lohnarbeiter verstärkten und ein revolutionärer Sozialismus zusätzlich als ideologisches Gärungsferment auf die neuen, weitgehend noch führungslosen Massen einwirkte.

Hier war das zentrale Thema für das ausgehende 19. und das beginnende 20. Jahrhundert mit einem ersten Höhepunkt im Ersten Weltkrieg angeschlagen und zugleich die entscheidende Frage aufgeworfen, wie die traditionsreichen und im wesentlichen wirtschaftsfriedlichen Facharbeitergewerkschaften auf die teilweise revolutionären und tendenziell systemsprengenden Ansprüche eines ›New Unionism‹ und der hinter ihm vorwärts drängenden nichtorganisierten und unterprivilegierten Schichten reagieren würden.

Die knapp drei Jahrzehnte zwischen den ausgehenden 1880er Jahren und dem Ersten Weltkrieg waren nach dem Titel einer Sammlung zeitgenössischer Quellen »Labour's Turning Point«[14], in dem sich die britische Arbeiterschaft als moderne Massenbewegung herausbildete und konstituierte, über ihre neue politische Vertretung, die Labour Party, zugleich einen Wandel auch im politischen Herrschaftssystem herbeiführte und unter der Flagge des ›New Unionism‹ neue gewerkschaftliche Organisations- und Kampfformen sowie programmatische Konzeptionen entwickelte. Im Spannungsfeld von ›Old and New Unionism‹ vollzog sich ein bemerkenswerter Transformationsprozeß, der zwar einerseits neue Kräfte der Arbeiterklasse entband und ihnen zum politisch-sozialen Durchbruch verhalf, andererseits aber im Zuge wechselseitiger Beeinflussung beider Gravitationszentren nicht nur die neuen, von ihrem Anspruch her teilweise sozialrevolutionären Organisationen und Programme schließlich in praxi — etwa in der Übernahme des Schlichtungswesens und des ›collective bargaining‹ — mit dem wirtschaftsfriedlichen und sozialreformerischen Geist des alten ›craft unionism‹ durchtränkte, sondern umgekehrt gleichzeitig auch die etablierten Interessenvertretungen im Bergbau, in der Maschinen- und Textilindustrie sowie der Schuhfabrikation auf den Weg der Anpassung, Modernisierung und Expansion zwang. Aspekte der neuen Bewegung waren die sprunghafte quantitative Zunahme der gewerkschaftlich Organisierten, die Veränderung der Mitgliederstruktur durch die Mobilisierung und Erfassung eines proletarischen Substratums der ungelernten, oft auch unterbezahlten und weitgehend bisher nichtorganisierten Hilfsarbeiter (General Labourers) und auch neuer Industriezweige (Docks, Gaswerke, Seeleute), die Organisierung der Frauen (Streichholzfabriken), die Aufhebung eingeschliffener Berufsabgrenzungen und die übergreifende Rekrutierung quer durch die Wirtschaftszweige im ›general unionism‹, der Beginn einer Überwindung des Facharbeiterprinzips durch das moderne Prinzip der Industriegewerkschaft (›industrial unionism‹), der Kampf gegen vor- und frühindustrielle sekundäre Ausbeutungsmethoden im Kontrakt- und Subkontraktsystem (›coexploitation‹) und eine mehr egalitäre Lohnpolitik unter Einebnung herkömmlicher Lohndiffe-

14 *Eric J. Hobsbawm* (Ed.), Labour's Turning Point, London 1948.

rentiale und Privilegien. Gewerkschaftliche Militanz und erhöhte Streikbereitschaft verbanden sich mit einer vielfach auch von intellektuellen und bürgerlichen Kreisen hineingetragenen neuen politischen Deutung gewerkschaftlicher Funktionen, Aufgaben und Mittel: Nicht nur trat die herkömmlich wichtige Unterstützungsfunktion (›benefit society‹) zurück gegenüber der genuinen gewerkschaftlichen Gegenmachtfunktion (›trade society‹), auch wurden in Konkurrenz zu den überkommenen Loyalitäten der Arbeiteraristokratie zum politischen und ökonomischen Liberalismus nunmehr von den Repräsentanten des ›New Unionism‹ neue Bande sozialistischer oder marxistischer Prägung geknüpft (Einflüsse der 1883 gegründeten marxistischen ›Social Democratic Federation‹) mit dem Ziel einer »more equitable social order« (Webbs) und der Forderung nach einer eigenständigen politischen Arbeitervertretung im Parlament und in den lokalen Körperschaften (1893 Independent Labour Party, 1900 Labour Representation Committee, 1906 Labour Party). Hier verband sich freilich in der typisch englischen und bis heute gültigen Version eines mehr pragmatischen Sozialismus im fabianischen Dreiklang von Gradualism, Parliament, Constitution von Anfang an sozialrevolutionär-orthodoxe Theorie mit dem sozialreformerisch-legalistischen Weg zu ihrer Verwirklichung über die Gesetzgebung sowie über staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Da dieser kurz skizzierte Transformationsvorgang vom ›Old‹ zum ›New Unionism‹ mit der tendenziellen gegenseitigen Durchdringung beider Prinzipien naturgemäß in enger jeweiliger Interdependenz von Produktionsstruktur, Arbeitsorganisation, regionaler und traditioneller Ausdifferenzierung, ökonomischen Rahmenbedingungen und politischem Bewußtsein in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich verlief, läßt er sich nuanciert und konkret auch nur in sektoralen Fallstudien der einzelnen Branchen erschließen. Hier bieten sich aus einer großen Vielzahl drei gerade für den Übergang typische Sektoren mit entsprechenden Untersuchungen an: die Hüttenindustrie, einst Sinnbild britischer Wirtschaftshegemonie, dann in unserem Zeitraum schon Inbegriff entwicklungsstruktureller Retardierung und Stagnation, mit ihrem Neben-, Gegen- und am Ende Ineinander von ›Old and New Unionism‹ im selben Gewerbezweig, der Mineralsektor im Tage- und Untertagebau mit dem traditionsreichen Bergbau ebenfalls als Produktionszweig im Wandel sowie Docker und Seeleute als bevorzugtes Rekrutierungsfeld des ›New Unionism‹. So waren die großen Hafenstreiks 1889/90 das Signal für eine neue Kampfbereitschaft und zugleich für das Ende des viktorianischen Sozialfriedens.

Der Frankfurter Soziologe *Gerhard Brandt* untersucht in seiner methodisch sehr differenzierten, gesellschaftliche Theorie und geschichtliche Realität geschickt verknüpfenden Habilitationsschrift[15] mit dem Eisenarbeiterverband ›Associated Iron and Steel Workers of Great Britain‹ und der etwa gleichzeitig (1886) gegründeten Organisation der Stahlschmelzer ›British Steel Smelters' Amalgamated Association‹ in der angesprochenen Umbruchsphase exemplarisch zwei alternative und gleichzeitig miteinander konkurrierende Typen gewerkschaftlicher Interessenvertretung im selben Industriezweig, der Hüttenindustrie. Dabei repräsentieren die Eisenarbeiter, auf einer alten Verbandstradition fußend, mehr den elitären Typ des ›Old Unionism‹, die Stahlschmelzer dagegen weisen stärker egalitäre Züge der neuen Entwicklung auf. Brandt will in seinem historisch ausgerichteten Beitrag zur Soziologie der Gewerkschaften systematisch und entwicklungsgeschichtlich eine Erklärung geben »für die Bewährung und die Durchsetzung einer bestimmten Organisation und des von ihr repräsentierten Typs des Verbandshandelns«. Konkret lautet die Leitfrage seiner Untersuchung, unter welchen Bedingungen der zunächst unbedeutende und nur partiell repräsentative Stahlschmelzerverband die traditionsreichen Eisenarbeiter in wenigen Jahrzehnten zu überrunden

15 *Gerhard Brandt,* Gewerkschaftliche Interessenvertretung und sozialer Wandel. Eine soziologische Untersuchung über die Entwicklung der Gewerkschaften in der britischen Eisen- und Stahlindustrie 1886—1917 (= Studienreihe des Instituts für Sozialforschung Frankfurt am Main, Bd. 3), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 467 S., kart., 58 DM.

und dann nach 1917 in der durch Fusion entstandenen ›Iron and Steel Trades Confederation‹ zur dominanten Kraft zu werden vermochte. Nach Brandt läßt sich die Politik der beiden Verbände im Spannungsfeld von ›Old and New Unionism‹ als »Ausdruck konkurrierender Situations- und Selbstdeutungen interpretieren, die, politisch motiviert, auf die Konfrontation zweier Auffassungen gewerkschaftlicher Praxis im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zurückverweisen«. Der Beweis entfaltet sich vierstufig. Einleitend werden als für beide Verbände gemeinsame Rahmenbedingungen die (im Vergleich zu Deutschland und den USA schon sehr verlangsamte) wirtschaftliche und technologische Entwicklung der Hüttenindustrie, ihre Produktionstechnik, die Unternehmens- und Arbeitsorganisation, die institutionalisierte Regulierung der Sozialbeziehungen sowie frühgewerkschaftliche Traditionen bis 1886 aufgefächert. Besonders aufschlußreich ist hier die Korrelation zwischen Veränderungen und Verlagerungen in der Grundstoffproduktion sowie technologischer Innovation einerseits und einem gleichzeitigen Wandel in der Beschäftigungs- und Lohnstruktur, in der Arbeitsbelastung und -organisation wie im sozialen Gefüge Englands generell andererseits. Im doppelgliedrigen Mittelteil werden beide Organisationen nacheinander vergleichend unter einem identischen selektiven Interpretationsraster auf ihre Reaktion gegenüber den gewandelten Produktions- und Beschäftigungsverhältnissen im politisch-ideologischen Einflußfeld des ›New Unionism‹ überprüft: Aufgaben und Ziele des Verbandes; äußere Verbandspolitik in der Gestaltung von Löhnen und Arbeitsbedingungen, von Lohnstrukturen und Arbeitsorganisation; Binnenstruktur des Verbandes mit seinem organisatorischen Aufbau, seiner Kompetenz- und Autoritätsverteilung, der Mitgliederbasis und der politischen Willensbildung; schließlich politische Orientierung und Verbandsideologie. Der vierte Abschnitt des Buches verfolgt historisch die Wege beider konkurrierenden Verbände zwischen ihrer Gründung und ihrer Verschmelzung 1917 in der ›Confederation‹.

Grundsätzlichen Charakter für die Deutungsmuster einer nicht-marxistischen historischen Sozialwissenschaft dürfte Brandts nicht unproblematische These vom Primat einer relativ autonomen politischen Bewußtseinssphäre im dargestellten Transformationsprozeß der britischen Arbeiterschaft hin zum ›New Unionism‹ haben. Danach waren die Vorstellungen über Aufgaben und Ziele, über Mittel und Verfahrensweisen gewerkschaftlicher Interessenvertretung primär durch die jeweilige politische Orientierung und einen Wandel des politischen Klimas und der öffentlichen Meinung sowie durch eine daraus abgeleitete veränderte Situationsdeutung im Magnetfeld zwischen wirtschaftsfriedlichem ›Old‹ und militantem ›New Unionism‹ und nur sehr vermittelt und indirekt durch die materielle Lage bestimmt. Arbeitskämpfe sind für Brandt »eher als Ausdruck einer politisch motivierten Interpretation« der objektiven Verhältnisse »denn als deren unmittelbarer Reflex« zu begreifen. Freilich verfeinert der Autor am Schluß seine These durch seinen Hinweis »auf die begrenzte Tragweite politisch motivierter Deutungsschemata und normativer Orientierungen« dahingehend, daß die ökonomische Interessenlage und Lebenssituation der Verbandsmitglieder wie auch Veränderungen in ihrer Berufsstruktur, praktisches Effizienzdenken und Selbstbehauptungswillen der Verbandsbürokratien sowie die vorgegebenen Funktionsbedingungen kapitalistischer Produktion durchaus den Einfluß politisch-ideologisch motivierter Deutungsmuster in der Bewußtseinssphäre zu begrenzen und zu modifizieren vermögen, ohne daß sich allerdings — darauf legt Brandt mit Recht immer wieder Wert — politisches Denken unvermittelt nur auf ökonomische Determinanten reduzieren ließe. Unter der Prämisse »von der handlungsleitenden Rolle konkurrierender Situationsdeutungen« gewinnt dann auch die Spannung zwischen einer progressiv-extensiven und einer konservativ-restriktiven Auslegung gewerkschaftlicher Funktionen im Kapitalismus »Schlüsselcharakter« für die Klassifizierung beider Verbände: Während die Stahlschmelzer eine vergleichsweise progressive politische Orientierung und einen rational-bürokratischen Verwaltungsapparat entwickelten, feste Beziehungen zum Sozialismus suchten, eine egalitäre Einebnung überkommener Privilegien und Lohndifferenzen sowie die Aufhebung des ausbeuterischen Kontraktsystems anstrebten, sich tendenziell als Industrieverband

(›industrial union‹) um die Rekrutierung auch der Hilfsarbeiter und Tagelöhner bemühten und für den Achtstundentag kämpften, im übrigen aber in ihrem praktischen Außenverhalten zunehmend auf einen reformistisch-wirtschaftsfriedlichen Kurs systemimmanenter Lohnpolitik einschwenkten und schließlich auf dem rechten Flügel der Labour Party landeten (ein Hinweis auf die auch weiterhin in den Sozialbeziehungen prägende Kraft des ›Old Unionism‹), verharrten die Eisenarbeiter als berufsständische ›craft union‹ und hierarchisch-autoritär verfaßter Honoratiorenverband noch lange in ihrem elitären und sozialkonservativen Selbstverständnis und einem harmonisierenden Gesellschaftsbild der Identität von ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ und verpaßten insofern den rechtzeitigen Anschluß an die Massen und die gewandelten gesellschaftlich-politischen Verhältnisse.
Mit seinem Hinweis auf die Rationalisierung und Verbürokratisierung gewerkschaftlicher Außen- und Binnenbeziehungen, auf eine Formalisierung und institutionelle Einfriedung des sozialen Konflikts sowie auf den Wandel der Gewerkschaften »von einem militanten Interessenverband zu einer Interessenverwaltung mit quasi-öffentlichen Aufgaben« rückt Brandt am konkreten Beispiel von Eisen und Stahl die allgemeine Kernfrage nach qualitativen und funktionalen Veränderungen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft im Kapitalismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert in den Vordergrund. Sie verlangt zweifellos nach einer vertieften vergleichenden Analyse ähnlicher Entwicklungen in anderen Industriestaaten wie Deutschland und USA und verweist uns in die seit einiger Zeit wieder aufgeflammte Diskussion um die erkenntnistheoretische und politische Relevanz konkurrierender sozialwissenschaftlicher Modelle marxistisch-leninistischer (›Staatsmonopolistischer Kapitalismus‹) und sozialdemokratischer (›Organisierter Kapitalismus‹) Provenienz.
Noch weit vor der ›Wasserscheide‹ des ›New Unionism‹ in vor- und frühindustriellen Phasen der Arbeiterbewegung liegen die Ursprünge der unendlich differenzierten und vielschichtigen lokalen Traditionen der Berg- und Gesteinsarbeiter im Tage- und Untertagebau (Kohle und Erz, Steinbruch, Ton, Sand und Porzellanerde, Graphit, Flint und Kalkstein, Salz). Allerdings sind auch hier, soweit der Abbau nicht wie bei den Erzen inzwischen mangels Rentabilität eingestellt worden war, Ende des 19. Jahrhunderts besonders im Bergbau und in der Chemie deutlich Veränderungen in den Produktionsformen und der Arbeitsorganisation, in der Lohnstruktur und in der gewerkschaftlichen Repräsentanz, aber auch in der politischen Bewußtseinssphäre festzustellen. Insofern lassen sich auch im Bereich Kohle sowie Steine und Erden einerseits typische Merkmale der Veränderung und Modernisierung, andererseits aber auch bis weit in die Gegenwart hineinragende sehr resistente Strukturelemente von sozialen Frühformen feststellen. Dargestellt und zusammengefaßt ist dieses Ineinander von Tradition und Wandel in einem mehr allgemeinen Aufsatz über die »Mineral Workers« sowie drei detaillierten Lokalstudien über die Schieferbrüche in Nordwales, die Salzgewinnung in Cheshire und den Kohlenbergbau in Durham von Autoren, deren Beiträge deutlich autobiographische Züge tragen, in einem *instruktiven Sammelband der ›History Workshop‹-Serie des Ruskin College, Oxford*[16]; Zielsetzung des gesamten Projekts der Workshops ist die Vermittlung von sozialwissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis im Rahmen der Erwachsenenbildung. Das Buch schließt mit einem kulturgeschichtlich höchst aufschlußreichen Glossar über die »Pit Talks«, das Bergmannsidiom in Durham. Angesichts der angedeuteten erheblichen Unterschiede in den Eigentumsverhältnissen (von der Anmietung über den Familienbetrieb bis zur Aktiengesellschaft), in den Produktionsformen (von der Handarbeit bis zur partiellen Mechanisierung), der Qualifikation, der Betriebsgröße, der Arbeitsorganisation sowie im Entlohnungssystem oft von Ort zu Ort in derselben Branche und dann auch zwischen den einzelnen Zweigen ist es kaum möglich, allgemein typologisierende Aussagen zu treffen

16 *Raphael Samuel* (Ed.), Miners, Quarrymen and Saltworkers (= History Workshop Series), Routledge & Kegan Paul, London/Henley/Boston 1977, XVI, 363 S., kart., £ 3.75.

oder generelle Trends aufzuzeigen. Auch erweist sich hier die gängige Unterscheidung zwischen Handwerker (›artisan‹, ›craftsman‹) und ungelerntem Arbeiter (›labourer‹), zwischen ›skilled‹ und ›unskilled‹ als viel zu unscharf, um frühindustrielle Arbeitsformen und -verhältnisse zu charakterisieren, die sich einerseits zwar durch das Fehlen formaler Ausbildungs- und Eingangsvoraussetzungen (›apprenticeship‹), einen sehr geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, oft erhebliche und saisonal bedingte Unständigkeit und überhaupt ein hohes Maß an Regellosigkeit und durch fehlende industrielle Disziplin auszeichnen und nur einen geringen Grad von Mechanisierung aufweisen, die aber andererseits lange Praxis und bemerkenswerte, meist innerhalb der Familie vererbte Geschicklichkeit (›skill‹) voraussetzen und ein oft differenziertes Entlohnungssystem (›bargaining system‹) mit Kontrakt und Subkontrakt innerhalb weitgehend autonomer Arbeitsgruppen (›workers' companionships‹) mit Frühformen von Arbeiterselbstverwaltung (›team democracy‹) bei nur schwach ausgebildetem zentralem Management kennen. Durchaus elitäre und monopolistische Abgrenzungen einer Facharbeiterschaft (›local job monopoly‹) mit alten Familienprivilegien sowie restriktiven Praktiken (›restriction on output‹, ›job control‹) waren hier ebenso zu beobachten wie spontane Ad-hoc-Solidarisierungen und Arbeitskämpfe als Kristallisationskerne für lockere vorgewerkschaftliche Zusammenschlüsse auf lokaler Basis (›local combinations‹).

Zwei nur aus den ungebrochenen Traditionen erklärbare und vielfach bis heute nachwirkende Eigentümlichkeiten der englischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte werden auch hier wieder deutlich. *Merfyn Jones* arbeitet am Beispiel der Schieferbrüche in Nordwales heraus, wie stark der Klassenkampf in der regionalen Ausdifferenzierung etwa in den ›pit villages‹ von Wales zugleich soziokulturelle, politische und vor allem religiöse Züge in der Frontstellung zwischen Nonkonformismus, Walisertum und Radikalliberalismus auf der einen, Anglikanismus, angelsächsischem Establishment und Toryismus auf der anderen Seite getragen und von hier aus seine Verschärfung erfahren hat. Zum zweiten wird dem kontinentaleuropäischen Beobachter eindrucksvoll vorgeführt, warum gerade in England, verglichen etwa mit den USA und Deutschland, noch so lange und erfolgreich Produktions- und Arbeitsformen, aber auch gewerkschaftliche und unternehmerische Organisationsstrukturen aus der Phase der Frühindustrialisierung des 18. und frühen 19. Jahrhunderts einem Modernisierungsprozeß mit dem Zwang zur entsprechenden Kapitalisierung und Betriebsausweitung, zur Mechanisierung und Konzentration, zur Herausbildung eines kraftvollen Managements und auch zum modernen Effizienz- und Rentabilitätsdenken im Wege gestanden haben.

So wurden 1901 in England erst 1,5 Prozent der gesamten Kohle maschinell abgebaut, in den USA bereits 25 Prozent. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele für die belastende Hypothek anführen, die ein relativ früher Start in die liberalkapitalistische Industriewirtschaft auch darstellen kann.

Aber allen überkommenen technologischen, sozialpsychologischen und strukturbedingten Widerständen zum Trotz vermochten sich auch der Bergbau und andere Mineralsektoren, die dann im Aufbau einer chemischen Industrie während des Ersten Weltkrieges und später eine bedeutende Rolle spielen sollten, dem allgemeinen Trend des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zur Konzentration und zum Abbau des Regionalismus sowie zur Herausbildung eines einheitlichen politischen und gewerkschaftlichen Bewußtseins nicht zu entziehen. Dabei liefen die Interessen der Unternehmer und der Gewerkschaften streckenweise sogar durchaus parallel. Strebten die Unternehmer tendenziell nach einer strafferen direkten Kontrolle und oft drakonischen Disziplinierung des industriellen ›Lohnsklaven‹, nach Ersetzung des alten informellen ›bargaining‹ durch ein modernes Akkord- und Stücklohnsystem und nach einer Auflösung indirekter Beschäftigungsverhältnisse, so folgten ihnen die Gewerkschaften insofern, als auch sie nunmehr für eine gewisse Standardisierung und einheitliche Regulierung des Lohnes, der Arbeitsvorgänge und der Arbeitszeit (Kampf um den 8-Stunden-Tag!), selbst wenn dies auf Kosten liebgewordener Freiheiten in der Selbstbestimmung des Arbeiters ging, kämpften, um den neuen Status des Lohnarbeiters wirkungsvoller

gegen Zweideutigkeiten und willkürliche Ausbeutung abzusichern. Unüberbrückbar war der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Facharbeitergewerkschaften (›craft unions‹) allerdings, wenn es um die Ersetzung von ›skilled‹ durch ›unskilled‹, durch Frauen- oder Jugendarbeit (›dilution‹), also um die Status- und Einkommensverschlechterung des Facharbeiters ging, um die Lohnkosten zu senken. Dieses Problem sollte im Ersten Weltkrieg zu schweren Konflikten in der Rüstungsindustrie führen.

Konkret in dem Sammelband dargestellt wird dieser wichtige Wandlungsprozeß zur verschärften Disziplinierung und Ausbeutung mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Solidarität und das politische Verhalten der Arbeiterschaft u. a. von *Brian Didsbury* (»Cheshire Saltworkers«) in einem wichtigen Stück Firmengeschichte auf dem Chemiesektor: der Gründung und dem Ausbau der Firma Mond-Brunner, Produzent von Sodaasche auf der Basis von Sole und Kalkstein im damals gerade neuentwickelten Solvay-Verfahren und einer der Vorläufer des späteren Chemie-Giganten ›Imperial Chemical Industries‹ (ICI, gegr. 1926). *Dave Douglas* zieht aus eigenem Erleben als Bergmann die Linie der Ausbeutung, Disziplinierung und Entmutigung des ›Lohnsklavens‹ und die des sozialen Konflikts sogar bis in die Gegenwart des staatlichen ›National Coal Board‹ und erspart auch den Führern der eigenen Gewerkschaft, der mächtigen ›National Union of Mineworkers‹ (NUM), nicht den massiven Vorwurf, jahrelang durch Kooperation mit dem NCB »Partner in der Demütigung der Bergleute« gewesen zu sein, so daß sich nach seiner Ansicht seit langem im Bergbau ein Mehrfrontenkampf zwischen kämpferischen Bergleuten an der Basis, weitgehend wirtschaftsfriedlichen und primär an paritätischen Schlichtungsmechanismen interessierten Gewerkschaftsbürokraten und ausbeuterischem Management abspiele.

Als beispielhaft und bahnbrechend für den militanten ›New Unionism‹ wird im allgemeinen neben den Arbeitskämpfen der Gasarbeiter und Streichholzarbeiterinnen der große Londoner Dockerstreik von 1889 angeführt. Man wird diese im Kern zutreffende Feststellung freilich dahingehend relativieren müssen, daß einmal, wie oben erwähnt, ›Old and New Unionism‹ durchaus zeitweise nebeneinander herliefen, sich in manchen Elementen sogar gegenseitig durchdrangen und der ›New Unionism‹ eine gewisse Anlaufphase hatte und daß zum anderen der schon vielbeschworene Regionalismus und Partikularismus in der englischen Arbeiterbewegung jedem Versuch entgegenstehen, vorschnell hauptstädtische Geschehnisse mit nationalen Entwicklungen gleichzusetzen. Insofern ergänzen sich zwei Darstellungen zur selben Branche, *E. L. Taplins* Untersuchung zur Lage der Dockarbeiter und Seeleute in Liverpool 1870—1890 und hier insbesondere zu deren vergleichsweise wenig bekanntem Streik von 1879[17] und die von *D. Wasp* und *A. Davis* vor allem unter didaktischem Aspekt mit eindrucksvollem Bildmaterial und einem abschließenden Aufgabenkatalog für die Eigenbeschäftigung in der Schule aufbereitete Beschreibung des Londoner Streiks von 1889[18]. Taplin betont einleitend, die dramatischen Ereignisse von 1889/90 seien nur Teil einer langen militanten Tradition seit 1853, die mit der ersten tiefgreifenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ab 1873 eine Verschärfung erfahren und dann 1879 in Liverpool einen ersten Höhepunkt erreicht habe. Auch seien bereits seit dieser Zeit bei Dockern und Seeleuten Versuche gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse festzustellen, die, obwohl kurzfristig, doch zumindest die Grundlage für spätere Organisationen abgegeben hätten.

Im wesentlichen übereinstimmend, stellen Taplin und Wasp/Davis die Streiks in einen Rahmen, der ökonomisch durch die ›Great Depression‹ 1873—1896 und ein daraus resultierendes Erlahmen der Umschlagstätigkeit an den Küsten, durch strukturbedingten Wachstums-

17 *Eric L. Taplin,* Liverpool Dockers and Seamen, 1870—1890 (= Occasional Papers in Economic and Social History, No. 6), University of Hull Publications, Hull 1974, VIII, 96 S., kart., £ 2.00.

18 *David Wasp/Alan Davis,* The Great Dock Strike 1889 (= Then and There Series, ed. by M. Reeves), Longman Group Ltd., London 1974, 112 S., Pb., £ 0.40.

schwund der britischen Hafenwirtschaft infolge Überalterung und Unterkapitalisierung der Anlagen sowie durch Wettbewerbsschwächen der alten Häfen wie Liverpool gegenüber modernen Umschlagsplätzen, arbeitsorganisatorisch durch eine äußerst komplexe und verwirrende Ausdifferenzierung der Beschäftigungsverhältnisse in den Docks und auf den Schiffen (»a job structure of bewildering complexity«) und sozial durch die elenden Lebensverhältnisse eines Massenheeres von unständig beschäftigten und unorganisierten Hilfsarbeitern (›casual employment‹) in den menschenunwürdigen Slums von Liverpool und des Londoner East End, durch hohe Arbeitslosigkeit und verschärfte Lohndrückerei gekennzeichnet ist.
Stellten in den Jahrzehnten vor 1890 die unübersichtlichen und vielfältig abgestuften Beschäftigungs- und Lohnstrukturen zwischen den gelernten Stauern, den partiell selbständigen Boots- und Schutenführern und dem ständig angestellten Stamm von Lösch- und Transportarbeitern einerseits und den jeweils nur nach Bedarf kurzfristig und oft im Subkontrakt nach einem komplizierten Bonus-System beschäftigten ›gangs‹ der Gelegenheitsarbeiter mit hohem Fluktuationsgrad andererseits ein zunächst unübersteigbares Hindernis für die gewerkschaftliche Organisierung, die Herausbildung eines kollektiven Klassenbewußtseins und für solidarisches Handeln dar, so änderte sich dies, als auch in den Häfen die anhaltende Depression, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Verschärfung der Ausbeutung mehr oder weniger alle Lohnabhängigen trafen, eine vereinte Frontbildung und Konzentration im Unternehmerlager (als Beispiel wird die ›Cunard Line‹ erwähnt) auch die Gegenseite zum solidarischen und dauerhaften Zusammenschluß zwang und der Übergang von der Segel- zur Dampfschiffahrt unter den Seeleuten eine allgemeine Dequalifikation zur Folge hatte. Dies war zugleich die Stunde der großen Führer des ›New Unionism‹ — Ben Tillett, John Burns, Tom Mann, Will Thorne — mit ihren engen Beziehungen zur marxistischen ›Social Democratic Federation‹ (wobei Taplin abweichend etwa von Brandt Wert auf die Feststellung legt, daß trotz der Mitgliedschaft in der SDF die sozialistische Ideologie wenigstens in Liverpool in den 80er Jahren noch keine Rolle spielte) und ihrer scharfen Abgrenzung gegen die alten ›craft unions‹; es war aber auch die Stunde eines so bedeutenden, um sozialen Ausgleich bemühten Kirchenmannes wie Kardinal Manning, des Schlichters im Docker-Streik von 1889 (»The Cardinal's Peace«). Es war zugleich auch bei den Dockern und Seeleuten der Beginn nationaler gewerkschaftlicher Koalitionen — sei es auf der Basis der ›General Unions‹, sei es nach dem Industrieverbandsprinzip — mit niedrigen und auch für die Hilfsarbeiter erschwinglichen Beiträgen, einem höheren Politisierungsgrad und gesteigerter Streikbereitschaft.
Nach dem Durchbruch des ›New Unionism‹ um 1890 bedeutete der *›War Socialism‹ im Ersten Weltkrieg* zusammen mit den schweren sozialen Erschütterungen der letzten drei Vorkriegsjahre (›labour unrest‹) einen weiteren tiefen Einschnitt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Ohne daß diese Zäsur hier in ihren verschiedenen Ausprägungen auch nur annähernd erfaßt werden kann[19], soll lediglich eine bei Brandt bereits problematisierte Fragestellung wieder aufgenommen und unter den Bedingungen des Weltkrieges weiterverfolgt werden: die Einwirkung des politischen Denkens auf den sozialen Konflikt und die Ansätze zu seiner Lösung. *J. M. Winter,* Sozialhistoriker an der University of Warwick, untersucht[20] den Ersten Weltkrieg und den durch ihn ausgelösten gesellschaftlich-politischen Wandel als Testfall für den Einfluß und die Bewährung sozialistischer Ideen und Programme, die bereits am Vorabend des Krieges als Antwort auf die neu und verschärft ausbrechenden Klassenspannungen fest umrissen waren. Unter dem doppelten Aspekt, nach dem Sozialismus sowohl

19 Vgl. *Bernd-Jürgen Wendt,* War Socialism — Erscheinungsformen und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus in England im Ersten Weltkrieg, in: *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974, S. 117—149.

20 *J(ay) M(urray) Winter,* Socialism and the Challenge of War. Ideas and Politics in Britain, 1912—18, Routledge & Kegan Paul, London/Boston 1974, IX, 310 S., Ln., £ 5.50.

eine Gesellschaftsdoktrin als auch eine aus ihr abgeleitete Theorie der Aktion meint, fragt Winter, wie der Krieg politisches Denken repräsentativer englischer Theoretiker beeinflußt und zugleich, vermittelt über politisches Handeln und konkrete Programme, in weitere Bevölkerungskreise hineingetragen hat. Auf dem Prüfstand hinsichtlich ihrer politischen Praktikabilität getestet werden drei nichtmarxistische Positionen, die nach Winter zugleich drei in sich konsistente Grundrichtungen in dem buntscheckigen und heterogenen Bild des englischen Sozialismus markieren: der Fabianismus der Webbs, die christliche Sozialphilosophie R. H. Tawneys und der Gildensozialismus G. D. H. Coles. Weitgehend unverändert seine Bewährungsprobe bestanden und am tiefsten seine Spuren in der Labour Party eingegraben hat, um das keineswegs originelle Ergebnis des Buches vorwegzunehmen, der Sozialismus der Webbs. Cole und Tawney dagegen traten 1917/18 aus ihrer langjährigen Opposition gegen den reformistischen Parteikurs heraus und beteiligten sich schließlich aktiv an der Parteiarbeit, nachdem die Labour Party selbst 1918 von Sidney Webb, Henderson und MacDonald ihr erstes offizielles Programm ›Labour and the New Social Order‹ erhalten hatte und auf der Grundlage der Webbschen Ideen reorganisiert worden war. Bei dieser Annäherung blieb Tawney freilich seinen christlich-sozialistischen Idealen treu, während Cole zur Erbitterung seiner Anhänger zunächst 1917/18 die wirtschaftsfriedliche Sozialpartnerschaftsideologie der industriellen ›joint control‹ im Whitleyism[21] (vergleichbar etwa mit der gleichzeitigen Arbeitsgemeinschaftsidee in Deutschland) als dritten Weg zum sozialen Frieden zwischen Regierungskontrolle und ungezügeltem Vorkriegskapitalismus übernahm und auch 1922 formell mit seiner ›National Guilds League‹ brach. Den Nachweis, warum sich gerade das Ideengut der Webbs am Ende in der politischen Praxis erfolgreich und nahezu unverändert durchsetzte und die anderen Doktrinen weitgehend blasse Theorie blieben, führt der Autor in zwei Schritten: Zunächst untersucht er die Lage der Arbeiterbewegung und — in Antwort darauf — die Entwicklung sozialistischer Programme bei den erwähnten Theoretikern am Vorabend des Krieges 1912/14, dann im zweiten Teil — wiederum jeweils nach Autoren getrennt — den Wirkungszuammenhang von Volkskrieg, gesellschaftlichem Wandel und sozialistischem Ideengut. Das Buch klingt aus mit der bereits im Krieg gestifteten und 1918 endgültig in einem gegenseitigen Adaptionsprozeß im Parteiprogramm mit seinem berühmten Sozialisierungsparagraphen (›Clause Four‹) besiegelten ›Ehe‹ zwischen dem sozialistischen ›brains trust‹ aus dem Lager der bürgerlichen ›middle-class intellectuals‹ um S. Webb und G. D. H. Cole und den politischen Praktikern um Henderson und MacDonald sowie mit einer resümierenden Betrachtung über »The Impact of the First World War on British Socialist Thought«.

Inhaltlich werden die drei Theoretiker eingehend daraufhin überprüft, wie weit sie nicht nur von ihren Konzeptionen und hier insbesondere von ihrem Staatsverständnis her mehr theoretisch Lösungsmöglichkeiten für den verschärften Sozialkonflikt der englischen Klassengesellschaft im Kriege anzubieten hatten, sondern wie weit ihre Konzeptionen unter den gegebenen Verhältnissen auch realistisch und durchsetzbar waren. Hier entgeht Winter nicht ganz der Gefahr jedes vorwiegend ideengeschichtlichen Ansatzes, gleichsam doktrinimmanent zu argumentieren, d. h. die einzelnen Rezepte aus sich heraus auf ihre inneren Schwächen und Widersprüche abzuklopfen und nicht auch die ökonomisch-sozialen, politischen und entwicklungsgeschichtlichen Rahmenbedingungen für die Verwirklichung resp. Unterdrückung des einen oder anderen Ansatzes zu problematisieren. Auch bleibt die Attraktivität des Syndikalismus, des ›Shop Steward Movement‹ und des ›Industrial Unionism‹ gerade unter den restriktiven

21 Vgl. *Bernd-Jürgen Wendt,* Whitleyism — Versuch einer Institutionalisierung des Sozialkonfliktes in England am Ausgang des Ersten Weltkrieges, in: *Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt* (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und Politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Bonn 1978, S. 337—353.

Bedingungen des Krieges und des inneren ›Burgfriedens‹ vor allem unter den Rüstungsarbeitern so gut wie ganz im Dunkeln.

Der Sozialismus der Webbs war nach einem Ausspruch A. Toynbees trotz seiner Grenzen und der recht unattraktiven bürokratisch-pragmatischen ›Dürre‹ seiner ›Politik der kleinen Schritte‹ (›gradualism‹) oder vielleicht auch gerade wegen seines bewußten Verzichts auf utopische Höhenflüge am besten darauf vorbereitet, den Herausforderungen des Krieges an die Arbeiterbewegung erfolgreich zu begegnen und darüber hinaus ein bis heute gültiges ideologisches Substrat für das Kriegs- und Nachkriegsprogramm der Labour Party zu liefern. Denn er hatte einen Weg zur Lösung oder doch zur Milderung des Klassenkonfliktes anzubieten, der auf institutionelle und administrative Veränderungen über den Stimmzettel, also auf einen politischen als notwendige Vorstufe zum sozialen Wandel, auf die friedliche Durchdringung des Staates im Rahmen der Verfassung und auf Wirtschaftsdemokratie, kurz: auf Evolution ohne revolutionäre Zwischenstufe abgestellt war. Der Staat sollte nach diesem Entwurf als überparteilicher Anwalt und zugleich als klassenneutraler Motor des sozialen Fortschritts die gemeinsamen Interessen einer nationalen Konsumentengenossenschaft gegen den — von den Webbs stets beargwöhnten — partikularen Produzentenegoismus von Gewerkschaften und Unternehmern verteidigen und die Bahn zur humanen Gesellschaft ebnen. Unter diesem Blickwinkel wurde das führend von Sidney Webb getragene ›War Emergency Committee‹, ein vereinigter Kriegsausschuß von Arbeiterpartei und Gewerkschaften, der zunächst mehr defensiv zur Wahrung der Rechte und der Lebensbedingungen der Arbeitnehmerschaft gegenüber dem immer stärker ausgreifenden Moloch staatlicher Kriegszwangswirtschaft gedacht war, mit der Forderung nach ›conscription of wealth‹ auch zunehmend offensiv zu einer Plattform für die Konzipierung und Durchsetzung einer gerechteren Nachkriegsordnung (›Reconstruction‹). Im Zeichen des ›Burgfriedens‹ und einer durch ihn bedingten hohen Belastung für die Einheit der Arbeiterklasse wurde der Kriegsausschuß dann zu einem wichtigen Vehikel für die Konsolidierung der politischen Arbeiterbewegung unter sozialistischer Führung und schließlich für die Umsetzung sozialistischer Doktrinen in praktische Parteipolitik der Labour Party. Das Kapital über »Sidney Webb and the War Emergency Committee« gehört, zumal da es überwiegend aus den bisher noch nicht ausgewerteten Ausschußakten gearbeitet ist, zu den interessantesten des Buches. Gegenüber diesem relativ pragmatischen demokratisch-reformistischen Staatssozialismus mit seiner sozialintegrativen Zielsetzung konnte sich Cole mit seinem — freilich am Ende sehr abgeschwächten — Festhalten am sozialrevolutionären Klassenkampfdenken und an der industriellen Aktion als auslösendem Moment für soziale und politische Veränderungen sowie mit seiner Forderung nach ›workers' control‹ und industrieller und dann auch politischer Selbstverwaltung durch die zu Industrieverbänden (›guilds‹) umgewandelten Berufsgewerkschaften und seinem tiefen Mißtrauen gegen die Omnipotenz unkontrollierter staatlicher Apparate nicht durchsetzen. Gleiches galt für Tawney mit seiner auf der christlichen Ethik basierenden und durch die aufwühlenden Erfahrungen des Kriegsfreiwilligen in den Materialschlachten im Westen und das Erlebnis des ›Frontsozialismus‹ zusätzlich inspirierten utopischen Version vom sittlichen Wandel der Menschheit und von der Erziehung zur moralischen Läuterung als unabdingbare Vorstufen zur Aufhebung des Klassenstaates und zur Geburt des freien ›citizen of industry‹ — eine auch sprachlich deutliche Übereinstimmung mit F. Naumanns Vision vom ›Industriebürger‹!

In der vergleichenden Vorstellung dreier unterschiedlicher Wege zum Sozialismus und in der mehrheitlichen Entscheidung der englischen Arbeiterbewegung *für* den institutionell-bürokratisch ausgerichteten »munizipalen Sozialismus« der Webbs mit gewissen Gefahren einer obrigkeitsstaatlichen Usurpation personaler und kollektiver Freiheitsräume und *gegen* den mehr utopischen Sozialismus eines Cole und eines Tawney liegt nach Winter — er beruft sich hier abschließend auf den berühmten französischen Sozialhistoriker Elie Halévy als Kronzeugen — das Grundproblem der sozialistischen Lösung bis heute beschlossen: die inne-

re Spannung im sozialistischen Denken zwischen dem Drang zur gesellschaftlichen und individuellen Freiheit einerseits und der konkurrierende und nicht selten entgegenwirkende Druck hin zur bürokratischen Organisation geplanter Sozialstaatlichkeit mit einer entsprechenden Gefährdung personaler Freiheit und Selbstbestimmung andererseits. »To inform the calculations of the planner and the tactics of the politician with a humanitarian vision has always been a formidable task. It is no less a challange today than it was fifty years ago«.

Einen zentralen Platz im Traditionsbewußtsein der englischen Arbeiterbewegung nimmt auch heute mehr als ein halbes Jahrhundert danach noch der *Generalstreik von 1926* ein. Dabei ist, wie sich gerade in der umfangreichen ›Jubiläumsliteratur‹ von 1976 zeigte, die Rückbesinnung durchaus zwiespältig: Gilt der Generalstreik einerseits noch heute als Inbegriff heroischer Klassensolidarität und proletarischer Kampfbereitschaft in einer vorher und auch später nie wieder erreichten Geschlossenheit und insofern noch immer als ein allseits verehrtes und verehrungswürdiges Denkmal der Traditionspflege, so können doch andererseits selbst die Optimisten nicht umhin zuzugeben, daß das rasche Abbröckeln der Solidarität jedenfalls auf der Führungsebene nach nur neun Tagen Streik, sein für die breite Masse überraschend schneller Abbruch durch den General Council, die isolierte und am Ende erfolglose Fortführung des Arbeitskampfes durch die Bergarbeiter bis Ende November und der schließliche Triumph der Unternehmerschaft und der konservativen Sozialreaktionäre im restriktiven Gewerkschaftsgesetz von 1927 mit zu den deprimierendsten Kapiteln der englischen Arbeiterbewegung gehören, von denen diese sich erst im und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder erholen konnte. Die ganze Spannweite der unterschiedlichen Positionen, die damals für oder gegen den Ausstand eingenommen wurden, spiegelt sich bis heute in der wissenschaftlichen Kontroverse wider. Außerdem signalisierte der Arbeitskampf mit dem Bergbau paradigmatisch eine Krise der englischen Industriewirtschaft mit ihren Wurzeln bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Auch das Thema Generalstreik läßt sich somit nur hinreichend erschließen, wenn neben der nationalen Konfrontation zwischen den gesellschaftlich-politischen Lagern zugleich die branchenspezifischen, d. h. auch immer: die regionalen Probleme und Krisen transparent werden. Als repräsentativ für die konträre Bewertung der damaligen Vorgänge bis in die Gegenwart und zugleich für deren lokale Verankerung seien hier drei Bücher vorgestellt: die offiziöse Geschichte der ›South Wales Miners' Federation‹, eines der Zentren des Generalstreiks, zwischen Kriegsausbruch 1914 und Ende des Streiks 1926 aus der Feder *R. Page Arnots*[22], eines Mannes, der damals als Gewerkschaftsfunktionär und ›chief strike propagandist‹ eine wichtige Funktion in der Öffentlichkeitsarbeit der ›Miners' Federation of Great Britain‹, deren Geschichte er später schreiben sollte, eingenommen hat und dementsprechend sein vitales Engagement für die Sache der Bergleute in Südwales bis heute nicht verleugnet; eine Sammlung teils wissenschaftlich analysierender, teils regionaler und teils autobiographisch gefärbter Studien von Kommunisten und Linkssozialisten überwiegend aus der Partei-, Gewerkschafts- und Erziehungsarbeit, zusammengestellt von *Jeffrey Skelley*[23]; eine um Objektivität und Abgewogenheit im Urteil bemühte historische Darstellung von *G. A. Phillips*[24], die man insgesamt eher als klassenneutral wird apostrophieren können. *R. Page Arnot* spannt den Bogen seines durch zahlreiche Quellen wie lokales Pressematerial angereicherten und verlebendigten Berichtes von der — die Zweite Internationale auf ihre bis da-

22 *R. Page Arnot,* South Wales Miners. Glowyr de Cymry. A History of the South Wales Miners' Federation (1914—1926), Cymric Federation Press, Cardiff 1975, XV, 356 S., Ln., £ 5.50.

23 *Jeffrey Skelley* (Ed.), The General Strike, Lawrence and Wishart Ltd., London 1976, XIV, 412 S., Pb., £ 2.00; geb., £ 6.00.

24 *Gordon A. Phillips,* The General Strike. The Politics of Industrial Conflict (= Radical Men, Movements and Ideas, ed. by A. F. Thompson), Weidenfeld and Nicolson, London 1976, XII, 388 S., Ln., £ 7.95.

hin härteste Zerreißprobe stellenden — Debatte um ›Burgfrieden‹ und ›Vaterlandsverteidigung‹ (in der sich gerade die Bergleute eindeutig hinter den Staat stellten!) über die sozialen Kämpfe der Kriegs- und Nachkriegszeit mit dem ›Schwarzen Freitag‹ für die Bergleute am 15. 4. 1921 und dem folgenschweren Zerbrechen der ›Triple Alliance‹ zwischen Bergleuten, Transport- und Eisenbahnarbeitern bis hin zur Vorgeschichte und zum Ablauf der neun Tage des Generalstreiks und zu den anschließenden sechs Monaten des isolierten Einzelkampfes im Bergbau. Die gemeinsame Decke des ›industrial truce‹ von 1914 wurde, wie Arnot zeigt, bereits im Frühjahr 1915 infolge des Streikverbots, der staatlichen Zwangsschlichtung und vor allem der Tatsache, daß die Löhne immer mehr den explodierenden privaten Profiten und den Preisen hinterherhinkten, zum Zerreißen dünn, ein Beweis dafür, daß es auch in England (ähnlich wie in Deutschland) der ›Kriegssozialismus‹, eine verbal dekorative Fassade für den Fortbestand des privatkapitalistischen Systems unter vorübergehender staatlicher Kontrolle, nicht verstanden hat, eine gerechte Verteilung der sozialen Lasten und Kosten im Kriege zu garantieren. Hier zieht sich gerade im Waliser Bergbau eine nahezu ungebrochene und durch die russische Oktoberrevolution eher noch verstärkte Linie gewerkschaftlicher Militanz und proletarischen Konfliktpotentials seit 1915 von den Auseinandersetzungen um die allgemeine Wehrpflicht und die zusätzliche Bedrohung durch eine ›industrial conscription‹ ohne eine gleichzeitige ›conscription of the rich‹, über die Kämpfe um gewerkschaftliche Anerkennung und den ›closed shop‹, die allgemeine Forderung nach Preis- und Profitkontrolle, über die Nationalisierungsdebatte mit dem syndikalistischen und gildensozialistischen Ruf nach ›workers' control‹ und ›industrial action‹ (»the mines for the miners!«), über den ›Black‹ und schließlich den ›Red Friday‹ (31. 7. 1925) bis hin zum Generalstreik mit seinem unveränderten Forderungskatalog: Kampf gegen den Lohnabbau, Garantie von Mindestlöhnen, Absicherung des 7-Stunden-Tages, ›National Wages Board‹ mit national einheitlichen Löhnen und einem interregionalen Lohnausgleich über einen ›National Pool‹, Verstaatlichung und Reorganisation des Bergbaus. Neben diesem ideologisch-programmatischen Strang kann Arnot noch einen zweiten mehr struktureller Kontinuität zwischen 1914 und 1926 herausarbeiten, ohne den das Geschehen von 1926 ebenfalls kaum zu erklären ist: die destabilisierenden Rückwirkungen des Regionalismus und der lokalen Eigengesetzlichkeiten der Distrikte und ›branches‹ (im Bergbau ›lodges‹) gerade in Wales mit seinen spezifischen soziokulturellen Traditionen auf die Einheit und Geschlossenheit nicht nur des nationalen Dachverbandes ›Miners' Federation of Great Britain‹, sondern auch der zentralen Gewerkschaftsorganisation im TUC und General Council. Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Kriegs- und Nachkriegsgeschichte die Spannungen und Rivalitäten sowohl innerhalb des Distrikts Südwales zwischen der Delegiertenkonferenz und dem Exekutivrat wie auch zwischen den einzelnen Distrikten mit unterschiedlichen Absatz-, Gewinn- und Lohnchancen oder schließlich auch zwischen Südwales und der Zentralexekutive. Gespannt war auch stets das Verhältnis zwischen den mehr militanten Gewerkschaften mit ihren Vorstellungen vom ›industrial unionism‹ und von der direkten industriellen Aktion und der Arbeiterpartei mit ihrer Fixierung auf den fabianischen Staatssozialismus und den Weg politisch-parlamentarischer Reformen. Diese immanente ideologische und pragmatisch-politische Frontenbildung innerhalb der englischen Arbeiterbewegung, die sich etwa in der Kontroverse um den Anschluß an die kommunistische ›Rote Gewerkschaftsinternationale‹ oder auch im ›Black Friday‹ von 1921 mit der Auflösung der einst vor dem Krieg so mächtigen Allianz zwischen Bergleuten, Transport- und Eisenbahnarbeitern als Vorspiel zur ›great surrender‹ vom 12. 5. 1926 äußerte, erklärt ein entscheidendes und auch besonders von Phillips herausgestelltes organisationsstrukturelles Schwächemoment während des Generalstreiks (Konflikt zwischen Bergarbeitern und TUC). Aus ihm erklärt sich vor allem auch die von Arnot an Hand von Tagesprotokollen stark in den Vordergrund gerückte Bildung von integrierten örtlichen Aktionsausschüssen (›councils of action‹, ›factory committees‹, ›strike committees‹) während des Streiks als bemerkenswerte organisatorische Ansätze zu einer zunächst mehr improvisierten rätedemokrati-

schen Protesthaltung an der Basis gegen die verkrusteten und vielfach untereinander zerstrittenen Gewerkschaftsbürokratien.

In der Einschätzung der Frontenbildung zwischen dem ›Red Friday‹ am 31. 7. 1925 und dem Ausbruch des Arbeitskampfes am 4. 5. 1926 teilt Arnot uneingeschränkt die herkömmliche Position der linken Kritik: Danach wollte sich die Baldwin-Regierung als Anwalt der herrschenden Kreise mit dem ›Waffenstillstand‹ vom 31. Juli, d. h. der Fortzahlung der Subventionen im Bergbau und damit auch der Löhne in der alten Höhe für weitere neun Monate, nur eine Atempause erkaufen, um in der verbleibenden Zeit um so intensiver für den längst geplanten Schlag gegen die Gewerkschaften rüsten zu können. Die Arbeiterklasse dagegen paralysierte sich schließlich dadurch in ihrem Abwehrwillen selbst, daß eine reformistische und vom Kapitalismus bereits korrumpierte Gewerkschaftsführung, eifrig sekundiert von einer ängstlich um die Dokumentation ihrer Verfassungstreue bemühten Arbeiterpartei, von Anfang an zu einer frühzeitigen Kapitulation entschlossen war und damit aus Furcht, eine revolutionäre Bewegung etwa mit Rätecharakter könne ihrer Kontrolle entgleiten, der im Klassenkampf ›vor Ort‹ solidarischen Arbeiterschaft schmählich in den Rücken fiel.

Engels' und Lenins in dieselbe Richtung weisendes bekanntes älteres Wort von der bestochenen britischen ›Arbeiteraristokratie‹ und die Ausführungen des letzteren über die englische Arbeiterbewegung, die »ein beklagenswertes Beispiel« dafür abgebe, »wie die Isolation der Arbeiterbewegung vom Sozialismus unvermeidlich zu ihrer Degeneration und zu bürgerlichen Ideen führt«, stehen im Mittelpunkt des Aufsatzes über »British Imperialism and the Labour Aristocracy«, den der Kommunist *J. Foster* als geschichtlichen Hintergrund des Generalstreiks und gleichsam leitmotivisch für seine Interpretation dem erwähnten *Sammelband von J. Skelley* voranstellt. In die gleiche Richtung weist der Beitrag »Marxism, Reformism and the General Strike« von *J. Klugmann,* einem breiteren Leserkreis bekannt durch seine »History of the Communist Party of Great Britain«. Unverdrossen wird die längst geläufige denunziatorische These marxistischer Provenienz von der verhängnisvollen Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Arbeiterpartei, vom Basisverlust reformistischer Arbeiterbürokratien und ihrem den Generalstreik schließlich entscheidenden ›Betrug‹ gegenüber den ›namenlosen Arbeitermassen‹ und von der führenden Rolle der CP an der lokalen Basis des Klassenkampfes weitergespult, die in der Literatur gewöhnlich verschwiegen werde. Zweifel, wie weit sich in der gescheiterten proletarischen Praxis nicht auch Schwächen und Widersprüche marxistischer Theorie offenbaren, scheinen einem Kommunisten bis heute nicht gekommen zu sein!

Die bereits angesprochenen einleitenden Analysen von Foster und Klugmann behandeln als Hintergrund des Streiks die permanente Nachkriegskrise des britischen Kapitalismus, der im Gegensatz zu Deutschland und den USA den entscheidenden Übergang zum ›Staatsmonopolistischen Kapitalismus‹ damals nur erst sehr unvollkommen vollzogen habe. Weitere Themen sind die enge Klassenbindung der Regierung Baldwin gegenüber der City und deren Deflations- und Goldstandardstrategie als Ausdruck der traditionellen Allianz zwischen Bankkapital und Exekutive mit dem Versuch einer Abwälzung der Lasten auf die Löhne der Arbeiterschaft sowie die sich wandelnde Zusammensetzung und Organisation der Arbeiterbewegung und das Auftauchen einer militanten Opposition von unten gegen den Reformismus, »die ihren am besten organisierten und artikulierten Ausdruck in der Politik der CP fand«. Im zweiten Teil des Buches schließen sich recht informative Regionalstudien über die spontanen Massenaktivitäten und die Arbeit der ›councils of action‹ u. a. in Westschottland, Edinburgh, Manchester, über das mittelenglische Bergbau- und Schwerindustriegebiet ›Black Country‹ mit dem Zentrum Birmingham und über Südwales an. Persönliche Erinnerungen an den Streik u. a. in Glasgow, im Kohlengebiet von Yorkshire und im Woll- und Textilzentrum Bradford im dritten Teil spiegeln übereinstimmend die tiefe Desillusionierung und Mutlosigkeit beim überraschenden bedingungslosen Abbruch des Generalstreiks nach nur neun Tagen wider und decken sich keineswegs mit den Behauptungen in der Streikführung des

General Councils, dieser habe durch seinen Aufhebungsbeschluß nur bereits überall sichtbaren Abbröckelungstendenzen zuvorkommen wollen. Der abschließende vierte Teil der Sammlung ist den Konsequenzen des Generalstreiks für die Politik von Gewerkschaften und Labour Party gewidmet und geht dabei auch ein auf den nach Streikabbruch wieder intensiver propagierten Gedanken der wirtschaftsfriedlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen den Sozialpartnern zwecks Konfliktlösung innerhalb des kapitalistischen Systems, aber in weitgehender Autonomie gegenüber dem Staat. Dies war die Essenz jahrelanger Gespräche ab 1928 zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern, der berühmten ›Mond-Turner-Talks‹.

Foster wie manche anderen marxistischen Interpreten, die primär auf den Basis-Überbau-Konflikt in der britischen Arbeiterbewegung und auf die vermeintliche revolutionäre, dann aber von oben bürokratisch gebremste und verratene Militanz an der Massenbasis während des Generalstreiks abheben, kommen in Schwierigkeiten, »den seltsamen Kontrast zwischen der beispiellosen Explosion einer schöpferischen, innovativen Klassensolidarität, ausgelöst durch den Generalstreik, und der offenkundig widerstandslosen Akzeptierung der rechten Führung dann in den folgenden Jahren« (Foster) erklären zu müssen. Hier geht Foster erfreulich über das tradierte Engels/Lenin-Schema von der »Militanz ohne sozialistisches Bewußtsein« hinaus und untersucht mit durchaus erwägenswerten Ergebnissen unter mehr entwicklungsgeschichtlichem Akzent, wie der ökonomisch und sozial brüchige Nachkriegskapitalismus Englands nicht mehr ohne weiteres — wie dies noch in der wirtschaftlichen Hochblüte des 19. Jahrhunderts der Fall war — seine Kontrolle über die gesellschaftlich nach oben drängenden Kräfte eher ungezielt auf objektive soziale Gegebenheiten wie den strukturbedingten Mangel an Kohärenz und Organisation in der Arbeiterklasse selbst und ihre desintegrierenden Elemente (etwa den Unterschied zwischen ›skilled‹ und ›unskilled‹) oder auch auf selektive ökonomische Bestechung durch einen expandierenden Markt und profitträchtiges Wirtschaftswachstum gründen konnte, sondern wie nunmehr seit dem beginnenden 20. Jahrhundert im Zeichen des ›New Unionism‹ und einer starken Politisierung der Arbeiterschaft, aber dann auch unter dem Einfluß stagnierender oder sogar rückläufiger Produktionssektoren (wie gerade im Bergbau) bewußt von den Herrschenden manipulative und kontrollierende Techniken und Strategien gegenüber den als besondere Bedrohung empfundenen Teilen der expandierenden Klassenorganisation entwickelt und gepflegt wurden: Sozialimperialismus und -chauvinismus nach dem von C. Rhodes proklamierten Motto »Empire oder Revolution«, Fabianismus, Erziehung zum Staat, Bündnispolitik zwischen Arbeiterpartei und Radikalliberalismus unter Lloyd George, Integration der Labour Party und der Gewerkschaftsführung in konstitutionelle und reformistische Bahnen durch die zeitweilige Chance der Machtpartizipation, Wohlfahrtsstaat und direkte bürokratische Kontrolle besonders während des Krieges. Das Stichwort ›Sozialimperialismus‹ als Inbegriff des Versuches, innere Spannungen durch Expansion nach außen abzulenken, zeigt, wie sehr sich hier in der kritischen Sozialgeschichte marxistische und gerade jüngst wieder hoch favorisierte nicht-marxistische Erklärungsschemata annähern.

Ein verschärfter Druck von der proletarischen Basis insbesondere seit dem kurzfristigen Triumph des ›Red Friday‹, der politische Linkstrend im ›National Minority Movement‹ und seitens der CP, die Herausbildung eines radikalisierten solidarischen Massenbewußtseins sowie die durch die Deflation und die Rückkehr zum Goldstandard 1925 immens verschärften Struktur- und Absatzprobleme eines niedergehenden Industriezweiges, des Bergbaus, hätten den kapitalistischen Staat nach Foster zeitweise 1925/26 in die Defensive und aus Schwäche zur Aufgabe seiner Manipulationspraktiken zugunsten nackter Zwangsgewalt getrieben. Mit Hilfe der ›Arbeiteraristokratie‹ im General Council sei es den Herrschenden aber schnell wieder gelungen, von der brutalen Unterdrückung in die bewährten Bahnen der Integration und Domestikation von oben zurückzulenken. Beschleunigen konnte die Regierung diesen überraschend schnellen Zähmungsprozeß — und hier wird man Foster in der Einschätzung voll zustimmen können — durch ihre raffinierte Taktik, den Arbeitskampf zu einer Gefährdung

der Parlamentsherrschaft und der Konstitution hochzuspielen, ihm also ausgesprochen politisch-revolutionäre Absichten, die er nachweislich nie gehabt hat, zu unterstellen und damit die Gewerkschaften und indirekt auch die Labour Party propagandistisch in der breiten Öffentlichkeit in die gefährliche linke Ecke von Anarchismus und Verfassungsbruch zu manövrieren. Dort drohte dann für die Arbeiterpartei ihr politischer und durch den Fabianismus ideologisch untermauerter Anspruch, auch in der Opposition gleichsam als ›S. M. Regierung im Wartestand‹ kein ›class interest‹, sondern das ›national interest‹ zu vertreten, ins Zwielicht zu geraten.

Das angedeutete interpretatorische Dilemma löst sich auf, wenn man nicht mehr (wovor übrigens auch der Marxist Klugmann dringend warnt) den Arbeitskampf von 1926 zu einer allgemeinen Herausforderung des kapitalistischen Systems und auch nicht die nachweisbar infolge der zögernden Haltung der Führung weitgehend improvisierten rätedemokratischen Basisaktionen zu einer lang aufgestauten Eruption eines revolutionären Massenbewußtseins hochstilisiert (nach Klugmann war es sogar für die CP ein echtes Problem, die Massen aus dem Griff des Reformismus zu lösen und sie zu mobilisieren), sondern den Generalstreik entwicklungsgeschichtlich in eine langfristige soziale Konfliktstrategie der englischen Gewerkschaftsbewegung einbezieht. Dies tut *G. A. Phillips* bereits mit der Formulierung seines Untertitels »The Politics of Industrial Conflict« in einer nüchtern abgewogenen, alle Aspekte sorgfältig berücksichtigenden und gut belegten Analyse, die überdies den Vorzug hat, sich auf bisher nicht ausgewertetes Primärmaterial aus dem Archiv des TUC General Council zu stützen. Auch Phillips fühlt sich als Interpret herausgefordert durch »das Zusammentreffen einer exzeptionellen Gewerkschaftssolidarität und vergleichsweise gemäßigter Ziele« im Generalstreik, der sich für ihn durch ein »fast völliges Fehlen revolutionärer Attribute« bei einem freilich hohen Grad von allgemeiner Mobilisierung ausgezeichnet hat. Während der insgesamt disziplinierte und gemäßigte Ablauf des Streiks u. a. zurückzuführen ist auf den hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der englischen Arbeiterschaft, ihre organisatorische Konzentration und Konsolidierung zumindest in gewissen Schlüsselindustrien (Transport, Metallverarbeitung, Bauwesen u. a.), den Ausbau einer repräsentativen zentralen Instanz im General Council mit größeren Verantwortlichkeiten und insbesondere auf das Fehlen, wie gesagt, einer revolutionären Ideologie, kann der Ausbruch des Kampfes vor allem aus drei Entwicklungslinien erklärt werden, die dann als Leitfäden den Untersuchungsgang des Buches strukturieren: 1. die strikte Trennung seitens der Gewerkschaftsführung besonders nach 1918 zwischen ›industriellen‹ und ›politischen‹ Streiks, wobei die ersteren durch Gesetze und Herkommen geschützt, die letzteren jedoch außergewöhnlich und nur im Extremfall gerechtfertigt waren. Nur so ließ sich dann der allgemeine Sympathiestreik als ›industrieller Streik‹ ohne revolutionäre Implikationen begreifen, während die syndikalistische Taktik des politischen Umsturzes durch ›direkte industrielle Aktion‹ nur während des Ersten Weltkrieges größere Resonanz fand; 2. die Beziehungen zwischen Gewerkschaftsführung und Anhängerschaft und die Theoriediskussionen innerhalb der Gewerkschaften, die schon vor den 20er Jahren — erinnert sei hier etwa an die Massenaktionen der 90er Jahre und dann unmittelbar vor Kriegsausbruch — von dem allgemeinen Glauben an die Wirksamkeit der industriellen Generalstreiktaktik als eines durchaus legitimen Kampfmittels zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bestimmt gewesen seien. Deshalb habe dann auch der TUC im Interesse seiner Glaubwürdigkeit 1926, wenn auch höchst widerstrebend, der Streikbereitschaft im Bergbau und in anderen Zweigen nachgeben müssen. Schließlich stellt der Autor 3. als Ursache die Politik der Industriellen und der Regierung seit Beginn der Nachkriegsdepression 1921 sowie die Strukturkrise im Bergbau heraus, Gegebenheiten, die dann schließlich eine so drastische Reaktion der Arbeiterschaft geradezu herausgefordert hätten.

Der Generalstreik in der für 1926 so typischen Verbindung von ›national‹ und ›sympathetic‹ war im Bewußtsein der britischen Arbeiterschaft mehrheitlich nicht ideologisch als In-

strument des revolutionären Wandels verankert, sondern mehr pragmatisch-taktisch als Produkt einer Entwicklung, die organisatorisch seit dem ›New Unionism‹ und dann, intensiviert unmittelbar vor und im Ersten Weltkrieg, mit der Ausformung des ›general‹ und des ›industrial unionism‹, der Konstituierung nationaler Gewerkschaftsverbände auch in den alten Industrien (Bergbau) sowie mit Verschmelzungen (›amalgamations‹) und Allianzbildungen (›Triple Alliance‹ von 1912) zu machtvollen Konzentrationsbewegungen und parallel zum Entstehen entsprechend umfassender nationaler Kampfformen mit dem Ziel einer Hebung der Arbeitsbedingungen und mit ausdrücklicher Unterstützung der Gewerkschaftsführungen geführt hatte. Phillips zieht also eine in sich stimmige und lediglich zeitweilig durch eine gewisse syndikalistische Politisierung des Streiks während des Krieges und unmittelbar danach unterbrochene, primär unpolitische Traditionslinie des Arbeitskampfes vom Aufbrechen des ›New Unionism‹ 1889 über die gesteigerte Militanz der ›Triple Alliance‹ (Transport, Bergbau, Eisenbahnen) als Lohnbewegung 1912/14, den ›Black Friday‹ vom 15. 4. 1921, an dem die ›Triple Alliance‹ zwar zerbrochen sei, der Gedanke an einen nationalen Sympathiestreik für die Bergleute aber zugleich großen Auftrieb erhalten habe, bis hin zum Generalstreik. Der ›Black Friday‹ soll, da sich die Bergarbeiter hier, vom TUC und der ›Triple Alliance‹ verraten, dem Lohndiktat der Unternehmer beugen mußten, im (1921 gegründeten) General Council und in den großen Gewerkschaften so etwas wie einen Schuldkomplex hinterlassen haben, der dann 1926 zur Kompensation in einem Akt der Sühne gedrängt habe, konkret also zur Demonstration kollektiver Solidarität im nationalen Sympathiestreik mit der nötigen verbalradikalen Begleitmusik. Eingehend beschäftigt sich auch Phillips mit den beiden bis heute kontroversen Kernfragen des Streiks: Spekulierte die Regierung Baldwin mit der neunmonatigen Verlängerung der Subventionen für den Bergbau vom 1. 8. 1925 bis zum 30. 4. 1926 und der Einsetzung einer ›Royal Commission‹ unter Samuel nur auf Zeit, weil sie — wie Baldwin in einer sehr umstrittenen Wendung freilich erst viel später im Unterhaus bekannte — »noch nicht fertig« gewesen sei? Warum setzten die Gegenmaßnahmen des General Council erst Ende April 1926 und auch dann nur sehr halbherzig ein, so daß fast die gesamte Frist der neun Monate praktisch untätig verstrich und der Arbeitskampf allerdings mit bemerkenswerter Effizienz dann regelrecht improvisiert werden mußte?

Zur ersten Frage unterstellt Phillips zumindest Baldwin und dem gemäßigten Flügel seines Kabinetts, noch lange ernsthaft an eine Verhandlungslösung im Montankonflikt geglaubt und bis zuletzt die ruinösen Rückwirkungen von Aussperrung und Streik auf die Wirtschaft und die nationalen Finanzen gefürchtet zu haben. Ein verhängnisvolles Maß an Unentschlossenheit und Schwäche sowie mangelnde Imaginationskraft spricht Phillips dem Premier jedoch ebensowenig ab wie eindeutige Sympathien für das privatkapitalistische Unternehmertum.

Überzeugender erscheint die Antwort auf die zweite Frage, zumal da sie sich sinnvoll im Rahmen des eingangs skizzierten entwicklungsgeschichtlichen Deutungsmusters hält und überdies auch durch die empirischen Ergebnisse von Arnot u. a. abgestützt wird: Der General Council als eine Art koordinierender und planender ›Generalstab der Arbeit‹ (allerdings ohne Exekutiv- und Zwangsgewalt!) fand sich bei der Entscheidung, mit dem Generalstreik ein im Grunde ›ungeliebtes Kind‹ zeitweilig adoptieren und hochpäppeln zu müssen, in einem doppelten, teils ideologisch-politischen, teils strukturellen Dilemma. Zum einen mußte er einwilligen in eine Konfliktstrategie, die — wie dargestellt — einen inzwischen etwa dreißigjährigen festen Platz in Theorie und Praxis der britischen Arbeiterbewegung hatte, und durfte sich im Interesse proletarischer Klassensolidarität nicht noch einmal dem Vorwurf des Defätismus und des Verrates aussetzen, wie es 1921 gegenüber der Gewerkschaftsführung geschah. Zum anderen mußte er schon mit Rücksicht auf die Labour Party, zu der personell, organisatorisch, finanziell und historisch unlösbar enge Beziehungen bestanden, die Bergarbeiter so weit unter Kontrolle halten, daß die einmal eingenommene Rechtfertigungslinie zwischen ›politischem‹ und ›industriellem‹ Streik, so verschwommen sie auch in praxi sein moch-

te, nirgendwo in Richtung auf einen Verfassungskonflikt überschritten wurde. Die Gegenseite sah bereits diesen neuralgischen Punkt mit der an sich sehr populären Forderung nach Nationalisierung, Reorganisation und Modernisierung des Bergbaus mit staatlicher Hilfe erreicht. Hier werde, so hieß es, seitens einer nicht dazu legitimierten und nur gesellschaftliche Partialinteressen vertretenden ›pressure group‹ unzumutbarer Druck auf Parlament und Regierung in einer Angelegenheit ausgeübt, die an sich nur von den verfassungsmäßigen Gewalten zu entscheiden sei. Um den Generalstreik also wirklich effektiv und durchschlagend zu machen, hätte sich die Gewerkschaftsführung programmatisch wie auch in ihrer Bündnispolitik entschlossen auf ein Terrain mit politischen Dimensionen vorwagen müssen, das mit ihrem eigenen traditionellen Legalitäts- und Verfassungsdenken nicht mehr vereinbar war und auf dem im übrigen spontane Kräfte auf der Linken entbunden zu werden drohten, deren Kontrolle sich im Nachhinein als sehr schwierig erweisen konnte. Organisationsstrukturell unterstreicht Phillips nur die Beobachtungen von Arnot und vielen anderen: Der ›Generalrat der Arbeit‹ und die vielen ihm bei- (nicht unter-!) geordneten kleinen ›Generalräte‹ der einzelnen Branchen konnten trotz aller Versuche niemals jene gebündelte Exekutivgewalt und jenen hohen Grad von organisatorischer Geschlossenheit für sich beanspruchen und auch gewinnen, der für die Führung eines einheitlichen nationalen Arbeitskampfes über eine längere Zeit an sich notwendig gewesen wäre. Dem standen gerade seitens der Bergleute tief in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung verwachsene partikulare, sektorale und regionale Sonderinteressen und Autonomieansprüche entgegen, kurz: jene zentrifugalen Tendenzen, deren Entschärfung bis heute noch nicht voll gelungen ist. Nach Phillips' Überzeugung hätte die Regierung schon mit einer gewissen Flexibilität in der Frage der Reorganisation des Bergbaus und der zeitweiligen Fortzahlung der Subventionen zumindest während einer Reorganisationsphase sowie mit entsprechendem Druck auf die Besitzer — eine Politik, die durchaus im Interesse einer preiswerten nationalen Energieversorgung und damit auch der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Englands gelegen hätte! — die von Anbeginn brüchige Front zwischen TUC und MFGB (Miners' Federation of Great Britain) auseinanderdividieren und dadurch den Generalstreik verhindern können. So stand auch der Verhandlungsausschuß des TUC im Gegensatz zur MFGB einer gewissen Lohnreduzierung bei Reorganisation nicht ablehnend gegenüber. Weitgehend hypothetisch wird die immer wieder gestellte Frage bleiben müssen, wieweit der TUC durch den unerwartet schnellen Abbruch des Ausstandes einem bereits einsetzenden Abbröckeln und damit einem letztlich für die Bergleute schädlichen ›Abnutzungskrieg‹ zuvorgekommen oder wieweit dies nur eine nachträgliche Schutzbehauptung ist. Für die Bergleute, die ihren Kampf noch bis zum 30. 11. fortsetzten, trifft diese Behauptung vom Abbröckeln jedenfalls für das Frühjahr noch nicht zu.

Zusammenfassend sieht Phillips im Generalstreik keine historische Wasserscheide, viel eher schon das Ergebnis einer in der Struktur der Arbeiterbewegung seit langem angelegten Entwicklung, in der dann freilich nach 1926 die Strategie der wirtschaftsfriedlichen Konfliktlösung, der Trend zu einem »long-established faith in a regulated system of voluntary collective bargaining«, deutlich wieder die Oberhand gewann. »Moreover the crisis of 1926 served to indicate how far the leaders and members of these institutions [i. e. the trade union organizations] shared, especially in the political sphere, the values of their fellow-citizens: the belief in constitutional modes of government, in the virtues of legality, in a pragmatic and conciliatory approach to potentially disruptive social issues«.

Gewerkschaftliche Strategien, Klassenbewußtsein und proletarische Militanz entfalten sich stets auch in einem Rahmen, der durch *staatliche Sozialpolitik*, ihre Erfolge, aber auch ihre Defizite abgesteckt ist. Es wird also konkret zu fragen sein, in welchem Grade die dargestellte Desillusionierung und Unruhe in der Arbeiterklasse *nach dem Ersten Weltkrieg* mit ihren Höhepunkten in den Streikaktionen unmittelbar nach Kriegsende und dann 1926 durch staatliches Verhalten oder Fehlverhalten in der Bewältigung der großen sozialen Probleme bedingt waren, die der Krieg als erster wirklicher Volkskrieg hinterlassen hatte. Hier infor-

miert das Buch des amerikanischen Historikers *Bentley B. Gilbert* »British Social Policy 1914—1939«[25] mit einer Fülle von Einzelinformationen, einer sehr kritischen, aber überzeugenden Gesamtwertung, nur leider nach einem unerfindlichen Gliederungsprinzip, das zahlreiche Wiederholungen, Rückblenden und thematische Überschneidungen zur Folge hat und dementsprechend den geduldigen Leser unnötig verwirrt. Das negative Gesamturteil über ein Vierteljahrhundert britischer Sozialpolitik ist in der Zusammenfassung ebenso knapp wie treffend gesprochen: »In a sense this book is about social politics rather than social policy«. Das meint: In den beiden Zwischenkriegsjahrzehnten hatte Großbritannien keine in sich kohärente und von einem breiten Klassenkonsens getragene »social policy« und auch keine Übereinstimmung mehr darüber, welchen Grad von Verantwortung der Staat gegenüber seinem einzelnen Bürger trug: bloße Armenfürsorge am Existenzminimum und oft darunter, Gewährung eines angemessenen Lebensstandards oder Garantie des Rechts auf Arbeit und der Vollbeschäftigung? Sowohl Signal für die Auflösung der Homogenität politischer Eliten und für den Zusammenbruch des relativ breiten sozialpolitischen Konsenses, wie er etwa im Viktorianismus des 19. Jahrhunderts — wenn auch mehr negativ im Sinne einer weitgehenden Verneinung staatlicher Verantwortung — bestanden hatte, als auch Kompensation für dieses Verschwinden eines geschlossenen und nahezu unangefochtenen gesellschaftspolitischen Entwurfes war nach Gilbert die Flucht des Staates, der Bürokratie, der Legislative und der Parteien in eine Summe von mehr oder weniger unkoordinierten und konzeptionell kaum ingeniösen sozialen Einzelmaßnahmen, administrativen Akten und Gesetzen (›social politics‹), um dadurch recht halbherzig die sozialpolitische Vorkriegsgesetzgebung den neuen Erfordernissen anzupassen und den gefürchteten revolutionären Druck von unten aufzufangen. Einem hohen bürokratischen Fleiß und Aufwand mit gewiß bemerkenswerten Einzelerfolgen etwa in der Ausdehnung der Arbeitslosenfürsorge oder im Abbau des Armenrechts (›Poor Law‹) fehlte der Unterbau eines umfassenden und schöpferischen Sozialstaatsprogramms. Auch Gilbert stellt die grundsätzliche und vieldiskutierte Frage, warum England erst nach 1945 den Durchbruch zum ›Welfare State‹ schaffte und nicht schon nach 1918. Seine mit einer großen Anzahl von Einzelfakten belegte Antwort ist eindeutig und einleuchtend: Regierung und Parlament versuchten nach den Wahlen von 1918, in denen sich nicht die radikalliberalen Sozialreformer um Addison, sondern ›hard-faced businessmen and war profiteers‹ durchsetzten, die sozialen Fragen mit rückwärtsgewandten Mitteln des ›Edwardian Age‹, also im Geiste eines kapitalistischen Neoliberalismus zu lösen, der schon in den Kämpfen um die Pläne Lloyd Georges für einen ›National Insurance Act‹ 1910/11 nicht mehr unumstritten war. Die herrschenden Kreise schreckten vor der Radikalkur einer sozialistischen Wohlfahrtsstaatsplanung zurück, war sie doch nach der allgemein dominierenden Vorstellung nicht nur Inbegriff einer Verschwendung der öffentlichen Hände, sondern zugleich ein tödlicher Angriff des verbürokratisierten Zentralverwaltungsstaates auf die geheiligten Traditionen der dezentralisierten ›democracy of grass-roots‹ in Gemeinden und Städten. »The point of contention was not whether the government would assume the task of protecting welfare, but whether this would be done through socialism — either domestic British or some ghastly foreign [i. e. Russian] alternative — or some form of neoliberal social reform«.

Die neoliberale Ideologie der alten gesellschaftlichen Führungseliten geriet freilich nach dem Krieg und den Opfern breitester Bevölkerungsschichten in einen zunehmend unüberbrückbaren Gegensatz zur Erwartungshaltung und zu den Nöten einer von unten herandrängenden Arbeiterschaft und ihrer politischen Repräsentanten in der Labour Party. Der liberale Staat des 19. Jahrhunderts mit seinem Dogma vom obrigkeitsfernen, auch in Not und Armut letzt-

25 *Bentley B. Gilbert,* British Social Policy 1914—1939, B. T. Batsford Ltd., London 1970, Reprint 1973, VIII, 343 S., kart., £ 2.00.

lich selbstverantwortlichen Individuum und vom natürlichen Einpendeln der autonomen Wirtschaftskräfte auf einem hohen Stand nationaler und internationaler Stabilität und Prosperität zeigte sich in dieser Zwischenkriegsepoche schon von seinem Selbstverständnis her der gesteigerten sozialen Verantwortung, die aus der Dauerarbeitslosigkeit resultierte, und gegenüber dem neuartigen Phänomen, daß sich die Wirtschaft in wichtigen Zweigen auch auf einem niedrigen Stand dauernder Unterbeschäftigung und stagnierenden Wachstums einpendeln konnte, nicht mehr gewachsen, ohne daß sich in diesem ›Pre-Keynesian Age‹, in dem J. M. Keynes erst zu seiner Vollbeschäftigungs- und Konjunkturtheorie ansetzte, schon der intervenierende fabianische Wohlfahrts- und Versorgungsstaat durchzusetzen vermochte. Es bedurfte hierfür erst eines weiteren, in seinen sozialen Kosten und Opfern noch viel furchtbareren Krieges, bis sich im Anschluß an den Beveridge-Report von 1942 eine Entwicklung Bahn brechen konnte, für die bereits — das macht Gilbert deutlich — in den dreißiger Jahren nicht zuletzt durch eingefleischte Liberale wie Beveridge und Keynes die Grundlagen geschaffen worden sind. Hilfloses und unkoordiniertes Herumkurieren an Symptomen der sozialen Krankheit des kapitalistischen Klassenorganismus mit radikalliberalen und bürokratischen Medikamenten zunächst eines ›New Liberalism‹ und dann eines aufgeklärten Sozialkonservatismus unter N. Chamberlain — der Autor behandelt hier im einzelnen den Hausbau, die Arbeitslosenversicherung, die Gesundheitsfürsorge, das Armenrecht, die Altersversicherung, Mütter- und Kinderschutz, Witwen- und Waisenversorgung — gab mit den Hintergrund ab für ein insgesamt sehr gereiztes und instabiles soziales Klima der Zwischenkriegsperiode.

An vier Beispielen hebt Gilbert eindringlich hervor, warum England den bereits im letzten Vorkriegsjahrzehnt unter heftiger Kritik von der Labour-Seite eingeschlagenen Weg zum Versicherungsstaat auf Beitragsbasis ein ganzes Stück weiterging, nicht aber den entscheidenden Schritt zum Wohlfahrtsstaat ohne eigene Leistungen (›non-contributory‹) tat: am Scheitern der ›Reconstruction‹-Politik Lloyd Georges 1920/21 mit dem schließlichen Verzicht auf das staatlich subventionierte Hausbauprogramm als ursprünglich geplantem Inbegriff dieses Reformwerkes; an dem innenpolitischen Ringen um die staatliche Sanierung der nahezu bankrotten Arbeitslosenversicherung bis zum Rücktritt der zweiten Regierung MacDonald im August 1931 im Zeichen einer strukturellen Dauerarbeitslosigkeit zwischen den Kriegen von mehr als 10 Prozent der Versicherten, für die die ursprünglichen Kapazitätsberechnungen ähnlich wie in Deutschland schon vor dem vollen Einsetzen der Weltwirtschaftskrise nicht mehr ausreichten; an dem Kampf um die Aufhebung des diskriminierenden Armenrechts (›Poor Law‹) von 1834 sowie an der Blockierung des ursprünglich als Kern des Sozialstaates konzipierten ›National Health Service‹ durch die ›vested interests‹ des privaten Versicherungsgewerbes. Entscheidende Weichen *gegen* das umfassende soziale Reformwerk, wie es die liberalen ›Reconstructionists‹ seit 1916 auf offizieller Regierungsebene und mit ausdrücklicher Förderung durch den Premier als Antidot gegen den Sozialismus und als parteipolitischen Köder für eine breite Wählerschaft nach dem Kriege zwischen Labour und der Konservativen Partei entwarfen, wurden schon bei den Coupon-Wahlen im Dezember 1918 gestellt, als Lloyd George aus taktischem Kalkül im Wahlkampf bewußt sein Sozialstaatskonzept (›Reconstruction‹) in den Hintergrund treten ließ und, statt sich ein Mandat für »a fit country for heroes to live in«, wie ursprünglich geplant, und für ein »rebuilding of the nation« zu holen, auf die gezielt geschürte und bis weit in die Arbeiterschaft hineinschwappende Welle chauvinistischer Emotionen und antideutscher Straffriedensdrohungen setzte. Damit wurde einer Mehrheit von Parlamentariern der Weg nach Westminster geöffnet, die unter dem schillernden und zweideutigen Begriff »*Re*construction« nicht den Ausbau des Sozialstaates, sondern im Gegenteil die *Rück*kehr zur liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des 19. Jahrhunderts mit einem Mindestmaß von staatlicher Intervention verstanden. Entscheidende fiskalische Abstützung erfuhr dieser Trend weg vom aufwendigen Versorgungsstaat 1920/21, als sich mit dem ersten bewußt deflatorischen Sparhaushalt nach

Kriegsende innenpolitisch endgültig wieder die durch Tradition geheiligten Prinzipien der Schatzamtsorthodoxie im Zusammenspiel zwischen der Treasury unter N. Chamberlain, der Bank von England unter M. Norman, der Bankwelt der City und der Privatindustrie, außenpolitisch flankiert von Gläubigerinteressen der amerikanischen Nationalbank, durchsetzten, wonach — frei nach Gladstone — jeder penny, den der Staat in den Taschen seiner Bürger beließ, weit produktiver angelegt war als das Geld, das er über direkte oder indirekte Besteuerung etwa für öffentliche Wohlfahrtspflege konfiszierte. Diese finanz- und währungspolitische Spar- und Deflationsstrategie der öffentlichen Hände ab 1920, die das erste allgemeine Konjunkturtief der Nachkriegszeit noch zusätzlich prozyklisch verschärfte, hinterließ zahlreiche Reformruinen insbesondere im staatlich subventionierten Wohnungsbau und in der Arbeitslosenversicherung. Öffentliche Wohlfahrt war nach einem in der Geschäftswelt außerordentlich populären Wort W. Churchills dann am besten garantiert, wenn sich die Privatwirtschaft frei von staatlichen Fesseln und mit einem Minimum steuerlicher Belastungen entfalten konnte — ein liberales Credo, das in der Zeit konkurrenzlosen Wirtschaftswachstums für England durchaus seine Berechtigung gehabt haben mag, aber im 20. Jahrhundert, wie schon am Bergbau gezeigt, immer mehr in Widerspruch zu den harten Realitäten ökonomischer Strukturschwächen, Wachstumsverzögerungen, Absatzkrisen und massiver internationaler Wettbewerbseinbußen mit entsprechend weitreichenden sozialen Implikationen geriet.
Wie erfolgreich privatwirtschaftliche und parochial-konservative Interessen, unterstützt von entsprechenden Mehrheiten im Parlament, ihre reaktionäre Bremswirkung gegen alle Ansätze zum Sozialstaat nach 1918 geltend zu machen vermochten, verdeutlicht Gilbert an den erbitterten Kontroversen um ein Gesundheitsministerium, das alle Vollmachten zum Aufbau eines allgemeinen öffentlichen Gesundheitswesens (›National Health Service‹) mit Präventivmedizin in sich vereinigen sollte, sowie an dem letztlich ebenso erfolglosen Kampf um die endgültige Ablösung des Armenwesens mit seinem entwürdigenden ›means test‹ durch den Grundsatz staatlicher Fürsorgeverpflichtung. *Noch* standen sich das überkommene liberale Individualitätsprinzip, nach dem Not und Armut in den meisten Fällen nur Ausfluß charakterlicher Schwäche darstellten und nur dort durch kommunale Armenpflege gelindert werden durften, wo sie nachweisbar unverschuldet waren, auf der einen und das moderne Sozialstaatsprinzip auf der anderen Seite relativ unvereinbar gegenüber, in dem das Recht auf Arbeit mit einer aktiven staatlichen Vollbeschäftigungspolitik oder andernfalls das Recht auf staatlichen Unterhalt (›work or maintenance‹) proklamiert wurden. Zunächst noch für die Labour Party und auch für die radikalliberalen Sozialreformer uneinnehmbare Bastionen der überkommenen Sozialphilosophie waren, gestützt von mächtigen Kräften im Parlament, in den ›local authorities‹ der Städte, Gemeinden und Grafschaften, in den Parteien und in der Parlamentslobby, einmal die private Versicherungswirtschaft (›industrial insurance companies‹), die zwar durch ihre besonders konzessionierten Agenturen (›approved societies‹) an der Mitverwaltung des nationalen Versicherungssystems von 1911 auf Beitragsbasis indirekt reichlich verdiente, aber mit der Einführung einer rein staatlichen Gesundheits- und Altersfürsorge aus diesem lukrativen Geschäft (wie es dann auch 1945 faktisch geschah) weitgehend ausgebootet zu werden drohte, sowie zum anderen die kommunalen Armenbehörden (›Poor Law guardians‹, ›boards of the guardians‹), in denen sich zugleich eine seit fast hundert Jahren verwurzelte lokalpolitische Honoratiorenmacht mit erheblichem Einfluß auf die Ortsbezirke der Parteien, die ›local authorities‹ und auch das kommunale Finanzwesen verkörperte. »Unfortunately, by the end of the war, when the Prime Minister began to think of improvement of the health of that nation as one of the central reform in the building of a better Britain, the approved societies were already a well-entrenched vested interest in the administration of national health insurance. They refused to permit the integration of the service they operated into a larger preventative and clinical apparatus handled by the new Ministry of Health. They insisted that the insurance be kept independent of all competing services operated by the State. [. . .] But in maintaining their independence for a quarter of a century [. . .]

the approved societies showed a lobby skill that ought to rank them among the most formidable of modern British parliamentary interests«.
Gilberts Untersuchungsergebnisse sind ein eindrucksvolles Beispiel für die Beharrungskraft überlieferter staatlich-politischer und ideologischer Überbauphänomene in einer Übergangsperiode, da sich an der gesellschaftlich-ökonomischen Basis mit der Herausbildung neuer Wirtschaftssektoren und -formen, dem mächtigen Anschwellen der Arbeiterbewegung mit eigenem politischem Vertretungsanspruch in der Labour Party sowie mit dem Auftauchen einer nicht mehr nur kurzfristig konjunkturbedingten, sondern nunmehr auch langfristig-strukturellen Massenarbeitslosigkeit und einem entsprechenden sozialen Konfliktpotential entscheidende Wandlungsprozesse vollzogen, die an sich ein neues interventionistisches Instrumentarium und eine gewandelte sozialpolitische Einstellung notwendig machten.
Erst mit dem *Zweiten Weltkrieg* und dem unerwarteten Wahlsieg der Labour Party unter Attlee und Bevin im Sommer 1945 wuchs die englische Arbeiterbewegung politisch als vollwertiger Partner in den bürgerlichen Staat hinein und erreichte ihrerseits das, was ihr nach 1918 versagt geblieben war, seine *Umwandlung zum Wohlfahrtsstaat.* In dem Augenblick aber, da Labour zum erstenmal unangefochten die staatliche Macht beanspruchen konnte, hatten sich die seit langem anstehenden Probleme des kapitalistischen Produktionssystems nunmehr durch Kriegs- und Nachkriegszeit aufs höchste verschärft. Staatliche Wirtschaftspolitik stand damals und steht eigentlich bis heute vor der nahezu unlösbaren Aufgabe, eine vierfache Zielprojektion gleichzeitig auf einen Nenner zu bringen, ein »magisches Viereck« der Stabilitätspolitik zu realisieren: Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, Währungsstabilität und eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz. Unter dem Diktat der amerikanischen Gläubiger, des Weltwährungsfonds, der dauernden Pfundschwäche und der ungebrochenen Macht der Schatzamtsorthodoxie ständig zwischen längerer deflationierender Spar- und kurzfristig reflationierender Ankurbelungspolitik hin- und herschwankend (›Stop-and-Go-Policy‹), brachten die Nachkriegsregierungen unabhängig von ihrer jeweiligen parteipolitischen Ausrichtung in den ohnehin schon geschwächten Wirtschaftsorganismus zusätzlich ein Element der Unruhe und Unsicherheit, das sich langfristig in erheblichen Wachstumsverzögerungen, verglichen etwa mit der Nachkriegsentwicklung in den USA oder Westdeutschland, in chronischen Bilanzschwierigkeiten und einem fortgesetzten Zwang zur staatlichen Stabilisierungsintervention niederschlug. Interessanterweise unterschieden sich hier in ihren stabilitätspolitischen Konzepten und Instrumentarien Labour- und konservative Regierungen kaum voneinander. Beide Parteien gingen davon aus, daß primär überhöhte Lohnforderungen für die inflationären Tendenzen, die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit, das Ausbleiben zureichender Inlandsinvestitionen und damit letztlich für die stagnierende Wirtschaft, die passiven Außenbilanzen und die andauernde Pfundschwäche verantwortlich seien und daß dementsprechend staatliche Steuerung zuerst bei den Masseneinkommen der Beschäftigten anzusetzen habe. Staatliche Einkommenspolitik (›Incomes Policy‹) wurde — sei es auf freiwilligem, sei es auf gesetzlichem Wege — zur Daueraufgabe aller Nachkriegsregierungen bis zur Gegenwart. Herausragende Höhepunkte dieser Politik waren die Jahre 1948/50 und 1964/67, als die Labour-Mehrheit im Parlament unmittelbar nach dem Wahlsieg durch das berühmte ›Gesetz über Preise und Löhne‹ von 1966 sogar zeitweise einen rechtsverbindlichen Lohn- und Preisstop mit staatlichen Sanktionsmöglichkeiten zur Durchsetzung verfügte und damit die Tariffreiheit zeitweilig außer Kraft setzte. Die ›Incomes Policy‹ scheiterte mit ihrem Ziel der Inflationsdämpfung von der Lohnseite her aber immer wieder an zwei grundsätzlichen Schwierigkeiten: Einmal wurde die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften zum ›wage restraint‹ auch von der Labour Party dadurch stets überstrapaziert, daß es der staatlichen Kostendämpfungspolitik an sozialer Symmetrie fehlte und sich jede Regierung, die Labour-Regierungen eingeschlossen, bewußt weigerte, die Bremse bei Preisen und Gewinnen ähnlich entschlossen anzuziehen wie bei den Löhnen. Auch Labour schreckte davor zurück, durch Einfrieren der Profite und durch Divi-

dendenstop dem privaten Unternehmertum und seinem Anlagekapital einen Investitionsanreiz im Inland zu nehmen und dadurch, wie es hieß, einen der wirkungskräftigsten privaten Motoren für das Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft lahmzulegen. Zum anderen wird man sich immer wieder vor Augen halten müssen, daß Sozialbeziehungen, die wie die englischen so nachdrücklich von Traditionen, von ›vested interests‹, vom Prinzip der Freiwilligkeit (›voluntarism‹), vom Charakter des Fragmentarischen, von tief verwurzelten und sehr komplexen partikularen und sektoralen Interessenschwerpunkten (›particularism and sectionalism‹) und schließlich von einer ebenfalls geschichtlich begründbaren Obrigkeitsferne (›abstention of Law and of State‹) geprägt sind, naturgemäß nur sehr schwer, wenn überhaupt einen Ansatzpunkt für staatliche Konjunktursteuerung, die über den relativ begrenzten budgetären Rahmen hinausgeht, bieten. So wurden denn auch die offiziellen Lohnleitlinien, selbst solche mit zeitweiliger Gesetzeskraft, und die nationalen, industrieweiten Abschlüsse seitens der Gewerkschaften, wenn sie über einige Jahre wie 1964/67 annähernd im Einklang mit den staatlichen Daten standen, immer wieder besonders unter dem Eindruck der Vollbeschäftigung konterkariert durch hohe innerbetriebliche Zusatzleistungen, so daß die Effektivlöhne in der Regel immer weiter von den tarifvertraglich vereinbarten ›abdrifteten‹ (›wage drift‹). Hier wirkten traditionelle Struktureigentümlichkeiten des englischen Tarif- und Gewerkschaftswesens deutlich inflationstreibend: das Neben- und auch oft Gegeneinander von zwei Systemen, einem formalisierten und zentralisierten mit offiziellen gewerkschaftlichen Institutionen und festgelegten Vorgehensweisen (›procedures‹), in dessen Rahmen in der Regel Tarifabschlüsse zwischen den Spitzenverbänden für einen gesamten Industriezweig getätigt werden (›industrywide collective bargaining‹), und einem weitgehend informellen, dezentralisierten und fragmentarischen, das zu innerbetrieblichen Vereinbarungen führt und von den in dem jeweiligen Betrieb gewerkschaftlich Organisierten und deren Vertrauensleuten, den Shop Stewards, getragen und seit bald hundert Jahren eigenständig entwickelt wird (›domestic or workshop bargaining‹). Hier liegt zugleich ein innerbetriebliches Konfliktfeld, das sich immer wieder in den gewerkschaftlich nicht genehmigten (›unofficial‹) und auch den zwischen den Spitzenverbänden vereinbarten Konfliktlösungsmechanismen (›procedure agreements‹) nicht unterliegenden (›unconstitutional‹) Streiks, den ›wild-cat strikes‹, entlädt. Der kostentreibenden Lohndrift infolge hoher betrieblicher Zusatzvereinbarungen zwischen dem Unternehmer und den Shop Stewards war ebensowenig wie den im obigen Sinne ›wilden Streiks‹ (95 Prozent aller Streikbewegungen!) durch staatliche Lohnleitlinien oder Stillhalteabkommen mit den Gewerkschaftsführungen beizukommen, sondern nur durch direkte gesetzliche Eingriffe in die Sozialbeziehungen, etwa dadurch, daß die betriebliche Basis und mit ihr die Shop Stewards wieder stärker von den Gewerkschaftsführungen kontrolliert und in das nationale Tarifnetz sowie die offiziellen Organisationsstrukturen eingebunden wurden. Staatliche Eingriffe in die ›industrial relations‹ mit dem Zweck einer gründlichen Reform des tradierten Arbeitsrechts, einer radikalen Einschränkung der unkontrollierten Streikbewegungen und einer stärkeren Anbindung der Effektivlöhne an die offiziellen Lohnleitlinien und Abschlüsse markieren ab 1968 eine neue, nunmehr direkt auf die Gewerkschaftsstrukturen zielende Phase der Inflationsbekämpfung und Stabilisierungspolitik. Ihre entscheidenden Etappen sind 1968 die Erstellung eines Berichtes der 1965 durch die Regierung Wilson eingesetzten Königlichen Kommission unter Lord Donovan mit der Aufgabe, »die Beziehungen zwischen Unternehmern und Beschäftigten sowie die Rolle der Gewerkschaften und Unternehmerverbände in der Förderung ihrer Mitgliederinteressen und bei der Beschleunigung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts der Nation zu untersuchen unter besonderer Berücksichtigung des Rechts, wie es die Aktivitäten dieser Organisationen beeinflußt« (aus dem Vorwort des Donovan-Report), im gleichen Jahr das Erscheinen des konservativen Programms ›Fair Deal at Work‹, im Januar 1969 die Veröffentlichung des Weißbuches der Labour-Regierung ›In Place of Strife‹, das in seinem Eintreten für massive staatliche Interventionen in die Sozialbeziehungen sogar noch weit über die Kommissionsempfehlungen hin-

ausging und die Partei einer schweren inneren Zerreißprobe unterwarf, bis es fallengelassen wurde, sowie schließlich 1971 das ›Industrial Relations Act‹ der Regierung Heath, in dem die Kontrolle und Disziplinierung der Gewerkschaften und der Shop Stewards durch den Staat ein vorher nie gekanntes Ausmaß erreichten und das infolgedessen heftigsten Widerstand in der Arbeiterbewegung auslöste. Der doppelte Wahlsieg Wilsons im Februar und Oktober 1974 führte zur sofortigen Aufhebung des konservativen Industriegesetzes und zur Rückkehr in die Bahnen freiwilliger staatlicher Einkommenspolitik, diesmal in enger Absprache mit den Gewerkschaften auf der Grundlage des inzwischen mehrfach verlängerten ›Sozialkontraktes‹ (›Social Contract‹). Die ›Phase drei‹ dieses freiwilligen und mehr informellen, aber insgesamt doch bisher erstaunlich bewährten ›Lohndämpfungspaktes‹ zwischen Labour-Regierung und TUC (also ohne die Unternehmerseite!) nähert sich augenblicklich (Juli 1978) ihrem Ende.

Dieser mehr skizzenhaft strukturierte Ablauf staatlicher Intervention im Dienste der Kostendämpfung und der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilisierung seit dem Kriege mit jeweils unterschiedlichen Ansätzen und Akzentuierungen — freiwillige Einkommenspolitik 1948/50 und 1964/66, gesetzlicher Lohn- und Preisstop 1966/67, arbeitsrechtliche Eingriffe 1968/71, Sozialpakt seit 1974 — ist wesentlich bestimmt durch zwei Problemfelder, die in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung der letzten hundert Jahre eine zentrale Rolle gespielt haben, infolgedessen in diesem Literaturbericht immer wieder thematisiert sind und abschließend an Hand zweier Bücher noch einmal zusammenfassend vorgestellt werden sollen: Dabei handelt es sich zum einen um das Verhältnis zwischen einer ihrem Selbstverständnis und ihrer Tradition nach integrationistischen und reformistischen Labour Party mit ihrem Anspruch, als breit gegründete nationale Volkspartei gleichsam über den Klassen zu stehen, das ›national interest‹ zu vertreten und das Ideal sozialpartnerschaftlicher Harmonie zu verwirklichen, einerseits und einer industriell militanten Gewerkschaftsbewegung als Klassenorganisation, die nichtsdestoweniger an der Wiege der Partei gestanden und niemals ihre enge Bindung zu ihr verleugnet hat, andererseits; zum anderen waren die Gewerkschaften selbst seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts wachsenden Spannungen zwischen einer immer fester in den kapitalistischen Staat eingebundenen Führungselite und einer militanten Basis in der Anhängerschaft ausgesetzt, die mit unterschiedlicher Intensität, schon im Ersten Weltkrieg und dann verstärkt nach 1945 im Zeichen staatlicher Einkommenspolitik, gegen die Anpassungsstrategie der Gewerkschaftsbürokratien, gegen verkrustete Organisationsstrukturen und eine systemkonforme Lohnpolitik von oben revoltierte und sich selbst autonome demokratische Zentren des Widerstandes in den Shop Stewards, in Arbeiter- oder Betriebsausschüssen (›work committees‹) schuf, ohne freilich ihre Loyalität zur Organisation oder zur Partei grundsätzlich je in Frage zu stellen oder in die verfassungswidrigen Bahnen einer gewaltsamen Sozialrevolution abzutreiben.

Beide — untereinander in engem Zusammenhang stehenden — Problemfelder zeichneten sich bereits als Charakteristika des Generalstreiks von 1926 ab, sie sind als konstitutive Elemente der Nachkriegsentwicklung mit unterschiedlichem Schwerpunkt Gegenstand der sehr materialreichen, informativen und solide fundierten Dissertationen von *L. Panitch*[26] und *G. R. Degen*[27]. Panitch, ursprünglich Schüler von R. Miliband an der ›London School of Economics and Political Science‹, geht aus von einem aktualisierten Korporativ-Modell der ›new group politics‹ mit staatskapitalistischem Einschlag und rückt mehr das Verhältnis Partei-Gewerkschaften in den Vordergrund, während Degen (ähnlich wie das eingangs vorgestellte Buch von Banks) eine mit systemtheoretischen Bezügen angereicherte, teils historisch-gene-

26 *Leo Panitch,* Social Democracy & Industrial Militancy. The Labour Party, the Trade Unions and Incomes Policy, 1945—1974, Cambridge University Press, Cambridge/London/New York/Melbourne 1976, X, 318 S., geb., £ 11.00.

27 Vgl. Anm. 8.

tische, teils systematisch-analytische Konfliktstudie über die Shop Stewards im mikro- und makroökonomischen Bezugsfeld auf der Grundlage eines selbst erstellten sozialempirischen Befragungsmaterials liefert.

Nach Panitch, der sich hier theoretisch wesentlich auf die Untersuchungen von S. H. Beer bezieht[28], versuchten die Nachkriegsregierungen und insbesondere auch die Labour Party, auf freiwilliger Grundlage, zeitweise aber auch mit gesetzlicher Absicherung, dem krisengeschüttelten liberaldemokratisch-kapitalistischen Staat gleichsam ein ›quasi-korporatives‹ Stützkorsett einzuziehen, indem sie die kollektiven Interessenorganisationen, weit straffer freilich die Arbeitnehmer- als die Arbeitgeberverbände, über die staatsinterventionistische Einkommenspolitik zu Agenten und Transmissionsriemen sozialer Kontrolle über die Mitglieder machten (›new group politics‹) und damit den Klassenkonflikt durch eine harmonisierende Konzeption der ›community of interests‹ zwischen ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ zu überwölben, zu regulieren und schließlich einzuebnen sich bemühten. Dieses Modell des ›quasi-‹ oder ›neo-corporatism‹ deckt sich in vielem mit dem von Ch. Maier insbesondere für den Ersten Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit in Europa entwickelten Paradigma des ›korporativen Pluralismus‹[29] und seinen Erscheinungsformen: tendenzielle Aufhebung des Dualismus von Staat und Wirtschaft mit einer wachsenden wechselseitigen Durchdringung, zunehmende Intensität der Interessenorganisationen, kontinuierliche Abnahme parlamentarischer Kontrolle über die Wirtschaft und Verlagerung der politischen Entscheidungsprozesse von parlamentarischen Gremien auf Interessengruppen, Unternehmenskonzentration, wachsende Selbstregulierung der Industrie. Der Klassenkonflikt soll mit Hilfe staatlich initiierter Regulierungsmechanismen zwischen den gesellschaftlichen Machtgruppen ›am runden Tisch‹ entschärft, so etwas wie ein Kräftegleichgewicht unter den Gruppen selbst hergestellt und dadurch die kapitalistische Ordnung innerlich konsolidiert werden. Für die Gewerkschaften bedeutet das von der Konzeption her Einpassung in ein ganzheitlich-harmonisches Gefüge der Sozialpartnerschaft mit dem Recht zur korporativen Interessenvertretung in den nationalen Entscheidungsprozessen. Einer — im Gegensatz zum faschistischen oder nationalsozialistischen Korporativstaat! — ausdrücklichen Anerkennung des freien Assoziationsrechts und der verbandlichen Entscheidungsautonomie steht allerdings die Pflicht zur Innehaltung der funktionalen Hierarchie (in den Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen) und der sozialen Disziplin gegenüber. Der Staat wird in diesem Modell als weitgehend klassenneutral begriffen; konkreten Ausdruck findet diese korporative Sozialpartnerschaft in der ›konzertierten Aktion‹ oder im ›new social contract‹ als mehr informellen wirtschaftlichen Koordinations- und Schlichtungsinstanzen außerhalb der verfassungsmäßigen Gremien.

Dieses gesellschaftliche Modell des ›quasi-corporatism‹ und die aus ihm hergeleiteten und mit seiner Hilfe zugleich abgestützten einkommenspolitischen Konzeptionen der Labour-Führung liefern zwar einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis der Nachkriegsgeschichte, sie erwiesen sich allerdings in der rauhen Wirklichkeit der britischen Klassengesellschaft und angesichts der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie Panitch mit großer Akribie Stufe für Stufe zwischen 1945 und 1974 nachweist, als höchst instabil und am Ende wirkungslos. Denn der Sozialkonflikt verlagerte sich, wie die scharfen Auseinandersetzungen 1969 um ›In

28 *S. H. Beer,* The Comparative Method and the Study of British Politics, in: Comparative Politics, Vol. 1, No. 1, 1968, S. 32; *ders.,* Modern British Politics, London 1965, S. 395, vgl. S. 319—331.

29 *Charles S. Maier,* Strukturen kapitalistischer Stabilität in den zwanziger Jahren: Errungenschaften und Defekte, in: H. A. Winkler (Anm. 19), S. 195—213; *ders.,* Recasting Bourgeois Europe: Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I, Princeton 1974; *ders.* in: *Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod* (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 950 ff.

Place of Strife‹ und auch später um die einzelnen Phasen des ›Sozialkontraktes‹ zeigen, in die Labour Party und die Gewerkschaften hinein und führte zu komplexen Frontbildungen zwischen einzelnen Flügeln innerhalb der Arbeiterbewegung. Das Bemühen um korporativen Interessenausgleich mit Hilfe des Interventionsstaates war weiterhin permanent bedroht durch das Fortbestehen sozialer Ungleichheiten und keineswegs eingeebneter Klassenstrukturen sowie durch die Vorstellung der Labour Party, die Lasten ließen sich über die staatliche Einkommenspolitik ungestraft asymmetrisch auf die Masse der Lohn- und Sozialrentenempfänger abwälzen. Nationalintegrative Klassensynthese von oben und betriebliche Klassenmilitanz von unten waren und sind schwer zu harmonisieren, zumal wenn ›von oben‹ mit gesetzlichen Eingriffen oder gar Strafandrohungen — wie bei der Industriegesetzgebung unter Heath — nachgeholfen wird oder ›von unten‹ die Gewerkschaften ihre freiwillig eingenommene Rolle als Vollzugsorgane staatlicher Stabilitätspolitik »honoriert« sehen durch Mitgliederschwund oder offene Auflehnung von Einzelorganisationen, Ortsverbänden oder Shop Stewards. Dennoch ist immer wieder festzustellen, daß die Trade Unions in England die Labour Party letztendlich loyal als ihre ureigene politische Repräsentanz stützen und ihr auf dem dornigen Weg des ›national interest‹ weit folgen, selbst wenn dies zeitweilig — wie bei der staatlichen Einkommenspolitik — auf Kosten des geheiligten Prinzips des ›voluntarism‹ und der Tariffreiheit geschieht; sie tun dies, um der beargwöhnten Alternative staatlichen Zwangs oder eines konservativen Wahlsieges möglichst auszuweichen oder auch nur deshalb, weil sie sich von ihrer Kooperation doch noch eine Erhöhung der Reallöhne erhoffen. Schon 1926 im Generalstreik und dann auch in den konfliktreichen Situationen nach 1945 drohte die industrielle Militanz nirgendwo ernsthaft und in nennenswertem Ausmaß in proletarische Revolution umzuschlagen.

Auch erweist sich, worauf Panitch besonders hinweist, die tief in der Geschichte verankerte und weithin quer durch alle Klassen geachtete parlamentarische Verfassung Großbritanniens immer wieder als entscheidende Bremse für einen Umschlag des zeitweiligen ›quasi-corporatism‹ mit mehr oder weniger Freiwilligkeitscharakter in einen Korporativen Zwangsstaat faschistischer Prägung oder auch, sollte man hinzufügen, in sozialrevolutionäre Anarchie. Den folgenschweren Schritt vom liberaldemokratischen Rechtsstaat mit seiner verfassungsmäßig garantierten politisch-rechtlichen Gleichheit hin zum Polizeistaat mit der Aufhebung des freien Rede- und Assoziationsrechts wie in Deutschland und Italien haben selbst sozialreaktionäre Kreise zwecks Durchsetzung korporationsstaatlicher Utopien niemals ins Auge gefaßt, auch 1971/74 unter Heath nicht, als immerhin das Arbeitsrecht mit dem ›Industrial Relations Act‹ dem in der Geschichte bisher schärfsten Druck gesetzlicher und richterlicher Zwangsregulierung unterworfen wurde. Schließlich erklärt sich die Instabilität staatlicher Konjunkturpolitik vor allem auch daher, daß die gesellschaftspolitischen Experimente äußerst negativ überschattet waren von den Auswirkungen einer stagnierenden und ineffizienten Wirtschaft mit einem sehr geringen Zuwachs des Sozialprodukts.

Verfolgt Panitch den Sozialkonflikt vorwiegend an der Bruchlinie zwischen integrativer Sozialdemokratie und gewerkschaftlicher Militanz, so analysiert *Degen* in seiner breit angelegten Studie die Konfliktpotentiale innerhalb der organisierten Arbeiterschaft selbst. Allerdings kommt auch er zu dem Ergebnis, daß tradierte Loyalitätsbindungen in der Arbeiterbewegung und die Einbindungskraft des Verfassungssystems stets die überlieferten Organisationen und Strukturen intakt und hinsichtlich gewandelter Aufgaben anpassungsfähig gehalten und eine Radikalisierung des industriellen hin zum proletarisch-revolutionären Kampf sowie eine Sprengung des politisch-sozialen Systems verhindert haben.

Degen stellt in den Mittelpunkt seiner Untersuchung den »Grundkonflikt zwischen dem betrieblichen Willensbildungsprozeß der Mitglieder und dem Kontroll- und Weisungsanspruch der offiziellen Gliederungen« und die konfliktträchtige Doppelfunktion der Shop Stewards zwischen beiden Ebenen: Einerseits leiten sie ihre Legitimation als im Betrieb gewählte gewerkschaftliche Interessenvertreter aus dem Vertrauen ihrer gewerkschaftlich organisierten

Kollegen am Arbeitsplatz ab, sind diesen unmittelbar verantwortlich, unterliegen dem imperativen Mandat und erfüllen relativ autonom sehr weitgestreute, alltäglich im Betrieb anfallende Aufgaben wie die Festsetzung von Überstunden, Leistungslöhnen und weiteren innerbetrieblichen Zuschlägen, von Arbeitsplatzbewertungen (›grading‹) und Akkordarbeit, die Kontrolle der Arbeitsbedingungen (›craft rules‹) und der Entlohnung, die innerbetriebliche Konfliktregelung, Mitgliederbetreuung, die Überwachung von Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen und schließlich ein Mitspracherecht bei Rationalisierungen und der Einführung neuer Maschinen. Andererseits müssen sie als Voraussetzung und Grundlage ihrer Arbeit im Betrieb eine Bestätigung und Beglaubigung ihrer Gewerkschaft vorweisen, sind dieser gegenüber formal rechenschaftspflichtig und handeln etwa in der Einziehung der Beiträge oder der Mitgliederwerbung als offizielle Gewerkschaftsfunktionäre. Vielfach müssen die Shop Stewards resp. die Senior Stewards oder Conveners im Betrieb selbst als Vertreter der Gesamtbelegschaft über die Gewerkschaftsgrenzen hinweg insofern eine organisatorische Lücke füllen, als die gewerkschaftlichen Ortsgruppen ihre Mitglieder herkömmlicherweise nach ihrem Wohnsitz (›geographically-based branches‹) und nicht nach ihrem Arbeitsplatz erfassen und deshalb schon von ihrem Aufbau her relativ schwer Zugang zum Betrieb finden.
Degen macht in seiner organisationssoziologischen Studie über »Selbstverständnis, Funktion und Bedeutung der über 300 000 Shop Stewards in Großbritannien« unter entwicklungsgeschichtlichem und systematischem Aspekt deutlich, unter welchen historischen Bedingungen und innerhalb welcher Willensbildungsprozesse und Entscheidungsabläufe jeweils eine der beiden Funktionen — Vertrauensmann oder Gewerkschaftsfunktionär — in den Entwicklungsphasen des britischen Gewerkschaftswesens dominierte, wie sich ihr wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis gestaltete und welche Konsequenzen sich aus dem erwähnten strukturellen und funktionalen Grundkonflikt in der Rolle der Shop Stewards für die Gewerkschaftsführungen, die Unternehmer und auch für die gesamte politisch-soziale und ökonomische Ordnung des Landes ergaben. Der Schwerpunkt der Analyse liegt wie bei Panitch auf der Nachkriegszeit mit ihren Streikbewegungen und staatlichen Eingriffen in die gewerkschaftliche Tarifhoheit und in das Arbeitsrecht sowie auf den Rückwirkungen, die diese Eingriffe für die Tätigkeit der Shop Stewards hatten. Besonders die Behandlung der Problemfelder ›Streiks‹ und ›gewerkschaftliche Bildungsarbeit‹ im vierten Hauptteil stützt sich auf umfangreiches statistisches Material, industrielle Fallstudien, auf eigene sozialempirische Erhebungen des Autors und seine langjährigen persönlichen Erfahrungen in der englischen Arbeitswelt.
Panitch und Degen schließen mit zwei zentralen Fragen nicht nur an die Zukunft der Gewerkschaften und des politisch-sozialen Systems in Großbritannien, sondern weit darüber hinaus an die Entwicklungs- und Überlebenschancen internationaler gewerkschaftlicher Gegenmachtstrategien und einer industriewirtschaftlichen Ordnung der ›mixed economy‹, wie sie sich heute überall im Westen herausgebildet hat. Am Beispiel transnationaler Konzentrations- und Machtbildungen wie etwa bei den multinationalen Konzernen oder auch im EG-Bereich verdeutlicht Degen »die unabdingbare Notwendigkeit der Entwicklung internationaler Gewerkschaftsstrategien«. »Voraussetzung dafür ist jedoch die genaue Kenntnis der unterschiedlichen Verhältnisse und Strukturen in den einzelnen Ländern«. Er will seine Arbeit denn auch verstanden wissen als Grundlage für eine »vergleichende Untersuchung über die Theorie und Praxis der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland«. Dahinter steht u. a. auch das politisch-praktische Problem, wie weit wenigstens im europäischen Rahmen die unterschiedlichsten und jeweils historisch gewachsenen Modelle der ›Mitbestimmung‹ und der ›participation‹ vereinheitlicht werden können. »Die grundlegende Frage für die britische Gewerkschaftsbewegung muß ansetzen bei der Problematik, ob bestimmte Mitbestimmungs-Modelle auf ein wesentlich anderes System übertragen werden können, auf ein System, das zudem aufgrund der historischen Entwicklung und eines weiterhin ausgeprägten Klassendenkens gegenwärtig weder quantita-

tiv noch qualitativ die Voraussetzungen für einen einschneidenden Schritt erfüllen zu können scheint«.

Für Panitch drängt sich aus der Nachkriegsentwicklung die nicht minder aktuelle Frage auf, wie weit es auch künftig allen innerparteilichen und -gewerkschaftlichen Flügelbildungen und Radikalisierungstendenzen zum Trotz gelingen wird, einen in sich labilen Grundkonsens zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften — sei es über ›neo-korporative‹ Konzeptionen, über einen ›social contract‹ oder über eine ›konzertierte Aktion‹ — herzustellen und damit das politisch-soziale und ökonomische System der ›mixed economy‹ jedenfalls zeitweise zu konsolidieren, obwohl es heute und wohl auch auf absehbare Zeit nicht mehr wie noch vor zehn Jahren das Faszinosum ungebrochenen Wirtschaftswachstums, expandierender Arbeitsmarktkapazitäten und scheinbar endlos steigender Reallöhne aufzuweisen hat. »And in view of the functional role Labour has played in the integration of the working class, to speak of the crisis of the Labour Party is, to a significant extent, really to speak of the crisis of British capitalism itself«.

Der weite Bogen des historiographischen Abrisses zur englischen Sozialgeschichte von den gesellschaftspolitischen und arbeitsrechtlichen Problemen der frühindustriellen Periode über den ›New Unionism‹, den Kriegssozialismus im Ersten Weltkrieg, den Generalstreik 1926 bis hin zu den einkommenspolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte hat sich geschlossen; die Betrachtung mündete schließlich ein in prognostische Mußmaßungen über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. »Wartet nur«, hielt mir einmal schmunzelnd ein führender Vertreter des Arbeitgeberverbandes CBI (Confederation of British Industries) auf dem Höhepunkt der Preisinflation entgegen, »wir in England durchleben bereits jetzt im Vorwege die ökonomische Krise, die Euch auf dem Kontinent noch heimsuchen wird, und dann werden wir schon die Rezepte für eine Bewältigung erprobt haben!« Möge er recht behalten!

Willy Albrecht

Das Verhältnis der sozialistischen Parteien zur frühen deutschen Gewerkschaftsbewegung

Werner Ettelt/Hans-Dieter Krause, Der Kampf um eine marxistische Gewerkschaftspolitik in der deutschen Arbeiterbewegung 1868 bis 1878, Tribüne Verlag, Berlin [DDR] 1975, 640 S., Ln., 22,80 M.
Wolfgang Schröder, Partei und Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung in der Konzeption der revolutionären Sozialdemokratie 1868/69 bis 1893, Tribüne Verlag, Berlin [DDR] 1975, 488 S., Ln., 17,80 M.

Die Beziehungen der sozialistischen Arbeiterparteien zur frühen deutschen Gewerkschaftsbewegung wurden in den vergangenen Jahren, besonders in der DDR-Geschichtsschreibung und von linkssozialistischen Autoren der Bundesrepublik, öfter behandelt. Hier gilt es zwei Arbeiten vorzustellen, die kaum neue Einsichten zu diesem Themenkomplex vermitteln, aber den bisherigen Forschungsstand zusammenfassen und in einzelnen Punkten ergänzen.
Bei der Arbeit von *Ettelt* und *Krause* handelt es sich um ihre, unwesentlich gekürzten, Dissertationen aus den Jahren 1965 und 1966[1]. Wie schon im Titel angedeutet, geht es den Verfassern nicht um eine faktologische Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte im angegebenen Zeitraum, sondern sie wollen den »Prozeß« darlegen, „wie die marxistischen Kräfte um August Bebel und Wilhelm Liebknecht es immer besser verstanden haben, auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und mit direkter Unterstützung durch Marx und Engels die Sektenpolitik des Lassalleanismus zu überwinden, den politisch-ideologischen Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiter zurückzudrängen und alle Versuche zu vereiteln, mit Hilfe der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine einen Damm gegen das Vordringen des Sozialismus in der deutschen Arbeiterbewegung zu errichten« (S. 6). Bei diesem Erkenntnisinteresse, das mehreren in den letzten Jahren in der DDR erschienenen Forschungen zur frühen Gewerkschaftsgeschichte zugrunde liegt[2], ist es nicht verwunderlich, daß bei Ettelt/Krause nicht alle

1 *Werner Ettelt,* Der Kampf um die Durchsetzung einer marxistischen Gewerkschaftspolitik in der deutschen Arbeiterbewegung. Zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland von der Gründung Internationaler Gewerksgenossenschaften und des Verbandes Deutscher Arbeiterschaften bis zum Sommer 1873, Phil. Diss. Berlin [DDR] 1966, 439, 140 S. — *Hans-Dieter Krause,* Der Kampf um die Durchsetzung einer marxistischen Gewerkschaftspolitik in der deutschen Arbeiterbewegung. Zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland vom Ausbruch der Wirtschaftskrise 1873 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes, Phil. Diss. Berlin [DDR] 1965, IX, 297 S.

2 *Wolfgang Schröder,* Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. Die Herausbildung und Konstituierung der gesamtnationalen deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschland, Berlin [DDR] 1965; *Ursula Herrmann,* Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik 1864 bis 1868, Berlin [DDR] 1968; *Alfred Förster,* Die Gewerkschaftspolitik der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes vom Wydener Parteikongreß 1880 bis zum Parteitag von St. Gallen 1887, Berlin [DDR] 1971, vgl. Rez. in AfS 13, 1973, S. 684-687.

Entwicklungsprozesse in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung richtig gewichtet werden, daß diese alle in das Schema marxistisch versus nicht- bzw. antimarxistisch gepreßt und danach bewertet werden. Dies führt dazu, daß die lassalleanischen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zwar erwähnt, aber gegenüber den der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) nahestehenden »Gewerksgenossenschaften« zu wenig bzw. zu negativ behandelt werden.

Fast gar nicht wird eine Gruppe der sozialistischen Gewerkschaften beachtet, die sich bewußt aus dem Streit zwischen Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein (ADAV) und SDAP heraushielt und später, nach der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, auch in Distanz zur vereinigten »Sozialistischen Arbeiterpartei« blieb. Zwar weisen Ettelt/Krause gelegentlich auf eine solche »neutrale« Gruppe hin (z. B. S. 541), stellen sie aber, nicht ganz korrekt, neben die »sozialistischen« Organisationen, zu denen sie nur die mit der SDAP und dem ADAV direkt verbundenen Gewerkschaften rechnen. Hier muß mehr differenziert werden. Zwischen den eindeutig liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und den direkt mit den sozialistischen Parteien verbundenen Gewerkschaften gab es verschiedene Arten »neutraler« Organisationen. Die meisten von diesen kann man jedoch, sowohl nach ihrem eigenen Selbstverständnis wie aufgrund eines Vergleiches mit den parteilich gebundenen Gewerkschaften, als sozialistische Gewerkschaften ansehen. Ihre »Neutralität« bedeutete, daß sie sich aus dem Streit zwischen den sozialistischen Parteien heraushalten wollten, oder ein taktisches Manöver gegenüber den Behörden, um Verfolgungen aufgrund der Vereinsgesetze zu entgehen. An einigen Stellen sehen auch Ettelt/Krause dieses Problem (z. B. S. 145), analysieren es aber nicht genauer.

Das erste Hauptkapitel behandelt die »Wende in der Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung« von 1868. Sicherlich kann man dieses Jahr als wichtige Zäsur betrachten, doch bei Ettelt/Krause erhält es zu sehr die Bedeutung eines Epochenjahres. Zwar erwähnen sie auch kurz die Gründung der Zentralverbände der Zigarrenarbeiter, Buchdrucker und Schneider in den Jahren 1865—1867, doch mit ihrer Gliederung wie auch nach ihrer Darstellung erwecken sie den Eindruck, daß die wirklich relevante, nämlich die »revolutionäre« Gewerkschaftsbewegung vom Nürnberger Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine ausging. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Liberalisierung des Koalitionsrechts als Voraussetzungen für die Gewerkschaftsbewegung werden zwar nicht völlig übergangen, aber doch nur sehr beiläufig erwähnt. Um einen wirklich umfassenden Überblick über die Gründungszeit der modernen deutschen Gewerkschaften zu gewinnen, ist es deshalb notwendig, die neuere umfangreiche Arbeit von Engelhardt heranzuziehen[3]. Und auch die älteren Gesamtdarstellungen über diesen Zeitraum von Bringmann und Müller sind für Einzelfragen der Organisationsgeschichte und des Zusammenhangs zwischen Gewerkschafts- und Sozialentwicklung oft informativer als Ettelt/Krause[4].

Im folgenden Hauptkapitel wird zwar mit Recht die Bedeutung der Gewerkschaften für die Konstituierung der SDAP im Sommer 1869 herausgearbeitet, aber wieder mit einer für die Untersuchung typischen Gewichtsverschiebung. Denn die vom ADAV bzw. vom Arbeiterschaftsverband abgefallenen lassalleanischen Gewerkschaften und ihre bedeutenden Gewerkschaftsführer (Yorck, Fritzsche, Schob u. a.) hatten sicherlich für die Gründung der neuen Partei eine größere Bedeutung als die erst im Entstehen begriffenen Internationalen Ge-

3 *Ulrich Engelhardt,* »Nur vereinigt sind wir stark«. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70, 2 Bde., Stuttgart 1977.

4 *August Bringmann,* Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, Bd. 1: Zünfte, Entwicklung der Zimmerei, Gründung der modernen Gewerkschaften, Hamburg 1903 (Reprint im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn, für 1980 geplant); *Hermann Müller,* Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, 1. Allgemeine Gewerkschaftsgeschichte, 2. Unsere Organisationen und Kämpfe bis zum Jahre 1891, Berlin 1917 (Reprint Berlin/Bonn 1978).

werksgenossenschaften, auch wenn von den letzteren, wie Ettelt/Krause berechnen (S. 154), mehr Mitglieder auf dem Eisenacher Kongreß vertreten waren.
Bei der Behandlung des Aufschwungs der Gewerkschaftsbewegung nach dem deutsch-französischen Krieg, der für alle Gewerkschaftsrichtungen einen Rückschlag mit sich gebracht hatte, wird ein Kapitel der neuen Hauptforderung bei den Arbeitskämpfen gewidmet, der Forderung nach dem Normalarbeitstag, d. h. einer Arbeitszeitverkürzung (S. 269-279), aber auch hier wieder mit typischer Gewichtsverlagerung: Ausführlich wird die Schrift von Geib über den Normalarbeitstag vom Mai 1871 referiert (S. 273-276), während der erste große und erfolgreiche Streik für dieses Ziel, der Berliner Maurerstreik vom Juli/August 1871, auf einer Seite abgehandelt wird (S. 277). Es wird zwar erwähnt, daß die Streikführung in den Händen der Lassalleaner Grottkau und Paul lag, aber ihr Wirken für den Normalarbeitstag wird sehr einseitig als »Übereinstimmung mit der von der SDAP verfolgten Politik« gewertet.
Sehr informativ ist das Kapitel über die »Berufskongreßbewegung« der Jahre 1872 bis 1874, in der versucht wurde, auf Fachkongressen der einzelnen Berufe die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung wenigstens auf gewerkschaftlichem Gebiet zu überwinden (S. 338-354). Doch wird zu wenig untersucht, warum diese Versuche scheiterten. Das lag sicherlich nicht nur an der Haltung der ADAV-Führung, wie öfter angedeutet wird. Die Parteiführung der SDAP betrachtete diese Bemühungen ebenfalls mit Mißtrauen, da sie ja auch fürchten mußte, bei einer Einigung der sozialistischen Gewerkschaften den Einfluß auf einen Teil der Gewerkschaften zu verlieren.
Das gegenseitige Mißtrauen der Eisenacher und lassalleanischen Gewerkschaftsführer, die ja oft auch in den sich befehdenden Parteien Funktionen ausübten, war wohl zu groß, als daß eine gewerkschaftliche Einigung ohne grundsätzliche Einigung der Parteien möglich war. Das zeigte sich besonders beim Metallarbeiterkongreß vom April 1874, dem mit Recht ein eigenes Kapitel gewidmet wird (S. 451-458). Die Initiative dazu ging von den Hamburger Metallarbeitern aus, die in einem »neutralen« sozialistischen Fachverein zusammengeschlossen waren. Die vorhandenen Eisenacher und lassalleanischen Zentralverbände unterstützten den Kongreß, und es kam zur Gründung eines »neutralen« sozialistischen Zentralverbandes. Daß dieser Versuch mißglückte, lag aber keineswegs hauptsächlich an der Haltung der »führenden Kräfte« des ADAV, wie Ettelt/Krause schreiben (S. 457). Auf dem Kongreß der SDAP im Juli 1874 beklagte sich nämlich Richard Wolf, der Vorsitzende der Metallarbeitergewerksgenossenschaft, daß die Leitung der SDAP die Bemühungen um die Schaffung eines Metallarbeiterverbandes, an der er selbst und andere führende Mitglieder seiner (der SDAP nahestehenden) Gewerkschaft beteiligt gewesen seien, sabotiert habe[5]. Ettelt/Krause erwähnen diesen Protest nicht, sondern sprechen nur ganz allgemein von einem Bericht über den Metallarbeiterkongreß, den Wolf auf dem Parteikongreß erstattet habe (S. 456, Anm. 16).
Die »Einigung der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung« wird bei Ettelt/Krause ausführlich dargestellt (S. 502— 550). Dabei wird allerdings das Schwergewicht auf die ideologischen Probleme gelegt, während die Organisationsprobleme nur am Rande erwähnt werden. Im Anschluß an den Gothaer Vereinigungsparteitag, auf dem sich ADAV und SDAP zur »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands« (SAPD) zusammenschlossen, fand eine Konferenz von Vertretern der verschiedenen Richtungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung statt. Diese entschied sich für gemeinsame Zentralorganisationen der einzelnen Berufe, z. B. Tischler, Böttcher; nur bei den Metallarbeitern sollte die Berufsgruppen- bzw. »Industrie«gewerkschaft fortbestehen. Für zwei andere Berufsgruppengewerkschaften, näm-

5 *Protokoll 6. Kongreß der SDAP 1874,* S. 24 f. und 58-60; vgl. die kurze, aber richtige Darstellung bei *Fritz Opel/Dieter Schneider,* 75 Jahre Industriegewerkschaft, Frankfurt 1966, S. 76.

lich die der Holzarbeiter und die der Maurer und Zimmerer, hatte dieser Beschluß eine Teilung zur Folge, was die Einigung erschwerte. Ettelt/Krause erwähnen zwar, daß sich in diesen Bereichen der Einigungsprozeß am längsten hinzog, wollen dies aber mehr auf den Gegensatz zwischen Lassalleanern und Eisenachern zurückführen als auf die angedeuteten Organisationsprobleme.

Nur sehr kurz schildern Ettelt/Krause die weitere Entwicklung bis zum Verbot fast aller Gewerkschaften aufgrund des Sozialistengesetzes im Herbst 1878. In diesem Zusammenhang widmen sie auch ein eigenes Kapitel den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen (S. 600 bis 608). Dabei überinterpretieren sie jedoch den Rückgang an Mitgliedern von 22 000 (Ende 1875) auf 16 500 (Ende 1878), der wohl vor allem eine Folge der Wirtschaftskrise war, wenn sie ihn als Symptom für einen »Zersetzungsprozeß« deuten.

Das Buch endet mit einem Kapitel über die erneuten Zentralisationsbestrebungen Ende 1877/Anfang 1878 (S. 608-621). Dabei stellen die Autoren die nicht zu beweisende Behauptung auf, diese Bestrebungen seien von den »marxistischen Kräften« in der Sozialistischen Arbeiterpartei ausgegangen (S. 609). Sicherlich gehörten die Hamburger Gewerkschaftsführer, besonders August Geib und August Kapell, von denen diese Initiative ausging, auch zur Führungsgruppe der SAPD. Ob sie aber zu den bei Ettelt/Krause so oft herangezogenen »marxistischen Kräften« gehörten, muß fraglich erscheinen. Nur kurz behandeln die Verfasser dann noch das Verbot fast aller gewerkschaftlichen Organisationen im Jahre 1878 (S. 623 f.). Ergänzt wird das Buch durch ein Personenregister.

Im ganzen können Ettelt/Krause, trotz ihres besonderen Erkenntnisinteresses und trotz des sehr verengten Blickwinkels, der manchmal auch zu Fehlschlüssen führt, einen recht informativen Überblick über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften von 1868 bis 1878 vermitteln. Eine umfassende Organisationsgeschichte oder gar eine Strukturgeschichte der frühen deutschen Gewerkschaftsentwicklung bieten sie jedoch nicht.

Bei der Arbeit von *Schröder* handelt es sich um die gekürzte Druckfassung seiner 1972 abgeschlossenen »Dissertation B« (Habilitationsschrift), die sich auf die schon genannten DDR-Untersuchungen, auf die ältere Gewerkschaftsliteratur sowie gedruckte und ungedruckte Quellen stützt. Seine Studie hat das Ziel, die Bemühungen der »marxistischen Kräfte« — dieser Begriff kommt bei Schröder noch viel öfter vor als bei Ettelt/Krause, gelegentlich mehrere Male auf einer Seite — in der deutschen Arbeiterbewegung über ein Vierteljahrhundert hinweg zu verfolgen, »eine den ›allgemeinen Bestrebungen und Tendenzen der Arbeiterklasse‹ (Marx) und der revolutionären Perspektive des proletarischen Klassenkampfes adäquate Gewerkschaftskonzeption zu entwickeln und in die politische Praxis umzusetzen« (S. 7).

Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht die »Partei« mit ihrer Gewerkschaftskonzeption, jedoch nicht eine der damals existierenden Arbeiterparteien, sondern eine von der Wirklichkeit abstrahierte »marxistische« bzw. »revolutionäre« Partei, die den Ansprüchen von Marx und Engels, so wie sie später Lenin interpretierte, an eine solche Partei entsprach. Die 1869 gegründete »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« wird mit diesem Idealtyp einfach identifiziert und zudem oftmals, sehr vereinfachend, als »Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts« bezeichnet.

Je mehr Licht auf die Führung der SDAP gelenkt wird, desto mehr Schatten fällt auf die des ADAV. Das ist nun für die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung alles andere als neu, doch bedrückt es, wenn ein so qualifizierter Historiker wie Schröder, dem wir einige sehr wertvolle Detailuntersuchungen zur frühen deutschen Gewerkschaftsgeschichte verdanken[6], sich durch seinen beengten Blickwinkel zu allzu krassen Fehlurteilen verleiten läßt: So

6 Besonders sei hingewiesen auf seine Dokumentation: Buchdruckerbewegung, Kapital und Staat. Zur Unterwerfung des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker unter preußische Polizei-

kann man der ADAV-Führung vielleicht mit Recht vorwerfen, daß sie aus ihrer, von Lassalle selbst stammenden Hauptstoßrichtung des politischen Kampfes gegen das liberale Bürgertum manchmal allzu sehr bereit war, mit den Repräsentanten des »junkerlich-bourgeoisen Militärstaates« zu kooperieren (S. 68). Daraus aber eine »probonapartistische Orientierung« der ADAV-Führung herzuleiten, scheint absurd.

In seinen ersten beiden Hauptabschnitten behandelt Schröder die »Rolle der Gewerkschaftsbewegung bei der Herausbildung der Eisenacher Partei 1868/69« und das Verhältnis von »Partei und Gewerkschaften 1869 bis 1878«. Hier bringt er gegenüber Ettelt/Krause, deren weiter oben aufgezeigte Einseitigkeiten er übernimmt, und gegenüber seinem eigenen früheren Aufsatz zum gleichen Thema[7] kaum etwas Neues. Von größerer Bedeutung sind seine Ausführungen zum Thema »Wirtschaftskrise, politische Reaktion und Einheit der Arbeiterklasse 1873 bis 1878« (S. 132-152). Leider hält auch dieses Kapitel nicht ganz, was die Überschrift verspricht. Denn sehr breiten Raum nimmt die bekannte, auf Marx fußende Kritik am Gothaer Programm von 1875 ein. Weiter kritisiert er noch schärfer als Ettelt/Krause den Beschluß der Gothaer Gewerkschaftskonferenz vom Mai 1875, nach dem sich die Gewerkschaften dem ökonomischen Kampf widmen und den politischen Kampf der vereinigten Sozialistischen Arbeiterpartei überlassen sollten.

Es muß nun hier die Frage gestellt werden, wie sich die Gewerkschaften, die gerade zu dieser Zeit wegen ihres angeblich politischen Charakters in zunehmendem Maße verfolgt wurden, anders als durch die Betonung ihres Charakters als nichtpolitische, ökonomische Koalitionen die Möglichkeit schaffen konnten, die bestehenden Zentralverbände auszubauen oder solche gar erst zu schaffen. Schröder sieht zwar diese taktische Bedingtheit des Beschlusses, hält ihn aber dennoch für falsch, da durch die spätere Verinnerlichung der zunächst taktisch bedingten Stellungnahme der nach seiner Ansicht verhängnisvolle Weg der deutschen Gewerkschaften verursacht worden sei. Er verkennt zwar keineswegs, daß dieser Weg durch die gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung bedingt war, nicht allein durch einen Konferenzbeschluß. Um so befremdlicher erscheint es, wenn er in seiner abschließenden Bewertung der Gothaer Gewerkschaftskonferenz zu dem Schluß kommt, daß »aus dieser Bresche« — gemeint ist der »theoretische Konstruktionsfehler« einer Trennung von Partei und Gewerkschaften — »ein Teil jener opportunistischen und speziell revisionistisch-reformistischen Sumpfblüten, die ein Menschenalter später den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie paralysierten«, erwachsen sei (S. 146).

Den dritten Hauptteil widmet Schröder der Zeit des Sozialistengesetzes unter dem sehr einseitigen Blickwinkel der »Durchsetzung der marxistischen Gewerkschaftskonzeption im Kampf gegen das Sozialistengesetz« (S. 153-276). Immer wieder hebt er die Verdienste der Parteiführung der illegalen Sozialistischen Arbeiterpartei um den Wiederaufbau der Gewerkschaften hervor. Diese waren sicher vorhanden, doch bedeutet es zum mindesten eine maßlose Übertreibung, wenn er zu dem Schluß gelangt, die Fachvereinsbewegung der Jahre nach 1880 sei durch den Wydener Parteitag der SAPD »initiiert« worden (S. 174). Ausführlich schildert er die Auseinandersetzungen der »marxistischen Kräfte« innerhalb der Parteiführung der SAPD, besonders des illegalen Zentralorgans »Der Sozialdemokrat«, mit den »opportunistischen« und »revisionistischen« Kräften, die sich nach 1884 besonders um das von

---

aufsicht 1888, in: BzG 9, 1967, S. 636-659 und seinen zusammen mit *Peter Haferstroh* verfaßten Artikel: Verband der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland,* Bd. II, Leipzig 1970, S. 684-710, in der *Schröder* die Entwicklung bis 1918 beschrieben hat.

7 *Wolfgang Schröder,* Die Gewerkschaftsbewegung in der Konzeption der revolutionären Sozialdemokratie 1869—1891, in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung,* Berlin [DDR] 1970, S. 103-217.

Louis Viereck in München herausgegebene Wochenblatt »Das Recht auf Arbeit« zentrierten. Gegen dieses Blatt, das in den Jahren 1884 bis 1886 zu einer Art Zentralorgan der Fachvereinsbewegung wurde, polemisiert Schröder öfter, ohne dessen Anschauungen ausführlicher zu referieren oder gar zu analysieren. Man kann vielleicht zu dem Schluß kommen, daß sich in der Parteiführung der SAPD während der Zeit des Sozialistengesetzes die »marxistischen Kräfte« durchsetzen konnten. Für die Fachvereine und die sich neu bildenden gewerkschaftlichen Zentralverbände traf dies aber wohl kaum zu. Dieser Hauptteil schließt mit einem Kapitel über den Ruhrbergarbeiterstreik von 1889 (S. 266-275), dem der Verfasser, sicherlich zu Recht, eine sehr große Bedeutung für den »Organisations- und Erkenntnisprozeß der Arbeiterklasse« (S. 269) sowie für den politischen Kampf gegen das bonapartistische Regime Bismarcks zuweist[8].Seinem vierten und abschließenden Hauptteil gibt Schröder die Überschrift »Marxismus und Opportunismus in der Gewerkschaftsfrage 1890 bis 1893« (S. 277-392). Er meint damit die Auseinandersetzungen zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung, die im Kölner Parteitag der SPD von 1893 gipfelten. Die Bemühungen der Generalkommission der Gewerkschaften um die Anerkennung als gleichberechtigter Partner der Parteiführung und ihren Kampf um die soziale Besserstellung der Arbeiter im gegenwärtigen Staat disqualifiziert er dabei als »trade-unionistische Beschränktheit gegenüber grundsätzlichen Fragen des Klassenkampfes« (S. 321). Die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschafts- und Parteiführung werden als ideologische Streitigkeiten zwischen »Marxisten« und »Opportunisten« geschildert. Die Basisprozesse werden dabei nicht völlig übersehen. So erwähnt der Verfasser, daß der »Sieg« der Partei- über die Gewerkschaftsführung von 1893 auch eine Folge des Anwachsens der Partei und der Stagnation der Gewerkschaften aufgrund der sich wieder verstärkenden Wirtschaftskrise war. Doch diese Hinweise auf die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen dienen hier wie in der ganzen Arbeit mehr als Illustrationen für die Schilderung der ideologischen Kämpfe, sie werden nicht als Voraussetzungen dafür analysiert.

So legt man die Arbeit von Schröder mit einem gewissen Unbehagen aus der Hand. Gegenüber den bisherigen Forschungen marxistisch-leninistischer Historiker zum Thema Partei — Gewerkschaft bringt sie kaum etwas Neues. Ja, sehr wichtige Themen, die auch und gerade für den von ihm behandelten Fragenkomplex von großer Relevanz sind, werden nur am Rande erwähnt, so z. B. die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die beste Organisationsform zwischen Zentralisten und Lokalisten[9]. Ebenfalls fehlt eine Analyse des Halberstädter Gewerkschaftskongresses von 1892, auf der die Generalkommission zwar heftig attackiert wurde, jedoch nicht wegen ihrer (von Schröder so angegriffenen) ideologischen Haltung, sondern wegen organisatorischer Kompetenzüberschreitungen. Sicherlich kann das besondere Erkenntnisinteresse einen Forscher veranlassen, an sich wichtige Ereignisse und Tendenzen nur beiläufig zu erwähnen oder auch mit Stillschweigen zu übergehen, besonders wenn er sie in einer früheren Arbeit ausführlich behandelt hat[10]. Aber Schröder geht hier zu weit. Man wird den Verdacht nicht los, daß er zu schnell Fakten und Trends, z. B. die Lokalisten und ihre Anschauungen, unter den Tisch fallen läßt, wenn sie sich nicht in sein allzu einfaches Schema Marxisten-Opportunisten pressen lassen.

---

8 Für eine genauere Analyse des Streiks von 1889 sei auf das Schlußkapitel der Dissertation von *Klaus Tenfelde* hingewiesen: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 573-597.

9 Vgl. *Gerhard A. Ritter,* Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, 2. Aufl., Berlin-Dahlem 1963, S. 113-115.

10 Vgl. *W. Schröder,* Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit, S. 288-295. Hier wird jedoch auch die Haltung der Lokalisten nicht wirklich analysiert, sondern einfach als durch die Entwicklung überholter Standpunkt zurückgewiesen wird.

Friedhelm Boll

Zur Sozialgeschichte des Weltkrieges und der Revolution. Neuere Lokalstudien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914—1920

Volker Ullrich, Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19 (= Geistes- und sozialwissenschaftliche Dissertationen 37), Hartmut Lüdke Verlag, Hamburg 1976, 2 Bde., XVI, 751; IV, 267, LXIV S., Pb., 120 DM.
Klaus-Dieter Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (= Kieler Historische Studien, Bd. 13), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1971, 336 S., Linson, 31 DM.
Erhard Lucas, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Verlag Roter Stern, Frankfurt 1976, 334 S., kart., 26 DM.

Obwohl die lokalgeschichtliche Erforschung der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten Jahren sehr stark zugenommen hat, liegen sozialgeschichtlich fundierte Arbeiten für die Weltkriegszeit kaum vor. Gegenüber der großen Anzahl von Lokal- und Regionalstudien für die Zeit bis 1914 und der kaum noch zu überblickenden Fülle von Studien, Aufsätzen und Examensarbeiten zur lokalen Revolutionsbewegung 1918/19 ist die entscheidende Umbruchphase der Weltkriegszeit zumindest in der westdeutschen Forschung eindeutig zu kurz gekommen[1]. Damit blieben wichtige Fragen ohne Antwort, soweit sie über den ereignisgeschichtlichen Ablauf und die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen dieser Zeit hinausgehen und sich auf die sozialgeschichtlichen Ursachen der Massenbewegungen und der damit verbundenen Spaltungen der alten Organisation sowie der Entwicklung neuer Organisationsformen beziehen. Die hier zu besprechenden Studien haben den von Feldman/Kolb/Rürup zusammengefaßten Erkenntnisstand in wichtigen Punkten erweitert[2]. Da der einige Jahre zurückliegende Aufsatz dieser drei Autoren gleichzeitig als Anstoß zu neuen Forschungen verstanden werden wollte, sollen einige dort entwickelte Probleme nochmals aufgegriffen werden.

Feldman/Kolb/Rürup hatten u. a. gefordert, die Kriegs- und Revolutionszeit als Einheit zu betrachten und zu behandeln, da nur auf diese Weise die innere Dynamik, die Kontinuität und auch die Entwicklungsbrüche der lokalen und der überlokalen Bewegungen erfaßt werden könnten[3]. Dieses Desiderat gewinnt auch heute zunehmend an Gewicht, weil das bis vor etwa 10 bis 15 Jahren bestehende Defizit der Erforschung der deutschen Revolution von 1918/19 zunächst eine intensive Revolutionsforschung provozierte, hinter der die Untersuchung der vorrevolutionären Phase zurücktrat. Des weiteren haben Feldman/Kolb/Rürup deutlich gemacht, daß das sozioökonomische Handlungsfeld der Arbeiterbewegung nicht

1 Siehe *Kurt Klotzbach,* Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914—1945, Bonn-Bad Godesberg 1974, 2., verb. Aufl. 1976.
2 *Gerald D. Feldman/Eberhard Kolb/Reinhard Rürup,* Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des 1. Weltkrieges (1917—1920), in: PVS XIII, 1972, S. 84—105.
3 *Ebda.,* S. 85.

nur erwähnt oder als Einleitungskapitel abgehandelt, sondern systematisch mit einbezogen werden müsse. Umschichtungsprozesse, konjunkturelle Einflüsse, rapide ansteigendes Wirtschaftswachstum in den letzten Kriegsjahren, zunehmende Konflikte sozialer und politischer Art sowie die Wirkung des Hilfsdienstgesetzes seien zu berücksichtigen. Als letzter Punkt sei die Forderung erwähnt, die betriebliche Erfahrungsebene mit einzubeziehen, da ohne sie die Entstehung und Entwicklung der Massenbewegungen nur unzureichend beschrieben werden kann. Erst auf der Basis derartiger Studien — dies zeigen vor allem die Arbeiten von Lucas und Ullrich — kann die Tatsache aufgeklärt werden, daß die Massenbewegungen sehr verschiedene, teilweise sogar entgegengesetzte Verlaufsformen angenommen haben. Auch wenn die hier angezeigten Arbeiten die genannten Forderungen nach sozioökonomischer Fundierung und nach Überschreitung der eingefahrenen Periodisierungsgrenzen nicht voll erfüllen, belegen ihre beachtenswerten Ergebnisse die Fruchtbarkeit der skizzierten Vorgehensweise.

Der mit knapp 1 100 Seiten überaus umfangreichen Dissertation von *Volker Ullrich* gelingt vor allem die Verknüpfung von sozialer, politischer und ökonomischer Entwicklung der Hamburger Arbeiterschaft in bemerkenswerter Weise. Die Art der Darstellung verrät die bei Hamburger Historikern häufig festgestellte Neigung zur breiten, narrativen Schilderung von Strukturen und Ereignissen unter weitgehendem Verzicht auf ein die Darstellung strukturierendes Hypothesengerüst. Auch auf andere, die Darstellung raffende und die vergleichende Handhabung der Studie erleichternde Hilfsmittel wie Statistiken, Tabellen und Graphiken wird vielfach verzichtet. Nicht zuletzt aber scheinen der vom zeitlichen Rahmen der Arbeit (Vorweltkriegszeit bis Frühjahr 1919) vorgegebene Umfang und der einer Dissertation eigene Zeitdruck dazu beigetragen zu haben, daß eine durchaus mögliche und wünschenswerte Straffung der Arbeit nicht mehr erfolgte. Die im Dissertationsdruck vorliegende Studie wird somit (leider) ein Werk für Spezialisten bleiben.
Ausführlich schildert Ullrich die Struktur der Hamburger Wirtschaft vor 1914, um auf diesem Hintergrund auch die Zusammensetzung der Hamburger Arbeiterschaft, ihre interne Differenzierung sowie ihr Organisationsverhalten darstellen zu können. So entsteht das Bild einer sehr differenzierten, hochmobilen Arbeiterschaft, die in den führenden Branchen des Maschinenbaus, der Metallverarbeitung und der Werftindustrie, aber auch in der Bekleidungs- sowie in der Bauindustrie einen hohen Anteil von Facharbeitern stellte, in anderen Branchen (Textil, Nahrungsmittel, Chemie) gleichfalls durch eine starke Konzentration von Arbeitskräften — hier allerdings nichtqualifizierte — gekennzeichnet war. Eingehend schildert der Autor den, wenn auch unterschiedlichen, insgesamt aber sehr hohen Organisationsgrad der Hamburger Arbeiterschaft, die trotz ihrer starken Differenzierung offensichtlich in den sozialdemokratischen Organisationen ihre Einheit und Zusammengehörigkeit fand. Jedenfalls wird die Stärke der in Einzelgewerkschaften, Konsumvereinen und Vorfeldorganisationen ausdifferenzierten Sozialdemokratie hervorgehoben, wodurch der Eindruck einer für die Zeit überaus typischen, im Organisationsleben erstarrten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entsteht. Gerade in dem die Hamburger Sozialdemokratie kennzeichnenden Übergewicht der Partei-, Gewerkschafts- und Konsumgenossenschaftsbürokratie erblickt der Autor ein wichtiges Moment für die sich schon im Werftarbeiterstreik von 1912 ankündigende und in der Weltkriegszeit fortsetzende »Entfremdung von Führung und Basis«. Diese Entwicklung wird auf den verschiedensten Ebenen des Protestverhaltens (Lebensmittelunruhen, Streiks, innerorganisatorische Oppositionsbewegung) differenziert und mit reichem Quellenmaterial versehen dargestellt — zweifellos eine Stärke dieser Arbeit. Auch gelingt es dem Autor, die soziale Basis der sich aus den verschiedensten Protestbereichen ergebenden Spaltungen der Sozialdemokratie aufzuhellen. Während die USPD sich vor allem auf die im Metallarbeiterverband organisierten Werft- und Metallarbeiter stützen konnte, gelang es den sogenannten Hamburger Linksradikalen um Laufenberg, Wolffheim und Herz eigentlich nur bei der sozialistischen Arbeiterjugend, eine organisatorische Basis zu gewinnen. Da

diese aber den verschiedenen Verhaftungswellen weitgehend zum Opfer fiel, blieb diese Richtung der entschiedensten Opposition in Hamburg weitgehend ohne Anhang. Gerade der Zugang zu den Metall- und Werftbetrieben blieb ihnen versagt. Diese differenziert und detailreich herausgearbeiteten Ergebnisse, zu denen neben der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung auch eine kritische Analyse der theoretischen Arbeiten der Hamburger Linksradikalen gehört, nehmen quantitativ den größten Raum der Darstellung ein. Die kritische, von einer grundsätzlichen Sympathie getragene und mit viel Einfühlungsvermögen geschilderte Entwicklung der Hamburger Linken gehört zu den besten Darstellungen dieses Gegenstandes überhaupt, zumal auch Vergleiche mit der Geschichte der Opposition in anderen deutschen Städten (vor allem Bremen und Berlin) eingearbeitet werden. Dadurch wird die Hamburger Entwicklung, in der die beiden Oppositionsrichtungen der USPD und der Linksradikalen eine im Vergleich zu den Zentren der Opposition bedeutend weniger wichtige Rolle spielten, sehr gut herausgearbeitet. Die günstigen Positionen der radikalen Linken in der Novemberrevolution (Laufenberg als Vorsitzender des AuS-Rates, Fröhlich als Chefredakteur des »Hamburger Echo«) werden überzeugend als Augenblickserfolge erklärt, die sich letztlich nicht halten ließen. Die Darstellung des Mißerfolges der radikalen Linken reicht aber als Erklärung für den Erfolg der Hamburger MSPD nicht aus.

Ullrichs Darstellung der Hamburger MSPD leidet weniger an seiner kritischen Haltung dieser Richtung gegenüber als an der Tatsache, daß er diesen Flügel der Sozialdemokratie weniger intensiv und mit weniger Verständnis für deren spezifische Probleme behandelt hat. Angesichts des für die Linke aufgebrachten Interesses ergibt sich daraus ein deutliches Ungleichgewicht der Darstellung. Was die Mehrheitssozialdemokratie und ihre Anhängerschaft, die ja in Hamburg weit überdurchschnittlich der Richtung Ebert/Scheidemann gefolgt ist, angeht, bleiben daher manche Fragen offen. So wird beispielsweise die für Hamburg zentrale Frage, warum sich in diesem nach Berlin größten und wichtigsten Zentrum der deutschen Sozialdemokratie die Mehrheitspartei überdurchschnittlich gut halten konnte, zwar angeschnitten, aber nicht als Kernproblem erkannt. Auch fällt die Schilderung der Position des »Hamburger Echo« weit gröber aus als die der Theorieentwicklung der Linksradikalen, obwohl dem »Echo« eine kaum zu überschätzende Integrationswirkung im Sinne des »Burgfriedens« zukam. Ähnliches gilt für die Gewichtung der von Ullrich sehr breit dargestellten spannungstreibenden Faktoren wie Umschichtung der Arbeitskräfte, Probleme ihrer Neuorganisation, ungerechte Lebensmittelversorgung, Kriegszielforderungen u. ä. im Vergleich zu den auch im Weltkrieg wirksamen, auf Integration zielenden Kräften (Englandfeindschaft, Erhaltung der Einheit der Arbeiterorganisationen, sozialdemokratischer Disziplinbegriff, Friedenspropaganda der MSPD, um nur einige zu nennen). So wird der am Zentralproblem, warum und mit welchen Mitteln die Mehrheitssozialdemokratie die von Ullrich so häufig konstatierte »Entfremdung zwischen Arbeiterbürokratie und Basis« (S. 393) vergleichsweise gering halten konnte, interessierte Leser gezwungen, das Buch quasi gegen den Strich zu lesen. Dies sei beispielhaft an dem Kapitel über das Hilfsdienstgesetz (S. 386 bis 393) erläutert.

Zusammenfassend konstatiert der Autor eine zutreffende »ambivalente Auswirkung« der Mitarbeit der Gewerkschaften am Hilfsdienstgesetz (HDG): Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses, aber Zunahme der Entfremdung (S. 393). Ausführlich belegt wird aber mit einer Ausnahme nur die Kritik am HDG. Offen bleibt somit die Frage, ob das HDG nicht auch in Hamburg durch die Einrichtung der Wahlen zu den Arbeiterausschüssen eine politisierende Rolle gespielt und ob diese politisierende Funktion, verbunden mit der gerade vom »Hamburger Echo« offenbar geübten Kritik (S. 393, Anm. 28) an der mangelhaften Durchführung des Gesetzes, nicht der Mehrheitspartei die Möglichkeit gegeben hat, sich als konsequente Vertreterin der Arbeiterinteressen darzustellen. Hier hätte man sich nähere Aufklärung und vor allem eine Gewichtung der Ambivalenz des HDG gewünscht. Eine systemati-

sche Analyse des »Hamburger Echo« wäre hier ebenso wie in bezug auf die Friedenspropaganda der MSPD angebracht gewesen.
Insgesamt handelt es sich um eine materialreiche, streckenweise sehr detaillierte, die verschiedensten historischen Fachgebiete integrierende Arbeit, die eine zweifellos vorhandene Lücke schließt und somit einen wichtigen Platz in der Forschung einnimmt.
In Umfang und Anspruch weniger ambitioniert, in der Durchführung aber sehr qualifiziert ist die Kieler Dissertation von *Klaus-Dieter Schwarz,* die bereits im Obertitel erkennen läßt, daß sie sich nicht nur auf die Arbeiterschaft beschränkt. Auch Schwarz gelingt es in überzeugender Weise, die Struktur der Nürnberger Industrie und ihrer Arbeiterschaft herauszuarbeiten und mit der Konfliktgeschichte der Weltkriegszeit (Lebensmittelkrawalle, Januarstreik 1918) zu vermitteln. Darüber hinaus schließt er in seine Analyse der sozialen Lage und der politischen Haltung auch die anderen Gesellschaftsschichten und Gruppierungen (Mittelstand, Oberschicht, Militär; christliche Arbeiterbewegung) mit ein, so daß ein insgesamt abgeschlossenes Bild Nürnbergs im Weltkrieg entsteht.
Ebenso wie Ullrich betont Schwarz, daß im August 1914 von einer nennenswerten Kriegsbegeisterung der Arbeiterschaft nicht gesprochen werden kann. Jedoch kommen beide Autoren über Andeutungen bezüglich dessen, was es in diesen Monaten an Stimmungen, Orientierungslosigkeit und Meinungsänderungen in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegeben hat, nicht hinaus. Allerdings weisen die hier gebotenen Andeutungen darauf hin, daß der immer wieder zitierte patriotische Überschwang eines Konrad Haenisch durchaus untypisch war. Gerade Ullrich gibt Belege dafür an, daß nicht wenige sozialdemokratische Arbeiter sich von Partei und Gewerkschaften alleingelassen fühlten.

Die Dissertation von Schwarz zeichnet sich des weiteren dadurch aus, daß sie die Arbeit zweier für Nürnberg sehr wichtiger Politiker ausführlich beschreibt: Der dem sozialen Liberalismus verpflichtete Oberbürgermeister Otto Geßler (später Reichswehrminister) wird vor allem im Zusammenhang mit der die Kommunalpolitik dieser Zeit sehr stark aufwertenden Fürsorge- und Lebensmittelpolitik gewürdigt. Doch auch diese Leistungen konnten die Radikalisierung der Arbeiterschaft und eines Teils der Mittelschicht nicht verhindern. Als führender Repräsentant der Sozialdemokratie stellt Schwarz den Austromarxisten Adolf Braun vor, der innerhalb der Mehrheitsrichtung der deutschen Sozialdemokratie eine von Schwarz treffend geschilderte Sonderposition einnahm. An seiner Person — er bekleidete die Funktion des Chefredakteurs der sozialdemokratischen »Fränkischen Tagespost« — wird die Bedeutung der sozialdemokratischen Tagespresse in einer Zeit eingeschränkter Öffentlichkeit beispielhaft illustriert. Anzumerken ist auch, daß es sich bei Adolf Braun um einen Politiker handelte, dem im Gegensatz zu seinem Vorbild Karl Kautsky der Schritt vom theoretischen zum praktischen Revolutionär gelang, als er feststellte, daß die Veränderung des politischen und (teilweise auch) des sozialen Systems auf der Tagesordnung stand (siehe seine Rolle im Januarstreik 1918, in der Kaiser-Abdankungsfrage und in der Novemberrevolution). An seiner Politik der konsequenten Reformen läßt sich verdeutlichen, daß auch die MSPD unter Beibehaltung ihrer grundsätzlichen Position bedeutend radikaler hätte vorgehen und die faire Zusammenarbeit mit der USPD (wie in Nürnberg) hätte suchen können.

Aufgrund der für Bayern offensichtlich günstigen Quellenlage konnte der Autor die stimmungsmäßige Entwicklung der Bevölkerung und damit den inneren Verfall der Monarchie sehr gut nachzeichnen. Dies schließt die Beschreibung des Aufkommens der lokalen USPD mit ein.
Die Behauptung, die Nürnberger Rüstungsarbeiter hätten aufgrund ihrer Löhne, die teilweise über den Bezügen der Festbesoldeten lagen, keinen Grund gehabt, unzufrieden zu sein (S. 167), scheint nicht haltbar, zumal der Januarstreik 1918 gerade in den Rüstungsbetrieben ausbrach (S. 239 ff.). Die auf nur schmalem Datenmaterial vorgenommene Interpretation der Berufsgliederung der USPD (S. 171) und des Spartakus bleibt etwas spekulativ. Demgegen-

über ist die Schilderung des Januarstreiks 1918, seiner Vorbereitung und Einleitung durch die USPD und seiner erfolgreichen Durchführung aufgrund der Unterstützung durch die MSPD dem Autor gut gelungen.

Die Arbeit von *Erhard Lucas* schlägt einen neuen methodischen Weg ein: Sie vergleicht die Entwicklung der beiden Industriestädte Hamborn und Remscheid mit dem Ziel, zwei verschiedene Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung darzustellen: die »syndikalistische« in Hamborn einerseits und die von den traditionellen Organisationen dominierte, zum Kommunismus neigende in Remscheid auf der anderen Seite. Die Vorteile der vergleichenden Methode kommen dabei voll zum Tragen: Die Gemeinsamkeiten und vor allem die Unterschiede der jeweiligen Entwicklung treten auf eine sehr anschauliche Weise ans Licht. Lucas verstärkt diesen Vorteil zusätzlich durch seine Entscheidung, theoretische und verallgemeinernde Überlegungen nicht am Anfang, sondern am Schluß seiner Darstellung zu plazieren, so daß er unmittelbar mit einer wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Lageanalyse der beiden Städte einsetzen kann. Zu diesem Zweck hat der Autor eine ansehnliche Reihe sozialer Daten aufbereitet (Bevölkerungsstatistik, Altersaufbau, Heiratsalter, Sexualbeziehungen, Männerüberschuß, Belegschaftsstärke, Betriebsgrößenklassen, Wahlstatistik u. a.), die sich auch dadurch auszeichnen, daß soziale Verhältnisse beschrieben werden, die in vergleichbaren Untersuchungen vielfach keine Erwähnung finden, wie Schlafgängerwesen, Kriminalstatistik, Freizeitverhalten, Bedeutung der Gastwirtschaften und der Volkskultur. Aufgrund dieser Darstellung der sozialen Lage werden die Unterschiede der monoindustriell strukturierten Städte sehr deutlich: Hamborn, die von der Montanindustrie künstlich aufgebaute und in Riesenschritten entwickelte Arbeitergroßstadt, dominiert von einigen wenigen Unternehmen, die als Großbetriebe auch die wichtigsten Arbeitgeber darstellen; Remscheid, die aus handwerklichen Traditionen kontinuierlich herangewachsene Mittelstadt, in der der kleineisenproduzierende Handwerker (Feilenhauer), der vielfach im Verlagssystem arbeitende Meister vorherrschte, der allerdings dem anhaltenden Rationalisierungsdruck weichen mußte oder sich durch ständige Spezialisierung der Proletarisierung zu widersetzen suchte.

Nicht nur die unterschiedlichen beruflichen Traditionen (agrarische Herkunft hier, handwerkliche dort), sondern die gesamte »proletarische Lebenssituation« einschließlich des Organisationsverhaltens werden berücksichtigt. In Lucas' Systematisierung fließen sie zu einem Hamborner und einem Remscheider »Arbeitertypus« zusammen. Ihre Gegensätzlichkeit zeichnet sich vor allem aus durch die »Kontinuität« (Remscheid) bzw. »Diskontinuität der Lebensgeschichte« (Hamborn); »relative Sicherheit/Unsicherheit der Lebensperspektive; traditional patriarchalische Sozialbeziehungen/kapitalbestimmt entfremdete Anonymität; rationale Zukunftsplanung/Zielgerichtetheit auf Unmittelbares« (S. 280 f.). Aufgrund dieser Bedingungen entwickelten die Hamborner Arbeiter nur ein sehr schlechtes Verhältnis zu den traditionellen Arbeiterorganisationen (was Lucas aber nur für die Revolutionszeit ausreichend belegt), die Remscheider aber sehr starke, auf die langfristige Umwandlung der Gesellschaft (Kampf um die Macht) ausgerichtete Organisationen. Gründe für diese Entwicklung sind nicht nur in einer sehr langen Tradition von Partei und Gewerkschaften zu suchen, sondern auch in der Tatsache, daß die Remscheider Arbeiter mit Hilfe ihrer Gewerkschaft sehr früh Erfolge erzielten (Tarifverträge) und ihre Zersplitterung auf viele Klein- und Kleinstbetriebe mit dem Instrument der gewerkschaftlichen Organisation überwinden konnten. Auf die unterschiedlichen Partei- und Gewerkschaftstraditionen legt der Autor sehr großes Gewicht. Dabei schneidet Remscheid als alte sozialdemokratische Hochburg sehr gut ab, da hier die Entwicklung von den ersten Agitationsversuchen Lassalles bis zum vollen Ausbau des sozialdemokratischen Organisationswesens mit Zeitung, Konsumverein, Volksbibliothek, Gewerkschaftskartell, vermittelt mit den Kämpfen um die Durchsetzung des Tarifvertragswesens, reichliches Material anbietet. Dennoch behandelt der Autor die Organisationen und ihre Entwicklung nur sehr knapp. Dies fällt insbesondere bei Hamborn auf. Der Entwicklung

von Partei und Gewerkschaften in Hamborn bis zur Novemberrevolution werden nur wenige Seiten gewidmet, wobei der größte Teil noch auf die Wahlanalyse, vor allem die Gegenüberstellung der überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung in Remscheid und der weit unterdurchschnittlichen in Hamborn, entfällt. Das Zwischenkapitel, das Klassenkämpfe, Wahlverhalten, Sozialdemokratie und Gewerkschaften sowie die Entwicklung während des Weltkrieges umfaßt, ist zweifellos das schwächste des gesamten Buches. Der Titel »Übergang« für diesen Abschnitt zwischen breiter sozialgeschichtlicher »Lageanalyse« und »Revolutionszeit 1918/19« zeigt, daß der Autor Fragen nach korrigierbaren Fehlern der traditionellen Arbeiterorganisationen als Ursachen der späteren syndikalistischen Entwicklung weitgehend ausblendet.

Die Hamborner Bergarbeiterbewegung zeichnete sich in der Revolutionszeit durch eine Sonderentwicklung aus, die bereits in den ersten beiden Revolutionsmonaten zu einem autonomen und in ihren rein ökonomischen Zielen überaus radikalen Auftreten führte. Dabei spielten nicht die traditionellen Arbeiterorganisationen, auch nicht spartakistische oder sonstige linkskommunistische Gruppen eine entscheidende Rolle, sondern die großen Zechenbelegschaften mit ihren selbstgewählten Betriebsräten. Die Erfolge der Streikbewegung zeigen sich intern an einer starken Belegschaftssolidarität und nach außen an den Kampfformen der direkten Aktion: Streik, Verhaftung leitender Angestellter, Demonstrationszüge mit Musikkapellen zur Gewinnung von Streikteilnehmern in den umliegenden Gruben, Boykott, bewußtes Langsamarbeiten u. ä. Die Bewegung wurde zeitweilig von der Sozialisierungsbewegung im gesamten Ruhrbergbau aufgefangen (die von Oertzen untersucht hat), trieb dann aber darüber hinaus. Inzwischen war auch ein Massenübertritt zur »Freien Vereinigung« (Syndikalisten) erfolgt.

Die Remscheider Arbeiter traten demgegenüber während der Revolution viel weniger oft in Aktion, da ihre lokale Partei- und Gewerkschaftsführung, offensichtlich schon seit der Kriegszeit einig in ihren Bestrebungen, eine aktive Politik auf dem linken Flügel der USPD verfolgte, die auf die Erringung der staatlichen Zentralgewalt abzielte.

Das Schlußkapitel der Arbeit beinhaltet eine Kritik der deutschen Revolution aus der Sicht der Hamborner und (manchmal auch) der Remscheider Bewegung. In diesem Teil geht es Lucas zunächst um die Zurückweisung von Kritiken an seinen bisherigen Studien zur Revolution im Rhein-Ruhr-Gebiet mit dem Ziel, die Hamborner Bewegung von der vielfach abqualifizierenden Kritik (»Terrorismus«-Vorwurf Severings, S. 269; »ihr Zurückhalten wäre eine polizeiliche Aufgabe gewesen", so Rosenberg und v. Oertzen, S. 260) reinzuwaschen. Vor allem wendet er sich gegen die Darstellung Bocks, die seiner Meinung nach »das Bild einer relativen Nähe von Syndikalismus (in Hamborn) und Linkskommunismus" entstehen läßt (S. 258). Syndikalisten begreift Lucas als »animateurs« von solidarisch handelnden Großbelegschaften, während es sich bei Linkskommunisten um »opinion leaders kleiner, verschworener Gruppen« handelte, die »nichts anderes als den bewaffneten Kampf gelten ließen« und »jede politische Debatte innerhalb der Bewegung als Schwächung ansahen« (S. 259).

Die ausführliche Diskussion historischer und aktueller Einschätzungen des Arbeiterradikalismus (von Engels über Kautsky bis K. H. Roth) begreift der Autor als Beitrag zur »aktuellen Strategiediskussion« um die »andere Arbeiterbewegung«.

Auch für den Leser, der an dieser Diskussion nicht interessiert ist, bietet das Buch wichtige und interessante Hinweise, weil es unterschiedliche Arbeiterschichten klar herausarbeitet und die latenten und offenen Konflikte zwischen diesen Schichten nicht nur auf der Ebene der Organisationen (Syndikalisten, Gewerkschaften, Kommunistische Parteien), sondern auf der Ebene der Betriebe und der »proletarischen Lebensverhältnisse« insgesamt zur Sprache bringt. Mit der Herausstellung des Remscheider Arbeiterradikalismus von Facharbeitern leistet Lucas auch einen Beitrag zur Kritik der grassierenden »Massenarbeiterthese« (Roth u. a.). Wichtig sind die Erkenntnisse, die der Autor über die »spontane«, aber keineswegs unor-

ganisierte Hamborner Bewegung, ihre Aktionsformen und die dazu erbrachten Solidaritätsleistungen zutage gefördert hat. Daß diese Aktionsformen auf einen agrarischen Mentalitätshorizont zurückzuführen sind (siehe auch den mehrfachen Vergleich zu den Bauernkriegen, S. 190, 230), scheint mir allerdings sehr weit hergeholt, bedenkt man, daß diese Aktionsformen in der Arbeiterbewegung immer geübt, mit dem Aufkommen starker Organisationen als weitgehend überholt angesehen wurden, in Hamborn aber aufgrund des Versagens der Organisationen und des Scheiterns der Sozialisierungsbewegung wieder reaktiviert wurden.

Lucas' eigener Beitrag zu dieser »Strategiediskussion« besteht darin, die Idealisierung eines bestimmten an die gewerkschaftlichen und parteilichen Organisationen gebundenen »Arbeitertypus« (Remscheid) zu beschränken und die Abqualifizierung des Hamborner Arbeitertypus zu verhindern. Worauf es ihm in seiner Aktualisierung ankommt, formuliert er in seinen abschließenden Thesen, daß nämlich die wichtige Aufgabe der Zusammenführung aller Teile der Arbeiterklasse »von keiner formellen Organisation mit nationalem Aktionsradius geleistet werden« könne (S. 285). Damit wendet er sich sowohl gegen die Einheitsgewerkschaft wie gegen sektiererische Parteigründungen. Was bleibt, ist, »Basiskämpfe zu entwickeln, wo immer dies möglich ist« (S. 286).

Das von Lucas eröffnete Verständnis für die aufgrund der »proletarischen Lebensumstände« erklärbare syndikalistische Bewegung in Hamborn wird von ihm aufgrund seiner eingestandenen Sympathie für diese Bewegung zu einer »Strategie« verabsolutiert. Ob es sich bei der Hamborner Bewegung um einen »Arbeitertypus« handelte, läßt sich schlüssig erst beantworten, wenn klargestellt ist, daß 1. der dortige Syndikalismus mehr war als eine von den Kriegsereignissen ausgelöste Episode, 2. seine Intentionen nicht auch durch eine andere Politik der traditionellen Arbeiterorganisationen aufgefangen und vielleicht sogar besser in praktische Politik hätte umgesetzt werden können.

Zur Beantwortung dieser Fragen hat Lucas sich mit dem Vergleichsobjekt Remscheid eigentlich das falsche Beispiel ausgesucht. Um die Originalität der Hamborner Bergarbeiterbewegung herauszustellen, wäre es sinnvoller gewesen, den Vergleich mit einer anderen Bergarbeiterstadt zu suchen, die von den »proletarischen Lebensumständen« her ähnlich gelagert war, von der Organisationsform aber eine andere Entwicklung genommen hat. Darüber hinaus scheint es, daß Lucas' Orientierung auf die Entwicklung von Basiskämpfen ihn dazu führt, die Organisationsfragen strategisch (in Richtung Einheitsgewerkschaft ebenso wie in Richtung auf staatliche Organisation) wie in der historischen Analyse gering zu schätzen. So dürfte sein Hinweis, Mitgliederzahlen von Partei- und Gewerkschaften in Hamborn ließen sich für die Vorkriegszeit nicht auffinden (S. 128), nicht befriedigen, wenn der Autor nicht alle noch vorhandenen Quellen (Tageszeitungen, Verbandsjahrbücher etc.) ausgewertet hat. Generell müßte die Zeit vor und nach der Revolution nicht nur bezüglich der »proletarischen Lebenssituation«, sondern auch im Hinblick auf Organisations- und Konfliktverhalten noch genauer untersucht werden, um die Frage zu klären, inwieweit das Verhalten in der Revolutionszeit wirklich als typisch und als situationsadäquat anzusehen ist.

Solange Lucas sich in seiner Analyse des Streik- und Organisationsverhaltens schwergewichtig nur auf die Revolutionsphase stützt, bleibt sein Votum gegen die »formelle Organisation« als Mittel zur »Zusammenführung aller Teile der Arbeiterklasse« voreilig. Damit soll das Versagen der Organisationen im Falle Hamborn 1918—1920 nicht bestritten werden, zumal die Lösung der Probleme, die die Bewegung in Hamborn aufwarf, wohl nicht als eine polizeiliche Aufgabe betrachtet werden darf.

Die Tendenz zur Verabsolutierung der Hamborner Bewegung bringt Lucas auch in der Darstellung der engeren Revolutionszeit in Schwierigkeiten. Obwohl er in seinen abschließenden Thesen das Zusammenwirken aller »Schichten der Arbeiterklasse« und ihrer spezifischen Organisationsformen fordert (S. 283), hat er diesen Grundsatz in seiner Darstellung der engeren Revolutionszeit nicht eingehalten, sondern sich einseitig auf die Seite der Hamborner Be-

wegung gestellt. So rechtfertigt er beispielsweise die durch Syndikalisten erwirkten Entlassungen von Nichtsyndikalisten auf Hamborner Zechen mit der Notwendigkeit der Solidaritätserhaltung, kritisiert aber ähnliche Maßnahmen der Remscheider Parteiführer oder die des »alten Verbandes«, die auf die Einhaltung der Gesamtsolidarität der Ruhrbergarbeiter z. B. während der Sozialisierungsbewegung abzielten.

So sehr Lucas durch seine Studien zum Verständnis der Hamborner Bewegung beigetragen hat, so sehr widerspricht er mit seiner einseitigen Parteinahme den damaligen Ansätzen zur »Zusammenführung aller Teile der Arbeiterklasse«, die er ja fordert (S. 285) und die in der von ihm kritisierten Sozialisierungsbewegung den höchsten Grad an Solidarisierung der *gesamten* Ruhrbergarbeiterschaft erreicht hatte.

Diese Kritik an der Sozialisierungsbewegung ist näher zu untersuchen, da sie einen zentralen Stellenwert für Lucas hat. Von Oertzen hat betont, daß diese Essener Sozialisierungsinitiative das Ziel verfolgt habe, die unkoordinierten Streikbewegungen aufzufangen und mit Hilfe von Betriebsräten den Unterbau für die gesetzlich zu verankernde Sozialisierung zu schaffen, nach dem Motto: Sozialisierung ist besser als Streik[4]. Die vom historischen Material her keineswegs überzeugende Kritik Lucas' an der Darstellung der Sozialisierungsbewegung durch von Oertzen (S. 185 ff.) ist aber für Lucas von besonderer Bedeutung. Oertzen wies damit nämlich auf einen Weg, der die Reintegration der Hamborner Bergarbeiter in die Bewegung der gesamten Ruhrbergarbeiterschaft bedeutet hätte. Da dies Lucas' Bestreben, die Legitimität einer syndikalistischen Sonderbewegung darzustellen, entgegenläuft, verfällt die auch von den Remscheider Arbeiterführern unterstützte Sozialisierungsbewegung seiner Kritik. Selbst die Hamborner Vertreter, die diese Essener Sozialisierungsinitiative förderten, werden in diese Kritik eingeschlossen.

Lucas' Versuch, aus dem temporären Versagen der Gewerkschaften die Begründung abzuleiten, die Interessenvertretung der *gesamten* Arbeiterschaft durch Gewerkschaften sei unmöglich, greift zu kurz, da er am Beispiel der Revolution 1918/19 eine Korrektur des Gewerkschaftsverhaltens ohne ausreichende Belege als »Illusion« zurückweist und die Leistungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung vorher und nachher nicht hinreichend untersucht. Trotz dieser Einwände bleibt Lucas' Studie eine sehr anregende, methodisch neue Wege einschlagende Arbeit, die als erster Versuch, eine Typologie von lokalen Arbeiterbewegungen zu erstellen, unbedingt positiv zu beurteilen ist, in ihrer Verallgemeinerung zur »Strategie« aber nicht überzeugen kann.

4 *Peter von Oertzen,* Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: *Eberhard Kolb* (Hrsg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik,* Köln 1972, S. 185—217.

Tim Mason

Zur Frauenarbeit im NS-Staat

Dörte Winkler, Frauenarbeit im »Dritten Reich« (= HistorischePerspektiven, Bd. 9), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1977, 253 S., kart., 36 DM.

Diese gut geschriebene Druckfassung einer Trierer Dissertation leistet eine Reihe von nützlichen Beiträgen zum Verständnis der nationalsozialistischen Innenpolitik. Ihre Stärke liegt mehr auf dem Gebiet der vom Regime und der Großindustrie betriebenen Arbeiterpolitik als auf dem der Sozialgeschichte der deutschen Frauen, eher in der Behandlung der Kriegsjahre selber als in der Analyse der historischen Voraussetzungen für die unvollkommene Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte in der deutschen Kriegswirtschaft. Diese Akzentsetzung ist auch darum beachtenswert, weil die Verfasserin hiermit wissenschaftliches Neuland betritt: Die Kap. IV bis VIII bieten die erste fundierte Abhandlung, die es bislang zum Thema des Einsatzes *deutscher* Arbeitskräfte im 2. Weltkrieg überhaupt gibt. Daß Frauen von der deutschen Geschichtswissenschaft vernachlässigt worden sind, ist noch evidenter.
Wegen der Novität und der fundamentalen Bedeutung des Themas dieser Arbeit für die moderne deutsche Sozialgeschichte scheint es angemessen, in dieser Rezension relativ ausführlich auf die offenen und umstrittenen Fragen hinzuweisen. Daß die Studie hierzu herausfordert, ist vor allem ein Beleg ihres großen Wertes, und dies muß vorab stark betont werden. Sie ist auch in dem Sinne eine Pionierarbeit, daß die (endlich) anlaufende Forschung auf diesem Gebiet nun eine breite und gut abgesicherte Basis, eine Anleitung, einen Bezugspunkt und zahlreiche Anregungen gewonnen hat, die eine unerläßliche Orientierung für weitere Einzelstudien bilden. In der erstmaligen Auswertung des umfangreichen und heterogenen Aktenmaterials; in der Identifikation mancher neuer Einzelthemen (insbes. der Vertretung bestimmter Fraueninteressen durch die DAF); in der knappen und zugleich subtilen Schilderung des unschlüssigen Verhaltens der staatlichen Bürokratie, die eine sich zwischen gegensätzlichen Imperativen hin- und herbewegende Politik praktisch durchzusetzen hatte; in der Hervorhebung der Art und Weise, wie diese zaudernden, jedoch ständig zunehmenden staatlichen Interventionen auf dem Arbeitsmarkt dazu führten, daß sowohl Arbeitgeber wie auch die Frauen (ebenfalls die Männer?) dem diktatorischen Staat Lösungen für Probleme überließen, welche dieser Staat allein auf Grund eines erfolgreichen Appells an die »freiwilligen Entscheidungen« der Beteiligten hätte lösen können; und vielleicht vor allem im Versuch, durch die Heranziehung von Materialien zur Frauenarbeit in Großbritannien und in den USA eine vergleichende Perspektive zu erarbeiten — in all diesen wichtigen Zusammenhängen setzt die vorliegende Studie hohe Maßstäbe, hinter welche künftige Forschung nicht wird zurückfallen können.
Die Ergebnisse belegen aufs Neue und in eindrucksvollem Detail die überragende Bedeutung des Arbeitskräftemangels in der deutschen Kriegswirtschaft. Vor diesem Hintergrund versucht die Verfasserin zu erklären, warum nicht mehr Frauen regelmäßigen Beschäftigungen nachgingen. Dabei werden mehrere Gründe sorgfältig erläutert. Dörte Winkler

räumt den hohen Unterstützungssätzen für »Kriegerfrauen« einen wichtigen Platz ein; denn hierdurch wurden zahlreiche Frauen vom wirtschaftlichen Arbeitszwang befreit. Sie analysiert die vergleichsweise strengen Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen, die — zusammen mit den Schwierigkeiten der Arbeitgeber, Frauen einzuarbeiten, denen die Fabrikarbeit völlig fremd war — viele Firmen zur Bevorzugung ausländischer Zwangsarbeiter führten, auf die man keine Rücksicht nehmen mußte; und sie weist in diesem Zusammenhang auch auf die schlechte Arbeitsdisziplin deutscher Frauen (wie es damals hieß) hin, die neben der Arbeit den Haushalt zu versorgen hatten. Die besonders aufschlußreiche Diskussion der Frauenlöhne macht deutlich, daß nur den wenigsten bislang nicht beschäftigten Frauen ein entscheidender materieller Anreiz zur Arbeitsaufnahme geboten wurde; denn trotz starken Drucks seitens der DAF und trotz mancher Zugeständnisse im öffentlichen Dienst blieb das Lohngefälle zwischen Mann und Frau weitgehend bestehen. Die Studie geht ferner auf die grundsätzlich mangelnde Bereitschaft von Frauen sowohl aus dem Bürgertum wie auch aus der Arbeiterklasse ein, sich freiwillig zur Arbeitsaufnahme in der Kriegswirtschaft zu melden, und hebt dabei die abschreckende Wirkung der Bestimmungen hervor, die es einer einmal im Arbeitsverhältnis stehenden Frau sehr schwer machten, ihre Stelle wieder aufzugeben. Schließlich befaßt sich die Verfasserin mit der zentralen Frage, warum Zwangsverpflichtungen nicht berufstätiger Frauen erst so spät in Kraft gesetzt (1943) und dann nur halbherzig durchgeführt wurden.

Die Antwort hierauf findet Dörte Winkler — nicht ohne gelegentliche Qualifikationen (vgl. S. 105 f., 114) — in persönlichen Entscheidungen Hitlers, die wiederum »vorrangig ideologischen Motiven entsprangen« (S. 188). Obwohl die Schilderung dieser Motive exakt und differenziert ist und obwohl überzeugend nachgewiesen wird, daß ab 1943 Hitlers nächste Berater aus Staats- und Parteikreisen fast einstimmig für härtere Maßnahmen plädierten, muß diese Deutung der Frauenpolitik dennoch fragwürdig erscheinen. Hitlers Entscheidungen können nicht in diesem isolierten thematischen Kontext gesehen, sondern müßten immer in Zusammenhang gebracht werden mit einer ganzen Reihe ähnlicher innenpolitischer Entscheidungen über Lohn- und Steuerpolitik, über die Dienstverpflichtung männlicher Arbeiter, über die gesamte Organisation der Kriegswirtschaft (und über die Unterstützungssätze für »Kriegerfrauen«), Maßnahmen, die alle der Schonung der Zivilbevölkerung dienten und die alle in erster Linie innenpolitischen Rücksichten und Sorgen um die Stabilität der Herrschaftsordnung entsprangen. Man muß bezweifeln, ob die Frage der Zwangsverpflichtung verheirateter Frauen damals einer ganz anderen (d. h. vor allem einer eugenischen) Kategorie zugehörte. Als die Weichen in der Frauenpolitik im Sommer 1940 gestellt wurden, war dies nachweislich nicht der Fall.

Die Beurteilung der Antriebskräfte dieser Politik beruht z. T. auf der Interpretation einiger weniger Protokolle über »Führerbesprechungen«, d. h. von Texten, deren Auslegung beträchtliche Schwierigkeiten bereitet. Die Verfasserin steuert eine wichtige Quelle bei, indem sie das Protokoll einer Sitzung über Frauenlöhne im April 1944 ausführlich zitiert und diskutiert (S. 172 ff.). Hitlers Ablehnung des Prinzips der gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit hielt sich primär im Rahmen kruder Gemeinplätze über die Geschlechterrollen und kleinbürgerlicher Antizipationen einer nationalsozialistischen Zukunft, in der jede verheiratete Frau nur im Haushalt würde arbeiten müssen. Bildet dieser Text, wie hier behauptet wird, einen eindeutigen Beleg für die Durchsetzung rein ideologischer Komponenten im Entscheidungsprozeß? Dies ist möglich. Aber zur Deutung gehört auch eine Rekonstruktion dessen, was bei der Konferenz tatsächlich auf dem Spiel stand, nämlich *das Ausmaß der Frauenarbeit*; denn die Wichtigkeit der Lohnfrage entstammte diesem politischen Kontext: Am Anfang der Sitzung begründete Ley die Einführung des Leistungslohns mit dem Argument, man könne hierdurch die nicht beschäftigten Frauen für die Kriegswirtschaft mobilisieren. Hitler war (aus Gründen, die umstritten sind — s. o.) gegen eine solche Mobilisierung. Es ist zumindest er-

wägenswert, daß er alle nur verfügbaren Einwände gegen Leys Vorschlag geltend machen wollte, weil er vor allem dem *Ziel,* der Mobilisierung, mißtraute, und nur in zweiter Linie, weil der Vorschlag selber, der ja nur einen Weg zum Ziel bildete, ihm aus ideologischen Gründen unheimlich war. Seine Äußerungen waren deutlich zweckgebunden. Taktische Promiskuität in der Begründung seiner Entscheidungen war überhaupt ein durchgängiges Merkmal von Hitlers politischer Führung. Motive und Kalkulationen lassen sich höchst selten eindeutig festlegen, Tarnung und Selbsttäuschung sind schwer zu entschleiern.

Bestimmung und Analyse der Ideologie selbst sind in dieser Studie nicht ganz überzeugend. Die einfache Gegenüberstellung von »ideologischer« und »zweckrationaler« Politik (der ich mich selber schuldig gemacht habe) wirkt schematisch. Die Verfasserin bedenkt z. B. nicht, daß die schonende Behandlung weiter Kreise von verheirateten Frauen wohl insgesamt eine populäre Politik war, vor allem unter Soldaten, und daß sie darum im Hinblick auf die Erhaltung des Herrschaftssystems als zweckrational bezeichnet werden könnte, obwohl sie im Teilkontext der Rüstungsproduktion nicht zweckrational war. Massive Zwangsverpflichtungen wären 1939/40 wirtschaftlich zweckrational gewesen, hätten aber leicht zu großen Unruhen und politischen Erschütterungen führen können. Die Feststellung solcher Widersprüche stellt den Ausgangspunkt für eine Ideologieanalyse dar.

Auch die sehr interessanten Ausführungen über den für den NS charakteristischen Antifeminismus der frühen 30er Jahre sind nicht stringent genug entwickelt. Die Hervorhebung der Tatsache, daß diese Vorurteile außerordentlich weit verbreitet waren und daß die nationalsozialistische Version des Antifeminismus sich allenfalls durch *spezifische* rassistische Slogans von der allgemein herrschenden Ideologie abhob (vagere deutschnationale Anschauungen über Bevölkerungspolitik usw. waren auch weit verbreitet), bringt eine wichtige Anregung, die jedoch sogleich weitere Probleme der Interpretation aufwirft. Denn wenn dem so war, wenn die nationalsozialistische Frauenideologie auch für Hitler selber — wie hier argumentiert wird — eher als eine Sache des biederen patriarchalischen Vorurteils als des völkischen Sendungsbewußtseins einzuordnen ist, dann ist es um so problematischer, die Politik der Kriegsjahre letztendlich auf eine dogmatische Weltanschauung zurückzuführen. In Zusammenhang mit Dörte Winklers vergleichender Perspektive ergibt sich aus dieser Betonung der »gewöhnlichen Frauenfeindlichkeit« ein zweites Problem: Sie macht darauf aufmerksam, daß in den 30er Jahren die Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Großbritannien und in den USA mindestens so ausgeprägt war wie in Deutschland, wahrscheinlich sogar noch stärker; sie meint aber auch, daß die Vorurteile gegen die Berufstätigkeit verheirateter Frauen in Deutschland wegen der schwachen liberalen Traditionen besonders verwurzelt waren und daß ferner die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland dem »Kampf gegen das Doppelverdienertum« besonders förderlich waren. Es ist schwierig, diese einzelnen Interpretationspunkte mit dem anschließenden Urteil zu vereinbaren, die Maßnahmen deutscher Regierungen gegen die Berufstätigkeit von Frauen in den Jahren 1930—34 seien nicht sehr einschneidend gewesen. Wie verbindlich, muß man fragen, waren denn nach Januar 1933 die patriarchalischen Vorstellungen, denen sich der NS verpflichtete? Die Frage neu formulieren zu müssen, bedeutet fraglos einen Gewinn, aber die Hervorhebung des *Commonplace*-Moments in diesen Vorstellungen erklärt zugleich zuviel und zuwenig: Damit wird die Anziehungskraft der NSDAP vor 1933 »übererklärt« (S. 33 ff.), die Beschäftigungspolitik des Regimes bis 1936 bleibt dagegen unterbelichtet. Bedenkt man sodann, daß der ideologische und wirtschaftliche Antifeminismus dieser Jahre vor allem in Kreisen des städtischen Bürgertums ausgeprägt und aggressiv war (was die Verfasserin selber dokumentiert), so scheint es nicht ohne weiteres berechtigt, den Unterbau patriarchalischer Vorurteile in der Ideologie pauschal als »vorindustriell« zu bezeichnen. (Dieser Begriff ist so unscharf, daß er aus dem Wortschatz der Geschichtsschreibung dringend verschwinden sollte; in bezug auf Haltungen zur Frauenarbeit ist der Terminus noch weniger aussagekräftig als im Zusammenhang anderer

Aspekte der Geschlechterrollenteilung.) Es bleibt zu untersuchen, ob der NS nicht spezifisch modernen Formen der Diskriminierung Vorschub leistete, die auch in der Arbeitsmarktpolitik ihren Niederschlag fanden. Dabei käme eventuell der Frage der allein im nationalsozialistischen Deutschland blockierten beruflichen Aufstiegschancen für Frauen in allen Beschäftigungssparten, insbesondere aber in den Verwaltungs- und Angestelltenberufen, eine größere Bedeutung zu. Die detaillierten Forschungsergebnisse, welche die Verfasserin selbst zum Thema Beförderungsmöglichkeiten und Karrieren für Frauen bietet, sind nur unvollkommen in die Gesamtinterpretation integriert.

Daß Dörte Winkler der Frauenideologie des NS in den 30er Jahren wenig Bedeutung beimißt, wird weiterhin damit begründet, daß die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch programmatische Verkündigungen und politische Entscheidungen kaum berührt wurde. Auch wenn sie dabei die Wirkung der Ehestandsdarlehen und der Familienpolitik vielleicht unterschätzt, ist diese Einsicht als Ausgangspunkt der Analyse gut begründet und wird auch insofern konsequent weiterverfolgt, als die Studie den großen Einfluß unternehmerischer Kostenkalkulationen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen im Detail nachweist (die Bestände von drei Firmenarchiven wurden herangezogen). Doch gerade dieser Ausgangspunkt läßt eine systematische Behandlung der sozial- und wirtschaftsstatistischen Rohdaten dringend geboten erscheinen. Wenn die wichtigsten Trends in der Entwicklung der Frauenarbeit tatsächlich von staatlichen Interventionen wenig beeinflußt wurden, erscheint es um so wichtiger, Charakter und Ursachen solcher naturwüchsigen Entwicklungen zunächst durch eine umfassende Analyse der Volks- und Berufszählungen und anderer statistischer Erhebungen zu ermitteln. Die Verfasserin hat dieses Quellenmaterial weniger gründlich erforscht und ausgewertet als die unveröffentlichten Akten, was es dem Leser erschwert, das Ausmaß der jeweiligen Wandlungen zu verfolgen und somit die im Text erstellten Einschätzungen derselben fortlaufend zu kontrollieren. Allein eine explizit systematische Auswertung des komplexen Zahlenmaterials vermag deutlich zu machen, daß in der Einschätzung der Wandlungen auf dem Arbeitsmarkt die jeweils angemessenen Vergleichsmaßstäbe und Kategorien (Erwerbstätige/Beschäftigte usf.) verwendet werden. Dörte Winklers Erörterung der Folgen, welche die Frauenpolitik und die Rüstungskonjunktur für den weiblichen Arbeitsmarkt hatten, leidet besonders an einer eher punktuellen Einflechtung ausgewählter statistischer Angaben: Die Zunahme der regelmäßigen Beschäftigung von Frauen bis 1936/37 wird überschätzt, und auf die stark unterschiedliche Beschäftigungslage in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Berufssparten geht sie kaum ein; wichtiger noch, der Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung wird weitgehend übersehen — die Altersstruktur der erwerbstätigen Bevölkerung, die Eheschließungs- und Geburtenrate kann man bei diesem Thema nicht am Rande behandeln. Die einzelnen Bewertungen der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt fallen damit apodiktisch und z. T. anfechtbar aus (z. B. S. 47, 54 f.). Vor allem vermißt man gerade am Anfang der Studie eine querschnittartige Bestandsaufnahme des gesamten Komplexes der Frauenarbeit. Die unkommentierten Tabellen im Anhang bilden keinen Ersatz hierfür.

Ein etwas vorschnell angewandter interpretatorischer Ansatz macht sich auch darin bemerkbar, daß einige wichtige Gruppen in der weiblichen Bevölkerung nicht oder nur flüchtig erwähnt werden — z. B. Witwen, auch Sozialarbeiterinnen und Krankenschwestern. Und aus ähnlichen Gründen begnügt sich die Verfasserin mit nicht-quantitativen Urteilen über Fragen, die prinzipiell quantitativer Art sind. Die tatsächliche Sozialstruktur des nicht-berufstätigen Teils der weiblichen Bevölkerung in den Kriegsjahren kann nicht allein anhand der bitteren Ressentiments von Frauen aus der Arbeiterklasse dargestellt werden, die ihre Stellen in den Fabriken nicht aufgeben durften, während sich die Damen der Gesellschaft und ihre Töchter in den Cafés und Kurorten anstrengen durften. Diese (hier eindringlich geschilderten) Ressentiments sind in politischer Hinsicht von größtem Interesse, rechtfertigen jedoch

nicht ohne weiteres den Schluß, daß es vor allem die Frauen aus dem Großbürgertum waren, die der Kriegsarbeit entkamen; wieviele Frauen aus der Arbeiterklasse und dem Mittelstand, die in der Öffentlichkeit nicht so stark auffielen, ebenfalls verschont blieben, steht noch nicht fest — daß sie bis in das Jahr 1943 hinein zahlreich waren, deutet Dörte Winkler selbst an (S. 137). Noch in einem anderen Fall wäre die offizielle Statistik zu hinterfragen: Ob die Tatsache, daß es 1943 noch immer 1,36 Mio. Hausangestellte gab (zum Vergleich: ca. 2,7 Mio. Industriearbeiterinnen), die Unvollkommenheit der Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte so eindeutig nachweist, wie es auf den ersten Blick erscheint, ist zumindest fraglich, da eine noch festzustellende Zahl der Hausgehilfinnen effektiv als Landarbeiterinnen bei Bauernfamilien beschäftigt war. Auch das tatsächliche Ausmaß der Reformen im Bereich der betrieblichen Sozialpolitik, welche die DAF zugunsten der Industriearbeiterinnen durchsetzte, ließe sich erst aufgrund weiterer mühseliger Forschungsarbeit genau bestimmen. (Die Verfasserin kündigt eine weitere Untersuchung zu diesem Thema an.) Solche wichtigen, komplexen Fragen überhaupt aufzuwerfen und anzureißen, bedeutet einen wichtigen Fortschritt für die Sozialgeschichte des 2. Weltkriegs in Deutschland. Doch scheint diese Studie manchmal die Diskussion mit dezidierten und etwas voreiligen Thesen abschließen zu wollen. Die größere Distanz, die — als erster methodischer Ansatz — eine systematische statistische Analyse mit sich gebracht hätte, gebietet mehr Vorsicht.

Eine präzis abgewogene Behandlung des Themas der Frauenarbeit im »Dritten Reich« wird auch durch die äußerst uneinheitliche Quellenüberlieferung erschwert. Aufgrund einer umfassenden Auswertung von Aktenmaterial aus den Beständen der Ministerien, der Wehrmacht, des SD und der Partei hat Dörte Winkler eine Fülle neuer Erkenntnisse über die Lage der Lohnarbeiterinnen in der Industrie erarbeitet. Doch machten diese weniger als 20 Prozent aller erwerbstätigen Frauen aus (d. i. einschließlich der Kategorie der weiblichen mithelfenden Familienangehörigen). Diesem Sektor kam zwar in den Kriegsjahren eine Schlüsselrolle zu, was seine starke Hervorhebung zum guten Teil rechtfertigt. Hingegen sind die bislang ermittelten Quellen über die sehr viel zahlreicheren Landarbeiterinnen und Bauernfrauen und über die rasch anwachsende Gruppe der weiblichen Angestellten (etwa 2,5 Mio. 1944) noch so dürftig, daß die wirtschaftliche Bedeutung ihrer Arbeitskraft, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen und die typischen Etappen ihres Arbeitslebens nur in vagen Umrissen erkennbar sind. Die Verfasserin macht eine Reihe scharfsinniger Bemerkungen über beide Themen, insbesondere über die in den Kriegsjahren noch verstärkte Anziehungskraft der Angestelltenberufe, aber die Schwerpunkte der Arbeit insgesamt scheinen durch die Besonderheiten des erst einmal zugänglichen Quellenmaterials (stillschweigend) bestimmt worden zu sein. Vor allem tritt in der Behandlung der Kriegsjahre die Landwirtschaft stark und ohne ausdrückliche Begründung in den Hintergrund. (Die betr. Quellenbasis wird nun durch das Bayern-Projekt des Instituts für Zeitgeschichte erheblich erweitert.) Diese Akzentsetzung beeinträchtigt ferner die Interpretation eines bestimmenden Merkmals der nationalsozialistischen Frauenpolitik, nämlich der massiven, teils eugenisch bedingten, aber auch teils instrumentell arbeitsmarktpolitischen Behauptung, daß gerade die Landarbeit dem sog. weiblichen Wesen angemessen sei, nicht dagegen Fabrik- oder Büroarbeit. Dieser Komplex bedarf noch einer eingehenden Analyse. Hier, wie an anderen Stellen, wünschte man, das Buch wäre 100 Seiten länger geworden. Vielschichtige Fragen dieser Art verlangen mehr Raum, als der Verfasserin gelassen worden ist.

Die zusammenfassenden Schlußbemerkungen ordnen die Ergebnisse dieser Studie bezeichnenderweise *nicht* in die noch vorwiegend amerikanische Diskussion über den Erkenntniswert feministischer Theorien für die Geschichtswissenschaft ein; vielmehr sind sie der Debatte über die wesentlichen Merkmale nationalsozialistischer Herrschaft gewidmet. Dabei werden die Deutungsversuche von Schoenbaum, Dahrendorf und Bracher, von Eichholtz und vom Rezensenten einer kritischen Beurteilung unterzogen, welche sowohl das Bild des »Drit-

ten Reichs« als modernisierende und tendenziell egalitäre Volksgemeinschaft wie auch die Betonung sozialimperialistischer Komponenten in der Innen- und Außenpolitik in Frage stellt. Obwohl der vorangegangene empirische Hauptteil der Studie manchmal über diesen Interpretationsrahmen hinausstrebt, ist er der Akzentsetzung der Arbeit insgesamt angemessen.

Aus verschiedenen Gründen also verdient das Buch die Aufmerksamkeit eines sehr breiten Leserkreises. Es gibt kaum einen speziellen Bereich der Forschung zur Sozialgeschichte dieses Jahrhunderts oder zur Geschichte des NS, den es nicht beleuchtet, und dank der bemerkenswerten Klarheit der Darstellung ist es auch einem breiten Leserkreis zugänglich. Die Interpretation einzelner Themen fordert direkt zu intensiver Diskussion und Forschung heraus und bietet zugleich die erste gesicherte Grundlage hierfür.

Ergänzend zu diesem Thema soll auch die beinahe gleichzeitig erschienene Untersuchung von Leila J. Rupp, *Mobilizing Women for War. German and American Propaganda, 1939—1945,* Princeton U.P., 1978, herangezogen werden. In ihrer Konzentration auf Propaganda und auf die »images» der typischen Frauenrollen in der deutschen und der amerikanischen Gesellschaft ist diese Studie viel enger als die von Dörte Winkler. Der vergleichende Ansatz bewährt sich aber auch hier: Den individualistischen und utilitaristischen Akzenten der amerikanischen Werbungskampagnen, die sich auch der Taktik moralischer Erpressung offen bedienten, wird die autoritäre Pflicht- und Gemeinschaftsrhetorik der nationalsozialistischen Mobilisierungsparolen instruktiv gegenübergestellt.

Ulrich Linse

Anarchismus-Theorien

Hans Manfred Bock, Geschichte des »linken Radikalismus« in Deutschland. Ein Versuch (= Edition Suhrkamp, Bd. 645), Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1976, 370 S., kart., 11 DM.
Peter Lösche, Anarchismus (= Erträge der Forschung, Bd. 66), Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1977, IX, 169 S., Kunststoffeinband, 29 DM (für Mitglieder 16,50 DM).
Gerhard Botz/Gerfried Brandstetter/Michael Pollak, Im Schatten der Arbeiterbewegung. Zur Geschichte des Anarchismus in Österreich und Deutschland (= Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 6), Europa-Verlag, Wien 1977, 190 S., 16 Bildtafeln, Pb., 26 DM.

Hans Manfred Bock beschäftigt sich in seiner historischen Studie zwar mit dem »Linksradikalismus«, kommt aber um eine Anarchismus-Theorie nicht herum, da er zum einen Theorien vorfindet, welche eine Identität zwischen Linksradikalismus und Anarchismus postulieren, und weil er zum anderen gerade diese Gleichsetzung in Abrede stellt. Interessanterweise werden beide Positionen von marxistischen Kritikern des Linksradikalismus eingenommen: Im historischen Marxismus (bei Engels, Kautsky und Lenin, jedoch nicht bei Radek und Fröhlich) sieht Bock eine Begriffsauffassung des Linksradikalismus, welche von einer »Affinität (nicht aber Identität) mit den theoretischen, organisatorischen und taktischen Positionen des Anarchismus bzw. Syndikalismus« ausgehe. Von dieser älteren marxistischen Kritik des Linksradikalismus leitet er dann auch seine eigene politisch-soziale Definition des Begriffes ab: Der Linksradikalismus sei gekennzeichnet durch eine Überrepräsentanz junger Intellektueller, durch eine allzu vereinfachende theoretische Analyse der Klassenverhältnisse, durch Voluntarismus und spontanen Aktionismus, durch antizentralistische und antibürokratische Organisationsvorstellungen und durch eine antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Taktik. Leider fehlt bei Bock die gerade an diesem Punkte nötige Begriffsbestimmung des Anarchismus, welche erst seiner Ablehnung der Identitätsthese Überzeugungskraft verleihen würde.
Zum anderen findet er im zeitgenössischen marxistischen Selbstverständnis (bei Bruno Frei, Wolfgang Harich und Hans G. Helms) gerade die Identitätsthese und referiert deren Gleichsetzung von Linksradikalismus (in der historischen Spielart der Studentenrevolte) und traditionellem Anarchismus unter folgenden Vergleichspunkten: Beide konzentrierten ihre Kritik und Kampfkraft nicht auf Ursachen und Wirkungsformen des Klassenantagonismus, sondern auf Sekundärphänomene (also nicht auf die »Basis«, sondern den »Überbau« des gesellschaftlichen Prozesses) wie Staat und Institutionen; beide zeigten eine »revolutionäre Ungeduld«, seien also spontanistisch und voluntaristisch; beide ersetzten die Aktionseinheit der Arbeiterklasse durch die Aktionen der Intelligenz im Bündnis mit sozialen Randgruppen und verrieten damit eine kleinbürgerliche Bewußtseinslage; beide seien wegen ihres prinzi-

piellen Antiparlamentarismus apolitisch; und schließlich seien beide dazu disponiert, »von einer sich subjektiv als revolutionär-emanzipativ verstehenden Bewegung zum objektiv sich reaktionär auswirkenden Reformismus«, ja bis zum Faschismus umzuschlagen.

Vergleicht man nun diesen Katalog der Identitätstheoretiker mit Bocks eigener Begriffsbestimmung des Linksradikalismus, so sind gerade die Gemeinsamkeiten ins Auge springend und seine Behauptung, »das Etikett des Anarchismus benennt die Spezifika des studentischen Linksradikalismus nur partiell und stiftet eher Verwirrung als begriffliche Klärung«, nicht nachvollziehbar. So kann lediglich zur Stützung von Bocks These der deskriptiv-historische Teil seines Buches herangezogen werden, in dem er anhand der Bewegung der »Jungen« um 1890, der rätekommunistischen Bewegung während der Weimarer Republik und der antiautoritären Studentenbewegung überzeugend Elemente der organisatorischen und theoretischen Abgrenzung dieser »linksradikalen« Bewegungen vom Anarchismus sowie die Affinität beider Richtungen herausarbeitet. Es ist ihm jedoch nicht gelungen, diese empirisch bei der Analyse des geschichtlichen Materials gewonnenen Einsichten in die begriffliche Klärung des Linksradikalismus und die Abgrenzung dieses Begriffes vom Anarchismus einzubringen. So erweist sich der Mangel einer Anarchismus-Theorie als eigentliche Ursache für den unbefriedigenden analytischen Teil des Buches, der jedoch die Leistung des umfangreichen deskriptiven Hauptteils nicht verdunkeln kann.

Während Bock offensichtlich dazu neigt, seine Begriffsbildungen abstrakt-idealistisch vorzunehmen, hat *Peter Lösche* in seiner Studie, durch die das bisherige Theoriedefizit der Anarchismus-Forschung zum ersten Male dargestellt und überwunden wird, die Notwendigkeit einer Einbeziehung der sozialen und politischen Bedingungen des Anarchismus in die Analyse betont. Während bei Bock die Vermittlung zwischen empirischem Befund und abstrakter Theorie nicht gelingt, hat Lösche in einleuchtender Weise die begriffliche Bestimmung seines Gegenstandes mit der historisch-sozialwissenschaftlichen Analyse gekoppelt, da nur so ein Ausweg aus dem Irrgarten eines rechtfertigenden oder polemischen Gebrauch des Begriffes hin zu einer allgemeingültigen Theorie zu finden sei. Man könne nicht das, was jeweils als Anarchismus deklariert werde, aus der »konkreten gesellschaftlich-historischen Situation« herauslösen, sondern müsse immer im Auge haben, »unter welchen sozialen, ökonomischen, politischen und geistesgeschichtlichen Bedingungen Anarchisten geschrieben und gehandelt haben, Anarchismus zu einem geschichtlichen Phänomen wurde«. Auf diesem Wege werde eine typologisierende Kategoriebildung und damit ein nationaler und internationaler Vergleich der verschiedenen Anarchismen möglich.

In den Mittelpunkt dieser Vorarbeit stellt Lösche eine Typologie, welche den Anarchismus aus seinen sozialökonomischen Bedingungen herleitet; er betont aber zu Recht ausdrücklich, daß damit keiner monokausalen Erklärung das Wort geredet werden solle, sondern auch die jeweiligen nationalen historischen und politischen Faktoren berücksichtigt werden müßten. Seine soziale Begriffsbildung wiederum unterscheidet zwischen einem »älteren« und einem »neueren« Anarchismus. Dieser »ältere», auch »klassisch« genannte Anarchismus des 19. Jahrhunderts erscheint bei ihm in den zwei Untervarianten des »Agraranarchismus« und »Handwerkeranarchismus«. Im Anschluß an Eric J. Hobsbawm werden diese beiden Anarchismen, wie sie in exemplarischer Weise in Spanien bzw. im Schweizer Jura verkörpert waren, als »soziale Protestbewegungen an der Schwelle vom Feudalismus zum Kapitalismus« gedeutet, als Resultate eines Konflikts, der aus dem »Nebeneinander und Überschneiden feudaler und kapitalistischer Strukturen« entstand. Seine sozialrevolutionäre Sprengkraft habe dieser Anarchismus gewonnen durch das Festhalten an tradierten genossenschaftlich-landwirtschaftlichen, vorindustriell-handwerklichen und föderalistischen Traditionen. Aus diesem Grunde wird dem Agrar- und Handwerkeranarchismus das Attribut »rückwärtsgewandt« verliehen.

Ihm wird als typische Leitform des 20. Jahrhunderts der »Anarchosyndikalismus «entgegen-

gesetzt. Er sei der »Anarchismus der Industriebetriebe«. Revoltierte der ältere Anarchismus gegen die Einführung kapitalistischer Produktions- und Rechtsverhältnisse durch die Restauration genossenschaftlicher Produktionsformen, so ist der neuere Anarchismus erst das Produkt der vollendeten Industrialisierung und der vollen Durchsetzung des Kapitalismus, dessen Aufhebung er im zukünftigen Sozialismus erhofft. Deshalb sei diese Form von Anarchismus eben nicht restaurativ, »sondern eher als dieser fähig zur Gesellschaftsanalyse und einer daraus sich ergebenden Strategie und Taktik«. Dies zeige sich etwa bereits in den festeren Organisationsformen des Syndikalismus oder darin, daß er urban und offener gegenüber Intellektuellen war. Sei die klassische Kampfform des alten Handwerker-Anarchismus die »Propaganda der Tat« als Ausdruck »einer Krise, die durch die weitgehend abgeschlossene Industrialisierung ausgelöst wird«, so sind die Kampfformen des Syndikalismus industriell: »Die Gewerkschaft ist ihr Träger; Arbeitsverlangsamung, Sabotage, union label, Boykott, Massendemonstrationen, Streik und Generalstreik sind ihre Mittel.«
Neben solchen Unterschieden arbeitet Lösche auch Gemeinsamkeiten zwischen dem älteren und neueren Anarchismus heraus, nämlich eine gewisse theoretische und personelle Kontinuität und vergleichbare Entstehungsursachen: »Revolte gegen jede konkrete soziale und ökonomische Bedrohung oder Ausbeutung; Unmöglichkeit oder erhebliche Einschränkung politischer Partizipation im vorgegebenen Regierungssystem; föderalistische Tradition; Anknüpfen an solidarisch-kooperative Praxis (in Form der Genossenschaft oder Arbeiterselbstverwaltung)«; eventuell auch ähnliche Zusammenhänge zwischen Betriebsgröße und (autoritärer) Betriebsstruktur und einer Disposition zum Anarchismus.
Einwände gegen Lösches sozialökonomisches Modell wären zum einen, daß es wohl nicht alle soziologisch relevanten Anarchismen erfaßt (etwa nicht den Individualanarchismus einer bürgerlich-antibürgerlichen Boheme oder einen proletarisch-industriellen, aber nicht-syndikalistischen Anarchismus), zum anderen daß die Anwendung der Attribute rückwärtsgewandt/restaurativ/genossenschaftlich und fortschrittlich/zukunftsoffen/sozialistisch selbst auf einer durchaus subjektiven geschichtsphilosophischen Spekulation beruht, von ihm selbst nicht durchgehalten werden kann (die solidarisch-kooperative Praxis ist allen Formen gemeinsam!) und besser durch die von Lösche ebenfalls eingeführte pragmatische Analyse der Gründe des Erfolgs oder der praktischen Erfolglosigkeit solcher Bewegungen ersetzt werden sollte.

Zu der von Bock aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis von Linksradikalismus und Anarchismus sind bei Lösche einige zusätzliche Einsichten zu gewinnen, da er auf zwei der drei von Bock genannten linksradikalen Beispiele — auf den Rätekommunismus und die antiautoritäre Studentenbewegung — eingeht. Etwas zu knapp fällt seine Behandlung der anarchistischen Elemente in der Studentenrevolte aus: Er nennt als Parallelitäten, abgesehen von der Rezeption anarchistischer Theoretiker, die antiautoritäre Auflehnung; das Hin- und Hergerissensein zwischen direkter gewaltsamer Aktion und friedlichem Überzeugenwollen, zwischen Irrationalismus und Rationalismus; und schließlich die Betonung von Spontaneität und Voluntarismus gegenüber dem orthodox marxistischen historischen Determinismus. Eine Abgrenzung der beiden Bewegungen unterbleibt leider, offenbar sieht der Verfasser aber wie Bock Zusammenhänge, aber keine Identität zwischen Anarchismus und Studentenbewegung.

Sehr sauber hat Lösche dagegen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Rätekommunismus und seinen drei sozioökonomischen Spielarten des Anarchismus herausgearbeitet. Sozialgeschichtlich seien beide Protestbewegungen unterdrückter oder unterprivilegierter Klassen bzw. Schichten; jedoch entstünden Räte als Kampforgane in revolutionären Situationen, während der Anarchismus Ausdruck des sozialen Protests in nichtrevolutionären Situationen sei; außerdem gehöre der Rätekommunismus historisch ebenso wie der Syndikalismus, aber im Gegensatz zum Agrar- und Handwerkeranarchismus, der Industrieperiode an und werde vom Proletariat getragen. Politisch gemeinsam sei dem Rätekommunismus und Anarchismus, daß sie dort entstehen, wo das politische Gesamtsystem bzw. die tradierten

Großorganisationen der Arbeiter (aus welchen Gründen?) keine Integrationskraft (mehr) gegenüber der Arbeiterschaft oder anderen unterprivilegierten Gruppen besitzen; jedoch seien die Angehörigen des Syndikalismus und des Rätekommunismus meist vorher durch die Schule der traditionellen Parteien und Gewerkschaften gegangen und hätten dadurch deren Gedankengut zumindest teilweise rezipiert. In der Theorie sei dem Rätekommunismus und dem Anarchismus gemeinsam die Forderung nach direkter Demokratie (darüber hinaus fordern dies Syndikalismus und Rätekommunismus auf der Basis der proletarischen Selbstorganisation); sie verträten außerdem den Antietatismus in Form des Antibürokratismus und Antiparlamentarismus; der große Unterschied liege jedoch im Revolutionsbegriff: Während sich der Rätekommunismus an Marx anlehne und sich ausgehend von angeblichen historischen Gesetzmäßigkeiten schrittweise dem Kommunismus zu nähern suche, insbesondere über die Zwischenphase einer positiv gesehenen Diktatur des Proletariats, sei der Anarchismus rein voluntaristisch und gegen jede Form der Herrschaft, auch die durch das Proletariat. So würde auch in diesem Falle die von Bock empirisch verifizierte These einer Ablehnung der Identitätsthese bei einer gewissen Affinität beider Richtungen theoretisch bestätigt.

Es ist das Verdienst der Untersuchungen von *Gerhard Botz, Gerfried Brandstetter* und *Michael Pollack,* Lösches Anarchismus-Typen zum erstenmal auf ein empirisches Material, nämlich die Geschichte des Anarchismus in Österreich und Deutschland, angewandt zu haben. Die drei Typen Lösches ergänzen sie durch den »Intelligenz-Anarchismus«, welchen sie in die Nähe des »älteren« Anarchismus rücken und in Übernahme marxistischen Vokabulars als »kleinbürgerlich« bezeichnen (bezieht sich dies auf die sozialen Träger, oder ist dies eine Bewertung, sprich Abwertung, der vertretenen Theorie und Praxis?). Es ist aber nicht ganz verständlich, wieso nicht als fünfter Typus ein nicht-syndikalistischer Arbeiteranarchismus eingeführt wird, nachdem die Autoren selbst zur Feststellung gelangen, mehrheitlich sei der deutsche und österreichische Anarchismus »eine von der Arbeiterschaft der Industriegebiete und der Großstädte getragene Bewegung«, ohne daß dieser aber ausschließlich mit dem Syndikalismus identifiziert werden kann.

Weiterhin folgen die Autoren Lösches Hinweis, den Anarchismus nicht nur soziologisch zu verorten, sondern ihn als Bewegung in Beziehung zu setzen sowohl zum jeweiligen Staat und der Integrations- bzw. Repressionskraft seiner Institutionen wie auch vor allem zur Geschichte der dominanten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang wird Lösches Anarchismus-Theorie um eine wesentliche ökonomische These bereichert: Es gebe Zusammenhänge »zwischen dem wirtschaftlichen Konjunkturverlauf, der Integrationsfähigkeit der großen Arbeiterparteien und dem Auftreten und Verschwinden stärkerer anarchistischer Bewegungen«. Diese Zusammenhänge seien folgendermaßen zu explizieren: »Depressionsperioden und wirtschaftliche Krisen verstärken und ermöglichen radikale und anarchistische organisatorische Zusammenschlüsse, während im Zeichen einer ansteigenden Konjunktur diese Phänomene abnehmen und die Sozialdemokratie einen starken Zustrom verbuchen und weitgehend ein organisatorisches Monopol innerhalb der Arbeiterbewegung erlangen und aufrechterhalten kann.« Denn in Phasen einer aufsteigenden Konjunktur seien die Vorbedingungen für eine erfolgreiche reformistische Politik der Sozialdemokratie gegeben; damit könne die Partei eine große organisatorische Integrationskraft selbst bei ideologischen Differenzen erzielen. In Zeiten der absteigenden Konjunktur und wirtschaftlichen Krise büße jedoch die Partei, da sie mit reformistischen Methoden keine erfolgreiche Politik gegenüber Staat und Kapital machen könne, einen Teil ihrer Integrationskraft ein, ideologische Differenzen wirkten dann organisationssprengend und radikale Parolen gewönnen an Glaubwürdigkeit. Bedenklich scheint jedoch, diesen theoretischen Ansatz zu einer ökonomischen Anarchismus-Theorie zu verabsolutieren und damit Lösches wesentlichen Hinweis auf die Unmöglichkeit einer monokausalen Herleitung des Anarchismus zu übergehen. Eine solche Gefahr steckt in der vereinfachten und jegliche politischen und sonstigen histori-

schen Konstitutionsbedingungen übersehenden These: »Es scheint, als ob anarchistische Gruppen dort entstünden, wo in Zeiten sozialstruktureller Veränderungen (wirtschaftliche Krisen mit ihren Eliminations- und Konzentrationsprozessen) bestimmte soziale Schichten ganz besonders starken Wandlungsprozessen ausgesetzt sind. Die Wahrscheinlichkeit der Bildung anarchistischer Gruppen ist also dort besonders groß, wo im sozialen Gebilde eine starke Aufwärts- oder Abwärtsmobilität besteht, wo somit die Sozialstruktur in Bewegung ist.« So war sicher für die Konstituierung des deutschen Anarchismus des zweiten Kaiserreiches die mit dem Bismarckschen Sozialistengesetz von 1878 eingeleitete Verfolgung der Arbeiterbewegung genauso entscheidend wie die von 1873 bis 1879 reichende wirtschaftliche Depressionsphase (wenn natürlich auch diese wiederum nicht ohne Einfluß auf die Bismarcksche Herrschaftstechnik der »negativen Integration« blieb).

In einem dritten Punkt schließlich übernehmen die Autoren des Sammelwerkes einen Ansatz von Lösche und führen ihn weiter aus: die Einführung der Wertungskategorien: rückwärtsgewandt und fortschrittlich. In der Einleitung des Buches wird von »progressiven« und »regressiven« Subkulturen gesprochen. »Regressiv« sei die Wiederherstellung eines vergangenen Gesellschaftszustandes, »progressiv« dagegen der Versuch, den gegenwärtigen Gesellschaftszustand durch einen neuen abzulösen. Ein Teil des Dilemmas gerät dabei kurz ins Blickfeld: Inhaltlich sei »schwierig zu postulieren, welche Richtung nun wirklich fortschrittlich ist« und welche nicht! Gar nicht gesehen wird, daß in beiden Formen der Subkultur ein jeweils den Status quo überwindendes utopisches Element liegt (schon bei Lösche war ja eigentlich rätselhaft, wieso eine Utopie, welche auf historisch ältere kommunitäre, genossenschaftliche und föderative Gesellschaftsformen zurückgreift, als »restaurativ« abgewertet werden muß, nur weil sie angeblich damit irgend einen subjektiv vom Verfasser angenommenen Zustand von Modernität negiert). Im Schlußkapitel des Buches wird dann diese Bewertungsthese noch mit soziologischen Indices versehen: Der »regressive« Anarchismus werde von Gruppen getragen, welche sich objektiv im sozialen Abstieg, in einer sich verschlechternden materiellen und sozialen Situation befinden, der »progressive« Anarchismus dagegen sei die in sozial aufsteigenden Sozialgruppen angelegte Tendenz. Diese ganze Geschichtsspekulation, daß es bestimmte Gruppen oder Klassen der Gesellschaft gebe, welche die Träger des »Fortschritts« seien, ist eine bloße Setzung des Glaubens, auch wenn dieser als Historischer Materialismus im Gewande der Wissenschaft auftritt. Und fragt man weiter, was denn nun wirklich der Inhalt jenes Fortschrittsglaubens ist, dann können die Verfasser auch nur auf die marxistische Utopie von der Umwälzung der Produktionsverhältnisse als Voraussetzung des Sozialismus rekurrieren (sicher keine objektive sozialwissenschaftliche Aussage!) Es erscheint sinnvoller, bei den verschiedenen Anarchismen stattdessen die unterschiedlichen in ihnen zum Ausdruck kommenden Utopien (deren »Wunschzeit« immer im Spannungsfeld von vergangenem Arkadien und künftigem Millennium steht), deren traditionelle Verwurzelung und Herleitung und die zu ihrer Verwirklichung nötigen und erprobten Formen des Aktionismus zu untersuchen.

Eberhard Weis

Zur Problematik des deutschen Bauernkrieges

Der Deutsche Bauernkrieg 1524—1526, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 1), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 357 S., kart., 39 DM (für Abonnenten 35 DM).

Aus besonderen Gründen ist eine längere Zeit vergangen, seitdem mir dieses Sonderheft zur Besprechung zuging. Die von mir bedauerte Verzögerung hat andererseits den Vorteil, daß es nun aus einer gewissen Distanz und bei Berücksichtigung des seither Erschienenen noch besser möglich ist, den Rang dieses Buches und der in ihm enthaltenen Anregungen und Ansätze auf dem Gebiet der neueren Bauernkriegsforschung zu beurteilen. Das vorliegende Buch stellt zeitlich die vierte von fünf wichtigen Aufsatzsammlungen dar, die zum Gedenkjahr 1975 in der Bundesrepublik veröffentlicht wurden[1]. Im Gegensatz zu einigen der anderen Sammelbände geht der hier zu besprechende weniger auf die Vorläufererscheinungen, auf die Gegenüberstellung der Thesen marxistischer und nicht-marxistischer Autoren, auf religionsgeschichtliche, terminologische und didaktische Fragen der Bauernkriegs-Forschung und -Historiographie ein. Die Theoriediskussion zur Erklärung und »Einschätzung« des Bauernkrieges wird jedoch in dem vorzüglichen Sammelbericht von *Franklin Kopitzsch* und *Rainer Wohlfeil* (S. 303—354) nach dem damals (und im ganzen bis heute) neuesten Stand berücksichtigt. Im Gegensatz zu anderen Sammlungen bringt der Band nur Originalbeiträge. Diese gehen zwar den Interpretationsfragen nicht aus dem Wege; fast alle Aufsätze aber legen zunächst neue Forschungsergebnisse vor und suchen, auf der Basis eigener regionaler Untersuchungen, neue Wege zum Verständnis des Gesamtphänomens »Bauernkrieg« in seiner Komplexität zu zeigen. Neben einigen Kerngebieten des Bauernkrieges wie Franken,

1 Die anderen sind: *Heiko A. Oberman* (Hrsg.), Deutscher Bauernkrieg, Stuttgart 1974 (= Zeitschrift für Kirchengeschichte 85, 1974, H. 2 [S. 147-316]; *Peter Blickle* (Hrsg.), Revolte und Revolution in Europa (= Beiheft 4, Neue Folge, zur Historischen Zeitschrift), München 1975; *Rainer Wohlfeil* (Hrsg.), Der Bauernkrieg 1524-26. Bauernkrieg und Reformation, München 1975; *Bernd Moeller* (Hrsg.), Bauernkriegs-Studien, Gütersloh 1975. — Wichtig ist in diesem Zusammenhang ferner der andere von *Rainer Wohlfeil* herausgegebene Band: Reformation oder frühbürgerliche Revolution?, München 1972. — Wegen der Vorlage neuer Forschungsergebnisse auf regionaler Grundlage sind von den Veröffentlichungen in der DDR besonders zu nennen: *Gerhard Heitz u. a.* (Hrsg.), Der Bauer im Klassenkampf. Zur Geschichte des deutschen Bauernkrieges und der bäuerlichen Klassenkämpfe im Spätfeudalismus, Berlin [DDR] 1975; ferner: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Hrsg. Historische Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 5, Weimar 1975; *G. Brendler/ A. Laube* (Hrsg.), Der deutsche Bauernkrieg 1524/25. Geschichte — Traditionen — Lehren, Berlin [DDR] 1977. — Die niederländische Zeitschrift Rondom het Woord 17, H. 3, 1975 widmete dem Bauernkrieg ebenfalls eine Reihe wissenschaftlicher Aufsätze.

Südwestdeutschland, Tirol und Salzburg werden dabei als wertvolle und notwendige Ergänzung auch entlegene Aufstandsgebiete wie das Samland, Gebiete, in denen Erhebungen nur in Randzonen zu verzeichnen waren, wie Niedersachsen, und die innerstädtischen Konflikte in West-und Norddeutschland, von Frankfurt bis Osnabrück und Münster, auf Gemeinsamkeiten, Verbindungen, Unterschiede und Gegensätze zu den ländlichen Erhebungen hin untersucht. Von den Historikern (nicht: Religionshistorikern)[2], die in den letzten 10 Jahren die Bauernkriegsforschung in der Bundesrepublik durch Monographien wesentlich gefördert haben, fehlen unter den Mitarbeitern dieses Bandes vor allem Peter Blickle und David Sabean, die sich an anderen Stellen geäußert haben[3]. Betrachtet man die seit 1975 veröffentlichten und die Verfasser und Titel der in naher Zukunft zu erwartenden Arbeiten, so muß man feststellen, daß die Forschung nur in Einzelfragen über den Stand hinausgelangt ist, den die großen Sammelveröffentlichungen und einige andere wichtige Arbeiten des Jahres 1975[4] widerspiegeln, daß andererseits die dort entwickelten Fragestellungen die Richtung bezeichnen, in der man zu neuen Ergebnissen gelangen kann und schon gelangt. Dem von Hans-Ulrich Wehler herausgegebenen Band kommt in diesem Prozeß der Bestandsaufnahme, des

---

2 Von kirchenhistorischer Seite wären hier vor allem die wichtigen Arbeiten zu nennen von *Walter Elliger,* Thomas Müntzer, Leben und Werk, Göttingen 1975 und *ders.*: Außenseiter der Reformation, Thomas Müntzer. Ein Knecht Gottes, Göttingen 1975; ferner *H. A. Oberman* (oben Anm. 1), auch der Beitrag desselben in der in Anm. 1 genannten Zeitschrift Rondom het Woord 17, H. 3: Van agitatie tot revolutie; de Boorenoorlog als Europees fenomeen, S. 30-38; *C. Augustijn,* De ideologie von de Boorenoorlog, van Karlstadt tot Müntzer, ebda., (S. 39-50); *M. Brecht,* Der theologische Hintergrund der Zwölf Artikel der Bauernschaft in Schwaben von 1525 . . ., in: Oberman (Anm. 1), S. 174-208; *Erwin Iserloh,* Revolution bei Thomas Müntzer. Durchsetzung des Reiches Gottes oder soziale Aktion? in: Historisches Jahrbuch 92, 1972; *Reinhard Schwarz,* Die apokalyptische Theologie Th. Müntzers und der Taboriten, Tübingen 1977; *B. Moeller,* oben Anm. 1, ferner *ders.*, Deutschland im Zeitalter der Reformation, Göttingen 1977; zum Verhältnis Bauernkrieg — Reformation auch: *Wolfgang Wettges,* Reformation und Propaganda. Studien zur Kommunikation des Aufruhrs in süddeutschen Reichsstädten, Stuttgart 1978.

3 *Peter Blickle:* oben Anm. 1; ferner in: Landschaften im alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland, München 1973, sowie in seiner wichtigen Darstellung: Die Revolution von 1525, München/Wien 1975; *ders.,* Die Funktion der Landtage im Bauernkrieg, in: HZ 221, 1975, S. 1-17; *David W. Sabean,* Landbesitz und Gesellschaft am Vorabend des Bauernkrieges. Eine Studie der sozialen Verhältnisse im südlichen Oberschwaben in den Jahren vor 1525, Stuttgart 1972; *ders.*, Probleme der deutschen Agrarverfassung zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Oberschwaben als Beispiel, in: P. Blickle (Hrsg.), Revolte und Revolution . . . (oben Anm. 1), S. 132-150.

4 Außer einigen in Anm. 1-3 erwähnten Arbeiten handelt es sich meist um Aufsätze in regionalen Zeitschriften. Vgl. hierzu die jährlichen Literaturberichte des »Archivs für Reformationsgeschichte«. Bis 1976 auch die Bibliographie in: *Karl Bosl/Eberhard Weis,* Die Gesellschaft in Deutschland I, München 1976, hier S. 273-278, und die »Bibliographie zum deutschen Bauernkrieg und seiner Zeit« (Veröffentlichungen seit 1974), bearb. von *Th. Ulrich,* Stuttgart 1976 (Fachdokumentation Agrargeschichte, 3. Lieferung). Mit weiteren wichtigen Werken sind hier z. B. *W. Elliger,* Thomas Müntzer (oben Anm. 2) , *P. Blickle,* Die Revolution von 1525, München/Wien 1974; *S. Hoyer,* Militärwesen im deutschen Bauernkrieg, Berlin [DDR] 1975; *Wolf-Heino Struck,* Der Bauernkrieg am Mittelrhein und in Hessen. Darstellungen und Quellen, Wiesbaden 1975 gemeint. Etwas früher erschienen und stärker ideengeschichtlich bestimmt sind: *Winfried Becker,* Reformation und Revolution, Münster 1974; *Abraham Friesen,* Reformation and Utopia. The Marxist Interpretation of the Reformation and its Antecedents, Wiesbaden 1974. An neueren Arbeiten möchte ich nennen *Hans Wilhelm Eckardt,* Herrschaftliche Jagd, bäuerliche Not und bürgerliche Kritik. Zur Geschichte der fürstlichen und adligen Jagdprivilegien vornehmlich im südwestdeutschen Raum, Göttingen 1976; *J. Foschepoth,* Reformation und Bauernkrieg im Geschichtsbild der DDR. Zur Methodologie eines gewandelten Geschichtsverständnisses, Berlin 1976; *Richard van Dülmen,* Reformation als Revolution, München (dtv) 1977.

kritischen Durchdenkens, der Erweiterung vorhandener Kenntnisse und der Vermittlung neuer Anregungen erhebliche Bedeutung zu. — *Heide Wunder* »Zur Mentalität aufständischer Bauern. Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Geschichtswissenschaft und Anthropologie, dargestellt am Beispiel des Samländischen Bauernaufstandes von 1525« (S. 9-37) sucht den vielfach noch zu statisch und zeitlos gesehenen Begriff »des Bauern« aufzubrechen mit Hilfe von Ergebnissen der Volkskunde, der Ethnologie, der Anthropologie und der historischen Mentalitätsforschung. Das anspruchsvolle theoretische Programm der Verfasserin ist allerdings angesichts der unbefriedigenden Quellenlage für den kurzen Aufstand (2. bis 8. September 1525) kaum zu realisieren; es werden mehr Fragen gestellt als beantwortet, aber auch dies ist verdienstvoll. Wichtig ist, daß die Verfasserin die für das dortige Gebiet spezifische Differenzierung der aufständischen Bauern in deutsche Bauern, prussische Bauern und prussische Freie und das Verhalten dieser drei Gruppen sowie die Interaktionen zwischen ihnen zu analysieren versucht und daß sie zur sozialen Herkunft der Führer des Aufstandes genauere Angaben machen kann. Frau Wunder bestätigt interessanterweise bei ihrer Untersuchung gewisse Aussagen des von ihr eingangs kritisierten Günther Franz für »ihre« Region, etwa zur Unterscheidung zwischen »altem« und »göttlichem« Recht[5], zur Herkunft der Führer aus der »Dorfehrbarkeit« (um einen südwestdeutschen Terminus zu verwenden), zu der mehr als zurückhaltenden Position der Städte, auch der Königsberger »Gemeinen« gegenüber den Bauern und zur Bedeutung der Tradition genossenschaftlicher Selbstorganisation der Gemeinden. — *John C. Stalaker* »Auf dem Weg zu einer sozialgeschichtlichen Interpretation des Deutschen Bauernkrieges« (S. (38-40) benützt überwiegend ältere Literatur, rennt deswegen manche offenen Türen ein, bietet aber doch zum Teil anregende Betrachtungen, so z. B., wenn er sagt, bei den Aufständen in Schwaben und Franken habe es sich, wie später in der Französischen Revolution, »um den Zusammenstoß zweier aufsteigender Klassen, ehrgeiziger Herren und wohlhabender, selbstsicherer Bauern«, gehandelt. — *Rudolf Endres* »Zur sozialökonomischen Lage und sozialpsychischen Einstellung des Gemeinen Mannes. Der Kloster- und Burgensturm in Franken 1525« (S. 61-78). Der Verfasser bestätigt, daß die von G. Franz hervorgehobene Zurückdrängung ländlicher Selbstverwaltungsrechte durch den aufstrebenden Territorialstaat auch in Franken eine wichtige Ursache der bäuerlichen Unzufriedenheit darstellte. Viel stärker gewichtet er jedoch in seiner auf zahlreiche Einzelbeispiele gegründeten Faktorenanalyse die Rolle sozialer und wirtschaftlicher Verschlechterungen (Strukturkrise, nicht allgemeine Verelendung) sowie einer wachsenden Erbitterung über die Sonderrechte wirtschaftlicher (gewerbliche Konkurrenz!) und fiskalischer Art, welche Adel, Klerus und Beamten genossen. Viele Steuerbefreiungen führten bei wachsendem Steuerdruck zu übermäßig wachsender Belastung der Nichtprivilegierten innerhalb eines Dorfes oder einer Stadt. Dies traf besonders die wohlhabenden und mittleren Bürger und Bauern, die im wesentlichen die Steuerleistung aufzubringen hatten. Hierin sieht der Verfasser die Ursache dafür, daß gerade reiche Bauern und Bürger sich am Aufstand beteiligten, vielfach sogar die Führungsrollen übernahmen. Dagegen spielten in Franken Bodenmangel und Bevölkerungsdruck im Gegensatz zu Teilen Schwabens nach Endres keine Rolle[6], ebensowenig die Leibeigenschaft. — *Rainer Postel* »Zur Sozialgeschichte Niedersachsens in der Zeit des Bauernkrieges« (S. 79-104) befaßt sich, wie in einem früheren Aufsatz mit Schleswig-Holstein[7], so hier mit Niedersachsen als einem Gebiet ohne Bauernkrieg (was auch für Westfalen, Bayern und den größten Teil Ostdeutschlands galt). Er legt die politisch und sozial verschiedenartige Situation in den Territorien des niedersächsischen Raumes dar, in

5 Zu dieser Frage neuerdings: *Heide Wunder,* »Altes Recht« und »göttliches Recht« im Deutschen Bauernkrieg, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 25, 1977, S. 54-66.

6 Vgl. *D. W. Sabean,* Landbesitz und Gesellschaft . . . (oben Anm. 3).

7 *Rainer Postel,* Adel und Bauern in Schleswig— Holstein zur Zeit des deutschen Bauernkrieges, in: *Rainer Wohlfeil* (Hrsg.), Der Bauernkrieg 1524-26, München 1975, S. 116-142.

dem die Lage der Bauern doch überwiegend relativ frei war. Schon früh zeigte sich hier, aus fiskalischen Gründen, ein erfolgreiches Bemühen der Landesherrschaften um Bauernschutz. Das Streben nach Einführung der Reformation bewegte die Menschen auf dem Lande in diesem Raum weit weniger als in vielen Gegenden des Südwestens und Südens. Trotz vieler Beobachtungen wird abschließend nur festgestellt — und dies unterstreicht die methodische Akribie des Verfassers —, daß die soziale Situation Niedersachsens von derjenigen der Bauernkriegsgebiete abwich, »daß aber für eine präzisere räumliche und inhaltliche Definition des Phänomens Bauernkrieg[. . .] wichtige Fragen noch zu beantworten bleiben.« — *Horst Buszello* »Gemeinde, Territorium und Reich in den politischen Programmen des Deutschen Bauernkrieges 1524/25« (S. 105-128) hebt die, von P. Blickle[8] ähnlich dargestellte, Tatsache hervor, daß die politischen Konzeptionen der Aufständischen — je nach Größe, Lage, Struktur und bisheriger Verfassung der jeweiligen Territorien — drei Richtungen haben konnten: 1) In größeren Staaten Streben nach Einsetzung eines ständischen Regiments bei Ausschaltung des Klerus und starkem Gewicht der Bauern. Dieses Regiment sollte die Landespolitik zusammen mit dem Fürsten, in Salzburg und Württemberg sogar ohne ihn, bestimmen. 2) Der Plan einer dauernden Eidgenossenschaft unter Beibehaltung, aber weitgehender Entmachtung der bisherigen Kleinfürsten in den politisch zersplitterten Regionen Oberschwabens und des Neckar- und Odenwaldgebietes. 3) Gemäß Äußerungen einzelner Persönlichkeiten Oberschwabens, des Oberrheingebietes und der Alpenländer sollte als einziger Herr nur noch der Kaiser anerkannt werden. Der Verfasser, der in einer früheren Arbeit wichtiges Material vorlegte[9], weist darauf hin, daß die Bauern dabei kaum die Schaffung eines einheitlichen nationalen Staates, sondern vielmehr ihre eigene Befreiung von den sie drückenden »Zwischengewalten« im Auge hatten.

Thomas S. Sea »Schwäbischer Bund und Bauernkrieg: Bestrafung und Pazifikation« (S. 129-167). Dieser Beitrag, der nahezu ganz auf bisher unbekanntem oder unausgewertetem Archivmaterial beruht, zeigt, daß in Süddeutschland der Schwäbische Bund mit seinen hierzu bevollmächtigten und instruierten Beamten viel mehr als die Landesfürsten die eigentliche Strafinstanz war, welche die meist sehr hohen Bußgelder, die »Brandschatzungen«, von den Bauern erhob. Eine Minderheit von Bundesmitgliedern, Evangelische wie Altgläubige, widersetzte sich den von der Mehrheit des Bundes zur Abschreckung gebilligten drakonischen Bestrafungen[10]. Der Beitrag zeigt, wie auch der von Endres, daß die Bußgelder in der Regel wirklich an die Existenz der betroffenen Bauern und Gemeinden rührten. Nicht selten übernahmen sogar Landesfürsten diese Zahlungen, um das Bauerntum in einigen ihrer Gebiete — nicht zuletzt im eigenen Interesse — zu retten. Starke Gegensätze zeigten sich auch in der Frage, ob man die Verträge respektieren sollte, mit denen der Bund während der Kämpfe in bestimmten Gebieten den Aufständischen Freiheit und Sicherheit zugesagt hatte. Der Rat des Schwäbischen Bundes, der einerseits die Richtlinien für die Strafgelder erlassen hatte, wachte andererseits über die Einhaltung der erwähnten Verträge, was nicht ausschloß, daß nicht manche Reichsstände oder örtliche fürstliche Organe durch die Hinrichtung Aufständischer vollendete Tatsachen schufen, bevor der Rat eingreifen konnte. Als besonders hart erwiesen sich vielfach die reichsstädtischen Magistrate. Innere Streitigkeiten schränkten zunehmend die Effektivität des Bundesrates ein, bis er sich 1534 auflöste. Strafgelder wurden jedoch in manchen Gegenden bis in die vierziger Jahre erhoben. — *Jürgen Bücking*

8 Z. B. in: Die Revolution von 1525, München 1975.

9 *Horst Buszello,* Der Deutsche Bauernkrieg als politische Bewegung mit besonderer Berücksichtigung der anonymen Flugschrift An die Versamlung gemayner Pawerschafft, Berlin 1969.

10 Zur Frage der Auswirkungen des Bauernkrieges auch wichtig der allerdings noch ohne Kenntnis der Ergebnisse von Sea geschriebene Aufsatz von *Th. Klein,* Die Folgen des Bauernkrieges. Thesen und Antithesen zu einem vernachlässigten Thema, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 25, 1975, S. 65-116.

(†) »Der ›Bauernkrieg‹ in den habsburgischen Ländern als sozialer Systemkonflikt, 1524-1526« (S. 168-192). bezieht Tirol, das nichthabsburgische Salzburg sowie Vorderösterreich und Oberschwaben in seine Betrachtung ein. Der Autor sucht das Ursachengeflecht nach sozialgeschichtlichen Kriterien zu analysieren und behandelt auch die Fragen nach der Finanzierung der Aufstände und ihrer Unterdrückung, ferner nach den Trägerschichten, nach der Entwicklung, der Programmatik und nach den Auswirkungen. Wenn man dem Aufsatz auch anmerkt, daß der leider so früh verstorbene und vielversprechende Verfasser nicht mehr letzte Hand an den Text legen konnte (manche Behauptung scheint z. B. noch zu wenig belegt), so ist doch die Gesamtschau eindrucksvoll. *Heinz Schilling* »Aufstandsbewegungen in der Stadtbürgerlichen Gesellschaft des Alten Reiches. Die Vorgeschichte des Münsteraner Täuferreiches, 1525-1534« (S. 193-238) verweist auf die prinzipiellen Unterschiede, die zwischen der Rechts- und Verwaltungsstruktur der Stadt und des Landes bestanden, und warnt vor einer voreiligen Gleichsetzung der Unruhen in den Städten mit denen auf dem Lande. Diesen Gesichtspunkt präzisiert er noch in einer abschließenden Auseinandersetzung mit P. Blickles etwas verwaschenem Begriff des »gemeinen Mannes«. »[. . .] die Bürgergemeinde [befand sich] dem Rat gegenüber gerade nicht [. . .] in einem Untertanenverhältnis wie die Bauern gegenüber ihren Herren. Der Bürgerverband war über seine verschiedenen genossenschaftlichen Gremien an der Stadtherrschaft beteiligt und betrachtete den Rat noch als sein Organ. Gerade in Krisensituationen reklamierten die gemeindlich-genossenschaftlichen Organe ihr Mitspracherecht« (S. 238). Der Begriff des an der Herrschaft nicht beteiligten »gemeinen Mannes« könne in den Städten höchstens auf die nichtbürgerlichen Unterschichten bezogen werden, nicht aber auf die Teile des Bürgertums, die damals, so wie immer wieder in den Jahrhunderten zuvor, sich gelegentlich zur Wahrung ihrer Interessen und Rechte gegen Magistrate oder Stadtherren erhoben, wobei sich gewisse Konfliktlösungsmechanismen entwickelt hatten[11]. Schilling verweist darauf, daß sich solche Erhebungen genauso gegen Magistrate richten konnten, die von einem zünftischen Establishment beherrscht waren, wie gegen patrizisch geführte. Er zeigt, daß es sich bei den Münsteraner Aufständen von 1525-1532/33 um solche Erhebungen traditioneller Art (»genossenschaftliche Aufstandsbewegungen«) handelte, deren Hauptziele die Beseitigung gewerblicher Konkurrenz von seiten geistlicher Institute innerhalb der Stadt und die Verteidigung der bürgerlichen Selbstverwaltung gegen Eingriffe des Domkapitels waren. Erst 1533 bewirkte das Eindringen der Reformation eine neue Qualität von Erhebungen, die auch durch Maßnahmen des Territorialstaats nicht mehr verhindert werden konnten. Die Arbeit stellt einen wertvollen Beitrag zur Vorgeschichte des durch K.-H. Kirchhoff[12] wohl endgültig sozialgeschichtlich untersuchten Täuferreichs dar. Inzwischen stehen wichtige größere Untersuchungen Schillings zur inneren Entwicklung norddeutscher Städte vor und während der Reformation vor der Veröffentlichung. — *Otthein Rammstedt* »Stadtunruhen 1525« (S. 239-276). Der Verfasser setzt sich als Soziologe aufgrund der gedruckten Quellen mit den Stadtunruhen von 1525 in Mainz, Köln, Münster und Osnabrück im Vergleich zu Frankfurt auseinander[13]. Zu den interessanten Ergebnissen der Arbeit gehören die Ausführungen über den Ein-

11 Unter anderen Gesichtspunkten als den hier behandelten ziehen Blickles Thesen teilweise in Zweifel: *V. Press,* Herrschaft, Landschaft und »Gemeiner Mann« in Oberdeutschland vom 15. bis zum frühen 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 123, 1975, S. 169-214; ferner *Hans Günter Hockerts,* Der Bauernkrieg 1525 — frühbürgerliche Revolution, defensive Bauernerhebung oder Revolution des »gemeinen Mannes«? in: GWU 1979, H. 1, S. 1-20.

12 *Karl-Heinz Kirchhoff,* Die Täufer in Münster 1534/35. Untersuchungen zum Umfang und zur Sozialstruktur der Bewegung, Münster 1973.

13 Zur späteren Entwicklung in Frankfurt wäre die inzwischen erschienene wichtige Arbeit von *Sigrid Jahns,* Frankfurt, Reformation und Schmalkaldischer Bund. Die Reformations-, Reichs- und Bündnispolitik der Reichsstadt Frankfurt am Main 1525-1536, Frankfurt 1976, heranzuziehen.

fluß der schwäbischen Zwölf Artikel auf die Frankfurter Artikel sowie über die Wirkung der letzteren auf andere Städte West-und Norddeutschlands. Vielleicht hängt es mit der Vielzahl der behandelten Städte und dem rein soziologischen Ansatz zusammen, daß die verfassungsgeschichtlichen Momente hier wenig berücksichtigt werden und die Analyse in bezug auf Schärfe und Differenzierung m. E. etwas zurückbleibt hinter dem besprochenen Aufsatz von Schilling und auch dem noch immer wichtigen Buch Rammstedts selbst über das Münsteraner Täuferreich[14]. — *Winfried Schulze* »Die veränderte Bedeutung sozialer Konflikte im 16. und 17. Jahrhundert« (S. 277-302). Der Verfasser legt hier Beobachtungen vor darüber, »daß seit dem 15. Jahrhundert, stärker seit dem Ausgang des Bauernkrieges, Tendenzen zu beobachten sind, die, ungeachtet der bestehenden Kriminalisierung, darauf hinauslaufen, den Konflikt zwischen Herrschaft und bäuerlichen Untertanen zu normalisieren und den beteiligten Parteien einen erweiterten Handlungsspielraum zu verschaffen, um somit die bei bewaffneten Formen der Konfliktlösung unvermeidlichen Menschen- und Sachwertverluste zu verhindern« (S. 281). Während Schulze in dem hier vorliegenden Aufsatz seine sehr wichtigen Belege der juristischen und staatsrechtlichen Literatur des 16. und 17. Jahrhunderts entnimmt, arbeitet er seitdem — neuerdings im Rahmen eines mit P. Blickle und anderen durchgeführten größeren Forschungsprojekts — an der Feststellung und Analyse konkreter Beispiele für Bauernunruhen und die dabei angewandten Methoden friedlicher Konfliktlösung im weiteren Verlauf des 16.[15], 17. und 18. Jahrhunderts. Von dem Unternehmen sind wichtige und neuartige Ergebnisse zu erwarten. — Schließlich geben *Franklin Kopitzsch* und *Rainer Wohlfeil* »Neue Forschungen zur Geschichte des Deutschen Bauernkrieges« (S. 303-354) einen kritischen Forschungs- und Literaturbericht, der in vieler Hinsicht die Ausführungen Wohlfeils in dem von P. Blickle herausgegebenen Sammelband »Revolte und Revolution in Europa« und die Ausführungen Wohlfeils und Kopitzschs in dem von Wohlfeil herausgegebenen Sammelband »Der Bauernkrieg 1524-26« ergänzt. Beide Bände waren bereits Anfang 1975 erschienen. Diese drei Berichte sind als Informationsmittel über den Forschungsstand und über die wissenschaftliche und theoretische Diskussion in West und Ost nach wie vor unentbehrlich.

Überblickt man den hier besprochenen Band als Ganzes, so sind das hohe Niveau und der weiterführende Charakter aller Beiträge zu rühmen. Auch in den Fällen, wo die Autoren teilweise auf von ihnen bereits an anderen Stellen publizierten Arbeiten aufbauen können, gehen sie doch hier in ihren Fragen und Ergebnissen über den Rahmen ihrer früheren Untersuchungen hinaus (H. Wunder, R. Endres, R. Postel, H. Buszello, J. Bücking, O. Rammstedt, F. Kopitzsch, R. Wohlfeil). Sowohl hinsichtlich des hier vorgelegten neuen Materials als auch insichtlich der Bedeutung ihrer Thesen und Anregungen für die Zukunft scheinen mir die Forschungsbeiträge von Th. S. Sea, H. Schilling und W. Schulze eine besondere Hervorhebung zu verdienen. Der gesamte Band bietet stärker als viele andere neue Veröffentlichungen einen Einblick in die Komplexität der damaligen Vorgänge und der heutigen Forschungsprobleme. Durch neues Material, neue Ansätze und neue Antworten zeigt er , wie sehr die Bauernkriegsforschung in Bewegung geraten ist. Er markiert wie auch andere Veröffentlichungen der letzten Jahre m. E. bereits eine neue Phase der Bauernkriegsforschung, in der man keinesfalls mehr von einer Rückständigkeit der Bundesrepublik auf diesem Gebiet sprechen kann. In dieser neuen Phase ist die kritische Mahnung bereits überholt, man habe die sozialgeschichtlichen Faktoren vernachlässigt. Zweifellos muß über die Strukturen der Grundherrschaften und der Städte — jeweils landschaftlich differenziert —, über Konjunkturen und Krisen, Lohn-Preis-Verhältnisse und über die Entwicklung der Steuern, Zehenten,

14 *Otthein Rammstedt,* Sekte und soziale Bewegung. Soziologische Analyse der Täufer in Münster (1534/35), Köln 1966.

15 Vgl. früher z. B. *Winfried Schulze,* Der Windische Bauernaufstand von 1573. Bauernaufstand und feudale Herrschaft im späten 16. Jhdt., in: Südostforschungen 33, 1974, S. 15-61.

grund-, gerichts- und — wo vorhanden — leibherrlichen Abgaben weitergeforscht werden, wo es möglich ist, unter Einsatz quantifizierender Methoden und von Datenverarbeitung. Aber alle gewichtigeren neueren Forschungen scheinen doch zu zeigen, daß die rein sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zur Erklärung des Phänomens Bauernkrieg wohl für keine Region ausreichen. Ein Ursachengeflecht von gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen, verfassungsgeschichtlichen (verschiedenartige genossenschaftliche Traditionen und Rechtsverhältnisse in Stadt und Land), religiösen und sozialpsychologischen Ursachen ist zu berücksichtigen. Auch die differenzierteren unter den historischen Untersuchungen der DDR sind heute von einer simplen monokausalen Erklärung weit entfernt, trotz des dort vorgegebenen Gesamterklärungsrahmens der frühbürgerlichen Revolution, wobei sich auch dieser in den letzten 15 Jahren zumindest in seinem chronologischen Ansatz stark geändert hat.
Der besprochene Band stellt nach wie vor ein erstrangiges Informations- und Orientierungsmittel und eine Ausgangsbasis für weitere Untersuchungen dar. Mit ihm wurde die Reihe der Sonderhefte zu »Geschichte und Gesellschaft« eingeleitet. Auch die folgenden Hefte sind zentralen Themen der modernen wissenschaftlichen Diskussion gewidment, wobei die verschiedenen Epochen der Neuzeit, Europa und Amerika, gleichermaßen berücksichtigt werden. Ein fünftes Sonderheft ist bereits angekündigt.

Heide Wunder

Zum Stand der Erforschung frühmoderner und moderner bäuerlicher Eliten in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Bauernschaft und Bauernstand 1500—1970. Büdinger Vorträge 1971—1972, hrsg. von Günther Franz (=Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 8), Verlag C. A. Starke, Limburg 1975, 358 S., Ln., 36 DM.

In unserer Gesellschaft stellen die Bauern eine Minderheit dar, die politisch zwar keineswegs ohne Einfluß ist, die sich jedoch z. T. als gesellschaftlich marginalisiert betrachtet. Landwirtschaft ist nur *ein* Sektor in der Volkswirtschaft eines Industriestaates, wie diese eingebunden in das System der Weltwirtschaft. Nach einem über zweihundert Jahre währenden Prozeß, durch den *abhängige Bauern* zu *selbständigen Landwirten* geworden sind, mag für unsere Gesellschaft das Bauernproblem vielleicht als gelöst erscheinen, ganz anders als in den Agrarstaaten der Dritten Welt, deren Wirtschaft durch die »internationale Arbeitsteilung« grundlegend von der agrarischen Produktion für den Weltmarkt abhängig ist.
Die aktuelle Aufgabe, diese gegenwärtigen Agrargesellschaften zu entwickeln, hat die Frage nach dem Vorbildcharakter der Agrargesellschaften Alteuropas aufgeworfen, nachdem sich zuvor das Vorbild des industrialisierten Europa als nicht direkt übertragbar erwiesen hatte. Zugleich gewinnen Forschungsergebnisse und Forschungsverfahren zur Analyse gegenwärtiger Agrargesellschaften, die sich nicht wie die traditionelle Agrargeschichte auf Agrarverfassung und Agrarwirtschaft beschränken, sondern alle Aspekte der bäuerlichen Gesellschaft in ihrem Zusammenhang untersuchen, nämlich die *peasant studies*, an Bedeutung für eine neue Sicht der europäischen Agrargesellschaften und ihrer Transformation seit dem 19. Jahrhundert.
Gerade bei der Untersuchung »bäuerlicher Führungsschichten« gilt es, neben den Positionen der Agrar- und Verfassungsgeschichte sowie den soziologischen/politologischen Elitetheorien den Ansatz der peasant studies zu beachten, in dem den »Führern« im Modernisierungsprozeß — sei er nun »friedlich« oder »revolutionär« — eine strategisch entscheidende Funktion zugemessen wird und in dem Gruppen/Schichten innerhalb der bäuerlichen Gesellschaft analysiert werden, die die breite Trägerschaft dieses Prozesses stellen.

I.

Der hier zu besprechende Sammelband »Bauernschaft und Bauernstand 1500 — 1970« enthält 17 Beiträge über »bäuerliche Führungsschichten« vom Bauernkrieg bis in die Gegenwart[1]. Dem Herausgeber *Günther Franz* ist darin zuzustimmen, daß es nicht möglich ist, das

1 *G. Franz*, Die Führer im Bauernkrieg, S. 1-15; *P. Blickle*, Herrschaft und Landschaft im Südwesten, S. 17-41; *F. Huter*, Bäuerliche Führungsschichten in Tirol im 16.-18. Jahrhundert, S. 43-63; *A. Hauser*, Zur soziologischen Struktur eidgenössischen Bauerntums im Spätmittelalter, S.

Thema für alle Epochen, Regionen und in allen seinen Aspekten auszuleuchten, dennoch ist es zu bedauern, daß »Ostelbien« als problematische deutsche Agrarlandschaft ganz hinter »Altdeutschland« zurücktritt, daß zudem das Genossenschaftswesen und die kollektivierte Landwirtschaft in der DDR nicht berücksichtigt wurden. Bevorzugt wurden dagegen solche Regionen und Epochen, in denen die Bauern eine politische Rolle spielten — wie in der Schweiz, in Österreich, in Südwestdeutschland oder in den »Bauernstaaten« Nord- und Ostfriesland. Ausgesprochen einleuchtend ist die kontinuierliche und vertiefende Behandlung eines regionalen Beispiels (Bayern) durch mehrere Autoren. Für das 19./20. Jahrhundert wird auch Hessen dargestellt, ein besonderer Fall deutscher Agrar- und Sozialgeschichte in seiner Verquickung von Kleinbauerntum, Katholizismus und Antisemitismus. — Für Mittelalter und Frühe Neuzeit begrenzt der Rahmen des Heiligen Römischen Reiches den Untersuchungsraum. Für das 19. Jahrhundert ist die vorgenommene räumliche Abgrenzung schwerer zu begründen, doch mag ein Beitrag über bäuerliche Führungsschichten in Österreich-Ungarn statthaft sein, zumal er vergleichende Aspekte aufnimmt.

Zu der breiten regionalen und zeitlichen Auffächerung kommen die ganz unterschiedlichen methodischen Ansätze der Forscher: Sie zeigen, daß es einen erheblichen Unterschied macht, ob man sich mit bäuerlichen Führungsschichten auf dem Hintergrund der Ereignisgeschichte, der Rechts- und Verfassungsgeschichte, der Kulturgeschichte, der Wirtschaftsgeschichte, der Genealogie, der Geschichte der Parteien, Verbände und Institutionen auseinandersetzt, ganz abgesehen von unterschiedlichen theoretischen Positionen, die allerdings nicht diskutiert werden, vielmehr als gemeinsames Vorverständnis ausgespart scheinen.

Die 17 Beiträge enthalten ein breites Angebot zum Komplex »Bäuerliche Führungsschichten«: Es geht (1) um Führung in direkten Aktionen bäuerlichen Protestes und Widerstandes, (2) um die Teilhabe an »Regierung« als »Landschaft«/Landstand und an Herrschaft als Amt, Bauernpartei, Abgeordnete im Parlament, (3) um Bauern als führende, gesellschaftsbegründende Schicht (Schweiz), (4) um wirtschaftliche Oberschichten innerhalb lokaler und regionaler Verbände. Einengende Vorverständnisse und Klischees über »Bauernschaft und Bauernstand« als statistischem, wenig differenziertem Teil der Gesamtgesellschaft und über ihre geringe Bedeutung in der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Agrargesellschaft wie in der industrialisierten Gesellschaft werden in Frage gestellt. Insofern werden die Beiträge zweifellos der Zielsetzung des Herausgebers gerecht, »Anstöße für eine künftige deutsche Sozial- oder besser noch Gesellschaftsgeschichte zu geben«, Anstöße, die noch wirksamer sein könnten, wenn in einer Einleitung oder Zusammenfassung der Versuch unternommen worden wäre, aus der Fülle der Einzelfälle und der Einzelheiten ein vorläufiges Bild der ländlichen Sozialgeschichte zu entwerfen.

Im folgenden soll es nun nicht darum gehen, einzelne neue Ergebnisse mitzuteilen, da sie ihre volle Aussage erst gewinnen, wenn sie einander zugeordnet und miteinander verbunden wer-

---

65-88; *F. Rapp*, Die bäuerliche Aristokratie des Kochersberges im ausgehenden Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit, S. 89-101; *H. Haushofer*, Bäuerliche Führungsschichten in Altbayern, S. 103-135; *G. Wunder*, Bäuerliche Oberschichten im alten Wirtemberg, S. 137-151; *H. Wiemann*, Die Bauern in der ostfriesischen Landschaft im 16. bis 18. Jahrhundert, S. 153-164; *N. R. Nissen*, Bäuerliche Führungsschichten Dithmarschens zwischen Bauernkrieg und Bauernbefreiung, S. 165-182; *G. Wunder*, Schweizer Kolonisten in Ostpreußen 1710-1730, S. 183-194; *K. Dinklage*, Bäuerliche Führungsschichten Österreich-Ungarns im 19. und 20. Jahrhundert und ihre Leistungen, S. 195-223; *H. Haushofer*, Bäuerliche Führungsschichten in Bayern im 19. und 20. Jahrhundert, S. 225-243; *L. Lenk*, Bauern im Bayerischen Landtag 1819-1970, S. 245-264; *W. Schlau*, Bäuerliche Führungsschichten in Hessen im 19. und 20. Jahrhundert, S. 265-290; *H. Muth*, Führungsschichten der Bauernverbände, S. 291-321; *H. Gies*, Revolution oder Kontinuität — Die personelle Struktur des Reichsnährstandes, S. 323-330; *U. Planck*, Bäuerliche Führungsschichten heute, S. 331-345.

den können. Der mehr analytisch-systematische Anspruch des übergreifenden Themas »Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit« bietet einen Rahmen, den Ertrag des Bandes zu fassen. Dabei erweist es sich jedoch als Problem, daß es offensichtlich jedem Vortragenden überlassen blieb, was er — ausgehend von den jeweils besonderen Gegebenheiten des von ihm untersuchten Gebietes, des Zeitraums, des verfügbaren Materials und des persönlichen methodischen Zugriffs — unter »Führung«, »Schicht« und »Bauer« verstehen wollte. Viele Beiträge beziehen Anregungen von politologisch-soziologischen Elitetheorien und Schichtenmodellen; systematisch hat jedoch nur *Ullrich Planck* im letzten Beitrag über »Führung« reflektiert: Er unterscheidet zwischen Bauern als führenden Persönlichkeiten der ländlichen und der Gesamtgesellschaft, zwischen den Führungsebenen von Staat, Ort- und »Raumschaft«, zwischen den Führungsbereichen von Innovation (Stimulatoren, Initiatoren, Legitimierer, Meinungsführer, Prestigeführer) und Macht (Politik, Wirtschaft, Religion, Gesellschaft). Er fragt, wer wen bei welchen Gelegenheiten in welchen Bereichen führt, und unterscheidet dabei klar zwischen Ober- und Führungsschicht. Plancks Überlegungen zeigen deutlich die Schulung an den Agrarproblemen der Entwicklungsländer.
Die methodische Diskussion um die Kernbegriffe »Führung«, »Schicht« und »Bauer« kann an dieser Stelle nicht nachgeholt werden. Dennoch erscheint es lohnend, den Versuch zu unternehmen, die Vielfalt der in diesem Band gebotenen Aspekte und Perspektiven zu analysieren.

II.

Trotz der unterschiedlichen Zielsetzungen, Materialien und methodischen Zugriffe prägen sich dem Leser drei Phänomene bäuerlicher Führung ein:
1. Die »Führer« der Bauern in den Bauernkriegen, in den politischen Korporationen und in den lokalen Ämtern stammen vorwiegend aus dem Kreis der »Großbauern« oder solcher Bauern, die zugleich am Landhandel/Landgewerbe beteiligt waren. Besitz, Vermögen und Amt gelten allgemein als Grundlagen für eine Führungsposition in der ländlichen Gesellschaft. Wie *Lenks* Untersuchung der bayerischen Landtagsabgeordneten zeigt, bleibt diese Konstellation fast bis zum Ende des 19. Jahrhunderts bestimmend, eine Änderung trat erst mit der Einführung des direkten Wahlrechts ein. Eine besondere Rolle innerhalb dieser Gruppe bäuerlicher Führer nahmen die Gastwirte ein, die zudem ein wichtiges funktionales Kriterium für diese Elite offenlegen: Das Wirtshaus war öffentlicher Treffpunkt, auf dem Neuigkeiten ausgetauscht wurden, Geschäftsort für Bauern und Händler und Tagungsort für die gemeindlichen und herrschaftlichen Gremien. Der Gastwirt stand also im direkten Kontakt mit Bauern, Händlern, Beamten und »fahrenden« Leuten aller Art, war durch diese Kontakte zur Außenwelt wortgewandter und welterfahrener, so daß er als Vermittler wie als Anführer gute Voraussetzungen mitbrachte. Gleiches gilt — wenn auch in anderer Weise — für die Großbauern sowie die am Landgewerbe/Handel beteiligten Bauern. Die führende Rolle der Wirte in der bäuerlichen Gesellschaft wird in mehreren Beiträgen betont, womit ein Ergebnis der westeuropäischen Bauernkriegsforschung auch für Deutschland seine Bestätigung findet. Nicht unwichtig ist, daß *Ullrich Planck* in seiner Analyse der *gegenwärtigen* Gesellschaft die Rolle des Gastwirts hervorhebt, der als einziger der traditionellen dörflich/bäuerlichen Führungspersonen diesen Status wahren konnte.
2. Als zweites durchgängiges Phänomen bäuerlicher Führung erscheint die Beteiligung von Nicht-Bauern: Geistliche, Lehrer (in Hessen auch Studenten), Handwerker, Beamte, Juristen und Adlige, Personen, die wohl überwiegend auf dem Lande lebten, teilweise aber auch in den Städten (Handwerker und Beamte). Sie verdanken ihre Führungspositionen Fähigkeiten, die für die Wahrnehmung bäuerlicher Interessen in den sich seit dem 16. Jahrhundert bürokratisierenden Territorialstaaten unerläßlich waren, aber auch militärischen Führungsqualitä-

ten, die besonders in Fällen des bewaffneten Widerstandes oder der Verteidigung gefragt waren. Hier bietet der Beitrag *Plancks* ebenfalls Parallelen für die Gegenwart an: Im landwirtschaftlichen Management nehmen Nicht-Bauern, Akademiker, die führenden Positionen ein, und für die Bauernverbände verweist *Muth* auf die Tatsache, daß die Spitzenvertreter vielfach Adlige sind.

3. »Gewöhnliche« Bauern kommen in den »Führungsschichten« fast gar nicht vor: *Huter* erwähnt sie kurz für untere Gemeindeämter in Tirol, *Haushofer* als Mitglieder von Züchterverbänden und Genossenschaften seit dem 19. Jahrhundert, *Muth* für die lokale Ebene der Bauernverbände; nur *Schlau* bringt für Hessen Beispiele von Bauern aus der »familienbäuerlichen« Schicht, die bäuerliche Interessen auf »höherer« Ebene, z. B. im Reichstag, vertreten. Daß die »unterbäuerlichen« Dorfbewohner kein Führungspotential für die ländliche Gesellschaft bereitstellten, versteht sich für die meisten Autoren von selbst, zumal sie Führungsschicht und Oberschicht als weitgehend identisch ansehen. Allein *Haushofer*, der für sein Untersuchungsgebiet Altbayern bäuerliche Führung nicht im politischen Bereich ansiedeln kann, da die Bauern keine Landstandschaft besaßen, erwähnt bei seiner Analyse der ländlichen Gesellschaft und ihrer verschiedenartigen Leistungen für die Gesamtgesellschaft Kleinbauern und landlose Leute, die als Handwerker Teil der dörflich-bäuerlich-ländlichen Gesellschaft waren: Sie stellen den Beitrag der Bauern zur »kulturellen« Führung, z. B. als Kunsthandwerker, die Prunkmöbel und Votivtafeln für ihre vermögenderen Nachbarn anfertigten. Verengt man »Führung« nicht auf politische Führung, so ist es sinnvoll, auch nach dem »bäuerlichen« Beitrag zu Religion und Kunst zu fragen: Die Antworten Haushofers orientieren sich allerdings nicht an »Volksreligion« oder »Volkskunst«, sondern an der institutionalisierten Religion (Kirche) sowie höfischen und bürgerlichen Kunst- und Musikformen. Es wäre an der Zeit, die immer noch weit verbreitete Vorstellung von der Volkskunst/Volksmusik als »abgesunkenem Kulturgut« und die Vorstellung der Volksreligion als »Aberglauben« auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen, wie dies bereits in England, Frankreich und Schweden geschieht.

Mithin wird *innerhalb* der bäuerlich-dörflichen Gesellschaft eine weitgehende Identität von wirtschaftlicher *Ober*schicht und *Führungs*schicht angenommen. Die Vertretung und Wahrnehmung bäuerlicher Interessen und Positionen nach außen gegenüber Grundherrschaft und Landesherrschaft geschah vielfach durch Amtsträger, die nicht zu den Bauern gehörten, und zwar um so mehr, je höher die Herrschaftsebene war; nur in spontanen Aktionen war der direkte Kontakt zwischen Bauern und Landesherrschaft die Regel. Die Hierarchie der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Ständetheorie träfe damit auch auf den Führungsbereich zu, die Bürger und Adel »pauschal« zu Führern der Bauern, des letzten, untersten Standes, machte.

Allerdings passen in diese gängige Vorstellung nicht die »Bauernstaaten«, deren Existenz immer — und gerade in »Bauernschaft und Bauernstand« — als Paradebeispiel für die politische Kompetenz von Bauern angeführt wird, ganz abgesehen von der Tatsache, daß Bürger, Adel und der frühmoderne Staat zunehmend auf eine Personengruppe zur Wahrnehmung ihrer Interessen angewiesen wurden, das gelehrte »Beamtentum«. Diese Widersprüche sind allein mit dem bisherigen Instrumentarium der Rechts- und Verfassungsgeschichte oder des Historischen Materialismus (Klassenanalyse) nicht aufhebbar. Zwar ist das analytische Zergliedern und Stufen einer jeweils gegebenen Gesellschaft unerläßlich, doch muß auch der Zusammenhalt der Gesellschaft erklärt werden können. Die Bewertung der »konstant« erscheinenden Phänomene bäuerlicher Führung vom Mittelalter bis in die Gegenwart ist erst möglich, wenn die Beziehungen zu den anderen »Ständen« / »Schichten« / »Klassen« und deren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grundlagen beachtet werden. Es wird also im folgenden darum gehen, ausgehend von den Beiträgen des Sammelbandes, den Zusammenhang der »ländlichen Gesellschaft« für die ständische Agrargesellschaft wenigstens ansatzweise zu zeigen, um die Phänomene »bäuerlicher Führung« in diesem Rahmen zu interpretieren. An-

schließend sollen die für das 19./20. Jahrhundert dargestellten Formen »bäuerlicher Führung« auf Kontinuität und Diskontinuität untersucht werden.

III.

Die Ständehierarchie von Bauern, Bürgern, Adel, Geistlichkeit gilt nur für die gesellschaftliche Makrostruktur. Die zeitgenössische Ständetheorie könnte als »Ideologie« weltlicher und geistlicher Obrigkeiten zur Stabilisierung einer vielfach bedrohten »labilen« Gesellschaft gewertet werden. Ob und in welcher Weise ständische Schranken tatsächlich die soziale Schichtung bestimmten oder beeinflußten, muß daher jeweils ermittelt werden. Dabei ist durchaus die Herkunft einer Person/Personengruppe, ihre »Geburt«, zu beachten, darüber hinaus jedoch Besitz und Vermögen sowie die Stellung im Produktions-, Arbeits- und Distributionsprozeß.

So gehörte der Dorf*pfarrer* zwar dem geistlichen Stand an und erwarb einen Teil seines Einkommens nicht durch eigener Hände Arbeit, doch war er zugleich einer der größeren Grundbesitzer in der Gemeinde und arbeitete z. T. wie seine bäuerlichen Nachbarn in Feld und Garten, hatte Teil an Gemeindeweide und Gemeindewald, wenn auch oft in privilegierter Weise. Sowohl im katholischen Bayern wie im protestantischen Württemberg bestanden vielfache verwandtschaftliche Beziehungen zwischen Landgeistlichen und Bauern (s. *Haushofer* und *Wunder*). Diese Zwischenstellung erklärt, daß die Pfarrer durchaus in der Lage waren, einerseits bäuerliche Interessen zu vertreten, andererseits eine vermittelnde Position zwischen Herrschaft und Bauern einzunehmen. Sicher waren es nicht nur Ansehen und Status, sondern ebenso die Teilnahme an bäuerlicher Arbeit, die viele Landgeistliche im 18. Jahrhundert zu so erfolgreichen Propagandisten des landwirtschaftlichen Fortschritts in ihren Gemeinden werden ließ.

Wie insbesondere der Beitrag *Rapps* zeigt, waren die *Bürger* der Städte als Landbesitzer und durch ihre bäuerliche Ab- oder Herkunft mit dem Land verbunden, so daß es nicht verwundert, wenn die Bauern städtische Handwerker zu ihren Anführern machten, vor allem wenn es um militärische Führung ging, in der die Bürger mehr Erfahrung besaßen.

Umstrittener und weniger eindeutig sind dagegen Führungspositionen des *Adels*: Wohl fühlten sich die Adligen als die »geborenen« Herren und Repräsentanten des Landes, aber dieser Anspruch wurde von den Bauern nicht ohne weiteres hingenommen. Daß er sich in Tirol zeitweise halten konnte, hängt möglicherweise damit zusammen, daß hier die grundherrlich-bäuerlichen Gegensätze nicht so stark wie anderswo ausgeprägt waren (s. *Huter*, S. 46). Insgesamt muß wohl mehr beachtet werden, daß die adlige Existenz ohne eigene körperliche Arbeit zur Sicherung des Lebensunterhalts und die Verachtung der bäuerlichen Arbeit eine Schranke errichteten, die erst hinfällig wurde, als Grundherren und Bauern beide zu »Landwirten« wurden.

Diese kurzen Bemerkungen zeigen die enge Verquickung »bäuerlicher«, »bürgerlicher«, »adliger« und »geistlicher« Interessen am Land und seiner Nutzung, was sich je nach Situation und Konstellation als Gemeinsamkeit oder Konflikt innerhalb der »ländlichen Gesellschaft« darstellte. Die scheinbar heterogenen Phänomene »bäuerlicher Führung« sind daher bezeichnender Ausdruck dieser ständischen Agrargesellschaft.

Diese Grundstruktur der ländlichen Gesellschaft offenbart sich ebenfalls in den getrennten oder gemeinsamen Heiratskreisen, die soziale Distanzen zwischen den »Ständen» beschreiben. So standen in Altbayern — laut *Haushofer* — Großbauern und niederer Adel bis zum Ende des Mittelalters im Konnubium, ebenso Großbauern und das Münchner Zunftbürgertum. Während die eheliche Verbindung von Großbauern und Bürgern häufiger zu beobachten ist und verwandtschaftliche Beziehungen durch die Stadt-Land-Wanderung (s. *Rapp*) sowieso gegeben waren, begegnet regelhaft das Konnubium des Landadels mit dem städtischen

Patriziat. Folgt man *Haushofer* (S. 104), so fällt das Ende des Konnubiums von Großbauern und Adel in Bayern zusammen mit dem Ende des Mittelalters und bildet ein Kriterium für die Periodisierung im Hinblick auf die Ausbildung der frühneuzeitlichen ständischen Verhältnisse. Es bleibt zu fragen, welchen Einfluß der Charakter des politischen Ständetums in Altbayern auf die Struktur der ländlichen Gesellschaft und ihre »ständeübergreifende« Führungsschicht hatte. Näher zu klären wäre weiter, ob sich das Konnubium zwischen Großbauern und Adel/Zunftbürgertum auf die Einheirat reicher Bauerntöchter beschränkte, adlige Töchter dagegen eher in das städtische Patriziat einheirateten. Zu unterscheiden ist also zwischen »einseitigem« und »wechselseitigem« Konnubium, um zu erkennen, inwieweit Konnubium zwischen Großbauern und Adel tatsächlich die gegenseitige Anerkennung als »gleichgestellt« bedeutete. Wichtig bleibt jedoch, daß allem Anschein nach die Großbauern ihre (bezogen auf den Hof) nicht erbenden Kinder standesgemäß versorgen konnten — dies bestätigt auch *Rapp* für das Elsaß —, die horizontale Mobilität innerhalb einer wirtschaftlichen Oberschicht mit Aufstiegsmöglichkeiten in einen anderen »Stand« bestimmend war.

Demgegenüber zeigen die Heiratskreise württembergischer Schultheißen- und Pfarrerfamilien *(G. Wunder)* ganz andere soziale Tendenzen. In den Realteilungsgebieten ging die Position eines wohlhabenden Bauern, der zugleich Amtsträger war, möglicherweise schon in der Generation seiner Kinder verloren, wenn er Besitz und Vermögen an mehrere Kinder aufteilen mußte. Die Enkel fanden sich teilweise in der kleinbäuerlichen Schicht, hatten aber statusmäßig noch teil an der früheren guten Stellung der Familie, so daß sie gegebenenfalls eine vorteilhafte Heirat machen konnten, die einen erneuten Aufstieg einleitete. Daß es angesichts der labilen wirtschaftlichen Situation der Großbauern kein Konnubium mit dem Adel geben konnte, verwundert nicht weiter. Aber auch in den württembergischen Anerbengebieten, in denen wie in Bayern Kontinuität des Besitzes und Beteiligung an lokaler »Herrschaft« bestand, gab es kein Konnubium mit dem Adel, wohl mit dem »Zunftbürgertum«. Allerdings darf dabei zweierlei nicht vergessen werden: (1) Für eine ganze Reihe verarmter Ritter läßt sich im 15. Jahrhundert feststellen, daß sie die Töchter ihrer wohlhabenden Bauern heirateten, die erheirateten Höfe selbst bewirtschafteten und schließlich »verbauerten«. (2) Der Teil des württembergischen Adels, dem es gelang, eine neue »standesgemäße« Existenz zu finden, gehörte seit dem 16. Jahrhundert der Reichsritterschaft an. Das heißt, in Württemberg waren seit dem 16. Jahrhundert die sozialen Distanzen zwischen Bauern und Adel erheblich und wurden politisch verfestigt. Innerhalb der Bauern und Großbauern beherrschte in den Realteilungsgebieten die vertikale Mobilität mit einem eher abwärts gerichteten Trend das soziale Geschehen. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die »gewerbliche Durchdringung des Landes« (»Protoindustrialisierung«), die es landarmen und landlosen Bewohnern ermöglichte, weiterhin auf dem Lande zu leben.

Mit den Kriterien Besitz/Vermögen lassen sich wirtschaftliche Oberschichten feststellen, mit den Kriterien Erbrecht und Konnubium dynamische Prozesse innerhalb der ländlichen Gesellschaft sichtbar machen, die den jeweils spezifischen Charakter dieser Oberschichten ausmachten. Diese wirtschaftlichen Oberschichten waren »gesellschaftlich« durchaus tonangebend, meinungsbildend und bestimmend, eine »führende Position« erlangten sie, wenn sie durch ein *Amt* an öffentlicher Gewalt teilhatten.

Haushofer hat am Beispiel Altbayerns die beiden Amtstypen genannt, das Gemeindeamt und das herrschaftliche Amt, und beide als formelle Bestätigung für eine wirtschaftlich führende Stellung in Dorf und Gemeinde angeführt (S. 111). *Renate Blickle-Littwen*[2] hat diesen »Topos, von den auf Reichtum basierenden bäuerlichen Eliten« (S. 290) am Beispiel des Amtes Griesbach überprüft und festgestellt, daß beim Amt des Obmannes die großen Bauern

2 *Renate Blickle-Littwen*, Besitz und Amt. Bemerkungen zu einer Neuerscheinung über bäuerliche Führungsschichten, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 40, 1977, S. 277-290.

(»Hofbauern«) nur entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Bauern vertreten waren, die mittleren Bauern dagegen überproportional und die Kleinbauern unterproportional. Sie knüpft an dieses Ergebnis die Frage, ob die von *Haushofer* postulierte weitgehende Identität von Oberschicht und Führungsschicht generell zutreffe.

Vorab wäre jedoch zu klären, warum in Haushofers Beispiel Oberschicht und Führungsschichten tatsächlich weitgehend identisch zu sein scheinen, im Amt Griesbach nicht, warum in einem Fall die großen Bauern offensichtlich Interesse an lokalen Ämtern hatten, im anderen nicht. Die Ursachen sind m. E. in der unterschiedlichen Ausstattung und Kompetenz der jeweiligen Ämter zu suchen: Je mehr Einfluß die Inhaber der Gemeindeämter auf die bäuerliche Wirtschaft hatten, desto eher stellten sie einen Anreiz auch für wohlhabende Bauern dar. Haushofer berichtet, daß die Gemeinde das Recht des Abstiftens besaß; aus österreichischen Weistümern ist bekannt, daß die Gemeinde die Lohntaxen für Gesinde und Tagelöhner festsetzte. In dieser Konstellation fällt es nicht ins Gewicht, daß die Gemeindeämter kollegial organisiert waren, was in jedem Fall Aufteilung der Befugnisse bedeutete. Demgegenüber scheint im Amt Griesbach vielfach Personalunion von herrschaftlichem und gemeindlichem Amt (Obmann zugleich Vierer) bestanden zu haben. Aus dieser Kombination, die eher auf verpflichtenden als auf privilegierten Charakter des Amtes deutet, könnte sich die Zurückhaltung der großen Bauern erklären.

Der enge Zusammenhang von Herrschaftsbefugnissen des Amtes und seiner Attraktion ist für die mittelelbischen und ostelbischen Gebiete klar erkennbar. Wo das Gemeindeamt ein »Reiheamt« war, das jedes Gemeindemitglied regelmäßig ausüben mußte, wurde es als Last empfunden, zumal keine Privilegien damit verbunden waren und die Kompetenzen mehr im exekutiven als im Entscheidungsbereich lagen. Das andere Extrem ist der Erbschulz, der das Schulzenamt in seiner Familie vererbte (Kompetenzen in der niederen Gerichtsbarkeit mit den entsprechenden Einnahmen, vielfach Verkaufsmonopole für Bier, Brot und Fleisch). Durch das Erbamt wurde in vielen ostelbischen Gebieten die Verbindung von wirtschaftlich starker Stellung mit Ausübung von Herrschaft institutionell abgesichert und zugleich die Zahl der an lokaler Herrschaft beteiligten Personen stark begrenzt. Außerdem fand eine strikte Abgrenzung der bäuerlich-dörflichen Führungsschicht (Schulz, Krüger Müller) vom Adel statt. Insgesamt ist also eine Einschränkung der wirtschaftlichen und sozialen Dynamik kennzeichnend für Ostelbien.

So kann auch das Kriterium »Amt« nicht schlechthin als Indikator für bäuerliche Führungspositionen gelten. Die Kompetenzen des jeweiligen Amtes müssen ermittelt werden unter Berücksichtigung des Amtscharakters: Wahlamt, Erbamt, Reiheamt, herrschaftliches Amt, Gemeindeamt; lokales Amt, regionales Amt. Die Ausgestaltung des Gemeindeamtes hängt vom jeweiligen Kräfteverhältnis von Herrschaft und Gemeinde ab, die Stärke oder Schwäche der Gemeinde ist nicht zuletzt bedingt durch die Form der bäuerlichen Produktion — z. B. Getreidewirtschaft, Viehwirtschaft, Weinbau — und die Formen bäuerlicher Siedlung — z. B. Dorf, Weiler, Hof —, die ihre wirtschaftliche Position und ihre inneren Solidaritäten begründeten. Bei der Untersuchung konkreter Fälle zeigt sich, daß diese analytischen Kriterien »gemischt« auftreten; z. B. vereinigte der ostelbische Erbschulz herrschaftliche Auftragsarbeit und Repräsentation der Dorfgemeinde gegenüber der Herrschaft, er war Vorsitzender des Dorfgerichtes und als Amtsperson zugleich am Landgericht beteiligt. Bei der Bewertung des Amtes für die Konstitution von Führung ist weiter zu beachten, in welchen Bereichen und auf welchen Ebenen Ämter kollegial oder präsidial organisiert waren. Es ist wohl kein Zufall, daß sich in den kollegialen Gemeindeämtern im allgemeinen die »gewöhnlichen Bauern« fanden, während die »repräsentativen« Ämter mehr den wohlhabenderen Bauern zufielen. Beim herrschaftlichen Amt war eine Ballung der Befugnisse bestimmend, wenn auch durch Delegation fremder Macht, in der Gemeinde verteilten sich die Befugnisse auf Gemeindeversammlung, Gemeindeämter und ihren Repräsentanten nach außen; welches der jeweils bestimmende Faktor war, muß im Einzelfall herausgefunden werden.

Indem die Kriterien Besitz/Vermögen und Amt auf ihre Reichweite befragt worden sind, um »bäuerliche Führungsschichten« zu bestimmen, ist zugleich deutlicher geworden, worum es bei »Führung« in Mittelalter und Früher Neuzeit geht: Institutionell bedeutet Führung Verwaltung, Rechtsprechung, Friedenswahrung auf lokaler und regionaler Ebene, an deren Ausübung die Bauern mehr oder weniger »autonom« teilnahmen, aber auch Repräsentation und Teilhabe/Teilnahme an *Regierung* auf Landesebene. Im Bereich gesellschaftlich-informeller Organisation geht es um Abhängigkeits- und Schutzverhältnisse, die große Bauern sich schaffen konnten, und um »Anführer« und Sprecher bei Protestbewegungen, im wirtschaftlichen Bereich um Teilnahme an Innovationen in der Landwirtschaft oder an neuen Profitmöglichkeiten auf dem Lande (z. B. Fuhrunternehmen, Flößerei, Schnapsbrennerei, Bierbrauerei).

IV.

Die scheinbar »konstanten« Phänomene bäuerlicher Eliten gewinnen ihren Stellenwert einerseits aus ihrer Funktion für die jeweilige ländliche Gesellschaft in ihrer unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Struktur, andererseits durch den Kontext des übergreifenden »staatlichen« Gebildes, sei es nun des großen oder mittleren »Fürstenstaates«, sei es des »Zwergstaates« vieler geistlicher Herren, sei es des »Bauernstaats«, der zur Bezeichnung so verschiedenartiger Territorien wie der Schweiz, Ostfrieslands und Dithmarschens verwendet wird. Neben der Größe des jeweiligen Territoriums ist das Kräfteverhältnis der verschiedenen politischen Stände oder überhaupt ihr Vorhandensein zu beachten: So fehlt z. B. in Württemberg der Adel als Landstand. »Bauern« und dementsprechend »bäuerliche Führungsschichten« haben in diesen unterschiedlichen politisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen unterschiedliche Möglichkeiten in der Selbstverwaltung, der Selbstregierung und in der Partizipation an »öffentlicher Gewalt« und »Regierung«. Entgegen der verbreiteten Ansicht, daß die Bauern nur ausnahmsweise die Landstandschaft besessen hätten, hat *P. Blickle* neuerdings nachgewiesen, daß bäuerliche Landstandschaft in den kleinen süd- und südwestdeutschen Territorien die Regel war. Allerdings bleibt damit noch ungeklärt, welche langfristigen politischen Auswirkungen die Teilhabe der Bauern an Regierung hervorgebracht haben. Mit Recht hat *Ullrich Planck* darauf hingewiesen, daß Bauern primär und elementar daran interessiert sind, daran mitzuwirken, was auf der lokalen Ebene passiert, und zwar in der Art, daß Außenstehende möglichst wenig Einfluß nehmen. Während im großen und mittleren Fürstenstaat die entstehende landesherrliche Bürokratie versuchte, in die »Autonomie« der bäuerlichen Gemeinde einzudringen, die Bauern aber, selbst wenn sie der landesherrlichen Grundherrschaft unterstanden, keine Landstandschaft durchsetzten, besaßen die Bauern der Zwergterritorien vielfach Landstandschaft; doch erhöhte dies nicht ohne weiteres ihre »politische« Kompetenz, da die Landtage u. a. nicht periodisch stattfanden und in ihren Zuständigkeiten eingeschränkt waren.

Als »Konstanten« für bäuerliche Führung sind zwar systematisch die Voraussetzungen Besitz/Vermögen und Amt fixierbar, aber sie enthalten für den konkreten Fall nur hypothetischen Erklärungswert, den es im jeweiligen politischen Kontext zu überprüfen gilt.

Besondere Aufmerksamkeit muß den »Bauernstaaten« gewidmet werden, die ebensowenig wie die »Fürstenstaaten« eine einheitliche Grundstruktur aufweisen. Zu den »Fürstenstaaten« zählen so gegensätzliche Territorien wie die Mark Brandenburg ohne bäuerliche Landstandschaft und Tirol mit bäuerlicher Landstandschaft, zu den »Bauernstaaten« die Schweizer Eidgenossenschaft und Ostfriesland mit politischer Ständeverfassung. Gemeinsam ist den Bauernstaaten freilich, daß die Macht des Adels begrenzt war, Städte und Bauern dementsprechend mehr politische Bedeutung besaßen, sei es nun in der organisatorischen Form der Ständeverfassung (Ostfriesland) oder aber im Nebeneinander von Stadtstaaten und Urkantonen in der Schweizer Eidgenossenschaft. In den Bauernstaaten fehlte die adlige Grundherr-

schaft als primäres Strukturmerkmal der ländlichen Gesellschaft, die wirtschaftlich-soziale Differenzierung war weit fortgeschritten, jedoch in Abhängigkeitsverhältnisse eingebunden, in denen Familien-, Geschlechter- und Sippenverbände noch eine größere Rolle spielten, wie *Hauser* für die Schweiz und *Nissen* für Dithmarschen ausdrücklich hervorheben. Während in den Territorien mit adliger Grundherrschaft die horizontale Solidarität der Bauern in ihren Gemeinden stark ausgeprägt war — die teilweise ihre Stärke aus dem Widerpart zur Grundherrschaft zog —, begünstigten »Familie«, »Geschlecht«, »Sippe« eine vertikale Solidarität, die reiche Bauern und ihre armen Verwandten verband.

Wenn auch die Aufgaben in Verwaltung, Rechtsprechung, Friedenswahrung usw. überall ähnlich gelagert waren und im Prinzip ähnlich gelöst wurden, so ist es doch wesentlich, ob bäuerliche Interessen von der Lokal- bis zur Landesebene von Bauern selbst vertreten werden konnten, wie dies mit Abstufungen für alle Bauernstaaten zutrifft. Zugleich wird aber erkennbar, daß mit der größeren Reichweite bäuerlicher Führung bis in den Bereich der Landesregierung — am ausgeprägtesten in Dithmarschen — der Begriff »Bauer«, der neben der bäuerlichen Arbeit die Abhängigkeit von der Grundherrschaft als konstitutives Element enthält, nicht mehr im gewohnten sozialen Kontext steht: *Hauser* berichtet für die Schweiz, daß der Bauer sich als *der* Eidgenosse empfand, also nicht nur als wirtschaftlicher Träger der »Agrargesellschaft«, sondern als staatsbildende und -tragende Kraft. Wenn man die Amtspersonen und die politischen Führer dieser Bauernstaaten betrachtet, so muß betont werden, daß man sie von ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen zwar *auch* als »Bauern« bezeichnen könnte, daß aber entweder die Größe des Hofes oder/und die Beteiligung an Handel und Gewerbe sie weit über die Mehrzahl der Bauern erhob; vielfach spricht man daher von ihnen als einer »Aristokratie«.

Der herrschaftliche Aspekt dieser Aristokratie war in den einzelnen »Bauernstaaten« verschieden stark ausgeprägt, am meisten wohl in Dithmarschen — vielleicht entsteht dieser Eindruck aber nur auf Grund der bisherigen Forschung, die sich vor allem mit den 48ern beschäftigt hat, wohingegen die Kirchspielleute zurücktreten.

Zu bedenken ist ebenfalls der Zeitraum, während dessen die »Bauernstaaten« Bestand hatten: Die Schweizer Eidgenossenschaft veränderte ihren ursprünglichen Charakter mit der Aufnahme der Stadtrepubliken, bewahrte dennoch die errungenen Institutionen. Ostfriesland gewann seine Position erst im 16./17. Jahrhundert und konnte unter preußischer Herrschaft viel von seiner »Freiheit« retten, Dithmarschen schließlich gelang nur eine kurze Zeit eigener Staatlichkeit im 16. Jahrhundert, so daß der Vergleich unter den »Bauernstaaten« schwerfällt, da sie sich zu einem beliebig ausgewählten Zeitpunkt jeweils in verschiedenen Entwicklungsphasen befanden.

Eine Typologie bäuerlicher Eliten müßte also neben den Kriterien Besitz/Vermögen und Amt sowie deren dynamischem Potential, das eine Grundlage im Erbrecht und eine Auswirkung in Mobilität hat, auch die bereits von der Sozialen Verfassungsgeschichte erarbeiteten staatlichen Typologien berücksichtigen. Die Tragfähigkeit des Begriffes »Bauernstaat« wäre grundsätzlich zu überdenken. Dabei eignen sich als Orientierungspunkte wohl eher die skandinavischen Staaten — Hintzes »Randstaaten« — als die Mehrzahl der deutschen Territorien oder die westeuropäischen Staatenbildungen.

V.

Die Beiträge für das 19./20. Jahrhundert beschäftigen sich mit Eliten der »Bauernschaft«. Die Akzentuierung, die im Wechsel von »Bauernstand« zu »Bauernschaft« zum Ausdruck kommt, muß hervorgehoben werden, um die Beschränkung des Untersuchungsfeldes zu erkennen. In der Frühen Neuzeit waren die Phänomene bäuerlicher Führung nicht zufällig so vielgestaltig und komplex, weil die bäuerliche Gesellschaft nur im Zusammenhang mit der

ländlichen Gesellschaft insgesamt zu analysieren war, Herrschaft in dieser ständischen Agrargesellschaft noch nicht vom Staat monopolisiert und die bäuerliche Gemeinde in mehr oder weniger selbständiger Form an »öffentlicher Gewalt« beteiligt war, Repräsentanten der Bauern sowohl an der Regierung eines Territoriums als auch an seiner Verwaltung mitwirken konnten. Mit der Herausbildung des modernen Staates und den Reformen des 19. Jahrhunderts (Aufhebung der persönlichen und realen Abhängigkeiten im Verhältnis von Grundherr und Bauer, Einführung der Gewerbefreiheit, Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, tendenzielle rechtliche Gleichbehandlung aller Staatsbürger) begann sich die ländliche Gesellschaft der Frühen Neuzeit aufzulösen: Der Bauer wurde zum Eigentümer des von ihm bewirtschafteten Hofes und Landes und war als »Landwirt« — wie bisher nur der Grundherr — den »Gesetzen des Marktes« ausgesetzt, eine Bedingung für die führende Rolle, die die »Großagrarier« in Ostelbien später einnehmen sollten. Durch die Industrialisierung verloren Grund und Boden ihre Monopolstellung im Wirtschaftsprozeß, Bauer wurde ein *Beruf* neben vielen anderen. Dementsprechend entmischte sich das Interesse am Land: Für die »Städter« wurde es hauptsächlich zur Sommerfrische.

Inwieweit diese einschneidenden Änderungen in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Existenz der Bauern sich auf die traditionellen bäuerlichen Eliten, ihre Rekrutierung und ihren Einfluß in einer Gesellschaft von Staatsbürgern auswirkten, ist aus den Beiträgen nur z. T. ersichtlich, da es eben nur um die »Bauernschaft« als Berufsgruppe geht.

Kontinuität scheint zunächst beherrschend im Bereich der Wirtschaft. Die wohlhabenden Bauern nahmen am wirtschaftlichen Fortschritt in der Landwirtschaft teil, durch neue Technologien und Geräte und durch die Weiterentwicklung von Saat- und Tierzucht (s. *Haushofer* und *Dinklage*). Neu — in den Beiträgen allerdings nur angedeutet — war die Eröffnung der Teilnahme am wirtschaftlichen Fortschritt für kleinere Bauern durch ein eigenständiges bäuerliches Kreditwesen. Verstärkt wurden diese Möglichkeiten für den »gewöhnlichen« Bauern zudem durch den Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens, womit Besitz und Vermögen als Voraussetzung für politische Führung relativiert, wenn auch nicht hinfällig wurden. War Bildung im Mittelalter und Früher Neuzeit im Bereich der ländlichen Gesellschaft meist mit einem »Aufstieg« in einen anderen Stand verbunden, nicht zuletzt auf Grund der Bildungsinhalte, so diente die »bürgerliche« Bildung des 19. Jahrhunderts der Qualifikation der Bauern als »Landwirte«.

Eindeutiger ist der Wandel des »Amtes«. An die Stelle der bäuerlichen Gemeinde trat die ländliche Einwohnergemeinde, die Grundherrschaft als personalisierte Form der Herrschaft wurde vom »Staat« abgelöst. Mit der Rolle der Bauern in der modernen lokalen Selbstverwaltung, die den Bedürfnissen aller Einwohner Rechnung tragen mußte, beschäftigt sich keiner der Beiträge. Dies ist um so bedauerlicher, als die verspätete Landgemeindereform in den östlichen Provinzen Preußens wohl mit ausschlaggebend für die »politische Unterentwicklung« der ländlichen Bevölkerung war und als weitere Bedingung für die Rolle der »Großagrarier« als Repräsentanten der Bauern gelten muß. Der Schwerpunkt der Beiträge liegt vielmehr auf der Untersuchung von Organisationen und Führern der freiwilligen Vereinigungen auf dem Lande, nämlich der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründeten Bauernvereine, in denen tatsächlich Bauern organisiert wurden — wenn auch vielfach auf Initiative der traditionellen Führungspersonen. Der Begriff der »bäuerlichen Führung« ist angesichts dieser Situation einer erneuten Klärung bedürftig, müssen doch die landwirtschaftlichen Vereine und die Bauernvereine *insgesamt* als eine führende Gruppe angesehen werden: Die landwirtschaftlichen Vereine versammelten noch einmal die traditionellen Führungspersonen der ländlichen Gesellschaft, ergänzt durch das moderne Beamtentum; die Bauernvereine mobilisierten wohl primär die aktiven und interessierten Bauern, basierten sie doch auf der freiwilligen Entscheidung zum Beitritt. Auffallend ist, daß in dieser neuen »modernen« Organisationsform, wenn man den Beiträgen folgt, eine durchaus den älteren Verhältnissen vergleichbare Struktur der Führungspositionen zu beobachten ist: »gewöhnliche« Bauern auf

der lokalen Ebene, »Großbauern«, Adlige, Gutspächter an den Verbandsspitzen, Akademiker (Juristen, Diplom-Landwirte, Volkswirte) im »Management«. Man hat gerade in der zunehmenden Bedeutung von Akademikern einen entscheidenden Unterschied zur Frühen Neuzeit sehen wollen, da sie als funktionale Elite die »geborenen« Eliten der frühmodernen Zeit ablösten. Doch trifft diese Unterscheidung nur teilweise zu, weil nicht beachtet worden ist, was für die ständische Agrargesellschaft »funktional« genannt werden kann. Bei der dargestellten Struktur des Gemeindeamtes und herrschaftlichen Amtes wurden Besitz und Vermögen als Qualifikation und Garantie für die »gerechte« Handhabung und Ausübung eines Amtes angesehen; insofern waren auch die frühmodernen »geborenen« Eliten funktional innerhalb ihres Systems. Wie weit diese Vorstellung noch ins 19. Jahrhundert hineinreichte, erhellt der Beitrag von *Lenk* über die bayrischen Landtagsabgeordneten. Solange die Abgeordneten indirekt durch Wahlmänner gewählt wurden, entstammten die Wahlmänner, aber auch ein großer Teil der Abgeordneten, den traditionellen ländlichen Führungsgruppen. Eine Änderung trat erst mit der Einführung des direkten Wahlrechts ein, das die »Staatsbürger« vom alten System der »Vermittlung« löste, an ihre Stelle die politischen Parteien setzte, u. a. auch eine Bauernpartei, die zunächst einen wichtigen Personenkreis der »traditionellen« Führungspersonen ausschloß (Beamte, Adlige, Pfarrer).

Die Interessenhaftigkeit der modernen Bauernparteien und Bauernverbände, ihre Orientierung an den Interessen einer Berufsgruppe ist keineswegs neu. Auch die ältere bäuerliche Gemeinde war ein Interessenverband, und zwar der Landbesitzer gegenüber den Landarmen oder Landlosen. Allerdings läßt sich in der Frühen Neuzeit beobachten, daß die Kleinstellenbesitzer oft eine eigene Organisation besaßen, deren Sprecher mit denen der Bauern in allen Gemeindeangelegenheiten zusammenwirkten. Neben diesen Interessengegensätzen darf nicht vergessen werden, daß die lokale Solidarität auf der Grundlage der engen wirtschaftlichen und vielfach verwandtschaftlichen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen bäuerlichen Gruppen von großer Bedeutung war. Diese lokale Solidarität verlor ihre Basis durch die Industrialisierung, die der ländlichen Bevölkerung neue Lebensmöglichkeiten und neue Lebensformen eröffnete.

Klaus Megerle

Beiträge zur Industrialisierungsgeschichte einzelner deutscher Regionen

Hartmut Sangmeister, Die wirtschaftliche Entwicklung eines Randgebietes im Zeitalter der Industrialisierung (Dargestellt am Beispiel des südhessischen Odenwaldes 1871—1913). Ein Beitrag zur Theorie und Praxis industrialisierungsgeschichtlicher Regionalforschung, Verlagsbuchhandlung Gudrun Volkmann, Wiesenbach 1976, XII, 305 S., kart., 35 DM.
Ulrich Möker, Nordhessen im Zeitalter der Industriellen Revolution (= Neue Wirtschaftsgeschichte, Bd. 13), Böhlau Verlag i. K., Köln/Wien 1977, VIII, 268 S., engl. brosch., 48 DM.
Zur Geschichte der Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten. 11. Arbeitstagung in Göppingen 10.-12. 11. 1972, hrsg. von Erich Maschke und Jürgen Sydow (= Stadt in der Geschichte, Bd. 1), Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1977, 176 S., brosch., 32 DM.

Bereits in den 50er Jahren hat Albert O. Hirschman festgestellt[1], daß für die Entwicklung einer Volkswirtschaft »interregional ungleichmäßiges Wachstum eine unvermeidliche Begleiterscheinung und Bedingung des Wachstums selbst ist«. Doch erst seit die Wachstumseuphorie in den westlichen Industriestaaten geschwunden und regionale Entwicklungsdefizite bedrohlich in Erscheinung getreten sind, findet die Regionalökonomie stärkere Beachtung; erst als die methodischen Grenzen generalisierender Ordnungsschemata offenkundig und zur Erklärung der ermittelten Strukturen und Phänomene zunehmend konkrete Untersuchungen gleichsam »vor Ort« erforderlich wurden, wandte sich die Industrialisierungsgeschichtsschreibung der Analyse regionaler Disparitäten zu, ließen sich Landeshistoriker bei ihren Arbeiten von übergreifenden wirtschafts- und sozialhistorischen Fragestellungen leiten[2]. Konnte in der Folgezeit durch einige — zumeist von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte — Regionalprojekte und Einzeluntersuchungen terra incognita im wahrsten Sinne des Wortes erschlossen und durch Fachtagungen und Sammelveröffentlichungen[3] die methodische Reflexion regionalhistorischer Fragestellungen vertieft werden, so blieben dennoch zahlreiche Gebiete ausgespart, wurden für das heutige Erkenntnisinteresse drängende Probleme vernachlässigt. Dazu gehören der nord- und südhessische Raum ebenso wie die vergleichende Erörterung der in grundlegenden Einzelstudien diskutierten sozio-kulturellen und wirtschafts-

1 *Albert O. Hirschman,* Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967, S. 172.
2 Zu den methodischen Aspekten vgl. *Wolfgang Köllmann,* Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: AfS 15, 1975, S. 43 ff. und *Peter Steinbach,* Neuere Arbeiten zur industrialisierungshistorischen Regionalgeschichte, in: Hessisches Jahrbuch zur Landesgeschichte 24, 1974, S. 270 ff.
3 Neben den einschlägigen Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung vgl. neuerdings: *Industrialisierung und Raum.* Studien zur regionalen Differenzierung im 19. Jahrhundert, hrsg. von *Rainer Fremdling* und *Richard Tilly,* Stuttgart 1979.

geographischen Faktoren des Industrialisierungsprozesses in den Städten[4] — Fragen, die von den drei hier zu besprechenden Veröffentlichungen angegangen werden.

Dem südhessischen Odenwald widmet sich die bei Eckart Schremmer in Heidelberg entstandene Dissertation von *Hartmut Sangmeister.* Der Verfasser versteht seine Arbeit als Versuch, »einen Beitrag zur regionalen Differenzierung der Industrialisierungsgeschichte Deutschlands zu leisten« (S. 1). Demzufolge werden in einem ersten Teil »die Problematik einer wirtschaftshistorischen Regionalstudie allgemein erörtert und Verfahren diskutiert, die es ermöglichen sollen, die wirtschaftliche Entwicklung der Untersuchungsregion mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung operational so zu vergleichen, daß Gemeinsamkeiten und/oder Differenzen zwischen ökonomischem Gesamtsystem und dem regional ausgesonderten Subsystem erkennbar werden« (S. 2). In diesem Theoriebeitrag zur industrialisierungsgeschichtlichen Regionalforschung liegt dann auch der Reiz der Studie, zeigen sich aber auch ihre Schwächen. Erörtert werden hier das »Problem der Regionalisierung«, die Abgrenzung des zeitlichen Rahmens und das »Problem der Aktivitätenmessung«.

Ausgehend von der Arbeitshypothese, daß eine Region 1. eine zusammenhängende Fläche bilden, 2. als Teilmenge einer Grundgesamtheit eindeutig bestimmt sein und 3. nach formalen und/oder funktionalen Kriterien ausgewählt werden müsse, versucht Sangmeister die Region »Randgebiet« allgemein zu definieren. Die geforderte Homogenität des Gebiets ist gegenüber anderen Volkswirtschaften durch die »gleichen Verhaltens- und Gestaltungsnormen« gegeben, während gegenüber der eigenen Volkswirtschaft die Abgrenzung zunächst »durch das formale Kriterium der Distanz« erfolgt (S. 15). Um den Homogenitätsgrad zu erhöhen, bemüht sich der Verfasser, das Distanzkriterium durch weitere, ökonomisch relevante Merkmale zu ergänzen. Er prüft die Verwendbarkeit des Merkmals »Unterentwicklung«, kommt aber zu dem Schluß, daß es nicht möglich ist, mit diesem Merkmal »unveränderliche homogene Regionen als räumliche Bezugsgrößen einer historischen Längsschnittbetrachtung zu bilden« (S. 23). Vorschnell erfolgen dann jedoch die Verallgemeinerung (alle Homogenitätsmerkmale können sich im Zeitablauf verändern) und die wenig plausible Feststellung: »Eine theoretisch befriedigende Lösung des Regionalisierungsproblems für wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen ist nicht in Sicht; für die praktische Forschungsarbeit bedeutet dies, zunächst eine pragmatische Lösung zu finden« (S. 23). Abgesehen davon, daß das Merkmal »Unterentwicklung« — wie Sangmeister selbst einräumt — kein objektives Kriterium sein kann und daher in der sozialwissenschaftlichen Diskussion nicht unumstritten ist, ist es als Abgrenzungskriterium für homogene Regionen zu komplex. Hier hätten zunächst und in erster Linie einfache ökonomische Indikatoren überprüft und zudem weitere (historische, soziologische, geographische, kulturelle) Faktoren einbezogen werden müssen. Die für das Untersuchungsgebiet gefundene »pragmatische Lösung« vermag ebenfalls nicht zu überzeugen. Die Kennzeichen »Lage an der Staatsgrenze«, »Interaktions-Entfernung zu wirtschaftlichen Zentren« und »von den Zeitgenossen als unterdurchschnittlich empfundene Wirtschaftskraft« sind Versatzstücke unterschiedlicher Regionalisierungskonzepte, die während des Untersuchungszeitraumes für das behandelte Gebiet entweder nur bedingte Aussagekraft haben (Reichsgründung) oder sich teilweise widersprechen (so etwa, wenn die ökonomische Interaktion gerade mit den nicht zum Großherzogtum Hessen gehörenden Wirtschaftszentren stattgefunden haben soll).

Die Diskrepanz zwischen den theoretischen Überlegungen und deren Anwendung bei der empirischen Untersuchung zeigt sich auch bei der Abgrenzung des zeitlichen Rahmens und beim »Problem der Aktivitätenmessung«. Sangmeister verzichtet auf eine explizite Definition des Begriffs Industrialisierung, um eine unpräzise, gleichwohl aber mit bestimmten Sach- und

4 Stellvertretend sei erinnert an die Arbeiten von *Lothar Baar*, *Wolfgang Köllmann* und *Ingrid Thienel.*

Wertaussagen belastete Begriffsbildung zu umgehen, begnügt sich statt dessen damit, das Zeitalter der Industrialisierung »einem allgemein akzeptierten (Vor-)verständnis nach ab[zu]grenzen« (S. 48), bestimmt dann aber den Zeitraum der konkreten Untersuchung völlig unabhängig davon nach der Quellenlage. Zur Erfassung der spezifischen wirtschaftlichen Entwicklung des Untersuchungsgebietes als Differenz zwischen gesamtwirtschaftlichen und regionalen Wachstums- und Struktureffekten schlägt der Verfasser zunächst das gesamte Instrumentarium der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vor, stellt später fest, daß das vorhandene statistische Material nur die Verteilungsrechnung zuläßt, und gelangt schließlich zu der allerdings nicht beherzigten Erkenntnis, daß die VWG als Instrument zur Darstellung wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse im vorigen Jahrhundert nicht adäquat ist!

Die wirtschaftliche Entwicklung des südhessischen Odenwaldes zwischen 1871 und 1913 verfolgt Sangmeister anhand gedruckt vorliegender statistischer Quellen. Mit Akribie und methodischer Bravour ermittelt er aus den verfügbaren Einkommensdaten das regionale Wirtschaftswachstum, aus den statistischen Erhebungen über Beschäftigung, Betriebsgröße, Einkommen und Status der Erwerbstätigen die Struktur des Wachstumsprozesses und durch eine Regionalfaktoranalyse auf der Bewertungsgrundlage der Entwicklung des Großherzogtums Hessen die regionalen Entwicklungsdifferenzen (aufgeschlüsselt in 70 Tabellen im Anhang). Dabei wird für das Untersuchungsgebiet eine ständige Erhöhung des nominalen Sozialprodukts (Ausnahme 1882—1885 und 1907—1909) festgestellt, deren Dynamik »sich in einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des Pro-Kopf-Volkseinkommens von 1,5 Prozent [zeigt]. Als entscheidende Wachstumskomponente des regionalen Sozialprodukts wurden die kleinen und mittleren Unternehmereinkommen ermittelt« (S. 155). Gravierende Veränderungen der regionalen Wirtschaftsstruktur sind hingegen während des Untersuchungszeitraumes nicht erfolgt; die Landwirtschaft behält ihre dominierende Rolle. Während sich jedoch die regionale Wachstumsdynamik weitgehend in Einklang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vollzieht (wodurch sich allerdings das Entwicklungsgefälle infolge der unterschiedlichen Ausgangsposition ständig vergrößerte!), weist »die Struktur der regionalen Wirtschaft deutliche Abweichungen gegenüber dem Strukturmuster der Gesamtwirtschaft auf« (S. 195). Zur Erklärung dieser unterschiedlichen Entwicklung formuliert der Verfasser die These eines »Durchsickereffektes von den umgebenden Zentren zu dem untersuchten Randgebiet[...], d. h. [...], daß im wesentlichen nur die Konsummuster der Zentren, nicht aber auch deren Produktionsmuster übernommen wurden« (S. 156), »wobei den Kleingewerbetreibenden eine für die regionale Entwicklung strategische Schlüsselrolle als Vermittler zwischen Konsumwünschen, Konsumangebot und Konsumverhalten zukam« (S. 195). Leider ist die Herleitung und Begründung dieser These recht knapp und teilweise auch oberflächlich ausgefallen; gleichwohl bieten die angestellten Überlegungen fruchtbare Anregungen für die Interaktion von Gesamtsystem und Randgebiet während des Industrialisierungsprozesses (Anlage der in der Region akkumulierten Gewinne vorrangig in extraregionalen Bereichen, partielle Deformation der regionalen Produktionsstruktur, Entwicklung und Veränderung der »Import-Export-«Abhängigkeiten).

Einen völlig anderen Charakter besitzt die Studie von *Ulrich Möker* über Nordhessen: Eine Fragestellung wird nicht entwickelt, methodisch-theoretische Abgrenzungs- und Interaktionsüberlegungen werden nicht angestellt, Forschungsansätze zur regionalen Differenzierung bleiben unbeachtet. So ergibt sich das Untersuchungsgebiet nahezu naturwüchsig (oder zufällig?); es umfaßt »die Kerngebiete der ehemaligen Landgrafschaft Hessen-Kassel« (S. 1). Innerhalb dieses als Gesamtraum verstandenen Gebietes erfolgt dann die regionale Untergliederung; einmal werden die gewerblichen Schwerpunkte des Landes (Kreise Kassel, Eschwege, Witzenhausen, Melsungen, Hersfeld) berücksichtigt, zum anderen wird bei »der weiteren Unterteilung in die übrigen Kreise Niederhessens (Summe der Kreise Fritzlar, Hofgeismar, Homberg, Rotenburg, Wolfhagen) und die Kreise Oberhessens (Summe der Kreise Franken-

berg, Kirchhain, Marburg, Ziegenhain)[...] auf geographische Kriterien abgehoben« (S. 3). Auch die zeitliche Abgrenzung wird unprätentiös und bündig gelöst: »Die Darstellung setzt zeitlich mit der Beendigung der napoleonischen Kriege ein und endet mit der sich an die Gründerzeit anschließenden lang anhaltenden Depression der 70er Jahre, der Schwerpunkt der Ausführungen umfaßt mithin das Zeitalter der Industriellen Revolution« (S. 1). Hier (wie übrigens an anderen Stellen auch) rächt sich, daß der Verfasser nahezu alle bedeutenden übergreifenden Studien zur Industrialisierung Deutschlands entweder nicht kennt oder nicht zur Kenntnis nehmen will (vgl. Literaturverzeichnis).

In der Studie werden die Aspekte Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftspolitik und Entwicklung des gewerblichen Sektors behandelt. Dabei bilden Bevölkerungsentwicklung, bei der Möker für den Gesamtraum fünf Phasen unterscheidet (+ bis 1849, — bis 1858, + bis 1864, — bis 1871, + seit 1871), und Wirtschaftspolitik, die in die Phase der Reglementierung und Bevormundung durch die kurhessische Regierung und die Phase des Übergangs zur Gewerbefreiheit nach der Annexion des Landes durch Preußen zerfällt, eher einleitenden Charakter für die folgende umfangreiche Untersuchung der gewerblichen Entwicklung. Daher beschränkt sich der Verfasser zumeist auf tabellarische Zusammenstellungen, skizzenhafte Ausführungen und Präsentation einzelner Materialien; die jeweiligen Hintergründe und Ursachen werden kaum analysiert, auf ausführliche Interpretationen teilweise bewußt verzichtet.

Bei einem Vergleich der Gewerbestruktur von 1846 mit der von 1740, mit dem der Autor den »Hauptteil« der Studie einleitet, ergibt sich, »daß das Beschäftigungsangebot des gewerblichen Sektors mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten konnte« (S. 67) und »daß die traditionelle Angebots- und Nachfragestruktur in den letzten einhundert Jahren vor 1846 im wesentlichen [abgesehen vom Verfall des Leinengewerbes] unverändert blieb« (S. 68). Der Ausgangspunkt der industriellen Entwicklung wird daher entgegen der ursprünglichen Abgrenzung stillschweigend in die 40er Jahre verlegt. Nach einem Abriß der wirtschaftlichen Bereiche von überregionaler Bedeutung (Landwirtschaft, Leinengewerbe sowie Bergbau, Hüttenbetrieb und Salzgewinnung) und einer Skizze der gewerblichen Entwicklung der Gesamtregion anhand der Gewerbezählungen von 1846 bis 1882 wendet sich der Verfasser der regionalen Entwicklung des Gewerbes zu. In wenig systematischer Weise werden für die einzelnen Kreise neben tabellarischen Überblicken zeitgenössische Äußerungen, statistische Materialien (zu Preisen, Löhnen, Lebenshaltung, Betrieben, Beschäftigung usw.), Berichte und Beschreibungen unkritisch nach chronologischen Gesichtspunkten aneinandergereiht; eine gewisse Systematisierung und Bewertung erfolgt erst in der abschließenden Zusammenfassung, ohne daß jedoch das Spezifikum der gewerblichen Entwicklung in den einzelnen Kreisen explizit deutlich würde. Insgesamt lassen sich drei Hauptphasen der Entwicklung erkennen. Bis in die 60er Jahre konnten — bedingt durch Lohnentwicklung und Agrarpreise — »von der inländischen Nachfrage keine Wachstumsimpulse für eine kraftvolle Entfaltung des gewerblichen Sektors ausgehen[...], in den gewerblichen Schwerpunkten des Landes[...] [war] in erster Linie eine überaus starke Auslandsnachfrage wirksam« (S. 239). Die Situation war gekennzeichnet durch ein überwiegend auf den örtlichen Bedarf ausgerichtetes Kleingewerbe, Unterbeschäftigung und strukturelle Arbeitslosigkeit, verstärkte Auswanderungsbewegung und zeitweilige Abwanderung, obgleich sich die überwiegend in ländlichen Gegenden angesiedelte Industrie infolge des auch im Untersuchungsgebiet weitverbreiteten Systems der ineinandergreifenden Erwerbstätigkeit (Landwirtschaft/Gewerbe) als wenig krisenanfällig erwies (S. 242). Der Aufschwung in den 60er Jahren beruhte auf einer Zunahme der inländischen Nachfrage, bedingt durch starke Einkommenserhöhungen, eine steigende Beschäftigung im gewerblichen Sektor und den Wandel in der staatlichen Wirtschaftspolitik. Während dabei das Wirtschaftswachstum in den anderen Kreisen des Landes »eher als bescheiden zu bezeichnen« war, hatte »die Kasseler Industrie[...] eine gewaltige Ausweitung ih-

res Produktionspotentials zu verzeichnen« (S. 244 f.), die mehrfach durch den nun auftretenden Mangel an Arbeitskräften limitiert wurde. Die Depression in den 70er Jahren führte schließlich zwar zu regional und sektoral unterschiedlich starken Rückgängen, aber, insgesamt gesehen, überstand die Industrie die Depression, zumal »die rückläufige inländische Nachfrage in wachsendem Maße durch Exportaufträge kompensiert werden konnte« (S. 245).

Wenn resümierend noch zur Bedeutung der Arbeit Stellung genommen werden soll, so kann hierbei auf das kurze Vorwort Ingomar Bogs hingewiesen werden. Dort heißt es, daß die Arbeit dazu bestimmt ist, »weiteren sozialwissenschaftlichen Forschungen zur Geschichte Nordhessens im Zeitalter des Industrialismus die quantitativen Grundlagen zu schaffen«.

Vom Thema ausgehend, wird das größte Interesse durch das dritte der hier anzuzeigenden Bücher geweckt; eine Veröffentlichung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung zur *»Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten«* läßt vermuten, daß hier einige Forschungslücken geschlossen und methodisch weiterführende Ansätze vorgestellt werden. Doch bereits ein erster Blick in das Inhaltsverzeichnis dämpft die hochgeschraubten Erwartungen; nur drei der sechs Beiträge — und zudem noch die kürzesten — behandeln Fragen der Stadtentwicklung, die übrigen thematisieren so heterogene Probleme wie staatliche Gewerbepolitik, Kinderarbeit und Geschichte des Sparkassenwesens — »ein bunter Strauß von Vorträgen zu Einzelthemen«, wie die Herausgeber im Vorwort treffend bemerken. Sicherlich läßt sich auch diese Konzeption des Sammelbandes rechtfertigen — wenn auch nicht mit der Behauptung, hier werde »echtes Neuland betreten« —, allerdings wäre es dann wünschenswert gewesen, wenn der Band entweder durch einen grundlegenden, die einzelnen Fragestellungen bündelnden, bestehende Forschungsdefizite benennenden und Anstöße vermittelnden Beitrag oder ein entsprechendes Vorwort der Herausgeber eingeleitet worden wäre; ein Wunsch, doch bei der Eröffnung einer neuen Publikationsreihe eigentlich eine Selbstverständlichkeit!

Der erste Text von *Manfred Akermann:* »Göppingen — Industriestadt am Fuß des Hohenstaufen« ist eigentlich mehr Geleitwort des (damaligen) Stadtarchivleiters des Tagungsortes als ein originärer Beitrag zum Thema; in den knappen Abriß der Stadtentwicklung werden einige Aspekte zur Wirtschaftsgeschichte einbezogen, wobei die hierzu vorliegenden Monographien (insbesondere von E. Hofmann und A. Dreher) als Quelle dienen.

Auch der zweite Aufsatz von *Friedrich-Franz Wauschkuhn:* »Staatliche Gewerbepolitik und frühindustrielles Unternehmertum in Württemberg von 1806 bis 1848« bietet heute keine neuen Erkenntnisse mehr, da inzwischen die Dissertation des Verfassers (1974) sowie mehrere Monographien und Aufsätze — u. a. auch vom Rezensenten — erschienen sind. Wauschkuhn stellt heraus, daß »die württembergische Gewerbepolitik bis 1848 ein peripheres Betätigungsfeld der Regierung [blieb]« (S. 16). Ungeachtet der starken Gewerbetätigkeit bereits im Vormärz, galt die These, »daß die Landwirtschaft die Hauptgrundlage der württembergischen Wirtschaft sei« (S. 20). Erst mit der vom Märzministerium geschaffenen staatlichen »Zentralstelle für Gewerbe und Handel« vollzog sich ein Wandel in der Wirtschaftspolitik, wenn auch sicherlich nicht in dem vom Verfasser betonten Ausmaß (»[...]begann in Württemberg die Ära der organisierten, straff geplanten Industrialisierung«[S. 24]).

Im wohl interessantesten Beitrag des Bandes betrachtet *Herbert Hellwig* das Verhältnis von Stadt und Umland im 19. Jahrhundert am Beispiel der ehemaligen freien Reichsstadt Heilbronn und stellt fest: »Heilbronn [konnte] auch als württembergische Landstadt seine zentralörtliche Vorrangstellung im nördlichen Teil Württembergs und in den angrenzenden badischen Gebieten behaupten und weiter ausbauen« (S. 25). Diese Aussage wird — ohne allerdings auf Walter Christallers System der zentralen Orte ausdrücklich hinzuweisen — für die einzelnen Entwicklungsphasen des letzten Jahrhunderts überprüft. In den ersten Jahrzehnten mußten die wenigen zentralen Orte »im wesentlichen stark besuchte Märkte für land-

wirtschaftliche Produkte aufweisen und außerdem mit Behörden ausgestattet sein« (S. 29). Als wichtiger Marktort und Sitz eines Oberamtes konnte Heilbronn diese Funktion erfüllen, wobei es infolge des reichhaltigeren Angebots gelang, die Stadt-Umland-Beziehungen der in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Oberamtsstädte Neckarsulm und Weinsberg auf sich zu lenken. Um die Jahrhundertmitte verstärkte sich diese Funktion; durch Schiffahrt und Streckenführung der Eisenbahn wurde die Stadt »zum natürlichen Brennpunkt für den größten Teil des Verkehrs, welcher sich von und nach dem Jagstkreis nördlich des Welzheimer Waldes bewegt« (zit. nach S. 32). Auch in der Folgezeit konnte Heilbronn diese Position durch Einflußnahme auf die Verkehrsplanung behaupten und darüber hinaus Funktionen als Einkaufsort und Arbeitsort der umwohnenden Bevölkerung hinzugewinnen, so daß die Stadt nun »an der Spitze eines dreistufigen Systems von zentralen Orten [stand], das sich im Laufe des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte« (S. 38).

»Bemerkungen zur Frage der Kinderarbeit in der württembergischen Gewerbsindustrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts« lautet das Thema von *Helmut Christmann*. Das besondere Gepräge, das die zu allen Zeiten vorkommende Kinderarbeit mit der beginnenden Industrialisierung erhält, sieht der Verfasser durch zwei Faktoren gekennzeichnet: »1. Die Zahl der in einem Gewerbebetrieb (Fabrik) beschäftigten Kinder wächst zahlenmäßig an und 2. die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte bringt einen verstärkten Entfremdungseffekt« (S. 40). In der gebotenen Kürze eines Tagungsbeitrags werden dann die Voraussetzungen der Kinderarbeit (pädagogisches Mittel — wirtschaftliche Notwendigkeit), Anzahl, Aufgabe, Entlohnung, Arbeitszeit und gesundheitliche Verhältnisse der beschäftigten Kinder, Kinderarbeit und Schule (Verbindung Industrie und Schule), Kritik an der Kinderarbeit und deren Einschränkung durch staatliche Maßnahmen behandelt. Die dabei vorgetragenen Fakten und Erkenntnisse, u. a. die Feststellung, daß die staatliche Zentralstelle für Gewerbe und Handel die Kinderarbeit bagatellisiert und gegen gesetzliche Einschränkungen opponiert hat, sind beeindruckend und wecken weiteres Interesse; es wäre zu begrüßen, wenn der Verfasser die auf diesem Gebiet bestehende Forschungslücke durch weitere Arbeiten ausfüllen würde.
Bernhard Kirchgässner hat einen Beitrag über den »Aufstieg Mannheims als Bank- und Versicherungsplatz im deutschen Kaiserreich« beigesteuert. Nach einer kurzen Schilderung der insbesondere für Industriefinanzierungen nicht zu unterschätzenden Bedeutung des »Milieus« von Hochfinanz und Wirtschaftselite verdeutlicht der Autor die hervorragende Position Mannheims als zentralem Bankplatz Südwestdeutschlands. Im anschließenden Überblick der Entstehung und Entwicklung der Mannheimer Banken und Versicherungen werden insbesondere die »Leistungen auf zwei speziellen Sektoren beleuchtet [...]: Die Organisation des Bodenkredits in der Rheinischen Hypothekenbank durch Felix Hecht, dessen Untersuchungen über diesen Bereich bahnbrechend werden sollten, und der geradezu atemberaubende Aufbau einer internationalen Transportversicherung in der Mannheimer Versicherungsgesellschaft unter Carl Johann Girtanner, der wiederum von Mannheim aus Pionierdienst für die binnenländliche Transportversicherung geleistet hat« (S. 59).

Der bei weitem umfangreichste Aufsatz (S. 80-161) in diesem Band zur Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten befaßt sich mit der »Geschichte des Sparkassenwesens in Württemberg und Baden im 19. Jahrhundert« (!?). Der Verfasser *Hans-Peter Longueville* schildert ausführlich die Entstehung des Sparkassenwesens in den beiden südwestdeutschen Staaten, verdeutlicht deren unterschiedliche organisatorische Entwicklung und unterstreicht die wirtschaftliche Funktion der Sparkassen (Sammeln der unproduktiven »Horte« der Unter- und Mittelschichten). Abschließend mündet die Untersuchung in folgende Überlegungen: »Wegen der Vielfalt dessen, was sich unter der Bezeichnung Sparkasse verbirgt [u. a. auch Privatsparkassen], ist zu prüfen, ob die monokausalen Erklärungen der Sparkassengeschichte, nach denen Sparkassen nichts anderes als Armenkassen waren, nicht doch überdacht werden sollten. Dies scheint um so dringlicher, als auch öffentlich-rechtliche Institute, be-

sonders die Gemeinde- Leih- und Sparkassen, [wider den Geist der Statuten] zum Teil relativ hohe Mindesteinlagen forderten[...] Der bislang in der Sparkassengeschichte unbestrittene Primat der Passivseite sollte gerade für Württemberg neu untersucht werden; zumindest für die früheren Oberamts- und Gemeindesparkassen ist er wohl auf die Dauer nicht zu halten« (S. 147 f.).

Peter-Christian Witt

Einführungen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit 1870

Gerd Hardach, Deutschland in der Weltwirtschaft 1870—1970. Eine Einführung in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (= Campus Studium: Sozialgeschichte 516), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1977, 179 S., kart., 15 DM.

Karl Hardach, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1411), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 271 S., kart., 17,80 DM.

Friedrich-Wilhelm Henning, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 3: Das industrialisierte Deutschland 1914—1976 (UTB 327), Verlag Ferdinand Schöningh, 4. Aufl., Paderborn 1978, 292 S., kart., 14,80 DM.

Die hier gemeinsam anzuzeigenden Einführungen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte von 1870 bzw. vom Ersten Weltkrieg bis in die jüngste Gegenwart spiegeln einen bemerkenswerten Wandel in der deutschen Historiographie; waren Studenten, Lehrer und interessierte Laien noch bis in die 60er Jahre auf eine einzige zusammenfassende Darstellung[1] angewiesen, worin sich einmal die verhältnismäßig starke Vernachlässigung wirtschafts- und sozialhistorischer Fragestellungen in der Forschung ausdrückte, zum andern aber auch ein gewisses Desinteresse der gelehrten Forschung an solchen, auf die spezifischen Bedürfnisse eines breiteren Publikums zugeschnittenen Untersuchungen deutlich wurde, so haben sich in den letzten Jahren immer mehr durch Spezialuntersuchungen ausgewiesene Gelehrte dieser ebenso reizvollen wie schwierigen Aufgabe gestellt. Begünstigt wurde diese Entwicklung einmal durch die Tatsache, daß trotz weiterhin bestehender Defizite zu einzelnen Sachfragen und Zeitabschnitten die Erforschung vieler Problemkreise unter Verwendung neuer Fragestellungen, theoretischer und methodischer Ansätze und nicht zuletzt auch durch Erschließung großer, früher nicht genutzter Quellenbestände ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat, daß ferner mit W. G. Hoffmanns quantitativer Untersuchung[2] erstmals eine, in Einzelheiten sicherlich diskutierbare, insgesamt aber doch überzeugende Zusammenfassung des vorhandenen Datenmaterials zur makroökonomischen Entwicklung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vorlag, und schließlich scheint sich auch die zunehmend kritische öffentliche Diskussion über Geschichte als Wissenschaft und vor allen Dingen auch als Unterrichtsfach an den Schulen dahingehend ausgewirkt zu haben, daß die früher zu beobachtende Zurückhaltung der Universitätshistoriker gegenüber allgemein verständlich gehaltenen, notwendigerweise auf manche Differenzierungen und innerwissenschaftliche Absicherungen verzichtende Überblicksdarstellungen abgebaut worden ist. Als Ergebnis dieser veränderten ob-

1 *G. Stolper/K. Häuser/K. Borchardt*, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1966.

2 Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965.

jektiven und subjektiven Umstände stehen uns jetzt zahlreiche einführende Arbeiten zur Verfügung[3], so daß heute schon wieder ein Problem darin liegt, welche der teils völlig parallelen, teil sich ergänzenden Untersuchungen Studenten, Lehrern und interessierten Laien empfohlen werden können. Diese Frage ist schon deswegen nicht unwichtig, weil in den letzten Jahren die Bereitschaft gerade von Studenten zu umfangreicherer Lektüre stark zurückgegangen ist und immer mehr ganz unverhohlen die Absicht geäußert wird, sich gesichertes und unbestrittenes Examenswissen anzueignen — und auch nicht mehr. Nun sind solche Bestrebungen zwar nicht ganz unverständlich, spiegelt sich in ihnen doch auch die Tatsache, daß inhaltlich befriedigende Studienreformen bisher kaum durchgeführt worden und die Studienpläne z. T. noch immer mit Stoff überfrachtet sind, aber es wäre ein entscheidender Fehler, wenn ihnen nur durch die Bereitstellung konsistenten, möglichst den neuesten Forschungsstand verarbeitenden Wissens entgegengekommen würde. Denn wohl sollten einführende Darstellungen dies auch leisten, aber wichtiger noch ist es, daß sie durch ihren Problemzugriff, durch die Art, wie die gewünschten Informationen bereitgestellt werden, und schließlich auch durch die Präsentation von abweichenden Interpretationen die Benutzer zur eigenständigen Weiterarbeit anregen bzw. diese erst ermöglichen. D. h. solche einführenden Darstellungen erfüllen ihren Zweck nur dann, wenn sie diese doppelte Zielsetzung im Auge behalten.

Die hier vorzustellenden Einführungen sprechen diese Probleme sämtlich in ihren Einleitungen explizit an, gewichten sie aber offensichtlich sehr unterschiedlich und kommen damit auch zu stark differierenden Problemlösungen. Das zeigt sich schon an Äußerlichkeiten: *Karl Hardach* legt besonderen Wert auf Lesbarkeit und Verständlichkeit; er verzichtet daher völlig auf einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat (nur einige statistische Angaben werden erläuternd annotiert) und verweist alle quantitativen Angaben so weit irgend möglich in einen Tabellenanhang. Um den Zusammenhang zwischen politischer und ökonomischer Entwicklung möglichst deutlich zu machen, erhält er — abgesehen von einer kurzen systematischen Einführung — strikt das Prinzip der Chronologie aufrecht. Die Vorzüge dieses Vorgehens sind unübersehbar; die Darstellung ist leicht verständlich und gut lesbar. Allerdings bringt dieses auch manche Probleme mit sich; einmal treten fast unvermeidlich Wiederholungen auf, zum andern bleibt der statistische Anhang ziemlich funktionslos, zum dritten wird das selbständige Weiterarbeiten nicht gerade erleichtert, da K. Hardach seine Interpretation ziemlich apodiktisch vorträgt und nirgendwo — auch nicht in der Bibliographie, die sich auf bloße Titelnennungen beschränkt — deutlich macht, welche Fragen eigentlich wissenschaftlich noch umstritten sind und welche anderen Interpretationsansätze es gibt.

Gerd Hardach wählt ein anderes Vorgehen: Einmal macht er seinen wissenschaftstheoretischen Standpunkt explizit deutlich, zum andern wählt er eine systematische Gliederung, interpretiert alle quantitativen Angaben und versucht durch in den Text eingearbeitete Belege wie auch durch Dokumentenanhänge zu den einzelnen Kapiteln die Möglichkeit zur selbständi-

---

3 Neben den hier anzuzeigenden Studien sei nur auf folgende Arbeiten verwiesen (dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit der Angaben erhoben): *Hermann Aubin* und *Wolfgang Zorn* (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte,* Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976; *Hans Mottek,* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin [DDR] 1974; *Ingomar Bog,* Deutschlands Wirtschaft im industriellen Zeitalter, in: *Hundert Jahre deutsche Geschichte,* hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Leer 1971; *Wolfram Fischer,* Deutsche Wirtschaftspolitik 1918—1945, Opladen [3]1968; *Dietmar Petzina,* Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977; *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870—1914,* hrsg. von *Gerd Hohorst, Jürgen Kocka* und *Gerhard A. Ritter,* München 1975, desgl., *Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914—1945,* hrsg. von *Dietmar Petzina, Werner Abelshauser* und *Anselm Faust,* München 1978.

gen Weiterarbeit zu eröffnen. Allerdings kann nicht übersehen werden, daß auch G. Hardach keineswegs immer eine offene, die wissenschaftlich kontroversen Fragen genau bezeichnende Analyse vornimmt. Dies zeigt sich insbesondere in der Übernahme so umstritener Erklärungsmuster wie des »organisierten Kapitalismus« für die industriewirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert oder des Begriffes der »wirtschaftlichen und sozialen Deformation«, mit dem er die Wirkungen der imperialistischen Expansion der europäischen Länder auf die in Abhängigkeit gebrachten Gebiete Asiens, Afrikas und Südamerikas bezeichnen will.

Friedrich-Wilhelm Henning wiederum gibt in seiner Einführung gegenüber allen anderen Gesichtspunkten dem der Vermittlung einer möglichst großen Anzahl von Daten und Informationen den Vorzug, die durch einen wohlüberlegten Sachindex erschließbar sind; dies geschieht allerdings auf Kosten der Lesbarkeit (das Buch läßt auch äußerlich mit seinen häufig nur stichwortartigen Sätzen, den Heraushebungen durch Spiegelstriche u. ä. seine Entstehung aus einem Vorlesungsmanuskript erkennen) und, wichtiger, auf Kosten der Möglichkeit zur selbständigen Weiterarbeit. Denn Henning verzichtet darauf, auch nur eine seiner Angaben durch Anmerkungen zu belegen, obwohl für den Fachmann ganz deutlich ist, daß er in vielen Punkten von der bisherigen überwiegenden Meinung der Forschung abweicht. Dies gilt insbesondere auch für viele seiner Statistiken. Das Problem dabei ist nicht etwa, daß er — meist sogar mit guten Gründen — eine solche abweichende Meinung vertritt, sondern daß er diesen Tatbestand den Zielgruppen seines Buches gar nicht klar macht, sie vielmehr in dem Glauben läßt, die von ihm mitgeteilten Daten seien in der Forschung unumstritten. Der zweite, in diesem Zusammenhang kritisch anzumerkende Punkt betrifft die an sich sehr verdienstvolle kommentierte Auswahlbibliographie, da manche Kommentare direkt irreführend sind und kaum etwas über den tatsächlichen Inhalt des kommentierten Buches aussagen und da anderseits auch manche wichtigeren neueren Darstellungen schlicht fehlen. Störend ist schließlich auch das Schriftbild mit seinen vielen Hervorhebungen, die z. T. suggestiv die eigene Interpretation verstärken bzw. die nicht erfolgende Erklärung ersetzen sollen.

Trotz des anderslautenden Titels ist auch *Gerd Hardachs* Einführung eine Darstellung der deutschen Wirtschaftsgeschichte, die ohne eine Analyse ihrer weltwirtschaftlichen Verflechtungen spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ohnehin nicht mehr erklärbar ist. G. Hardach geht systematisch vor; zunächst erläutert er die Veränderungen in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur Deutschlands. Dabei ist besonders verdienstvoll, daß er ausdrücklich auf die vielen Probleme der offiziellen Statistik eingeht und zumindest Hinweise für ihre Korrektur gibt. Ob allerdings eine Sozialstrukturanalyse, die mit Begriffen wie »Kapitalistenklasse«, »Mittelschichten« und »Arbeiterklasse« operiert, sehr hilfreich ist, dürfte doch fraglich sein. In einem zweiten Kapitel stellt G. Hardach die Wachstumszyklen der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich dar. Diese, auch für den Bereich der DDR, auf allgemein als gesichert geltenden Statistiken beruhende Darstellung vermittelt insgesamt zuverlässige Informationen, wenn einmal von kleineren Streitpunkten (so z. B. zur Entwicklung des Sozialprodukts während des 1. Weltkrieges und der Inflation 1914—1923) abgesehen wird. Daß die deutsche Wirtschaft mit fortschreitender Hochindustrialisierung in immer höherem Maße von einem funktionierenden Weltwirtschaftssystem abhängig war und daß viele ihrer Probleme in der Zwischenkriegszeit im Verhältnis zu den Jahren vor 1914, aber auch zu den Jahren nach 1945 gerade durch die Tatsache hervorgerufen wurden, daß nach dem 1. Weltkrieg das Weltwirtschaftssystem eben nicht voll funktionsfähig war, belegt G. Hardach eindrucksvoll in seinem Kapitel über die »internationale Arbeitsteilung«, in dem er zugleich auch eine anregende Interpretation der ungleichgewichtigen wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Industrienationen und sogenannten Entwicklungsländern vornimmt. Weniger überzeugend erscheint dagegen sein im letzten Kapitel unternommener Versuch, in einer tour d'horizon die ökonomische Entwicklung mit einer Analyse der politischen Entwicklung

Deutschlands zwischen 1870 und 1970 zu verbinden; ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, soll nur darauf hingewiesen werden, daß hier fast nur noch mit Schlagworten gearbeitet wird, daß an die Stelle einer Probleme und Kontroversen aufzeigenden Analyse eine ziemlich einseitige Interpretation tritt, was sich z. B. in der Abwertung der Weimarer Verfassungsordnung oder auch in der als »Restauration« bezeichneten Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland niederschlägt.

Karl Hardachs Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert gliedert sich ganz konventionell in Kapitel über den 1. Weltkrieg, die Jahre der Weimarer Republik, das »Dritte Reich« und die Nachkriegswirtschaft (1945—1948/49) sowie über die wirtschaftliche Entwicklung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland nach der jeweiligen Staatsgründung. Dabei liegt das Schwergewicht rein quantitativ auf der Zeit nach 1945, der mehr als die Hälfte des Buches gewidmet ist. Aber auch qualitativ liegt die Bedeutung der Darstellung vor allen Dingen in der überzeugenden Analyse der Entwicklungsprobleme und Entwicklungschancen der Wirtschaft der beiden deutschen Staaten nach 1949; dabei werden sowohl die jeweiligen ordnungspolitischen Konzeptionen wie auch die außen- und innenpolitischen Bedingungen übersichtlich dargestellt. Demgegenüber fallen vor allem die Teile über den 1. Weltkrieg und die Weimarer Republik stark ab; da noch nicht einmal die neuere Forschung hinreichend berücksichtigt ist, werden aus lauter Bequemlichkeit abgegriffene Vorurteile wiedergegeben, wenn z. B. behauptet wird, für die deutsche Hyperinflation 1923 seien vor allem die Reparationslasten verantwortlich gewesen, oder aber ganze Problemkreise, so z. B. die Frage nach dem Zusammenhang des Kampfes der Industrie und Landwirtschaft gegen die Weimarer Verfassungsordnung und der Machtergreifung der Nationalsozialisten, entweder gar nicht oder doch nur höchst oberflächlich andiskutiert.
Auch *Friedrich-Wilhelm Hennings* Geschichte der deutschen Wirtschaft zwischen 1914 und 1976 ist chronologisch aufgebaut und orientiert sich dabei an den großen politischen Einschnitten 1918, 1933 und 1945. Das ist an sich nichts besonders Erwähnenswertes, würde Henning es nicht mit der Behauptung verbinden, daß diese Gliederung sozusagen sachlogisch sei, da eben politische Ereignisse in stärkerem Maße als je zuvor die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflußt hätten. Man könnte natürlich auch umgekehrt die Frage stellen, inwieweit politische Veränderungen entscheidend von ökonomischen und sozialen Verhältnissen beeinflußt worden sind; d. h. inwieweit z. B. die nationalsozialistische Machtergreifung eben auch Resultat der von mächtigen ökonomischen Interessengruppen geforderten Ablösung der Weimarer Verfassungsordnung durch einen autoritären (nicht notwendigerweise auch faschistischen) Staat war. Aber solche und ähnliche Fragen würde Henning wohl mit dem Vorwurf, es handele sich um eine rein »ideologische« Interpretation, abtun. Auf jeden Fall führt seine Grundentscheidung zu einem außerordentlich unbefriedigenden Ergebnis insofern, als der Zusammenhang zwischen ökonomischer, sozialer und politischer Entwicklung nirgendwo hinreichend analysiert wird. Eines allerdings leistet diese Darstellung wirklich überzeugend, sie gibt präzise Informationen über die Entwicklungstendenzen in den einzelnen Wirtschaftssektoren, über die Arbeitsmarktverhältnisse, die öffentlichen Finanzen, die Sozialpolitik und Geld- und Währungsfragen ebenso wie über die Reparationen nach dem 1. Weltkrieg und läßt sich damit auch als Nachschlagewerk benutzen, ohne daß zugleich auch die häufig problematischen Wertungen (so z. B. die erstaunliche Behauptung, die nationalsozialistische Wirtschaftsordnung sei »weder als kapitalistische noch als sozialistische« [sic!] zu bezeichnen) oder die nicht minder erstaunlichen Gewichtungen (z. B. im Abschnitt über die deutschen und alliierten Kriegsziele 1939—1945, S. 174 f.) akzeptiert werden müßten.

Dirk Stegmann

Neuere Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Kaiserreiches

W. O. Henderson, The Rise of German Industrial Power, 1834—1914, Temple Smith Ltd., London 1975, 264 S., Pb., £ 2,20.
Jürgen Kocka, Unternehmer in der deutschen Industrialisierung (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1412), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 173 S., kart., 12,80 DM.
Fritz Blaich, Der Trustkampf (1901— 1915). Ein Beitrag zum Verhalten der Ministerialbürokratie gegenüber Verbandsinteressen im Wilhelminischen Deutschland (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 24), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1975, 157 S., brosch., 60 DM.
Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, hrsg. von Lotte Zumpe (= Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9), Akademie Verlag, Berlin [DDR] 1976, XI, 313 S., Ln., 29 DM.
Siegfried Mielke, Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909—1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 17), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 359 S., kart., 64 DM.
James Clark Hunt, The People's Party in Württemberg and Southern Germany, 1890—1914. The possibilities of democratic politics (= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Bd. 9), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1975, 203 S., Linson, 48 DM.

Das Buch von *W. O. Henderson* ist in erster Linie eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte zwischen der Gründung des Zollvereins 1834 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Man kann davon ausgehen, daß es primär für englische Studenten konzipiert worden ist; Vorwort und Einleitung schweigen sich in dieser Beziehung leider aus. Das Buch behandelt ohne systematischen und theoretischen Ehrgeiz und ohne explizite Auseinandersetzung mit der vorliegenden Literatur in Form von Anmerkungen (sie wird lediglich in der im angelsächsischen Bereich üblichen Auswahlbibliographie am Schluß des Bandes aufgeführt und umfaßt zumeist die älteren Titel der 50er und 60er Jahre) das Thema in 3 Großkapiteln: die Phase 1834—1851 (die als eine Art Vorgeschichte erscheint), dann die Jahre von 1851—1873 als Jahre des Durchbruchs der Großindustrie und schließlich die Phase der entfalteten Großwirtschaft zwischen 1873 und 1914. Dem eigentlichen Text vorangestellt sind 12 Tabellen, die reichlich unsystematisch u. a. Informationen von der Ausdehnung der deutschen Kolonien in Afrika, der Struktur des oberschlesischen Kohlereviers bis hin zum Plan Friedrich Lists für ein deutsches Eisenbahnwesen aus dem Jahre 1833 enthalten.
Integriert in den erzählenden Text, ohne daß ihre besondere Funktion deutlich würde, sind äußerst knappe Ausführungen zur Rolle des (preußischen) Staates im Prozeß der Industrialisierung und zur staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik Bismarcks und seiner Nachfolger

bis einschließlich Bülow, die notgedrungen nur die Oberfläche ritzen können und in sich sehr ungleichgewichtig sind, da sie so unterschiedliche Bereiche wie Verstaatlichung der Eisenbahnen, Schutzzoll, Kolonialpolitik oder das, was Henderson etwas irritierend ›welfare state‹ nennt, umfassen. Ein abschließendes Kapitel »The Age of Wilhelm II.« 1888—1914 skizziert auf 10 Seiten Trends der ökonomischen und sozialen Entwicklung des Kaiserreiches. Dieser Zeitraum ist der insgesamt schwächste in der Darstellung, wie denn überhaupt das Buch die gesamte Zeit nach 1873 nur sehr kursorisch behandelt. Hier bleibt ausgesprochen viel blaß und allgemein, nicht zuletzt, weil die gesamte neuere wirtschaftsgeschichtliche, und zwar die quantifizierende wie stärker sozialgeschichtlich orientierte Literatur fehlt. Das Buch ist repräsentativ für eine ältere, stärker an Institutionen und staatlichen Handlungsprozessen orientierte Blickrichtung; die Verschränkung von Ökonomie und Gesellschaft kommt demgegenüber kaum ins Blickfeld.

Jürgen Kockas Bändchen »Unternehmer in der deutschen Industrialisierung«, das Teile eines gleichnamigen Beitrages für den Bd. VII der neuen Cambridger »Economic History of Europe« verwertet, zeigt demgegenüber, obwohl vom Titel her wesentlich bescheidener auftretend als Henderson, was eine moderne, wirtschaftshistorische Forschung unter explizit theoretischen und sozialgeschichtlichen Fragestellungen zu leisten vermag. Kockas problemorientierte und theoriegesättigte Darstellung, die nahezu lückenlos die vorhandene ältere und die neuere Literatur nicht nur anführt, sondern sich auch in der Regel mit ihr auseinandersetzt, besticht durch Beherrschung eines weit verzweigten Stoffes. Er legt seine eigenen theoretischen Prämissen dar und bettet sie in ein Verständnis von »Business History« ein, das nicht mehr wie in der älteren Forschung seit Sombart und partiell auch noch bei Redlich einseitig bei der Unternehmerpersönlichkeit stehenbleibt, sondern die Unternehmer und mit ihnen die angestellten Manager in ihrer ökonomischen, bürokratischen, aber auch in ihrer sozialen und politischen Funktion begreift, und zwar im Prozeß der kapitalistischen Industrialisierung. Einem Kapitel »Voraussetzungen und Vorläufer der Industriellen Revolution in Deutschland« (S. 19-41) folgen die beiden zentralen Abschnitte »Unternehmer und Manager in der Industriellen Revolution« (S. 42-87) und »Auf dem Wege zum Organisierten Kapitalismus« (S. 88-123). Insgesamt hat Kocka in diesem Band seine bereits an anderen Stellen verstreut publizierten Aufsätze zum Thema zusammengefaßt (man muß dem Verfasser neidlos bescheinigen, daß er es versteht, die amerikanische Devise des »publish or perish« auf seine Weise zu interpretieren). Man erfährt deshalb z. B. zu Themen wie der Kontinuität von der sog. vorindustriellen zur industriellen Periode, zum Problemkreis von Ausbildung und Qualifikationsstrukturen im 19. Jahrhundert oder endlich zum Kockaschen Lieblings-Theorem des sog. Organisierten Kapitalismus, an dem er trotz aller geäußerten Kritik festhalten möchte, eigentlich wenig Neues. Trotz dieser Einschränkungen liegt hier eine fakten- und problemgesättigte Darstellung vor, die weit mehr ist als eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts. In den besten Partien des Buches, das bei aller Material-und Gedankenfülle erstaunlich lesbar geschrieben ist, gibt Kocka durchaus Anstöße für weitere Forschungen.

Dem Verhältnis von Ministerialbürokratie und organisierten Wirtschaftsinteressen im Wilhelminischen Deutschland ist die knappe Studie von *Fritz Blaich,* dem äußerst publizierfreudigen Regensburger Wirtschaftshistoriker, gewidmet. Seine Fallstudie verdient schon deshalb Aufmerksamkeit, weil empirisch abgestützte Untersuchungen auf dem wichtigen Feld der Interaktion zwischen Staat und Wirtschaft — gerade und nicht zuletzt auch auf der Folie der neuerlich geführten Debatte über den sog. Organisierten Kapitalismus — noch immer äußerst rar sind. Der Untersuchungsgegenstand sind die Verbände der deutschen Tabakwirtschaft und der Konzentrationsprozeß in dieser Branche vor dem Ersten Weltkrieg. Damit wird ein Sektor innerhalb der Konsumgüterindustrie zum Gegenstand der Analyse, der in der Forschung gegenüber den Zusammenschlüssen in der sog. Schwerindustrie oder in den sog.

neuen Industrien (Chemie/Elektro/Maschinenbau), die inzwischen alle relativ gut erforscht sind, wenig behandelt worden ist. Verbandspolitisch waren die Verbände der Tabakwirtschaft mit dem Bund der Industriellen eng liiert, in dessen Vorstand mehrere Interessenvertreter der z. T. miteinander konkurrierenden Branchen saßen. Über den Bund der Industriellen hat unlängst Hans-Peter Ullmann eine äußerst fruchtbare und erschöpfende Monographie vorgelegt (1976).

Blaich untersucht in einem ersten Kapitel die Struktur der deutschen Zigarettenindustrie bis hin zu der Entstehung von marktbeherrschenden Unternehmen, deren Konzentrationsprozeß seinerseits primär auf das Ausgreifen der amerikanischen Zigarettenindustrie auf den deutschen (und europäischen) Markt zurückzuführen ist. Vorreiter der amerikanischen Expansion seit 1900, besonders in Sachsen als dem Zentrum der deutschen Tabakindustrie, wurde die American Tobacco Company (ATC), die 1890 in Form eines Trusts entstanden war, der typisch amerikanischen Unternehmens-Rechtsform im Gegensatz etwa zu der Rechtsform der deutschen Kartelle und Syndikate. Die Darstellung der einzelnen Etappen der Expansion der ATC samt ihren modernen Strategien in Werbung und Vertriebspolitik sowie die Darstellung der Struktur der deutschen Konkurrenz bis in die Verästelungen ist dem Verfasser überzeugend gelungen. Sorgfältig wird recherchiert, welche Strategie und Taktik die deutschen Zigarettenindustriellen, die sich 1903 erstmals im sog. Trustabwehr-Ausschuß zusammenfanden (der dann in anderer, erweiterter Form seit 1912 wieder auflebte), in Abwehr der amerikanischen Konkurrenten verfolgten.

Inwieweit jedoch die allgemeinen Folgerungen, die Blaich aus den ebenfalls sorgfältig recherchierten Reaktionen im Lager der Reichsbürokratie, der militärischen Reichsbehörden (Reichsmarineamt), der bundesstaatlichen Bürokratien und ihrer Heeresverwaltungen (Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen) zieht, tatsächlich generalisierbar sind, muß schon deshalb fraglich bleiben, weil es sich bei dem sog. Trustkampf eher um einen atypischen Fall von Marktkämpfen handelte, bei dem auch die eigene nationalistische Öffentlichkeit mobilisiert werden konnte (vgl. etwa Blaichs Darlegungen zum Thema Trustabwehr als »Mittelstandspolitik«). Ein weiteres Bedenken kommt hinzu: Die Exponenten der Reichsbehörden, und insbesondere der federführenden Behörde, des Reichsamtes des Innern, werden durchgehend als »aufrechte Beamten aus der Schule Posadowskys« (S. 87; ähnlich S. 51, Anm. 25; S. 63), d. h. des langjährigen Staatssekretärs im Reichsamt des Innern von 1897—1907, charakterisiert. Ihnen wird generell bescheinigt, und das ist sozusagen die zentrale These des Buches, daß sie sich »um Neutralität und Objektivität« bemüht hätten; ja, »einige Beamte« haben laut Blaich sogar »durchaus Vorstellungen von den gesamtwirtschaftlichen Vorteilen des Wettbewerbs entwickelt« (S. 142). So weit, so gut. Alle diese Distinktionen bleiben jedoch recht fragwürdig; gerade in den Bereichen der Wirtschaft, in denen übermäßige Marktmacht de facto bestand — z. B. im Bereich des Kohlensyndikats, das zusammen mit dem preußischen Bergfiskus die Kohleproduktion monopolisierte —, oder auch im Sektor der Chemie- und Elektroindustrie begünstigte die Ministerialbürokratie im Reich und in Preußen diesen Zustand allein schon dadurch, daß sie untätig blieb. Daß dem so war, ist gerade von solchen Regierungsräten im Reichsamt des Innern vor 1914 öffentlich ausgesprochen worden, die eine energische staatliche Kartellpolitik verlangten, ohne damit durchdringen zu können. Davon erfährt man leider bei Blaich nichts. Die These von der über den Interessen stehenden Bürokratie, der »Lebenslüge des Obrigkeitsstaates« (G. Radbruch), muß gerade auch mit Blick auf die Person Posadowsky-Wehners füglich bezweifelt werden. Seine ersten Amtsjahre als Staatssekretär waren gerade von massiver Intervention zugunsten von Großindustrie und Landwirtschaft geprägt (etwa im sog. Wirtschaftlichen Ausschuß 1897—1901) bei gleichzeitiger politischer Bekämpfung der Arbeiterbewegung, bei der sich Posadowsky nicht zu schade war, die Gelder des Centralverbandes Deutscher Industrieller für Propagandazwecke des Ministeriums anzunehmen (sog. 12 000-Mark-Affäre).

Unter systematischen Aspekten wird das Verhältnis von *Wirtschaft und Staat im Imperialismus* in einem Sammelband der DDR-Wissenschaft diskutiert, der zehn Studien unter dem Thema einer »Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus« vereint. Die Beiträger spannen den Bogen von Entwicklungen vor 1914 (*Helga Nussbaum,* Die Investitionsstrategie staatlicher und privater Unternehmen unter den Bedingungen eines gesetzlichen Zwangssyndikats [Deutsche Kaliindustrie bis 1914]; *Karin Lehmann,* Der Funktionswandel der öffentlichen Haushalte im Deutschen Reich vor dem Ersten Weltkrieg), Entwicklungen während des Weltkrieges und der Phase der Nachkriegswirtschaft (*Dieter Baudis,* Die Weiterentwicklung staatsmonopolistischer Beziehungen bei der Organisierung imperialistischer Nachkriegswirtschaft in Deutschland 1918/19; *Berthold Puchert,* Regulierung des deutschen Außenhandels nach dem Ersten Weltkrieg) bzw. in der Weltwirtschaftskrise seit 1929 (*Thomas Kuczynski,* Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland 1932/33) bis hin zu Aspekten der Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft während der Herrschaft des Nationalsozialismus (*Karl Lärmer,* Autobahnbau und staatsmonopolistischer Kapitalismus 1933—1945). Soziale, methodologische und theoriegeschichtliche Probleme werden in den restlichen Aufsätzen diskutiert (*Jürgen Kuczynski,* Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum Zweiten Weltkrieg; *Lotte Zumpe,* Ökonomischer und außerökonomischer Zwang; *H. Meißner/A. Bönisch,* Die Entwicklung der bürgerlichen politischen Ökonomie in der Periode des Kapitalismus; *Horst Handke,* Struktur und Wandlungen der Arbeiterklasse und staatsmonopolistische Regulierungen der Klassenbeziehungen von den 1880er Jahren bis 1914). Der Band, erschienen in der von J. Kuczynski und H. Mottek herausgegebenen Reihe »Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte«, ist von *Lotte Zumpe* ediert worden; er ist weitgehend repräsentativ für die Strömungen innerhalb der Wirtschaftsgeschichtsschreibung der DDR, die sich um das Institut für Wirtschaftsgeschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin bzw. um das Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften gruppieren.

Schon von hierher darf der Band Aufmerksamkeit beanspruchen; er versteht sich als »Beitrag zur Diskussion« (Vorbemerkung), d. h., er ist in vielen Fragen durchaus offen für neue, undogmatische Fragestellungen trotz der durchgehend in den Kapitelüberschriften zutage tretenden orthodoxen Nomenklatur des staatsmonopolistischen Kapitalismus als allgemeiner Theorie.

Die im Gefolge der Lenin-Dogmatik relative Beliebigkeit bei der Handhabung der sog. Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die zu einer Verengung des Blickfeldes und der differenzierenden Fragestellung geführt hat, ist hier streckenweise deutlich zurückgedrängt, nicht zuletzt auf dem Hintergrund der Tatsache, daß sich die Beiträger mit wenigen Ausnahmen um eine empirisch abstützbare Analyse bemüht haben, was in der Regel das Streben nach Differenzierung nach sich zieht. In diese Richtung war schon vor einigen Jahren der bemerkenswerte Aufsatz von Helga Nussbaum im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte[1] vorgestoßen, der mittels detailliert recherchierter Daten zu einer genaueren inhaltlichen Bestimmung der Imperialismus-Problematik zu kommen versuchte. Solche theoretisch-methodologischen Lösungsmöglichkeiten zur Verhältnisanalyse von Staat und Wirtschaft werden vor allem in diesem Band von *Lotte Zumpe* mit dem dialektisch in Beziehung zueinander stehenden Begriffspaar des ökonomischen und des außerökonomischen Zwanges vorgestellt, da »die bisherigen Auffassungen zu eng sind und den Realitäten nicht gerecht werden« (S. 22). Diese Kritik an der Handhabung der Stamokap-Theorie ist deutlich; ihr Beharren auf der Kategorie des außerökonomischen Zwanges, die als dialektisches Entwicklungsprinzip nicht nur für

1 *H. Nussbaum,* Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins und zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1970, T. IV.

die Phase des entwickelten Kapitalismus (und damit vorab des Imperialismus seit der Jahrhundertwende etwa) begriffen wird und die bei der Theorie des Stamokap in allererster Linie in Frage steht, ist in der DDR-Historiographie nicht unwidersprochen geblieben. Der Wirtschaftshistoriker Dietrich Eichholtz[2] hat ihr eine »zu enge Auffassung des Ökonomischen« vorgeworfen und unterstellt, daß die Konturen des Begriffs in Gefahr gerieten, »sich in Trivialität aufzulösen«. Das sind harte Worte des Tadels und ein Indiz zugleich dafür, daß hier ein neuralgischer Punkt in der Debatte vorliegt. Im Kern wird hier nämlich eine Auseinandersetzung geführt, sicherlich z. T. mit anderem Vokabular und anderer Reichweite, die durchaus enge Berührungspunkte aufweist mit Begründungen, die in der westdeutschen und angelsächsischen Forschung zur historischen Rolle und Funktion des staatlichen Interventionismus vorgetragen werden. Dabei wird der Staat bei Zumpe eben nicht allein und ausschließlich als Herrschaftsinstrument der Monopole begriffen, sondern *auch* als außerökonomische Macht. Von daher kommt Zumpe auch zu einer interessanten Kritik an den Ergebnissen gerade der Arbeiten von D. Eichholtz über die Friedens- und Kriegswirtschaft im System nationalsozialistischer Herrschaft. Diese Andeutungen müssen an dieser Stelle genügen; sie belegen ein neuerwachtes differenziertes Theorie-Bewußtsein auch in der weitgehend theorie-enthaltsamen DDR-Geschichtswissenschaft (wenn man nicht jede Marx-, Engels-, Lenin- oder sogar Stalin-Dogmatik als ausgefaltete Theorie mißversteht). Davon legt zumindest auch indirekt der Aufsatz des Altmeisters der Wirtschaftswissenschaft, *J. Kuczynski,* Zeugnis ab, der interessante Details und Einblicke in die kommunistische Krisendebatte Ende der 1930er Jahre vermittelt (Briefwechsel u. a. mit Eisler; Merker; Kuczynski selbst). Von den übrigen Beiträgen hervorzuheben sind die von *H. Nussbaum, K. Lehmann* (der vor allem auch die Rezeption der westdeutschen Forschungen [W. G. Hoffmann; P.-Ch. Witt] illustriert) und *D. Baudis,* obwohl man gerade hier die Einbeziehung der Arbeiten von F. Zunkel und vor allen Dingen G. D. Feldmans vermißt. Neuland betritt *B. Puchert* mit seiner Studie über die staatliche Regulierung des deutschen Außenhandels nach 1918, wenn auch die Materiallage insgesamt viel zu schmal erscheint. Das Bemühen um vorsichtige Wertungen und empirisch-statistische Abstützung kennzeichnet auch den Beitrag von *H. Handke,* der »qualitativ-quantitative Kennziffern« der Sozialstruktur der Arbeiterschaft (und partiell der Angestelltenschaft) herauszuarbeiten sucht, ein gewisses Novum mit Blick auf die bisherigen Schwerpunkte bei der Behandlung der Geschichte der Arbeiterbewegung im Umfeld der Fricke-Schule, ganz zu schweigen von der parteioffiziellen Geschichtsschreibung im Lager des ZK der SED.

Der Aufsatz von *Th. Kuczynski* hingegen ist recht unsystematisch und bringt viel Bekanntes ohne ein durchgehendes klar argumentatives Raster; *Lärmers* Beitrag ist eine Zusammenfassung seines 1975 erschienenen Buches zum gleichen Thema, und der wissenschaftsgeschichtliche Beitrag von *Meißner/Bönisch* schließlich ist schon deshalb recht enttäuschend, weil er auf einer viel zu schmalen Materialbasis aufbaut.

Insgesamt ist der Band perspektivenreich und setzt in einigen Bereichen eigene Akzente; vor allem für die Entwicklung der Theorie- und Methodendebatte in der DDR ist er von großem Interesse.

Die neuere westdeutsche Forschung zur Struktur und Funktion von pressure groups, die mit den Büchern von H. J. Puhle über den Bund der Landwirte (1967; 2. Aufl. 1975) und H. Kaelble über den Centralverband Deutscher Industrieller (1967) in der Mitte der 60er Jahre eingeleitet worden ist, ist den letzten Jahren durch die monographische Behandlung der noch ausstehenden größeren Interessenverbände, des Bundes der Industriellen (H.-P. Ullmann, 1976) und die hier anzuzeigende Arbeit von *S. Mielke* über den Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie zu einem gewissen Abschluß gekommen. Im Bereich der gewerblichen

2 Rezension, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 12, 1978, S. 1128 f.

Interessenverbände ist allein auf Reichsebene der Handelsvertragsverein (1900 bis 1933; ab 1920: Verband zur Förderung des deutschen Außenhandels) noch nicht gründlich untersucht; von den regionalen bzw. Branchenverbänden verdienten der schwerindustrielle Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, der sog. Langnam-Verein (1871—1935), sowie der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (1874—1933) eine eigene Untersuchung.

Mielkes Studie über den Hansa-Bund (1909 gegründet), bereits 1972 an der FU Berlin als Dissertation angenommen, behandelt im Gegensatz zum Bund der Industriellen oder dem Centralverband Deutscher Industrieller einen neuen Typus von gewerblichem Integrationsverband, der nicht allein Handel, Gewerbe und Industrie zu umfassen suchte, sondern seine Mitgliederwerbung auf die Repräsentanten des gewerblichen Mittelstandes (Handwerk und Kleingewerbe) und auch der abhängig Beschäftigten in Handel und Industrie, d. h. den sog. Neuen Mittelstand, zu erweitern suchte. Bereits die Zeitgenossen erblickten im Hansa-Bund ein »Mittelding zwischen politischer Partei und wirtschaftlicher Organisation« (Emil Lederer). Von der Partei im engeren Sinne unterschied ihn die bewußte Beschränkung auf den städtischen »Mittelstand«, und für einen wirtschaftlichen Interessenverband war die Interessenstruktur, tendenziell von Krupp herunter bis zum kleinen Angestellten im Handel, zu inhomogen.
Seine Gründung 1909 war eine Reaktion auf die konservative Reichsfinanzreform — deren Modalitäten weitgehend vom Bund der Landwirte bestimmt worden waren — in den Kreisen von Großhandel, Gewerbe und Industrie. Die Großbanken — der langjährige Vorsitzende des Präsidiums des Hansa-Bundes war mit Jacob Rießer der Vorsitzende des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes —, Groß- und Überseehandel, die verarbeitende Industrie im Bund der Industriellen, die Repräsentanten von Maschinenbau-, Chemie- und Elektroindustrie, aber auch die im Centralverband Deutscher Industrieller organisierten Vertreter der sog. Schwerindustrie und der Textilindustrie als den wichtigsten Gruppen fanden sich in den ersten großen Aufrufen gegen die Herrschaft des »Junkertums« im Deutschen Reich einträchtig zusammen. Hinzu kamen Angestellte und Handwerker. Der Hansa-Bund konnte binnen kurzer Frist seine Einzelmitgliederzahl bei ca. 200 000 Mitglieder (1913) stabilisieren. Davon stellte der Neue Mittelstand die weitaus stärkste Gruppe mit ca. 170 000 (1911) Mitgliedern; von den zu diesem Zeitpunkt (1911) rd. 80 000—90 000 geschätzten Selbständigen waren ca. 35 000 Handwerker. Diese innerverbandliche Differenzierung nach ganz unterschiedlichen verfassungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen konnte in den Jahren 1909—1911, dem Zeitpunkt der ersten großen Sezession (Großindustrie an der Ruhr; Teile der Maschinenbauindustrie und der Großbanken), allein durch die integrative Kraft der antifeudalen Sammlungsparole gegen den Machtanspruch der organisierten Landwirtschaft aufgefangen werden. In dem Moment, wo es darum ging, im Vorfeld der Reichstagswahlen vom Januar 1912 konkrete Positionen in der Innen- und Wirtschaftspolitik und vor allem gegenüber der Sozialdemokratie zu beziehen, bröckelte die antiagrarische Front innerhalb des Hansa-Bundes ab. Nach 1912 war der Verband, gemessen an seinem Gründungsziel, im Grunde politisch gescheitert; einige Bedeutung behielt er vor allem dadurch, daß er ein Zusammenrücken der liberalen Parteien im Reichstag auf seine Fahnen schrieb und sich dem Prozeß der Radikalisierung nach rechts im Lager des Centralverbandes entgegenzustellen versuchte.

Mielkes Zielsetzung besteht vorrangig darin, die Chancen dieser antifeudalen Sammlungspolitik — eine Begrifflichkeit, die im übrigen in der vorliegenden Literatur mehrfach gebraucht worden ist — auf der Folie einer Analyse der Organisationsstruktur und der konkreten Politik des Hansa-Bundes genauer zu bestimmen. Für Programm, Ideologie und interne Verbandsstruktur (Organe und Willensbildungsprozesse, Funktionäre, Apparat, Agitationsmittel und Finanzen) ist dem Verfasser diese Aufgabe weitestgehend gelungen; Mielkes organisa-

tionssoziologische Analyse ist materialgesättigt und sorgfältig. Der zweite Aspekt hingegen, die Rolle des Hansa-Bundes im Spektrum der organisierten Interessen, ist deutlich schwächer ausgefallen. Schon das erste Kapitel über den sozialökonomischen Strukturwandel seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bleibt recht konturlos, und die Hereinnahme der seit 1974 geführten Diskussion um den sog. Organisierten Kapitalismus erscheint an dieser Stelle aufgesetzt und reichlich zufällig, da ohne sichtbare Konsequenzen für das Folgende. Diese Partien leiden zudem darunter, daß der Verfasser sein Untersuchungsgebiet auf die Jahre 1909 bis 1914 beschränkt und nicht die Kriegsjahre bis 1918 einbezogen hat. Nicht zuletzt dadurch gewinnt die entscheidende Frage nach dem politischen Durchsetzungsvermögen der Hansa-Bund-Politik einer gemäßigt liberalen Mitte nur wenig Überzeugungskraft. Mielke kann zwar deutlich machen (was im übrigen bereits die ältere Literatur aufwies), daß der Hansa-Bund die seit 1913 unübersehbare Radikalisierung weiter Teile der alten Führungsschichten im sog. Kartell der schaffenden Stände nach rechts nicht mitmachte, im Gegenteil sich als Gegenpol im Lager des liberalen Bürgertums empfahl. Andererseits rückte der Bund selbst 1913/14 bei der Debatte um das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten aufgrund der Beschlüsse seines Industrierates unübersehbar nach rechts, was seine Integrationskraft vor allem mit Blick auf die in ihm so stark vertretene Gruppe der Angestellten auf eine harte Belastungsprobe stellte.

Mielkes These vollends von der relativen Offenheit der innenpolitischen Gesamtsituation in Deutschland vor Kriegsausbruch vermag nicht zu überzeugen, auch wenn man anerkennen möchte, daß der Grad der innenpolitischen Polarisierung z. T. überbetont worden ist. Die These von der »Koalition im Werden«, d. h. die Anzeichen für eine sog. Konzeption der Mitte, die womöglich den Interfraktionellen Ausschuß von 1917/18 bzw. die Weimarer Koalition antizipiert hätte, wird andererseits überschätzt. Das zeigt die innenpolitische Entwicklung nach 1914 sehr deutlich: Der Hansa-Bund wurde immer einflußloser, seine Integrationskraft zerbrach, so daß er schließlich weitgehend als Interessenorganisation von Groß- und Überseehandel sowie der Großbanken eine relativ bescheidene Rolle spielte.

Die Konzeption der liberalen Mitte war, wenn nicht bereits mit dem Rechtsabmarsch der Schwerindustrie 1911, so doch endgültig mit der Gründung des Kartells der schaffenden Stände politisch ein totgeborenes Kind; der Zusammenhalt von Schwerindustrie, Landwirtschaft, gewerblichem Mittelstand auf seinem rechten Flügel, Teilen des nationalen Bildungsbürgertums, im Verein mit Bürokratie und Militär in Preußen, verfestigte sich nämlich im Kriege noch weiter und führte mit der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei im Herbst 1917 zu einer breiten außerparlamentarischen Sammlungsbewegung mit proto-faschistischen Zügen, der gegenüber der Hansa-Bund nicht aufkam. Kennzeichnenderweise spielte er nicht einmal in der Gegengründung zur Vaterlandspartei, dem Volksbund für Freiheit und Vaterland, eine Rolle. An dieser Stelle macht sich der enge Untersuchungszeitraum im negativen Sinne bemerkbar; hinzu kommt, daß Mielke in der — späten — Buchfassung so wichtige Darstellungen wie die Arbeit von D. Guratzsch über Alfred Hugenberg und die westliche Großindustrie (1974) oder die große Arbeit von K. Saul, die viele neue Einblicke in die Sozialpolitik im Unternehmerlager einschließlich des Hansa-Bundes (und damit für die Arbeiter- und Angestelltenpolitik des Bundes) vermittelt (ebenfalls 1974 erschienen), nicht berücksichtigt hat. Die verarbeitete Literatur geht nämlich, zum Schaden der Studie, kaum über das Jahr 1972 hinaus.

Die Arbeit von *J. C. Hunt* über die Deutsche Volkspartei in Württemberg und in Süddeutschland 1890—1914 ist dem Spektrum der Arbeit Mielkes über den Hansa-Bund insofern verwandt, als auch hier, am Beispiel einer regionalen Partei, neuerlich Möglichkeiten und Widerstände linksliberaler Politik im Kaiserreich ausgelotet werden. Die Studie folgt der insbesondere im angelsächsischen Bereich feststellbaren Wissenschaftsstrategie, sich anstelle von globalen Großthemen stärker auf kleinere, überschaubare Einheiten und Bereiche zu

konzentrieren. In dieser Perspektive ist gerade die Lokal- und Regionalgeschichte des Kaiserreiches in den letzten Jahren besonders von englischen Historikern vorangetrieben worden: Zu denken wäre etwa an David Blackbourns Studie über das Zentrum in Württemberg (Cambridge, Ph. D. 1976), Ian Farrs Aufsatz über die Bauernvereine in Bayern (in: J. Evans [ed.], Society and politics in Wilhelmine Germany, London/New York 1978) oder etwa Dan S. Whites Buch über »Hessen and the Reformulation of National Liberalism 1880—1884« (Ph. D. Harvard 1966).

Hunt gliedert seine Arbeit in 2 Hauptteile: der erste — nach einer (allzu) knappen Analyse der Entwicklung Süddeutschlands, speziell Württembergs, im 19. Jahrhundert — behandelt Gründung und Organisation, soziale Struktur und das Verhältnis des demokratischen Liberalismus (Volkspartei in Württemberg; Deutsche Volkspartei in Baden, Frankfurt, Bayern) zur Regierung in Württemberg (S. 23—70). Ein zweiter Teil analysiert die Partei im Kräftefeld von Bündnispolitik und politischem Abwehrkampf von rechts bis links (S. 71—166). Eine Zusammenfassung über die Rolle der Partei im Kaiserreich und die Chancen demokratisch-liberaler Politik (S. 167—179) beschließt das Buch, dem eine deutsche Zusammenfassung der hauptsächlichen Ergebnisse auf 4 Seiten beigegeben ist.

Diese Gliederung ist reichlich konventionell, vor allem, wenn man in Rechnung stellt, daß sich Hunt in vielen Kapiteln (bes. Kap. II—IV) vielfach mit dem Buch von Klaus Simon über die württembergischen Demokraten (1890—1920, veröffentlicht im Jahre 1969) thematisch eng berührt; Überschneidungen und Interpretationen ähnlicher Reichweite sind öfter anzutreffen, auch wenn sich Hunt stärker auf die Landespolitik konzentriert und andererseits Simons Schwerpunkt eher in der Reichspolitik (und in der Kriegszeit) liegt.

Gegenüber Simon bringt diese Studie vor allem viele neue, bisher unbekannte Details der Parteientwicklung in den 1880er und 1890er Jahren, was jedoch entschieden auf Kosten der Lesbarkeit geht, vor allem auch deswegen, weil Hunt im Gegensatz etwa zu Simon weitgehend auf die argumentative Zusammenfassung und explizite Thesenbildung verzichtet hat. Die äußerst punktuelle Detailanalyse droht teilweise einfach den Text zu überwuchern. Das gilt insbesondere auch für die akribische Analyse der sozialen Basis der Partei: zumeist kleinere Gewerbetreibende, insbesondere Gastwirte, und Bauern, z. T. auch Angestellte sowie Teile des Bildungsbürgertums (typische Aufsteigerschichten wie etwa Volksschullehrer), wohingegen sich die höheren Beamten, das ältere Bildungs- und Besitzbürgertum, vor allem auch die Hochschullehrer, eher fernhielten und sich bei der gegnerischen Deutschen Partei (seit 1908: Nationalliberale Partei Württembergs) organisierten. Das Sozialprofil wird treffend als das einer Partei »of the small cities, towns and countryside« (S. 56) umschrieben; ihm entsprachen Stil und Richtung der Agitation der Partei, etwa im Gegensatz zu den Frankfurter Demokraten. Neuland betritt Hunt vor allem im Kapitel II, wo er die Gegengruppen Revue passieren läßt, die z. B. Simon gemäß der Anlage seiner Arbeit nur mit wenigen Sätzen gestreift hatte: den politischen Katholizismus (seit 1895 unter Gröber erst als selbständige politische Partei auftretend), den konservativen Bauernbund als Filiale des Bundes der Landwirte, die Deutsche (Nationalliberale) Partei und schließlich die württembergische Sozialdemokratie. Diese Partien sind z. T. kleine Monographien in sich; gerade angesichts der hier auch geleisteten Detail- und Kärrnerarbeit fällt doppelt auf, daß die gewerblichen Verbände wie etwa der Handelsvertragsverein (seit 1900), der Hansa-Bund mit seiner württembergischen Filiale, der Schutzverband gegen agrarische Übergriffe (1895), aber auch der Verband Württembergischer Industrieller entweder nur marginal vertreten sind oder überhaupt nicht vorkommen. Vergleichbares gilt für den Sektor der Verbände des Neuen bzw. des Alten Mittelstandes.

Die abschließende Zusammenfassung (des Autors) zeigt noch einmal Reichweite und Grenzen dieser Regionalstudie: Bei seinen erstmals stark generalisierenden Urteilen, so z. B. über die Chancen zur Parlamentarisierung der Reichsverfassung vor 1914, schießt der Verfasser

entschieden über das Ziel hinaus, obwohl er doch gerade vorher gezeigt hatte, wie unscharf die Orientierung der liberalen Mitte — zwischen Volkspartei und Nationalliberalen — geblieben war. Im Detail liegen Stärken und Schwächen dieses Buches gleichermaßen beschlossen (Ein Personenregister hätte sicherlich dabei geholfen, Personen und Organisationen zu erschließen).

Dieter Langewiesche

Das Deutsche Kaiserreich — Bemerkungen zur Diskussion über Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands

> »Als dieser Krieg ausbrach, konnte empfunden werden, daß der deutsche Staat, wie er ist, von deutscher Geistesart vieles aufgenommen habe, und soweit der Geist überhaupt nationalen Zusammenhang und nationale Bestimmtheit spürte, das heißt: sich noch nicht entschieden demokratisch internationalisiert fand, konnte er sich gefühlsmäßig an diesen so furchtbar bedrohten Staat anschließen«. Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, 1918.

> »Durch Kriege entstanden, konnte das unheilige Deutsche Reich preußischer Nation immer nur ein Kriegsreich sein. Als solches hat es, ein Pfahl im Fleische der Welt, gelebt, und als solches geht es zugrunde.«
> Thomas Mann, Deutschland und die Deutschen, 1945.

Das Erscheinungsbild der Vergangenheit, so lehren nicht nur diese Thomas-Mann-Zitate, kann durch die »Nachgeschichte« völlig verändert werden. Als eine solche Transformationsphase, die neue Deutungen von Vergangenem provozierte, wirkte die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, denn die Erforschung der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts steht in starkem Maße im Banne dieser Zeit. Dies gilt auch für die neuere Forschung zum deutschen Kaiserreich. Die Frage nach den parlamentarischen und demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten des kleindeutschen Nationalstaats war und ist — bewußt oder uneingestanden — stets auch eine Frage nach der »Vorgeschichte« des nationalsozialistischen Deutschland, nach den Kontinuitätslinien, die möglicherweise auf 1933 zulaufen.
Die Legitimität einer solchen Blickrichtung wurde unter Historikern kaum angezweifelt, wohl wurde über die sachliche Angemessenheit einzelner Kontinuitätskonstruktionen z. T. sehr heftig gestritten. Die Kontroverse um Fritz Fischers Werke zum 1. Weltkrieg[1] und die scharfen Kritiken an Wehlers Kaiserreich-Buch[2] markieren Höhepunkte in diesem Streit um tatsächliche oder vermeintliche Kontinuitätslinien in der jüngsten deutschen Geschichte. Kürzlich wurde diese Diskussion nicht nur verschärft, sondern zugleich auf eine neue Ebene gehoben. Denn Thomas Nipperdey unternahm in seinem Aufsatz »1933 und die Kontinuität

1 Vgl. *Arnold Sywottek,* Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik, in: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts.* Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, hrsg. von *Imanuel Geiss* und *Bernd Jürgen Wendt* unter Mitarbeit von *Peter-Christian Witt,* Düsseldorf 1973, S. 19 ff.

2 *Hans-Ulrich Wehler,* Das deutsche Kaiserreich 1871—1918, Göttingen ³1977. Die Kritiken sind genannt in: *ders.,* Kritik und kritische Antikritik, in: HZ 225, 1977, S. 347 ff; vgl. auch den Literaturbericht von *Alf Lüdtke,* Staatsstreich oder Krieg: Zum Deutschen Kaiserreich von 1871, in: Neue Politische Literatur 18, 1973, S. 309—358; letzte Stellungnahme Wehlers in: *ders.,* Krisenherde des Kaiserreichs 1871—1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen ²1979, S. 9—13.

der deutschen Geschichte[3]« — auch hier, wie stets in seinen bedeutenden Kritiken, engagierter und polemischer Streiter für die »Objektivität« in der Geschichtswissenschaft — den Versuch, jeder »Kontinuitätstheorie«, wie er es nennt, letztlich die Wissenschaftlichkeit abzusprechen. Nipperdey leugnet Kontinuitätslinien zwar nicht, doch 1933 bedeutet ihm »eine neue Kombination von Kontinuitäten«, die aus der Vorgeschichte nicht einfach ableitbar ist, sondern »etwas Neues[4]« schuf. Im nächsten Schritt schränkt Nipperdey dann jedoch die wissenschaftliche Legitimität der Frage nach Kontinuitätslinien in der deutschen Geschichte, aus denen heraus 1933 erklärbar werden kann, noch weiter ein, ja, er verneint letztlich die Legitimität der Kategorie »Vorgeschichte« in der historischen Forschung, sei es der Vorgeschichte von 1933 oder einer anderen historischen Zäsur. Vergangenheit, so Nipperdey, sei stets mehr und anderes als Vorgeschichte. Die Geschichte des Wilhelminischen Deutschland etwa lasse sich zwar als Vorgeschichte des nationalsozialistischen Deutschland schreiben, aber auch als Vorgeschichte der sozialliberalen Koalition oder als Vorgeschichte der Umweltgefährdung. Und es ließen sich eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten konstruieren.

Jede dieser Kontinuitätskonstruktionen deformiere letztlich die Vergangenheit, da Entwicklungsmöglichkeiten abgeschnitten werden. Es geht Nipperdey, wie auch in seinen früheren Aufsätzen[5], um die Rettung des Eigenwerts historischer Phänomene, die nicht zur Funktion oder zur Vorgeschichte von irgend etwas verfälscht werden sollen. Die Einsicht in die widerspruchsvolle Vieldeutigkeit der Vergangenheit, in die vielseitige Offenheit jeder historischen Epoche — diese Grunderkenntnis des Historismus sieht Nipperdey bedroht durch das, was er Kontinuitätshistorie nennt.

Dennoch betont auch Nipperdey die Notwendigkeit, nach Kontinuitäten zu fragen. Wie dies mit seinem Verdikt über die Kontinuitätshistorie, die vergangene Wirklichkeiten deformiere, zu vereinbaren ist, wird bei Nipperdey nicht recht deutlich — es sei denn, man akzeptiert seine Deutung, jede Vergangenheit sei ein »Netzwerk von Vorgeschichten, sinnvoller und legitimer Vorgeschichten[6]«, die sich wechselseitig relativieren.

Nipperdeys engagiert-polemische Plädoyers zur Verteidigung historistischer Grundeinsichten habe ich stets als sehr anregend und wichtig, ja unentbehrlich empfunden, zeigten sie doch grundlegende Schwächen einer Geschichtsschreibung auf, die sich ihrer Gewißheit über den »richtigen« Geschichtsverlauf, der in Deutschland verfehlt wurde, allzu sicher war und allzu selbstgerecht der »Lust an der Ermordung der Großväter« nachgab, wie Nipperdey das einmal scharfzüngig formuliert hat[7]. Doch sein Rückzug auf ein Netzwerk von sinnvollen historischen Kontinuitäten, die jeweils ihre eigene Geltungskraft besitzen und durch andere Kontinuitätslinien relativiert werden, scheint mir zur Kapitulation vor einer der wichtigen Aufgaben des Historikers zu führen: längerfristige historische Prozesse zu analysieren. Wer — wie Nipperdey — meint, man könne die »Geschichte der wilhelminischen Zeit als Vorgeschichte der sozial-liberalen Koalition« und »wer weiß wie noch« schreiben — so seine Formulierung[8] —, der verneint damit doch wohl jede Möglichkeit, eine sinnvolle Hierarchie von Vorgeschichten zu konstruieren, der leugnet letztlich die Prozeßhaftigkeit der Geschichte, und er leugnet die Möglichkeit, die Bedingungen wissenschaftlich aufzuhellen, warum im Geschichtsprozeß bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten verwirklicht wurden, andere hingegen, die sich auch aufzeigen lassen, nicht. Wer 1933 und die sozialliberale Koalition oder »wer weiß was noch« als Fluchtpunkte einer Deutung des kaiserlichen Deutschland gleichgewichtig nebeneinander stellt, der läuft Gefahr, die unvergleichbare historische Bedeutung des

3 HZ 227, 1978, S. 86 ff.
4 Ebda., S. 101.
5 Siehe seine Aufsatzsammlung: Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976.
6 HZ 227, 1978, S. 108.
7 Historismus und Historismuskritik heute, in seiner Aufsatzsammlung (wie Anm. 5), S. 65.
8 Wie Anm. 6.

Jahres 1933 zu verfehlen. 1933 als Betriebsunfall in der deutschen Geschichte wird wieder zu einer denkbaren Erklärung. Nipperdey selbst verwirft eine solche Deutung, sein methodischer Ansatz scheint sie jedoch zu ermöglichen.

Ich halte deshalb gegen Nipperdey daran fest, daß es wissenschaftlich legitim und sinnvoll ist, die Geschichte des kaiserlichen Deutschland auch unter der Perspektive seiner Nachgeschichte, und das heißt eben auch: unter der Perspektive des Jahres 1933 zu untersuchen — wenngleich mit Nipperdey gegen einen gewichtigen Teil der neueren Literatur zu betonen ist, daß die Geschichte des kaiserlichen Deutschland nicht in der Nachgeschichte aufgeht und nicht als bloße Vorgeschichte von späterem gedeutet werden kann.

Unterschiedliche, z. T. konträre methodologische Grundpositionen trugen zu den schroffen Fronten in der gegenwärtigen Forschung zum deutschen Kaiserreich bei. Sollte ein Nicht-Historiker auf den Gedanken kommen, sich von Historikern über die Bismarckzeit und über das Wilhelminische Deutschland unterrichten zu lassen, so kann das nur mit Verwirrung enden. Er muß den Eindruck bekommen, daß die Historiker im Zeitraum zwischen 1871 und dem Beginn des ersten Weltkriegs mehrere deutsche Nationalstaaten entdeckt haben, die untereinander nur geringe Ähnlichkeiten aufwiesen.

Neben der Deutung, daß Deutschland einen stillen Verfassungswandel in Richtung Parlamentarisierung und Demokratisierung durchlief, unterbrochen erst durch den Beginn des ersten Weltkrieges und dann durch den Ausbruch der Revolution von 1918/19, steht die entgegengesetzte Auffassung einer unkorrigierbaren Fehlentwicklung, deren Anfänge unterschiedlich weit zurückverlagert werden.

Betrachten wir zunächst dieses zweite Deutungsmuster, das ungeachtet der vielfachen Nuancen den kleindeutschen Nationalstaat als eine Totgeburt charakterisiert, ohne Entwicklungschancen in Richtung parlamentarische Demokratie. Etliche Autoren sehen — wie schon Rudolf Stadelmann[9]— die erste, grundlegende Weichenstellung, die zu einem deutschen Sonderweg in die industriestaatliche Moderne geführt habe, in der fehlgeschlagenen bürgerlichen Revolution von 1848/49 — so Wehler, Winkler, Puhle und Kocka, um nur einige der bekanntesten Namen der mittleren Historikergeneration der Bundesrepublik zu nennen[10]. Als »zweite große Wendemarke« gilt vielfach der preußische Verfassungskonflikt der 1860er Jahre, durch dessen Ausgang die »politische Ohnmacht des Bürgertums — bis 1918[11]« besiegelt worden sei. Die Nationalstaatsgründung selbst erscheint in dieser Perspektive nur noch als Bestätigung des zuvor Angebahnten, Ergebnis eines erneuten »Vabanquespiels großpreußischer Risikopolitik[12]«. Noch größeres Gewicht wird in der neueren Literatur dieses

---

9 Deutschland und die westeuropäischen Revolutionen, in: *Rudolf Stadelmann,* Deutschland und Westeuropa, Laupheim 1948, S. 11 ff.

10 *Wehler,* Kaiserreich, S. 30; *Heinrich August Winkler,* Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 162; *Hans-Jürgen Puhle,* Von der Agrarkrise zum Präfaschismus. Thesen zum Stellenwert der agrarischen Interessenverbände in der deutschen Politik am Ende des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1972, S. 52; *Jürgen Kocka,* Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890—1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977, S. 310 u. ö.

11 *Wehler,* Kaiserreich, S. 31; vgl. als Zusammenfassung der Forschungslage *Rainer Wahl,* Der preußische Verfassungskonflikt und das konstitutionelle System des Kaiserreichs, in: *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815—1918),* hrsg. von *Ernst-Wolfgang Böckenförde* unter Mitarbeit von *Rainer Wahl,* Köln 1972, S. 171 ff.

12 *Wehler,* Kaiserreich, S. 35. Zur noch nicht voll ausgetragenen Kontroverse um Genesis und Funktionen der Einigungskriege — diese beiden Aspekte wurden dabei zu wenig auseinandergehalten — s. *Eberhard Kolb,* Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970 sowie *Josef Becker,* Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik 1866—1870, in: *Das Kaiserliche Deutsch-*

Deutungsmusters auf die sog. Zweite Reichsgründung gelegt, durch die 1878/79 im Zeichen des Solidarprotektionismus von Hochofen und Egge die konservative Fundierung des deutschen Nationalstaats endgültig erfolgt und das liberale Bürgertum aus seiner Rolle des ohnehin nur einflußarmen Juniorpartners entlassen worden sei[13].

Die weiteren Entwicklungsetappen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands werden auch von den Verfechtern dieses Deutungsmusters unterschiedlich angesetzt. Da Bismarck zu Recht als Verfassungsfaktor sui generis gilt, wird vielfach das Jahr 1890 als Einschnitt gewertet, mit dem das »bonapartistische Diktatorialregime« Bismarcks (Wehler) zu Ende ging und etwas Neues begonnen habe, das mit sehr unterschiedlichen Begriffen belegt wird[14].

Der 1884 einsetzende deutsche Kolonialerwerb, von Wehler als manipulativer Sozialimperialismus gedeutet[15], und das antiliberale Kartell von 1879 gelten als Spielarten einer konservativen Sammlungspolitik der »schaffenden Hände«, die auf die Wilhelminische Zeit vorausweise und die »Basis der Reichspolitik bis 1918[16]« gebildet habe. Dirk Stegmann, der die Sammlungspolitik als globales Erklärungsmuster für die Politik der Wilhelminischen Zeit mit besonderem Nachdruck hervorgehoben hat, spricht der Miquelschen Neuauflage der Sammlungspolitik seit 1897 sogar ausdrücklich die Bedeutung einer »Art dritter Reichsgründung« zu[17]. Puhle, der die Wirksamkeit der Sammlungspolitik reservierter beurteilt, bietet dagegen die Jahre 1890—1893 als »mögliche Periodisierungsgrenze für die deutsche Innenpolitik[18]« an, da 1890 im Gefolge der kulminierenden Agrarkrise der alte Konservatismus zerfiel und ein neuer radikaler Konservatismus entstand, der das Manipulationsinstrument des plebiszitären Appells an die Öffentlichkeit auch gegen die zögernde Regierung einsetzte. Geoff Eley[19]

---

land. Politik und Gesellschaft 1870—1918, hrsg. von *Michael Stürmer,* Düsseldorf 1970, S. 75 ff.

13 Mit besonderem Nachdruck versuchte *Helmut Böhme,* dem Reichsgründungsjahr 1871 den Charakter einer Epochengrenze zu nehmen: Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848—1881, Köln ²1972; *Probleme der Reichsgründungszeit 1848—1879,* hrsg. von dems., Köln 1968; *Die Reichsgründung,* hrsg. von dems., München 1967; vgl. *Ivo Lambi,* Free Trade and Protection in Germany 1868—1879, Wiesbaden 1963.

14 Zur Deutung, daß das Bismarcksche System 1890 »objektiv erschöpft« gewesen und nicht nur wegen des politischen Abgangs Bismarcks zusammengebrochen sei, vgl. insbes. *Wolfgang Sauer,* Das Problem des deutschen Nationalstaats, in: *Moderne deutsche Sozialgeschichte,* hrsg. von *Hans-Ulrich Wehler,* Köln ³1970, S. 409 ff., Zitat S. 433.

15 Vgl. als Grundlage etlicher Aufsätze: *Wehler,* Bismarck und der Imperialismus, Köln ³1972. Von den zahlreichen abweichenden Positionen ist m. E. besonders anregend *Peter Hampe,* Die »ökonomische Imperialismustheorie«. Kritische Untersuchungen, München 1976; *ders.,* Sozioökonomische und psychische Hintergründe der bildungsbürgerlichen Imperialismusbegeisterung, in: *Das wilhelminische Bildungsbürgertum.* Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, hrsg. von *Klaus Vondung,* Göttingen 1976, S. 67 ff.

16 *Wehler,* Kaiserreich, S. 68.

17 *Stegmann,* Wirtschaft und Politik nach Bismarcks Sturz. Zur Genesis der Miquelschen Sammlungspolitik 1890—1897, in: Deutschland in der Weltpolitik (Anm. 1), S. 161 ff., hier: S. 183; vgl. *ders.,* Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Köln 1970. Grundlegend für diese Deutung: *Eckart Kehr,* Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894—1901, Berlin 1930.

18 *Puhle,* Agrarkrise, S. 51; vgl. *ders.,* Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich 1893—1904, Bonn-Bad Godesberg ²1975; s. neuerdings zum Agrarbereich *Jens Flemming,* Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890—1925, Bonn 1978.

19 Die »Kehrites« und das Kaiserreich: Bemerkungen zu einer aktuellen Kontroverse, in: Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, S. 91 ff., Zitate S. 94, 105. Kritik an Eleys pauschalen Vorwürfen bei *Hans-Jürgen Puhle,* Zur Legende der »Kehrschen Schule«, ebda., S. 108 ff.

schließlich polemisierte jüngst gegen alle »Kehrites« — ein von ihm sehr weit gefaßter Kreis von Historikern, denen die »Idee der Sammlungspolitik« zu einer »Art gedanklicher Talisman« geworden sei und die er zu Unrecht pauschal auf das Jahr 1897 als Entwicklungszäsur festlegen will. Er selbst offeriert die 1890er Jahre als Einschnitt, da sie am »Anfang einer Periode starker politischer Gärung« standen, die zu »geradezu tektonischen Verschiebungen an der Basis des politischen Systems« geführt haben. Daneben bietet er mit Blick auf die »Formen eines erfolgreichen Konservatismus« die »Periode 1908—1914« als besonders untersuchungswürdig an. An Vorschlägen für Perioden, Epochen und Zäsuren gibt es in der neusten Literatur also keinen Mangel[20].

Im Vergleich zu dieser Fülle von Periodisierungsvorschlägen vertritt die DDR-Historiographie ein eher traditionelles Schema, in dem die Reichsgründung als *die* säkulare Entwicklungszäsur erscheint. Die Zeit zwischen 1789 und 1871 gilt als »eine Epoche des revolutionären Übergangs von einer Gesellschaftsordnung zur anderen[21]«. Im Unterschied zu früheren Periodisierungen markiert die Revolution von 1848/49 nun nicht mehr den Abschluß einer älteren, sondern den Auftakt einer neuen Phase, die bis zur Reichsgründung von 1871 angesetzt wird. 1871 — so heißt es — wurde in Deutschland der »Wechsel zweier Ausbeuterordnungen«, der »Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus« vollendet, denn die kapitalistische Entwicklung bedürfe stets der »nationalstaatlichen Zentralisation[22]«.

Noch deutlicher als bei den Periodisierungsversuchen treten in der Begrifflichkeit, die für das politische System verwendet wird, die kritische Neu- und Uminterpretation der Geschichte des Kaiserreichs und zugleich die verwirrende Unklarheit zutage, durch die diese Uminterpretation noch gekennzeichnet ist. Wehlers Anwendung des Marxschen Bonapartismusmodells[23], entwickelt am Staatsstreich Louis Napoleons von 1851, auf das politische System der Bismarckzeit wirkte in Teilen der bundesrepublikanischen Forschung meinungsbildend. Wehler definiert Bonapartismus als eine Herrschaftsform, die typisch sei für eine »relativ frühe Phase der Industrialisierung«, in der vorindustrielle Eliten noch starke Positionen besetzten, das Bürgertum zwar an Stärke gewann, aber bereits durch die Emanzipationsbewe-

---

20 Weitere Periodisierungsvorschläge, über die eine Arbeitsgruppe zum Thema »Organisierter Kapitalismus« keine Übereinkunft erzielte, in: *Organisierter Kapitalismus.* Voraussetzungen und Anfänge, hrsg. von *Heinrich August Winkler,* Göttingen 1974, S. 215 f. Zur Kritik an dieser Konzeption s. zuletzt *Volker Hentschel,* Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Organisierter Kapitalismus und Interventionsstaat? Stuttgart 1978.

21 *Walter Schmidt,* Zu einigen Problemen der bürgerlichen Umwälzung in der deutschen Geschichte, in: *Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789—1871.* Karl Obermann zum 70. Geburtstag gewidmet, hrsg. von *Helmut Bleiber* unter Mitwirkung von *Günther Hildebrandt* und *Rolf Weber,* Berlin [DDR] 1977, S. 1 ff., Zitat S. 3. Die DDR-Forschung läßt die bonapartistische Phase 1890 enden, da mit »der Herausbildung einer *revolutionären Massenpartei* des Proletariats [...] die Existenzbedingungen und -möglichkeiten für den Bonapartismus als Herrschaftssystem endgültig« verschwanden, ohne daß damit die Anwendung bonapartistischer Herrschaftstechniken aufhörte; vgl. *Bismarcks Sturz.* Zur Rolle der Klassen in der Endphase des preußisch-deutschen Bonapartismus 1884/85 bis 1890, von einem Kollektiv unter Leitung von *Gustav Seeber,* Berlin [DDR] 1977, Zitat S. 392.

22 *Ebda.,* S. 12, 4. *Schmidt* hatte schon zur Vorbereitung des DDR-Historikerkongresses von 1977 diese neue Deutung der Entwicklungsphasen zwischen 1789 und 1871 publiziert: Bourgeoisie, Arbeiterklasse, Volksmassen in den Kämpfen um die Wege der bürgerlichen Umgestaltung, in: ZfG XXV, 1977, S. 1178 ff.; vgl. auch *Horst Bartel,* Zur historischen Stellung der Reichsgründung von 1871 und zum Charakter des preußisch-deutschen Reiches, in: *Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung,* hrsg. von *dems.* und *Ernst Engelberg,* Bd. 2, Berlin [DDR] 1971, S. 1 ff.

23 Zu den weniger bekannten konservativen Bonapartismusvorstellungen vgl. *Lothar Gall,* Bismarck und der Bonapartismus, in: HZ 223, 1976, S. 618 ff. Zur Marxschen Deutung s. *Karl Marx,* Der 18te Brumaire des Louis Napoleon, in: *Karl Marx/Friedrich Engels,* Werke, Bd. 8, Berlin [DDR] 1960, S. 111 ff.

gung der Arbeiterschaft bedroht war. Von der Herrschaftsmethode her gesehen, habe es sich gehandelt »um eine Mischung von begrenztem Entgegenkommen einschließlich verblüffender Konzessionen an progressive Forderungen (Wahlrecht, Sozialpolitik, Wirtschaftsrecht) einerseits mit scharfer, unverhohlener Repression und Verfolgung der Gegner (Sozialistengesetz, Presseknebelung, Ausweisungen) andererseits, von Ablenkung des Emanzipationsdrucks nach außen durch eine militante Risikopolitik oder in den Imperialismus mit angedrohten (Staatsstreich, Nationalitätenmobilisierung) oder eingesetzten (Reichstagswahlrecht, Annexionen) revolutionären Mitteln[24]«.

Schon bei Wehler blieb — worauf Elisabeth Fehrenbach[25] hinwies — unklar, ob es sich bei dieser als Bonapartismus bezeichneten Herrschaft um eine Herrschafts*form* handelte, die sich vom konstitutionellen System ebenso unterschied wie vom parlamentarischen, oder ob Herrschafts*methoden* gemeint waren, die unterschiedlichen Herrschaftsformen aufgepfropft werden konnten. Unklar und schillernd blieben auch die von den verschiedenen Autoren verwendeten Begriffe[26]. Noch schillernder werden die begrifflichen Definitionsversuche und noch uneiniger sind sich die Neuinterpreten des deutschen Kaiserreichs bei der Charakterisierung des politischen Systems der Wilhelminischen Zeit. Wehler spricht von einer »autoritären Polykratie ohne Koordination[27]«, Stegmann diagnostiziert eine »neuerliche Verformung zum Klassenstaat der Besitzenden«, der die »parlamentarischen Versatzstücke im System des deutschen Konstitutionalismus[28]« weiter zurückgedrängt habe, und Puhle entdeckt gar einen »wilhelminischen Rest-Cäsarismus ohne Cäsar[29]«.

Die Literatur, die diesem Deutungsmuster folgt, produziert das Bild eines erstarrten, reformunfähigen politischen Systems, das spätestens im Reichsgründungsjahrzehnt über die deutsche Gesellschaft gestülpt wurde und auf den raschen sozialökonomischen Wandel nicht flexibel reagierte, so daß zwischen politischem System und sozialökonomischer Struktur Verwerfungen entstanden, die zu den Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus gehören. Dieses Bild hat den Vorzug, die Problemzonen im deutschen Kaiserreich schärfer als zuvor üblich herauszustellen, es hat aber m. E. auch eine Reihe von Schwächen:

1. Politik erscheint als ein permanenter Akt der Manipulation von oben herab. Nach Stürmers Darstellung etwa vollzog sich die deutsche Politik zur Zeit Bismarcks im »Dreieck von

---

24 *Wehler*, Kaisserreich, S. 65.

25 Bonapartismus und Konservatismus in Bismarcks Politik, in: *Der Bonapartismus.* Historisches Phänomen und politischer Mythos (Beiheft der Francia, Bd. 6), München 1977, S. 39 ff; vgl. auch die anderen Arbeiten in diesem Sammelband, ebenso die Diskussionsbeiträge zum Aufsatz von *Allan Mitchell* (Bonapartismus as a Model for Bismarckian Politics, in: Journal of Modern History 49, 1977, S. 181 ff.) von *Otto Pflanze, Claude Fohlen* und *Michael Stürmer.*

26 Frau *Fehrenbach* hat einen Katalog von Begriffen, der sich leicht erweitern ließe, zusammengestellt; *ebda.*, S. 39. Zum ebenfalls zeitgenössischen Cäsarismus-Begriff, den *Michael Stürmer* (Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871—1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus, Düsseldorf 1974) favorisiert, vgl. die interessanten Ausführungen des demokratischen Politikers *Ludwig Pfau*, Politisches und Polemisches, Stuttgart [1895]. *Heinrich August Winkler* (Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79, in: Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, S. 5 ff.) spricht vom »deutschen Ancien Régime« (S. 27). Vgl. auch *Dieter Groh,* Cäsarismus, in: *Geschichtliche Grundbegriffe.* Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von *Otto Brunner, Werner Conze* und *Reinhart Kosellek,* Bd. I, Stuttgart 1972, S. 726 ff.

27 *Wehler,* Kaiserreich, S. 69.

28 *Stegmann,* Wirtschaft, S. 184.

29 *Puhle,* Agrarkrise, S. 13. Puhle hat neuerdings die Phase der Anwendung »bonapartistischer Manipulationstechniken« bis in die Gegenwart ausgedehnt. »Bonapartismus« ist demnach nicht nur eine typische Erscheinung in einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsphase, sondern Signum der Moderne schlechthin; *Puhle,* Conservatism in Modern German History, in: Journal of Contemporary History 13, 1978, S. 689 ff., Zitat S. 717.

Staatsstreichdrohung, Parlamentarisierung und Revolutionsfurcht[30]«. Politische und sozialpolitische Reformen, die es immerhin auch gab, in Teilbereichen (Reichstagswahlrecht, Sozialversicherung) sogar in stärkerem Maße als in den westlichen Demokratien[30a], rechnet Stürmer dem »Programm des panem et circenses im Zeitalter der Hochindustrialisierung« zu, durchgeführt »mit den Mitteln des preußisch-deutschen Beamtenstaats«. Beherrscht wurde dieses Reich der Manipulation durch Bismarck, den »charismatischen Ersatzmonarchen«, dem Stürmer mehrfach ein »Meisterstück meinungssteuernder Staatskunst« bescheinigt[31]. Bismarck wird so zur — allerdings negativ gewendeten — genialen Gestalt, auch wenn Begriffe wie Bonapartismus oder Cäsarismus die personalistische Verengung, die der Begriff Kanzlerdiktatur besitzt, vermeiden sollen. Galt Bismarck der älteren Geschichtsschreibung vielfach als der bewunderungswürdige Außenpolitiker, der die Kunst des Spiels mit mehreren Bällen meisterhaft beherrschte, so wird er nun zum überragenden innenpolitischen Manipulator, der die deutschen Nationalliberalen ebenso kühl auf Nebenschauplätze des politischen Kampfes schickte, wie er in den älteren Darstellungen außenpolitische Gefahren an die europäische Peripherie ableitete[32].

Die Neuinterpretation des Kaiserreichs produziert nicht nur einen negativen Bismarckmythos, sondern leistet auch einer erneuten Personalisierung der Geschichtsdeutung Vorschub. Der Abgang Bismarcks von den Schalthebeln der Manipulation bereitet dieser Deutung der deutschen Politik einige Schwierigkeiten. Puhles Formel vom »wilhelminischen Rest-Cäsarismus ohne Cäsar« belegt dies deutlich. An die Stelle Bismarcks läßt man nun eine Mehrzahl konkurrierender Manipulatoren und Manipulationsstrategien treten. Sammlungspolitik, Staatsstreichdrohungen, Flottenpolitik, Sozialimperialismus, Weltpolitik, Politik der Diagonale seien als Stichworte genannt. Wie die Manipulationstechniken, die gar nicht zu bestreiten sind, tatsächlich gewirkt haben, wird jedoch nicht deutlich. Dazu müßten Studien vorhanden sein, die die Ebene der propagandistischen Auseinandersetzungen und Appelle in der Öffentlichkeit verlassen und in das Alltagsleben der Menschen eindringen. Nur auf dieser untersten Ebene wird sich zeigen lassen, was dazu geführt hat, daß nationalistische Verbände wie Flotten- oder Kriegervereine zu Massenorganisationen wurden. Möglicherweise stößt man hier auf einen Umbruch politisch-gesellschaftlicher Verhaltens- und Erwartungsmuster, der durch Manipulation von oben nicht hinreichend erklärt werden kann.

2. Das bisher vorgestellte Deutungsmuster der deutschen Politik ist in starkem Maße auf Preußen bezogen. Dem negativen Bismarckmythos entspricht ein ins Negative gewendetes borussisches Geschichtsbild. Die hegemoniale Position Preußens im deutschen Kaiserreich ist gewiß unbestreitbar, gleichwohl sollten die anderen deutschen Länder nicht nur als unbedeutende Anhängsel behandelt werden. In Süddeutschland war in weiten Bevölkerungsschichten das Bewußtsein verbreitet, einer anderen, demokratischer entwickelten politischen Kultur zuzugehören. Dies konnte skurrile Züge annehmen[33], es konnte zum resignativen Rückzug in die Politik des nicht-preußischen Deutschland führen[34], und es konnte sich bis zur Überzeu-

30 *Stürmer,* Regierung, S. 21.

30aVgl. dazu die Beiträge Nr. 1 und 7 in: *Soziale Innovation und sozialer Konflikt,* hrsg. von *Otto Neuloh,* Göttingen 1977.

31 *Stürmer,* S. 251, 23, 19.

32 Diese Bewunderung Bismarckscher Politik gehörte nicht nur zum Geschäft borussischer Historiker. Vgl. etwa die Charakterisierung Bismarcks durch *Heinrich Mann,* Ein Zeitalter wird besichtigt, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 8 f.

33 Ein Beispiel hierfür ist Moriz Mohl, der im verhaßten Berlin »auf den Straßen beinahe nur ärmlich gekleidete, erbärmlich dürre Leute« zu erblicken vermochte; vgl. dazu mit weiteren Belegen für ein süddeutsches Überlegenheitsgefühl *Dieter Langewiesche,* Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974, S. 412 f.

34 So etwa der württembergische Nationalliberale Julius Hölder, der sein gesamtes politisches Leben dem einen großen Ziel: Schaffung des deutschen Nationalstaats, gewidmet hatte und der sich dann

gung steigern, daß mit Preußen Deutschland nicht zu demokratisieren sei: Ceterum censeo Borussiam esse delendam, wie der württembergische Demokrat Ludwig Pfau zu sagen pflegte[35]. Um die Einordnung des bedeutsamen föderativen Elements des deutschen Staats- und Gesellschaftsaufbaus in die bonapartistisch-manipulativen Deutungsmodelle hat sich die Fornschung bislang kaum gekümmert. Die Bonapartismus-Konzeption scheint generell wenig geeignet zu sein, das Föderalismus-Problem[36] in angemessener Weise zu erfassen. Damit wird aber ein Teil der deutschen Wirklichkeit verfehlt.

3. Der behauptete hohe Erklärungswert des Bonapartismusmodells wird nicht zuletzt darin gesehen, daß dieses Modell nicht speziell auf Deutschland bezogen ist, sondern generell für Gesellschaften in einer bestimmten industriellen Entwicklungsphase gelten soll. In der Literatur wird vor allem auf analoge Entwicklungszüge in England, Frankreich und Italien verwiesen. Lothar Gall hob die Schwierigkeit hervor, die »angebliche Gleichzeitigkeit des Phänomens des Bonapartismus[37]« mit der Ungleichzeitigkeit der ökonomischen Entwicklung dieser Staaten vereinbaren zu können. Darüber hinaus wird man fragen müssen, wie ein Deutungsmodell mit der postulierten allgemeinen Gültigkeit die deutsche Sonderentwicklung erklären kann, die gerade auch von den Verfechtern dieses Modells stark betont wird. Besonders deutlich tritt dieser bislang unaufgelöste Widerspruch in der Studie von Michael Stürmer[38] hervor. Cäsarismus durchzog nach seiner Deutung als »Fluchtlinie die Wahlen, das Parlament, Parteien und Verbände und überschattete die politische Kultur«, erkennbar in der »Politik des Risikos im Innern wie nach außen[39], im Ausspielen der plebiszitären Gewalten gegen das Parteienparlament, in der Technik des equilibristischen Spiels zwischen den konkurrierenden Kräften und Gruppen im Innern, in der Geringschätzung der überkommenen Legitimität und dem Operieren mit der Hypothese des Belagerungszustands und der Staatsstreichdrohung«. Diese »neuartige Synthese traditionaler, rationaler und charismatischer Elemente« habe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die »Politik der europäischen Industriestaaten« überlagert: in Deutschland ebenso wie in Österreich, Italien, Frankreich und England. Inwieweit vor allem Italien und Österreich als Industriestaaten bezeichnet werden können, sei hier dahingestellt. Stürmer führt seinen vergleichenden Ansatz zwar nicht weiter aus, doch generell betrachtet er Cäsarismus als ein gesamteuropäisches Phänomen, das auf »vergleichbare politisch-soziale Brüche« hinweise. Falls mit diesen Brüchen die Probleme politischen und sozialökonomischen Wandels in der Hochindustrialisierung gemeint sind, so dürfte es schwerfallen, die postulierten Gemeinsamkeiten in den europäischen Staaten zu belegen. Die komparatistische Bewährung der Cäsarismus- oder der Bonapartismus-Konzeption, vor allem mit Blick auf die deutsche Sonderentwicklung, steht jedenfalls noch aus[40].

---

seit den ausgehenden 1870er Jahren in die Landespolitik zurückzog. Sein Tagebuch belegt das süddeutsche Sonderbewußtsein, das er in Gesprächen mit anderen, die ähnlich dachten, immer wieder bestätigt fand; *Das Tagebuch Julius Hölders 1877— 1880.* Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich, hrsg. von *D. Langewiesche,* Stuttgart 1977.

35 Politisches und Polemisches, S. 167.

36 Vgl. allgemein *Hans-Otto Binder,* Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871—1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation, Tübingen 1971; für die folgende Zeit s. die in Anm. 41 genannten Arbeiten *Rauhs.*

37 *Gall,* Bonapartismus, S. 631.

38 *Stürmer,* Regierung, S. 22, 23.

39 Daß Bismarcks Außenpolitik *auch* seit 1875 (Krieg-in-Sicht-Krise) *noch* eine Politik des Risikos gewesen sei, vergleichbar mit seinem innenpolitischen Kampfkurs, wird man auch bei Einbeziehung der neueren Studien zur deutschen Rußlandpolitik nicht behaupten können. Vgl. *Andreas Hillgruber,* Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972, S. 129 ff.

40 Die marxistisch-leninistische Historiographie zieht sich auf Lenins Deutung der »zwei Wege« zum Kapitalismus zurück: der revolutionäre französische und der deutsche Weg, der durch Reform und »Revolution von oben« gekennzeichnet sei. Vgl. mit weiterer Lit. *Schmidt* (Anm. 21), S. 7 ff.

Dezidierte Gegenpositionen gegen das vorgestellte Deutungsmuster sind in den letzten Jahren vornehmlich in Form kurzer Aufsätze vertreten worden, so daß eine detaillierte Auseinandersetzung noch ganz in den Anfängen steckt. Zur Zeit dominiert noch das polemische Abstecken von Positionen. Bislang wird man aber betonen müssen, daß die »kritischen« Neuinterpretationen den Vorteil der größeren Ausführlichkeit durch umfangreiche Studien auf ihrer Seite haben. Jüngst ist jedoch mit *Manfred Rauhs* Buch »Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches[41]« eine Arbeit erschienen, die sich ausführlich und auf breiter Quellengrundlage gegen alle Auffassungen von einer Blockierung der deutschen Innenpolitik wendet.
Bevor die m. E. wichtigsten Thesen Rauhs vorgestellt und Einwände dagegen vorgebracht werden, sei auf das hingewiesen, was mir — und nicht nur mir, wie einige Gespräche zeigten — die Lektüre dieses wichtigen Werkes schwer erträglich werden ließ: der unerhört arrogante Ton, mit dem Rauh alle Autoren, die anderer Meinung sind, abqualifiziert. Zu den unerträglichsten Abschnitten gehört das Vorwort. Da Rauh den »Anspruch« erhebt, mit seinen zwei Arbeiten »eine vollständige Theorie des reichsdeutschen Konstitutionalismus zu liefern« (S. 7), belehrt er gleich zum Auftakt den unwissenden Leser in einer langen Fußnote, was eine Theorie ist. Denn »in der heutigen Geschichtswissenschaft [sei] eine weit verbreitete Unklarheit über die Struktur und den Aufbau wissenschaftlicher Theorien anzutreffen« (S. 7). Damit ist es nun vorbei, dank dieser lehrreichen Fußnote.
Dann nimmt sich der Autor die »kritische Schule« vor, in die alles eingereiht wird, was ihm an »historiographischer Neuererbewegung« (S. 9) unterkommt. Nach Rauhs Darlegungen weiß man nun, daß der Anspruch dieser »Schule«, der »mit geradezu inquisitorischem Pathos und enormem pädagogischen Eifer« vorgebracht worden sei, seit der Grundlegung des »Kritizismus« durch Kant und Fichte in den »Bereich des Obskurantismus« (S. 9) gehöre. Die Liste der »Obskuranten«, die aus den Anmerkungen zusammengestellt werden kann, ist lang. In der Reihenfolge bei Rauh (S. 10 ff.): Wehler, Hans Boldt, Peter-Christian Witt, Klaus Saul, Puhle, Wolfgang Sauer, Dieter Groh, Volker R. Berghahn, Jürgen Kocka. Ein erheblicher Teil bundesrepublikanischer Geschichtsstudenten ist also, so muß man befürchten, verspäteten Opfern des Obskurantismus ausgeliefert, die — ausgestattet mit einer »Inklination zum gewaltsamen Umsturz, zur Revolution« (S. 10) — »seriöse Wissenschaftsauffassung« (S. 11) ständig verletzen: »Der klandestine Effekt aller solchen Unternehmungen ist immer derselbe: dem Umsturz von 1918 die Dignität einer gewissermaßen echten und vor allem einer notwendigen Revolution zu verleihen« (S. 11). In der »Selbstgenügsamkeit« (S. 12) dieser Historiker — falls man sie in dem Licht, das Rauh einem aufsteckt, als solche noch bezeichnen darf — dominiere »augenscheinlich der Wunsch nach einer volltönenden Formulierung stärker als der Wunsch nach eindringlicher Forschung« (S. 13).
Auch Wissenschaftler, die nicht der »kritischen Schule« zugeschlagen werden können, entgehen nicht dem Rauhschen Verdikt: Ernst Rudolf Hubers deutsche Verfassungsgeschichte, die man bei allen Einwänden doch wohl als monumentales Werk von überragendem Informationswert bezeichnen muß, trage für eine »seriöse Wissenschaftsauffassung« ebenso wenig bei wie die Werke der genannten Autoren. Die Seriosität läßt Rauh zwar nicht mit seinen eigenen zwei Büchern beginnen, aber sehr viel bleibt daneben nicht übrig. Formulierungen wie »erfindungsreiche Fehlinterpretation« (S. 35), »belanglos« (S. 36), »gänzlich verfehlte Interpretation« (S. 52), »abwegig« (S. 201), »Maximalismus, der stets in Gefahr schwebt, die Geschichtswissenschaft in nachträgliche Besserwisserei aufzulösen« (S. 202), »mindestens in theoretischer Hinsicht reichlich unnütz« (S. 291), »offenbar einigermaßen oberflächlich mit dem Material und den daraus zu gewinnenden Aufschlüssen umgegangen« (S. 297),

41 Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 60, Düsseldorf 1977 (533 S., Linson, 78 DM). Diese Studie setzt Rauhs Dissertation, die bis 1909 führt, zeitlich und thematisch bis 1918 fort; *Rauh*, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973. Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf Rauhs Arbeit von 1977.

»unzuverlässig und fehlerhaft« (S. 300), »in diesen staatsrechtlich diffizilen Dingen unzuverlässig und praktisch unbrauchbar« (S. 317)[42], »Folgerungen, um welche sich die wissenschaftliche Diskussion nicht weiter zu kümmern braucht« (S. 428) — solche Formulierungen gehören zum normalen Wortschatz Rauhs. Es ist reizvoll, sich Rauh als Verlagslektor vorzustellen. Die Hetze des Historikers durch die Fülle der Neuerscheinungen wäre endlich vorbei! Doch mitunter ist Rauh auch gnädiger. Beverly Heckarts Studie[43] ist immerhin eine »flüssig geschriebene«, aber eben doch eine »weithin unnütze Darstellung der parteipolitischen Landschaft vor dem Kriege« (S. 167). Und Witts Doktorarbeit zur Finanzpolitik[44] ist zumindest eine »beachtenswerte Faktenkompilation«, die aber leider »lediglich eine Faktenagglomeration bieten kann, die für die wirklichen Zusammenhänge und Entwicklungslinien wenig Verständnis aufweist« (S. 240). Kocka[45] — das sei betont, um Rauh nicht unfair auf lauter Totalverurteilungen festzulegen — »verdient eine Erörterung«. Doch auch ihm sei zu raten, daß es wohl das »Beste« wäre, »mit derlei verschwommenen und wissenschaftlich offenbar höchst dubiosen Begriffen nicht länger herumzuhantieren. Aber wie dem auch sei, Kocka bemüht sich jedenfalls, trotz der Unmöglichkeit einer vernünftigen Definition Hinweise auf den Klassencharakter zu geben« (S. 322).

Selbst wenn Rauh anderen Autoren auf die Schulter klopft, fällt dies noch arrogant-gönnerhaft aus: Stürmers Weimar-Buch[46] ist eine »nützliche Studie« (S. 481) und den »Sorgen Ritters« hofft Rauh durch das »verarbeitete Material abgeholfen« (S. 8) zu haben. Gerhard A. Ritter[47] hatte nämlich Rauhs These einer »stillen Parlamentarisierung des Bismarckreiches« als »voreilig« bezeichnet. Rauhs erstaunliche Zurückhaltung in diesem Fall mag verschiedene Motive haben. Vielleicht gehört auch ein wenig Opportunismus dazu. Das ist nicht negativ gemeint — im Gegenteil, Opportunismus kann auch ein erster Schritt zur Kultivierung von Umgangsformen bedeuten. Und genau dies scheint mir dringend geboten zu sein. Historikerfehden waren nie pingelig, auch in der Vergangenheit nicht. Polemik kann ja nützlich sein, wenn dadurch etwas in Bewegung gerät. Ab einem gewissen Grad dürfte Polemik jedoch mehr zur Verhärtung von Fronten als zu deren Abbau beitragen. Diesen schwer bestimmbaren Grad, von dem ab nützliche Polemik in beleidigende, die wissenschaftliche Arbeit Andersdenkender herabsetzende Wortwahl umschlägt, hat Rauh mit Sicherheit erheblich überschritten. Was in Nipperdeys Kritiken anregend war, ist bei seinem ehemaligen Assistenten nur noch arrogant. Die Forderung nach Objektivität in der Geschichtswissenschaft sollte tunlichst nicht im verbitterten Ton von enttäuschten Glaubenskämpfern vorgetragen werden.

All diese Vorbehalte, die sich auf Rauhs diskussionsfeindlichen und stellenweise beleidigenden Ton im Umgang mit Kollegen beziehen, sollen aber seine wissenschaftliche Leistung nicht in Abrede stellen. Er weist detailliert nach, in welchem Maße die Parteien im Vorkriegsjahrzehnt an politischem Gewicht zunahmen und der Reichstag zu einer Schaltzentrale der deutschen Politik wurde. Darüber hinaus behauptet er eine Tendenz der »Ver-reichung«, die das preußisch-hegemoniale Element stark in den Hintergrund gedrängt habe.

---

42 Bezogen auf die wichtige Edition von *Wilhelm Deist* (Hrsg.), *Militär- und Innenpolitik im Weltkrieg 1914—1918*, 2 Bde., Düsseldorf 1970.

43 From Bassermann to Bebel. The Grand Bloc's Quest for Reform in the Kaiserreich, 1900—1914, New Haven/London 1974; vgl. dazu *Jürgen Thiel*, Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Stuttgart 1976.

44 *Peter-Christian Witt*, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland, Lübeck/Hamburg 1970.

45 Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914—1918, Göttingen 1973.

46 Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924—1928, Düsseldorf 1967.

47 Entwicklungsprobleme des deutschen Parlamentarismus, in: *Gesellschaft, Parlament und Regierung.* Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, hrsg. von *G. A. Ritter*, Düsseldorf 1974, S. 11 ff., Kritik an Rauhs Dissertation S. 39 f.

Der Bundesrat, ein wichtiges institutionelles Bollwerk gegen eine Parlamentarisierung, verlor zugunsten des Reichstages an Gewicht. Verbunden war dieser Prozeß der Entmachtung des Bundesrats mit einer zunehmenden Bedeutungssteigerung der Reichsleitung, für die sich — als Reflex dieser Entwicklung — im Sprachgebrauch der Begriff »Reichsregierung« einbürgerte. War der Bundesrat ursprünglich vor allem ein Instrument der preußischen Hegemonialpolitik, so kehrte sich — nach Rauhs Darstellung — das Verhältnis Preußen — Reich im Zuge der Verselbständigung der Reichsleitung um: Preußen wurde nun vom Reich geführt, nicht umgekehrt. Die Bismarcksche Verfassungskonzeption kehrte sich also gegen Preußen, um dessen Eigenleben die preußischen Konservativen zu fürchten begannen, die deshalb Preußen in den Rang eines »normalen« Bundeslandes zurückstufen wollten. Damit waren — so Rauh — wichtige Voraussetzungen für eine Parlamentarisierung des Reichs geschaffen: Das parlamentarisierungsfeindliche Preußen war entmachtet, und es existierte eine von Preußen unabhängige Reichsregierung als Gegenpol des Parlaments, dessen gesteigerter politischer Gestaltungswille die Prinzipien konstitutioneller Regierungsweise sprengte. Zudem bahnte sich schon vor dem ersten Weltkrieg der für ein funktionierendes parlamentarisches System unerläßliche Mindestkonsens unter den Parteien an, seit die »Radikalität der SPD« als »eines der gravierenden Hindernisse für die Parlamentarisierung« (S. 188) durch das Wirken von Reformisten und Revisionisten beseitigt worden sei. Der elsaß-lothringischen Verfassungsreform komme in dieser Hinsicht »Präzedenzcharakter« (S. 235) zu: Liberale, Zentrum und Sozialdemokraten setzten sich gemeinsam mit der Regierung gegen die ablehnenden Konservativen durch.

Zentral in Rauhs Arbeit ist die These von der stillen Parlamentarisierung des Wilhelminischen Deutschland. Unter »stiller Parlamentarisierung« versteht er einen schrittweisen Lernprozeß, in dem die Leistungsfähigkeit des Parlaments zunimmt und die Bildung von Mehrheiten eingeübt wird. Das konstitutionelle System deutet er als eine Durchgangsstufe, die »automatisch den Prozeß der stillen Parlamentarisierung in Gang setzt« (S. 37). Der Wille zur Parlamentarisierung ist nach Rauh keine Voraussetzung für eine stille Parlamentarisierung. Dies ist eine wichtige Annahme, denn der fehlende Parlamentarisierungswille der deutschen Parteien, mit einer gewissen, aber keineswegs durchgängigen Ausnahme bei Sozialdemokratie und Linksliberalen, galt bisher stets als Argument gegen die Möglichkeit zur durchgreifenden Parlamentarisierung Deutschlands[48].

Ob Rauh die versprochene »vollständige Theorie des reichsdeutschen Konstitutionalismus zu liefern« (S. 7) imstande war, wird die künftige Forschung zeigen. Die Einlösung dieses hohen Anspruchs soll hier nicht vorschnell bestritten werden, wenngleich ich sie nicht zu sehen vermag. Hingewiesen sei aber auf zwei wesentliche Schwächen, die mir Rauhs Konzeption der stillen Parlamentarisierung generell aufzuweisen scheint:

1. Sein Hinweis auf eine analoge Entwicklung in England, die in Deutschland beschleunigt nachgeholt wurde, übersieht, daß sich die englische Parlamentarisierung unter ganz anderen Bedingungen vollzog, als sie im kaiserlichen Deutschland bestanden. Die stille Parlamentarisierung Englands geschah in einer Zeit, als Mobilisierung und Organisierung der Bevölkerung noch relativ gering ausgeprägt waren. Die parlamentarischen Spielregeln hatten sich in England durchgesetzt, *bevor* das Wahlrecht voll demokratisiert war, *bevor* sich die Parteien zu Massenorganisationen verfestigten, *bevor* sich die Gesellschaft in zahlreichen, mit den Parteien konkurrierenden Interessenverbänden organisierte, *bevor* eine eigenständige politische Arbeiterbewegung entstand. In Deutschland vermischten sich all diese Probleme mit dem Pro-

48 Vgl. dazu vor allem *Dieter Grosser,* Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, Den Haag 1970.

zeß der Parlamentarisierung. Auch in England wurde seit den 1890er Jahren bis zum ersten Weltkrieg die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems erheblich gestört und in wichtigen Bereichen gelähmt[49]. Die militante außerparlamentarische Frauenrechtsbewegung und vor allem das irische Problem seien als Beispiele genannt. Ob der Vorgang der stillen, d. h. der nicht-intentionalen Parlamentarisierung auch in gesellschaftlichen Umbruchsphasen so selbstverständlich ist, wie Rauh postuliert, kann zumindest bezweifelt werden. Die der Industrialisierungsgeschichte abgewonnene Einsicht der Wirtschaftshistoriker, daß »Spätkommer« nie vollständig die Vorbilder nachahmen müssen und daß zur Imitation der »Imitationswille« und die »Imitationsmöglichkeit« gehören[50], sollte zu denken geben.

2. Rauh blendet den nicht-parlamentarischen Raum weitgehend aus seiner Betrachtung aus. Damit übersieht er weitere Bereiche, die in Deutschland für die Parlamentarisierung andersartige Bedingungen schufen als in England. Das Militär z. B. besaß in Deutschland einen ganz anderen politischen und gesellschaftlichen Stellenwert als in England. Daß Staatsstreichdrohungen in Deutschland immer wieder aufkommen konnten, wäre ohne die spezifische Stellung des preußisch-deutschen Offizierskorps nicht denkbar. Rauh hingegen spricht von einer bereits starken Tendenz zum »Parlamentsheer« (S. 148), womit er eine m. E. unhaltbare Gegenposition zur bisherigen Forschung einnimmt[50a]. England besaß ein vergleichbares Militärproblem nicht.

Vor allem stellte sich in England nicht in vergleichbarem Maß eines der großen Kardinalprobleme der deutschen Gesellschaft in der Wilhelminischen Zeit: die Integration der Arbeiterbewegung. Die parlamentarische Spitze der Sozialdemokratie wurde zwar, wie Rauh einsichtig machen kann, zunehmend in den politischen Willensbildungsprozeß im Reichstag einbezogen. Doch unvermittelt daneben stand die ungebrochene Diskriminierung der Arbeiterbewegung im außerparlamentarischen Raum[51], die Gewerkschaften und sozialistische Kulturorganisationen vom »kleinen Sozialistengesetz« sprechen ließ. Mit dieser Diskriminierung korrespondierte der Aufbau einer sozialistischen Subkultur, durch die die weitgehende organisatorische Abschottung des sozialistischen Gesellschaftssektors vom nicht-sozialistischen verfestigt wurde. Diese sozialistische Subkultur hatte die gesellschaftliche Integration der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wider Willen oder besser gesagt: ungeplant zwar gefördert, doch die Auflösung dieser Subkultur zugunsten einer pluralistisch offenen Gesellschaft stand

---

49 Vgl. die differenzierten Erörterungen bei *Ritter* (Anm. 47); s. auch *ders.,* Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein verfassungsgeschichtlicher Vergleich, Tübingen 1962. Vielleicht etwas überpointiert werden die Schwierigkeiten der englischen Politik bei *Gustav Schmidt,* Parlamentarisierung oder »Präventive Konterrevolution«? Die deutsche Innenpolitik im Spannungsfeld konservativer Sammlungsbewegungen und latenter Reformbestrebungen 1907—1914; in: Gesellschaft (Anm. 47), S. 249 ff.

50 Vgl. etwa *Knut Borchardt,* Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1978, Zitate S. 40; s. insbes. *Alexander Gerschenkron,* Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive, in: *Industrielle Revolution.* Wirtschaftliche Aspekte, hrsg. von *Rudolf Braun u. a.,* Köln 1972, S. 59 ff.

50a Die Mentalität des deutschen Offizierskorps berücksichtigt Rauh gar nicht. Wie weit die »Feudalisierung« selbst in der »bürgerlichen« Marine ging, belegt u. a. *Holger H. Herwig,* Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1977.

51 Vgl. dazu insbes. *Klaus Saul,* Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903—1914, Düsseldorf 1974; s. auch *Horst Ueberhorst,* Frisch, frei, stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893—1933, Düsseldorf 1973. Daß auch breite Teile des protestantischen Klerus das Kaiserreich als Klassengesellschaft begriffen, belegte zuletzt *Günter Brakelmann,* Evangelische Pfarrer im Konfliktfeld des Ruhrbergarbeiterstreiks von 1905, in: *Fabrik — Familie — Feierabend.* Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, hrsg. von *Jürgen Reulecke* und *Wolfhard Weber,* Wuppertal 1978, S. 297 ff.

noch bevor[52]. Für die katholische Subkultur gilt in gemäßigter Weise ähnliches. Unter dieser Fragestellung sind bislang noch kaum Untersuchungen vorgelegt worden.

Versteht man unter Demokratisierung einen gesamtgesellschaftlichen Prozeß, der auf Verbesserung von Partizipationsmöglichkeiten in Staat und Gesellschaft für einzelne und für Gruppen zielt, so umschließt Parlamentarisierung nur einen Ausschnitt aus diesem umfassenderen Demokratisierungsvorgang. Es wäre sinnlos, sektoral begrenzten Studien ihre Begrenzung vorzuwerfen, doch man wird erwarten müssen, daß die Begrenzung reflektiert und die Entwicklungstendenzen in Teilbereichen nicht vorschnell auf das politisch-gesellschaftliche Gesamtsystem übertragen werden. In der fehlenden Einsicht in die Begrenztheit seines Untersuchungsobjekts sehe ich den Hauptmangel der Rauhschen Studie, der zu verzerrenden Wertungen führt. Rauh übersieht, daß Parlamentarisierung und Demokratisierung in anderen Gesellschaftsbereichen keineswegs stets parallel verlaufende Prozesse sind und das eine nicht notwendig das andere nach sich ziehen muß. Für das deutsche Kaiserreich gilt dies in besonderem Maße, denn die wichtigsten institutionellen Stützen des Obrigkeitsstaates blieben dem Demokratisierungsprozeß noch entzogen. Einige Stichworte müssen hier als Andeutungen genügen: Der Zugang zu gesellschaftlich respektablen Positionen im Militär und in der staatlichen Bürokratie wurde weiterhin nach Kriterien der politischen Orientierung sowie der sozialen und konfessionellen Herkunft von Bewerbern gefiltert, die Kirchen stabilisierten weiterhin die vordemokratische Ordnung, das staatliche Bildungswesen intendierte keineswegs die Vermittlung von demokratischen Leitvorstellungen und die Einebnung des sozial gestaffelten Bildungsgefälles, und die Justiz galt nicht nur Sozialisten als Instrument im Klassenkampf von oben.

Auch in diesen Bereichen müssen Auflockerungserscheinungen und regionale Differenzierungen gewiß beachtet und genauer als bislang untersucht werden, um nicht ein realitätsfernes Einheitsbild entstehen zu lassen. Die badische oder die württembergische Bürokratie kann sicherlich nicht mit der preußischen gleichgesetzt, der protestantische Klerus nicht durchgängig auf das Bündnis von Thron und Altar festgelegt werden, und die Volksschulen entließen nicht nur staatsfromme Untertanen. Die Wirksamkeit der nachweisbaren Manipulationsstrategien war begrenzt, und nicht überall, wo Demokratisierung verhindert wurde, kann dies dem Erfolg von Zähmungsversuchen zugeschrieben werden. Heinrich von Treitschkes Bekenntnis, es sei »keineswegs die Aufgabe der Gesellschaft, alle Menschen zum Genuß aller Güter der Cultur heranzuführen«, da »keine Kultur ohne Dienstboten«[53] denkbar sei, mußte seinen vielen Anhängern im nationalen Bürgertum nicht aufgezwungen werden. Oder um ein Beispiel aus einem anderen Bereich anzuführen: Der »innenpolitische Präventivkrieg«[54] in Form des Kulturkampfes, der nicht nur und wohl nicht einmal in erster Linie als ein Ergebnis Bismarckscher Manipulationskunst gedeutet werden kann[55], fand bereits 1886

---

52 Dies gilt auch noch für die Weimarer Zeit. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß die Sozialdemokratie »keine verläßliche Stütze des demokratischen Staates« (*Rauh*, S. 476 f.) gewesen sei. Dies widerspricht allem, was die neuere Forschung erarbeitet hat. Daß Rauh eine solche weitreichende Behauptung gewissermaßen im Vorbeigehen, ohne Auseinandersetzung mit der Fachliteratur, aufstellt, steht im merkwürdigen Kontrast zu seinen schroffen Urteilen über den Mangel an »seriöser Wissenschaftsauffassung«, den er bei anderen festzustellen vermeint.

53 *Heinrich von Treitschke*, Der Socialismus und seine Gönner (1874), in: *ders.*, Zehn Jahre deutscher Kämpfe, Bd. 2, Berlin[3] 1897, Zitat S. 137; *ders.*, Politik. Hrsg. Max Cornicelius, Bd. 1, Leipzig[3] 1913, Zitat S. 50.

54 *Heinrich Bornkamm*, Die Staatsidee im Kulturkampf, München 1960, S. 66.

55 Vgl. dazu zuletzt *Stürmer*, Regierung und Reichstag, sowie *Gustav Schmidt*, Die Nationalliberalen — eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870 — 1878, in: *Die deutschen Parteien vor 1918*, hrsg. von *Gerhard A. Ritter*, Köln 1973, S. 208-218.

seine spontane Fortsetzung im Wirken des Evangelischen Bundes, der bis zum 1. Weltkrieg zu einer Massenorganisation mit mehr als 400 000 Mitgliedern heranwuchs. Dieser organisierte Furor protestanticus wollte auch ohne staatliche Billigung den Kampf gegen die »römischen Erbfeinde« fortsetzen, um den vermeintlich drohenden »Finis Germaniae« abzuwenden[56]. Mit hysterischem Eifer registrierten die selbsternannten Kulturkämpfer jede neue katholische Schulschwester, jeden neuen Geistlichen und erst recht jeden Katholiken, der zum höheren Beamten oder gar zum Minister aufstieg. Hier hatten sich im Reichsgründungsjahrzehnt Verhaltensmuster verfestigt, die pluralismus- und demokratiefeindlich wirkten. Katholiken (wie Juden und ethnische Minderheiten) wurden nicht diskriminiert, weil man sie für Demokraten hielt. Die Gründe für die Ablehnung dieser Gruppen waren vielfältig, die Wirkungen jedoch vergleichbar: Demokratiefeindliche Einstellungen blieben bewahrt, denn eine offene Gesellschaft galt nicht als erstrebenswert. Solche Verhaltensmuster, die bislang nur unzureichend untersucht wurden, waren durch die Parlamentarisierungstendenzen nicht nachhaltig aufgelockert worden. Nicht minder gilt dies, wenn man in die Analyse gesamtgesellschaftlicher Demokratisierungsprozesse Bereiche wie betriebliche Herrschaft oder Zugang zur kommunalen Mitbestimmung einbezieht, um nur einige Beispiele zu nennen.

In einer umfassenden Demokratisierungskonzeption kann Parlamentarisierung nur *ein* Indikator sein. Zu bedenken ist vor allem, daß eine sektoral ungleichgewichtige und ungleichzeitige Entwicklung nicht nur partiellen Fortschritt bedeuten, sondern zugleich neue Spannungen aufgrund von Modernisierungsbrüchen schaffen konnte[57]. Dies zeigte sich deutlich innerhalb der Sozialdemokratie, für die infolge der mangelnden Parallelität von Parlamentarisierung und umfassenderer Demokratisierung zusätzliche Spannungen zwischen Führung und Mitgliedschaft entstanden, die sich in den Kriegsjahren und in der Revolution enthüllten, als die politische Massenbewegung über die Parteiführung hinweglief[58]. Da Rauh dies nicht beachtet, erscheint bei ihm die Revolution nur als ein unverständlicher Störfaktor der Parlamentarisierung. Die Geschichte der Revolutionsjahre belegt jedoch, daß die skizzierte gesamtgesellschaftliche Demokratiekonzeption keine zeitfremden Erwartungen über vergangene Epochen stülpt. Denn in der Revolution zeigte sich, daß breite Kreise der Bevölkerung, die über die sozialistische Arbeiterschaft hinausreichten, durchaus konkrete Demokratievorstellungen besaßen, die sich nicht in Parlamentarisierung erschöpften. Die Aufbruchserwartungen der Revolutionsjahre mögen die Parlamentarisierungstendenzen »gestört« haben, sie dokumentieren zugleich aber die Stärke der Demokratisierungswünsche, die im Kaiserreich unerfüllt geblieben waren und durch die Parlamentarisierung nicht erfüllt wurden. Dieses Spannungsverhältnis zwischen vorangetriebener Parlamentarisierung und blockierter Demokratisierung aufzuhellen, scheint mir eine der wichtigsten Forschungsaufgaben zu sein.

Eine solche Forschungsstrategie dürfte auch dazu beitragen, die derzeit so überaus scharfe Polarisierung in der Forschung zu überwinden (sofern nicht ein unangemessener Umgangston à la Rauh die Möglichkeiten zum wissenschaftlichen Gespräch verschüttet). Denn die widerspruchsvolle, schillernde Begrifflichkeit, die zur Charakterisierung des politischen Systems des deutschen Kaiserreiches bislang vorgeschlagen wurde, wird man nicht einfach als doktrinäre Verwirrungen von Historikern abtun können, wie Rauh das macht, sondern als Reflex

56 So der Theologieprofessor *Willibald Beyschlag,* Der Friedensschluß zwischen Deutschland und Rom (= Flugschriften des Evangelischen Bundes, 4), Leipzig 1890, S. 22. Vgl. dazu auch meinen Beitrag: »Staatsschutz« und politisch-gesellschaftlicher Wandel in Deutschland 1848—1914, in: *Literarische Geheimberichte.* Protokolle der Metternich-Agenten, Bd. 2, hrsg. von *Hans Adler,* Düsseldorf (im Druck).

57 Vgl. dazu grundsätzlich die Überlegungen von *Heinrich Volkmann,* Soziale Innovation und Systemstabilität am Beispiel der Krise von 1830 — 1832 in Deutschland, in: *Soziale Innovation und sozialer Konflikt,* hrsg. von *Otto Neuloh,* Göttingen 1977, S. 41-68.

58 Vgl. die analogen Hinweise bei *Ritter* (Anm. 47), S. 46 f.

der spannungsreichen politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit verstehen müssen. Nicht nur die »kritischen« Uminterpreten schlugen manieristisch anmutende Begriffe vor. Auch Historiker wie Wolfgang J. Mommsen und Gustav Schmidt, die Gegenpositionen bezogen, verwenden vieldeutige Begriffe. Mommsen spricht von »latenter Krise« und vom »System umgangener Entscheidungen[59]«, Schmidt von Blockierung und von »stabiler Krise[60]«. Rauhs eindeutige Charakterisierung der Entwicklung als stille Parlamentarisierung suggeriert eine Eindeutigkeit, die eine Gesamtbetrachtung, die über Parlament und Regierung hinauszielt, nicht gestattet. Studien zu einer Gesamtanalyse, die das parlamentarische und das außerparlamentarische Geschehen verklammert, dürften für den Forschungsfortschritt nützlicher sein als Polemiken, von denen es bereits mehr als genug gibt. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß schon vor dem Einsetzen der Neu- und Uminterpretation des Kaiserreichs mehr in Bewegung geraten war, als dies die Polemik gegen die Deutungen der Väter und Großväter vermuten läßt[61]. Der »Aspekt der Zukunftslosigkeit« ist keine Erfindung der »kritischen Schule«, was immer das sein mag, die auch nicht das Monopol für die Frage nach Kontinuitätslinien besitzt[62].

Mit der ungeklärten Offenheit der Situation hatten die Zeitgenossen des Kaiserreichs zu leben, mit dieser ungeklärten Offenheit wird auch der rückblickende Historiker zu leben haben. Was für die Zeitgenossen Unentschiedenheit war, ist für den Historiker Unentscheidbarkeit. Damit will ich nicht der eingangs kritisierten Position Nipperdeys doch noch das Wort reden. Die Offenheit der Situation gilt es zwar mit Nipperdey zu betonen, doch die Unentschiedenheit der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung des Kaiserreichs gehört mit zu den Kontinuitäten, die 1933 zwar nicht als notwendige Folge, aber doch als eine mögliche, in der Geschichte des Kaiserreichs angelegte Entwicklungsrichtung erscheinen läßt.

59 *Wolfgang J. Mommsen,* Die latente Krise des Wilhelminischen Reiches. Staat und Gesellschaft in Deutschland 1890—1914, in: MGM 15, 1974, S. 7 ff.; *ders.,* Das Deutsche Kaiserreich als System umgangener Entscheidungen, in: *Vom Staat des Ancien Regime zum modernen Parteienstaat.* Festschrift für Theodor Schieder, hrsg. von *Helmut Berding u. a.,* Wien 1978, S. 239 ff.

60 *Gustav Schmidt,* Innenpolitische Blockbildung am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20 vom 13. 5. 1972; *ders.,* Parlamentarisierung (Anm. 49).

61 Vgl. dazu *Lothar Gall,* Bismarck in der Geschichtsschreibung nach 1945, in: *Bismarcks Außenpolitik und der Berliner Kongreß,* hrsg. von *Karl Otmar Freiherr von Aretin,* Wiesbaden 1978, S. 131 ff.; das folgende auf Walter Bußmann bezogene Zitat S. 151; vgl. auch *Gall,* Bonapartismus, S. 635.

62 Vgl. etwa *Andreas Hillgruber,* Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: *ders.,* Großmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974, S. 11 ff. Wie *Nipperdey* diese differenzierten Kontinuitätsanalysen beurteilt, wird in dessen Aufsätzen nicht deutlich.

Rosemarie Leuschen-Seppel

Neuere Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte im 19. Jahrhundert

Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800—1850. Studien zur Frühgeschichte der Emanzipation, hrsg. von Hans Liebeschütz und Arnold Paucker (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 35), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1977, XIII, 445 S., Ln., 98 DM.

Jacob Toury, Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum. Eine Dokumentation (= Veröffentlichungen des Diaspora Research Institute, Bd. 2), Diaspora Research Institute, Tel Aviv 1972, XIV, 426 S. (+ hebräische Zusammenfassung).

Jacob Toury, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847—1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation (= Veröffentlichungen des Diaspora Research Institute, Bd. 20; Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte Universität Tel Aviv, Bd. 2), Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 411 S., Pb., 78 DM.

Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890—1914. Ein Sammelband, hrsg. von Werner E. Mosse unter Mitw. von Arnold Paucker (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1976, XIV, 786 S., Ln., 120 DM.

Werner Habel, Deutsch-Jüdische Geschichte am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Untersuchungen zur Geschichte der innerjüdischen Sammelbewegung im Deutschen Reich 1880—1900 als Beitrag zu einem wissenschafts-propädeutischen Geschichtsunterricht (= Schriftenreihe zur Geschichte und politischen Bildung, Bd. 23), A. Henn Verlag, Ratingen/Kastellaun/Düsseldorf 1977, 321 S., kart., 21,80 DM.

Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich, hrsg. und eingel. von Monika Richarz (= Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1979, 494 S., geb., 39,80 DM.

Das Interesse an der deutsch-jüdischen Geschichte wurde verständlicherweise erheblich durch die Katastrophe der Hitlerzeit geprägt, die als Ausgangspunkt der Erforschung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und politischer Voraussetzungen des deutschen Antisemitismus genommen wurde. Deshalb lag bislang die erste Epoche des 19. Jahrhunderts, die Frühgeschichte der Emanzipation und des politischen Antisemitismus, bis 1850 mit wenigen Ausnahmen[1] außerhalb der Forschungsschwerpunkte zur Judenfrage in Deutschland. Dankens-

1 Beispielhaft: *Eleonore Sterling,* Judenhaß. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815—1850), Frankfurt 1969; *Reinhard Rürup,* Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur Judenfrage der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975 (vgl. die Rez. in: AfS XVI, 1976, S. 676-679); *Michael Behnen,* Probleme des Frühantisemitismus in Deutschland (1815 bis 1848) in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jg. 112, 1976, S. 244-279.

werterweise hellen neuerdings einige Untersuchungen und Dokumentationen[2] die Bedeutung dieser Epoche für die Zeitgeschichte auf und widmen sich speziell den Problemen der Frühphase von Emanzipation und Antisemitismus. Bis auf wenige Ausnahmen (z. B. die Studie *Jacob Tourys,* S. 139-242) sind die Beiträge des 1977 erschienenen Sammelbandes, der *»Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800—1850«* problematisiert, ideengeschichtlich ausgerichtet, während die beiden eigenständigen Veröffentlichungen *Jacob Tourys* das Thema eher aus der sozialgeschichtlichen Perspektive behandeln und wertvolles Urmaterial, handliche Statistiken und Tabellen zur Entwicklung des deutschen Judentums von 1770—1871 zur Verfügung stellen. Die Studien des von *H. Liebeschütz* und *A. Paucker* herausgegebenen Sammelbandes umfassen verschiedene Problemkreise, wobei jedoch die Beziehungen von Judentum und deutscher Umwelt im Mittelpunkt stehen: Unter dieser Themenstellung geht *Hans Liebeschütz* (S. 1-54) der Frage nach, wie »Geist und Gesellschaftsordnung der ersten Jahrhunderthälfte den Charakter des modernen Judentums in Deutschland beeinflußt haben« (S. 52). Er führt seine Überlegungen an einigen Beispielen aus, die sowohl den Wechsel progressiver und retardierender Kräfte nachweisen, der die Frühphase der Emanzipation in Deutschland entscheidend prägte, als auch den deutsch-jüdischen Dialog dokumentieren. Die Bedeutung des Judentums für Denken, Fühlen und Handeln sowie die daraus resultierenden Anregungen, aber auch Konflikte mit der Umwelt werden im einzelnen verdeutlicht an Ludwig Börne, Heinrich Heine, dem Hegelschüler und Juristen Eduard Gans, an Karl Marx, Moses Meß, Zacharias Frankel, dem Dresdner Rabbiner und späteren Leiter des Breslauer Theologischen Seminars, und dem Breslauer Rabbiner Abraham Geiger. Auch *H. G. Reissner* bleibt eng dieser übergreifenden Themenstellung verhaftet. Unter ähnlichen Gesichtspunkten wie H. Liebeschütz untersucht er die »Begegnung zwischen Deutschen und Juden im Zeichen der Romantik« (S. 323-376): Auf dem Hintergrund der europäischen Gemeinsamkeiten, die die Romantik als »geistige Strömung [...] in der Zeit zwischen 1800 und 1850« (S. 325) kennzeichneten, deren Ausgangspunkt ein »Gefühl des Erleidens« war (S. 326), arbeitet der Verfasser die nationalen Unterschiede heraus und steckt sich das Ziel, den Einfluß der deutschen Romantik auf Gefühl, Denken und Handeln der deutsch-jüdischen Intellektuellen sowie deren Rückwirkung auf die deutsche Bewegung herauszufinden (S. 326). In Analogie zum Aufsatz von H. Liebeschütz verdeutlicht er seine These auch wieder an einzelnen Gruppen oder Vertretern der deutsch-jüdischen Intellektuellen, besonders derjenigen, die im Verlags-, Buch- und Zeitungswesen beschäftigt waren: Heine, Börne, Oppenheim, Heß, Gans, Marx, den »Philalethen«, dem Berliner »Wissenschaftszirkel«, dem »Culturverein«. Ihm gelingt es aber besser als seinem Vorgänger, ideengeschichtliche Strömungen mit sozialen Prozessen zu verbinden. So gelangt er zu dem Urteil, daß sich die materiellen Umstände bei relativer geistiger Stagnation verbesserten, sich im Judentum aber keine grundlegende berufliche Umschichtung eingestellt habe, was sich als trennendes Moment zwischen deutschen und deutsch-jüdischen Intellektuellen der romantischen Generation ausgewirkt habe. Die gleichen Grundsätze in Erziehung, Ausbildung, Lebensphilosophie, das gemeinsame Fernweh und Leiden an der Zeit, sogar ein gewisses Maß zum Todeshang habe sie zwar aus den gleichen Quellen schöpfen und ähnliche Stoffe wählen lassen, aber nicht die trennenden gesellschaftlichen Vorurteile überwinden können, die sowohl die Judenfeindschaft im frühen 19. Jahrhundert als auch die jüdische Selbstkritik prägten und sich im literarischen Stereotyp des jüdischen Bankiers und Börsenjobbers als Kritik an der mangelnden beruflichen Umschichtung des Judentums niederschlugen (S. 330 f.).

Einen der interessantesten und anregendsten Beiträge dieses Sammelbandes, der auch weiterführende Forschungsdesiderate aufzeigt, hat *Julius Carlebach* in seiner Untersuchung über den

2 Vgl. neben den hier angeführten Arbeiten auch *Monika Richarz* (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780—1871, Stuttgart 1976; vgl. die Rez. in: AfS XVIII, 1978, S. 685-687.

Säkularisierungsprozeß der jüdischen Erziehung (S. 55-93) geleistet. Auf dem Hintergrund des durch die Aufklärung ins Leben gerufenen kulturellen und sozialen Wandels, der sich im Judentum zu Beginn des 19. Jahrhunderts vollzog, skizziert Carlebach den Wandel von der religiösen zur weltlichen Erziehung, den er nicht so sehr als eine »Verschiebung von der jüdischen auf die weltliche Erziehung« versteht, sondern als eine »Verweltlichung der Erziehungsziele und -methoden im Gefolge der wachsenden Verweltlichung vieler anderer Bereiche jüdischen Lebens« (S. 67). Demzufolge stellt er weniger die Inhalte der religiösen Erziehung als vielmehr ihre Methodik und ihr Lernziel — das Lernen zu lernen —, die Forderung logischer Stringenz, die rationale Bewältigung von Problemen, als besondere Fertigkeit für die Auseinandersetzung mit der Welt in den Vordergrund. Er beleuchtet die Besonderheiten der rollenspezifischen Erziehung für jüdische Männer und Frauen und fragt nach dem Stellenwert der Sozial- und Familienstruktur für Erziehung und Sozialisation. Da aber über die Zusammensetzung von Familie und Haushalt, insbesondere über die Bedeutung der Frau im Erziehungsprozeß nicht genügend empirische Daten vorliegen, bedauert Carlebach in seiner Zusammenfassung, den Übergang von der religiösen zur weltlichen Erziehung zwar als einen erfolgreich abgeschlossenen Prozeß konstatieren, aber die ihn bewirkenden Kräfte nicht hinreichend aufdecken zu können und regt deshalb eine intensive Erforschung der jüdischen Familienstruktur an (S. 93).

Gerhard Schulz führt eine äußerst gelehrte ideengeschichtliche Auseinandersetzung mit dem »späten Nationalismus im deutschen politischen Denken des neunzehnten Jahrhunderts« (S. 95—137), der sich für die Juden Deutschlands und Europas so »folgenreich« und »verheerend« ausgewirkt hat (S. 98). Die für den deutschen Nationalismus verhängnisvolle Koppelung mit rassistischen und antisemitischen Komponenten verfolgt Schulz von den Befreiungskriegen bis zur Jahrhundertwende, stellt ihre Hauptvertreter vor und vergleicht das Werden der deutschen Nation und die Ausbildung des Nationalgedankens in Deutschland mit den westeuropäischen Staaten: Während in Westeuropa eine Parallelität wirtschaftlicher, politischer und kultureller Entwicklung gegeben war, klafften in Deutschland Staatswirklichkeit und Nationalidee auseinander, was zur Verschmelzung nationaler und rassenideologischer Ideen führte. Wer sich für diesen Themenkomplex interessiert, dem sollte als Ergänzung zu diesem Beitrag auch die 1977 erschienene Studie Patrik von zur Mühlens[3] als Lektüre empfohlen werden.

Jacob Tourys Beitrag »Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum« (S. 139—242) bereichert den Band um aufschlußreiche, weitgehend unbekannte sozialgeschichtliche Daten zur Entwicklung des deutschen Judentums in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, stellt im wesentlichen aber eine Zusammenfassung der Ergebnisse seiner gleichnamigen, wesentlich breiter angelegten Forschungsarbeit dar, die 1972 als Veröffentlichung des Diaspora Research Institute/Tel Aviv auf den Markt gebracht wurde und eine besondere Würdigung verdient (s. u. S. 646 ff.).

Sodann werden zwei bedeutende Vertreter des deutschen Judentums vorgestellt. *Johanna Philippson* schildert den Lebensweg Ludwig Philippsons, des Gründers der »Allgemeinen Zeitung des Judentums« (S. 241-291). Er hatte sich in der AZJ ein Medium geschaffen, seine Lebensaufgabe zu verwirklichen, die Erziehung einer möglichst breiten Schicht des Judentums zu guten Juden und gleichzeitig zu guten Deutschen (S. 288). *Pinchas E. Rosenblüth* stellt dagegen Denken und Wirken des Rabbiners Samson Raphael Hirsch vor (S. 293-324). Im Gegensatz zu seinen geistigen Vorgängern, wie Moses Sofer, Chacham Bernays und R. Jakob Ettlinger, habe Hirsch nicht so sehr die neuen Kräfte im Judentum seiner Zeit bekämpft, sondern zwischen Glauben und Gesetz, Tradition und Reform zu vermitteln ver-

3 *Patrik von zur Mühlen,* Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977.

sucht, was sich besonders in seinem Erziehungsprogramm für die Jugend niedergeschlagen (S. 316) und ihn in Gegensatz zu Reformern und Liberalen gebracht habe.

Jacob Tourys Betrachtungen zur »Revolution von 1848 als innerjüdischer Wendepunkt« (S. 359-376) rundet das Spektrum der hier behandelten Themen zeitlich und inhaltlich ab und faßt die Entwicklungstendenzen der deutsch-jüdischen Geschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zusammen: In der Revolution von 1848 wurde eine jahrzehntelange Entwicklung zum Abschluß gebracht, die den »politisch liberalisierte[n], wirtschaftlich und kulturell integrierte[n], gesellschaftlich (wenigstens teilweise) akzeptierte[n], aber religiös und gruppenmäßig disorganisierte[n] Jude[n]« hervorgebracht hatte (S. 376). Damit bedeutete die Revolution das Ende der jüdischen Ghetto-Existenz, aber auch einen grundlegenden Wandel im jüdischen Dasein. Denn aus dem religiös bestimmten und traditionsgebundenen Juden war der säkularisierte und politisierte Bürger jüdischen Glaubens geworden, der in der Hoffnung lebte, daß über kurz oder lang auch die letzten Schranken seitens des deutschen Besitz- und Bildungsbürgertums fallen würden, was ihn die völlig unkritische Identifizierung mit dem liberalen deutschen Bürgertum verfolgen ließ, selbst wenn ihm diese Form der Assimilation Schaden zufügte (S. 376).

Die vorliegende Dokumentation von *Jacob Toury* (1972) erhellt erstmals neben den Aussagen der Betroffenen die Vorgänge und Auseinandersetzungen in den für Eingliederung und Emanzipationsgesetzgebung zuständigen kommunalen, regionalen und staatlichen Institutionen. Der Verfasser geht deshalb zu Recht von dem noch bestehenden Forschungsdesiderat aus, einen vertiefenden Beitrag zum »Strukturwandel der Juden im Zeitalter der Emanzipation« (S. VII) zu leisten. Er motiviert den anhand der Dokumente geschilderten Prozeß der »Verbürgerlichung« mit dem Hinweis auf die alle Lebenssphären berührenden Veränderungen der Lage des deutschen Judentums, wobei er den Begriff »Verbürgerlichung« nicht im modernen sozialkritischen Sinne faßt, sondern als Wunschvorstellung der Juden mit dem Anspruch und schließlichen Erwerb bürgerlicher und politischer Gleichberechtigung (S. VII). Demzufolge wird der Zeitraum von 1770 bis 1849 auf breitester Materialbasis dokumentiert: Jacob Toury hat 26 regionale, städtische und überregionale Archive benutzt, deren detaillierte Auflistung auf S. XI-XIV nachzulesen ist. Damit überwindet er die bisherigen Grenzen der sozialgeschichtlichen überblickartigen Darstellungen zum Judentum und schließt sich dem allgemeinen Trend der Historiographie zu regional orientierten Detailstudien an. Die regionale Bezogenheit der Dokumente, die über die stark differierende gesellschaftliche Lage des deutschen Judentums in den einzelnen Provinzen Aufschluß gibt und sich aus dem breiten Spektrum der ausgewählten Archive ergibt, ist denn auch als hervorstechendes Merkmal der Publikation zu werten. Zwar erläutert der Verfasser jeweils die spezifische Problematik der aufgenommenen Dokumente, die nach neun Gesichtspunkten gegliedert sind: I. Die ersten Überwinder des Ghettos (S. 1-28); II. Auswirkungen der deutschen Aufklärungsbewegung, des Toleranzpatents und der französischen Revolution (S. 29-64); III. Die ersten jüdischen Stadtbürger (S. 65-143); IV. Die soziale Entwicklung der Juden — Von der Paria-Existenz zu bürgerlichen Berufen (S. 144-197); V. Vom Nothandel zum bürgerlichen Handelsunternehmen (S. 198-234); VI. Die sogenannten produktiven Berufe (S. 235-285); VII. Der Beginn des Assimilierungsprozesses (S. 286-338); VIII. Die neupreußischen Ostprovinzen (S. 339-360); IX. Die Frage der gesetzlichen Gleichberechtigung (S. 361-420). Aber die Einleitungen sind recht knapp gehalten und treffen keinerlei generalisierende Aussagen, da der Autor davon ausgeht, daß die ungekürzten Quellen oft besser für sich sprechen und treffender historische Vorgänge erhellen als die beschreibende Interpretation des Historikers (S. VIII).

Eine derartige Zusammenstellung bedeutet dennoch eine nicht zu unterschätzende Hilfestellung und neuartige Ergänzung für die bisherige Geschichtsschreibung zum Zeitalter der Ju-

denemanzipation, auf deren Kenntnis man allerdings trotz der Einleitungen nicht völlig verzichten kann, um die Dokumente sinnvoll zu werten und zu interpretieren.
Die ersten drei Kapitel (S. 1-143) setzen sich eingehend mit den großen regionalen Unterschieden im Integrationsprozeß auseinander und dokumentieren die ersten Schritte in Richtung auf eine Gleichberechtigung der jüdischen Bürger in Städten und Landgemeinden: Während die Privilegien der sog. cives academici und der Adelsbürger — in der einschlägigen Literatur übrigens bislang kaum erwähnt — sich am ehesten den allgemeinen Bürgerrechten genähert haben sollen und deren Gewährung schon im 18. Jahrhundert verbreitet gewesen sei, hätten vor allem in den süd- und westdeutschen Staaten theoretische und praktische Erwägungen zur Gleichstellung und Verbesserung durch Aufklärung, Toleranzpatent und französische Judenpolitik eingesetzt, die sich auf die Umwandlung der jüdischen Berufsstruktur als Voraussetzung der bürgerlichen Gleichberechtigung konzentrierten. Die diesbezüglichen Dokumente erläutern damit anschaulich den schon von Rürup (Beispiel Baden) und Sterling[4] diskutierten sozialen Wandlungsprozeß, der immer auch geknüpft war an die in der damaligen Zeit herrschende Doktrin vom Judentum als einer gewissermaßen verstockten Religionsgemeinschaft[5], der mit »Erziehungsmaßnahmen« zu begegnen sei. Diese Vorstellungen hätten vor allem das in Dörfern und Kleinstädten lebende Judentum betroffen, während in den Städten schon punktuell die Beteiligung der Juden an einer Teilnahme im Magistrat debattiert worden sei, sich aber auch die ersten ökonomisch begründeten Konflikte zwischen den aufsteigenden jüdischen Familien und dem traditionellen Mittelstand abzuzeichnen begonnen hätten.
Es ist das Verdienst J. Tourys, in den Kapiteln IV bis VI (S. 144-285), die der sozialen Entwicklung des Judentums gewidmet sind, erstmals ausführlich die Situation der jüdischen Unterschicht und der in Armut lebenden jüdischen Familien zu dokumentieren. E. Sterling hat zwar schon durch einen Überblick[6] zur Kenntnisnahme dieser Problematik beigetragen, aber die Eingliederung der jüdischen Randexistenzen ist ein bislang völlig unerforschtes Gebiet, dem sich J. Toury nunmehr gewidmet hat. Ebenso neuartig sind die Ergebnisse über den aus Angst vor sozialer Deklassierung geführten Konkurrenzkampf innerhalb dieser sozialen Gruppe des deutschen Judentums sowie die Problematik der heimatlosen und vagabundierenden Juden. Dem an Wirtschafts- und Sozialgeschichte interessierten Leser dürften dagegen die Probleme der sog. produktiven Berufe — der jüdischen Handwerker- und Bauernschicht — sowie die Situation der Handel treibenden Familien, der im Staatsdienst, in den aufstrebenden Industriezweigen und freien Berufen Tätigen durchaus bekannt sein, wenn auch die für sich sprechenden Dokumente eine wertvolle Ergänzung darstellen.
Das VII. Kapitel (S. 286-338) setzt sich mit der Reaktion auf den beruflichen Wandlungsprozeß innerhalb des Judentums selbst auseinander, der Verdrängung des jüdischen Brauchtums, der Mischehenfrage sowie der religiös motivierten Konflikte zwischen Orthodoxen und Assimilierten in den jüdischen Gemeinden, die bislang nur am Rande in den von Monika Richarz herausgegebenen Selbstzeugnissen Erwähnung fanden oder aufgelistet wurden, die aber nicht den Reflex der christlichen Umwelt miteinbezogen haben. Zu Recht widmet J. Toury einen selbständigen Abschnitt (Kap. VIII, S. 339-360) der Situation der Juden in den neupreußischen Ostprovinzen, da sie sich von den übrigen deutschen Juden durch Frömmigkeit, Brauchtum, Kleidung und Berufsstruktur abhoben und als einzige im deutschen Kulturkreis lebende Vertreter einer jüdischen Massenkultur (S. 339) zu betrachten sind, deren Auftreten und Erscheinungsbild aber die Ausprägung der antisemitischen Ideologie in so ver-

4 *Rürup*, S. 37-73; *Sterling*, S. 22-46.
5 *Rürup*, S. 15, 34 f.
6 *Sterling*, S. 31-35.

hängnisvoller Weise entscheidend beeinflußte[7]. Die Dokumentation jedenfalls bricht endlich mit dem gängigen Vorurteil, daß es sich hierbei um eine homogene Gruppe gehandelt habe, und hebt erstmals auf die Eigenheiten der historischen Entwicklung in den einzelnen Ostprovinzen (z. B. Westpreußen versus Polen) und das differenzierte Erscheinungsbild dieser Bevölkerungsgruppe ab.

Das letzte Kapitel, das der gesetzlichen Gleichberechtigung bis in die 1860er Jahre gewidmet ist, fällt gegenüber der bislang vorgestellten, ausschließlich die Sozialstruktur betreffenden Darstellung ab. Das mag zum großen Teil an der Thematik liegen, die dem mit der Geschichte des Judentums befaßten Leser schon durch Einführungen und Abhandlungen zu diesem Problemkreis[8] hinlänglich bekannt sein dürfte. Doch auch hier ist wiederum das breite Spektrum des Archivmaterials herauszustellen und zu würdigen. Die vorliegende Dokumentation stellt somit eine neue, auf breitem Archivmaterial basierende und gut gegliederte Grundlage zur Beschäftigung mit der Situation des Judentums im frühen 19. Jahrhundert dar.

Mit seiner neuesten Veröffentlichung *(1977)* schließt *Jacob Toury* dagegen die Forschungslücke zur sozialen und politischen Geschichte der Juden zwischen dem Vormärz und der Gründung des Kaiserreichs. Seine Studie erhebt den Anspruch, sowohl die demographische und wirtschaftlich-soziale Entwicklung der Juden als auch ihre Versuche der kulturellen Integration und politischen Emanzipation in Deutschland zwischen 1847 und 1871 zu erhellen (S. 7), und wird diesem Bestreben vollkommen gerecht. Die beiden ersten Kapitel widmen sich den demographischen und beruflichen Entwicklungstendenzen im deutschen Judentum. Im einzelnen werden unter regionalen Gesichtspunkten behandelt: die natürliche Vermehrung, die Wanderbewegungen, Taufen, Mischehen und Austritte, die jüdische Berufsentwicklung und soziale Stratifizierung (S. 9-118). Als übereinstimmender Trend lasse sich ein eindeutiger Anstieg der Beschäftigung in allen mit dem Handel zusammenhängenden Berufen ablesen, also im Bankwesen, Geld- und Kapitalgeschäft sowie im Handel. Korrespondierend dazu sei die Zahl der Angestellten aller Art im Handel und der Rentiers bzw. Privatiers angestiegen, dagegen die Tätigkeit der Juden als Handwerker, im Schank-, Gast- und Braugewerbe, als Tagelöhner und Hausangestellte, auch die Zahl der Armen und Berufslosen zurückgegangen. Kein eindeutiges Bild lasse sich allerdings im Bereich des Kleinhandels, der ambulanten Berufe, der Landwirtschaft, der freien Berufe, der Kultusangestellten und der Industrie ermitteln (S. 70). Damit aber zeigt sich deutlich, daß die in der vormärzlichen Diskussion um die Emanzipationsgesetzgebung mitschwingenden Vorstellungen einer »Erziehungspolitik« fehlgeschlagen waren, die darauf abzielten, das Judentum in den sog. produktiven Berufszweigen (s. auch Anhang, S. 369 ff.) zu verankern. Diese Entwicklung wurde außerdem durch das Nachlassen des gesetzgeberischen Druckes nach der revolutionären Phase unterstützt, weil sich die Berufswahl wieder mehr als vor 1848 an den ökonomischen Gegebenheiten orientieren konnte, also dem industriellen Aufschwung Deutschlands und der damit einhergehenden Ausweitung des Bank- und Börsenwesens. Schon in diesem Zeitraum, so stellt Toury fest, zeichnete sich die Bevorzugung der Textil-, Druck- und Nahrungsmittelindustrie als Betätigungsfelder des deutschen Judentums ab, Industriezweige also, die auch im Wilhelminischen Reich noch als Domäne der jüdischen Unternehmertätigkeit anzusehen sind, wie Werner E. Mosse in seinem Beitrag »Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft«[9] herausarbeitet (s. u. S. 652). Während sich bis 1848 eine Zurückhaltung der Juden von akade-

7 Vgl. *Hans-Jürgen Puhle,* Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893—1914), 2. verb. Auflage, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 124.

8 Etwa *Ernest Hamburger,* Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, Tübingen 1968.

9 In: *Mosse/Paucker* (Hrsg.), Die Juden im Wilhelminischen Deutschland 1880—1944, Tübingen 1977, S. 57-113.

mischen Berufen abgezeichnet hatte, wandten sich zwischen 1847 und 1871 mehr Vertreter des Judentums einem akademischen und insbesondere einem freien Beruf zu. So liegt in diesem Zeitraum der Anfang einer für das jüdische Bürgertum typischen Berufsentwicklung, die sich auf mehrere Generationen erstreckte: Während die erste Generation weitestgehend kaufmännische oder banktechnische Berufe ausübte, tendierte die dritte Generation zur Wahl eines freien Berufes (S. 99), wie auch die »Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich« eindrucksvoll dokumentieren (s. u. S. 656 ff.).

Die soziale Stratifizierung des deutschen Judentums ermittelt Toury im wesentlichen anhand der Steuergruppen, wiederum nach Staaten und größeren Städten gegliedert. Trotz regionaler Unterschiede in der wirtschaftlichen Mobilität läßt sich als Ergebnis eine deutlich aufsteigende Tendenz in den Sozialverhältnissen zwischen 1848 und 1871/74 festhalten, die Toury tabellarisch wiedergibt (S. 114). Mit Recht wird dieser soziale Aufstieg des jüdischen Bürgertums aus der nach wie vor restriktiv gehandhabten Verwaltungspraxis und der Zurückweisung jüdischer Mitarbeit am Staatsleben erklärt, die dem Judentum eine Profilierung nur im wirtschaftlichen Sektor ermöglichten (S. 115). Auf die sozialen Erfolge des jüdischen Bürgertums reagierte die Umwelt jedoch eher ambivalent: Einerseits leistete das Vorurteil der führenden gesellschaftlichen Schichten gegenüber einer Betätigung im Kapitalwesen dem wirtschaftlichen Aufstieg des Judentums Vorschub, andererseits verhinderte es die gesellschaftliche Integration (S. 116). Damit kommt der Autor zum III. Kapitel, das dem Problem der gesellschaftlichen Integration und der Assimilation gewidmet ist (S. 119-161): Gemessen am Zeitraum des Vormärz waren die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen der jüdischen und nicht-jüdischen Bevölkerungsgruppe zwar häufiger, aber auch distanzierter und weniger intensiv. Bis auf wenige Ausnahmen blieben die Kontakte oberflächlich, und der Sprung über die gesellschaftlichen Grenzen war nur selten möglich (S. 123—138). Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt auch die Untersuchung des kulturellen »Eindeutschungsprozesses« (Kap. IV, S. 163-210): Obgleich sich die kulturelle Assimilation nicht lediglich auf die Rezeption und Absorbtion des Kulturguts beschränkte, sondern sich jüdische Künstler, Musiker, Schriftsteller, Wissenschaftler und Gelehrte in nicht geringem Ausmaß am Kulturschaffen aktiv beteiligten, hatte der Akkulturationsprozeß sich zwar an der Oberfläche durchgesetzt, aber keineswegs bei der großen Mehrheit der Deutschen die Akzeptierung der jüdischen Mitbürger als ihresgleichen herbeigeführt (S. 210). Unter dem Stichwort »Organisatorische Probleme« analysiert der Autor im V. Kapitel (S. 211-276) das jüdische Vereinswesen auf lokaler Ebene wie auch die Probleme einer jüdischen Gesamtorganisation und dokumentiert die Entleerung des jüdischen Lebens, die sich trotz reger Vereinstätigkeit vollzog, aber durch den politischen und kulturellen Eindeutschungsprozeß verdeckt wurde. Wirkliches jüdisches Leben habe jedenfalls nur noch in streng orthodoxen Zirkeln tradiert werden können.

Ein Überblick über die Emanzipationsgesetzgebung vom Vormärz bis zur Endphase im Norddeutschen Bund/Deutschen Reich beschließt den Textteil der Studie (Kap. VI, S. 277-361). Die regionalen Unterschiede werden gut herausgearbeitet, sonst aber im wesentlichen bekannte Fakten referiert. Der tabellarische Anhang (S. 362-389) informiert über die Berufsgliederung der Juden in Preußen, Bayern, Hessen-Kassel, Koblenz, Trier, Kassel, München, Feuchtwangen, Tuchel und Frankfurt/M., erörtert die gegen die Juden erhobenen Wucherbeschuldigungen anhand neuen Archivmaterials, stellt den Wandel der sozialen und beruflichen Position am Beispiel von vier jüdischen Familien vor, gibt eine synoptische Übersicht der Emanzipationsvorgänge zwischen 1808 und 1871 in den einzelnen deutschen Staaten und schließlich einen namentlichen Überblick der amtierenden Rabbiner und Prediger. Auf breitester Quellenbasis (s. Bibliographie S. 390), unter Erschließung bisher unbekannten Archivmaterials und kritischer Verarbeitung der einschlägigen Literatur ist es dem Autor gelungen, erstmals die sozialen und politischen Entwicklungstendenzen des deutschen Juden-

tums zwischen Revolution und Reichsgründung erschöpfend zu behandeln. So wird diese bislang vernachlässigte Periode sowohl in Beziehung zum Vormärz und Kaiserreich gesetzt, als auch in ihrer Eigengesetzlichkeit und historischen Besonderheit ausgeleuchtet: Obwohl am Ende des Untersuchungszeitraums die deutschen Juden die staatsbürgerliche Gleichberechtigung erlangt hatten und die jüdische Bevölkerung im Vergleich zum Vormärz einen erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg genommen hatte, war die Problematik der Judenfrage auf der gesellschaftlichen Ebene noch keineswegs gelöst. Denn trotz Assimilation und Akkulturation der jüdischen Minorität konnte die Mehrheit der deutschen Bürger aufgrund tradierter und neu entstandener Vorurteile — vor allem ökonomischer Art — die jüdischen Mitbürger nicht als ihresgleichen anerkennen. Mit dieser Studie schuf der Verfasser die Grundlage für eine Gesamtgeschichte des deutschen Judentums, die handbuchartigen Charakter trägt. Man darf hoffen, daß der Wunsch des Autors in Erfüllung geht und dieser Forschungsbeitrag einen starken Anreiz für weitere Untersuchungen zu einer solchen Gesamtgeschichte der Juden Deutschlands darstellt.

Der 1976 erschienene Sammelband *»Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914«* hat nunmehr die Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, die sich mit den beiden vorangehenden Bänden »Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916—1923« und »Entscheidungsjahr 1932« der Geschichte des deutschen Judentums im nachemanzipatorischen Zeitalter gewidmet hat, zur Trilogie vervollständigt. Dieser Band vermittelt einen Überblick zum Forschungsstand der gesellschaftlichen Problematik der Judenfrage im Wilhelminischen Reich. Er unterscheidet sich insofern von seinen Vorgängern, als hier die Problematik der deutsch-jüdischen Koexistenz in einer Epoche vorgestellt wird, die den meisten Zeitgenossen ein — wenn auch oberflächliches — Gefühl rechtlicher, sozialer und außenpolitischer Sicherheit vermittelte, während die Kriegs- und Krisenjahre 1916—23 bzw. 1932 aufgrund außen- und innenpolitischer Erschütterungen das deutsch-jüdische Verhältnis ohnehin vorbelasteten. Somit läßt sich im Wilhelminischen Zeitalter die Bandbreite der Möglichkeiten deutsch-jüdischer Beziehungen nach Abschluß der Emanzipationsgesetzgebung besonders treffend aufzeigen. Allen Beiträgen dieses Bandes gelingt es in hohem Maße, den Wechselwirkungen und dem Beziehungsgeflecht zwischen jüdischer Minorität und deutscher Majorität nachzuspüren, während sich die Mehrzahl der bislang vorgelegten Untersuchungen zur Judenfrage in diesem Zeitraum einer einseitigen Perspektive verschrieben hatte: Sie konzentrierten sich entweder auf die Entwicklungstendenzen innerhalb des Judentums oder beleuchteten Struktur und Funktion des Antisemitismus.

Die material- und gedankenreichen Betrachtungen dieses Sammelbandes nähern sich der Thematik unter verschiedenem methodischen Zugriff. Am häufigsten sind immer noch die geistes- und ideengeschichtlichen Beiträge vertreten, doch finden sich auch sozialgeschichtliche, biographische und psychologische Beispiele. Eingebettet sind die Studien in die Überlegungen *Reinhard Rürups* zu »Emanzipation und Krise — Zur Geschichte der ›Judenfrage‹ in Deutschland vor 1890« (S. 1-56), die Verlauf und Ergebnis der Emanzipation problematisieren, sowie die als Resümee und Ausblick konzipierten Betrachtungen von *Robert Weltsch* »Die schleichende Krise der jüdischen Identität« (S. 689-702). Beide Autoren konzentrierten sich auf die Momente der inneren Gärung unter der Oberfläche des Gefühls bürgerlicher Sicherheit im Kaiserreich. *Rürup* problematisiert die Identitätskrise der nur oberflächlich liberalisierten bürgerlichen Gesellschaft, die nach der Reichsgründung und beim Umschlagen der Wirtschaftskonjunktur in den 1870er Jahren mit Unsicherheits- und Aggressionsgefühlen reagierte, sich auf die Suche nach einem Sündenbock für die krisenhaften Entwicklungstendenzen des Modernisierungsprozesses begab und ihn in der jüdischen Minorität zu finden glaubte, weil sie die am stärksten vom Kapitalismus geprägte Sozialgruppe darstellte (S. 48). *Weltsch* spricht dagegen die Momente der Identitätskrise an, die sich im Judentum manifestierten: die Suche nach einem Idealbild des deutschen Juden, die Auseinandersetzung mit der

nationaljüdischen Idee, der Einfluß osteuropäischer jüdischer Emigranten auf die soziale Lage und das Selbstbewußtsein des deutsch-jüdischen Bürgertums — ein bislang recht unerforschter Themenkomplex, der eine monographische Abhandlung verdiente —, die Problematik des jüdischen Selbsthasses, die Neigung jüdischer Intellektueller zu sozialistischen und marxistischen Theorien und schließlich die Hoffnung auf ein euphorisches Gemeinschaftserlebnis, das viele Juden veranlaßte, sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden. Trotz der hier nur angedeuteten verschiedenen Ursachen der schwelenden jüdischen Identitätskrise, die zeigt, daß das Judentum noch keinen fest umschriebenen und gesicherten Platz in der Gesellschaft gefunden hatte, war doch der Glaube an die Rechtsstaatlichkeit Deutschlands nicht erschüttert. Während *Rürup* im wesentlichen die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen analysiert, die die ursprünglich emanzipatorisch formulierte Judenfrage in die antisemitisch gestellte umschlagen ließen, widmet sich der Beitrag *Werner Jochmanns* ausführlich der »Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus« (S. 389-477). Er untersucht den an wirtschaftliche und politische Vorgänge gekoppelten Wellencharakter des Antisemitismus und zeigt seine Entwicklung von einer ursprünglich »judenfeindlichen Bewegung« zur »Weltanschauung« (S. 472), die zur »Polarisierung der deutschen Gesellschaft«, zur »Unterminierung der politischen Ordnung des Kaiserreichs« und schließlich zur Herausbildung sich bekämpfender politischer Gruppierungen in der Weimarer Republik entscheidend beitrug (S. 477). Jochmann gelingt es, das gesamte Spektrum des antisemitischen Lagers, die verschiedenen Richtungen des Parteiantisemitismus, die Verbreitung des antisemitischen Stereotyps im anspruchsvollen Schrifttum und in den parapolitischen Verbänden in der für Deutschland charakteristischen Mischung von Konservatismus, Nationalismus, Rassismus und Kulturpessimismus zu skizzieren, aber auch die Stellung der wichtigsten Parteien und die Haltung des deutschen Katholizismus und Protestantismus zum Antisemitismus in ihren wichtigsten Zügen zu umreißen. So entwirft er eine Art Psychogramm der dem Antisemitismus verfallenen Gesellschaftsgruppen (etwa S. 473) und kennzeichnet pointiert die Formelhaftigkeit der völkischen Propagandasprache, die im »jüdischen Wesen« und im »Juden« eine »Kontrastfigur zum germanisch-deutschen Wunsch- und Idealtypus« schuf (S. 403)[10]. *Arnold Paucker* beschäftigt sich sodann mit der Reaktion des deutschen Judentums auf den Antisemitismus und behandelt die »Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft« (S. 479-548). Soweit es die ungünstige Quellenlage erlaubt, skizziert Paucker die Entstehungsgeschichte, Struktur, Programmatik und Praxis des »Centralvereins deutscher Bürger jüdischen Glaubens« (C.V.) und kennzeichnet ihn als ein Produkt des 18. Jahrhunderts, das sich der Geisteswelt von Aufklärung, Humanismus und Rationalismus verschrieben hatte (S. 513) und von daher nicht in der Lage war, bestimmte Begrenzungen seiner Antisemitismusanalyse und Gegenpropaganda zu überwinden (S. 534). Während Paukker den C.V. auch im Spektrum der politischen Parteienlandschaft des Kaiserreichs schildert, konzentriert sich Werner Habel in seiner weiter unten (S. 654 ff.) besprochenen Studie eher auf den C. V. als eine der verschiedenen Ausprägungsformen der innerjüdischen Sammelbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts, gelangt aber zu ähnlichen Ergebnissen wie Paucker. Dem gegenpoligen Aspekt der jüdischen Reaktion auf den Antisemitismus widmet sich *Yehuda Eloni,* indem er den Kampf um die nationaljüdische Idee in Deutschland beschreibt (S. 633—688). Er stellt die bedeutendsten Vorläufer des Zionismus in Deutschland, Zwi Hirsch Kalischer und Moses Heß[11], die Hauptvertreter des politischen Zionismus in Osteuropa, Leon Pinsker und Isaak Rülf, und deren Rückwirkung auf die deutsche Bewegung vor,

10 Nach *H. G. Zmarzlik,* Der Antisemitismus im Kaiserreich von 1871, in: *Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit,* München 1970, S. 32-50, S. 41. Dazu auch *P. W. Massing,* Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt 1959, S. 107.

11 Siehe dazu auch die neue Studie von *H. Lademacher,* Moses Heß in seiner Zeit, Bonn 1977.

arbeitet die Unterschiede zwischen der ersten und zweiten Generation deutscher Zionisten heraus und kennzeichnet die Bedeutung des Zionismus in Deutschland: Der Zionismus habe eine Antwort auf die Identitätskrise im deutschen Judentum angeboten; auch wenn er noch nicht an konkrete Kolonisationspläne gebunden gewesen sei, habe er das persönliche Leben seiner Anhänger entscheidend geprägt, indem er neue Lebensinhalte vermittelt und einen Weg zur eigenen Identität sowie vollen Integration der Persönlichkeit gewiesen habe, der nicht an das Konzept der Assimilation gebunden war (vgl. S. 682-688). Den Schwerpunkt des Sammelbandes bilden vier Beiträge, die sich der jüdischen Beteiligung in Wirtschaft und Gesellschaft (*Werner E. Mosse,* S. 57-113), an der industriellen Entwicklung (*Ernst Schulin,* S. 115-142), in der Politik (*Peter Pulzer,* S. 143-239) und der deutschen Kultur (*Peter Gay,* S. 241-311) widmen, wobei der Aufsatz *Schulins* etwas herausfällt: Er gibt zwar einen Überblick über die Lebensweise alteingesessener jüdischer Familien und ihre Bedeutung für die industrielle Entwicklung Deutschlands, stellt aber eine psychoanalytisch orientierte Betrachtung der Familie Rathenau in den Vordergrund. Der Vater-Sohn-Konflikt wird somit zum eigentlichen Thema der Auseinandersetzung. Sehr feinsinnig schildert der Autor, wie die familiären Lebensumstände, die Tatkraft und Extrovertiertheit Emil Rathenaus Lebensweg, Entscheidungen und Handeln Walther Rathenaus prägten, der dauernd zwischen »Flucht- und Bewährungsversuchen diesem Vater gegenüber schwankte« (S. 128) und damit als ein typisches Beispiel für die konfliktbeladene Vater-Sohn-Beziehung im jüdischen Bürgertum jener Zeit gelten kann. *Mosses* Beitrag geht weit über eine statistische Analyse der Beteiligung von deutschen Juden in Wirtschaft und Gesellschaft hinaus. Auf dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung hebt er das Charakteristikum des jüdischen Wirtschaftssektors im Wilhelminischen Deutschland hervor, das Nebeneinander von frühkapitalistischen und hochkapitalistischen Wirtschaftsformen, das aufgrund seiner außerordentlichen Wettbewerbsfähigkeit die jüdische Minderheit vermögender als ihre christliche Umwelt werden (S. 80), aber auch politische Konsequenzen, den Hang zum Liberalismus, aufkommen ließ. Diese Phänomene haben auch ihren Niederschlag in der literarischen Verarbeitung gesellschaftlicher Vorgänge gefunden; denn bekannte Schriftsteller wie Spielhagen, Freytag, von Polenz, Fontane, Thomas und Heinrich Mann prägten Figuren, die starke, wirtschaftlich motivierte antisemitische Züge trugen (S. 106 f.), die atmosphärischen Spannungen der deutschen Gesellschaft zwar besser wiedergaben als Berufs- und Wirtschaftsstatistiken, aber auch zum unterirdischen Schwelen der Vorurteile beitrugen, die sich später so verhängnisvoll auswirken sollten (S. 113). *Peter Pulzer* stellt in seiner Untersuchung, die die Studien Tourys und Hamburgers[12] um neues regionales Material ergänzt, als Resümee fest, daß die Judenfrage in Deutschland 1914 noch genauso lautete wie 1812: Wie weit sollten die Juden assimiliert bzw. »amalgamiert« werden (S. 144)? Im einzelnen behandelt er die jüdische Beteiligung in den Parlamenten, schildert ihre politische Standortsuche und -wahl in der liberalen und nachliberalen Ära und die Hindernisse, die der Antisemitismus der Öffentlichkeit und der einzelnen politischen Parteien ihrer Betätigung in den Weg stellte. Allenfalls hätten sie in der Kommunalverwaltung, der letzten Domäne des Liberalismus in Preußen, ein breiteres, unumstritteneres Betätigungsfeld gefunden (S. 188). Denn selbst die SPD, die neben der Freisinnigen Volkspartei noch am ehesten eine vorurteilsfreie Politik vertrat, habe zwar »jüdische Sozialisten«, aber keineswegs »sozialistische Juden« in ihren Reihen geduldet (S. 201). Paucker gelangt zu einem ganz ähnlichen, wenn auch weniger pointiert formulierten Ergebnis (S. 501 f.): Obwohl es als miteinander vereinbar propagiert wurde, »Sozialistischer Jude und Centralvereinler zu sein« (S. 501), stellte diese Kombination im Kaiserreich eher die Ausnahme dar und setzte sich als Selbstverständlichkeit erst in der Weimarer Republik durch, als die gegenseitigen Vorurteile aufgrund politischer Differenzen und sozialer Zusammensetzung bei-

12 *Jacob Toury,* Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966; *E. Hamburger,* Juden im öffentlichen Leben Deutschlands.

der Gruppierungen hatten abgebaut werden können. *Peter Gay* arbeitet an zahlreichen Beispielen das Selbstverständnis der jüdischen Künstler heraus und hält als Fazit fest, daß die jüdischen Künstler weder den Wunsch noch die Möglichkeit hatten, der sie umgebenden Kultur zu entfliehen (S. 293), und daß die Wegbereiter der deutschen Moderne gerade aus dem Spannungsfeld der deutsch-jüdischen Begegnung Anregung und Kraft bezogen. Daß jedoch der »jüdische Selbsthaß« weiterhin schwelte und noch 1914 sich als immer wiederkehrendes »jüdisches Verlegenheitsgefühl« (S. 316) äußerte, gilt Gay als Anzeichen dafür, daß die jüdische Integration in die deutsche Kultur am Ende dieser Epoche noch nicht beendet, zumindest aber gefährdet war. *Lamar Cecils* biographische Skizze über »Wilhelm II. und die Juden« (S. 312-347) behandelt zwar individuelle wie typische Züge der antisemitischen Voreingenommenheit am Beispiel des deutschen Monarchen, der ihn umgebenden Offiziers-, Kirchen- und Hofkreise, stellt aber im Rahmen dieses Sammelbandes einen zu sehr personengeschichtlich orientierten Beitrag dar, der die Einstellung Wilhelms II. zu den Juden bis in den Zweiten Weltkrieg hinein verfolgt und anhand von Tagebüchern, Briefen und Aussagen seiner persönlichen Umgebung dokumentiert. Die weiteren Beiträge beschäftigen sich mit dem religiösen Aspekt der Thematik. Während *Hermann Greive* die »gesellschaftliche Bedeutung der christlich-jüdischen Differenz« anhand der Situation im deutschen Katholizismus (S. 349-388) analysiert, widmen sich *Pinchas E. Rosenblüth* und *Uriel Tal* den »geistigen und religiösen Strömungen in der deutschen Judenheit« (S. 549— 598) und der »theologischen Debatte um das Wesen des Judentums« (S. 599-632) und beleuchten damit auch die Beziehungen zwischen Protestantismus und Judentum. Tal greift als Ansatz Adolf von Harnacks Vorlesungsreihe »Über das Wesen des Christentums« auf, die 1899/1900 an der Berliner Universität gehalten wurde und nicht nur Reaktionen unter protestantischen Intellektuellen hervorrief, sondern auch im Judentum die Beschäftigung mit dem Wesen ihrer Religion anregte und Leo Baeck veranlaßte, seine Gedanken über das »Wesen des Judentums« 1905 zu veröffentlichen, die wiederum im Judentum eine breite Diskussion entfachten. Tal zeichnet die Auseinandersetzung auf beiden Seiten, den Dialog beider Gruppen miteinander nach, der bestimmt war von der Identitätssuche der Christen wie der Juden und gleichermaßen Bibelkritik, Historiographie und Philologie auf beiden Seiten anregte. Er beantwortet die Frage nach dem Ursprung dieser Kontroverse mit dem Hinweis auf seine kulturell-gesellschaftliche Natur: Nicht so sehr die religiösen und metaphysischen Gegensätze, sondern gerade die Gemeinsamkeiten zwischen Judentum und Christentum, die dem Kulturpessimismus und -überdruß des ausgehenden 19. Jahrhunderts begegnen wollten und sich an der geschichtlichen und gesellschaftlichen Realität orientierten, hätten die Kontroverse entfacht (S. 623, 632). *Greive* dagegen stellt den Antisemitismus wiederum als belastendes und trennendes Moment des deutsch-jüdischen Verhältnisses in den Vordergrund. Er schildert die weite Verbreitung von Antitalmudismus und von Ritualmordbeschuldigungen sowie ihre praktischen Konsequenzen — die Mordfälle in Xanten und Konitz —, die Stellungnahmen des katholischen Klerus und teilweise des Zentrums zu Judentum, Antisemitismus und dessen spezieller Ausprägung der Ritualmordbeschuldigung gegen die Juden. Anhand der Reaktion der Bevölkerung hält er jedoch fest, daß eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Ressentiments von Katholiken und Protestanten gegenüber dem Judentum bestanden habe (S. 382). Die dem Aufsatz zugrunde gelegte Presseanalyse katholischer Periodika könnte durch die materialreiche Monographie Amine Haases bereichert werden, die in den bibliographischen Anhang des Sammelbandes aufgenommen zu werden verdiente[13]. *Rosenblüth* geht der übergreifenden Frage nach, wie das deutsche Judentum im Kaiserreich versuchte, seine traditionsreiche Vergangenheit mit den geistigen und sozialen Ansprüchen der Gegenwart in Einklang zu bringen (S. 549). Er zeichnet das Spannungsver-

13 *Amine Haase,* Katholische Presse und die Judenfrage. Inhaltsanalyse katholischer Periodika am Ende des 19. Jahrhunderts, Pullach 1975; vgl. die Rez. in: AfS XVII, 1977, S. 712-716.

hältnis zwischen Tradition und Gegenwartsaufgaben und seine Lösungsversuche anhand des Lebenswerkes der liberalen Vertreter des Judentums Hermann Cohen, Moritz Lazarus, Leo Baeck, Martin Buber und der orthodoxen Richtung von Esriel Hildesheimer, Samson Raphael Hirsch, Isaak Breuer und Nehemia Anton Nobel nach, die — jeder auf seine Weise — dazu beitrugen, Wert und Geltung der jüdischen Religion in einer modernen Kultur aufzuzeigen (S. 584).

Auch wenn die Beiträge dieses Sammelbandes nicht unbedingt neue Erkenntnisse vermitteln, sondern häufig die in Einzelstudien zusammengetragenen Ergebnisse referieren, reflektieren und unter neuen Gesichtspunkten interpretieren, stellen sie doch einen unersetzlichen Überblick zur deutsch-jüdischen Geschichte im 19. Jahrhundert dar, dem künftig wenig mehr hinzuzufügen sein dürfte und der kaum noch Forschungslücken offen läßt.

Werner Habel sprengt mit seinen Untersuchungen zur Geschichte der innerjüdischen Sammelbewegung insofern den Rahmen der bislang besprochenen Studien, als er sich der Aufarbeitung eines relativ vernachlässigten Themas[14] stellt und zugleich die Frage behandelt, wie es in den Geschichtsunterricht integriert werden könnte (S. 8). Der Autor betrachtet zunächst die gegenwärtige Situation des Geschichtsunterrichts an den Schulen: Man könne nicht umhin, eine Zurückdrängung des Geschichtsunterrichts zu konstatieren; es scheine sich nunmehr eine Krise im Schulfach Geschichte anzubahnen, die im Hochschulfach allmählich habe überwunden werden können (S. 9). Deshalb ist es folgerichtig, daß Habel seine historische Untersuchung in den Rahmen wissenschaftstheoretischer und geschichtsdidaktischer Überlegungen einbettet und darauf abhebt, das Verhältnis von Schulfach und Wissenschaftsdisziplin abzuklären. Bei seinen auf drei Ebenen angesiedelten Betrachtungen — der Ebene der »bildungstheoretischen Überlegung«, der Ebene des »inhaltlichen Zugriffs der Geschichtsdidaktik auf die Forschungsergebnisse der Fachwissenschaft« sowie derjenigen des »konzeptionellen Zugriffs der Geschichtsdidaktik auf die Geschichtswissenschaft« (S. 11) — geht er von den Prämissen aus, daß die Geschichtswissenschaft für den Geschichtsunterricht eine Orientierungs- und Kontrollinstanz für die jeweiligen Forschungsergebnisse darstelle und daß der Geschichtsunterricht einem politischen Bildungsauftrag nachzukommen habe, also nicht nur einseitig die Umsetzung gesichterter geschichtswissenschaftlicher Ergebnisse in schülergerechte Lehre leisten solle (S. 13). Diesem Anspruch gemäß, wählte der Verfasser sein Thema, weil die Geschichte des Judentums und des deutsch-jüdischen Verhältnisses entweder völlig unzureichend oder aber überhaupt nicht im Geschichtsunterricht behandelt werde und zudem auch für die Fachwissenschaft ein »Aufarbeitungsdefizit« in diesem Bereich zu konstatieren sei (S. 15, 53 ff., 70). Nach einer kritischen Würdigung der vorliegenden Literatur zur Geschichtsdidaktik (S. 16-51) gibt Habel deshalb auch einen inhaltlichen und historischen Abriß über die Behandlung der Geschichte des Judentums in der deutschen Historiographie und im Schulunterricht.

Als Grundlage seiner Untersuchungen über die deutsch-jüdische Geschichte und die innerjüdische Sammelbewegung zeichnet der Autor die sozioökonomische Lage des deutschen Judentums seit der Reichsgründung (S. 75-85) nach, stellt Probleme der jüdischen Statistik vor, gibt einen Überblick über Forschungsergebnisse und -desiderata (S. 75-78), der jedoch inzwischen wegen der neueren Studien Tourys ergänzungsbedürftig ist, erörtert die sozialpsychologische Situation des Judentums und führt eine Auseinandersetzung mit dem Begriff »Assimilation« (S. 85—94). Die Haupttendenzen der Assimilation werden vorgestellt (Umwandlung des jüdischen Erziehungswesens, Konfessionalisierung des Judentums, Akzentuierung im politischen Handlungs- und Orientierungsverhalten, Tendenz zu Linksparteien, S. 89), die Reaktion des Judentums auf den modernen Antisemitismus und die daraus resul-

14 Ansatzweise bislang nur in bezug auf die zionistische Bewegung bei *Egmont Zechlin*, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969; neuerdings umfassender, wenn auch mit anderen Akzenten, bei *Arnold Paucker* (s. o. S. 651 f.).

tierende Akzentverschiebung im Assimilationsverhalten werden problematisiert (S. 146 f., 190-196): Bis zum Ende der 1870er Jahre sei die Assimilation im Sinne einer Angleichung an die Umwelt bei gleichzeitiger Zurückdrängung und Ignorierung eigener jüdischer Werte verstanden und auch so praktiziert worden. Diese Entwicklung habe sich jedoch mit dem massierten Auftreten des Antisemitismus geändert, indem diese Auffassung von Assimilation in die private Sphäre abgedrängt und nach außen ein selbstbewußtes Bekenntnis zur jüdischen Tradition und gleichzeitig die rückhaltlose Anerkennung der deutschen Nation gepflegt worden seien, wie es der Praxis des C. V. entsprochen habe. Ein Abriß über die Ursachen, Entstehung, Erscheinungs- und Organisationsformen des modernen Antisemitismus (S. 94-114) schließlich liefert den letzten Baustein zum Fundament der Schwerpunktuntersuchung. Auch wenn die deutschen Juden dem Antisemitismus zunächst völlig unorganisiert gegenübergestanden hätten, habe er doch eine politisierende Wirkung auf sie ausgeübt und sie zur Selbstreflexion und zum Überdenken der Assimilation veranlaßt (S. 190-196).

Mit dem Schwerpunkt der Arbeit, den Untersuchungen zur innerjüdischen Sammelbewegung zwischen 1880 und 1900 (S. 114-197), stößt Werner Habel in Neuland vor: Aufgrund von breit angelegten Quellenstudien (Zeitschriften, Broschüren und Jahrbücher der Abwehrvereine und des C. V., die Allgemeine Zeitung des Judentums /AZJ, zionistische Organe und Festschriften jüdischer Korporationen und Verbände, Lebenserinnerungen und Abhandlungen zur Judenfrage, vgl. Literaturverzeichnis, S. 304-308) schildert der Autor Entwicklung, Organisation und Tätigkeit des »Abwehrkomitees«, der sozialen und kulturellen Sammlung, des Ordens »Bnei Briss«, der Geschichts- und Literaturvereine, der studentischen Reaktion, des C. V., schließlich der zionistischen Bewegung in Deutschland (S. 114-189) und kommt zu folgenden Ergebnissen: In der ersten Phase der Sammelbewegung (»Abwehrkomitee«, »Bnei Briss«, Geschichts- und Literaturvereine) sei das Prinzip der Bescheidenheit und Zurückhaltung verfolgt worden. Die Vereine seien entweder rein innerjüdisch orientiert oder sozial-karitativ gewesen, jedenfalls aber geprägt von einem defensiven Charakter, selbst wenn sie der kulturellen Sammlung des Judentums gedient hätten.Erst mit der Gründung jüdischer Studentenverbindungen, die einerseits zum Kampf gegen den Antisemitismus, andererseits zur selbstbewußten Pflege des Judentums aufriefen (S. 139), sei die Haltung offensiv geworden. Dies aber hatte zur Folge, daß die öffentliche Meinung dem Judentum nunmehr Aggressivität vorwarf und nicht mehr — einem gängigen Vorurteil entsprechend — Feigheit nachsagte. Ähnliche Grundsätze habe sodann der C. V. verfolgt: Er habe seinen Mitgliedern ein Konzept zur Lösung des Konfliktes für das Judentum angeboten, Glaubensbekenntnis und staatsbürgerliches Bewußtsein miteinander zu vereinbaren, indem er den Leitsatz propagierte, daß die Juden »Deutsche sein«, aber »Juden bleiben« wollten. Deshalb habe er auch die Devise verfolgt, jegliche Angriffe gegen den Antisemitismus zu vermeiden, ihn aber gleichzeitig »rückhaltlos« und »energisch« abzuwehren (S. 151).

Die Schilderung der Organisation und Abwehrtätigkeit des C. V. (S. 146— 160) vermittelt ein eindrucksvolles Bild von dem breitgefächerten Wirkungsfeld dieser größten Organisation des jüdischen Bürgertums (Zahlen s. S. 155). Im Selbstverständnis des Verbandes als »unpolitischer« Organisation zeigt sich jedoch auch die Beschränktheit der Einflußmöglichkeiten, die Werner Habel zwar anspricht, aber nicht weiter ausführt (S. 158 f.). So sind denn auch Zweifel anzumelden, ob der Verfasser nicht etwas zu optimistisch die Erfolge der Abwehrbemühungen des C. V. gegenüber dem Antisemitismus einschätzt, wenn er ohne kritischen Kommentar das Fazit eines Festredners zum zehnjährigen Bestehen des Verbandes im Jahre 1903 als Beweis für die erfolgreiche Tätigkeit des Abwehrkampfes anführt: »Die Furcht vor dem Scharfrichter hat heilsam gewirkt: Der gewalttätige Angriff, die brutale Verleumdung, die sich in der antisemitischen Presse in unverhüllter Schamlosigkeit gegen die einzelnen mit Namen genannten Juden breit machte, sie ist geschwunden. Geschwunden ist der Angriff auf die jüdische Religion, das Alte Testament, geschwunden ist die Behauptung, daß es einen Ri-

tualmord gebe! Man wagt das Wort nicht mehr zu sagen.« (S. 157) Schließlich lag die öffentliche Erregung über den sog. Konitzer Ritualmord 1901 noch nicht allzu lange zurück, und judenfeindliche Angriffe lassen sich keineswegs nur in der antisemitischen, sondern auch in der bürgerlichen Presse, ja sogar den sozialdemokratischen Unterhaltungsblättern weit über den angegebenen Zeitraum hinaus nachweisen. Daß der C. V. jedoch das jüdische Selbstbewußtsein erheblich zu stärken vermochte (S. 158), dürfte unbestritten sein.

Die Darstellung der zionistischen Bewegung in Deutschland (S. 160-189) stellt eine wichtige Ergänzung und Vertiefung zu den vorliegenden — im wesentlichen ideengeschichtlich orientierten — Beiträgen Egmont Zechlins und Yehuda Elonis (s. o. S. 651 f.) — dar, weil sie neben den ideologischen Ausprägungsformen des Zionismus auch ausführlich seine Organisationsprobleme thematisiert. Sowohl Eloni als auch Habel arbeiten die Differenzen und Kämpfe der Zionisten mit den liberalen und orthodoxen Gegnern heraus und stellen — mehr oder weniger — übereinstimmend fest, daß sich trotz anfänglicher Schwierigkeiten und geringer Beteiligung deutscher Juden an Herzls diplomatischen Aktivitäten das zionistische Gedankengut auch im deutschen Judentum verankerte, sich zu einem wichtigen Faktor der innerjüdischen Situation entwickelte sowie Denken und Handeln der deutschen Juden seither beeinflußte (Habel, S. 189; Eloni, a. a. O., S. 688). Während üblicherweise das Erscheinungsbild des Antisemitismus, seine Funktion für den Mittelstand und sein Einfluß auf das deutsche Parteienspektrum charakterisiert werden, schildert Habels Arbeit die Auswirkungen des modernen Antisemitismus auf das deutsche Judentum selbst. Dieser Aspekt wird in der Forschung allenfalls am Rande gestreift (z. B. bei Ernst Hamburger, Paul W. Massing), aber nicht erschöpfend behandelt. Deshalb stellt diese Studie nicht nur eine weitere Ergänzung zur Antisemitismusforschung im Kaiserreich dar, sondern füllt auch eine Forschungslücke in der Sozialgeschichte des deutschen Judentums. Während Reinhard Rürup die zwei wichtigsten Konzeptionen der Judenfrage des 19. Jahrhunderts — Emanzipation und Antisemitismus — erforschte, zeichnet Werner Habel erstmals ausführlich die zwei bedeutsamsten Reaktionsweisen des Judentums auf den Antisemitismus nach — das Konzept der »offensiven« Assimilation, wie es der C. V. verfolgte, und das nationaljüdische Konzept, wie es der Zionismus vorschlug. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zur Erforschung gesellschaftlicher Minderheiten im 19. Jahrhundert. Was hier in einer Fallstudie für die jüdische Minderheit ausgeführt wurde, könnte Anregung und Diskussionsgrundlage für die Erforschung anderer gesellschaftlicher Minderheiten darstellen, die um so notwendiger erscheint, als eine Auseinandersetzung in Geschichtswissenschaft und Schulunterricht mit derartigen Problemen das »historische Alltagsbewußtsein« positiv beeinflussen könnte, wie es Werner Habel in seinen abschließenden didaktischen Betrachtungen (S. 197-229, insbes. S. 207 ff.) nachdrücklich fordert.

Was die vorgestellten Studien zur Judenfrage unter den verschiedenen Aspekten theoretisch behandelt haben, gewinnt in dem von *Monika Richarz* eingeleiteten und herausgegebenen Dokumentationsband Leben. Die Selbstzeugnisse deutscher Juden zur Sozialgeschichte im Kaiserreich stellen den zweiten Band innerhalb einer Dokumentationsreihe dar, die sich dem jüdischen Leben in Deutschland zwischen 1780 und 1945 widmet[15]. Monika Richarz' kurze Einführung erläutert die Kriterien der Auswahl und Edition (S. 7-12) und stellt sachkundig die Problematik der Judenfrage im Kaiserreich vor. Sie behandelt die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung Deutschlands, die berufliche und soziale Schichtung, die Wirkungen des Antisemitismus, die religiöse und soziale Entwicklung. So fassen diese kurzen Abhandlungen einerseits Erkenntnisse und Tendenzen der Forschung zusammen und sind andererseits auf das Verständnis der abgedruckten Quellentexte hin konzipiert, die beispielhaft, ihrem historischen Stellenwert gemäß, angeführt werden. Im Gegensatz zu vorliegenden Studien, die sich nur mit einer kleinen Elite des deutschen Judentums beschäftigen, werden hier

15 Siehe oben, Anm. 2.

autobiographische Zeugnisse von in der Öffentlichkeit meist unbekannten Juden zugänglich gemacht. In der Mehrzahl handelt es sich um Textauszüge umfangreicher Lebensbeschreibungen, die im New Yorker Leo Baeck Institut archiviert sind (S. 7). Die Auswahl konnte fast alle Schichten des Judentums berücksichtigen. Bildungs-, Besitz- und Kleinbürgertum sind aber trotzdem häufiger vertreten als die Ober- und Unterschicht (S. 7, 9), so daß die Memoirensammlung als repräsentativ für das jüdische Bürgertum im Kaiserreich gelten und damit gleichzeitig einen Beitrag zur »Sozialgeschichte des deutschen Bürgertums« leisten kann (vgl. S. 7).

Berücksichtigung bei der Edition fanden sowohl die geographischen Regionen Deutschlands (Berlin als Reichshauptstadt, andere Groß- und Kleinstädte, Dörfer, die Provinzen an der Reichsgrenze) als auch die verschiedensten Bereiche des jüdischen Soziallebens: »Städtische und ländliche Lebensformen, Urbanisierung, Ostjuden, Juden im Nationalitätenkampf, Gemeindeleben, orthodoxes und liberales Judentum, religiöse Indifferenz, Familienstruktur, Rolle der Frau, Erziehung und Bildung, Berufsstruktur, Juden im Handel und in den freien Berufen, Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden, soziale Folgen des Antisemitismus, ›Centralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‹, jüdische Organisationen, Zionismus, politische Betätigung, Situation der Juden im Weltkrieg.« (S. 9 f.)

Bei der Anordnung der Quellentexte stand jeweils aber nur ein zentrales Thema im Vordergrund, obgleich der Auszug aus den Memoiren mehrere Probleme des religiösen und sozialen Lebens berührt. Das I. Kapitel behandelt als Hauptaspekt das jüdische Leben in der Reichshauptstadt Berlin (S. 65-134). Die Memoiren beschreiben den Lebensstil großbürgerlicher, assimilierter sowie das Alltags- und Gemeindeleben ostjüdischer, orthodoxer Familien, analysieren die berufliche Situation von Journalisten und Schauspielern, wobei auch Kritik an der Wilhelminischen Gesellschaft und der Pressepolitik von Hof und Regierung laut wird, und schildern schließlich die Probleme der Naturalisation. Die Textauszüge des II. Kapitels (S. 137-218) erzählen sehr anschaulich vom familiären und beruflichen Alltag jüdischer Familien auf dem Lande, in Dörfern und Kleinstädten Hessens, Baden-Württembergs, Frankens, Pommerns und Ostpreußens[16]. Im Mittelpunkt stehen die Schilderungen jüdischer Festtage und Bräuche, die unterschiedlichen Erfahrungen mit der bäuerlichen, nichtjüdischen Umwelt — Indifferenz, freundschaftliche Beziehungen und Formen des ländlichen Antisemitismus, der Antisemitenbewegung um Otto Boeckel und Hermann Ahlwardt und Auswirkungen der Ritualmordbeschuldigungen von Konitz. Das III. Kapitel (S. 221-239) widmet sich allgemein den Problemen der an der Reichsgrenze (Posen, Westpreußen, Elsaß) ansässigen Juden, dem Nationalitätenkonflikt und der Auswanderung, schildert aber auch beispielhaft die Schichtung der jüdischen Gesellschaft in Posen: Man lebte strikt getrennt nach sozialen Kreisen und pflegte eher mit der gleichrangigen christlichen Schicht Umgang als mit einem gesellschaftlich ›niedrigeren‹ Kreis der Glaubensgenossen. Das IV. Kapitel (S. 243-280) verdeutlicht anhand von Firmengeschichten den jüdischen Beitrag zum Wirtschaftsaufschwung des Wilhelminischen Reiches, wobei drei der fünf Memoiren dem Bereich der Textil- und Bekleidungsindustrie entlehnt sind und sowohl den Stolz über einen steilen sozialen Aufstieg als auch langjährige Familientradition und Erfahrung in dieser für die jüdische Industrie- und Handelstätigkeit typischen Branche dokumentieren. Unter dem Titel »Anwalt und Politik« werden im V. Kapitel (S. 283-324) die Motivationen für sozialpolitisches Engagement und die Erfahrungen der politischen Betätigung im Freisinn, in der Nationalliberalen Partei und der Sozialdemokratie vorgeführt, die sowohl die gesellschaftlichen Konflikte des Judentums im Kaiserreich als auch ein Stück Parteigeschichte — besonders der SPD — aufleben lassen. Das VI. Kapitel (S. 327-354) führt erstmals gesondert die Situation der Frauen im Judentum vor Augen. Es behandelt die Erziehung und soziale Rolle in den verschiedenen Schichten des

16 Dazu bisher lediglich: *Werner Cahnman,* Village- and Small-Town-Jews in Germany. A Typological Study, in: Publications of the Leo Baeck Institute, Year-Book 19, 1974, S. 107-130.

jüdischen Bürgertums: die Ausrichtung der Erziehung einer »höheren Tochter« am Lebensstil des Adels, die Ungleichheit der Bildungschancen für Töchter und Söhne im Kleinbürgertum und die gesellschaftlichen und beruflichen Konflikte einer selbständig arbeitenden Frau aus dem Bildungsbürgertum, deren beruflicher Anstellung selbst ihre Geschlechtsgenossinnen im Wege standen: Eine Institutsvorsteherin, die einen Literaturprofessor als Lehrer suchte, lehnte die Bewerberin mit der Begründung ab, daß sie daran zwar selbst schon gedacht habe, aber daß sie fürchte, »man werde das so auslegen, als ob sie Geld sparen wolle!« (S. 351). Das VII. Kapitel (S. 357-388) widmet sich dem Problem der Identität als Deutscher und Jude. Es kreist um Erinnerungen an die Schulzeit, in der zumeist die Identitätskrise zu Bewußtsein kam, schildert einerseits völlige Assimilation und Entfremdung vom Judentum, andererseits den Versuch, seine Identität als Deutscher und Jude zu gewinnen und sich im C. V. für dieses Leitbild aktiv einzusetzen. Im VIII. Kapitel (S. 391-432) steht der innerjüdische Konflikt zwischen Zionismus und Antizionismus im Mittelpunkt, der häufig als Familienzwist ausgetragen wurde. Die Erinnerungen behandeln jedoch auch den Ausbau zionistischer Organisationen in Deutschland und Engagement und Interesse für die Probleme des Ostjudentums. Das IX. Kapitel (S. 435-474) schließlich spiegelt die Erfahrungen deutscher Juden im Ersten Weltkrieg als Soldaten, Offiziere, Heereslieferanten und Mitarbeiter in Wohlfahrtsorganisationen wider. Diese Memoiren drücken in besonders hohem Maße die starke Identifikation der jüdischen Bürger mit Deutschland aus, die sie oft freiwillig in den Krieg ziehen ließ, weil sie von einem »doppelten Gefühl beherrscht waren, als Deutsche und Juden ihre Pflicht tun zu müssen« (S. 437). Nur im Ansatz werden die herben Enttäuschungen angedeutet, die der sich im Kriege verschärfende Antisemitismus mit sich brachte, der alle Hoffnungen auf die Verschmelzung des Judentums mit der deutschen Nation zerschlug.

Was hier sehr pointiert wiedergegeben wird, tritt in fast allen Erinnerungen als Selbstverständlichkeit zutage. Denn trotz negativer Erfahrungen mit antisemitischen Ressentiments und den daraus resultierenden gesellschaftlichen und politischen Konflikten beurteilen fast alle Memoiren das Leben im Kaiserreich positiv und bringen ein ungetrübtes, tiefes Gefühl der Sicherheit zum Ausdruck, als Deutscher und Jude akzeptiert zu werden. Fritz Frank artikuliert beispielhaft dieses Gefühl in Erinnerung an den Lebensweg seines Vaters, eines jüdischen Gemeindevorstehers in Württemberg: »In Frage zu ziehen, daß der Hugo Frank Deutscher, daß er Schwabe ist, daran hätte keine Sterbensseele gedacht.« (S. 180). Bis auf wenige Ausnahmen wird die Wilhelminische Gesellschaft relativ unkritisch beurteilt; die Schilderungen des Alltags- und Berufslebens, der religiösen, sozialen und politischen Betätigung reflektieren zwar die Unterschiede zwischen jüdischer Minorität und nichtjüdischer Majorität, lassen aber nicht selten — zumal in Memoiren des Besitz- und Bildungsbürgertums — die Gemeinsamkeiten in Wertvorstellungen und Erziehungsidealen, in der Rollenverteilung von Mann und Frau in Familie und Gesellschaft, teilweise auch in den Lebensgewohnheiten anklingen. Jedenfalls schienen wirtschaftlicher Aufstieg, rechtliche Sicherheit und partielle kulturelle Integration dem jüdischen Bürgertum ein Gefühl sozialer Sicherheit vermittelt zu haben und dahinter die zunehmende Polarisation zwischen der jüdischen Minderheit und dem nichtjüdischen Bürgertum, die die Forschung als Kennzeichen der deutsch-jüdischen Geschichte im Kaiserreich herausgestellt hat, als Erfahrung in den Hintergrund treten zu lassen. So zerstörte erst der Krieg die Zuversicht des Judentums, vollständig in die Gesellschaft integriert zu werden, und offenbarte zugleich, »daß die soziale Integration der Juden [...] niemals wirklich vollzogen worden war« (S. 58). Hält man dieses Ergebnis als eine Hauptaussage der Dokumentation fest, bleibt doch auch zu betonen, daß die Auswahl der Memoiren eindrucksvoll die Vielschichtigkeit des jüdischen Bürgertums im Kaiserreich dokumentiert, die zwar auf eine »Lockerung der Gruppenidentität« hindeutet (S. 10), aber auch das im Kaiserreich ausgeprägte, so nachhaltig wirkende antisemitische Stereotyp von *dem* Juden und *dem* Judentum ad absurdum führt. Nicht zuletzt muß hervorgehoben werden, daß

zahlreiche Abbildungen, kurze Zusammenfassungen der zentralen Aussagen eines Quellentextes, ein in wissenschaftlichen Abhandlungen so selten anzutreffendes thematisches Register, ein Orts- und Personenregister und Worterklärungen zu Spezialausdrücken der jiddischen Sprache (S. 475-494) die ohnehin fesselnde Lektüre illustrieren und erleichtern. Als Anregung künftiger und Ergänzung vorliegender Untersuchungen zur Sozialgeschichte des deutschen Judentums dürfte die Dokumentation neue Akzente gesetzt haben und zur Bearbeitung vernachlässigter Themen anregen, etwa der Erforschung des jüdischen Alltagslebens, der beruflichen und sozialen Situation des Judentums auf dem Lande oder der Rolle der jüdischen Frau in Familie und Öffentlichkeit, um das Fundament für eine Gesamtgeschichte des Judentums oder das Spektrum für vergleichende sozialgeschichtliche Studien zu vervollständigen. Alle vorgestellten Studien aber weisen deutlich nach, daß — wie Dirk Blasius bereits betont hat —«die Geschichte der deutsch-jüdischen Beziehungen [...] heute mehr als nur ein Teil der deutschen oder jüdischen Geschichte« ist, sondern vielmehr »zu einem Stück Gesellschaftsgeschichte zu werden beginnt[17]«.

17 *Dirk Blasius,* »Judenfrage« und Gesellschaftsgeschichte, in: NPL, Jg. XIII, 1978, H. 1, S. 17-33.

Michael H. Kater

Jugend — Erziehung — Wissenschaft

Studien zur Ideologie und Pädagogik in Deutschland zwischen 1918 und 1945

Ulrich Linse, Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1919-1933. Zur Geschichte und Ideologie der anarchistischen, syndikalistischen und unionistischen Kinder- und Jugendorganisationen von 1919-1933, dipa-Verlag, Frankfurt 1976, 331 S., Pb., 44 DM.
Kurt-Ingo Flessau, Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus. Mit einem Vorwort von Hans-Jochen Gamm, Franz Ehrenwirth Verlag, München 1977, 224 S., Pb., 22 DM.
Uwe Dietrich Adam, Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Mit einem Anhang von Wilfried Setzler »Die Tübinger Studienfrequenz im Dritten Reich« (= Contubernium. Beiträge zur Geschichte der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Bd. 23), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1977, X, 240 S., Ln., 37,40 DM.

Die Sozialgeschichte der Bildung im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts ist seit einigen Jahren in vollem Schwunge. Bei den meisten der bis heute vorliegenden monographischen Arbeiten handelt es sich um sozialhistorische Untersuchungen in einem weiter gefaßten Sinne: Ohne besondere theoretische Vorüberlegungen werden Bildung, Bildungsvermittler und Bildungsempfänger als einem a priori soziokulturell verstandenen Themenkreis irgendwie zugehörige Faktoren konzipiert. Dabei wird der Gesamtbezugsrahmen vom Gesichtspunkt einer empirisch arbeitenden Gesellschaftswissenschaft keineswegs exakt abgesteckt; es werden auch keine Indikatoren definiert, die Auszählungen und somit Messungen zulassen könnten. Da überdies weitgehend mit einem deskriptiven Ansatz vorgegangen wird, bleiben potentiell meßbare Größen, Relationen, Kausalzusammenhänge usw. analytisch ungeklärt; komparatistische Gegenüberstellungen fallen fort, und der Untersuchungsgegenstand erscheint weiterhin nur aus einer einseitigen Mikroperspektive[1]. Ein Paradebeispiel für dieses Genre ist Hans Peter Bleuels anspruchsvoll tituliertes Buch über die Professoren in der Weimarer Republik — eine Thematik, die noch immer auf eine gediegene sozialwissenschaftliche Bearbeitung wartet[2]. Allerdings gibt es schon bemerkenswerte Ausnahmen. Über die Interdependenz von Besitz und Bildung im 19. Jahrhundert haben Hansjoachim Henning, Konrad H. Jarausch und Peter Lundgreen Aussagen gemacht, die mehr als nur impressionistisch

1 Zum Desiderat einer optimalen Verbindung von »Geschichte und Soziologie« programmatisch *Hans-Ulrich Wehler*, Geschichte als Historische Sozialwissenschaft, Frankfurt 1973, insbes. S. 9-44. Hierzu auch schon *Werner Conze*, Sozialgeschichte, in: *H.-U. Wehler* (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966, S. 19-26.

2 *Hans Peter Bleuel*, Deutschlands Bekenner. Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur, Bern 1963. Die Studie von *Fritz K. Ringer*, The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community, 1890-1933, Cambridge (Mass.) 1969, berücksichtigt bei all ihrer Qualität mehr geistesgeschichtliche als sozialwissenschaftliche Aspekte.

fundiert sind[3]. Hartmut Kaelble kann eine bis in die Gegenwart reichende statistische Kurve zeichnen, die als Resultat akribischer empirischer Detailforschung die Entwicklung der Bildungschancen-Gleichheit respektive -Ungleichheit in Deutschland seit der Wilhelminischen Epoche reflektiert[4]. In den hier genannten Fällen werden Bildung, Bildungsträger oder ihre davon abgeleiteten Indikatoren als meßbare Variablen behandelt und in Relation zu anderen meßbaren Variablen, beispielsweise als Indikatoren von sozialer Schichtung, politischer Machtfülle oder auch materiellem Besitz, gesetzt.

Wie gesagt: Die Mehrzahl der auf der Woge der heute nun schon modischen Sozialgeschichte schwimmenden Autoren bedient sich solcher analytischen Methoden, die oft erhebliche Kenntnisse der Mathematik, Statistik und Informatik (EDV) voraussetzen, nicht[5]. Das gilt auch für die Verfasser dreier neuerer Untersuchungen zur deutschen Bildungsgeschichte, die jeweils einen Entwicklungsfaktor grell beleuchten, dabei aber andere mögliche Einwirkungsmomente unberücksichtigt lassen. Bei Ulrich Linse steht die Jugendbewegung, bei Kurt-Ingo Flessau die Schulerziehung und bei Uwe Dietrich Adam schließlich der universitäre Wissenschaftsbetrieb dominierend im Vordergrund. In jedem dieser Fälle stellt die Arbeit das Ergebnis einer eindimensionalen Betrachtungsweise dar.

Damit sei ein wertendes Urteil über die wissenschaftliche Qualität der einzelnen Studien noch keineswegs vorweggenommen. *Ulrich Linse* hat sich bereits als Autor gewissenhaft recherchierter und quellenmäßig gut abgesicherter Arbeiten über linksideologische Tendenzen namentlich in der deutschen Jugendbewegung profiliert; er dürfte heute als der beste Kenner des »linken« Flügels der Jugendbewegung in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen gelten[6]. Beachtenswert ist, in welchem Maße es ihm bisher geglückt ist, dokumentarisches Material über die linken Jugendführer zusammenzutragen und literarisch zu verwerten. Zeigten diese doch aus ihrem eigentümlichen Selbstverständnis heraus kaum Neigung zur publizistischen Selbstdarstellung; außerdem gingen ihre schriftlichen Zeugnisse nach 1933 wohl noch schneller und endgültiger verloren als die ihrer bürgerlichen Altersgenossen, die sich zum großen Teil ja dem Nationalsozialismus selbst gleichschalteten[7] und damit einen

---

3 *Hansjoachim Henning*, Das westdeutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung 1860-1914, Teil I, Wiesbaden 1972; *Konrad H. Jarausch*, The Sources of German Student Unrest 1815-1848, in: *Lawrence Stone* (Hrsg.), The University in Society, Bd. 2, Princeton (N.J.) 1974, S. 533-69; *ders.*, Liberal Education as Illiberal Socialization: The Case of Students in Imperial Germany, in: The Journal of Modern History 50, 1978, S. 609—30; *ders.*, Studenten, Gesellschaft und Politik im Kaiserreich — Ein Versuch, in: Informationen zur Erziehungs- und Bildungshistorischen Forschung, 1975, H. 3, S. 61-90; *Peter Lundgreen*, Bildung und Wirtschaftswachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Methodische Ansätze, empirische Studien und internationale Vergleiche, Berlin 1973. Vgl. auch *ders.*, Quantifizierung in der Sozialgeschichte der Bildung, in: Informationen zur Erziehungs- und Bildungshistorischen Forschung, 1975, H. 3, S. 143-66.

4 *Hartmut Kaelble*, Chancenungleichheit und akademische Ausbildung in Deutschland, 1910-1960, in: GG 1, 1975, S. 121-49. Dazu Kaelbles themenverwandte Arbeiten: Sozialer Aufstieg in Deutschland 1850-1914, in: VSWG 60, 1973, S. 41-71; Soziale Mobilität in Deutschland, 1900— 1960, in: *Kaelble u. a.*, Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1978, S. 236-327.

5 Dazu die ernüchternden Bemerkungen von *Jürgen Kocka* in: HZ 226, 1978, S. 400-03; ferner *Konrad H. Jarausch*, Möglichkeiten und Probleme der Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: *ders.* (Hrsg.), Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten, Düsseldorf 1976, S. 11-30; *Gerhard Botz*, Quantifizierende Methoden in der Politik- und Sozialgeschichte, in: Zeitgeschichte 5, 1977, S. 72-83 und 114-22.

6 Vgl. hier nur *Ulrich Linse*, Hochschulrevolution. Zur Ideologie und Praxis sozialistischer Studentengruppen während der deutschen Revolutionszeit 1918/19, in: AfS 14, 1974, S. 1-114.

7 Zum letzteren *Michael H. Kater*, Bürgerliche Jugendbewegung und Hitlerjugend in Deutschland von 1926 bis 1939, in: AfS 17, 1977, S. 127-74.

Teil ihres Schrifttums in die Zeit des »Umbruchs« hineinretteten[8]. Dazu kommt ein sozialer Gesichtspunkt insofern, als links orientierte Jugendbündler schon von ihrem Sozialmilieu her nicht zum Pamphletieren neigten. Wenn sie es aber taten, dann zeigten sie durch den Sprachduktus ihrer Schriften oft ihre vergleichsweise niedere Herkunft. Gerade diesen für den Sozialhistoriker wichtigen Punkt hebt der Autor bei der Erläuterung der von ihm unter größten Anstrengungen aufgespürten und im Anhang seines Buches abgedruckten Originaltexte mit Recht hervor[9].

So ist Linses Arbeit denn eine Pionierleistung im doppelten Sinne: Zum ersten stellt sie eine wissenschaftliche Studie über die Jugendbewegung von 1919 bis 1933 dar, über die es heute ohnehin wenig genug originelles Material in den öffentlich zugänglichen Archiven gibt, einschließlich des Rests, der sich, weit versprengt, nach 1945 finden ließ und bereits mehrfach von Autoren wie Walter Laqueur und Werner Klose ausgewertet wurde[10]. Erst die Nachlässe von Werner Kindt und Karl Otto Paetel, die gegenwärtig im Archiv der deutschen Jugendbewegung auf Burg Ludwigstein in Hessen der Einordnung und Katalogisierung harren, dürften hier die noch immer sehr spürbare Lücke füllen helfen. Zum zweiten ist Linses Buch ein wertvoller Beitrag zur bisher stiefmütterlich behandelten Geschichte der politischen Linken in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Linse verhehlt sein eigenes politisches Engagement an der Sache durchaus nicht, was ihn — zumindest für den Rezensenten — menschlich zwar sympathisch macht, ihm als Autor jedoch wegen der oft zu wenig observierten Distanz zu seinem Forschungsgegenstand gelegentlich schadet. Es fehlt ihm letztlich — und hierin steht er unter den jugendbewegten Autoren der vornehmlich den Interessen der deutschen Jugendbewegung Rechnung tragenden Verlage nicht allein — der Wille oder die Fähigkeit zum in der letzten Konsequenz kritisch abwägenden Urteil, einem Urteil, das notwendigerweise auch nicht durch langatmige Zitate — Wertungen aus zweiter Hand, aber unübersehbar vom damaligen Zeitgeist durchdrungen — ersetzt werden kann. Paradigmatisch hierfür ist Linses Charakterisierung der Schlüsselfigur Ernst Friedrich, eines dynamischen Jugendführers mit demagogischen Neigungen, der in Linses Buch nur in der langgezogenen (und leider — wie ähnliche Zitate — nicht vom Haupttext in Kleindruck abgesetzten) Beschreibung durch Ex-Jugendfunktionär Henry Jacoby einigermaßen realistische Formen annimmt[11]. Ohne einer falsch verstandenen Faschismus-Forschung das Wort reden zu wollen, drängen sich hier doch Parallelen zu ähnlich veranlagten Jugendführern (beispielsweise Muck Lamberty), von einflußreichen Persönlichkeiten insbesondere auf der politischen Rechten ganz zu schweigen, geradezu auf. Mithin wäre ein Rekurs auf Joseph Nyomarkay[12] oder auch Max Weber angebracht gewesen; die Problematik der charismatischen Führerpersönlichkeit hätte vom phänomenologischen Blickwinkel zumindest gestreift werden müssen. Andere, keineswegs schwerwiegende Mängel des Buches entsprechen ebenfalls dem gar zu eng gesteckten konzeptionellen und bibliographischen Rahmen. Da zitiert ein anderer Zeitgenosse der zwanziger Jahre in Linses Text »W. Mühlmann«, ohne daß der Autor für den nicht-informierten Leser anzumerken wüßte, um wen es sich hier handelt[13]. Besonders stö-

---

8 Dazu die qualifizierenden Bemerkungen *ebda.*, S. 130, Anm. 18.

9 *Linse*, Jugendbewegung, S. 133.

10 *Walter Z. Laqueur*, Young Germany. A History of the German Youth Movement, New York (N.Y.) 1962; *Werner Klose*, Generation im Gleichschritt. Ein Dokumentarbericht, Oldenburg/Hamburg 1964.

11 *Linse*, Jugendbewegung, S. 58 ff.

12 Vgl. *Joseph Nyomarkay*, Charisma and Factionalism in the Nazi Party, Minneapolis (Minn.) 1967.

13 Dr. Wilhelm Emil Mühlmann, geb. 1904, 1939-45 Dozent für Völkerkunde und Völkerpsychologie an der Universität Berlin, nach dem Zweiten Weltkrieg Ordinarius für Ethno-Soziologie in Heidelberg. Vgl. *Erich Stockhorst*, Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich, Velbert/Kettwig 1967, S. 299.

rend ist, daß die Geschichte dieser linken Jugendgruppen seit 1918 fast völlig jenseits der soziopolitischen Geschehnisse in der Weimarer Republik im weiteren Sinne, wie der stürmischen Entwicklung der Jugendbewegung im engeren abläuft. Dementsprechend sind die Literaturhinweise. Ausgenommen die wichtige Zusammenstellung von Originalmaterial zum Thema, fehlen unter anderem die einschlägigen Titel zur Geschichte der Jugendbewegung in der Weimarer Phase.

Dessen ungeachtet, bietet der Band für jeden an der Sozialgeschichte Deutschlands zwischen Revolution und Diktatur Interessierten bisher unbekannte und manchmal faszinierende Einzelheiten. In seiner etwas trockenen Art beschreibt Linse die Entwicklung der »anarchistischen«, »syndikalistischen« und »unionistischen« Jugendorganisationen, die Versuche zur Gründung einer Anarchistischen Jugend-Internationale (AJI) und, nicht zuletzt, Ansätze zur Organisation libertärer Kindergruppen (die an die französischen Kinderkreuzzügler von 1212 erinnern, wiewohl diese von Kindern ursprünglich selbst geführt[14], jene aber von Halbwüchsigen und jungen Erwachsenen manipuliert wurden — zu diesem naheliegenden Kontrast fällt Linse leider auch gar nichts ein). Linse macht gleich zu Anfang klar, warum diese Jugend überhaupt wichtig war: »In der anarchistischen Jugend verbanden sich bürgerlich-jugendbewegtes und proletarisches Erbe zu einer neuen — in unserer Zeit in anderem sozialen Milieu wiederentdeckten — Mischung: einer antiautoritären Arbeiter-Jugend«[15]. Die Conditio sine qua non für Entstehung und Existenz dieser Jugend war die generationsimmanente Antipathie zu den in Verbänden reglementierten »Alten« auf der organisierten politischen Linken. Die Spannungen der Generationen untereinander — ein Problem, das sich auch in der Geschichte der SPD/USPD von der Zeit des ausgehenden Weltkrieges bis in die jüngste Gegenwart zieht[16] — führten unter einer kleinen Minderheit ursprünglich politisch links organisierter Jungarbeiter zur Sezession von den etablierten Mutterverbänden und zur Schaffung von »anarchistischen«, »syndikalistischen« und »unionistischen« Grüppchen, die sich dann, im Wechsel von Fusion und Spaltung und hierin den »bürgerlichen« Jugendgruppen gar nicht unähnlich, bis zum Ende der Republik mehr oder weniger eigenständig fortbewegten. Hier wäre von seiten des Verfassers abermals die tiefer schürfende Frage nach letztem Sinn und Inhalt dieses »Anarchismus«, dieses »Syndikalismus« angebracht gewesen; in der Tat, wo bleibt der faktische Bezug zu den historischen Vorbildern? Nun erwähnt Linse wenn nicht Sorel, so doch Bakunin, aber die Harmlosigkeit, ja Naivität der hier beschriebenen Programmatiken und Praktiken, zudem die Gründe für deren Scheitern zum Ende der Republik, erhellen weniger durch Schilderung oder Erklärungsversuche des Verfassers als durch die exemplarisch ausgesuchten Originalschriftstücke im umfangreichen Dokumentenanhang. Darin liegt für den Rezensenten denn auch der Hauptwert dieses vom Verlag geschmackvoll gebundenen, gleichwohl zu einem viel zu hohen Preis angebotenen Buches.

Kurt-Ingo Flessaus »Schule der Diktatur« stellt den Versuch dar, die Schulpädagogik des Nationalsozialismus auf dem Hintergrund der spezifischen NS-Ideologie, die sich in den offiziell für die Schulen vorgeschriebenen Lehrbüchern widerspiegelte, zu erklären. Laut Vorwort von Hans-Jochen Gamm, selbst in diesem Metier kein Unbekannter[17], sei dies »die erste ausführliche Darstellung des Lehrgefüges in den deutschen Schulen nach 1933, der beabsichtigten pädagogischen Ziele und entsprechenden didaktischen Ansätze«[18]. Allein einge-

14 Vgl. *Stephen Runciman*, A History of the Crusades, Penguin Edition, Harmondsworth o. J., Bd. 3, S. 139-44.

15 *Linse*, Jugendbewegung, S. 11.

16 *Carl E. Schorske*, German Social Democracy 1905-1917. The Development of the Great Schism, New York (N.Y.) 1965, insbes. S. 97-108; *Richard N. Hunt*, German Social Democracy 1918-1933, Chicago (Ill.) 1970, insbes. S. 107-11.

17 Vgl. *Hans-Jochen Gamm*, Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus, München 1964.

18 In: *Flessau*, S. 8.

denk des vorzüglichen Standardwerkes von Rolf Eilers über die Schulpolitik des Dritten Reiches, das genug Wissenswertes zum Schulalltag in den Klassenzimmern offeriert und, heute in manchem überholungsbedürftig, immerhin schon 1963 erschien[19], dürfte dieses Urteil wohl etwas überzogen sein. Tatsächlich leidet Flessaus Werk, das ist nach erster Durchsicht der nachhaltigste Eindruck, an Gliederungsschwächen, die das Verständnis des Kernmaterials — die Lehrbuchanalyse im letzten Buchdrittel — beträchtlich erschweren. Warum nicht gleich in medias res, nämlich in die beabsichtigte Lehrbuchanalyse, gehen? Die fängt aber erst bei Seite 95 an und hört, ohne Anmerkungen (die sind extra gedruckt), auf Seite 170 bereits wieder auf. Was davor kommt, sind prätentiös anmutende Passagen, oberflächlich konzipiert, oft nur halbrichtig, weil zu eng und fast journalistisch zerstückelnd gegliedert: Da wird »Umerziehung in der Schule« auf ganzen anderthalb Seiten, »Rassismus in der Schule« auf nur einer halben Seite abgefertigt[20]. »Hitlers Ansichten über Erziehung«, »Hitlers Vorbilder«, das sind alles — in kurzen Kapitelchen — in der Essenz Wiederholungen von Feststellungen, die uns bereits durch die Arbeiten von Eilers, Scholtz, Lingelbach, Dickopp und anderen geläufig sind, wenn auch zugegebenermaßen nicht durch die von Hans-Jochen Gamm[21]. Am meisten störten mich die Abschnitte 5 und 6 des Ersten Teils, »Exkurs über Ideologie« und »Mythen und Mythologeme als Bestandteile der nationalsozialistischen Ideologie« betitelt: Diese Abschnitte sind naiv vereinfachend, grenzen dadurch schon ans Populärwissenschaftliche und stehen überdies zum Rest des Buches in keinem zwingenden thematischen Zusammenhang. Wenngleich Flessau die Beziehungen zwischen Lehrstoff-Ideologie und NS-Weltanschauung zu verstehen scheint und vordergründig auch darzustellen vermag, versagt er ziemlich bei der Durchdringung der komplexen Macht- und Verwaltungsstrukturen im Schulbetrieb der Nation. Beispielsweise entgeht ihm völlig die Doppel-, wenn nicht Vielgesichtigkeit des Reichserziehungsministeriums, das im Gestrüpp des NS-Herrschaftssystems, inmitten der Richtungskämpfe von Paladinen und Parteiungen, im einen Falle traditionell-konservativ, im andern NS-revolutionär und im nächsten ideologieneutral erscheinen mußte. Ähnlich vorschnell, um nicht zu sagen grobschlächtig wird über den NS-Lehrerbund (NSLB) und die Schule als solche geurteilt. Über letztere heißt es schlichtweg, sie sei »zum Instrument der Partei und ihrer Organisationen geworden« und habe »keinen kind- und jugendgemäßen Schonraum mehr« dargestellt[22]. In Wirklichkeit lagen die Dinge komplizierter[23]. Dem NSLB wird in völliger Unkenntnis der bisher verfügbaren und auf weite Strecken verläßlichen Literatur, auch der zeitgenössischen[24], attestiert, er habe die überwiegende Mehrzahl der Lehrer für sich, »großenteils damit auch für die Partei« gewonnen[25]: Das erstere ist richtig, das zweite aber falsch[26]. Dazu kommen sachliche, wenn auch weniger

19 *Rolf Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat, Köln/Opladen 1963.

20 *Flessau*, S. 17 f., 21.

21 *Harald Scholtz*, Nationalsozialistische Ausleseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates, Göttingen 1973; *Karl Christoph Lingelbach*, Erziehung und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland. Ursprünge und Wandlungen der 1933-1945 in Deutschland vorherrschenden erziehungstheoretischen Strömungen; ihre politischen Funktionen und ihr Verhältnis zur außerschulischen Erziehungspraxis des »Dritten Reiches«, Weinheim 1970; *Karl-Heinz Dickopp*, Systemanalyse nationalsozialistischer Erziehung. Kontinuität oder Abschied, Ratingen 1971.

22 *Flessau*, S. 21.

23 Dazu *Michael H. Kater*, Hitlerjugend und Schule im Dritten Reich, erscheint demnächst in HZ.

24 Vgl. *Johann von Leers/Henrich Hansen*, Der deutsche Lehrer als Kulturschöpfer, Frankfurt 1939, S. 164 f.

25 *Flessau*, S. 18. Siehe auch *ebda.*, S. 128 f.

26 *Kater*, Hitlerjugend und Schule im Dritten Reich, erscheint demnächst in HZ.

gravierende Entstellungen, etwa daß Hitlers »Mein Kampf« 1924 publiziert worden sei[27] (in Wahrheit 1925 bzw. 1927 in zwei Bänden[28]).

Am besten ist, wie schon bemerkt, der dritte Teil, der sich mit der NS-gemäßen Pervertierung des Lehrstoffes zur Indoktrination der Schüler befaßt. Flessau gibt anschauliche Beispiele aus dem Deutsch-, Englisch-, Physik-, Rechenunterricht usw. Er weist — dies gehört zu dem Gelungensten — auf den Mißbrauch der Nazis mit Johann Wolfgang von Goethe in den Schulzimmern hin; gut ist auch die Darstellung der präfaschistischen Gedanken Ernst Jüngers[29] und deren Wiederkehr schwarz auf weiß — wem ist das heute schon geläufig — in deutschen Schulbüchern. Dennoch bleiben auch hier immer noch zu viele Fragen ansatztheoretischer und methodischer Art offen. Wieso z. B. sind die vom Verfasser ausgewählten Schulbücher »repräsentativ«, nach welchen Gesichtspunkten wurden sie ausgewählt[30]? Wurde etwa jeder zehnte Band aus einer geschlossen überlieferten Dorfschulbibliothek gezogen? Überhaupt, da wir einmal dabei sind, haben sich etwaige Curriculum-Unterschiede zwischen Dorf und Stadt signifikant in den Lehrbüchern niedergeschlagen? Diese Probleme bleiben unerläutert — ein geradezu klassisches Beispiel impressionistischer Geschichtsschreibung, die sich gleichwohl in das Mäntelchen der Empirik einzuhüllen beliebt. Was die kritische Sekundärliteratur anbelangt, warum ist sie so stur einseitig ausgesucht worden? Wo ein Verfasser sich gerade um ideologiegeschichtliche Vorausklärungen bemüht, sollte er mit den Standardwerken auf diesem Gebiet in seiner Bibliographie nicht geizen. Doch es fehlen die Untersuchungen von Lämmert und Berning[31] ebenso wie die von Mosse und Ringer[32]. Die Dürftigkeit des englischsprachigen Titelangebots im Literaturverzeichnis ist generell beklagenswert: Warum beispielsweise wurde der scharfsinnige Aufsatz von Barbara Miller Lane über die NS-Ideologie vor 1933 nicht benutzt[33]? Dagegen finden sich Hinweise auf Werner Masers höchst dubiose Hitler-Biographie[34]. An anderer Stelle wird gänzlich undifferenziert auf Armin Mohlers fragwürdige Kategorien von Nationalsozialisten Bezug genommen, die, 1950 aufgestellt, anno 1977 nach dem sozialgeschichtlichen Forschungsstand wohl eingeholt worden sein dürften[35].

Beim theoretischen Ansatz zu dieser Studie ärgerte den Rezensenten die offensichtliche Vermengung, ja Verwechslung objektiver mit subjektiven Begriffskomplexen und Tatbeständen. Spricht Flessau von »Verantwortung« und »Schuld« der Nationalsozialisten als Erzieher, so macht er sich den Moralismus H.-J. Gamms zu eigen, der bereits vor ihm schlagwortartig von der »Verführung« der deutschen Jugend durch die Nazis geschrieben hatte[36]. So sehr sich die Forschung heute über das Ausmaß dieser »Schuld« mit Flessau einig weiß, so wenig berührt den an Strukturen und Vollzugsprozessen interessierten Sozialhistoriker doch die Tatsache als solche, zumal er sich im klaren darüber sein wird, daß nach dem Moralgefüge der

27 *Flessau*, S. 30.
28 Dazu *Eberhard Jäckel*, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969, S. 9, Anm. 1.
29 Dazu die wichtige Interpretation von *Walter Struve*, Elites against Democracy. Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany, 1890-1933, Princeton (N.J.) 1973, S. 377—414.
30 *Flessau*, S. 95.
31 *Eberhard Lämmert u. a.*, Germanistik — eine deutsche Wissenschaft, Frankfurt 1967; *Cornelia Berning*, Vom »Abstammungsnachweis« zum »Zuchtwart«. Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964.
32 *George L. Mosse*, The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the The Third Reich. New York (N.Y.) 1964. Zu *Ringer*, siehe Anm. 2.
33 *Barbara Miller Lane*, Nazi Ideology: Some Unfinished Business, in: Central European History 7, 1974, S. 3-30.
34 Vgl. etwa *Flessau*, S. 175, Anm. 1.
35 *Ebda.*, S. 106 f.
36 *Ebda.*, S. 132; *Gamm*, Führung und Verführung.

damaligen Machthaber das subjektive Gefühl der »Schuld« so gar nicht bestanden hat, wie der Autor es glauben machen will. Es geht, wie gesagt, um die Strukturen und Vollzugsprozesse, um die integrativen Mechanismen der Ideologievermittlung. Diese im Lehr- und Lernbetrieb des NS-Systems aufzuzeigen, wäre ein verdienstvolles Unterfangen gewesen, aber möglich freilich nur, wenn ein gewisses Instrumentarium der Analyse zur Verfügung gestanden hätte. Kurt-Ingo Flessau jedoch verwechselt Analyse, wie andere »Sozialgeschichtler« vor ihm, mit Deskription[37]. Selbst eine Anhäufung mehrerer Einzelanalysen von Schriftgut verschiedenster Provenienz, die im Grunde immer das gleiche beweisen, so daß es dann gegen Ende des Bandes heißt, »erneut« habe sich »ein Prinzip« usw. herausgestellt[38], demonstriert den zu Beginn des dritten Hauptteils (Lesebuchanalyse) krass ins Auge springenden Mangel einer einmaligen, exemplarischen Modellanalyse, die, an den Anfang gestellt, bis zum Kern der Sache hätte vordringen müssen, eventuell nach Rückgriff auf das Prinzipielle im Wissenschaftsbetrieb eines jeden totalitären Staates. Es gibt zu dieser zugegebenermaßen schwierigen Problematik die noch immer aktuelle Aufsatzsammlung von W. Hofer u. a., von der sich viel lernen läßt[39]. Der vorausgeschickten Fallstudie, die das Problem — also das Aufeinanderprallen akademischer Leistung mit politischem Zwang — ein für allemal darlegt, hätten dann Einzelbeispiele (bzw. Subanalysen) für die jeweiligen Fächer folgen können, von denen jedes eine neue Variante der Kernfrage hätte illustrieren können. Indessen gelangt Flessau selbst abschließend nicht zu einer gültigen Darstellung des nazistischen »Systems« von der politischen Indoktrination des Nachwuchses mittels sozialdemagogischer Taktiken — denn um solches handelte es sich damals letzten Endes, »Schuld« her oder hin —, wie er denn überhaupt die sozialen Dimensionen niemals auch nur annähernd ins Blickfeld bekommt. Die Frage nach der Chancengleichheit bzw. -ungleichheit — in den zitierten Schulbüchern je nach den Umständen und dem Erscheinungsjahr entweder angeschnitten oder ausgespart — wird zum Beispiel gar nicht erst gestellt, da alles an der starren Ideologiefixierung hängen bleibt. Kein Wunder also, daß Flessau dem Sozialgeschichtler gemäßere Methoden und Techniken, auch was »Textbuchanalyse« angeht, nicht einmal andeutungsweise in Betracht zieht. Tatsache ist, daß sich auch moderne ideologiekritische Textbuchanalysen heute um ein vielfaches gründlicher und bindender als Flessaus, unter Ausnutzung optimaler Mittel der elektronischen Datenverarbeitung mit dem Computer, durchführen lassen. Das sei hier abschließend konstatiert, auf die Gefahr hin, daß der Rezensent, zumindest auf den Seiten dieses Bandes, sich allmählich den Ruf eines verbohrten, neumodischen Methodenfetischisten einhandelt.

Uwe Dietrich Adams Buch ist eine im großen und ganzen intelligent geschriebene Lokalstudie über die Universität Tübingen im Dritten Reich. Insofern aber, als der Beweis der Repräsentativität der Zustände in Tübingen nicht erbracht wird, ist der globale Haupttitel irreführend; Haupt- und Untertitel wären hier besser vertauscht worden, so daß es geheißen hätte: »Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Ein Beitrag zum Verhältnis von Hochschule und Nationalsozialismus« oder so ähnlich. Als Fallstudie ist dieses Buch eine Art interessantes Gegenstück zu Wolfgang Kreutzbergers vor Jahren verfaßter Untersuchung über die Studenten an der Universität Freiburg in der Weimarer Republik[40]. Eher politologisch als sozialgeschichtlich ausgerichtet und sich somit stark an dem auch heute noch tonangebenden Mo-

37 Ich verweise hier auf das in diesem Punkt plastischste Beispiel des Mißbrauchs: Richard Grunbergers auch in Deutschland gern und oft zitierte »Sozialgeschichte« des Dritten Reiches pflegt — krasser freilich noch als Flessau — dieselben Praktiken. *Richard Grunberger*, The 12-Year Reich. A Social History of Nazi Germany 1933-1945, New York (N.Y.) 1972.

38 Vgl. *Flessau*, etwa S. 136.

39 *Walther Hofer* (Hrsg.), Wissenschaft im totalen Staat, München 1964.

40 *Wolfgang Kreutzberger*, Studenten und Politik 1918-1933. Der Fall Freiburg im Breisgau, Göttingen 1972.

dell von Bracher/Sauer/Schulz[41] orientierend, macht dieser Band den Leser mit der Entwicklung Tübingens als Hochschule vom Ende der Weimarer Republik bis zum Zusammenbruch 1945 vertraut. Das Organisationsschema ist weitgehend chronologisch, läßt aber durchaus Raum für thematische Untergliederungen. Auf erstklassiger Primärquellenbasis diskutiert der Autor den Weg der traditionsreichen Lehrstätte »zum Dritten Reich«, beschreibt die »Führeruniversität«, analysiert die »Wissenschaft im Griff der Weltanschauung« und befaßt sich schließlich mit »Krieg und Widerstand«. Der Schluß enthält Überlegungen zur Frage »Hochschule und Nationalsozialismus — Programm und Wirklichkeit«; darauf folgt noch die informative Aufstellung der Studienfrequenzen in Tübingen in der Berichtsphase von *Wilfried Setzler*.

Adam bestätigt im wesentlichen den Eindruck, der sich bis heute von der Rolle der Universität unter dem Nationalsozialismus festgefügt hat. Vor 1933 nicht gerade ein Sprungbrett zum Dritten Reich, paßten sich Hochschullehrer und besonders Studenten den veränderten Verhältnissen dann doch allzu willig an, akzeptierten dabei auch das Risiko eines (objektiven) Leistungsschwundes. Nach 1945 wurde eine beträchtliche Anzahl von NS-belasteten Hochschullehrern zwangsentlassen, viele von ihnen wurden allerdings wieder eingestellt — Adam erklärt nicht, wie so etwas möglich war und ob Tübingen in dieser Hinsicht einen Sonderfall bildete.

Im ganzen ist dies ein lesenswertes Buch, dessen Einzelheiten man mit Gewinn in weiterführenden Arbeiten zitieren kann. Meine Kritik richtet sich schwerpunktartig auf drei zentrale Fragenkreise, die hier, beginnend mit dem harmlosesten, nacheinander abgehandelt werden sollen: (1) Stil- und Editionsmängel sowie Sachfehler; (2) Literaturschwächen; und (3) ansatztheoretische Probleme.

Allgemein scheint der Band, entweder vom Verfasser oder vom Lektorat des angesehenen Tübinger Verlages, nachlässig redigiert worden zu sein. Anmerkungsfehler finden sich auf S. 29 f. (Anm. 155 statt 55 usw.) und 61 (Anm. 99 fehlt). Grammatik- und Satzbaufehler stören beispielsweise auf S. 69 und 71[42]. Rolf Eilers wird durchgehend als »Ralf« Eilers zitiert[43]. Der Stil ist ein häufiges Ärgernis. Hier mehrere Blüten: Auf S. 46 »schälen sich« einige »deutlichere Konturen« der Hochschulpolitik heraus; auf S. 63 gerät die Tübinger Rektorenwahl »in den Reißwolf nationalsozialistischer Kompetenzquerelen«. Auf S. 112 wird ein Text als »teils ironisch, teils satyrisch« und dann geradezu »zynisch« offen charakterisiert; hier fehlt nur noch »sarkastisch«. Ein schon komisch wirkender Satz steht auf Seite 22: »Die Veranstalter verlegten [...] den Vortrag in eine Gastwirtschaft des benachbarten Dorfes Lustnau, wovon die Opponenten jedoch Kenntnis erhalten hatten, ihre politische Überzeugung der gepflasterten Straße entrissen und durch die Fenster der Gastwirtschaft warfen.« Gefährlicher wird es, wenn der Verfasser beim Gebrauch der deutschen Sprache auf altdeutsche Sprichwörter verfällt, um historische Kausalzusammenhänge zu erklären; denn hier grenzt es ans Methodische: »Es erwies sich indessen sehr schnell die alte Volksweisheit, daß blinder Eifer selten nützt. Die wirtschaftswissenschaftliche Fachschaft antwortete wenig später [. . .] « usw.[44]. Und ein »definitives Ende« ist eine Tautologie[45].

Darüber hinaus finden sich diverse Sachfehler, was angesichts der Literaturmängel darauf hindeutet, daß der Autor nicht gründlich genug gearbeitet hat. Die »Universität Columbus/

41 *Karl Dietrich Bracher / Wolfgang Sauer / Gerhard Schulz*, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, 2. Aufl., Köln/Opladen 1962.

42 Es heißt *»dem* Sartorius-Nachfolger« statt *»den«*; der mit »Sein Nachfolger[. . .]« beginnende Satz auf S. 69 ist unvollständig. (*Adam*, Hochschule).

43 *Ebda.*, vgl. beispielsweise S. 57, Anm. 67.

44 *Ebda.*, S. 26.

45 *Ebda.*, S. 32.

Ohio« gab es auch 1931 nicht[46], sondern höchstens die »State University of Ohio at Columbus«[47]. Oberschullehrer im Dienstrange eines Studienrates waren im Baden und Württemberg der Weimarer Republik automatisch »Professoren« (genau genommen: Studienprofessoren); d. h. sie brauchten sich diesen Titel nicht noch zusätzlich zu »erwerben«, wie Adam im Falle des Physiklehrers Christian Mergenthaler suggeriert[48]. Es ist sicherlich auch für die Entwicklung der Universität Tübingen zwischen 1933 und 1945 von entscheidender Wichtigkeit gewesen, daß die »Hohe Schule« Alfred Rosenbergs schon 1940 sozusagen in ihren Anfängen steckenblieb; mit Ausnahme der Institute in Halle unter Wilhelm Brachmann und in München unter Richard Harder hat es keine »Hohe Schule« gegeben, mithin konnte auch das schwer angeschlagene Universitätswesen ohne allzu drastische Änderungen weiterbestehen[49]. Im Gegensatz dazu zeigt Adam eine erstaunliche Unkenntnis der hochschulpolitischen Situation im Dritten Reich, wenn er schreibt, 1940 habe die NS-Erziehungsreform der Hitler-Diktatur »im Aufbau der ›Hohen Schulen‹, einer Art Parteiuniversität«, gegipfelt[50]. Und endlich, weniger wesentlich: SS-Obergruppenführer Gottlob Berger war nicht Chef des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes, sondern des sog. SS-Hauptamtes (SSHA)[51]. Ernst Noltes anregende Typologie deutscher (nationalsozialistischer) Hochschullehrer ist — entgegen der Behauptung Adams[52] — in der Tat seit ihrer Publikation von der Forschung wieder aufgenommen worden; nur ist dem Autor die in Frage kommende Monographie entgangen[53].

Hiermit wären wir denn bei der Kritik der Bibliographie, die sich in der Hauptfeststellung erschöpft, daß sie kaum verständliche Lücken aufweist. Gerade weil sich der Verfasser zu bemühen hatte, den Anstrich einer bloßen Lokalstudie für sein Buch zu vermeiden, hätte er — einerseits — so viele allgemein gültige Sekundärquellen zur Kultur- und Universitätspolitik im Dritten Reich wie nur möglich zur Hand nehmen müssen. Für diesen Aussagebereich fehlen unentbehrliche, jedoch seit langem verfügbare Einzelstudien, wie etwa Joachim Werners zeitnaher Bericht über die Geisteswissenschaften in Hitler-Deutschland[54] oder Gerhard Ritters ebenso aufschlußreiche Notizen über den akademischen Lehrkörper[55]. Weinreichs wenn auch veraltete Studie hätte das Datenmaterial aus dem zu Recht zitierten Buch von Hartshorne unter Umständen verifiziert, insbesondere, was den Exodus jüdischer Gelehrter ins Aus-

46 *Ebda.*, S. 31.

47 Vgl. *James Cass / Max Birnbaum*, Comparative Guide to American Colleges for Students, Parents and Counselors, New York (N.Y.) 1964, S. 321 f.

48 *Adam*, S. 32.

49 Zu diesen Zusammenhängen *Michael H. Kater*, Das »Ahnenerbe« der SS 1935-1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, Stuttgart 1974, insbes. S. 278 f., 434 f., Anm. 143; *Volker Losemann*, Der Marburger Schloßplan 1927—1945. Zeitgeschichtliche Wandlungen eines Forschungsprojekts, in: *Walter Heinemeyer u. a.* (Hrsg.), Academia Marburgensis. Beiträge zur Geschichte der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1977, S. 353—405; ferner demnächst *Reinhard Bollmus*, Das Projekt der nationalsozialistischen Gegenuniversität: Alfred Rosenbergs »Hohe Schule« (erscheint 1980 in: *Manfred Heinemann* [Hrsg.], Erziehung, Sozialisation und Ausbildung zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland, Klett-Cotta, Stuttgart).

50 *Adam*, S. 80.

51 *Ebda.*, S. 20. Zur Berichtigung *Hans Buchheim*, Die SS — das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam (= *Buchheim u. a.*, Anatomie des SS-Staates, Bd. 1), Olten/Freiburg i. Br. 1965, S. 252 f.

52 Vgl. *Adam*, S. 44, Anm. 78.

53 Vgl. *Kater*, »Ahnenerbe«, S. 44 f.

54 *Joachim Werner*, Zur Lage der Geisteswissenschaften in Hitler-Deutschland, in: Schweizerische Hochschulzeitung 19, 1945/46, S. 71-81.

55 *Gerhard Ritter*, Der deutsche Professor im »Dritten Reich«, in: Die Gegenwart, 24.12.45, S. 23-26.

land betrifft — aber auch sie wird nicht erwähnt[56]. Desgleichen sucht man vergebens nach Ringers souverän geschriebener Studie für die Jahre der Weimarer Republik[57], wie denn überhaupt nordamerikanische Arbeiten in Adams Monographie etwas kurz zu kommen scheinen. Es fehlt beispielsweise auch die seit 1973 existierende Dissertation R. C. Kellys über die Professoren in der Nazizeit[58].

Andererseits mangelt es Adam an parallelen Darstellungen, die, wenn auch nicht immer auf statistischer Basis, Vergleiche mit der Situation an anderen Hochschulen des Reiches vor oder nach 1933 zulassen könnten. Ich denke hier an die bereits erwähnte exemplarische Fallstudie Kreutzbergers über Freiburg oder Seiers über Marburg (letztere erschien für den Verfasser vielleicht zu spät)[59], aber auch an das — freilich nicht sehr ergiebige, weil dem Anekdotischen zu sehr verhaftete — Werk von Paul Kluke über die Universität Frankfurt[60]. Unersetzlich ist, gerade angesichts der Zahlen in Setzlers Anhang, die Pionierarbeit von Charlotte Lorenz über die Entwicklung der Studienfrequenzen im Dritten Reich; ermöglicht sie doch mannigfache Vergleiche zwischen Tübingens Universität und Schwesterninstitutionen auf regionaler und nationaler Ebene[61].

Offensichtlich, weil der Vergleichsrahmen fehlt, der nicht zuletzt nach zusätzlicher Fachlektüre hätte erstellt werden können, bietet sich das Untersuchungsobjekt »Universität Tübingen im Dritten Reich« als zu isoliert im luftleeren Raum schwebend dar. Die konzeptionelle und faktische Bezugslosigkeit verleitet den Verfasser nolens volens immer wieder zu Feststellungen, die allein lokalspezifisch ableitbar sind, gleichwohl globale Gültigkeit für das Deutsche Reich beanspruchen wollen. Das führt oft zu scheinbaren oder wirklichen Paradoxen. Am Ende weiß der Leser nicht, wie typisch oder untypisch Tübingen bis 1945 nun eigentlich war. Beispiele: Da wird Tübingen als Renommier-Universität klassifiziert: »Nach dem Ruf ihres Lehrkörpers konnte sie beruhigt [!] zu den führenden gerechnet werden. Der wissenschaftliche Ruf und die weltweite Bedeutung manchen Hochschullehrers an der Universität waren in der Tat beachtlich, für eine Universität dieser Größenordnung sogar erstaunlich. Da war Karl Adam [. . .]« usw.[62]. Was wird hier gemessen? Das Renommee der Gelehrten im Verhältnis zur physischen Größe der Institutionen? Schon die Frage so zu stellen, ist doch ein Unding! Welches sind die meßbaren Indikatoren des besagten (und hier mitnichten angezweifelten) Renommees für einen (Qualitäts-) Vergleich mit anderen Hochschulen, der bei Adam im übrigen noch nicht einmal hypothetisch angestrebt, sondern ohne Anführung jeglichen Beweismaterials apodiktisch bereits als vollzogen dargestellt wird? Nach Kenntnisnahme der oben zitierten Passage ist der wißbegierige Leser in der Tat nicht klüger als zuvor.

---

56 *Max Weinreich*, Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes against the Jewish People, New York (N.Y.) 1946.

57 Vgl. Anm. 2.

58 *Reece C. Kelly*, National Socialism and German University Teachers. NSDAP's Efforts to Create a National Socialist Professoriate and Scholarship, Diss. phil., University of Washington 1973. Ferner *Michael H. Kater*, The Reich Vocational Contest and Students of Higher Learning in Nazi Germany, in: Central European History 7, 1974, S. 225-61; *Jacques R. Pauwels*, Women and University Studies in the Third Reich, 1933-1945, Diss. phil., York University Toronto 1976. Es wäre gewiß zuviel verlangt, einen Hinweis auf das gleichzeitig zu Adams entstandene Buch über die Hochschulphysik im Dritten Reich zu erwarten: *Alan D. Beyerchen*, Scientists under Hitler. Politics and the Physics Community in the Third Reich, New Haven (Conn.)/London 1977.

59 Zu *Kreutzberger* siehe Anm. 40. — Ferner *Hellmut Seier*, Radikalisierung und Reform als Probleme der Universität Marburg 1918-1933, in: *Heinemeyer u. a.*, S. 303-52.

60 *Paul Kluke*, Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914-1932, Frankfurt 1972.

61 *Charlotte Lorenz*, Zehn-Jahresstatistik des Hochschulbesuchs und der Abschlußprüfungen, hrsg. vom Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 2 Bde., Berlin 1943.

62 *Adam*, S. 21.

Weiter: Obschon Tübingen zu Anfang des Werkes für die Weimarer Phase als betont antisemitisch geschildert wird[63] (wiederum ist zu fragen: Wo ist der überzeugende Vergleich mit anderen als betont antisemitisch bekannten Hochschulen wie Frankfurt oder »neutralen« wie Greifswald?), wird der Universität etliche Seiten später ihre »*relativ* liberale« Gesinnung nach der Machtergreifung bescheinigt[64]. Doch wie paßt das zusammen? Der Widerspruch bleibt ungeklärt. Schlimm wird es dann wirklich, wenn Adam sich aufmacht, das Absinken des wissenschaftlichen Leistungspotentials zu prüfen. Nachdem er vorausgeschickt hat, daß es »an Indikatoren mangelt, mit denen ein gegebener Stand wissenschaftlicher Forschung oder deren Niveau dargestellt werden könnte«[65] (was nach dem augenblicklichen Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung einfach nicht stimmt, wenngleich die Konstruktion solcher Indikatoren für Modellzwecke zugegebenermaßen ein kompliziertes Unternehmen ist), geht er sodann an die Aufstellung eben solcher Indikatoren, oder was er dafür hält. Sie messen rein quantitativ auf ganz beschränkter Ebene (z. B. wie viele Habilitationen es nach 1933 im Vergleich zu früher gab usw.). Nach viel Zahlenreproduktion, aber ohne Tabellen oder grafische Darstellungen, bleibt Adam eine bindende Erklärung schließlich schuldig. Im vorgegebenen Rahmen bedeutet der sich im Auszählen von Ziffernreihen erschöpfende quantifizierende Ansatz, deren auf qualitative Eigenschaften zielende Signifikanz nicht prädefiniert wurde, die ohnehin gegen Vorurteile ankämpfende Kliometrie zum Narren zu halten. Dagegen hätte der Autor, um den für andere Hochschulen objektiv nachweisbaren Verfall des akademischen Niveaus auch für Tübingen ohne sich in Sackgassen verrennende Zahlenexperimente[66] festzustellen, ruhig etwas scharfsinniger Schriftgut- und Ideenkritik üben können, als er es auf den Seiten seines Buches versucht; nützlich wären ihm dazu beispielsweise die studentischen Arbeiten der verschiedenen Reichsberufswettkämpfe gewesen, die auch für Tübingen in der Würzburger Universitätsbibliothek lagern[67]. Eventuell hätte bei diesem Problem zudem eine strengere sozialgeschichtliche Fragestellung weitergeholfen: Wenn man einmal von der Situation der Studierenden ausgeht, in welch einem Verhältnis stand dann sozialökonomisches Motiv für das Studium zu Hochschulbesuchsfrequenzen und realen Leistungen? Anders ausgedrückt: Gab es Momente in der offiziellen Politik zur Nachwuchsförderung nach 1933, die, verbunden möglicherweise mit programmatischen Aussprüchen zur Chancengleichheit oder -ungleichheit, gewisse, sozialschichtenspezifisch eventuell faßbare Primaner- oder Studentengruppen in ihrer Entscheidung für das Studium beeinflußt haben, und wenn, mit welchen Folgen für die Abschlußexamen an der Hochschule? Bekannt ist ja doch längst für den gesamtdeutschen Raum, daß beispielsweise in solchen Fällen, wo die Partei einem NS-politisch fanatisierten Studenten das Studium prinzipiell ermöglichte und finanziell erleichterte[68], die originäre Begabung de facto oft irrelevant war, der Student gleichwohl ohne Risiko graduieren konnte. Paradigmatisch und einer übergreifenden Interpretation wert sind hier auch die Fälle derer, die damals in Konformität mit irgendeiner NS-Interpretation

63 *Ebda.*, S. 30.
64 *Ebda.*, S. 113. Hervorhebung im Original.
65 *Ebda.*, S. 155.
66 Vgl. *ebda.*, S. 157.
67 Archiv der ehemaligen Reichsstudentenführung und des NSDStB in der Universitätsbibliothek Würzburg.
68 Das freie, zum Hochschulbesuch hinführende Langemarck-Studium war nicht zuletzt entscheidend von der pronazistischen Einstellung des Kandidaten abhängig. Siehe dazu: *Der Deutsche Hochschulführer.* Lebens- und Studienverhältnisse an den Deutschen Hochschulen. Studienjahr 1939, 21. Ausgabe, hrsg. von Reichsstudentenwerk und Reichsstudentenführung, Berlin 1939, S. 19 f.; Das Junge Deutschland 1938, S. 482; *Hans Pohl*, Vom »Arbeiter-Studenten« zum Langemarck-Studium, ebda. 1940, S. 219-24, hier S. 222; Der Deutsche Erzieher. Reichszeitung des NSLB 1939, S. 138.

im Fache Jus oder auch Philosophie promoviert haben[69]. Wie war hier das Zusammenspiel von Begabung (nachgewiesen etwa durch schulische Leistung), politischem Engagement, sozialökonomischer bzw. politischer Motivation und wissenschaftlichem Output? Wie hat sich all das auf den Standard der Universität Tübingen ausgewirkt? Mehrfache Varianzanalysen — sicher das von Adam beabsichtigte Format überschreitend — könnten diese Fragen klären.

Die Darstellungen von Adam, Flessau und namentlich Linse bedeuten eine gewisse Bereicherung für die Historiographie der Bildung in Deutschland. Sie werden aber, soweit sie von sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten ausgehen oder doch ausgehen sollten, durch die Anwendung veralteter Forschungsverfahren und Darstellungstechniken wie personalisierte Geschichtsschreibung (bei Adam) oder auf der Oberfläche gleitende Ideologiebetrachtung (bei Flessau) ihrem eigentlichen Auftrag nicht gerecht. Von der bei jedem der genannten Titel implizierten Fragestellung her lautet dieser, Gruppenverhalten und Einzelbeziehungen der Menschen untereinander unter dem Einfluß von zu jeder Zeit wandelbaren Wertvorstellungen gewissenhaft zu untersuchen und so exakt wie möglich aufzuzeichnen, Wertvorstellungen, die ihrerseits wieder von — gleichermaßen wandlungsfähigen — Leitmotiven, Normen oder Lehrinhalten in Wissenschaft, Pädagogik und ideologiebestimmter Politik in steter Wechselwirkung abhängen. Hier ist denn die illustrative Anekdote kein Ersatz mehr für den multidimensionalen Zahlenvergleich, und die Platitüde kann nicht anstelle des quellenmäßig abgesicherten qualitativen Urteils stehen. Ohne hohles Pathos soll abschließend festgestellt werden, daß auch auf dem fast unberührten Feld der Sozialgeschichte der deutschen Bildung künftig noch mancher Stein umgepflügt werden muß.

69 Vgl. etwa *Gerhart Wehner*, Die rechtliche Stellung der Hitler-Jugend (= Diss. phil. Leipzig), Dresden 1939.

Arnold Sywottek

Zur politischen Geschichte West-Berlins und der Berliner Sozialdemokratie seit dem 2. Weltkrieg

Dieter Mahncke, Berlin im geteilten Deutschland (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bd. 34), R. Oldenbourg Verlag, München / Wien 1973, 325 S., Kunststoffeinband, 42 DM.

Ernst Reuter, Schriften, Reden, hrsg. von Hans E. Hirschfeld und Hans J. Reichhardt, Dritter Band: Artikel, Briefe, Reden 1946 bis 1949, Vierter Band: Reden, Artikel, Briefe 1949 bis 1953, bearb. von Hans J. Reichhardt, Propyläen Verlag, Berlin 1974 und 1975, 943 und 1087 Seiten, Ln., je 74 DM.

Joachim Raschke, Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD (= Kritische Wissenschaft), Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1974, 437 S., Pb., 32 DM.

I.

An Literatur zum Berlin-Problem nach 1945 bestand nie Mangel. Besonders erinnert sei an die Studie von *Alois Riklin*[1], erarbeitet in den frühen 60er Jahren, die die bis dahin durchlaufene politische und völkerrechtliche Entwicklung Berlins zusammenfaßte. Eine Forschungsgruppe um *Jürgen Fijalkowski* legte 1967 ihre Analyse der »Westintegration« West-Berlins vor[2]. In der Zeit der »neuen« Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik wurden weitere historische Bilanzen gezogen. Gewissermaßen als Abschluß einer Epoche erschien *Hans Herzfelds* monumentales Buch über »Berlin in der Weltpolitik«[3], das die erkennbaren Linien und vorliegenden Forschungsergebnisse in einer ereignisgeschichtlichen Darstellung verflocht — mit allen Vorzügen und Nachteilen, die solche traditionelle Historiographie hat, die auf Gemeinverständlichkeit zielt. An der Wende von den 60er zu den 70er Jahren präsentierten auch erstmals Wissenschaftler aus der DDR und der UdSSR historisch-politische Gesamtdarstellungen der Berliner Entwicklung[4].

Zugleich wandten sich amerikanische Wissenschaftler erneut einzelnen Phasen der Berliner Nachkriegsgeschichte zu. Das Buch von *Dennis L. Bark* über »Die Berlin-Frage von 1949—1955«, das den Zusammenhang von Berliner und internationaler Entwicklung in

1 *Alois Riklin,* Das Berlinproblem. Historisch-politische und völkerrechtliche Darstellung des Viermächtestatus, Köln 1964.

2 *Jürgen Fijalkowski u. a.,* Berlin — Hauptstadtanspruch und Westintegration, Köln/Opladen 1967.

3 *Hans Herzfeld,* Berlin in der Weltpolitik 1945—1970, Berlin/New York 1973.

4 *Gerhard Keiderling/Percy Stulz,* Berlin 1945—1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin [DDR] 1970; *V. Vysotsky,* West Berlin, Moskau 1974 (auch in der Ausgabe: *V. Wyssozki,* Westberlin, Moskau 1974).

der Zeit der »Eindämmung« und des »roll-back« beschreibt, ist mit Recht als Standardwerk gekennzeichnet worden[5]. Obwohl von politikwissenschaftlichen Erkenntnisinteressen geleitet, kann es auch als dokumentationsorientierte positivistische Geschichtsdarstellung benutzt werden, die dem Leser die Mühen des Nachvollzugs der geleisteten Quelleninterpretation nicht erspart, ihn aber dadurch entschädigt, daß er zur kritischen Überprüfung nicht unbedingt einen umfangreichen bibliothekarischen Apparat benötigt. Demgegenüber ist die Analyse von *Diethelm Prowe* über die »Weltstadt in Krisen«[6] eher »ansatz«-orientiert. Hier wird der Weg West-Berlins von der exponierten »Frontstadt« zur möglicherweise dauerhaften Konsequenz weltpolitischer Auseinandersetzung verfolgt und anhand signifikanter Änderungen illustriert.

II.

Die Reichweite solcher Darstellungen und Analysen, sowohl der geschichts- als auch der politikwissenschaftlichen, in bezug auf ihre Gegenwartsrelevanz läßt sich umrißhaft erkennen, wenn man sie in Vergleich zu Versuchen wissenschaftlich fundierter, historisch-politischer Bewertung aktueller Vorgänge setzt. Einen solchen Versuch stellt das Buch von *Dieter Mahncke* dar, das dreierlei deutlich macht: 1. Eine politische Bewertung von Vorgängen wie dem »Viermächte-Abkommen« über Berlin von 1971 und den Folgevereinbarungen kann nur aus sicherer Kenntnis der *insgesamt* durchlaufenen Entwicklung erfolgen, stützt sich also auf eine Betrachtung, die sowohl die Genese der aktuellen Situation erfaßt, als auch Vergleichsmöglichkeiten in der Vergangenheit anbietet. 2. Eine »Längsschnitt«-Betrachtung kann sich damit begnügen, die prägenden Faktoren der nach wie vor gegebenen Konstellation zu berücksichtigen; das Auf und Ab der Tagespolitik bedarf keiner detaillierten Nachzeichnung. 3. Die Berliner Situation ist Produkt divergierender politischer Motive und Kalküle, die — ohne je ganz offengelegt zu sein — sich im Laufe der Zeit gewandelt haben können; die detaillierte Kenntnis dieser Wandlungen ist nicht Voraussetzung für das Begreifen der aktuellen Situation und ihrer Genesis.

Obwohl der Verfasser die historisch-politische Bedeutung des Abkommens über Berlin nicht ausdrücklich als Thema nennt, ergeben Inhalt und Duktus der Darstellung, daß es sowohl um die Einschätzung der vorausgegangenen Entwicklung als auch um die Abschätzung der möglichen Weiterentwicklung West-Berlins geht. Entscheidend dafür ist — das macht dieses Buch deutlich — weniger das Geschehen in Berlin (die faktische Ost- bzw. Westintegration bei formaler Beibehaltung von Residuen des Vier-Mächte-Status) als sein Bedingungsrahmen, gesetzt durch Interessen und Politik der Besatzungs- bzw. Schutzmächte und die Politik der Bundesrepublik und der DDR. Unter bestimmten historischen Voraussetzungen behauptete Rechtspositionen, etwa die des Vier-Mächte-Status für ganz (Groß-)Berlin, konnten zu Bezugspunkten politischen Handelns werden, ohne daß ihre Gültigkeit gleichermaßen anerkannt und sie einhellig interpretiert wurden, weil sie zugleich auf der Schnittlinie übergreifender Interessen lagen und instrumentell reflektiert werden konnten. Als gleichrangig gegenüber den rechtlich höherwertigen Abkommen der alliierten Regierungen über den 1944 vereinbarten Berlin-Status sieht Mahncke zu Recht die lediglich auf der Ebene der Militärregierungen in Deutschland getroffenen Vereinbarungen über die Versorgung der einzelnen Sektoren Berlins durch die entsprechenden Zonen vom Juli 1945. Sie sind der Ausgangspunkt der

5 *Dennis L. Bark*, Die Berlin-Frage 1949—1955. Verhandlungsgrundlagen und Eindämmungspolitik, Berlin / New York 1972; siehe dazu die knappe, doch zutreffende Rezension von *Wolfgang Wagner* in: HPB XXI, 1973, S. 216.

6 *Diethelm Prowe*, Weltstadt in Krisen. Berlin 1949—1958, Berlin / New York 1973.

heute als »gewachsene Bindungen« bezeichneten Verflechtungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik, von denen wiederum — das wird in einem langen Kapitel (S. 148—180) belegt — die wirtschaftliche, auf bundesrepublikanischer Förderung beruhende Existenz West-Berlins abhängt.
Mahnckes Buch besticht gegenüber anderen Untersuchungen vor allem durch eine historisch-politische Relativierung der jeweiligen Rechtsstandpunkte von Ost und West[7]. Sie gelten ihm nur so viel, wie die einzelnen Schutzmächte zu ihrer Respektierung durch die jeweils andere Seite einzusetzen bereit sind. Bei einer solchen Betrachtung bleibt auch die Zukunft West-Berlins offen — abhängig von der weltpolitischen Gesamtlage. Das Vier-Mächte-Abkommen formulierte, was sich 1971 als pragmatisch zu respektierender Konsens ergab.
Von diesem Zugang her wird zwar verständlich, daß die »psychologische Lage der Bevölkerung« West-Berlins für Mahncke nur gewissermaßen nachgeordnete Bedeutung hat, nachdem der antikommunistische Grundkonsens im Jahr der Blockade 1948/49 hergestellt wurde (vgl. S. 240—246), doch wäre es interessant gewesen zu erfahren, welches Gewicht die drei westlichen Schutzmächte dieser sich im Laufe der Zeit wandelnden »psychologischen Lage« jeweils zusprachen. Von diesem Gewicht her könnte man vermutlich auf die Bedeutung des immer wieder, auch von Mahncke, behaupteten, jedoch bisher nicht hinreichend fundierten Kalküls westalliierter Berlin-Politik schließen: auf die These, ein Aufgeben Berlins würde die Glaubwürdigkeit zumindest der USA im Weltmaßstab erschüttern.

III.

Im Zusammenhang solcher Fragen ist an den Politiker zu erinnern, der zur psychologischen Stabilisierung West-Berlins als »Frontstadt« und als »Symbol westlicher Freiheit« maßgeblich beigetragen hat: an *Ernst Reuter.* Seine erste Biographie ist schon vor über zwei Jahrzehnten geschrieben worden, und sie bleibt weiterhin das Standardwerk über ihn[8]. Mit den Bänden 3 und 4 seiner Schriften und Reden ist jetzt ein Teil der Materialien allgemein zugänglich, die dieser Lebensbeschreibung für die Jahre 1946—1953, in denen Reuter, zunächst als Stadtrat, dann als gewählter, aber nicht bestätigter Oberbürgermeister von ganz Berlin, dann als Oberbürgermeister und schließlich als erster Regierender Bürgermeister in West-Berlin, die Politik in Berlin mitbestimmte.
Hans J. Reichhardt hat beiden Bänden jeweils ausführliche Einleitungen vorangestellt, die weniger die Edition kommentierende als Reuter biographisch würdigende Zwecke verfolgen. Allerdings eröffnen weder die Einleitungen noch die reich annotierten Schriften und Reden den Blick auf bisher unbekannte besonders wichtige Details der Berliner Entwicklung und der Politik Reuters[9]. Nur aus der ersten Zeit nach seiner Rückkehr sind einige Briefe abgedruckt, die ein wenig Aufschluß geben über den Privatmann und die Persönlichkeit Reuters[10]. Selbstbewußtsein und Führungswille, die Eigenschaften, die Reuter als Politiker cha-

7 Siehe dazu zuletzt *Ottfried Hennig,* Die Bundespräsenz in West-Berlin. Entwicklung und Rechtscharakter, Köln 1976; *Ernst R. Zivier,* Der Rechtsstatus des Landes Berlin. Eine Untersuchung nach dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971, 3. stark überarb. und erw. Aufl., Berlin 1977.

8 *Willy Brandt/Richard Löwenthal,* Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957.

9 Zu denken wäre z. B. an die von *Brandt/Löwenthal* (S. 426) berichtete Situation zu Beginn der Luftbrücke im Sommer 1948, in der US-Berater eine Evakuierungsliste aufstellen wollten.

10 Siehe dazu vor allem die Kommentare in *Ernst Reuter,* Schriften, Reden, Bd. 1: Briefe, Aufsätze, Referate. 1904 bis 1922, hrsg. von *Hans E. Hirschfeld* und *Hans J. Reichhardt,* Berlin 1972, z. B. S. 398.

rakterisieren, zeichnen sich hier (z. B. S. 141, 145 f., 150 f., 161, 174 ff. und 580) als Persönlichkeitsmerkmale unübersehbar ab und deuten zugleich an, daß die bei öffentlichen Anlässen immer wieder bewiesene Fähigkeit zur souveränen Selbstdarstellung keiner gesonderten — bewußt gespielten — Rolle des Politikers Reuter zuzurechnen ist.

Überwiegend sind es öffentliche Äußerungen Reuters, die hier ediert sind: zahlreiche Erklärungen vor der Stadtverordnetenversammlung (ab 1951 Abgeordnetenhaus), Referate und Diskussionsbeiträge in SPD-Veranstaltungen, vor allem auf den Landesparteitagen der Berliner SPD, Reden und Vorträge auf Kundgebungen, Rundfunk-Ansprachen an die Berliner Bevölkerung sowie Artikel in Zeitungen und Zeitschriften. Diese Texte, die hier zum Teil erstmals in voller Länge zugänglich sind, vermögen zwar etwas von der Stimmung und vom »Klima« jener Jahre des Beginns und Höhepunktes des Kalten Krieges in Berlin und Deutschland spürbar werden lassen, sie können auch exemplarisch zur Erhellung der Geschichte des politischen Stils und der politischen Kultur (i. e. S.) jener Jahre herangezogen werden, sie geben jedoch wenig Aufschluß über das »Davor« und »Dahinter« der Entscheidungen. Sie sind vielmehr auf rückwirkende oder prospektive Rechtfertigung hin angelegt.

Im Zusammenhang dieser Problematik wäre zuweilen eine klärende Kommentierung des Bearbeiters hilfreich gewesen. Dies gilt z. B. für die Frage, ob — und wenn ja, seit wann — sich 1948 einzelne Magistratsdezernate auf eine Verlegung in die Westsektoren vorbereiteten[11]. Abgedruckt sind Erklärungen Reuters, die dies — verständlicherweise — leugnen, aber auch Vorwürfe gegen den CDU-Bürgermeister Friedensburg, durch sein langes Beharren am alten Magistratssitz in der Parochialstraße im Ostsektor die spätere Funktionsfähigkeit des dann nur West-Berlin verwaltenden Magistrats beeinträchtigt zu haben[12].

Diese Frage, die für die Geschichte der Spaltung der Stadt ja von nicht unbeträchtlicher Relevanz ist[13], hat einen weiteren, wohl klärungsbedürftigen Bezugspunkt: Im Zusammenhang der Diskussion der Wiedervereinigungsangebote der SED im Jahre 1952 argumentierte Reuter, daß ein ganz Berlin verwaltender Magistrat und ein ganz Berlin repräsentierender Bürgermeister auch unter der Bedingung des Umlaufs zweier gültiger Währungen möglich seien; aus der zweiten Jahreshälfte 1948 habe man dafür bereits Erfahrungen[14]. Daß dies eine eher auf den aktuellen Zweck der Ingangsetzung der Wiedervereinigung Berlins bezogene als eine der Vergangenheit gerecht werdende Äußerung war, kann durch die Berücksichtigung der Klagen über die sektorale Desintegration der Stadtverwaltung 1947/48 erschlossen werden[15].

Solche Beobachtungen lassen schlaglichtartig die Problematik der Berlin- und Deutschlandpolitik, m. a. W. der Wiedervereinigungspolitik jener Jahre deutlich werden. Reuters häufige, vom Bearbeiter ohne Distanzierung kommentierte Klagen über das mangelnde Engagement der Westdeutschen, speziell der Bundesregierung, für die Wiedervereinigung Deutschlands[16]

---

11 Vgl. *Keiderling / Stulz,* S. 171; vgl. auch *Brandt/Löwenthal,* S. 455 f.

12 Vgl. in Bd. 3 Reuters Rede auf einer Kundgebung am 27. 7. 1948 (S. 442 ff.), S. 444; sein Referat auf der 2. Tagung des 5. Landesparteitages der Berliner SPD (LPT) am 31. 7. 1948 (S. 452 ff.), S. 454 f., 457 ff.; seine Rede auf einer Wahlversammlung der SPD am 27. 11. 1948 (S. 526 ff.), S. 529 f.; und in Bd. 4 sein Grundsatzreferat auf der 3. Tagung des 7. LPT am 21. 10. 1950 (S. 261 ff.), S. 265.

13 Sie wird bei *Fijalkowski u. a.,* wo sie am ehesten zu beantworten gewesen wäre, umgangen.

14 Vgl. seine Erklärung im Abgeordnetenhaus am 3. 1. 1952, in Bd. 4, (S. 507 ff.), S. 510.

15 Hinweise bei *Arnold Sywottek,* Die »fünfte Zone«. Zur gesellschafts- und außenpolitischen Orientierung und Funktion sozialdemokratischer Politik in Berlin 1945—48, in: AfS XIII, 1973, (S. 53 ff.), S. 117 ff.

16 Vgl. Bd. 3, S. 12—20. Zur kritischen historisch-politischen Wertung siehe den älteren Abriß einer Reuter-Biographie des Bearbeiters: *Hans J. Reichhardt,* Ernst Reuter, Hannover 1965, S. 242 f.

basierten — so läßt sich wohl heute sagen — auf falschen Voraussetzungen und Einschätzungen. Reuter ist es zwar gelungen, das Engagement der Westmächte für ihre Berliner Sektoren zu wecken und zu fundieren, das politische Potential reichte offenbar jedoch nicht für mehr als für die Befestigung des Status quo — und dies war bereits sehr schwierig[17]. Konzeptionelle Alternativen zu der von der Bundesregierung praktizierten Politik hatte Reuter nicht, in Einzelheiten wäre ihm vielleicht eine stärkere Verklammerung West-Berlins mit der BRD gelungen, hätte sein Engagement in Bonn eine Entsprechung gefunden, z. B. im Blick auf die Etablierung von Berlin als »Zwölftem Land«. Die Überwindung der Spaltung Deutschlands wäre damit jedoch kaum nähergerückt[18]; sie war — das setzte sich als abstrakte Einsicht in den 50er Jahren allmählich durch[19] — nur im Rahmen alternativer gesamteuropäischer Lösungen möglich, die eine Revision der bis dahin erreichten westeuropäisch-transatlantischen Verklammerung voraussetzte. Daß Reuter als vehementem Verfechter der »Westorientierung« diese Einsicht früh zugänglich war, ist dokumentiert[20]. Viele seiner Reden und Schriften lassen sich jedoch als Resultat der Diskrepanz zwischen Konzept und Realität lesen: als Versuche, sich das Vertrauen der Bevölkerung West-Berlins zu erhalten, um als ihr Repräsentant für sein Konzept zu werben und damit bewußtseins*bildend* (und nicht nur *-pflegend*) zu wirken.

Diese Beobachtung gehört zur oben angesprochenen Problematik der Geschichte des politischen Stils jener Jahre, die zeitgenössisch durch den Gegensatz »totalitäre Parteidiktatur« auf der einen, »freiheitliche Demokratie« auf der anderen Seite gekennzeichnet wurde. Reuters Reden vor allem lassen deutlich werden, daß zur freiheitlich-demokratischen Variante der politischen Lebensform als nicht zu gering zu veranschlagende Komponente der charismatische Autoritarismus gehörte. Für die westdeutsche Nachkriegsgeschichte ist diese Komponente oft an der Person Konrad Adenauers und an dem Rückhalt, den er in der Bevölkerung fand, geschildert worden[21]. Für West-Berlin kann für eine Analogie in bezug auf Reuter hier nur auf einige Vergleichselemente verwiesen werden. Für beide Politiker galt, daß sie vor 1933 bekannte Kommunalpolitiker waren, die das Geschäft der Außenpolitik, das sowohl die Berliner als auch bundesrepublikanische Politik über weite Strecken ausmachte, erst nach dem Zweiten Weltkrieg erlernten. Für beide galt auch, daß sie die Parteien, die der Verfassung nach grundlegende Faktoren der demokratischen *Willens*bildung sein sollten, eher als Instanzen ihrer Legitimierung sahen. In die Niederungen der innerparteilichen Sachdiskussion stieg Reuter jedenfalls ebensowenig wie Adenauer hinab. Adressat ihrer Reden war nicht der

17 Siehe dazu jetzt *Klaus A. Hennigsen,* Die Eingliederung Berlins in das Finanzsystem des Bundes. Von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zum Dritten Überleitungsgesetz, politikwiss. Diplomarbeit, Hamburg 1977 (Ms.).

18 Die Konsequenzen, die eine staats- und völkerrechtliche Einbeziehung West-Berlins in die Bundesrepublik für das Offenhalten der »Deutschen Frage« gehabt hätte, sind m. W. noch nicht untersucht worden.

19 Für den Prozeß dieser Durchsetzung siehe u. a. *Arnold Sywottek,* Die Opposition der SPD und KPD gegen die westdeutsche Aufrüstung in der Tradition sozialdemokratischer und kommunistischer Friedenspolitik seit dem Ersten Weltkrieg, in: *Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger* (Hrsg.), Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1976, (S. 496 ff.), S. 561 ff.

20 Vgl. z. B. seine Rundfunkansprache im RIAS am 4. 12. 1949, Bd. 4, (S. 151 ff.), S. 154 f.

21 Wie wenig Sympathie Adenauer zunächst bei der Bevölkerung fand, hat unter Hinweis auf Umfragen jetzt *Elisabeth Noelle-Neumann* offengelegt: Die Verklärung. Adenauer und die öffentliche Meinung 1949 bis 1976, in: *Dieter Blumenwitz u. a.* (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. II: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976, S. 523—554; für einen Versuch verstehender Deutung siehe *Werner Weidenfeld,* Konrad Adenauer — im Vorurteil der Zeitgenossen und im Urteil der Geschichte, ebda. (S. 555—575), S. 569.

Politikspezialist, sondern der Durchschnittsbürger. Vor ihm legten sie ihre zweifellos auf unterschiedliche Weltsichten gegründeten Bekenntnisse ab, in einer Sprache, die auf Identifikationsangebote Wert legte, nicht aber auf die komplizierte fachliche Aufklärung. Nicht parteipolitischer Streit, sondern Rechtfertigung ihrer Regierung war, so ließe sich mit ironischer Betonung sagen, »ihres Amtes«[22].

Dabei sind allerdings die unterschiedlichen legislativen Bedingungen nicht zu übersehen: die Mehrheit der bürgerlichen Koalition gegenüber der vorwiegend sozialdemokratischen parlamentarischen Opposition in Bonn und die Allparteienkoalition gegenüber der nur außerparlamentarischen, jedoch jenseits aller Grenzen regierenden SED-Opposition in West-Berlin. Adenauer verstand es offenbar besser, seine parteilich-parlamentarische Basis an sein Konzept zu binden und auf seine Person zu verpflichten, als Reuter, der ab 1951 nur mit Hilfe der CDU und FDP im Amt war, nachdem die SPD mit einem Verlust eines Drittels ihrer Wähler von 1948 auch ihre absolute Mehrheit eingebüßt hatte[23]. Zwar wird wohl niemand bestreiten, daß diese Haltung der »Bürgerlichen« der Bevölkerungsmeinung entsprach, doch erscheint es rückblickend nicht gerade als Musterbeispiel politischer Informiertheit und demokratischen Verhaltens, wenn »viele Berliner den Gedanken«, das in einer Verhältniswahl entstandene »neue Kräfteverhältnis zwischen den Parteien erfordere einen Wechsel des Stadtoberhauptes, für unvorstellbar hielten« (Reichhardt, Bd. 4, Einleitung, S. 20). Hier äußert sich — diese Aussage als zutreffend unterstellt — ein der autoritären Fixierung entsprechendes, durch das Regierungsverhalten gestütztes Defizit an Demokratiebewußtsein der Westberliner Bevölkerung, das man wahrscheinlich nicht zuletzt auch der Festungssituation West-Berlins zuschreiben muß. Die Charakterisierung Reuters als — über den Parteien stehender — »Präfekt von Berlin« (Kurt Schumacher) wäre, so gesehen, gar nicht einmal so verkehrt.

Hier werden jedoch zugleich grundsätzliche Strukturprobleme der parlamentarischen Demokratie sichtbar, die unter den theoretisch eher von konservativer Seite reflektierten Gesichtspunkten »Regierungsfähigkeit« und »Regierbarkeit« thematisiert wurden und werden[24]. Es scheint bezeichnend, daß Reuter, dem bewußt war, daß er nur durch das Mandat der SPD »OB« und »Regierender« sein konnte, die Politik der praktischen Westintegration West-Berlins mit ihren Folgen für eine erneute Umstrukturierung im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich niemals offensiv gegen sozialdemokratische Widerstände öffentlich verteidigte, sondern daß er sich darauf verließ, die Partei werde sich dem Regierungs-»Sachzwang« schon fügen. Die SPD, von Reuter kaum massiv »bearbeitet«, war bereit, in die Opposition zu gehen. Im März 1952 gelang es Reuter, in einer auch wegen dieser Fragen zugespitzten Situation »Regierender« zu bleiben. Nach seinem Tod im September 1953 wurde die SPD für etwa 15 Monate Oppositionspartei, um dann ab 1955 bis heute stets den »Regierenden« zu stellen. Ein Lernprozeß setzte ein, und es gab eine diesem Prozeß entsprechende Änderung der politischen Struktur. Die Konflikte, die bis 1953 zwischen SPD und »Regierendem« bestanden, verlagerten sich jetzt zunehmend auf das Verhältnis zwischen Parteimehrheit und innerparteilicher Opposition.

IV.

Die Geschichte der West-Berliner SPD dieser Jahre ist von *Joachim Raschke* untersucht worden. Das Ergebnis liegt freilich nicht als historiographische Darstellung, sondern als eine in

22 Für Reuter siehe den Tenor seiner ab Ende 1951 regelmäßigen Rundfunkansprachen an die Berliner Bevölkerung »Wo uns der Schuh drückt«, Bd. 4, S. 494 ff. u. ö.

23 Vgl. dazu *Stephanie Münke,* Wahlkampf und Machtverschiebung. Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950, Berlin 1952.

24 Vgl. dazu neuerdings *Peter v. Kielmannsegg u. a.* (Hrsg.), Regierbarkeit, Bd. 1: Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977.

ihrer Struktur recht komplizierte systematische politikwissenschaftliche Fallanalyse zum Problem innerparteilicher Opposition vor. Gegenstand ist die »Linke« in der Berliner SPD; ermittelt werden sollen Bedingungen und Verhaltensweisen, Chancen und Konsequenzen ihrer Politik. Die Konstellation, wie sie Raschke für die Zeit ihrer Entstehung (1950/51) formuliert (S. 50), läßt sich dabei auf den gesamten Untersuchungszeitraum verallgemeinern: »Einer Politik der Anpassung an die restriktiven Realitäten, ausgehend von der Annahme ihrer Unvermeidbarkeit und im Interesse der Machterhaltung der Partei (und des ›Verhinderns von Schlimmerem‹) stand eine Politik der Überzeugungs- und Programmtreue gegenüber, die dem sozialistischen Ziel zu dienen meinte, ohne eine Strategie dafür zu haben«.
Diese Kennzeichnung mag erklären, warum die Opposition in dieser Arbeit so wenig Konturen gewinnt. Ihre politischen Positionen sind offensichtlich so wenig spezifisch, daß sie kaum der ausführlichen Erwähnung und Analyse wert sind. Die Fragen, die den Geschichtsschreiber interessieren, wie denn die »linke« Position konkret bestimmt gewesen sei, ob es eine »linke« Tradition gegeben habe, lassen sich kaum direkt beantworten. Fest steht in diesem Zusammenhang allein der Ausgangspunkt: Die »Linke« — zu ihr gehörte in Berlin bis zu seiner Ablösung 1957 auch der Parteivorsitzende Franz Neumann — wollte 1950/51 gegen den »Zugriff der westdeutschen Restauration« (S. 62) das bewahren, was an Ergebnissen sozialdemokratisch verantworteter Neuordnungspolitik nach dem Kriege in West-Berlin noch bestand: die alle Arbeiter und Angestellten umfassende Sozialversicherung und das Schulsystem. Beide Einrichtungen wiesen Ähnlichkeiten eher zu den in der SBZ/DDR geschaffenen als zu den westdeutschen Entsprechungen auf. Während die Anpassung der Sozialversicherung an das in der Bundesrepublik bestehende System eine wohl kaum vermeidbare Folge der auch von der »Linken« angestrebten möglichst engen finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Verklammerung West-Berlins mit der Bundesrepublik war[25], kann die Revision des Schulsystems als der Preis angesehen werden, den die SPD für ihre Regierungsbeteiligung nach den für sie verlorenen Wahlen im Dezember 1950 den »bürgerlichen« Parteien zahlen mußte[26]. Die »Linke« hätte sich bei der Revision ihrer früheren Politik offensichtlich lieber in der parlamentarischen Opposition gesehen; die Partei folgte dann schließlich jedoch Ernst Reuter.
Freilich — das macht Raschkes Studie gegenüber der Analyse der Berliner SPD von Ashkenasi[27] deutlich — gibt es keine klaren Traditionslinien der Berliner und anschließend der Bundes-SPD-Geschichte, etwa die Reuter-Brandt-Linie auf der einen und die Neumann-Linie auf der anderen Seite. Aus dem Blickwinkel, der sich primär auf die »Linke« richtet, ist die SPD mehr gewesen als nur ein Mobilisierungsinstrument zur Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten und zur Unterstützung der Regierung — ein Orientierungspunkt, dem Politiker wie Reuter und Brandt Priorität einräumten und der ihr Parteiverständnis determinierte. Da Raschke überzeugend nahelegt, daß die »Linke« es schwer hatte, gegen die »Rechte« an Boden zu gewinnen, weil diese mit Senat und Verwaltung eher verflochten war und von daher eher und besser die für die politischen Entscheidungen benötigten Sachinformationen und damit auch die Möglichkeit zur Manipulation erhielt, bietet gerade sein Blickwinkel die Möglichkeit, die Partei in ihrer Eigenständigkeit als politisches Diskussionsorgan, das auf Initiative, nicht nur auf Legitimation bedacht ist, zu fassen. Allerdings hätte, um das Bild zu runden, das Verhältnis zwischen Partei (auf Kreisebene) und Bezirksverwaltung intensiver ausgeleuchtet werden sollen. Der »linke Führer« (S. 365) Willy Kressmann z. B. konnte als

25 Vgl. dazu *Fijalkowski u. a.*, S. 309 ff.
26 Siehe dazu *Marion Klewitz*, Berliner Einheitsschule 1945—1951. Entstehung, Durchführung und Revision des Reformgesetzes von 1947/48, Berlin 1971, S. 254 f.
27 *Abraham Ashkenasi*, Reformpartei und Außenpolitik. Die Außenpolitik der SPD Berlin — Bonn, Köln/Opladen 1968, zum folgenden z. B. S. 98.

um Verständigung mit Ostberliner Instanzen bemühter *Bezirksbürgermeister* von Kreuzberg — im Gegensatz zum Parteipolitiker — durchaus Akzente setzen, die auch in der Parteipolitik »linke« Positionen verdeutlichten.
Freilich wird an diesem Fall auch die analytische Problematik der Identifizierung der »Linken« mit der innerparteilichen Opposition deutlich. Kressmann war 1957 Rivale von Willy Brandt, als der SPD-Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters in der Nachfolge von Otto Suhr zu bestimmen war. Es galt für ihn als Politiker in einem »linken« Parteikreis, eine Mehrheit im Gesamtverband zu finden. Schon zuvor konnten die Fraktionen an der Zuordnung zu Führungspersonen erkannt werden. Die Instrumentalisierung von programmatischen und ideologischen Positionen zum Zwecke praktischer Politik, d. h. auch der persönlichen Profilierung, lag so zumindest nahe. Vor diesem Hintergrund muß es verwundern, daß Raschke die überragende Rolle der Persönlichkeit nur in bezug auf den Fall Harry Ristock anspricht, dem er für die Herausbildung der »Linken« in den 60er Jahren eine zentrale Rolle zuweist. Hier wird in dieser zahlreiche andere Aspekte (Sozialisation, Kommunikation, Ämterverflechtung, politische Kultur) theoretisch-empirisch erfassenden Studie ein Defizit an politisch-psychologischer Analyse erkennbar.
Hinzu kommt im Fall Ristock noch ein weiteres, von Raschke zwar registriertes, jedoch nicht gedeutetes Moment, das für die Geschichte der SPD Berlins, speziell der »Linken«, von Belang erscheint. Ristock war in den 50er Jahren Führer der sozialistischen Jugendorganisation »Die Falken«, er hatte damals diese Organisation, die — unabhängig von ihrem Formalstatus — als Parteijugendorganisation verstanden wurde, in ihrer Opposition zur Parteispitze vertreten. Für seine spätere Parteikarriere wird man zumindest bei den »Rechten« die Erinnerung daran in Rechnung stellen müssen; ob hier Probleme des Generationenkonflikts relevant gewesen sind, wäre eine weitere zu untersuchende Frage, die mit einer Auflistung von Klagen über das zu hohe Alter der »Falken«-Funktionäre seitens der »rechten« Parteiführer nicht zu beantworten ist.
Sind mit der größeren Kommunikationsbereitschaft gegenüber den Kommunisten und mit dem Generationenkonflikt zwei Komponenten innerparteilicher Opposition in der Berliner SPD angesprochen, die unmittelbar praktisch werden konnten und der auf Geschlossenheit der Selbstdarstellung bedachten Partei-»Rechten« Anlaß boten, gegen »Linke« vorzugehen, so liegt das, was die »Linke« erst zur »Linken« macht, offensichtlich eher auf einer Ebene der zumindest parteiöffentlich artikulierten Selbstverständigung und der daraus zu begründenden Programmatik und Selbstdarstellung. Die entsprechende, schon gegen Partei-Obere gerichtete öffentliche kritische Reflexion begann bereits, wie Raschke belegen kann, 1948, als Josef Grunner davor warnte, die Partei zu sehr von ihrer Tradition als Arbeiterpartei zu entfernen. Später jedoch, als unter der Ägide u. a. von Willy Brandt »Volkspartei« die Formel war, die den Charakter der Partei bestimmen sollte, nahm die »Linke« dieses Selbstverständnis durchaus ernst und begründete gerade damit ihre eigene, von der »Rechten« bekämpfte, gruppenmäßige Existenz. Als Gruppe hatte die »alte Linke« einen Ausgangspunkt im 1947 gegründeten »Marxistischen Arbeitskreis«, einem Forum, so läßt sich zusammenfassend sagen, das von vornherein der »Theorie« gewidmet und bald allenfalls noch als Stätte sozialdemokratischer Traditionspflege von Bedeutung war, sieht man von dem informellen Nebenzweck der Kommunikationsmöglichkeit für »Linke« ab. Wollte man »linke Tradition« in der Berliner SPD verfolgen, so wären »theorie«gespeiste Quellen hier zu suchen, wo ein sich gegen die zunehmend sozialethisch-pragmatische Begründung der Sozialdemokratie wendendes Potential sich artikulieren konnte.
Allerdings darf man sich unter dem Marxistischen Arbeitskreis nicht *den,* nicht einmal einen Kristallisationskern der »Linken« vorstellen. Führer der »Alten Linken« wie Franz Neumann verstanden sich wohl eher als schlichte Traditionalisten, die der theoretischen Rechtfertigung ihrer Politik nicht bedurften. Schulungsfunktionen hat der Marxistische Arbeitskreis nicht ausgeübt, die Tendenz zur F(r)aktion hat er nicht gehabt. Diesen Zweck erfüllten eher

die verschiedenen Wochentagskreise (»Montagskreis«, »Donnerstagskreis« usw.), in denen sich in den 60er Jahren »linke« Funktionäre trafen, um — das ist in diesem Zusammenhang wichtig — die laufenden Ereignisse zu besprechen und das Abstimmungsverhalten auf Landesparteitagen vorzubereiten. Anträge oder Alternativvorschläge zur Lösung von Sachfragen hat es von seiten der »Linken« offensichtlich jedoch nicht gegeben, selbst in der Außenpolitik wurden keine Initiativen ergriffen — von dem einen Mal, als die Parteiorganisation noch nicht gruppenmäßig verfaßt war, abgesehen, als es darum ging, sich in Übereinstimmung mit der Bundes-SPD gegen die Teilnahme der Bundesrepublik am Schuman-Plan auszusprechen.
Wenn Raschke hervorhebt, daß erst 1970 die »Linke« eine eigene Analyse der wirtschaftspolitischen Situation West-Berlins erstellte, dann weist dies darauf hin, daß die »Linken«, ohnehin von entscheidungsrelevanten Ämtern in Politik und Verwaltung weiter entfernt als die »Rechten«, kaum mehr als ein Gesinnungsmoment verkörperten. Trotz aller Restriktionen, der sich die »Linke« von seiten der »Rechten« in der Parteiführung ausgesetzt sah, half sie — so Raschkes Untersuchungsergebnis — angesichts des Wandels der SPD, Wähler- und Anhängerpotential zu sichern. Daß die Organisations- und Kommunikationsformen, deren sich die »Linke« bediente, innerparteiliche Repression provozierten, dürfte sich aus einem den notwendig komplexen Strukturen politischer Willensbildung in einem so großen, gleichzeitig dichtgedrängten Verband kaum gerecht werdenden Organisationsverständnis der Funktionäre in der Berliner Parteizentrale erklären. Die Aufforderungen, mit denen z. B. Kurt Mattick als Landessekretär die Partei auf eine Gemeinschaft von Individuen verpflichten wollte (vgl. S. 177), implizierten autoritäre Strukturen, die bei der Spannbreite der sozialen Basis und bei der nur additiv formulierbaren Gesamtposition der Partei nicht mehr herstellbar waren.

Studien zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung

Friedrich Wilhelm Weitershaus, Wilhelm Liebknecht. Das unruhige Leben eines Sozialdemokraten. Eine Biographie. Mit Auszügen aus Briefen, Reden und Schriften Wilhelm Liebknechts und seiner Zeitgenossen, Selbstverlag, Gütersloh/Gießen 1976 (ebenfalls: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Bd. 61, 1976), 312 S., engl. brosch., 22,50 DM.

Zum 150. Todestag Wilhelm Liebknechts legte Weitershaus, selbst kein Historiker, sondern aus dem Druck- und Verlagswesen stammend, eine Biographie dieses bedeutenden Sozialdemokraten vor, die laut Nachwort (S. 279) ursprünglich als lokale historische Studie geplant war, nun aber einen Teil der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei miteinschließt. In (nach Meinung des Rezensenten) im großen ganzen richtiger Akzentuierung bietet der Autor einen umfassenden Einblick in die spannungsreiche und widerspruchsvolle Persönlichkeit Wilhelm Liebknechts, dessen bis dahin kaum hinreichend beachtete frühe Entwicklung (Studienjahre, Beteiligung an der 1848er Revolution, Emigrationszeit in der Schweiz und in England) relativ ausführlich behandelt wird. Allerdings ist die Einbettung des persönlichen Wirkens in die allgemeine Geschichte, speziell die der frühen deutschen Arbeiterbewegung, die Liebknecht in jeder einzelnen Phase nachhaltig mit bestimmte, nur recht dürftig. So werden etwa der Bund der Kommunisten, der ADAV, LADAV etc. kaum hinlänglich problematisiert. Dies hängt z. T. damit zusammen, daß Weitershaus (trotz Anführung vieler Werke im Literaturverzeichnis) fast ganz auf die Auseinandersetzung mit der Sekundärliteratur (Ausnahme: biographische Studien über Liebknecht) verzichtet und sich im übrigen weitgehend den Problemhorizont Liebknechts zu eigen macht. Die Chance, die in letzterem (im Gegensatz etwa zu Tschubinskis an Marx orientierter Liebknecht-Interpretation) liegt, wurde nicht ausreichend genutzt. Da Liebknecht, wie der Autor anmerkt (S. 11), »in einem Zwiespalt der Weltanschauungen, zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Sozialismus kommunistischer Prägung«, steht, verzichtet Weitershaus ausdrücklich auf den Entwurf einer politischen Biographie und beschränkt sich auf die Aufgabe, »als unparteiischer Erzähler Fakten zu sammeln, um die historische Persönlichkeit Liebknechts herauszustellen« (S. 19). Dieses Verständnis kommt äußerlich darin zum Ausdruck, daß, z. T. nur mit knappen Überleitungen, seitenlang (siehe besonders etwa S. 163-181) Briefe, Reden und Schriften Liebknechts (und anderer Zeitgenossen, vor allem Bebels) zitiert werden, und zwar ohne jegliche kritische Analyse. Dennoch ist diese Arbeit nicht ohne Verdienst, wenn sie auch nicht die immer noch ausstehende, weil ungemein hohe Anforderungen an den Biographen stellende, wissenschaftlich befriedigende politische Liebknecht-Biographie ist. Allerdings gelingt es dem Autor durch sehr geschickte Quellenauswahl, von einer einseitigen und klischeehaften Zeichnung der Persönlichkeit W. Liebknechts abzurücken und das oszillierende Wesen und Wirken dieses bedeutenden Führers der deutschen Arbeiterbewegung, der hinter seinem Sohn Karl etwas in Vergessenheit geraten ist, herauszustellen. Vor allem durch diese Vielfalt der Aspekte, die zahlreichen Illustrationen (Bilder, Urkunden, Buch- und Zeitungstitel), eine Zeittafel, das

Strafregister W. Liebknechts sowie ein Namen- und Sachverzeichnis dürfte diese Publikation dazu beitragen können, Persönlichkeit, Wirken und Ausstrahlung eines der hervorragendsten Protagonisten der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen. Dieter Dowe

Wilhelm Liebknecht, Erinnerungen eines Soldaten der Revolution, hrsg. vom IML beim ZK der SED, zusammengest. und eingel. von Heinrich Gemkow, Dietz Verlag, Berlin [DDR] 1976, 450 S., Ln., 10,80 M.

Der Titel der hier anzuzeigenden Veröffentlichung ist irreführend, denn »die« Erinnerungen von Wilhelm Liebknecht gibt es nicht; leider — denn hätte der junge Freischärler der Revolution von 1848, der Schüler von Karl Marx, der Mitbegründer der SDAP und der II. Internationale seine Memoiren geschrieben, so würde unser Wissen um die Früh- und Entwicklungsgeschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit ziemlicher Sicherheit anders aussehen. Bei den »Erinnerungen eines Soldaten der Revolution« handelt es sich lediglich um Erinnerungssplitter, die der alternde SPD-Führer in den neunziger Jahren für verschiedene Parteizeitungen und -illustrierte zu Papier brachte und die Heinrich Gemkow anläßlich des 150. Geburtstages von Wilhelm Liebknecht zum vorliegenden Sammelband zusammenstellte. Der Reigen dieser Erinnerungssplitter wird eröffnet mit Wilhelm Liebknechts berühmter Verteidigungsrede vor dem Reichsgericht in Leipzig 1872; sie enthält jenen Ausspruch, der dem Sammelband den Titel gab: »Ich bin *nicht* ein Verschwörer von Profession, *nicht* ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinethalben einen Soldaten der Revolution, dagegen habe ich nichts« (S. 31). Danach folgen insgesamt zwanzig Aufsätze Liebknechts, die entsprechend der Chronologie der darin dargestellten Zeitabschnitte geordnet sind. Für den Biographen Wilhelm Liebknechts sind vor allem die folgenden Beiträge interessant: »In der Lehre. Etwas aus meinem Leben« (S. 32), »Aus der Jugendzeit« (S. 59), »Drei Tage in den Kasematten von Rastatt« (S. 100), »Anno 1849. Aus der Schweizer Flüchtlingszeit« (S. 139), »In Engels hätten wir unseren Carnot und Moltke gehabt« (S. 193), »Hier war einer, zu dem ich aufblicken konnte« (S. 199), »Ein Bild aus dem Londoner Flüchtlingsleben« (S. 208), »Aus meiner Schulmeisterzeit« (S. 217), »Eleanor Marx« (S. 287), »Robert Schweichel« (S. 300) und »Eine Entdeckungsreise« (S. 362).

Es wäre vermessen, wollte man im Rahmen dieser kleinen Besprechung die Fülle der Informationen verwerten, die sich aus den Erinnerungssplittern in bezug auf die Wertung des Politikers Wilhelm Liebknecht ergeben. Einige, gleichsam offenkundige Beispiele sollen und müssen daher genügen: Liest man die Beiträge, so versteht man, warum Wilhelm Liebknecht, etwa im Gegensatz zu August Bebel, seine Erinnerungen nicht in einem Memoirenband zusammengefaßt hat. Er ist nie ein disziplinierter Arbeiter gewesen, er arbeitete lieber »spontan«, ohne große Konzeption. Dies spiegelt sich auch in den Erinnerungssplittern wider; sie sind zweifelsohne witzig, lustig und unterhaltsam geschrieben, aber eben nicht sehr genau, weil das nötige Fakten- und Quellenstudium fehlte. Lernt er beispielsweise Marx einmal auf einem Sommerfest des Kommunistischen Arbeitervereins näher kennen, so findet ein anderes Mal das erste Treffen in einem Londoner »Pub« statt — im Beisein von Friedrich Engels. Dies tut den Erinnerungssplittern aber keinen Abbruch; der Rezensent selbst ertappte sich mehrfach dabei, wie er von der lebendigen Lektüre mitgerissen wurde, nicht zuletzt auch deshalb, weil hier jemand schreibt, der über den Dingen steht und sein eigenes Handeln mit einer gehörigen Portion Selbstironie betrachtet. Man vergleiche dagegen die hölzerne, fast leblose Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung bei August Bebel. Liegt hier viel-

Strafregister W. Liebknechts sowie ein Namen- und Sachverzeichnis dürfte diese Publikation dazu beitragen können, Persönlichkeit, Wirken und Ausstrahlung eines der hervorragendsten Protagonisten der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen. Dieter Dowe

Wilhelm Liebknecht, Erinnerungen eines Soldaten der Revolution, hrsg. vom IML beim ZK der SED, zusammengest. und eingel. von Heinrich Gemkow, Dietz Verlag, Berlin [DDR] 1976, 450 S., Ln., 10,80 M.

Der Titel der hier anzuzeigenden Veröffentlichung ist irreführend, denn »die« Erinnerungen von Wilhelm Liebknecht gibt es nicht; leider — denn hätte der junge Freischärler der Revolution von 1848, der Schüler von Karl Marx, der Mitbegründer der SDAP und der II. Internationale seine Memoiren geschrieben, so würde unser Wissen um die Früh- und Entwicklungsgeschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit ziemlicher Sicherheit anders aussehen. Bei den »Erinnerungen eines Soldaten der Revolution« handelt es sich lediglich um Erinnerungssplitter, die der alternde SPD-Führer in den neunziger Jahren für verschiedene Parteizeitungen und -illustrierte zu Papier brachte und die Heinrich Gemkow anläßlich des 150. Geburtstages von Wilhelm Liebknecht zum vorliegenden Sammelband zusammenstellte. Der Reigen dieser Erinnerungssplitter wird eröffnet mit Wilhelm Liebknechts berühmter Verteidigungsrede vor dem Reichsgericht in Leipzig 1872; sie enthält jenen Ausspruch, der dem Sammelband den Titel gab: »Ich bin *nicht* ein Verschwörer von Profession, *nicht* ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinethalben einen Soldaten der Revolution, dagegen habe ich nichts« (S. 31). Danach folgen insgesamt zwanzig Aufsätze Liebknechts, die entsprechend der Chronologie der darin dargestellten Zeitabschnitte geordnet sind. Für den Biographen Wilhelm Liebknechts sind vor allem die folgenden Beiträge interessant: »In der Lehre. Etwas aus meinem Leben« (S. 32), »Aus der Jugendzeit« (S. 59), »Drei Tage in den Kasematten von Rastatt« (S. 100), »Anno 1849. Aus der Schweizer Flüchtlingszeit« (S. 139), »In Engels hätten wir unseren Carnot und Moltke gehabt« (S. 193), »Hier war einer, zu dem ich aufblicken konnte« (S. 199), »Ein Bild aus dem Londoner Flüchtlingsleben« (S. 208), »Aus meiner Schulmeisterzeit« (S. 217), »Eleanor Marx« (S. 287), »Robert Schweichel« (S. 300) und »Eine Entdeckungsreise« (S. 362).

Es wäre vermessen, wollte man im Rahmen dieser kleinen Besprechung die Fülle der Informationen verwerten, die sich aus den Erinnerungssplittern in bezug auf die Wertung des Politikers Wilhelm Liebknecht ergeben. Einige, gleichsam offenkundige Beispiele sollen und müssen daher genügen: Liest man die Beiträge, so versteht man, warum Wilhelm Liebknecht, etwa im Gegensatz zu August Bebel, seine Erinnerungen nicht in einem Memoirenband zusammengefaßt hat. Er ist nie ein disziplinierter Arbeiter gewesen, er arbeitete lieber »spontan«, ohne große Konzeption. Dies spiegelt sich auch in den Erinnerungssplittern wider; sie sind zweifelsohne witzig, lustig und unterhaltsam geschrieben, aber eben nicht sehr genau, weil das nötige Fakten- und Quellenstudium fehlte. Lernt er beispielsweise Marx einmal auf einem Sommerfest des Kommunistischen Arbeitervereins näher kennen, so findet ein anderes Mal das erste Treffen in einem Londoner »Pub« statt — im Beisein von Friedrich Engels. Dies tut den Erinnerungssplittern aber keinen Abbruch; der Rezensent selbst ertappte sich mehrfach dabei, wie er von der lebendigen Lektüre mitgerissen wurde, nicht zuletzt auch deshalb, weil hier jemand schreibt, der über den Dingen steht und sein eigenes Handeln mit einer gehörigen Portion Selbstironie betrachtet. Man vergleiche dagegen die hölzerne, fast leblose Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung bei August Bebel. Liegt hier viel-

leicht einer der Gründe, weshalb der eine als »Inkarnation« des proletarischen Emanzipationsgedankens geliebt, der andere als »Arbeiterkaiser« eher respektiert wurde? Besonders deutlich wird das »Sich-selbst-nicht-ganz-ernst-Nehmen« in der Darstellung seiner Beteiligung an der deutschen Revolution von 1848, insbesondere an der Reichsverfassungskampagne in Baden 1849, bei der sich Wilhelm Liebknecht nach eigenem Zeugnis bei jeder Gelegenheit den Führern eher »unnützlich als nützlich« machte. Dennoch gibt es auch ernste und ernstzunehmende Passagen in den Erinnerungssplittern; so beispielsweise, wenn Liebknecht über zwei Erlebnisse berichtet, die einen »tiefen, vielleicht für mein Leben bestimmenden Eindruck« (S. 35) gemacht haben. Dies ist einmal das Schicksal von Pfarrer Weidig, einem weitläufigen Verwandten, der 1835 wegen »demagogischer Umtriebe« verhaftet und nach zwei Jahren brutaler Untersuchungshaft in den Selbstmord getrieben wurde. Zum anderen handelt es sich um Sylvester Jordan, einen der Väter der kurhessischen Verfassung, der 1839 unschuldig im Marburger Schloß eingekerkert und von dem Studenten Wilhelm Liebknecht häufig »besucht« wurde. Darüber hinaus vermitteln die Erinnerungssplitter jenen — im allgemeinen schwer darzustellenden — »atmosphärischen Eindruck« der politischen Kirchhofruhe, wie sie in den deutschen Ländern vor 1848 herrschte und vor allem in bezug auf die junge Generation weitreichende Folgen hatte. »Der Gedanke, daß mir in Deutschland kein Wirkungskreis offenstehe«, erinnert sich der Arbeiterführer an seine Studienzeit, »verhinderte mich am methodischen Arbeiten, und ich studierte bald nicht mehr für einen bestimmten äußeren Zweck, sondern nur noch für mich selbst« (S. 64). Kein Wunder, daß Wilhelm Liebknecht den ausgetretenen Pfad seiner ehrwürdigen Vorfahren verließ und nicht »Akademiker«, sondern »Arbeiterführer« wurde.

Die Herausgabe der »Erinnerungen eines Soldaten der Revolution« ist für die Forschung und Lehre zweifelsohne eine Bereicherung, denn sie macht einem breiten Leserkreis Materialien zugänglich, die bisher nur schwer in den Zeitungsbeständen der Archive zu finden waren. Darüber hinaus ist auch die äußerliche Gestaltung des Sammelbandes mit ihren lustigen, den Text erläuternden Illustrationen recht ansprechend.

Helmut Trotnow

Carl Wilhelm Tölckes Presseberichte zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie 1848—1893. Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, bearb. von Arno Herzig (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 22), Verlag Dokumentation, München 1976, 278 S., brosch., 28 DM.
Carl Wilhelm Tölcke, Korrespondenz aus den Jahren 1848—1893, hrsg. von Arno Herzig und Konrad Rosenthal, bearb. von Arno Herzig (= Beiträge zur Geschichte Iserlohns, Schriftenreihe Haus der Heimat, Bd. 16), Iserlohn 1977, 148 S., engl. brosch., 10 DM.

Außer über Lassalle selbst gibt es nur wenige neuere Arbeiten über die führenden Repräsentanten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins[1]. Es ist deshalb sehr verdienstvoll, daß Arno Herzig durch diese beiden Quellensammlungen Carl Wilhelm Tölcke (1817—1893) der Vergessenheit entrissen hat. Der bereits an der Revolution von 1848/49 beteiligte Tölcke hatte nicht nur für die lokale Arbeiterbewegung seiner Heimatstädte Iserlohn und Dortmund sowie für die regionale des Ruhrgebiets große Bedeutung, sondern er gehörte ein Jahrzehnt (1865— 1875) zur Führungsspitze des ADAV und war einer der Initiatoren der

1 Über Hasselmann, den jahrelangen Gegenspieler Tölckes in der Führungsspitze des ADAV, erschien vor einigen Jahren eine kleinere Arbeit: *Günter Bers,* Wilhelm Hasselmann, 1844—1916, Köln 1973, vgl. Rez. in: AfS XIV, 1974, S. 675.

leicht einer der Gründe, weshalb der eine als »Inkarnation« des proletarischen Emanzipationsgedankens geliebt, der andere als »Arbeiterkaiser« eher respektiert wurde? Besonders deutlich wird das »Sich-selbst-nicht-ganz-ernst-Nehmen« in der Darstellung seiner Beteiligung an der deutschen Revolution von 1848, insbesondere an der Reichsverfassungskampagne in Baden 1849, bei der sich Wilhelm Liebknecht nach eigenem Zeugnis bei jeder Gelegenheit den Führern eher »unnützlich als nützlich« machte. Dennoch gibt es auch ernste und ernstzunehmende Passagen in den Erinnerungssplittern; so beispielsweise, wenn Liebknecht über zwei Erlebnisse berichtet, die einen »tiefen, vielleicht für mein Leben bestimmenden Eindruck« (S. 35) gemacht haben. Dies ist einmal das Schicksal von Pfarrer Weidig, einem weitläufigen Verwandten, der 1835 wegen »demagogischer Umtriebe« verhaftet und nach zwei Jahren brutaler Untersuchungshaft in den Selbstmord getrieben wurde. Zum anderen handelt es sich um Sylvester Jordan, einen der Väter der kurhessischen Verfassung, der 1839 unschuldig im Marburger Schloß eingekerkert und von dem Studenten Wilhelm Liebknecht häufig »besucht« wurde. Darüber hinaus vermitteln die Erinnerungssplitter jenen — im allgemeinen schwer darzustellenden — »atmosphärischen Eindruck« der politischen Kirchhofruhe, wie sie in den deutschen Ländern vor 1848 herrschte und vor allem in bezug auf die junge Generation weitreichende Folgen hatte. »Der Gedanke, daß mir in Deutschland kein Wirkungskreis offenstehe«, erinnert sich der Arbeiterführer an seine Studienzeit, »verhinderte mich am methodischen Arbeiten, und ich studierte bald nicht mehr für einen bestimmten äußeren Zweck, sondern nur noch für mich selbst« (S. 64). Kein Wunder, daß Wilhelm Liebknecht den ausgetretenen Pfad seiner ehrwürdigen Vorfahren verließ und nicht »Akademiker«, sondern »Arbeiterführer« wurde.

Die Herausgabe der »Erinnerungen eines Soldaten der Revolution« ist für die Forschung und Lehre zweifelsohne eine Bereicherung, denn sie macht einem breiten Leserkreis Materialien zugänglich, die bisher nur schwer in den Zeitungsbeständen der Archive zu finden waren. Darüber hinaus ist auch die äußerliche Gestaltung des Sammelbandes mit ihren lustigen, den Text erläuternden Illustrationen recht ansprechend.

Helmut Trotnow

Carl Wilhelm Tölckes Presseberichte zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie 1848—1893. Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, bearb. von Arno Herzig (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 22), Verlag Dokumentation, München 1976, 278 S., brosch., 28 DM.
Carl Wilhelm Tölcke, Korrespondenz aus den Jahren 1848—1893, hrsg. von Arno Herzig und Konrad Rosenthal, bearb. von Arno Herzig (= Beiträge zur Geschichte Iserlohns, Schriftenreihe Haus der Heimat, Bd. 16), Iserlohn 1977, 148 S., engl. brosch., 10 DM.

Außer über Lassalle selbst gibt es nur wenige neuere Arbeiten über die führenden Repräsentanten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins[1]. Es ist deshalb sehr verdienstvoll, daß Arno Herzig durch diese beiden Quellensammlungen Carl Wilhelm Tölcke (1817—1893) der Vergessenheit entrissen hat. Der bereits an der Revolution von 1848/49 beteiligte Tölcke hatte nicht nur für die lokale Arbeiterbewegung seiner Heimatstädte Iserlohn und Dortmund sowie für die regionale des Ruhrgebiets große Bedeutung, sondern er gehörte ein Jahrzehnt (1865— 1875) zur Führungsspitze des ADAV und war einer der Initiatoren der

1 Über Hasselmann, den jahrelangen Gegenspieler Tölckes in der Führungsspitze des ADAV, erschien vor einigen Jahren eine kleinere Arbeit: *Günter Bers,* Wilhelm Hasselmann, 1844—1916, Köln 1973, vgl. Rez. in: AfS XIV, 1974, S. 675.

Vereinigung der beiden Arbeiterparteien (ADAV und SDAP) im Jahre 1875. Nach der Einigung war er dann vor allem in der regionalen Arbeiterbewegung tätig.

Tölcke gehörte nicht zu den sozialdemokratischen Theoretikern. Nur eine längere Schrift von ihm ist heute noch von Bedeutung, die sich jedoch in erster Linie mit Organisationsfragen beschäftigt[2]. Er war mehr Parteiagitator und Parteijournalist als Parteischriftsteller. In der ersten der hier anzuzeigenden Dokumentationen will Herzig, wie schon der Titel besagt, »Presseberichte« von Tölcke zusammenstellen, die für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von 1848 bis 1893 von Bedeutung waren. Ganz konsequent kann er dabei nicht sein, er zieht auch einige Parteitagsanträge und einige Urteile von Zeitgenossen über Tölcke mit heran, um dessen Anteil an dieser Entwicklung noch besser zu dokumentieren.

Die Dokumentation bringt zunächst, in chronologischer Reihenfolge, einige Berichte Tölckes über seine Tätigkeit während der Revolutionszeit 1848—1850, dann über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Westfalen (1865—1868), schließlich über die Entwicklung des ADAV und die Gründung der SDAP 1869. Die folgenden Kapitel sind dann nach sachlichen Gesichtspunkten gegliedert: Theorie des Sozialismus, Staat und Monarchie, Organisation und Agitation im ADAV, Einigung 1875, Gewerkschaftsbewegung. Es folgen noch eine Zeittafel, eine Literaturauswahl sowie ein Personen- und Ortsregister.

Von besonderem Wert ist der Abdruck der Berichte Tölckes über die Generalversammlung des ADAV vom 28. — 31. März 1869 in Barmen (S. 57-93) und über die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbandes vom 23. — 26. Mai 1869 in Kassel (S. 240-253), da über beide Kongresse keine offiziellen Protokolle herausgegeben wurden und der »Social-Demokrat«, in dem diese Berichte zuerst erschienen, nicht in allzu vielen Bibliotheken ist. Leider macht es eine ungenügende Annotierung notwendig, für manche Spezialfragen doch zur Zeitung zu greifen. So weist Tölcke in seinem Bericht über die Barmer Generalversammlung darauf hin, daß über die vorgenommenen Statutenänderungen der Präsident des ADAV, Johann Baptist von Schweitzer, die Mitglieder bereits unterrichtet habe (S. 86), ohne daß Herzig die Leser darüber in einer Anmerkung näher aufklärt. Im ganzen ist aber der Abdruck des Berichts über die Barmer Generalversammlung korrekt, auch die wichtigsten Anträge druckt er mit ab, lediglich die Grußtelegramme läßt er fort. Dagegen läßt er beim Abdruck des Berichts über die Kasseler Generalversammlung nicht nur, was er anmerkt, die Grußtelegramme fort, sondern auch — sicherlich aus Versehen — Teile der Verhandlungsberichte[3]. Auch druckt er hier nicht die wichtigen Anträge mit ab.

Überhaupt ist der Teil der Dokumentation, der Tölckes Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung behandelt, sehr unbefriedigend. Er bringt außer den erwähnten Berichten über die Kasseler Generalversammlung lediglich einige Erlasse Tölckes als Präsident der Allgemeinen Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter (1868/69) und einige Stellungnahmen zum Ruhrbergarbeiterstreik 1889. Tölckes gewerkschaftsfeindliche Äußerungen der Jahre 1872—1874 erwähnt Herzig nur in der kurzen und nicht sehr genauen Vorbemerkung zu diesem Kapitel, er belegt sie hier gar nicht[4].

---

2 *Carl Wilhelm Tölcke,* Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, Berlin 1873.

3 Es handelt sich um den Bericht über den Schluß der allgemeinen Aussprache am 23. Mai: SD, Nr. 64 vom 4. 6. 1869, S. 3, und über den Beginn der Beratungen über die Anträge, die Statutenänderungen betrafen, am 24. Mai: SD, Nr. 68 vom 13. 6. 1869, S. 3. Offensichtlich hat *Herzig* beide Male übersehen, daß die jeweilige Fortsetzung des Berichts auf der nächsten Seite des »Social-Demokrat« nicht nur Begrüßungstelegramme enthält.

4 An einer anderen Stelle druckt er einen Teil von Tölckes wichtigem Artikel über Organisationsfragen ab (S. 211-213), ohne jedoch anzumerken, daß mit diesem Artikel sein Kampf gegen die Gewerkschaften begann.

So ist zu bedauern, daß eine an sich für die frühe Arbeiterbewegung wertvolle Dokumentation durch ihre sachlichen Mängel nicht voll überzeugen kann. Sie kann zwar wichtige Einblicke in die journalistische und organisatorische Tätigkeit eines führenden Funktionärs des ADAV geben, für den Historiker der Arbeiterbewegung ist aber ein Rückgriff auf die zitierten Quellen selbst notwendig.

Mit Tölckes Nachlaß ist auch seine umfangreiche *Korrespondenz* verlorengegangen. Nur wenige Briefe von und an ihn sind in anderen Nachlässen und in Polizeiakten erhalten geblieben. Dazu kommen Briefe, die er selbst oder seine Korrespondenzpartner veröffentlicht haben. Arno Herzig hat nun, zusammen mit Konrad Rosenthal, alle diese, soweit bekannt, noch vorhandenen Briefe und Brieffragmente in der zweiten der hier anzuzeigenden Dokumentationen herausgegeben. Nicht nur äußerlich ist diese Sammlung besser gemacht als die von »Tölckes Presseberichten«, dem für die Bearbeitung allein verantwortlichen Herzig muß man hier auch größere Sorgfalt hinsichtlich des Abdrucks der Briefe und der Annotierung bescheinigen.

Nicht für alle Etappen des Lebens von Tölcke sind Briefe erhalten geblieben. Die ersten 11 Briefe betreffen seine Tätigkeit während der Revolution 1848—1850, die nächsten 70 Briefe die Zeit von 1860—1869. Sie sind meist der Presse entnommen.

Einen größeren Quellenwert haben mehrere Briefe aus den Jahren 1874—1876, die Tölcke an die Parteiführung des ADAV bzw. die der Sozialistischen Arbeiterpartei richtete, um diesen aufgrund seiner Rechtskenntnisse — er war vor 1848 Gerichtsschreiber — Ratschläge zur Verhinderung eines Verbots der Partei aufgrund des preußischen Vereinsgesetzes zu geben. Es handelt sich um die Erstveröffentlichung von Briefen, die aus Akten des Berliner Polizeipräsidiums stammen und heute im Staatsarchiv Potsdam liegen. Aus den letzten Lebensjahren Tölckes sind noch einige Briefe abgedruckt, die dieser an verschiedene Dortmunder Zeitungen schickte.

Zwar ist die Annotierung in der Briefsammlung sorgfältiger, doch würde man sich auch hier öfter zusätzliche Angaben wünschen. So druckt Herzig einige Briefe Tölckes ab, die dieser als Sekretär des ADAV im Namen des Vereinspräsidenten schrieb, ohne die Antworten der Adressaten zu beachten, wenn diese an den Präsidenten Johann Baptist von Schweitzer selbst gerichtet waren[5].

Solche Mängel sind sicherlich ärgerlich, mindern aber nur in geringem Maß den Wert der Briefsammlung. Beide Sammlungen werden nur durch kurze Vorbemerkungen eingeleitet und einen fast identischen »Lebenslauf« Tölckes ergänzt. Eine Analyse des Lebens und Wirkens von Carl Wilhelm Tölcke steht somit noch aus. Gerade die Lektüre der beiden Sammlungen läßt erkennen, daß eine solche Analyse einen wichtigen Beitrag für die noch sehr wenig erforschte Geschichte des ADAV nach 1869 leisten könnte. Willy Albrecht

Adelheid Popp, Jugend einer Arbeiterin, hrsg. und eingeleitet von Hans J. Schütz, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977, 187 S., Hardcover, 14 DM.

Die Veröffentlichung von vielfach seit langem vergessenen Arbeiterlebenserinnerungen kann seit einigen Jahren auf weite Resonanz zählen, und so war es ein guter Gedanke, die 1909 erstmals erschienene Broschüre einer der Vorkämpferinnen der österreichischen Sozialdemo-

5 So wird z. B. ein Brief Tölckes an den Gothaer Bevollmächtigten des ADAV, Nippoldt, aus dem »Demokratischen Wochenblatt« vom 3. 7. 1869 abgedruckt, nicht aber die Antwort Nippoldts, die dieser an Schweitzer selbst richtete (Demokratisches Wochenblatt, a.a.O.), zitiert oder wenigstens erwähnt.

So ist zu bedauern, daß eine an sich für die frühe Arbeiterbewegung wertvolle Dokumentation durch ihre sachlichen Mängel nicht voll überzeugen kann. Sie kann zwar wichtige Einblicke in die journalistische und organisatorische Tätigkeit eines führenden Funktionärs des ADAV geben, für den Historiker der Arbeiterbewegung ist aber ein Rückgriff auf die zitierten Quellen selbst notwendig.

Mit Tölckes Nachlaß ist auch seine umfangreiche *Korrespondenz* verlorengegangen. Nur wenige Briefe von und an ihn sind in anderen Nachlässen und in Polizeiakten erhalten geblieben. Dazu kommen Briefe, die er selbst oder seine Korrespondenzpartner veröffentlicht haben. Arno Herzig hat nun, zusammen mit Konrad Rosenthal, alle diese, soweit bekannt, noch vorhandenen Briefe und Brieffragmente in der zweiten der hier anzuzeigenden Dokumentationen herausgegeben. Nicht nur äußerlich ist diese Sammlung besser gemacht als die von »Tölckes Presseberichten«, dem für die Bearbeitung allein verantwortlichen Herzig muß man hier auch größere Sorgfalt hinsichtlich des Abdrucks der Briefe und der Annotierung bescheinigen.

Nicht für alle Etappen des Lebens von Tölcke sind Briefe erhalten geblieben. Die ersten 11 Briefe betreffen seine Tätigkeit während der Revolution 1848—1850, die nächsten 70 Briefe die Zeit von 1860—1869. Sie sind meist der Presse entnommen.

Einen größeren Quellenwert haben mehrere Briefe aus den Jahren 1874—1876, die Tölcke an die Parteiführung des ADAV bzw. die der Sozialistischen Arbeiterpartei richtete, um diesen aufgrund seiner Rechtskenntnisse — er war vor 1848 Gerichtsschreiber — Ratschläge zur Verhinderung eines Verbots der Partei aufgrund des preußischen Vereinsgesetzes zu geben. Es handelt sich um die Erstveröffentlichung von Briefen, die aus Akten des Berliner Polizeipräsidiums stammen und heute im Staatsarchiv Potsdam liegen. Aus den letzten Lebensjahren Tölckes sind noch einige Briefe abgedruckt, die dieser an verschiedene Dortmunder Zeitungen schickte.

Zwar ist die Annotierung in der Briefsammlung sorgfältiger, doch würde man sich auch hier öfter zusätzliche Angaben wünschen. So druckt Herzig einige Briefe Tölckes ab, die dieser als Sekretär des ADAV im Namen des Vereinspräsidenten schrieb, ohne die Antworten der Adressaten zu beachten, wenn diese an den Präsidenten Johann Baptist von Schweitzer selbst gerichtet waren[5].

Solche Mängel sind sicherlich ärgerlich, mindern aber nur in geringem Maß den Wert der Briefsammlung. Beide Sammlungen werden nur durch kurze Vorbemerkungen eingeleitet und einen fast identischen »Lebenslauf« Tölckes ergänzt. Eine Analyse des Lebens und Wirkens von Carl Wilhelm Tölcke steht somit noch aus. Gerade die Lektüre der beiden Sammlungen läßt erkennen, daß eine solche Analyse einen wichtigen Beitrag für die noch sehr wenig erforschte Geschichte des ADAV nach 1869 leisten könnte. Willy Albrecht

Adelheid Popp, Jugend einer Arbeiterin, hrsg. und eingeleitet von Hans J. Schütz, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977, 187 S., Hardcover, 14 DM.

Die Veröffentlichung von vielfach seit langem vergessenen Arbeiterlebenserinnerungen kann seit einigen Jahren auf weite Resonanz zählen, und so war es ein guter Gedanke, die 1909 erstmals erschienene Broschüre einer der Vorkämpferinnen der österreichischen Sozialdemo-

5 So wird z. B. ein Brief Tölckes an den Gothaer Bevollmächtigten des ADAV, Nippoldt, aus dem »Demokratischen Wochenblatt« vom 3. 7. 1869 abgedruckt, nicht aber die Antwort Nippoldts, die dieser an Schweitzer selbst richtete (Demokratisches Wochenblatt, a.a.O.), zitiert oder wenigstens erwähnt.

kratie, Adelheid Popp, neu aufzulegen. Im Gegensatz zu manchen anderen Erinnerungen ist die Niederschrift dieser Autorin wirklich populär gewesen, d. h. auch gelesen worden, wozu das Vorwort von August Bebel mit beigetragen haben mag. Die vorliegende, von Hans J. Schütz besorgte und etwas knapp eingeleitete (S. 7-15) Publikation faßt zwei Broschüren zusammen: »Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin« nach der 4. Auflage (1922) (S. 21-96) und die »Erinnerungen« (erstmals 1915) (S. 99-187). Beide Texte werden in einem wortwörtlichen, wenn auch nicht seitengleichen, und unkommentierten Abdruck wiedergegeben. Die Einleitung bietet einige biographische Daten zur Person der Autorin und versucht, die Ausführungen von Adelheid Popp in den Kontext der sozialdemokratischen Erinnerungspublizistik einzuordnen. Um die Wirkungsgeschichte der vorliegenden Erinnerungen besser würdigen zu können, wäre eine Bibliographie aller erschienenen Auflagen — auch der fremdsprachigen — erwünscht gewesen. Mit dem erneuten, vollständigen Abdruck der Jugenderlebnisse von Adelheid Popp wird ein signifikantes Dokument des Selbstverständnisses von Arbeitern im 19. Jahrhundert wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Günter Bers

Dietrich Möller, Revolutionär, Intrigant, Diplomat. Karl Radek in Deutschland, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1976, 303 S., Pb., 29,50 DM.

Unter diesem reißerischen Titel wird ein Buch angeboten, das auf mehr als zwei Dritteln seines Umfanges Ausschnitte aus Karl Radeks[1] reicher publizistischer Tätigkeit zum Thema Deutschland und deutsche Arbeiterbewegung präsentiert[2]. Mit drei Ausnahmen, die Jahre 1933/34 betreffend, handelt es sich um Auszüge aus Zeitungsartikeln, Zeitschriftenaufsätzen und Broschüren aus den Jahren 1909—1924. In dieser Zeit lag das Hauptarbeitsgebiet dieses brillanten Publizisten und raffinierten Taktikers in dem nach damaligem Verständnis wichtigsten Land für die revolutionäre Weltbewegung. Zunächst engagierte er sich, vornehmlich von Bremen aus, für den linken Flügel der SPD; seit 1918/19 war er als Abgesandter der Bolschewiki und der Kommunistischen Internationale maßgeblich beteiligt an der Umgestaltung der KPD von einer unbedeutenden, in sich zerstrittenen politischen Sekte zu einer schlagkräftigen Massenpartei. Radeks zweites Tätigkeitsfeld lag auf außenpolitischem Gebiet. Gemäß der viel zitierten Zweigleisigkeit sowjetischer Politik bereitete er seit der Zeit seines berühmten »politischen Salons« im Gefängnis Berlin-Moabit[3] mit Weitblick und Konsequenz die Bahnen für ein Zusammengehen der beiden Ausgestoßenen des Versailler Systems, des jungen Sowjetstaates und des Deutschen Reiches. Anfang 1922 führte er unter dem Decknamen »Römer« mit dem Auswärtigen Amt die Vorverhandlungen zum Rapallo-Vertrag[4]. Durch die Propagierung von »Einheitsfront«, »Arbeiterregierung« und der sog. »Schlageter-Linie« wurde diese Politik auf der Parteiebene abgesichert.
Die für das vorliegende Buch ausgewählten Radek-Texte dokumentieren diese Entwicklung und geben einen brauchbaren Querschnitt des meist weitverstreuten Materials. Die Möglichkeit, sich einen ersten Eindruck von den publizistischen Aktivitäten dieses Mannes zu ver-

1 Die bislang einzige Radek-Biographie stammt von einem amerikanischen Historiker: *Warren Lerner,* Karl Radek. The Last Internationalist, Stanford 1970.
2 Auf die allgemein übliche Praxis, in solchen Fällen als Herausgeber und nicht als Autor zu firmieren, wies bereits die Rezension von *F. J. Raddatz* (Die Zeit, 2. 9. 1977) hin.
3 Dazu ausführlich *Otto-Ernst Schüddekopf*, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen in der ersten Hälfte des Jahres 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte II, 1962, S. 87-166.
4 Vgl. dazu den Aufsatz von *Schieder* (Anm. 6).

kratie, Adelheid Popp, neu aufzulegen. Im Gegensatz zu manchen anderen Erinnerungen ist die Niederschrift dieser Autorin wirklich populär gewesen, d. h. auch gelesen worden, wozu das Vorwort von August Bebel mit beigetragen haben mag. Die vorliegende, von Hans J. Schütz besorgte und etwas knapp eingeleitete (S. 7-15) Publikation faßt zwei Broschüren zusammen: »Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin« nach der 4. Auflage (1922) (S. 21-96) und die »Erinnerungen« (erstmals 1915) (S. 99-187). Beide Texte werden in einem wortwörtlichen, wenn auch nicht seitengleichen, und unkommentierten Abdruck wiedergegeben. Die Einleitung bietet einige biographische Daten zur Person der Autorin und versucht, die Ausführungen von Adelheid Popp in den Kontext der sozialdemokratischen Erinnerungspublizistik einzuordnen. Um die Wirkungsgeschichte der vorliegenden Erinnerungen besser würdigen zu können, wäre eine Bibliographie aller erschienenen Auflagen — auch der fremdsprachigen — erwünscht gewesen. Mit dem erneuten, vollständigen Abdruck der Jugenderlebnisse von Adelheid Popp wird ein signifikantes Dokument des Selbstverständnisses von Arbeitern im 19. Jahrhundert wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Günter Bers

Dietrich Möller, Revolutionär, Intrigant, Diplomat. Karl Radek in Deutschland, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1976, 303 S., Pb., 29,50 DM.

Unter diesem reißerischen Titel wird ein Buch angeboten, das auf mehr als zwei Dritteln seines Umfanges Ausschnitte aus Karl Radeks[1] reicher publizistischer Tätigkeit zum Thema Deutschland und deutsche Arbeiterbewegung präsentiert[2]. Mit drei Ausnahmen, die Jahre 1933/34 betreffend, handelt es sich um Auszüge aus Zeitungsartikeln, Zeitschriftenaufsätzen und Broschüren aus den Jahren 1909—1924. In dieser Zeit lag das Hauptarbeitsgebiet dieses brillanten Publizisten und raffinierten Taktikers in dem nach damaligem Verständnis wichtigsten Land für die revolutionäre Weltbewegung. Zunächst engagierte er sich, vornehmlich von Bremen aus, für den linken Flügel der SPD; seit 1918/19 war er als Abgesandter der Bolschewiki und der Kommunistischen Internationale maßgeblich beteiligt an der Umgestaltung der KPD von einer unbedeutenden, in sich zerstrittenen politischen Sekte zu einer schlagkräftigen Massenpartei. Radeks zweites Tätigkeitsfeld lag auf außenpolitischem Gebiet. Gemäß der viel zitierten Zweigleisigkeit sowjetischer Politik bereitete er seit der Zeit seines berühmten »politischen Salons« im Gefängnis Berlin-Moabit[3] mit Weitblick und Konsequenz die Bahnen für ein Zusammengehen der beiden Ausgestoßenen des Versailler Systems, des jungen Sowjetstaates und des Deutschen Reiches. Anfang 1922 führte er unter dem Decknamen »Römer« mit dem Auswärtigen Amt die Vorverhandlungen zum Rapallo-Vertrag[4]. Durch die Propagierung von »Einheitsfront«, »Arbeiterregierung« und der sog. »Schlageter-Linie« wurde diese Politik auf der Parteiebene abgesichert.
Die für das vorliegende Buch ausgewählten Radek-Texte dokumentieren diese Entwicklung und geben einen brauchbaren Querschnitt des meist weitverstreuten Materials. Die Möglichkeit, sich einen ersten Eindruck von den publizistischen Aktivitäten dieses Mannes zu ver-

1 Die bislang einzige Radek-Biographie stammt von einem amerikanischen Historiker: *Warren Lerner,* Karl Radek. The Last Internationalist, Stanford 1970.
2 Auf die allgemein übliche Praxis, in solchen Fällen als Herausgeber und nicht als Autor zu firmieren, wies bereits die Rezension von *F. J. Raddatz* (Die Zeit, 2. 9. 1977) hin.
3 Dazu ausführlich *Otto-Ernst Schüddekopf*, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen in der ersten Hälfte des Jahres 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte II, 1962, S. 87-166.
4 Vgl. dazu den Aufsatz von *Schieder* (Anm. 6).

schaffen, der einmal das »Sprachrohr des Weltkommunismus« genannt wurde, ist damit wesentlich leichter geworden. Zu bedauern bleibt, daß der Brief Radeks an die KPD-Zentrale vom 9. 1. 1919 auch hier wieder nur im relativ leicht zugänglichen Auszug wiedergegeben wird[5] und daß eine für die gesamte Kominternlinie der nächsten Jahre so zentrale Schrift wie »Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der kommunistischen Parteien im Kampf um die Diktatur des Proletariats« (geschrieben im November 1919) nicht vertreten ist. Für eine intensive Beschäftigung mit der Frühzeit der KPD und der Kommunistischen Internationale wird der Historiker wegen der starken Bruchstückhaftigkeit mancher hier nachgedruckten Schriften auch künftig auf die Originale zurückgreifen müssen. Das ausführliche Standortverzeichnis von Radek-Titeln in wissenschaftlichen Bibliotheken, das dem Bande beigegeben ist, ist dazu ausgesprochen hilfreich.
Vorangestellt ist der Edition eine 40 Seiten starke, flott geschriebene biographische Skizze. In ihrer streckenweise stark verkürzenden Darstellung und in weitgehender Unkenntnis der zu diesem Thema nicht nur in den letzten Jahren erschienenen Forschungen[6] kann sie ihrem Gegenstand in mancher Hinsicht nicht gerecht werden. Als Beispiel sei hier nur darauf hingewiesen, daß eine so wesentliche Unternehmung Karl Radeks in Deutschland wie die Ausschaltung des KPD-Vorsitzenden Paul Levi nicht einmal erwähnt wird.

Marie-Luise Goldbach

Eduard Heimann, Sozialismus im Wandel der modernen Gesellschaft. Aufsätze zur Theorie und Praxis des Sozialismus. Ein Erinnerungsband, hrsg. und eingel. von Heinz-Dietrich Ortlieb (= Internationale Bibliothek, Bd. 77), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1975, XIV, 186 S., brosch., 15 DM.

Der größere Teil der Bemühungen um eine theoretische Neubesinnung und konzeptionelle Konkretisierung des Demokratischen Sozialismus, die in der Weimarer Republik mit zum Teil beträchtlichem Erfolg unternommen worden sind, ist gegenwärtig im Selbstverständnis des Demokratischen Sozialismus nicht mehr bewußt aufgenommen. Zwar haben die Ergebnisse jener Bemühungen vor allem auf staats- und wirtschaftstheoretischem sowie auf geschichtsphilosophischem Gebiet die theoretischen Vorarbeiten zum Godesberger Programm entscheidend geprägt; in die Nachgodesberger Theoriediskussion der Sozialdemokratie sind sie indessen so gut wie nicht eingegangen. Mit dem Ausscheiden jener Hauptakteure der Vorgodesberger Theoriediskussion, die wie Eichler, Weisser, Deist, Erler, Arndt u. a. in ihrer eigenen Person die Bürgschaft für das Fortwirken der Weimarer theoretischen Errungenschaften darstellten, ist diese Tradition so gut wie gänzlich abgerissen. Dabei kann kein Zweifel daran bestehen, daß auf staatstheoretischem, wirtschaftskonzeptionellem und arbeitsrechtlichem Gebiet den sozialistischen Theoretikern in der Weimarer Republik, allen voran *Hermann Heller, Hugo Sinzheimer, Gustav Radbruch, Fritz Naphtali* u. a., ein Maß an Klärung der Grundsatzpositionen gelungen ist, das in den Nachgodesberger Versuchen einer

5 Der gesamte Brief findet sich in russischer Übersetzung in *Karl Radek,* Germanskaja Revoljucija. Sbornik statej, Moskau/Leningrad 1925, Bd. 2, S. 95.

6 Darunter vor allem: *Richard Löwenthal,* The Bolshevization of the Spartacus League, in: St. Anthony's Papers IX, 1960, S. 23-71; *Werner T. Angress,* Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany 1921—1923, Princeton N.J. 1963; *Theodor Schieder,* Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages, in: Historische Zeitschrift 204, 1967, S. 545-609; *Arnold Reisberg,* An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921—1922, 2 Bde., Berlin [DDR] 1971; *Marie-Luise Goldbach,* Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918—1923, Bonn-Bad Godesberg 1973.

schaffen, der einmal das »Sprachrohr des Weltkommunismus« genannt wurde, ist damit wesentlich leichter geworden. Zu bedauern bleibt, daß der Brief Radeks an die KPD-Zentrale vom 9. 1. 1919 auch hier wieder nur im relativ leicht zugänglichen Auszug wiedergegeben wird[5] und daß eine für die gesamte Kominternlinie der nächsten Jahre so zentrale Schrift wie »Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der kommunistischen Parteien im Kampf um die Diktatur des Proletariats« (geschrieben im November 1919) nicht vertreten ist. Für eine intensive Beschäftigung mit der Frühzeit der KPD und der Kommunistischen Internationale wird der Historiker wegen der starken Bruchstückhaftigkeit mancher hier nachgedruckten Schriften auch künftig auf die Originale zurückgreifen müssen. Das ausführliche Standortverzeichnis von Radek-Titeln in wissenschaftlichen Bibliotheken, das dem Bande beigegeben ist, ist dazu ausgesprochen hilfreich.
Vorangestellt ist der Edition eine 40 Seiten starke, flott geschriebene biographische Skizze. In ihrer streckenweise stark verkürzenden Darstellung und in weitgehender Unkenntnis der zu diesem Thema nicht nur in den letzten Jahren erschienenen Forschungen[6] kann sie ihrem Gegenstand in mancher Hinsicht nicht gerecht werden. Als Beispiel sei hier nur darauf hingewiesen, daß eine so wesentliche Unternehmung Karl Radeks in Deutschland wie die Ausschaltung des KPD-Vorsitzenden Paul Levi nicht einmal erwähnt wird.

Marie-Luise Goldbach

Eduard Heimann, Sozialismus im Wandel der modernen Gesellschaft. Aufsätze zur Theorie und Praxis des Sozialismus. Ein Erinnerungsband, hrsg. und eingel. von Heinz-Dietrich Ortlieb (= Internationale Bibliothek, Bd. 77), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1975, XIV, 186 S., brosch., 15 DM.

Der größere Teil der Bemühungen um eine theoretische Neubesinnung und konzeptionelle Konkretisierung des Demokratischen Sozialismus, die in der Weimarer Republik mit zum Teil beträchtlichem Erfolg unternommen worden sind, ist gegenwärtig im Selbstverständnis des Demokratischen Sozialismus nicht mehr bewußt aufgenommen. Zwar haben die Ergebnisse jener Bemühungen vor allem auf staats- und wirtschaftstheoretischem sowie auf geschichtsphilosophischem Gebiet die theoretischen Vorarbeiten zum Godesberger Programm entscheidend geprägt; in die Nachgodesberger Theoriediskussion der Sozialdemokratie sind sie indessen so gut wie nicht eingegangen. Mit dem Ausscheiden jener Hauptakteure der Vorgodesberger Theoriediskussion, die wie Eichler, Weisser, Deist, Erler, Arndt u. a. in ihrer eigenen Person die Bürgschaft für das Fortwirken der Weimarer theoretischen Errungenschaften darstellten, ist diese Tradition so gut wie gänzlich abgerissen. Dabei kann kein Zweifel daran bestehen, daß auf staatstheoretischem, wirtschaftskonzeptionellem und arbeitsrechtlichem Gebiet den sozialistischen Theoretikern in der Weimarer Republik, allen voran *Hermann Heller, Hugo Sinzheimer, Gustav Radbruch, Fritz Naphtali* u. a., ein Maß an Klärung der Grundsatzpositionen gelungen ist, das in den Nachgodesberger Versuchen einer

5 Der gesamte Brief findet sich in russischer Übersetzung in *Karl Radek,* Germanskaja Revoljucija. Sbornik statej, Moskau/Leningrad 1925, Bd. 2, S. 95.

6 Darunter vor allem: *Richard Löwenthal,* The Bolshevization of the Spartacus League, in: St. Anthony's Papers IX, 1960, S. 23-71; *Werner T. Angress,* Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany 1921—1923, Princeton N.J. 1963; *Theodor Schieder,* Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages, in: Historische Zeitschrift 204, 1967, S. 545-609; *Arnold Reisberg,* An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921—1922, 2 Bde., Berlin [DDR] 1971; *Marie-Luise Goldbach,* Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918—1923, Bonn-Bad Godesberg 1973.

theoretischen Selbstverständigung des Demokratischen Sozialismus oft nicht wieder erreicht werden konnte. An dieser Tradition auf breiterer Front wieder anzuknüpfen, wäre eine lohnende Aufgabe sowohl für die Geschichtswissenschaft als auch für die sozialdemokratische Bewegung.

Einer derjenigen Theoretiker aus der Weimarer Zeit, für den dies in mehrfacher Hinsicht gilt, ist Eduard Heimann. Er hat als Theoretiker der Reform, als Mitbegründer des Gedankens einer sozialistischen Marktwirtschaft und als religiöser Sozialist eine Fülle theoretischer Ausarbeitungen vorgelegt, die auch gegenwärtig von zum Teil erheblichem Gewicht sind. Er gehörte zu denjenigen sozialistischen Theoretikern, die sich noch mit der ganzen Breite der Themen sozialistischer Theoriebildung befaßten, wie sie von Marx und Lassalle vorgegeben war. Sein Denken war auf geschichtsphilosophischem Gebiet ebenso zu Hause wie auf sozialphilosophischem, soziologischem oder wirtschaftswissenschaftlichem. Insofern ist sein Denken einer der letzten großen Versuche, den Sozialismus in einen umfassenden sozialwissenschaftlichen Gesamtzusammenhang zu stellen.

Der vorliegende, von Heinz-Dietrich Ortlieb herausgegebene Sammelband ist eine verdienstvolle Erinnerung an den Denker Eduard Heimann und eine gute Einführung in dessen Gesamtwerk. Dies gilt sowohl für Ortliebs einführenden Essay »Eduard Heimann, Sozialökonom, Sozialist und Christ — Ein Nachruf« wie für die Auswahl der Heimannschen Texte, die ein Lebenswerk von vier Jahrzehnten umspannen.

Was an Heimanns Denken beeindruckt, ist zunächst die Tatsache, daß er in einer produktiven Auseinandersetzung mit dem Marxschen Erbe, das in jenen Jahren in der Sozialdemokratie zwar noch immer gehütet, aber kaum noch fruchtbar gemehrt wurde, zu Positionen gelangt, die aus ähnlichen Grundüberlegungen, wie Marx selbst sie angestellt hat, zu häufig ganz anderen, zeitgemäßeren Schlußfolgerungen kommt. Dies gilt insbesondere für die Frage der Sozialisierung und das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Produktionsmitteleigentum. Entgegen der seinerzeit geläufigen erstarrten Formel, derzufolge Sozialisierung Enteignung bedeute, erinnert Heimann an den ursprünglichen Sinn dieses Konzepts. »Die Arbeit soll unter der Verantwortung der Arbeitenden selbst frei und sinnvoll gestaltet werden; sie soll andererseits dem Menschen das Mindestmaß an Gütern bringen, das zu einer sinnvollen Gestaltung des Lebens außerhalb der Arbeit erforderlich ist; und sie soll schließlich nicht nur freiheitlich, sondern auch dauerhaft organisiert, vor der periodischen Krise bewahrt werden. Die Bedingung für alles dieses heißt Sozialisierung« (S. 31), schreibt Heimann 1930. Durch seine Rückbesinnung auf den auch bei Marx selbst gemeinten sozialphilosophischen und politökonomischen Sinn der sozialistischen Sozialisierungsforderung gelangt er zu der sein gesamtes Frühwerk beherrschenden Idee, daß das Ziel aller sozialistischen Gesellschaftsveränderung die Verwirklichung der »sozialen Freiheit« sein müsse (S. 50). Heimann zufolge ist es jederzeit eine erfahrungsoffene Frage, durch welche Institutionen man in einer gegebenen historischen Lage diesem Ziel am nächsten kommen kann. Es ist dieser »institutionelle Pragmatismus« (S. 149), der das Grundkonzept von Heimanns Theorie der sozialistischen Reform darstellt.

In seinem Werk »Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik« von 1929 hat Heimann dargelegt, wie eine zielgerechte Sozialpolitik als sozialistische Transformation des Kapitalismus wirken kann, wenn sie schrittweise Strukturen in den Kapitalismus einbaut, die nicht mehr dessen Prinzipien der Profitmaximierung und der Herrschaft über die Arbeit dienen, sondern der sozialen Befreiung der Arbeit. Auf diesem Wege verändert Reformpolitik durch einen schrittweisen Umbau der problematischen Systemstrukturen die bestehende kapitalistische Ordnung wesentlich und ist der allein sinnvolle Weg zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Denn wenn einmal die »sonderbar kindliche Vorstellung, daß das Volk als ganzes die Wirtschaft leiten und überhaupt unmittelbar seine Geschicke lenken könne« (S. 39), überwunden ist, so zeigt es sich, daß die »wirtschafts- und sozialorganisatorischen Auf-

gaben« einer sozialistischen Produktionsstruktur ein erhebliches eigengewichtiges Problem sind. Seine Lösung erfordert den Aufbau einer vielgestaltigen Wirtschaftsordnung, denn eine bloße Überführung der kapitalistischen Monopolgebilde in Staatseigentum würde gerade nicht dem Volk selbst die Verfügung über die Wirtschaft verschaffen, sondern zu einer »Beamtenwirtschaft« (S. 37) führen. Eine solche staatsbürokratische Wirtschaft stellt, wie Heimann dem sowjetischen Beispiel entnehmen konnte, eben nicht die Verwirklichung des Sozialismus, sondern am Ende nur eine Auswechslung der Form der Herrschaft dar (S. 38). Für den Aufbau und den Betrieb einer freiheitlichen und zugleich produktiven Wirtschaftsordnung ist aber nicht nur die Suche nach neuen institutionellen Wegen entscheidend, sondern ebensosehr die Befähigung der Arbeiter und Angestellten zur Lösung der dann anstehenden Selbstverwaltungsaufgaben, denn entgegen einem marxistischen Vorurteil sind »Umsturzwille und Verelendung nicht gleichbedeutend mit Aufbaufähigkeit« (S. 60). Auch aus diesem Grunde ist daher ein schrittweiser Umbau des Kapitalismus nach sozialistischen Maßstäben die dem eigentlichen Sozialismusprinzip allein angemessene Vorgehensweise. Für eine solche reformerische Strukturveränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt es Heimann zufolge keine Grenze (S. 161), es sei denn die Sozialisten selbst erlahmen in ihrem Veränderungswillen und tauschen ihre grundsätzlichen Ziele gegen die kleinen Verbesserungen ein.

Damit ist Heimanns Geschichtsphilosophie berührt. Für ihn vollzieht sich die Dialektik der Geschichte nur durch die Akte der menschlichen Freiheit hindurch. Daher kann es eine Garantie für den Sozialismus nicht geben. Aber es gibt die im Kapitalismus selbst hervorgebrachten Triebkräfte und Wegweisungen. Für eine angemessene geschichtliche Entwicklung kommt es darauf an, daß weder die objektive Notwendigkeit noch die Handlungsspielräume des Willens überschätzt werden. Sein Konzept einer geschichtlichen Dialektik wendet Heimann in doppelter Form auf Marx' eigenes Geschichtsverständnis an. Zum einen bedeute ein Ernstnehmen der dialektischen Erkenntnis, daß das Neue aus dem Alten hervorgeht, die Einsicht in die Angemessenheit der schrittweisen Gesellschaftsveränderung, in der das Alte umgebaut und überwunden wird. Zum anderen sei das Konzept eines kollektivistischen Sozialismus mit seiner revolutionären Perspektive, das Marx vorgeschwebt habe, selber erst die Antithese zum Kapitalismus gewesen. Die eigentliche sozialistische Synthese einer zugleich individuell freiheitlichen und gesellschaftlich gebundenen Gesellschaft habe sich demgegenüber historisch als Weg der Reform durchgesetzt. Wenn auch das Marxsche Konzept einer Notwendigkeit der gesellschaftlichen Totalumwandlung in der Frühzeit der Arbeiterbewegung als Triebkraft nicht unangemessen war, solange die Aufgabe der wirklichen gesellschaftlichen Umgestaltung noch nicht unmittelbar gestellt war, so habe sich doch das als direkte Gesellschaftsalternative formulierte Konzept von Marx im wirklichen Geschichtsprozeß vielmehr nur als das Korrektiv erwiesen, das zum Maßstab für einen schrittweisen gesellschaftlichen Umbau geworden ist. Heimann, der in Marx den Begründer einer sozialen Gesamtanalyse der Wirtschaftssysteme verehrt, kritisiert dessen Geschichtstheorie und Sozialismusperspektive als selber noch der kapitalistischen Überbetonung der Ökonomie verhaftet.

Zu einem der Wegbereiter der sozialdemokratischen Programmentwicklung ist Heimann zum einen durch seinen später von Heinrich Deist verfochtenen institutionellen Pragmatismus geworden, dem die Einsicht zugrunde lag, daß der eigentliche Feind der demokratischen Gesellschaft »nicht Eigentum, sondern unverantwortliche Macht, ob private oder öffentliche« (S. 149), ist. Diese Überlegung sowie seine genaue Analyse der eigentlichen sozialen Defizite einer kapitalistischen Wirtschaft führten ihn dann zum Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft, mit dem er einen bahnbrechenden Einfluß auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Wirtschaftskonzeption haben sollte. Ihm zufolge sind Markt und Kapitalismus »durchaus nicht dasselbe«. Wenn die sozialen Voraussetzungen verändert sowie die innerbetrieblichen Strukturen und die staatlichen Steuerkapazitäten erweitert werden, so

erweist sich die marktförmige Koordination der Produktionsentscheidungen mit der gesellschaftlichen Nachfrage vielmehr gerade als diejenige »wirtschaftsorganisatorische Leistung des Kapitalismus«, um die ihn der Sozialismus beerben muß. Denn der Markt ist ein »technisches« Steuerungsprinzip von »unersetzbarer Vollkommenheit und Billigkeit« (S. 43). Er erlaubt nicht nur die Vermeidung bürokratischer Machtzusammenballungen, sondern auch jene Entstehung einer Vielfalt von betriebswirtschaftlichen Organisationsformen, die allein der wirtschaftlichen Freiheit entspricht. Dabei dachte Heimann an »Konsumgenossenschaften und Produktionsgenossenschaften; Gemeinde- und Staatsunternehmungen; autonome Korporationen [...] Stiftungen [...]« (S. 148) u. a. m. Die für einen solchen sozialistischen Markt erforderlichen Ergänzungen durch »nicht-totalitäre Planung« und »Arbeitsrecht« konnten nach Heimanns Überzeugung nur im Rahmen einer liberalen politischen Demokratie verwirklicht werden.

Neben seinen Gedanken über religiösen Sozialismus, die in jenen Jahren ein heute befremdendes Maß an jugendbewegter Gefühligkeit und lebensphilosophischem Irrationalismus enthalten, waren es vor allem diese wirtschaftspolitischen Vorstellungen, mit denen Heimann als Mitherausgeber und Autor der »Neuen Blätter für den Sozialismus« ab 1930 für eine zeitgemäße geistige und programmatische Verjüngung der Sozialdemokratie arbeitete. In eindringlichen Analysen versuchte er seiner Partei klarzumachen, daß sie nicht durch ein pauschales Verdikt gegen jede Form von Produktionsmitteleigentum den industriellen und landwirtschaftlichen Mittelstand von sich abstoßen und in die Arme des Großkapitals oder sogar der nationalsozialistischen Bewegung treiben dürfe. Ebensowenig dürfe die Partei auf ihren traditionellen Formeln beharren, wonach die Angestellten früher oder später schon merken würden, daß sie eigentlich in derselben Lage seien wie das Proletariat (S. 77). Die Tatsache, daß die Angestellten aufgrund ihrer unterschiedlichen Stellung ihre Abhängigkeit anders erfahren als das Proletariat, sollte im Programmverständnis der Sozialdemokratie einen deutlichen Niederschlag finden. Ebenso sollten gründlichere und zeitgemäßere Analysen zu der Erkenntnis führen, daß nicht jedes Produktionsmitteleigentum dem sozialistischen Ziel widerspreche, sondern nur jenes Großeigentum, das auf der Herrschaft über fremde Arbeit beruht. Kleineigentum, bei dem Eigentum und Arbeit identisch sind, widerspreche dem sozialistischen Ziel nicht nur nicht, sondern es sei auch als Bestandteil einer sozialistischen Marktwirtschaft ökonomisch unverzichtbar. Dies sich selber und nach außen klar zu machen, erschien Heimann als eine der dringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Daß es der Partei nicht gelang, für die sich entgegen ihren ursprünglichen Erwartungen differenzierenden sozialen Lebenslagen im entwickelten Kapitalismus das »konstruktive Einheitsprinzip« (S. 88) der sozialistischen Idee zu formulieren, erscheint in der ebenso brillanten wie knappen Faschismusanalyse Heimanns aus dem Jahre 1941, die der Band enthält, als eine der wesentlichen Ursachen für den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland.

Die bis hierher zitierten Arbeiten Heimanns, die in den Sammelband aufgenommen worden sind, repräsentieren großenteils Erkenntnisse und Empfehlungen, die zwar noch nicht zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung, aber doch mit einer zeitlichen Verzögerung von der Sozialdemokratie in den fünfziger Jahren aufgenommen worden sind. Sie stellen in ihrem Gesamtzusammenhang eine theoretische Grundlage der modernen Konzeption des Demokratischen Sozialismus dar, wie er in der Sozialdemokratie mit dem Godesberger Programm endgültig zum Durchbruch gelangte.

Wenn wir gegenwärtig die mangelnde Traditionsbildung im Hinblick auf die sozialistische Theoriediskussion in der Weimarer Republik beklagen, der in gewissem Umfang auch das Werk von Heimann zum Opfer gefallen ist, so stimmt es besonders nachdenklich, daß schon Heimann selbst an Bernsteins Konzept eines konstruktiven Sozialismus nicht bewußt

anknüpft, obgleich er in entscheidenden Teilen seiner Reformismustheorie dessen Argumente weitergeführt hat.

Die drei letzten Aufsätze des Sammelbandes repräsentieren Heimanns Spätwerk, wie es vor allem in seinen Büchern »Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme« (1954), »Vernunftglaube und Religion« (1955) und »Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme« (1963) niedergelegt ist. Sie enthalten noch einmal klassische Formulierungen für eine Begründung der Wirtschaftspolitik des Demokratischen Sozialismus: »Ein sozialistischer Markt würde nicht durch autonome Wirtschaftskräfte auf der Suche nach Profit betrieben werden, sondern wäre in diesem sozialen Sinne ›entkapitalisiert‹, d. h., er würde den Kräften der Gesellschaft übergeben, die in so verschiedenen Formen wie möglich organisiert sind: Konsumgenossenschaften und Produktionsgenossenschaften [...] und schließlich, aber nicht weniger bedeutungsvoll, Privatunternehmungen, bei denen Konkurrenz, Arbeitsrecht und öffentliche Kontrolle der Expansionsmittel unverantwortlicher Macht Grenzen setzt. Wenn die demokratische Gesellschaft überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie Verantwortlichkeit der Macht; ihr Feind ist nicht Eigentum, sondern unverantwortliche Macht, ob private oder öffentliche« (S. 149).

Das Hauptmotiv seines Spätwerks, das zugleich eine Wendung darstellt, in der die Sozialdemokratie Heimann bis heute nicht in allen Konsequenzen hat folgen können, ist der Abkehr von einem Wirtschaftsverständnis gewidmet, das sich vorrangig an quantitativen Steigerungen und nicht an sozialer Sinngebung des Wirtschaftslebens orientiert. Es ist bemerkenswert, daß Heimann diese Wendung fast anderhalb Jahrzehnte früher vollzog als jene Gruppe von Wachstumskritikern innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie, die gegenwärtig auf eine Neubestimmung des Verhältnisses von Wirtschaft und Kultur bzw. Wirtschaft und Natur drängt. Bei Heimann selbst spielte allerdings nicht das Argument einer drohenden Naturzerstörung die Schlüsselrolle, sondern die Warnung vor einer Sinnentleerung des menschlichen Lebens durch eine Konzentration auf quantitative Wirtschaftserfolge allein.

Diese Kritik vollzieht Heimann im Rahmen einer grundlegenden Erörterung des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft in der Gegenwart. Kennzeichen der modernen Wirtschaftssysteme im Unterschied zu den älteren ist ihm zufolge, daß sie nicht mehr in Zusammenhänge unmittelbarer sozialer Kontrolle eingebettet sind. Ohne Rücksicht auf die Folgen für andere grundlegende soziokulturelle Werte sind sie allein an der technischen Lösung des Problems einer ständigen Maximierung von Gütervorräten, Dienstleistungen und Einkommen ausgerichtet. In diesem technischen Sinne nennt Heimann die modernen Wirtschaftssysteme »rational« (S. 114). Die rationalen Wirtschaftssysteme sind den Sozialsystemen gegenüber autonom, so daß sich deren Gewohnheiten und Institutionen den Entwicklungsgesetzen der Wirtschaftssysteme ständig anpassen müssen (S. 120).

Die »Beherrschung der Zwecke durch die Mittel« (S. 123), die Loslösung der ökonomischen Rationalität von sozialer Kontrolle (S. 123) verwandelt aber notwendigerweise die Wirtschaftsautonomie in »Wirtschaftshegemonie« (S. 127). In diesem Sinne ist auch die kommunistische Wirtschaftsverfassung ein rationales System (S. 146). Sie stellt daher keine echte Alternative zum Kapitalismus dar, sondern unterliegt selber noch dessen eigentlichem Grundgesetz. Für Heimann kommt es entscheidend darauf an, daß der Demokratische Sozialismus nicht nur das rationale Wirtschaftssystem vervollständigt oder weiterführt, sondern es wieder einer unmittelbaren soziokulturellen Kontrolle unterwirft. Diesem Zweck soll sein »institutioneller Pragmatismus« dienen, der »nicht-totalitäre Planung« und »nicht-kapitalistischen Markt« so miteinander verbindet, daß das ganze Wirtschaftsleben unmittelbar sozialen Zielen unterworfen werden kann (S. 149). Im Arbeitsrecht sieht Heimann »eine wirkliche Brücke vom Kapitalismus zurück zur Kontrolle durch die Gesellschaft« (S. 149).

In seinen späteren Arbeiten fordert Heimann auf der Basis dieser Analyse aber eine noch

grundsätzlichere Neubesinnung. Mittlerweile sei das grundlegende Bedürfnis nach ausreichender Erzeugung des Notwendigen nämlich längst befriedigt und die dennoch beibehaltene Struktur einer expansiven Wirtschaft werde mehr und mehr zum Hemmnis eines sinnerfüllten menschlichen Lebens. Nunmehr erwachsen gerade aus der Beibehaltung der Struktur, mit der wir das alte Grundproblem gelöst haben, gravierende neue Probleme (S. 161). Die Arbeit gewährt keine Befriedigung mehr, und die Maximierung der Güterversorgung wird zu einem Selbstzweck, der die eigentlichen Werte des menschlichen Lebens verdrängt. »Nun ist aber Expansion vom Niveau des Elends zu dem der Sättigung eines, aber Expansion jenseits des Notwendigen in eine sich immer steigernde Güterorgie hinein etwas ganz anderes; und doch sind sie technisch dasselbe, eine ungebrochene Linie. Umgekehrt, was wir technisch mit so großem Erfolg tun, treibt uns menschlich und sozial in die Absurdität [...]. Das kann auf die Dauer nicht gutgehen; wir treiben in eine Krise, die allen bisher gekannten Krisen entgegengesetzt ist [...] Was uns fehlt, ist ein neues Bild des Lebens, das eine Demokratie anständigerweise für ihre Bürger wünschen muß, wo moralische, ästhetische und technische Überlegungen im Gleichgewicht sind. Das neue Problem erwächst aus der Struktur, mit der das alte Problem, das Güterproblem, so triumphierend gelöst worden ist [...]. Das neue Problem ist mit einem Wort das einzige und ewige Problem des Menschen, neu zu beginnen« (S. 162 f.), schrieb Heimann schon 1961. Dabei betont er zugleich aber auch ausdrücklich, daß es nicht darum zu tun sein kann, die Industriestruktur wieder abzubauen, mit der das Güterproblem so erfolgreich gelöst werden konnte. »Es handelt sich nicht um einen Rückzug, der das schwer Errungene preisgeben würde, sondern um die Fortsetzung des Weges in veränderter Richtung zu verändertem Ziel« (S. 178).

Dieser Band gibt also nicht nur höchst informative Einblicke in einen wichtigen Versuch der Grundlegung des Demokratischen Sozialismus, sondern eröffnet auf überraschende Weise mit dem Spätwerk Heimanns auch einen Ausblick auf eine Diskussion, mit der sich der Demokratische Sozialismus in der Zukunft noch sorgfältig zu beschäftigen haben wird.

Thomas Meyer

Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom »Bund der Gerechten« zum »Bund der Kommunisten« 1836—1847. Ein Tagungsbericht, bearb. und hrsg. von Otto Büsch und Hans Herzfeld in Verb. mit Stefi Jersch-Wenzel, Monika und Wolfgang Wölk (= IWK-Beiheft 2), Colloquium Verlag, Berlin 1975, XV, 209 S., kart., 48 DM.

Gedruckte Tagungsberichte sind immer etwas problematisch und für den eigentlichen Adressaten, den Nichtteilnehmer, ebenso wie für die bemitleidenswerten Bearbeiter meist relativ unbefriedigend. Einmal gelingt es den Veranstaltern in den seltensten Fällen (in der Regel ohne eigenes Verschulden), ein wirklich abgerundetes und homogenes Programm zu erstellen, das in allen Bestandteilen publikationswert ist, zumal sich ein Teil der Referenten darauf zu beschränken pflegt, bereits vorliegende eigene Forschungsergebnisse noch einmal zusammenfassend oder modifiziert zu präsentieren, während andere Referenten einen direkten Einblick in ihren Forschungsprozeß gewähren. Ein zusätzliches Verunsicherungsmoment für den Nichtteilnehmer bringt das hier angewandte Verfahren mit sich, (statt einer streng sachlich gegliederten Zusammenfassung der im Anschluß an die Referate erfolgten Diskussion) die einzelnen Diskussionsbeiträge, von den Diskutanten nachträglich etwas überarbeitet, mehr oder minder wörtlich abzudrucken[1]. Die betreffenden Partien erhalten dadurch

1 Dies gilt erst recht angesichts der bereits publizierten Kurzfassung von Verlauf, Thesen und Ergebnissen dieser Tagung: *Otto Büsch,* Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Internationale Arbeitstagung der Historischen Kommission zu Berlin, in: AHF. Jahrbuch der historischen Forschung, Jg. 1974, S. 74-78.

grundsätzlichere Neubesinnung. Mittlerweile sei das grundlegende Bedürfnis nach ausreichender Erzeugung des Notwendigen nämlich längst befriedigt und die dennoch beibehaltene Struktur einer expansiven Wirtschaft werde mehr und mehr zum Hemmnis eines sinnerfüllten menschlichen Lebens. Nunmehr erwachsen gerade aus der Beibehaltung der Struktur, mit der wir das alte Grundproblem gelöst haben, gravierende neue Probleme (S. 161). Die Arbeit gewährt keine Befriedigung mehr, und die Maximierung der Güterversorgung wird zu einem Selbstzweck, der die eigentlichen Werte des menschlichen Lebens verdrängt. »Nun ist aber Expansion vom Niveau des Elends zu dem der Sättigung eines, aber Expansion jenseits des Notwendigen in eine sich immer steigernde Güterorgie hinein etwas ganz anderes; und doch sind sie technisch dasselbe, eine ungebrochene Linie. Umgekehrt, was wir technisch mit so großem Erfolg tun, treibt uns menschlich und sozial in die Absurdität [...]. Das kann auf die Dauer nicht gutgehen; wir treiben in eine Krise, die allen bisher gekannten Krisen entgegengesetzt ist [...] Was uns fehlt, ist ein neues Bild des Lebens, das eine Demokratie anständigerweise für ihre Bürger wünschen muß, wo moralische, ästhetische und technische Überlegungen im Gleichgewicht sind. Das neue Problem erwächst aus der Struktur, mit der das alte Problem, das Güterproblem, so triumphierend gelöst worden ist [...]. Das neue Problem ist mit einem Wort das einzige und ewige Problem des Menschen, neu zu beginnen« (S. 162 f.), schrieb Heimann schon 1961. Dabei betont er zugleich aber auch ausdrücklich, daß es nicht darum zu tun sein kann, die Industriestruktur wieder abzubauen, mit der das Güterproblem so erfolgreich gelöst werden konnte. »Es handelt sich nicht um einen Rückzug, der das schwer Errungene preisgeben würde, sondern um die Fortsetzung des Weges in veränderter Richtung zu verändertem Ziel« (S. 178).

Dieser Band gibt also nicht nur höchst informative Einblicke in einen wichtigen Versuch der Grundlegung des Demokratischen Sozialismus, sondern eröffnet auf überraschende Weise mit dem Spätwerk Heimanns auch einen Ausblick auf eine Diskussion, mit der sich der Demokratische Sozialismus in der Zukunft noch sorgfältig zu beschäftigen haben wird.

Thomas Meyer

Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom »Bund der Gerechten« zum »Bund der Kommunisten« 1836—1847. Ein Tagungsbericht, bearb. und hrsg. von Otto Büsch und Hans Herzfeld in Verb. mit Stefi Jersch-Wenzel, Monika und Wolfgang Wölk (= IWK-Beiheft 2), Colloquium Verlag, Berlin 1975, XV, 209 S., kart., 48 DM.

Gedruckte Tagungsberichte sind immer etwas problematisch und für den eigentlichen Adressaten, den Nichtteilnehmer, ebenso wie für die bemitleidenswerten Bearbeiter meist relativ unbefriedigend. Einmal gelingt es den Veranstaltern in den seltensten Fällen (in der Regel ohne eigenes Verschulden), ein wirklich abgerundetes und homogenes Programm zu erstellen, das in allen Bestandteilen publikationswert ist, zumal sich ein Teil der Referenten darauf zu beschränken pflegt, bereits vorliegende eigene Forschungsergebnisse noch einmal zusammenfassend oder modifiziert zu präsentieren, während andere Referenten einen direkten Einblick in ihren Forschungsprozeß gewähren. Ein zusätzliches Verunsicherungsmoment für den Nichtteilnehmer bringt das hier angewandte Verfahren mit sich, (statt einer streng sachlich gegliederten Zusammenfassung der im Anschluß an die Referate erfolgten Diskussion) die einzelnen Diskussionsbeiträge, von den Diskutanten nachträglich etwas überarbeitet, mehr oder minder wörtlich abzudrucken[1]. Die betreffenden Partien erhalten dadurch

1 Dies gilt erst recht angesichts der bereits publizierten Kurzfassung von Verlauf, Thesen und Ergebnissen dieser Tagung: *Otto Büsch,* Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Internationale Arbeitstagung der Historischen Kommission zu Berlin, in: AHF. Jahrbuch der historischen Forschung, Jg. 1974, S. 74-78.

einen höchst disparaten, unsystematischen Charakter, der es dem Leser bisweilen sehr erschwert, einzelne Aussagen zu gewichten. Mancher in der Diskussion vorgebrachte und in diesem Augenblick durchaus begrüßenswerte Einwand ist zudem nicht so schwerwiegend, daß er unbedingt gedruckt werden müßte.
Die Historische Kommission zu Berlin hat eine ganze Reihe internationaler Spezialisten zur Geschichte der frühsozialistischen Bünde zusammengeführt, um — laut Obertitel — deren Rolle und Bedeutung in der deutschen Arbeiterbewegung zu klären, ein Ziel, das allerdings in diesem Band nur gelegentlich problematisiert wird. Die Referate des ersten Tages waren vorwiegend demographisch-statistischen (allgemein: *Jacques Grandjonc,* Die deutsche Binnenwanderung in Europa bis 1848, S. 3-20[2]; lokal eingegrenzt: *Francis Sartorius,* Die politische, wirtschaftliche und soziale Tätigkeit der Deutschen in Brüssel 1842 bis 1850, S. 20-31) sowie organisations- und ideengeschichtlichen Fragen gewidmet *(Ernst Schraepler,* Geheimbündelei und die Anfänge einer deutschen Arbeiterbewegung im Vormärz, S. 51-60[3]; *Shlomo Na'aman,* Zum Kontinuitätsproblem der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis zur Gründung der I. Internationale, S. 60-67, das einzige Referat, das das im Obertitel ausgedrückte Tagungsthema wirklich konkretisierte[4]!). Mit Ausnahme des Kurzreferats von *Jean Sengers* (Die Bedingungen für eine sozialistische Betätigung der Deutschen in Brüssel, S. 157-161) untersuchten die Vorträge des zweiten Tages ideologiegeschichtliche Probleme *(J. Grandjonc,* Ideologische Auseinandersetzungen im »Bund der Gerechten«, S. 81-94; *Frolinde Balser,* Zur »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte«, S. 94-98; *Walter Grab,* Wilhelm Friedrich Schulz [1797—1860], S. 98-135, ein das Thema etwas sprengender bio-bibliographischer Abriß des zu Unrecht fast vergessenen bürgerlichen Freiheitskämpfers; *Horst Lademacher,* Voluntarismus im Frühsozialismus — am Beispiel von Moses Hess, S. 136-141). *Hans Pelger* schließlich analysiert in seinem mit Dokumenten versehenen Beitrag »Einige Bemerkungen zu Marx' ›Misère de la Philosophie‹ von 1847« (S. 161-184) einige Probleme der Entstehungsgeschichte dieses gegen Proudhon gerichteten Werkes[5].
Wenn auch die Gesamtkomposition des vorliegenden Bandes nicht vollauf befriedigt, so wird der interessierte Laie ebenso wie der Fachmann einzelne Beiträge mit Gewinn lesen und für sich fruchtbar machen.

Dieter Dowe

Jochen Loreck, Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 130), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1977, 290 S., kart., 36 DM.

Ausgehend von der Annahme, daß die Publizistik der Arbeiterbewegung deren Aufstieg wesentlich mitbewirkt hat, untersucht Jochen Loreck die publizistische Konzeption der SPD vor 1914 und deren Wirkung auf ihre Adressaten. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei

2 Vgl., wesentlich breiter angelegt, *Jacques Grandjonc,* Eléments statistiques pour une étude de l'immigration étrangère en France de 1830 à 1851, in: Archiv für Sozialgeschichte XV, 1975, S. 211— 300.

3 Vgl. seine umfangreiche Studie: *Ernst Schraepler,* Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830—1853, Berlin/New York 1972.

4 Siehe im übrigen: *Shlomo Na'aman,* Demokratische und soziale Impulse in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63, Wiesbaden 1969, und *ders.* unter Mitw. von *H.-P. Harstick,* Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63, Assen 1975.

5 Vgl. neuerdings *Karl Marx,* Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends«. Nach der deutschen Übersetzung von Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Friedrich Engels neu hrsg. mit Kommentar und Annotationen von *Hans Pelger,* Berlin/Bonn 1979.

einen höchst disparaten, unsystematischen Charakter, der es dem Leser bisweilen sehr erschwert, einzelne Aussagen zu gewichten. Mancher in der Diskussion vorgebrachte und in diesem Augenblick durchaus begrüßenswerte Einwand ist zudem nicht so schwerwiegend, daß er unbedingt gedruckt werden müßte.
Die Historische Kommission zu Berlin hat eine ganze Reihe internationaler Spezialisten zur Geschichte der frühsozialistischen Bünde zusammengeführt, um — laut Obertitel — deren Rolle und Bedeutung in der deutschen Arbeiterbewegung zu klären, ein Ziel, das allerdings in diesem Band nur gelegentlich problematisiert wird. Die Referate des ersten Tages waren vorwiegend demographisch-statistischen (allgemein: *Jacques Grandjonc,* Die deutsche Binnenwanderung in Europa bis 1848, S. 3-20[2]; lokal eingegrenzt: *Francis Sartorius,* Die politische, wirtschaftliche und soziale Tätigkeit der Deutschen in Brüssel 1842 bis 1850, S. 20-31) sowie organisations- und ideengeschichtlichen Fragen gewidmet *(Ernst Schraepler,* Geheimbündelei und die Anfänge einer deutschen Arbeiterbewegung im Vormärz, S. 51-60[3]; *Shlomo Na'aman,* Zum Kontinuitätsproblem der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis zur Gründung der I. Internationale, S. 60-67, das einzige Referat, das das im Obertitel ausgedrückte Tagungsthema wirklich konkretisierte[4]!). Mit Ausnahme des Kurzreferats von *Jean Sengers* (Die Bedingungen für eine sozialistische Betätigung der Deutschen in Brüssel, S. 157-161) untersuchten die Vorträge des zweiten Tages ideologiegeschichtliche Probleme *(J. Grandjonc,* Ideologische Auseinandersetzungen im »Bund der Gerechten«, S. 81-94; *Frolinde Balser,* Zur »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte«, S. 94-98; *Walter Grab,* Wilhelm Friedrich Schulz [1797—1860], S. 98-135, ein das Thema etwas sprengender bio-bibliographischer Abriß des zu Unrecht fast vergessenen bürgerlichen Freiheitskämpfers; *Horst Lademacher,* Voluntarismus im Frühsozialismus — am Beispiel von Moses Hess, S. 136-141). *Hans Pelger* schließlich analysiert in seinem mit Dokumenten versehenen Beitrag »Einige Bemerkungen zu Marx' ›Misère de la Philosophie‹ von 1847« (S. 161-184) einige Probleme der Entstehungsgeschichte dieses gegen Proudhon gerichteten Werkes[5].
Wenn auch die Gesamtkomposition des vorliegenden Bandes nicht vollauf befriedigt, so wird der interessierte Laie ebenso wie der Fachmann einzelne Beiträge mit Gewinn lesen und für sich fruchtbar machen.

Dieter Dowe

Jochen Loreck, Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 130), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1977, 290 S., kart., 36 DM.

Ausgehend von der Annahme, daß die Publizistik der Arbeiterbewegung deren Aufstieg wesentlich mitbewirkt hat, untersucht Jochen Loreck die publizistische Konzeption der SPD vor 1914 und deren Wirkung auf ihre Adressaten. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei

2 Vgl., wesentlich breiter angelegt, *Jacques Grandjonc,* Eléments statistiques pour une étude de l'immigration étrangère en France de 1830 à 1851, in: Archiv für Sozialgeschichte XV, 1975, S. 211— 300.
3 Vgl. seine umfangreiche Studie: *Ernst Schraepler,* Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830—1853, Berlin/New York 1972.
4 Siehe im übrigen: *Shlomo Na'aman,* Demokratische und soziale Impulse in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63, Wiesbaden 1969, und *ders.* unter Mitw. von *H.-P. Harstick,* Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63, Assen 1975.
5 Vgl. neuerdings *Karl Marx,* Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends«. Nach der deutschen Übersetzung von Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Friedrich Engels neu hrsg. mit Kommentar und Annotationen von *Hans Pelger,* Berlin/Bonn 1979.

(SDAP) maß schon bei ihrer Gründung 1869 der Presse eine höhere aufklärerische Wirkung bei als der mündlichen Publizistik. Neben dem Zentralorgan, dem »Volksstaat«, wurden Lokalblätter, soweit sie wirtschaftlich tragbar waren, gefördert. Dagegen betonte der ADAV stärker die mündliche Agitation und begnügte sich mit einer zentralen Parteizeitung. Nach dem Gothaer Vereinigungskongreß 1875 setzte sich das Konzept der SDAP durch. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes gewannen die Parteizeitungen neben der agitatorischen eine hohe finanzielle Bedeutung: Erwirtschaftete Überschüsse besserten die Parteikasse auf. Gleichzeitig ging mit Ausnahme der Wahlzeiten die mündliche Parteiwerbung zurück.

Das von Bebel entworfene dirigistische Pressekonzept war nicht unumstritten. Bebel sah die Parteipresse, voran das Zentralorgan, als Erziehungs- und Führungsmittel und fürchtete, die Parteipresse könne zu einem Vehikel für Fraktionskämpfe werden, wenn sie nicht eindeutig der Parteiführung untergeordnet würde. Der langjährige Chefredakteur des »Vorwärts«, Wilhelm Liebknecht, verstand dagegen die Parteipresse als Diskussionspodium, das der ganzen Partei offenstehen sollte — wie übrigens auch Engels: »[...] da muß Debatte und auch ein bißchen Krakehl sein [...]« (MEW 37, S. 440, zit. S. 43). Die Konzeption sozialdemokratischer Pressearbeit wird vom Autor weitgehend nur anhand von Briefstellen und Äußerungen auf Parteikongressen diskutiert. Damit beschränkt sich seine Analyse auf die »Theorie« sozialdemokratischer Presse. Bedauerlich ist, daß der Verfasser nicht eine sozialdemokratische Zeitung exemplarisch auf ihre inhaltliche und agitatorische Gestaltung hin untersucht hat, geschweige verschiedene Zeitungen verglichen hat. Gerade bei der Bearbeitung von Bebels Pressevorstellungen hätte sich ein auf wenige Beispiele beschränkter Vergleich des »Demokratischen Wochenblatts« mit Schweitzers »Social-Demokrat« oder des »Volksstaats« mit dem »Neuen Social-Demokrat« angeboten. Aufschlußreich für die Zeit nach dem Sozialistengesetz wäre eine Analyse einiger Ausgaben des »Vorwärts« und der »Leipziger Volkszeitung« gewesen. So wie die Arbeit vorliegt, wird die Praxis der Parteipublizistik nur insoweit berücksichtigt, wie sie sich in den zeitgenössischen Diskussionen widerspiegelt.

Zur Analyse des Verhältnisses zwischen sozialdemokratischer Publizistik und politischer Einstellungsänderung zieht Loreck 33 Autobiographien von Personen, die zwischen 1866 und 1914 im Gebiet des deutschen Reiches der SPD beigetreten sind, heran. Bei dieser Auswahl, die durch das verfügbare Material und ein Mindestmaß an exakter Information bestimmt wurde, sind eindeutig Parteifunktionäre und -intelligenz überrepräsentiert; etwa die Hälfte der Autobiographen, die zu zwei Dritteln proletarischer Herkunft waren, wurde im Laufe ihrer politischen Karriere Reichstagsmitglied. Gemeinsam war allen die Erfahrung eines sozialen Abstiegs der Familie in ihrer Kindheit, sei er wirtschaftlich oder durch Notfälle bedingt gewesen. Die Kindheit der meisten war ärmlich, früh wurden die Ungerechtigkeiten der Klassengesellschaft und gesellschaftliche Verachtung erfahren. Die Schulbildung war relativ gut: Nur ein Autobiograph (geboren 1847) hatte keine abgeschlossene Volksschulbildung bzw. weiterführende, wenn auch durch widrige Umstände abgebrochene, Schulbildung. Allgemein herrschte ein starkes Bedürfnis nach Anerkennung und Aufstiegsstreben, das sich in den Berufswünschen (häufig Lehrer oder Pfarrer) niederschlug. Diese blieben meist unerfüllt, bei der Berufswahl wurden dann Lehrberufe Nicht-Lehrberufen vorgezogen, letztere nur unfreiwillig gewählt. Im Anschluß an die Lehre fand mehrheitlich eine Wanderschaft statt, handwerkliche Arbeit wurde der Fabrikarbeit vorgezogen — insgesamt also eine Berufsausrichtung nach eher handwerklich-traditionellen Mustern. Bei der Kirchenzugehörigkeit überwogen die Protestanten (25 von 33), allgemein wurde die Religiosität vor der Politisierung erschüttert. Kritik galt dabei weniger der Religion selbst, vielmehr dem Mißverhältnis von Anspruch und Verwirklichung religiöser Vorstellungen seitens der Kirchen. Der Ablösungsprozeß von den Kirchen war bei Protestanten leichter als bei Katholiken.

Von diesen sozialen Merkmalen der Autobiographen ausgehend, untersucht der Verfasser die kommunikativen Prozesse bei der Politisierung. Alle Autobiographen haben nach ihrem Bekunden früh, viel und intensiv gelesen, waren also schriftlicher Kommunikation relativ leicht zugänglich. Für die Politisierung erwies sich zunächst das Gespräch am Arbeitsplatz, abgesehen von wenigen Ausnahmen, als wesentlicher Anstoß. Selber erfahrene Armut bzw. die soziale Lage der Arbeiter, deren Interpretation und die Sorge um Abhilfe bildeten einen ersten Anknüpfungspunkt für politische Gespräche. Die Nachfrage nach »reiner Wäsche«, d. h. nach Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder in der SPD, am Arbeitsplatz förderte die Organisierung von Sympathisanten. Nach dem Wecken eines ersten politischen Interesses über mündliche Kommunikation griffen ca. zwei Drittel der Autobiographen zur Parteiliteratur oder -presse, etwa ein Drittel besuchte Versammlungen zur Vertiefung der Informationen. Die Zeitungslektüre stieß dabei mehrfach auf Verständnisschwierigkeiten, während Versammlungen und Broschüren — meist Schriften Lassalles — niedrigere Verständnisbarrieren hatten. Außerdem unterlag der regelmäßige Bezug einer sozialdemokratischen Zeitung Instanzen sozialer Kontrolle: Er stieß auf Widerstand der Eltern oder der Meister, wenn der Leser in Kost und Logis lebte. Zuerst erfolgte wegen materieller Anreize, wie Reiseunterstützungsgelder, ein Gewerkschaftsbeitritt, durchschnittlich ein Jahr später im Alter von 22 Jahren der Parteibeitritt.

Die Bedeutung, die der agitatorischen Wirkung der gedruckten Publizistik, speziell den Zeitungen, beigemessen wurde, stand zu deren Wirkung in keinem Verhältnis. Für die Einstellungsänderungen war das rhetorische Moment weitaus wichtiger, es befriedigte spontan-emotionale Bedürfnisse und wirkte gemeinschaftsbildend. Die Parteimitglieder waren aber wegen der einseitigen Fixierung auf die Parteipresse nicht genügend auf das für den Überzeugungsprozeß wichtige Gespräch am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft vorbereitet. In der Aufklärungsarbeit wurden so z. B. Frauen, insbesondere Hausfrauen, zu wenig angesprochen, Kindererziehung blieb weitgehend ein unberührtes Feld, der Widerstand der Mütter bei der Politisierung Jugendlicher wurde nicht infrage gestellt.

Die dirigistische sozialdemokratische Pressepolitik, so der Verfasser, wirkt noch heute nach. Bebels Pressekonzept sei das autoritäre Gegenkonzept zu einer autoritären Gesellschaft gewesen (S. 256). Dieses Pressekonzept erwies sich als Bumerang: Sozialdemokratische Presse wurde nur noch von den sowieso schon Überzeugten gelesen, unabhängige Sympathisanten griffen lieber zu einer liberaleren Zeitung, insgesamt wurden über die Presse keine neuen Anhänger gewonnen.

Wenn auch die Autobiographen nach ihren sozialen Merkmalen und ihren politischen Karrieren nicht typisch sind für das einfache Gewerkschafts- oder Parteimitglied, erlaubt die Auswertung ihrer Autobiographien dennoch einige durchaus unerwartete Möglichkeiten der Verallgemeinerung. So kann allgemein angenommen werden, daß der Weg in die SPD in der Regel über eine Gewerkschaft führte. Ebenso allgemein waren z. B. Erfahrungen familiärer Widerstände, insbesondere seitens der Mutter, beim Politisierungsprozeß oder Erfahrungen sozialer Diskriminierung oftmals schon in der frühen Kindheit. Von den beiden Teilen der Arbeit Lorecks erscheint die Auswertung der Autobiographien als der interessantere, der über die »Bewegung der Arbeiter« (S. 7) aussagekräftigere. Beide Teile sind leider kaum miteinander verbunden. Dem Abschnitt über die sozialdemokratische Pressekonzeption wird das Kapitel über den Politisierungsprozeß einzelner SPD-Mitglieder unter Berücksichtigung der Rolle der Parteipublizistik gegenübergestellt. Problematisch bleibt hierbei, daß der Autor implizit die Pressekonzeption mit ihrer tatsächlichen Praxis identifiziert.

Das Literaturverzeichnis ist leider unübersichtlich. Da Loreck in den Anmerkungen die Quellenangaben auf Autor und Erscheinungsjahr beschränkt, ist man häufig auf das Nachschlagen in der Bibliographie, die stark untergliedert ist, angewiesen. Erschwert wird die Benutzung,

weil die Gliederung des Literaturverzeichnisses nicht mit ins Inhaltsverzeichnis aufgenommen wurde. Wolfgang Renzsch

Klaus Schönhoven, Zwischen Revolution und Sozialistengesetz. Die Anfänge der Würzburger Arbeiterbewegung 1848 bis 1878 (= Mainfränkische Hefte, Nr. 63), Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e. V., Würzburg 1976, 44 S.

Hans Werner Loew/Klaus Schönhoven (Hrsg.), Würzburgs Sozialdemokraten. Vom Arbeiterverein zur Sozialdemokratischen Volkspartei 1868—1978. Festschrift zum 110jährigen Jubiläum der Würzburger Sozialdemokratie, Würzburg 1978, 178 S., Ln., 15 DM.

Gerhard Herzog, Die Anfänge der Arbeiterbewegung und die Gründung der SPD in Kaiserslautern (1867—1905) (= Schriften zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern, Bd. 13), Verlag Arbogast, Otterbach-Kaiserslautern 1974, 160 S., kart., 10,50 DM.

Obwohl die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten beiden Jahrzehnten sehr eingehend erforscht worden ist, fehlen immer noch für viele Gebiete Regional- und Lokalstudien. So füllen die hier anzuzeigenden kurzen Darstellungen, die von unterschiedlicher Qualität sind, bislang bestehende Forschungslücken aus. Als geradezu vorbildlichen Überblick kann man die Studie von *Schönhoven* bezeichnen. Es gelingt ihm, alle wichtigen Fakten und Trends der Frühgeschichte der Würzburger Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung Mainfrankens darzustellen. Einige statistische Tabellen (Bevölkerungsstruktur, Zahl der Arbeitnehmer in den größeren Betrieben, Wahlergebnisse, Arbeitervereine im Sommer 1878) ergänzen seine Ausführungen.
Verhältnismäßig ausführlich behandelt der Verfasser die Arbeiter- bzw. Gesellenbewegung der Revolutionszeit von 1848/49, die im fränkischen Raum, besonders auch in Würzburg, eine große Rolle spielte (S. 9-22). Vielleicht hätte er sich hier, wo er sich zudem fast ausschließlich auf die vorhandene Literatur bezieht, etwas kürzer fassen können, um so etwas Platz für ein paar einleitende Bemerkungen über die Entwicklung Würzburgs bis zum Anschluß an Bayern (1814) zu gewinnen. Von besonderem Wert sind seine Ausführungen über die Gründung des Arbeitervereins im Jahre 1868 und der Mitgliedschaft des ADAV im Jahre 1869, da er hier bislang nicht ausgewertete Akten des Würzburger Staatsarchivs heranzieht. Vor allem durch die Gründung mehrerer Gewerkschaften konnte der ADAV sehr schnell eine größere Bedeutung erlangen als der zum VDAV gehörende Arbeiterverein. Allerdings war dieser Aufschwung der Würzburger Arbeiterbewegung — den Gewerkschaften gehörten insgesamt fast 300 Mitglieder an — zeitlich sehr begrenzt. Die Krise im ADAV, die Schönhoven nicht sehr klar herausarbeitet, führte hier — wie in vielen anderen Städten — zu starken Mitgliederverlusten bei den Gewerkschaften. Ja, in Bayern kam es im Januar 1870 zur Gründung einer eigenen Arbeiterpartei, des »Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeitervereins«, der sich jedoch fast ausschließlich auf Augsburg und München beschränkte und sich bereits im Sommer 1870 der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« (SDAP), den sogenannten Eisenachern, anschloß. An der Gründung dieser kurzlebigen Partei war auch der Würzburger Sozialdemokrat Andreas Wüchner beteiligt, den der Verfasser lediglich als Agitator des ADAV und später der SDAP nennt. Der deutsch-französische Krieg verschärfte dann noch die Krise in der Würzburger Arbeiterbewegung. Nach Schönhoven gewinnt man den Eindruck, daß es dort sogar zu einem Kontinuitätsbruch kam und daß die »Phase der Desorganisation« erst 1872 mit der Gründung neuer gewerkschaftlicher Fachvereine beendet war. Ein neuer politischer Arbeiterverein wurde sogar erst 1873

weil die Gliederung des Literaturverzeichnisses nicht mit ins Inhaltsverzeichnis aufgenommen wurde. Wolfgang Renzsch

Klaus Schönhoven, Zwischen Revolution und Sozialistengesetz. Die Anfänge der Würzburger Arbeiterbewegung 1848 bis 1878 (= Mainfränkische Hefte, Nr. 63), Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e. V., Würzburg 1976, 44 S.

Hans Werner Loew/Klaus Schönhoven (Hrsg.), Würzburgs Sozialdemokraten. Vom Arbeiterverein zur Sozialdemokratischen Volkspartei 1868—1978. Festschrift zum 110jährigen Jubiläum der Würzburger Sozialdemokratie, Würzburg 1978, 178 S., Ln., 15 DM.

Gerhard Herzog, Die Anfänge der Arbeiterbewegung und die Gründung der SPD in Kaiserslautern (1867—1905) (= Schriften zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern, Bd. 13), Verlag Arbogast, Otterbach-Kaiserslautern 1974, 160 S., kart., 10,50 DM.

Obwohl die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten beiden Jahrzehnten sehr eingehend erforscht worden ist, fehlen immer noch für viele Gebiete Regional- und Lokalstudien. So füllen die hier anzuzeigenden kurzen Darstellungen, die von unterschiedlicher Qualität sind, bislang bestehende Forschungslücken aus. Als geradezu vorbildlichen Überblick kann man die Studie von *Schönhoven* bezeichnen. Es gelingt ihm, alle wichtigen Fakten und Trends der Frühgeschichte der Würzburger Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung Mainfrankens darzustellen. Einige statistische Tabellen (Bevölkerungsstruktur, Zahl der Arbeitnehmer in den größeren Betrieben, Wahlergebnisse, Arbeitervereine im Sommer 1878) ergänzen seine Ausführungen.
Verhältnismäßig ausführlich behandelt der Verfasser die Arbeiter- bzw. Gesellenbewegung der Revolutionszeit von 1848/49, die im fränkischen Raum, besonders auch in Würzburg, eine große Rolle spielte (S. 9-22). Vielleicht hätte er sich hier, wo er sich zudem fast ausschließlich auf die vorhandene Literatur bezieht, etwas kürzer fassen können, um so etwas Platz für ein paar einleitende Bemerkungen über die Entwicklung Würzburgs bis zum Anschluß an Bayern (1814) zu gewinnen. Von besonderem Wert sind seine Ausführungen über die Gründung des Arbeitervereins im Jahre 1868 und der Mitgliedschaft des ADAV im Jahre 1869, da er hier bislang nicht ausgewertete Akten des Würzburger Staatsarchivs heranzieht. Vor allem durch die Gründung mehrerer Gewerkschaften konnte der ADAV sehr schnell eine größere Bedeutung erlangen als der zum VDAV gehörende Arbeiterverein. Allerdings war dieser Aufschwung der Würzburger Arbeiterbewegung — den Gewerkschaften gehörten insgesamt fast 300 Mitglieder an — zeitlich sehr begrenzt. Die Krise im ADAV, die Schönhoven nicht sehr klar herausarbeitet, führte hier — wie in vielen anderen Städten — zu starken Mitgliederverlusten bei den Gewerkschaften. Ja, in Bayern kam es im Januar 1870 zur Gründung einer eigenen Arbeiterpartei, des »Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeitervereins«, der sich jedoch fast ausschließlich auf Augsburg und München beschränkte und sich bereits im Sommer 1870 der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« (SDAP), den sogenannten Eisenachern, anschloß. An der Gründung dieser kurzlebigen Partei war auch der Würzburger Sozialdemokrat Andreas Wüchner beteiligt, den der Verfasser lediglich als Agitator des ADAV und später der SDAP nennt. Der deutsch-französische Krieg verschärfte dann noch die Krise in der Würzburger Arbeiterbewegung. Nach Schönhoven gewinnt man den Eindruck, daß es dort sogar zu einem Kontinuitätsbruch kam und daß die »Phase der Desorganisation« erst 1872 mit der Gründung neuer gewerkschaftlicher Fachvereine beendet war. Ein neuer politischer Arbeiterverein wurde sogar erst 1873

von Nürnberg aus, einem der Zentren der SDAP, gegründet. Vor der Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch das Sozialistengesetz bestanden im Sommer 1878 in Würzburg neben dem sozialdemokratischen Wahlverein mit fast 100 Mitgliedern noch 5 größere Gewerkschaften mit ca. 250 Mitgliedern.

Bei dem von *Schönhoven* und *Loew* herausgegebenen Sammelband handelt es sich um den gut ausgestatteten Jubiläumsband der Würzburger Sozialdemokraten zu ihrem 110jährigen Bestehen. Im längsten Beitrag (S. 1-39) behandelt *Schönhoven* die Zeit bis 1914. Er faßt darin die Ergebnisse seiner Studie über die Frühzeit der Würzburger Sozialdemokratie zusammen und schildert dann die weitere Entwicklung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Er beschränkt sich jedoch nicht, wie die meisten anderen Autoren, auf eine Organisationsgeschichte (SPD, Gewerkschaften, Arbeiterzeitungen, Organisationen der sozialdemokratischen »Subkultur«), sondern beschreibt auch die soziale Lage der Würzburger Arbeiterschaft als Voraussetzung für den erstaunlichen Aufstieg der Würzburger Arbeiterbewegung. Sein Beitrag hat, wie alle anderen Aufsätze des Bandes, keine Anmerkungen, doch Schönhoven ergänzt ihn, was die anderen Autoren leider nicht tun, durch einen kurzen Hinweis auf wichtige Quellen und Vorarbeiten für seinen Überblick.

Die organisatorische Entwicklung bis 1933 schildern dann *Klaus Schäfer* (1. Weltkrieg) und *Joachim Kletzin* (Weimarer Republik), die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur *Margit Grubmüller/Dieter Langewiesche*. In diesem Beitrag ist vor allem die Darstellung des Widerstandskampfes von Theodor Drey, dem letzten Unterbezirksvorsitzenden der Würzburger SPD vor 1933, von Wichtigkeit (S. 103-106). Für die Zeit nach 1945 werden zunächst Erinnerungen des langjährigen Bundestagsabgeordneten *Hannsheinz Bauer* abgedruckt, der am Wiederaufbau der Würzburger SPD maßgeblich beteiligt war (S. 109-150). Ergänzt werden diese durch einen kurzen Überblick von *Claudia Strobel* über die »Mitgliederentwicklung und Sozialstruktur« der Würzburger SPD nach 1945, der vor allem wegen einiger Tabellen über die Altersstruktur und die Gliederung der Mitgliedschaft in Angestellte, Arbeiter, Beamte und Schüler/Studenten von großer Bedeutung ist (S. 153-162). Am Schluß des Bandes folgen noch statistische Tabellen über die Reichstags-/Bundestagswahlen sowie Landtags- und Kommunalwahlen von 1874 bzw. 1907 bis 1978, kurze biographische Angaben über alle Mandatsträger der Würzburger Sozialdemokratie in den Parlamenten und ein Personenregister. Etwas vermißt man entsprechende Tabellen über führende Funktionäre des sozialdemokratischen Ortsvereins bzw. des Unterbezirks. Viele Fotos sowie Abdrucke von Zeitungsseiten und Plakaten vergrößern noch den Informationswert dieser Arbeit, die man insgesamt als gelungenes Beispiel einer Jubiläumsschrift bezeichnen kann.

Die Studie von *Herzog* über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Kaiserslautern ist ebenfalls sehr gut ausgestattet und wird durch den vollen Abdruck (im Faksimile) wertvoller längerer Dokumente, u. a. einer Fabrikordnung aus dem Jahre 1877 und der Statuten des Demokratischen Arbeiterbildungsvereins von 1869, ergänzt. Doch ist sie nicht von gleichem Wert wie die vergleichbare Darstellung der frühen Würzburger Arbeiterbewegung von Schönhoven. Zwar hat Herzog für seine Arbeit, die durch Anmerkungen ergänzt wird, Akten des Staatsarchivs Speyer und des Stadtarchivs Kaiserslautern sowie einige Regionalzeitungen herangezogen. Doch wegen seiner geringen Kenntnisse der Literatur über die Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung in dem von ihm behandelten Zeitraum gelingt es ihm nicht immer, die von ihm aus den Quellen ermittelten Fakten in den Gesamtzusammenhang einzuordnen oder gar zu analysieren. So druckt er z. B., aus einer Regionalzeitung, den ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes vom Mai 1878 ab, ohne zu erwähnen, daß dieser vom Reichstag abgelehnt wurde und das später angenommene Sozialistengesetz nicht mit diesem Entwurf identisch war. Recht informativ ist die Arbeit für die Frühzeit (1868/69), als es in Kaiserslautern zwei Arbeitervereine gab, von denen einer zur demokratischen Volkspartei und einer zu den Liberalen tendierte. Aus dem Demokratischen Arbeiterbildungsverein entwickelte sich

dann 1873 eine Mitgliedschaft der SDAP. Diesen Prozeß wie auch die weitere Entwicklung hätte Herzog klarer darstellen können, wenn er die von ihm herangezogene Dissertation von Erich Schneider »Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864—94« aus dem Jahre 1956 besser ausgewertet hätte. So beschränkt sich seine Darstellung für die späteren Jahre auf einen teilweise ungenauen Überblick über die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation — die Gewerkschaften klammert er fast völlig aus — und die Wiedergabe von Wahlergebnissen der Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Willy Albrecht

Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Verlag das europäische buch, Berlin 1977 (Lizenzausg. des Dietz Verlags, Berlin [DDR] 1976), 18*, 975 S., Ln., 24 DM.

Es gehört schon eine Portion Mut dazu, als einzelner ein derart umfangreiches Werk in Angriff zu nehmen, wie dies der DDR-Historiker Dieter Fricke mit seinem Handbuch zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung im Zeitraum von 1869 bis 1914 getan hat. Welche immense Sammelarbeit in Bibliotheken und Archiven sich hinter dem Nachschlagewerk verbirgt, mag man der Tatsache entnehmen, daß auf den knapp tausend, zum Teil eng bedruckten Seiten allein 130 Tabellen und 112 Dokumente bzw. Übersichten ausgebreitet werden. Nun ist Dieter Fricke kein Unbekannter; ja, man kann sogar sagen, daß er wie kaum einer seiner DDR-Kollegen für diese Aufgabe gerüstet war. Schon 1962 und 1964 legte er erste Materialien zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung vor (biographische Angaben siehe im Literaturverzeichnis, S. 900), die jetzt in dem vorliegenden Werk »wesentlich erweitert« und unter »Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung« verarbeitet worden sind. Man kann getrost sagen, daß in Zukunft wohl niemand die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wird bearbeiten können, ohne dieses Nachschlagewerk in die Hand zu nehmen. Dennoch sträubt sich der Rezensent, Frickes Arbeit als das seit langem gewünschte »Standardwerk« zur Vorkriegsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung anzusehen. Dazu stützt sich Fricke in seiner Darstellung zu sehr auf die Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung und läßt die Arbeiten sogenannter »bürgerlicher« Historiker außer acht.

Kommen wir jedoch zunächst zum Inhalt des Nachschlagewerkes. Der redaktionellen Vorbemerkung des Verlages ist zu entnehmen, daß sich Frickes Arbeit sowohl an Fachhistoriker wendet als auch an andere Gesellschaftswissenschaftler sowie allgemeine Interessenten; es soll als »Nachschlage- und Überblickswerk« eine rasche Informierung zu bestimmten Themen ermöglichen. Dies geschieht in 16 Kapiteln, die in drei große Themenblöcke gegliedert sind. Der erste Themenblock (Kapitel I—III) behandelt die Entstehung der sich organisierenden deutschen Arbeiterbewegung; der zweite Block (Kapitel IV—XI) befaßt sich mit der Sozialdemokratischen Partei, ihrem Programm, ihrer Organisation und ihrer Tätigkeit. Der dritte Themenblock (Kapitel XII—XVI) hat die Gewerkschaftsbewegung zum Gegenstand. Angesichts der Ausrichtung von Frickes Arbeit scheint es angebracht, näher auf den Inhalt der jeweiligen Kapitel einzugehen. Das erste Kapitel setzt zeitlich mit dem Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach ein und beschreibt deren Programm und Organisation. Das zweite Kapitel ist dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gewidmet und behandelt, ausgehend von den am 19. Mai 1867 beschlossenen »Grundzügen der Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins«, dessen Programmatik und Organisationsstruktur. Das dritte Kapitel beschäftigt sich vor allem mit

dann 1873 eine Mitgliedschaft der SDAP. Diesen Prozeß wie auch die weitere Entwicklung hätte Herzog klarer darstellen können, wenn er die von ihm herangezogene Dissertation von Erich Schneider »Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864—94« aus dem Jahre 1956 besser ausgewertet hätte. So beschränkt sich seine Darstellung für die späteren Jahre auf einen teilweise ungenauen Überblick über die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation — die Gewerkschaften klammert er fast völlig aus — und die Wiedergabe von Wahlergebnissen der Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Willy Albrecht

Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Verlag das europäische buch, Berlin 1977 (Lizenzausg. des Dietz Verlags, Berlin [DDR] 1976), 18*, 975 S., Ln., 24 DM.

Es gehört schon eine Portion Mut dazu, als einzelner ein derart umfangreiches Werk in Angriff zu nehmen, wie dies der DDR-Historiker Dieter Fricke mit seinem Handbuch zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung im Zeitraum von 1869 bis 1914 getan hat. Welche immense Sammelarbeit in Bibliotheken und Archiven sich hinter dem Nachschlagewerk verbirgt, mag man der Tatsache entnehmen, daß auf den knapp tausend, zum Teil eng bedruckten Seiten allein 130 Tabellen und 112 Dokumente bzw. Übersichten ausgebreitet werden. Nun ist Dieter Fricke kein Unbekannter; ja, man kann sogar sagen, daß er wie kaum einer seiner DDR-Kollegen für diese Aufgabe gerüstet war. Schon 1962 und 1964 legte er erste Materialien zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung vor (biographische Angaben siehe im Literaturverzeichnis, S. 900), die jetzt in dem vorliegenden Werk »wesentlich erweitert« und unter »Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung« verarbeitet worden sind. Man kann getrost sagen, daß in Zukunft wohl niemand die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wird bearbeiten können, ohne dieses Nachschlagewerk in die Hand zu nehmen. Dennoch sträubt sich der Rezensent, Frickes Arbeit als das seit langem gewünschte »Standardwerk« zur Vorkriegsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung anzusehen. Dazu stützt sich Fricke in seiner Darstellung zu sehr auf die Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung und läßt die Arbeiten sogenannter »bürgerlicher« Historiker außer acht.

Kommen wir jedoch zunächst zum Inhalt des Nachschlagewerkes. Der redaktionellen Vorbemerkung des Verlages ist zu entnehmen, daß sich Frickes Arbeit sowohl an Fachhistoriker wendet als auch an andere Gesellschaftswissenschaftler sowie allgemeine Interessenten; es soll als »Nachschlage- und Überblickswerk« eine rasche Informierung zu bestimmten Themen ermöglichen. Dies geschieht in 16 Kapiteln, die in drei große Themenblöcke gegliedert sind. Der erste Themenblock (Kapitel I—III) behandelt die Entstehung der sich organisierenden deutschen Arbeiterbewegung; der zweite Block (Kapitel IV—XI) befaßt sich mit der Sozialdemokratischen Partei, ihrem Programm, ihrer Organisation und ihrer Tätigkeit. Der dritte Themenblock (Kapitel XII—XVI) hat die Gewerkschaftsbewegung zum Gegenstand. Angesichts der Ausrichtung von Frickes Arbeit scheint es angebracht, näher auf den Inhalt der jeweiligen Kapitel einzugehen. Das erste Kapitel setzt zeitlich mit dem Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach ein und beschreibt deren Programm und Organisation. Das zweite Kapitel ist dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gewidmet und behandelt, ausgehend von den am 19. Mai 1867 beschlossenen »Grundzügen der Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins«, dessen Programmatik und Organisationsstruktur. Das dritte Kapitel beschäftigt sich vor allem mit

dem berühmten »Vereinigungskongreß« von Gotha 1875 und untersucht die Aussagen des dort beschlossenen Programms in bezug auf Programm und Organisation. Das vierte Kapitel, überschrieben »Die deutsche Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz«, verfolgt anhand der Parteikongresse von Wyden (1880), Zürich (1882), Kopenhagen (1883) und St. Gallen (1887) die Programm- und Organisationsentwicklung. Das fünfte Kapitel beginnt mit einer Analyse des Erfurter Parteiprogramms von 1890 und beschreibt die Organisationsstruktur der SPD zwischen 1890 und 1914; die entsprechenden acht Unterabschnitte lauten: »Die Entwicklung der Parteiorganisation bis zum Beginn der imperialistischen Epoche«; »Die Organisation der Partei zu Beginn der imperialistischen Epoche«; »Die Organisationsstatuten von Jena 1905, Leipzig 1909 und Chemnitz 1912«; »Die Entwicklung der Parteiorganisation von 1905 bis 1914«; »Die Mitglieder, a. ihre zahlenmäßige Entwicklung, b. Die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft, c. Zur altersmäßigen Zusammensetzung«; »Der Parteitag«; »Der Parteivorstand« und »Die Kontrollkommission«. Die nächsten drei Kapitel (VI— VIII) — »Die proletarische Frauenbewegung«, »Die Arbeiterjugendbewegung« und »Die sozialdemokratische Presse« — sind Teilbereichen vor allem der Parteibewegung gewidmet. Besonders detailliert werden dabei die verschiedenen Presseorgane, einschließlich der Nachrichtenbüros und Parteikorrespondenzen, beschrieben. Die Kapitel IX und X mit den Überschriften »Die Bildungsarbeit der Sozialdemokratie« und »Zur parlamentarischen Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie« sind den Aktivitäten der Partei vor dem Ersten Weltkrieg gewidmet. Das elfte Kapitel schließt den zweiten Themenblock ab und leitet indirekt auf den nächsten Themenblock über; es befaßt sich mit den internationalen Verbindungen der Partei und der Gewerkschaften. Dies geschieht anhand kurzer Beschreibungen der Entstehung und Organisationsstruktur der Internationalen Arbeiterassoziation, der sogenannten I. Internationale, der II. Internationale, der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenzen, der Internationalen Verbindung der Sozialistischen Jugendorganisationen, des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen sowie des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Kapitel XII bis XVI behandeln dann als dritter und letzter großer Themenblock Geschichte, Organisation und Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Beschreibt Kapitel XII die Herausbildung der modernen Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1868/69 bis 1890, so analysiert das dreizehnte Kapitel die Infrastruktur der »freien Gewerkschaften«. Da dies sehr ausführlich geschieht, seien auch hier die Überschriften der entsprechenden Unterabschnitte wiedergegeben: »Die Führungsorgane der freien Gewerkschaften, a. Der Gewerkschaftskongreß, b. Die Generalkommission, c. Der Gewerkschaftsausschuß, d. Die Konferenzen der Vorstände der Zentralverbände«; »Die Zentralverbände, a. Ihr Charakter und ihre Struktur, b. Das Gewerkschaftskartell, c. Die zahlenmäßige und organisatorische Entwicklung der Zentralverbände, d. Die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter«; »Die Gewerkschaftspresse«; »Die Mitglieder«; »Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen« und »Zur Rolle und Entwicklung der Gewerkschaftsbürokratie«. Das vierzehnte Kapitel, überschrieben »Die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Lokalistische Gewerkschaften)«, behandelt Randgruppen der Gewerkschaftsbewegung, während sich das fünfzehnte Kapitel mit den Streikstatistiken auseinandersetzt, wie sie seit 1890 zunächst von staatlicher Seite und später von der Generalkommission der Gewerkschaften erstellt wurden. Das sechzehnte Kapitel schließlich geht gleichsam als Anhang auf den »Zentralverband der deutschen Konsumvereine« ein; eine Organisation, die nur zum Teil von der Arbeiterschaft getragen wurde und deren Generalsekretär es ausdrücklich ablehnte, die Konsumgenossenschaften als »Arbeiterkonsumvereine« zu bezeichnen (siehe S. 781). Abgerundet wird Dieter Frickes Handbuch durch ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personenregister, ein Verzeichnis der geographischen Namen, ein Tabellenverzeichnis und ein Verzeichnis der abgedruckten Dokumente, Übersichten und anderen Materialien. Dies erleichtert

zweifelsohne ungemein den Gebrauch des Handbuchs. Leider wurden im Gegensatz zu den bekannten Nachlässen etwa im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, die Nachlässe des Zentralen Parteiarchivs beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED nicht namentlich aufgeführt. Wer und was, bitte schön, verbirgt sich hinter Nachlaß 1, 2, 4 etc.?

Angesichts der Tatsache, daß auch ein Nachschlagewerk, sei es noch so umfangreich angelegt, Einschränkungen vornehmen muß, ist es müßig, über Einzelheiten der Gliederung bzw. über die Gewichtung einzelner Abschnitte streiten zu wollen. Lediglich in zwei Punkten stimmt der Rezensent nicht mit dem Vorgehen von Dieter Fricke überein; der erste Punkt bezieht sich auf den Anfang, der zweite auf das Ende seiner Darstellung. Dadurch, daß Fricke seine Darstellung ziemlich abrupt mit dem Eisenacher Kongreß einsetzt, gerät die Entstehungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu kurz. Vor allem wird nicht recht verständlich, warum Ferdinand Lassalle einerseits und Karl Marx und Friedrich Engels andererseits für die geistige Prägung der deutschen Arbeiterbewegung so bedeutend waren. Der andere Einwand bezieht sich auf die Hereinnahme des letzten Kapitels überhaupt. So interessant und aufschlußreich auch die Analyse der Konsumvereine ist, so wenig einsehbar ist gerade die Darstellung dieses Bereiches der Arbeiterbewegung, wenn man überhaupt von einem »Bereich« sprechen kann. Gleich zu Beginn der Darstellung kritisiert nämlich Fricke die Aufnahme der »Lassalleschen Phrase« vom »vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter« — durch »Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch *genossenschaftliche* Arbeit« (Hervorhebung von mir) — in das Eisenacher Programm als »unmarxistisch«, um dann gegen Ende der Darstellung eben dieser Thematik ein ganzes Kapitel zu widmen. Dabei hat sich, wie schon eingangs erwähnt, die genossenschaftliche Bewegung nicht so sehr als »Arbeiter-« sondern als »Volksgenossenschaftsbewegung« verstanden. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, statt dessen ein Kapitel über die Arbeiterbildungsvereine, deren Organisation und Aktivitäten aufzunehmen? Gerade hier dürfte man Aufschlüsse finden hinsichtlich der Verarbeitung und Verbreitung des marxistischen Gedankengutes, was sich ja Fricke u. a. in seiner Darstellung zur Aufgabe macht.

Dieter Frickes Arbeit setzt sich zum Ziel, anhand der Organisationsentwicklung den ideologischen Reifeprozeß der deutschen Arbeiterbewegung zum Marxismus (-Leninismus) aufzuzeigen; Organisation wird dabei im Leninschen Sinne als »Prozeß« verstanden. Ausgehend von der Epocheneinschätzung der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung, kommt Fricke zu dem Ergebnis, daß die deutsche Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit ihren Organisationsprinzipien durchaus den »objektiven Erfordernissen« der kapitalistischen Epoche gerecht geworden sei. Durch die »Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen« habe die SPD »Formen des Klassenkampfes« geschaffen, die zum »Vorbild für die gesamte internationale Arbeiterbewegung« wurden. Mit dem Übergang der relativ friedlichen Epoche des Kapitalismus zur aggressiven Epoche des Imperialismus sei die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in opportunistische Richtungen abgedrängt worden; am Vorabend des Ersten Weltkrieges war die SPD eine »kleinbürgerliche, reformistische Arbeiterpartei«. Als wesentliche Ursache für den »Niedergang« wird die Tatsache angesehen, daß die Führer der deutschen Arbeiterbewegung die Implikationen nicht erkannt hätten, die sich aus dem Epochenübergang ergaben und die Lenin und die Partei der Bolschewiki zum Aufbau der »Partei neuen Typus« — »als der Verkörperung des Gesetzes der Einheit von Organisationsinhalt und -form« — veranlaßten. Kräftig gefördert wurde dieser Prozeß von den Revisionisten, Reformisten und Opportunisten, insbesondere in der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie. Selbst den »deutschen Linken«, die sich bei der »Verteidigung des Marxismus und des revolutionären Charakters der deutschen Sozialdemo-

kratie [...] große Verdienste« erworben hätten, sei die Bedeutung der Organisationsfrage und der damit zusammenhängenden Parteikonzeption nicht richtig bewußt gewesen.

Wie schon eingangs erwähnt, kann diese Darstellung so nicht hingenommen werden. Fangen wir mit dem zuletzt genannten Punkt in Frickes Darstellung an: Die »deutschen Linken«, so wie sie Fricke sehen möchte, hat es nicht gegeben. Beispiel: das Verhalten von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den angeblichen Führern der Linken. Obwohl die marxistische Theoretikerin als Lehrerin an der Berliner Parteischule gleichsam von Amts wegen die Verbreitung des Bildungsgedankens in der Arbeiterbewegung hätte fördern müssen, tat sie herzlich wenig, um den »linken Mitstreiter« Liebknecht bei seinen Bemühungen um eine sozialdemokratische Jugendbewegung, die ja in erster Linie der Bildung des zukünftigen Proletariats dienen sollte, zu unterstützen. Ebenso unrichtig ist Frickes Behauptung, daß die »deutschen Linken« die Bedeutung der Organisationsfrage verkannt haben sollen. Sie haben sich mit dieser Frage sehr wohl befaßt, nur kamen sie aufgrund andersartiger Erfahrungen und andersartiger Theorievorstellungen zu anderen Ergebnissen als Lenin und die Bolschewiki. Dies gilt für Karl Liebknecht, den Radikalreformer, ebenso wie für Rosa Luxemburg, die Anhängerin einer Spontaneitätstheorie. Der dritte Einwand schließlich richtet sich gegen Frickes Einschätzung von der anfänglich revolutionären Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Betrachtet man die bei Fricke abgedruckten Tabellen zur sozialen Zusammensetzung jener Bevölkerungsgruppen, die sich in Partei und Gewerkschaften zusammenschlossen, so wird man feststellen, daß es sich vornehmlich um »Facharbeiter« handelte. Das »kleinbürgerliche Element« war also von Anfang an Bestandteil der deutschen Arbeiterbewegung. Sowohl das Programm der Eisenacher als auch das der Lassalleaner entsprach dem Bewußtsein der überwiegenden Masse der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Mit dem Erfurter Programm dagegen erhielt die SPD ein marxistisches Programm, das aber nicht dem Bewußtseinszustand der Arbeitermassen entsprach. Resultat war, daß man sich zwar nach außen hin zum Programm bekannte, in der praktischen Arbeit aber weitgehend unabhängig davon vorging. »Die Theorie ihres Klassenkampfes«, erklärte treffend die »linke« Clara Zetkin 1913, »hat sie [die Arbeiterbewegung] zum größten Teil von Klassenfremden erhalten. Die Organisation dagegen ist ihr eigenes stolzes Werk« (zitiert nach Fricke, S. 6*). Den Nutzen der Organisation hatten die Arbeitermassen fast täglich vor Augen, man denke nur an das gewerkschaftliche Unterstützungswesen; der Wert des Parteiprogramms dagegen war nicht unmittelbar einsehbar. Das quantitative Anwachsen der Organisation mußte dann zwangsläufig dazu führen, daß die Zweck-Mittel-Relation sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik mehr und mehr in Vergessenheit geriet. Was blieb, war die Organisation, die unter keinen Umständen gefährdet werden durfte. In der SPD war es vor allem August Bebel, der aus eben dieser Furcht jeden Aktivismus in der Partei, ob von rechts oder von links, unterband und damit die SPD in jenen Fatalismus führte, der die Entfaltung der sozialdemokratischen Politik zum aktiven Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung des Wilhelminischen Zeitalters von vornherein unmöglich machte. August Bebel aber wird von Dieter Fricke gleichsam per definitionem als »revolutionärer Sozialdemokrat« reklamiert. Einer der Gründe, weshalb Fricke zu einem derart verquerten Geschichtsbild kommt, ist mit Sicherheit darin zu sehen, daß die Ergebnisse der »bürgerlichen« Geschichtsschreibung nicht zur Kenntnis genommen werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Fricke einen Teil dieser »bürgerlichen« Arbeiten fein säuberlich im Literaturanhang aufführt. Nicht Dieter Groh, um ein weiteres Beispiel zu nennen, betreibt eine Politik des »revolutionären Attentismus«; er hat lediglich anhand konkreter Beispiele aufgezeigt, daß die SPD-Führung am Vorabend des Ersten Weltkrieges eine derartige Politik verfolgt hat. Wenn Fricke der Ansicht ist, daß Grohs Analyse falsch ist, dann muß er dies schon anhand konkreter Beispiele nachweisen und nicht gleichsam ex cathedra erklären, Grohs These stelle eine »Geschichtsfälschung« dar, die den Zweck verfolge, die

bundesdeutsche Arbeiterschaft endlich »positiv« in die kapitalistische Gesellschaft zu integrieren.
Wie gesagt, die Arbeit des Faktensammlers Fricke ist anzuerkennen, die Äußerungen des Historikers Fricke dagegen sind nur mit größter Skepsis zu betrachten.

Helmut Trotnow

Im Dienste an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914—1932, hrsg. und bearb. von Jörg Schadt unter Mitarbeit von Michael Caroli (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 4), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1977, 239 S., Ln., 34 DM.

Die Erforschung der Geschichte der Sozialdemokratie ist auf regionaler Ebene für die Zeit der Weimarer Republik bisher noch kaum in Angriff genommen worden, obwohl manche globalen Urteile über die Organisationsstrukturen und das politische Selbstverständnis der SPD gerade aus landesgeschichtlichem Blickwinkel konkretisiert oder auch korrigiert werden könnten. Baden ist für regionalgeschichtliche Studien ein besonders geeignetes Untersuchungsfeld, denn hier war die Sozialdemokratie vom November 1918 bis Ende 1932 in der Regierung vertreten und hatte entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Landespolitik.
Die neun Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der SPD dokumentieren die innenpolitische Entwicklung Badens aus der Sicht des Führungsorgans der badischen Sozialdemokratie bis Ende 1931, denn der letzte der Landesparteitage, für die diese Rechenschaftsberichte erarbeitet wurden, fand im Sommer 1932 statt. Da die Parteiakten der badischen SPD Anfang 1933 verbrannt wurden, um sie dem Zugriff der nationalsozialistischen Machthaber zu entziehen, stellen die verstreut überlieferten Tätigkeitsberichte neben Presseverlautbarungen und Wahlaufrufen den einzigen noch erhaltenen geschäftsmäßigen Niederschlag aus der Arbeit des badischen SPD-Vorstandes dar. Ihr politischer Informationsgehalt ist allerdings begrenzt. Ihnen haftet — wie Schadt in der Einleitung der Edition zu Recht betont — eine »Neigung zur Schönfärberei und zum Zweckoptimismus« an, was bei gedruckten Rechenschaftsberichten, die von der regionalen Parteipresse auszugsweise veröffentlicht wurden, nicht besonders verwunderlich ist. Dazu kommt, daß nur zwei Berichte so überliefert sind, wie sie den Delegierten der Landesparteitage gedruckt vorlagen; die restlichen sieben Berichte, für die eine vollständige Fassung nicht aufgefunden werden konnte, sind nach gekürzten Zeitungsartikeln ediert, die den ohnedies wenig brisanten allgemeinpolitischen Inhalt noch weiter verdünnten.
Dennoch sind einzelne Textpassagen der Berichte typisch für das sozialdemokratische Selbstverständnis, »im Dienste an der Republik« zu stehen, so beispielsweise folgende Formulierung aus dem Bericht für die Zeit vom April 1922 bis März 1924, in der die republikanische Standfestigkeit der Partei bildreich stilisiert wird: »In all diesen Anstürmen von rechts und links war die Sozialdemokratie die eherne Mauer, an der die Stürme zerschellten. Daher der blinde Haß der Reaktionäre und Moskowiter gegen die Sozialdemokratie. Trotz der Schlammflut von Lügen und Verleumdungen, mit der die Partei aufgrund ihrer Haltung überschwemmt wird, wird sie auch in Zukunft die festeste Stütze der Republik sein« (S. 88).
Einen unbestreitbar hohen Quellenwert besitzen die Tätigkeitsberichte für das organisatorische Innenleben der badischen Sozialdemokratie. Sie vermitteln informative Übersichten über die Mitgliederentwicklung in den Ortsvereinen der vier badischen Agitationsbezirke und erlauben einen plastischen Einblick in die Arbeit der Frauen-, Lehrer- und Beamtengruppen, der Arbeiterwohlfahrt, der Kinderfreunde- und Jugendbewegung sowie in die Bilanzen der regionalen Parteizeitungen. Manche der Streitpunkte, die damals in den badischen SPD-

bundesdeutsche Arbeiterschaft endlich »positiv« in die kapitalistische Gesellschaft zu integrieren.
Wie gesagt, die Arbeit des Faktensammlers Fricke ist anzuerkennen, die Äußerungen des Historikers Fricke dagegen sind nur mit größter Skepsis zu betrachten.

Helmut Trotnow

Im Dienste an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914—1932, hrsg. und bearb. von Jörg Schadt unter Mitarbeit von Michael Caroli (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 4), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1977, 239 S., Ln., 34 DM.

Die Erforschung der Geschichte der Sozialdemokratie ist auf regionaler Ebene für die Zeit der Weimarer Republik bisher noch kaum in Angriff genommen worden, obwohl manche globalen Urteile über die Organisationsstrukturen und das politische Selbstverständnis der SPD gerade aus landesgeschichtlichem Blickwinkel konkretisiert oder auch korrigiert werden könnten. Baden ist für regionalgeschichtliche Studien ein besonders geeignetes Untersuchungsfeld, denn hier war die Sozialdemokratie vom November 1918 bis Ende 1932 in der Regierung vertreten und hatte entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Landespolitik.
Die neun Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der SPD dokumentieren die innenpolitische Entwicklung Badens aus der Sicht des Führungsorgans der badischen Sozialdemokratie bis Ende 1931, denn der letzte der Landesparteitage, für die diese Rechenschaftsberichte erarbeitet wurden, fand im Sommer 1932 statt. Da die Parteiakten der badischen SPD Anfang 1933 verbrannt wurden, um sie dem Zugriff der nationalsozialistischen Machthaber zu entziehen, stellen die verstreut überlieferten Tätigkeitsberichte neben Presseverlautbarungen und Wahlaufrufen den einzigen noch erhaltenen geschäftsmäßigen Niederschlag aus der Arbeit des badischen SPD-Vorstandes dar. Ihr politischer Informationsgehalt ist allerdings begrenzt. Ihnen haftet — wie Schadt in der Einleitung der Edition zu Recht betont — eine »Neigung zur Schönfärberei und zum Zweckoptimismus« an, was bei gedruckten Rechenschaftsberichten, die von der regionalen Parteipresse auszugsweise veröffentlicht wurden, nicht besonders verwunderlich ist. Dazu kommt, daß nur zwei Berichte so überliefert sind, wie sie den Delegierten der Landesparteitage gedruckt vorlagen; die restlichen sieben Berichte, für die eine vollständige Fassung nicht aufgefunden werden konnte, sind nach gekürzten Zeitungsartikeln ediert, die den ohnedies wenig brisanten allgemeinpolitischen Inhalt noch weiter verdünnten.
Dennoch sind einzelne Textpassagen der Berichte typisch für das sozialdemokratische Selbstverständnis, »im Dienste an der Republik« zu stehen, so beispielsweise folgende Formulierung aus dem Bericht für die Zeit vom April 1922 bis März 1924, in der die republikanische Standfestigkeit der Partei bildreich stilisiert wird: »In all diesen Anstürmen von rechts und links war die Sozialdemokratie die eherne Mauer, an der die Stürme zerschellten. Daher der blinde Haß der Reaktionäre und Moskowiter gegen die Sozialdemokratie. Trotz der Schlammflut von Lügen und Verleumdungen, mit der die Partei aufgrund ihrer Haltung überschwemmt wird, wird sie auch in Zukunft die festeste Stütze der Republik sein« (S. 88).
Einen unbestreitbar hohen Quellenwert besitzen die Tätigkeitsberichte für das organisatorische Innenleben der badischen Sozialdemokratie. Sie vermitteln informative Übersichten über die Mitgliederentwicklung in den Ortsvereinen der vier badischen Agitationsbezirke und erlauben einen plastischen Einblick in die Arbeit der Frauen-, Lehrer- und Beamtengruppen, der Arbeiterwohlfahrt, der Kinderfreunde- und Jugendbewegung sowie in die Bilanzen der regionalen Parteizeitungen. Manche der Streitpunkte, die damals in den badischen SPD-

Gliederungen diskutiert wurden, sind in der innerparteilichen Diskussion bis heute aktuell geblieben. So steht im Bericht der Jungsozialisten für 1924/25 zu lesen, die »Hauptfrage«, die man »mit großem Interesse und manchmal auch heftiger Leidenschaftlichkeit« erörtert habe, sei das Thema »Unsere Stellung zum Staat« gewesen. Die kommentierende Bemerkung des badischen Landessekretärs der SPD, die Opposition der Jugend gegen ältere Parteimitglieder müsse man verstehen, denn die Jugend sei »schäumender, gärender Wein«, der »sich nicht so leicht in fertige Gefäße bringen läßt« (S. 124 f.), findet sich ebenfalls auch heute noch als tröstend-beschwichtigendes Fazit in manchem sozialdemokratischen Rechenschaftsbericht.

Die Bedeutung der Edition als regionale Materialgrundlage für eine noch zu erstellende historische Gesamtstatistik der SPD in der Weimarer Republik wird durch den vom Herausgeber beigefügten Anhang erhöht, in dem weitere Daten zur Organisationsentwicklung der badischen Sozialdemokratie und Tabellen mit den Ergebnissen der Reichstags- und Landtagswahlen in Baden zusammengestellt sind. Besonders aufschlußreich sind hier die aus verstreuten Quellen ermittelten Angaben über den beruflichen Werdegang und den politischen Karriereverlauf der Mitglieder des Landesvorstandes der SPD: Zwei Drittel der zwischen 1918 und 1933 in den Landesvorstand gewählten Politiker übten zum Zeitpunkt ihrer Wahl keinen Beruf mehr aus, sondern hatten eine Parteiposition inne. Daraus erklärt sich auch der geringe Personenaustausch in diesem Führungsgremium der badischen SPD, der — so Schadt in seinem einleitenden Überblick über die Geschichte der badischen Sozialdemokratie — »mehr auf schicksalhafte Ausfälle durch Tod und Krankheit als auf den Willen des Landesparteitags nach einem Wechsel zurückzuführen« war. Klaus Schönhoven

Situations révolutionnaires en Europe, 1917—1922: Allemagne, Italie, Autriche-Hongrie. Actes. 2e Colloque internationale 25, 26, 27 mars 1976/Revolutionary Situations in Europe, 1917— 1922: Germany, Italy, Austria-Hungary. Proceedings. 2nd International Colloquium March 25, 26, 27, 1976, edited by/sous la direction de Charles L. Bertrand, Centre Interuniversitaire d'Etudes Européennes / Interuniversity Centre for European Studies, Montréal 1977, XI, 251 S., engl. brosch., $ 8.00 für Mitglieder, $ 10.00 für Nichtmitglieder.

Since 1972 the Interuniversity Centre for European Studies in Montreal has attempted to further interdisciplinary research and the exchange of ideas on European topics. In addition to numerous seminars, workshops, a newsletter and recently a journal — *Europa* — it has sponsored colloquiums on special topics. The Centre's publication of its second international colloquium held in 1976 represents a modest contribution to knowledge. The coherent collection provides a fair discussion on whether the post-world war one situation offered the possibility of a greater social transformation than actually occured. The publication shows that the well-organized conference moved from two widely-ranging papers on the general situation in Europe after 1917 (by *P. Broué* and *F. Carsten*) to a series of case studies. In each session a lengthy paper was followed by a critique and a discussion of a more thorough nature than is usual at such conferences. For example, the late *R. Wheeler's* examination of Germany and his attempt to illustrate the lack of influence by the Bolsheviks and the Russian Revolution until well into 1919 and to demonstrate that the reigning Social Democrats »objectively undermined the Revolution of 1918—19« (p. 45) is sharply challenged by *A. Mitchell* who shrewdly notes that for Wheeler the Revolution »becomes a persona which wants something« (p. 51) — a something that Wheeler leaves as ill defined as »democratization.« Mitchell underlines what the authors searching for a ›third way‹ in the

Gliederungen diskutiert wurden, sind in der innerparteilichen Diskussion bis heute aktuell geblieben. So steht im Bericht der Jungsozialisten für 1924/25 zu lesen, die »Hauptfrage«, die man »mit großem Interesse und manchmal auch heftiger Leidenschaftlichkeit« erörtert habe, sei das Thema »Unsere Stellung zum Staat« gewesen. Die kommentierende Bemerkung des badischen Landessekretärs der SPD, die Opposition der Jugend gegen ältere Parteimitglieder müsse man verstehen, denn die Jugend sei »schäumender, gärender Wein«, der »sich nicht so leicht in fertige Gefäße bringen läßt« (S. 124 f.), findet sich ebenfalls auch heute noch als tröstend-beschwichtigendes Fazit in manchem sozialdemokratischen Rechenschaftsbericht.

Die Bedeutung der Edition als regionale Materialgrundlage für eine noch zu erstellende historische Gesamtstatistik der SPD in der Weimarer Republik wird durch den vom Herausgeber beigefügten Anhang erhöht, in dem weitere Daten zur Organisationsentwicklung der badischen Sozialdemokratie und Tabellen mit den Ergebnissen der Reichstags- und Landtagswahlen in Baden zusammengestellt sind. Besonders aufschlußreich sind hier die aus verstreuten Quellen ermittelten Angaben über den beruflichen Werdegang und den politischen Karriereverlauf der Mitglieder des Landesvorstandes der SPD: Zwei Drittel der zwischen 1918 und 1933 in den Landesvorstand gewählten Politiker übten zum Zeitpunkt ihrer Wahl keinen Beruf mehr aus, sondern hatten eine Parteiposition inne. Daraus erklärt sich auch der geringe Personenaustausch in diesem Führungsgremium der badischen SPD, der — so Schadt in seinem einleitenden Überblick über die Geschichte der badischen Sozialdemokratie — »mehr auf schicksalhafte Ausfälle durch Tod und Krankheit als auf den Willen des Landesparteitags nach einem Wechsel zurückzuführen« war. Klaus Schönhoven

Situations révolutionnaires en Europe, 1917—1922: Allemagne, Italie, Autriche-Hongrie. Actes. 2e Colloque internationale 25, 26, 27 mars 1976/Revolutionary Situations in Europe, 1917— 1922: Germany, Italy, Austria-Hungary. Proceedings. 2nd International Colloquium March 25, 26, 27, 1976, edited by/sous la direction de Charles L. Bertrand, Centre Interuniversitaire d'Etudes Européennes / Interuniversity Centre for European Studies, Montréal 1977, XI, 251 S., engl. brosch., $ 8.00 für Mitglieder, $ 10.00 für Nichtmitglieder.

Since 1972 the Interuniversity Centre for European Studies in Montreal has attempted to further interdisciplinary research and the exchange of ideas on European topics. In addition to numerous seminars, workshops, a newsletter and recently a journal — *Europa* — it has sponsored colloquiums on special topics. The Centre's publication of its second international colloquium held in 1976 represents a modest contribution to knowledge. The coherent collection provides a fair discussion on whether the post-world war one situation offered the possibility of a greater social transformation than actually occured. The publication shows that the well-organized conference moved from two widely-ranging papers on the general situation in Europe after 1917 (by *P. Broué* and *F. Carsten*) to a series of case studies. In each session a lengthy paper was followed by a critique and a discussion of a more thorough nature than is usual at such conferences. For example, the late *R. Wheeler's* examination of Germany and his attempt to illustrate the lack of influence by the Bolsheviks and the Russian Revolution until well into 1919 and to demonstrate that the reigning Social Democrats »objectively undermined the Revolution of 1918—19« (p. 45) is sharply challenged by *A. Mitchell* who shrewdly notes that for Wheeler the Revolution »becomes a persona which wants something« (p. 51) — a something that Wheeler leaves as ill defined as »democratization.« Mitchell underlines what the authors searching for a ›third way‹ in the

German Revolution refuse to acknowledge: that the SPD carried a majority of labor with itself and its reformist course, and further that the workers' and soldiers' councils were »scenes of extraordinary confusion« which offered no clarity on how to attain the »throughgoing democratization of Germany.« (p. 53)

The discussion of the Italian situation from 1918 to 1922 followed similar lines. *A. Lyttelton* astutely illustrated the nationalistic element in fascism's successful utilization of a revolutionary opportunity, an opportunity which the socialists had been too disunited, too lacking in leadership and too reformist to exploit. The fascists presented themselves to the populace in such a fashion that they satisfied both »the demand for order and the demand for change.« (p. 73) In his critique of Lyttelton, *A. Cassels* agreed that fascism was not merely counter-revolutionary, rather »until it was seduced by the lure of office, fascism retained enough inherent radical possibilities to pose as a viable alternative to the postwar socialist revolution that never was.« (p. 80) These excerpts should illustrate a central aspect of the conference proceedings: they contain little novel information among the astute restatements of central questions on this era.

Somewhat more novel were the workshops organized on agrarian, political, ideological and industrial problems. Here the papers by *G. Ranki, C. Meier, M. Molnar* and *G. Feldman* laid bare information which is only slowly beginning to percolate into the general understanding of the era. For instance, Feldman suggests a relationship between the new sources of radicalism in labor and the larger scale firms created by the war. However, in many ways the conference tended to be a restatement of the views for which most of these authors were already known.

The question could be posed whether a new generation of scholars with new questions and new approaches might not be necessary to reach a fuller understanding of this era; for example, why did none of the authors examine the »unmaking« of the European working class, in the sense that E. P. Thompson's concept could be applied in reverse to this era? Or, why has no attempt been made to quantify the realm of economic possibilities facing Germany's and Austria's socialists after November 1918? Perhaps the Canadian historians of this era in European affairs would not have added such perspectives but it is notable how few were present at the colloquium and how few of their studies were included in the book's bibliography.

Dieter K. Buse

Peter Hinrichs/Lothar Peter, Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976, 298 S., brosch., 12,80 DM.

Rationalisierungsprobleme und technologisch bedingte Arbeitslosigkeit in der Gegenwart haben neuerdings das Interesse an den historischen Wurzeln dieser Probleme geweckt und zum Entstehen zahlreicher Aufsätze sowie einiger Monographien geführt. Auch die hier zu besprechende Arbeit gehört in diesen Kontext. Ihre Autoren gehen vom Desiderat der »Arbeitshumanisierung« in der Bundesrepublik aus. Sie bleibe, so sagen sie einleitend, selbst auf gewerkschaftlicher Seite so lange nur ein Lippenbekenntnis, wie »unter Humanisierung die begrenzte Perspektive des Arbeitsplatzes [...] bei gleichzeitiger Eskamotierung der Frage nach demokratischer Veränderung der Machtverhältnisse [...] auf gesamtwirtschaftlicher Ebene verstanden wird«. Damit ist auch schon der Blickwinkel umrissen, unter dem die Autoren die Geschichte der Rationalisierungsbewegung in der Weimarer Republik betrachten wollen: Nicht wertneutral oder zweckfrei historisierend, sondern aus der Sicht engagierter Marxisten, deren Verhältnis zum Untersuchungsgegenstand weithin dem der Weimarer KPD ähnelt.

German Revolution refuse to acknowledge: that the SPD carried a majority of labor with itself and its reformist course, and further that the workers' and soldiers' councils were »scenes of extraordinary confusion« which offered no clarity on how to attain the »throughgoing democratization of Germany.« (p. 53)

The discussion of the Italian situation from 1918 to 1922 followed similar lines. *A. Lyttelton* astutely illustrated the nationalistic element in fascism's successful utilization of a revolutionary opportunity, an opportunity which the socialists had been too disunited, too lacking in leadership and too reformist to exploit. The fascists presented themselves to the populace in such a fashion that they satisfied both »the demand for order and the demand for change.« (p. 73) In his critique of Lyttelton, *A. Cassels* agreed that fascism was not merely counter-revolutionary, rather »until it was seduced by the lure of office, fascism retained enough inherent radical possibilities to pose as a viable alternative to the postwar socialist revolution that never was.« (p. 80) These excerpts should illustrate a central aspect of the conference proceedings: they contain little novel information among the astute restatements of central questions on this era.

Somewhat more novel were the workshops organized on agrarian, political, ideological and industrial problems. Here the papers by *G. Ranki, C. Meier, M. Molnar* and *G. Feldman* laid bare information which is only slowly beginning to percolate into the general understanding of the era. For instance, Feldman suggests a relationship between the new sources of radicalism in labor and the larger scale firms created by the war. However, in many ways the conference tended to be a restatement of the views for which most of these authors were already known.

The question could be posed whether a new generation of scholars with new questions and new approaches might not be necessary to reach a fuller understanding of this era; for example, why did none of the authors examine the »unmaking« of the European working class, in the sense that E. P. Thompson's concept could be applied in reverse to this era? Or, why has no attempt been made to quantify the realm of economic possibilities facing Germany's and Austria's socialists after November 1918? Perhaps the Canadian historians of this era in European affairs would not have added such perspectives but it is notable how few were present at the colloquium and how few of their studies were included in the book's bibliography.

Dieter K. Buse

Peter Hinrichs/Lothar Peter, Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976, 298 S., brosch., 12,80 DM.

Rationalisierungsprobleme und technologisch bedingte Arbeitslosigkeit in der Gegenwart haben neuerdings das Interesse an den historischen Wurzeln dieser Probleme geweckt und zum Entstehen zahlreicher Aufsätze sowie einiger Monographien geführt. Auch die hier zu besprechende Arbeit gehört in diesen Kontext. Ihre Autoren gehen vom Desiderat der »Arbeitshumanisierung« in der Bundesrepublik aus. Sie bleibe, so sagen sie einleitend, selbst auf gewerkschaftlicher Seite so lange nur ein Lippenbekenntnis, wie »unter Humanisierung die begrenzte Perspektive des Arbeitsplatzes [...] bei gleichzeitiger Eskamotierung der Frage nach demokratischer Veränderung der Machtverhältnisse [...] auf gesamtwirtschaftlicher Ebene verstanden wird«. Damit ist auch schon der Blickwinkel umrissen, unter dem die Autoren die Geschichte der Rationalisierungsbewegung in der Weimarer Republik betrachten wollen: Nicht wertneutral oder zweckfrei historisierend, sondern aus der Sicht engagierter Marxisten, deren Verhältnis zum Untersuchungsgegenstand weithin dem der Weimarer KPD ähnelt.

In einem einleitenden Kapitel behandeln die Verfasser die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen sich im 20. Jahrhundert Arbeitswissenschaft bzw. Rationalisierung in Deutschland entwickelten. Anschließend vergleichen sie das im Untersuchungszeitraum vorherrschende bürgerliche Verständnis von Rationalisierung mit dem Inhalt, den die KPD diesem Begriff gab: Wo bürgerliche Autoren technischen Fortschritt und den Sieg einer »technischen Vernunft« erblickten, sah die KPD — wie vorher schon Marx und Lenin — nur eine subtilere Methode zur verstärkten Ausbeutung des Proletariats durch Steigerung der Arbeitsintensität. Damit sind nach Ansicht der Verfasser die Fronten klar umrissen: hier rationalisierungswütige Ausbeuter, dort die rationalisierungsfeindliche, klassenbewußte Arbeiterschaft. Diese Polarisierung — das sei vorab gesagt — zwingt die Autoren nicht selten zur Schwarzweißmalerei, zu unnötiger und historisch unbefriedigender Vereinfachung.

Dies wird deutlich etwa, wenn die Verfasser im ersten und zweiten Kapitel über die Ursachen des Einsatzes von Rationalisierung und allgemeiner Arbeitswissenschaft im Untersuchungszeitraum sprechen. In Deutschland reichen die Anfänge der Arbeitswissenschaft bis etwa zur Jahrhundertwende zurück. Freilich galten etwa Wundts und Kraepelins »psychotechnische« Forschungsergebnisse noch als unausgereift und praktisch kaum anwendbar. Ähnlich wurde der Taylorismus eingeschätzt. Wenn die Verfasser meinen, in erster Linie sei für die gegenüber den USA verzögerte Rezeption dieser Neuerungen die entschlossene Abwehrhaltung der deutschen Arbeiterbewegung bestimmend gewesen, so unterliegen sie einer Täuschung: Vor, ja selbst noch im 1. Weltkrieg nahm die Arbeiterbewegung, wie übrigens auch große Teile der Unternehmerschaft, von diesen Dingen kaum Notiz bzw. beschränkte sich auf die Kritik an Einzelheiten. Statt dessen blieb es ganz überwiegend bürgerlichen Sozialreformern überlassen, kritische Analysen etwa des Taylorismus zu erstellen.

Während des 1. Weltkriegs stieg auf staatlicher Seite das Interesse an Methoden, die geeignet erschienen, den zunehmenden Arbeitskräftemangel auszugleichen. Dagegen scheint die große Mehrzahl der Unternehmer auch weiterhin gezögert zu haben, offenbar deshalb, weil ihr die neuen Methoden zu große Zugeständnisse an die Arbeiterschaft zu involvieren schienen.

Zugleich aber entstand aus hinter das Jahr 1914 zurückreichenden Anfängen eine Gruppe von Rationalisierungsanhängern, die die Verfasser fast völlig übersehen oder jedenfalls ignoriert haben. Dies waren vorzugsweise Ingenieure, die in den neuen Verfahren einen Weg zur Beilegung der innerdeutschen sozialen Gegensätze durch den Aufbau einer »Gemeinwirtschaft« gefunden zu haben glaubten. Ihre Pläne spielten während des Krieges und besonders in der Diskussion der ersten Nachkriegsjahre eine nicht unbedeutende Rolle und lassen sich keineswegs unter die unternehmerischen Versuche subsumieren, die sozialpolitischen Ergebnisse der Revolution rückgängig zu machen. Das Interesse dieser Gruppe an Fragen der Rationalisierung und Psychotechnik war in dieser Phase vermutlich größer als das der Unternehmerschaft, die weithin Arbeitskräfteüberhang und Inflation als ausreichende Möglichkeiten zur Profitsteigerung betrachtete.

Nun soll gewiß nicht bezweifelt werden, daß seit Kriegsende eine allmählich steigende Zahl von Unternehmern die sich in der Arbeitswissenschaft bietenden Möglichkeiten für ihre Zwecke zu nutzen begann. Unzutreffend scheint mir lediglich die Reduktion des sehr komplexen Rezeptionsprozesses von Taylorismus, Fordismus, »Human Engineering« auf eine Variante des Klassenkampfes. Verzichtet man auf diese Vereinfachung, so lassen sich die Dinge zwangloser erklären, als in Hinrichs/Peters Arbeit gelegentlich geschehen; beispielsweise wäre es dann unnötig, den Fortgang dieses Prozesses etwas widersprüchlich für die Jahre bis 1923 aus der Schwäche, für die folgenden Jahre jedoch aus der wachsenden Stärke der Unternehmerschaft abzuleiten: Nicht weniger bedeutsame Determinanten waren zweifel-

los die Lage am Arbeitsmarkt und seit 1924 das Bestreben, international auch nach dem Ende der Inflation konkurrenzfähig zu bleiben.
Nicht zuletzt widersprechen auch die Verfasser selbst ihrer These, wenn sie zugeben, daß sich in SPD- und ADGB-Kreisen zahlreiche Stimmen *für* die Rationalisierung etc. erhoben. Wenn sie andererseits vom »wachsenden Widerstand der deutschen Arbeiter[...] gegen die Rationalisierungsmethoden und -absichten des Großbürgertums« sprechen, so kann das in dieser Form allenfalls für den der KPD nahestehenden Teil der Arbeiterschaft gelten; er aber dürfte, wie die Reichstagswahlergebnisse vermuten lassen, der weitaus kleinere gewesen sein.
Die KPD bekämpfte die Rationalisierungswelle mit einer Konsequenz, die im umgekehrten Verhältnis zum Erfolg stand. Sie hatte manche guten Gründe für ihr Vorgehen, doch blieb ihre Argumentation oft etwas unscharf. Vor allem fehlten klare Ausführungen zum Begriff der Intensitätssteigerung und überzeugende Beweise für ihre These, daß jede Produktivitätserhöhung zwangsläufig die Lage der Arbeiterschaft verschlechtere. Auch vollzog sich der Kampf der KPD gegen Rationalisierung und Arbeitswissenschaft überwiegend auf theoretischer Ebene und erschöpfte sich zu einem guten Teil in Attacken gegen die SPD. Daß diese im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb aktiver und erfolgreicher war als die KPD, sehen auch die Verfasser; daß ihr Vorgehen weder die Weltwirtschaftskrise noch die »Machtergreifung« verhindern konnte (was ihr die Verfasser vorwerfen), gilt nicht minder für die KPD.
So bleibt die Untersuchung von Hinrichs/Peter über weite Strecken von einer gewissen Holzschnitthaftigkeit gekennzeichnet. Nuancen gehen darüber oft verloren: Die Verfasser kritisieren mit Recht das Neutralitätspostulat der Rationalisierer und berichten Beklemmendes über das »Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung«. Andererseits sollten Moellendorff, Wissell oder sonstige Rationalisierungsanhänger in der SPD nicht einfach deshalb als Handlanger der Unternehmerschaft und implizit als Wegbereiter des Nationalsozialismus abgestempelt werden. Auch krankt die Arbeit der Verfasser (wie vor ihr schon manche Verlautbarung der KPD) daran, daß der Vorwurf rationalisierungsbedingter Steigerung der Arbeitsintensität zwar erhoben, aber nie präzisiert oder gar wirklich bewiesen wird. So zutreffend diese Behauptung sein mag — und manches spricht durchaus dafür —, sie ist seit Beginn der Rationalisierungsdiskussion umstritten, aber die Verfasser geben sich mit kritikloser Übernahme einer Position zufrieden.
Schließlich sei vermerkt, daß die zu Einzelpunkten sehr interessanten Ausführungen der Verfasser gelegentlich darunter leiden, daß Hinrichs und Peter ihre Arbeit nicht immer ganz klar gegliedert haben. Auch der überreich mit Soziologismen und Monstersätzen befrachtete Stil steigert die Lesbarkeit nicht. Positiv ist der Dokumentenanhang des Buches hervorzuheben. Zwar weist er Lücken auf, beispielsweise sind die Technokraten à la Moellendorff wie die Unternehmer ungenügend repräsentiert, aber mit diesem Problem haben Auswahlen immer zu kämpfen. Es wäre übrigens zweckmäßig gewesen, den Anhang durch eine Bibliographie zu ergänzen.

Lothar Burchardt

Beatrix Herlemann, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924—1933, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1977, 339 S., kart., 24 DM.

In Deutschland, wie auch anderswo, entstanden Parteien im Bereich der gesamtstaatlichen Politik, als zentralstaatliche Parlamentsfraktionen und Wahlmaschinen. Von daher drangen sie schon im 19. Jahrhundert in die Kommunalpolitik ein. Die Frage für sie war jeweils, wie weit sie den kommunalen Kompetenzrahmen als begrenzte Handlungsebene akzeptierten oder sich auf bloße lokale Parteipolitik beschränkten. Anhand der gut lesbaren, klar gegliederten und genau belegten Untersuchung von Beatrix Herlemann über die Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik läßt sich das Problem besonders gut studieren.

los die Lage am Arbeitsmarkt und seit 1924 das Bestreben, international auch nach dem Ende der Inflation konkurrenzfähig zu bleiben.
Nicht zuletzt widersprechen auch die Verfasser selbst ihrer These, wenn sie zugeben, daß sich in SPD- und ADGB-Kreisen zahlreiche Stimmen *für* die Rationalisierung etc. erhoben. Wenn sie andererseits vom »wachsenden Widerstand der deutschen Arbeiter[...] gegen die Rationalisierungsmethoden und -absichten des Großbürgertums« sprechen, so kann das in dieser Form allenfalls für den der KPD nahestehenden Teil der Arbeiterschaft gelten; er aber dürfte, wie die Reichstagswahlergebnisse vermuten lassen, der weitaus kleinere gewesen sein.
Die KPD bekämpfte die Rationalisierungswelle mit einer Konsequenz, die im umgekehrten Verhältnis zum Erfolg stand. Sie hatte manche guten Gründe für ihr Vorgehen, doch blieb ihre Argumentation oft etwas unscharf. Vor allem fehlten klare Ausführungen zum Begriff der Intensitätssteigerung und überzeugende Beweise für ihre These, daß jede Produktivitätserhöhung zwangsläufig die Lage der Arbeiterschaft verschlechtere. Auch vollzog sich der Kampf der KPD gegen Rationalisierung und Arbeitswissenschaft überwiegend auf theoretischer Ebene und erschöpfte sich zu einem guten Teil in Attacken gegen die SPD. Daß diese im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb aktiver und erfolgreicher war als die KPD, sehen auch die Verfasser; daß ihr Vorgehen weder die Weltwirtschaftskrise noch die »Machtergreifung« verhindern konnte (was ihr die Verfasser vorwerfen), gilt nicht minder für die KPD.
So bleibt die Untersuchung von Hinrichs/Peter über weite Strecken von einer gewissen Holzschnitthaftigkeit gekennzeichnet. Nuancen gehen darüber oft verloren: Die Verfasser kritisieren mit Recht das Neutralitätspostulat der Rationalisierer und berichten Beklemmendes über das »Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung«. Andererseits sollten Moellendorff, Wissell oder sonstige Rationalisierungsanhänger in der SPD nicht einfach deshalb als Handlanger der Unternehmerschaft und implizit als Wegbereiter des Nationalsozialismus abgestempelt werden. Auch krankt die Arbeit der Verfasser (wie vor ihr schon manche Verlautbarung der KPD) daran, daß der Vorwurf rationalisierungsbedingter Steigerung der Arbeitsintensität zwar erhoben, aber nie präzisiert oder gar wirklich bewiesen wird. So zutreffend diese Behauptung sein mag — und manches spricht durchaus dafür —, sie ist seit Beginn der Rationalisierungsdiskussion umstritten, aber die Verfasser geben sich mit kritikloser Übernahme einer Position zufrieden.
Schließlich sei vermerkt, daß die zu Einzelpunkten sehr interessanten Ausführungen der Verfasser gelegentlich darunter leiden, daß Hinrichs und Peter ihre Arbeit nicht immer ganz klar gegliedert haben. Auch der überreich mit Soziologismen und Monstersätzen befrachtete Stil steigert die Lesbarkeit nicht. Positiv ist der Dokumentenanhang des Buches hervorzuheben. Zwar weist er Lücken auf, beispielsweise sind die Technokraten à la Moellendorff wie die Unternehmer ungenügend repräsentiert, aber mit diesem Problem haben Auswahlen immer zu kämpfen. Es wäre übrigens zweckmäßig gewesen, den Anhang durch eine Bibliographie zu ergänzen.

Lothar Burchardt

Beatrix Herlemann, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924—1933, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1977, 339 S., kart., 24 DM.

In Deutschland, wie auch anderswo, entstanden Parteien im Bereich der gesamtstaatlichen Politik, als zentralstaatliche Parlamentsfraktionen und Wahlmaschinen. Von daher drangen sie schon im 19. Jahrhundert in die Kommunalpolitik ein. Die Frage für sie war jeweils, wie weit sie den kommunalen Kompetenzrahmen als begrenzte Handlungsebene akzeptierten oder sich auf bloße lokale Parteipolitik beschränkten. Anhand der gut lesbaren, klar gegliederten und genau belegten Untersuchung von Beatrix Herlemann über die Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik läßt sich das Problem besonders gut studieren.

Als neue, revolutionäre Partei, die von Anfang an den zentralen Machterwerb mit allen Mitteln zum Ziele hatte, mußte sich die KPD nach dem Scheitern ihrer Putschabsichten nach 1923 auf das mühselige Alltagsgeschäft der kommunalen Politik einlassen. Es fiel ihr nicht leicht; denn sie wurde daran durch viele Vorbehalte gehindert. Einmal lehnte sie das Institutionsgefüge der Republik, besonders aber die kommunale Selbstverwaltung als Hochburg des sozialdemokratischen Reformismus, ab. Das disponierte sie zum prinzipienlosen Taktieren im Bereich der Kommunalpolitik, je nachdem H. Brandler, Ruth Fischer oder Ernst Thälmann den Kurs bestimmten bzw. exekutierten: einmal gegen die Erzfeinde der Sozialdemokratie, dann wieder bedingt mit ihnen und schließlich wieder gegen sie. Zum anderen war ihre eigene Staatstheorie widersprüchlich, teils am sozialistischen Zentralismus orientiert, teils an der Basisdemokratie des Rätesystems. Dieser Widerspruch wurde noch durch die Ablehnung der entsprechenden, ebenfalls miteinander im politischen Widerstreit liegenden Staatsprinzipien der demokratischen Republik kompliziert. Die Krise der Selbstverwaltung in der Weimarer Republik war ja nicht nur eine der faktischen Sozial- und Finanzpolitik, sondern auch des Staatsverständnisses einer weithin zentralistisch verstandenen, de facto aber föderalistischen und pluralistischen Republik. Sollte man die »kapitalistische Rationalisierung« und Zentralisierung akzeptieren, weil man dieses Grundprinzip selbst anstrebte, oder ablehnen, weil sie in der aktuellen Situation dem »Klassenfeind« zum Vorteil gereichte? In der Finanzpolitik entschied man sich gegen den Zentralismus, in der Eingemeindungsfrage eher dafür.

In diese politische Orientierungslosigkeit brachten nur die formalen Prinzipien des innerparteilichen Zentralismus und der zunehmenden Abhängigkeit von Moskau einige Ordnung. Die abrupten und desto rücksichtsloser durchgesetzten Kehrtwendungen von der Distanz zur »Radaupolitik« 1924, von loyaler Opposition zur hemmungslosen Agitation gegen die »Sozialfaschisten« 1928/29 erleichtern der Historikerin die Periodisierung, verwirrten aber die unter den unvollkommenen sozialen Verhältnissen des Weimarer Staates leidenden Anhänger. Sie führten immer wieder zu Ausschlüssen, Austritten und Abspaltungen in den Stadtratsfraktionen und bei der Anhängerschaft in den Ruhrgebietsstädten.

Nach Beatrix Herlemanns Ergebnissen kann man sagen, daß es nur von 1925—1928 eine genuine Kommunalpolitik der KPD gegeben hat, vorher und nachher allenfalls agitatorische Lokalpolitik. Das während dieser engagierten Periode der Kommunalpolitik erschlossene Feld von Lebensproblemen der Arbeiterschaft, von den Wohnungsfragen über Erwerbslosigkeit, administrative Preise zur Schulpolitik, bei deren Linderung die KPD auch einmal das Parteiprestige hinter den praktischen Nutzen für die Arbeiterschaft zurückstellen konnte, wurde ab 1929 in frontale Agitation umgesetzt. Es gehörte zu den Fehlleistungen der Republik, daß sie dieser prinzipiellen Kritik Vorschub leistete, indem sie die institutionellen und finanziellen Grundlagen einer ihrer Basisinstitutionen, der Gemeinde, schwächte. Beatrix Herlemanns Arbeit macht diese Probleme in einer abgewogenen Bewertung deutlich.

Wolfgang Hofmann

Ursula Langkau-Alex, Volksfront in Deutschland? Band 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, 1933—1936, Syndikat Verlag, Frankfurt 1977, 364 S., Halbleinen, 48 DM.
Hans Georg Lehmann, In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts, Verlag C. H. Beck, München 1976, 387 S., Pb., 29,80 DM.

Nachdem die Geschichte der deutschen Emigration lange Zeit im Schatten der »großen« Ereignisse gestanden hatte, hat sich in den letzten Jahren ein zunehmendes Interesse dem Schicksal der durch Hitlers Machtergreifung zur Flucht und zum Exil gezwungenen

Als neue, revolutionäre Partei, die von Anfang an den zentralen Machterwerb mit allen Mitteln zum Ziele hatte, mußte sich die KPD nach dem Scheitern ihrer Putschabsichten nach 1923 auf das mühselige Alltagsgeschäft der kommunalen Politik einlassen. Es fiel ihr nicht leicht; denn sie wurde daran durch viele Vorbehalte gehindert. Einmal lehnte sie das Institutionsgefüge der Republik, besonders aber die kommunale Selbstverwaltung als Hochburg des sozialdemokratischen Reformismus, ab. Das disponierte sie zum prinzipienlosen Taktieren im Bereich der Kommunalpolitik, je nachdem H. Brandler, Ruth Fischer oder Ernst Thälmann den Kurs bestimmten bzw. exekutierten: einmal gegen die Erzfeinde der Sozialdemokratie, dann wieder bedingt mit ihnen und schließlich wieder gegen sie. Zum anderen war ihre eigene Staatstheorie widersprüchlich, teils am sozialistischen Zentralismus orientiert, teils an der Basisdemokratie des Rätesystems. Dieser Widerspruch wurde noch durch die Ablehnung der entsprechenden, ebenfalls miteinander im politischen Widerstreit liegenden Staatsprinzipien der demokratischen Republik kompliziert. Die Krise der Selbstverwaltung in der Weimarer Republik war ja nicht nur eine der faktischen Sozial- und Finanzpolitik, sondern auch des Staatsverständnisses einer weithin zentralistisch verstandenen, de facto aber föderalistischen und pluralistischen Republik. Sollte man die »kapitalistische Rationalisierung« und Zentralisierung akzeptieren, weil man dieses Grundprinzip selbst anstrebte, oder ablehnen, weil sie in der aktuellen Situation dem »Klassenfeind« zum Vorteil gereichte? In der Finanzpolitik entschied man sich gegen den Zentralismus, in der Eingemeindungsfrage eher dafür.

In diese politische Orientierungslosigkeit brachten nur die formalen Prinzipien des innerparteilichen Zentralismus und der zunehmenden Abhängigkeit von Moskau einige Ordnung. Die abrupten und desto rücksichtsloser durchgesetzten Kehrtwendungen von der Distanz zur »Radaupolitik« 1924, von loyaler Opposition zur hemmungslosen Agitation gegen die »Sozialfaschisten« 1928/29 erleichtern der Historikerin die Periodisierung, verwirrten aber die unter den unvollkommenen sozialen Verhältnissen des Weimarer Staates leidenden Anhänger. Sie führten immer wieder zu Ausschlüssen, Austritten und Abspaltungen in den Stadtratsfraktionen und bei der Anhängerschaft in den Ruhrgebietsstädten.

Nach Beatrix Herlemanns Ergebnissen kann man sagen, daß es nur von 1925—1928 eine genuine Kommunalpolitik der KPD gegeben hat, vorher und nachher allenfalls agitatorische Lokalpolitik. Das während dieser engagierten Periode der Kommunalpolitik erschlossene Feld von Lebensproblemen der Arbeiterschaft, von den Wohnungsfragen über Erwerbslosigkeit, administrative Preise zur Schulpolitik, bei deren Linderung die KPD auch einmal das Parteiprestige hinter den praktischen Nutzen für die Arbeiterschaft zurückstellen konnte, wurde ab 1929 in frontale Agitation umgesetzt. Es gehörte zu den Fehlleistungen der Republik, daß sie dieser prinzipiellen Kritik Vorschub leistete, indem sie die institutionellen und finanziellen Grundlagen einer ihrer Basisinstitutionen, der Gemeinde, schwächte. Beatrix Herlemanns Arbeit macht diese Probleme in einer abgewogenen Bewertung deutlich.

Wolfgang Hofmann

Ursula Langkau-Alex, Volksfront in Deutschland? Band 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, 1933—1936, Syndikat Verlag, Frankfurt 1977, 364 S., Halbleinen, 48 DM.
Hans Georg Lehmann, In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts, Verlag C. H. Beck, München 1976, 387 S., Pb., 29,80 DM.

Nachdem die Geschichte der deutschen Emigration lange Zeit im Schatten der »großen« Ereignisse gestanden hatte, hat sich in den letzten Jahren ein zunehmendes Interesse dem Schicksal der durch Hitlers Machtergreifung zur Flucht und zum Exil gezwungenen

Deutschen zugewandt. Mit den in diesem Zusammenhang veröffentlichten Arbeiten differenzierte sich auch das bisher recht verschwommene Bild der Emigration. Nicht nur verkörperte sie den Exodus des größten Teiles der geistigen Elite Deutschlands, sondern auch die Spitzen der republikanischen Parteien, die sich nicht hatten gleichschalten wollen. Die politische Kultur Deutschlands lebte im Auslande weiter, nachdem sie in der Heimat selbst ausgelöscht worden war.

Einen außerordentlich interessanten Aspekt der politischen Entwicklung der deutschen Emigration beleuchtet die Studie von *Ursula Langkau-Alex:* die Bemühungen um eine Sammlung aller Hitler-Gegner im Exil, um als Alternative zur Diktatur in Deutschland eine breite Volksfront zu gründen, zunächst als vorbereitenden Ausschuß und für die Zeit nach Hitler als politische Realität. Aufgekommen war dieser Gedanke bereits bei der Hindenburg-Wahl 1932; er wurde vorwiegend von Schriftstellerkreisen und den zwischen SPD und KPD angesiedelten »Zwischengruppen« getragen. Jedoch konnten die beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung diesen Bestrebungen keinerlei Interesse abgewinnen. Aus einer schließlich sich als Fehleinschätzung erweisenden Kalkulation heraus unterstützte die SPD die Kandidatur Hindenburgs, die KPD votierte für Thälmann. Tiefe gegenseitige Abneigung, unvereinbare Führungsansprüche, »Sozialfaschismus«-Theorie und Konzeptionen von der »Einheitsfront von unten« ließen auch eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien nicht zu.

Von rund 60 000 Emigranten, die bis Ende 1933 Deutschland aus Gründen politisch, religiös oder rassisch motivierter Verfolgung verlassen mußten, ließ sich fast die Hälfte in Frankreich nieder; es blieb auch in den nächsten Jahren bevorzugtes Refugium für deutsche Flüchtlinge. Frankreich und hier wiederum Paris wurden zum geistigen, kulturellen und politischen Zentrum des anderen Deutschland. Ursula Langkau-Alex verfolgt die teilweise verwirrende Vielfalt von Zirkeln, Gemeinschaften, Kreisen, Vereinigungen und Zeitschriften, die sich dort konstituierten, manchmal recht bald umbenannten und umgruppierten und vielfach auch wieder auflösten. Stärkste Kraft war die Exil-KPD, die mit Hilfe der französischen Schwesterpartei und kommunistisch geführter Massenorganisationen ihr Zentrum in Paris einrichtete. Sie war dadurch auch geographisch und technisch dem nach Prag geflüchteten sozialdemokratischen Parteivorstand überlegen. Erwähnenswert sind hier aber vor allem die Schriftstellerkreise, aus denen vor allem die Persönlichkeit Heinrich Manns herausragt, und Zeitschriften wie das »Pariser Tageblatt«, die alle Bestandteil einer zum Dritten Reich antithetischen, politischen Gegenkultur verkörperten: insgesamt ein Mikrokosmos von Organisationen und Aktionen, beherrscht von der für jede Emigration charakteristischen Atmosphäre von Angst, Hoffnung, Resignation und Mißtrauen.

Die politischen Fronten innerhalb der deutschen Emigration blieben gegenüber der untergehenden Weimarer Republik nahezu unverändert. Zwar hatte vom Sommer 1934 bis Anfang Januar 1935 im Saargebiet eine Einheitsfront aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestanden, die von kleineren katholischen und autonomistischen Gruppen unterstützt wurde. Aber eine Wiederholung dieses Vorbildes erwies sich im Exil als äußerst problematisch. Zu stark gingen die kurz- und langfristigen Ziele und Erwartungen der verschiedenen Emigrantengruppen auseinander. Dennoch bildete sich im Herbst unter der Federführung von Heinrich Mann, bei aktiver Mitwirkung von Willi Münzenberg und reger Anteilnahme zahlreicher deutscher Schriftsteller im Pariser Hotel »Lutetia« ein Komitee, das die einmal aufgegriffene Diskussion institutionalisierte. Nach längeren Diskussionen und Kontroversen konstituierte sich schließlich im Februar 1936 unter dem Präsidium von Heinrich Mann der »Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, der mit programmatischen Stellungnahmen und Manifesten dem Dritten Reich den Kampf ansagte. Mit dieser zukunftsorientierten Perspektive endet der erste Band des Buches. Der zweite wird das endgültige Scheitern der Bemühungen um eine geschlossene antifaschistische Front im Exil darstellen.

— Die Studie von Ursula Langkau-Alex gibt nicht nur einen guten Überblick über das politische Geschehen in der deutschen Emigration, sondern nimmt aufgrund der zahlreichen biographischen und parteigeschichtlichen Details gelegentlich den Charakter eines Nachschlagewerkes an. Leider bringt sie diese teilweise sehr wichtigen Fakten überwiegend im Anmerkungsteil unter, dem gegenüber der eigentliche Text nur ein Drittel des gesamten Buches ausmacht; dadurch wird die Lektüre des im übrigen flüssig geschriebenen Buches erschwert, und manches wichtige Detail geht dabei verloren. Es ist zu hoffen, daß der zweite Band hierin stärker auf den Leser Rücksicht nimmt und dadurch auch einen breiteren Leserkreis anspricht.

Die regen politischen Aktivitäten innerhalb der deutschen Emigration erwecken gelegentlich den Eindruck, daß sich Vertreter der Exilparteien und Schriftsteller für Akteure der Geschichte hielten, obgleich die meisten von ihnen eher Getriebene und Gejagte waren. Von diesem zweiten Aspekt handelt die wichtige Studie von *Hans Georg Lehmann.* Bereits Jahre vor der Machtergreifung hatten führende NS-Funktionäre die Todesstrafe für »Verbrecher an der Ehre des Volkes« gefordert und damit zu erkennen gegeben, daß mit der Machtergreifung der Konflikt mit Andersdenkenden keineswegs abgeschlossen sein würde. Die NS-Bewegung bestritt ihren Kritikern nicht nur das Recht auf eigenes Denken, auf politisches Wirken in Deutschland, sondern sogar auf physische Existenz. Die Verfolgung endete daher nicht mit dem Verlassen Deutschlands, sondern erstreckte sich auch auf das Ausland. Das Hitler-Regime begrüßte es zwar, daß seine Gegner zu einem Zeitpunkt, in dem es noch keineswegs gefestigt war, als Faktor der Innenpolitik weitgehend verschwanden; es fürchtete aber andererseits die Aktivitäten der Emigranten im Ausland, die das internationale Ansehen des Regimes schädigen und von außen bekämpfen konnten.

Bereits Anfang Mai 1933 ließ die neu geschaffene Geheime Staatspolizei Listen anfertigen über Personen, die sich im Auslande durch »staatsfeindliche Umtriebe« bemerkbar machten. In den ersten Jahren des Dritten Reiches stellte die Gestapo allmählich eine Datenbank mit sämtlichen Informationen über deutschsprachige Emigranten zusammen: persönliche Daten, politische Betätigung, rassische Herkunft, Tag und Motive der Flucht usw. Dieses Emigrantenarchiv gibt durch seine von den Kriegsereignissen verschonten Reste einen Einblick in die umfassende Verfolgungsapparatur des Nazi-Regimes. Zentrales Instrument im Kampf gegen exilierte Deutsche war die sogenannte Ausbürgerung. Am 14. Juli 1933 wurde auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes das »Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der Staatsangehörigkeit« erlassen. Es konnte angewendet werden, wenn Deutsche außerhalb des Reichsgebietes entweder durch ihr »Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben« oder einer Aufforderung des Reichsinnenministers zur Rückkehr keine Folge leisteten. Die dehnbar gefaßten Formulierungen der Ausführungsbestimmungen ließen nahezu jede Willkür zu. Im August 1933 wurde die erste Liste ausgebürgerter Emigranten veröffentlicht, unter denen sich Namen wie Heinrich Mann, Kurt Tucholsky, Ernst Toller, Rudolf Breitscheid, Philipp Scheidemann, Otto Wels und Willi Münzenberg befanden. Diese Praxis entfaltete ihre Eigendynamik und führte zu Weiterungen, von denen bis Kriegsende fast 39 000 Deutsche betroffen wurden. Noch im März 1945 wurden — offensichtlich letztmals — 31 Personen ausgebürgert.

In diesem düsteren Kapitel deutscher Geschichte lassen sich drei Phasen unterscheiden. Von 1933 bis 1937 wurden vor allem Politemigranten verfolgt: Politiker, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler. Von 1937 bis Kriegsbeginn wurden aufgrund eines Geheimerlasses Himmlers weiterhin Politemigranten, aber in zunehmendem Maße auch Juden ausgebürgert. Die dritte größte Gruppe stellten die in den Kriegsjahren Expatriierten, zu denen vor allem Juden und ihre »deutschblütigen« Ehepartner sowie Wehrdienstverweigerer und Fahnenflüchtige gehörten. Sie stellten die große Masse der Namenlosen dar, deren Schicksal

in der Öffentlichkeit kaum mehr beachtet wurde. Nur die wenigsten der ausgebürgerten Deutschen waren materiell gesichert und in der Lage, sich aus eigenen Mitteln am Leben zu erhalten. Mit der Ausbürgerung wurden sie staatenlos und waren damit auch der Willkür ihrer Gastländer schutzlos ausgeliefert. Mit dem Exil begann für die meisten ein gehetztes Dasein zwischen Furcht und Not. — Lehmann exemplifiziert vor allem die politischen Aspekte dieser Thematik am Schicksal Willy Brandts, der 1933 als 19jähriger von Deutschland nach Norwegen emigriert war und dort in Anlehnung an die norwegische Sozialdemokratie für die kleine, aber aktive SAP wirkte. Die geringen Kenntnisse, die Himmlers Geheimdienste über seine Aktivitäten hatten, reichten aus, um ihn im Jahre 1938 gleichfalls auszubürgern.

Der zweite Hauptteil des Buches befaßt sich mit einem für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschämenden Kapitel: dem der Remigration und Wiedergutmachung. Die ersten Hindernisse wurden den deutschen Flüchtlingen noch von den westlichen Siegermächten in den Weg gelegt, sofern sie nicht als Dolmetscher oder Berater alliierte Uniformen trugen. Vielfach aber lebten die von Goebbels verbreiteten Pauschalurteile weiter. Die Emigranten wurden nicht als Vertreter des anderen Deutschland begrüßt, sondern mußten sich vielfach auch noch rechtfertigen. In manchen Fällen wurde die Ehrenhaftigkeit ihrer Emigrationsmotive angezweifelt; nicht selten wurden Wiedergutmachungsanträge mit bürokratischen und demütigenden Auflagen verbunden, so daß einige Emigranten aus Furcht vor amtlichen Schikanen auf ihre Ansprüche verzichteten. Vor allem aber Diffamierungen in der Öffentlichkeit und Unterstellungen nationaler Unzuverlässigkeit, wie sie gerade Willy Brandt hat erleben müssen, gehören zu den unbewältigten Fragen der allerjüngsten Zeitgeschichte. Es ist als besonders wertvolles Merkmal dieser klar gegliederten und flüssig geschriebenen Untersuchung hervorzuheben, daß sie das Thema nicht mit dem Jahre 1945 abschließt, sondern mit seinen Folgeproblemen bis in die Gegenwart fortführt.

Patrik von zur Mühlen

Jörg Schadt (Bearb.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933—1940, hrsg. vom Stadtarchiv Mannheim (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 3), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976, 354 S., Ln., 34 DM.

Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933— 1945, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1976, 412 S., brosch., 23,80 DM.

Karl Flanner, Widerstand im Gebiet von Wiener Neustadt 1938—1945, Europa-Verlag, Wien 1973, 352 S., Ln., 35 DM.

Peter Altmann/Heinz Brüdigam/Barbara Mausbach-Bromberger/Max Oppenheimer, Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933—1945 in Bildern und Dokumenten. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, hrsg. i. A. des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1975, 334 S., Ln., 35 DM (2., verb. Aufl., Frankfurt 1979, 42 DM).

Die hier anzuzeigenden Bücher berichten in verschiedener Weise (Quellenpublikation, Analyse, Bilddokumentation) vom antifaschistischen Widerstand in einzelnen Teilen Deutschlands (Baden, Ruhrgebiet) und Österreichs (Wiener Neustadt).

Aus der Sicht nationalsozialistischer Behörden wird in der von *Jörg Schadt* bearbeiteten Quellenedition der vor allem von der KPD und SPD getragene Widerstand gegen die Hitler-Diktatur in Baden dokumentiert. Dem Quellenteil vorangestellt ist eine 22 Seiten

in der Öffentlichkeit kaum mehr beachtet wurde. Nur die wenigsten der ausgebürgerten Deutschen waren materiell gesichert und in der Lage, sich aus eigenen Mitteln am Leben zu erhalten. Mit der Ausbürgerung wurden sie staatenlos und waren damit auch der Willkür ihrer Gastländer schutzlos ausgeliefert. Mit dem Exil begann für die meisten ein gehetztes Dasein zwischen Furcht und Not. — Lehmann exemplifiziert vor allem die politischen Aspekte dieser Thematik am Schicksal Willy Brandts, der 1933 als 19jähriger von Deutschland nach Norwegen emigriert war und dort in Anlehnung an die norwegische Sozialdemokratie für die kleine, aber aktive SAP wirkte. Die geringen Kenntnisse, die Himmlers Geheimdienste über seine Aktivitäten hatten, reichten aus, um ihn im Jahre 1938 gleichfalls auszubürgern.

Der zweite Hauptteil des Buches befaßt sich mit einem für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschämenden Kapitel: dem der Remigration und Wiedergutmachung. Die ersten Hindernisse wurden den deutschen Flüchtlingen noch von den westlichen Siegermächten in den Weg gelegt, sofern sie nicht als Dolmetscher oder Berater alliierte Uniformen trugen. Vielfach aber lebten die von Goebbels verbreiteten Pauschalurteile weiter. Die Emigranten wurden nicht als Vertreter des anderen Deutschland begrüßt, sondern mußten sich vielfach auch noch rechtfertigen. In manchen Fällen wurde die Ehrenhaftigkeit ihrer Emigrationsmotive angezweifelt; nicht selten wurden Wiedergutmachungsanträge mit bürokratischen und demütigenden Auflagen verbunden, so daß einige Emigranten aus Furcht vor amtlichen Schikanen auf ihre Ansprüche verzichteten. Vor allem aber Diffamierungen in der Öffentlichkeit und Unterstellungen nationaler Unzuverlässigkeit, wie sie gerade Willy Brandt hat erleben müssen, gehören zu den unbewältigten Fragen der allerjüngsten Zeitgeschichte. Es ist als besonders wertvolles Merkmal dieser klar gegliederten und flüssig geschriebenen Untersuchung hervorzuheben, daß sie das Thema nicht mit dem Jahre 1945 abschließt, sondern mit seinen Folgeproblemen bis in die Gegenwart fortführt.

Patrik von zur Mühlen

Jörg Schadt (Bearb.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933—1940, hrsg. vom Stadtarchiv Mannheim (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 3), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976, 354 S., Ln., 34 DM.

Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933— 1945, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1976, 412 S., brosch., 23,80 DM.

Karl Flanner, Widerstand im Gebiet von Wiener Neustadt 1938—1945, Europa-Verlag, Wien 1973, 352 S., Ln., 35 DM.

Peter Altmann/Heinz Brüdigam/Barbara Mausbach-Bromberger/Max Oppenheimer, Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933—1945 in Bildern und Dokumenten. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, hrsg. i. A. des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1975, 334 S., Ln., 35 DM (2., verb. Aufl., Frankfurt 1979, 42 DM).

Die hier anzuzeigenden Bücher berichten in verschiedener Weise (Quellenpublikation, Analyse, Bilddokumentation) vom antifaschistischen Widerstand in einzelnen Teilen Deutschlands (Baden, Ruhrgebiet) und Österreichs (Wiener Neustadt).

Aus der Sicht nationalsozialistischer Behörden wird in der von *Jörg Schadt* bearbeiteten Quellenedition der vor allem von der KPD und SPD getragene Widerstand gegen die Hitler-Diktatur in Baden dokumentiert. Dem Quellenteil vorangestellt ist eine 22 Seiten

umfassende Einführung, in der Schadt den Leser vertraut macht mit der Geschichte, der Organisation, den Kompetenzen und den Biographien der leitenden Beamten der staatlichen Institution, die für die Verfolgung des politischen Gegners in Baden eine maßgebliche Verantwortung trug — und zwar des Geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe (am 1. 10. 1936 in Staatspolizeileitstelle Karlsruhe umbenannt). Die von dieser Behörde erstellten Lageberichte — ihr Berichtszeitraum erstreckte sich zunächst auf eine, dann auf zwei, schließlich auf vier Wochen, 1935 teilweise auf zwei Monate — folgen einem bestimmten Gliederungsprinzip: Anfangs zerfallen die Berichte in einen allgemeinen Teil und in Einzelmeldungen; später werden die Einzelmeldungen fallengelassen bzw. finden sich innerhalb der einzelnen allgemeinen Abschnitte. Es ist bemerkenswert, daß die »staatsfeindlichen Bestrebungen« der illegalen KPD sowie die Aktivitäten der katholischen Kirche einen ständigen Bestandteil der Berichte bilden. Erstrecken sich die im vorliegenden Band abgedruckten »Allgemeinen Lageberichte« des Geheimen Staatspolizeiamts bzw. der Stapoleitstelle Karlsruhe auf den Zeitraum vom 16. 12. 1933 bis zum 31. 3. 1936, so beziehen sich die »Lageberichte über die kommunistische und marxistische Bewegung« auf die Zeit vom 2. 2. 1938 bis zum 3. 4. 1939. Neben diesen Quellenzeugnissen aus dem Aktions- und Verwaltungsbereich der badischen Geheimen Staatspolizei sind in der Schadtschen Dokumentation auch noch Lageberichte einer anderen staatlichen Behörde versammelt — und zwar des Generalstaatsanwalts in Karlsruhe. Die Berichte dieser Institution, über deren Organisation und Aufgabenbereich Schadt nur sehr knappe Informationen gibt, sind datiert für den Zeitraum 1935—1940/41; allerdings werden die Berichte des Karlsruher Generalstaatsanwalts, dessen Kompetenz in Fragen des Hochverrats im Januar 1937 an den Generalstaatsanwalt in Stuttgart überging, hier nicht in vollem Wortlaut abgedruckt, sondern nur die Abschnitte wiedergegeben, die die politische Kriminalität und die Aktivitäten der Regime-Gegner thematisieren.

Zum besseren Verständnis der Rolle, Bedeutung und Wirksamkeit der Widerstandsbewegung im »Dritten Reich« skizziert Schadt zunächst die politische, vor allem die parteipolitische Entwicklung in Baden von 1919 bis 1933, ehe er die Gruppierungen vorstellt, die zu den wichtigsten Trägern des antifaschistischen Widerstandskampfes zählen: vor allem Gruppen der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD, deren Operationsgebiete insbesondere Karlsruhe, Mannheim und Mittelbaden auf der einen, Mannheim, Karlsruhe und Freiburg i. Br. auf der anderen Seite waren. Im Verlauf von Verhaftungswellen in den Jahren 1935 und 1936 fand der von Sozialdemokraten und Kommunisten organisierte Widerstand seinen Abschluß; lediglich die — allerdings insgesamt keine wesentliche Rolle spielenden — linkssozialdemokratischen Gruppen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) wurden erst 1938 von der Gestapo zerschlagen. Die KPD verlagerte ihre Aktivitäten in die Betriebe und Massenorganisationen; im 2. Weltkrieg (September 1941) wurde der kommunistische Widerstand im Rhein-Neckar-Gebiet noch einmal aktiviert. Weniger als aktive Widerstandszentren denn als defensiv wirkende Organisationen sind die katholische und evangelische Kirche in Baden zu charakterisieren. Als politisch, religiös und rassisch Verfolgte sind demgegenüber zu bezeichnen: der Stahlhelm, die Sekten (insbesondere die Ernsten Bibelforscher) und die Juden. Schadt hat mit dieser Publikation eine sehr sorgfältig edierte Dokumentation nationalsozialistischer Quellen zur Geschichte des Widerstandes in Baden vorgelegt.

Das Prädikat »sorgfältig« verdient auch die Studie von *Detlev Peukert*, zumindest was die Auswertung bisher unveröffentlichten Quellenmaterials (z. B. aus dem Zentralen Parteiarchiv, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin [DDR]) wie auch die Verarbeitung aller erreichbaren Sekundärliteratur anbelangt. Wie bereits im Untertitel zum Ausdruck gebracht wird, ist der Autor bemüht, seine Analyse durch den Abdruck von Dokumenten (Flugblättern, Flugschriften, Erinnerungen beteiligter Personen u. a.) zu illustrieren.

Ob die von Peukert an den Beginn seiner Darstellung gestellte These, die KPD habe in den letzten Monaten des Bestehens der Weimarer Republik ununterbrochen und nicht nur sporadisch versucht, »auf allen Ebenen und in den verschiedensten Formen die Einheitsfront herzustellen« (S. 35), wissenschaftlich zu halten ist, muß in Anbetracht des heutigen Kenntnisstandes der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung bezweifelt werden.

Dessenungeachtet bleibt es das Verdienst Peukerts, den Widerstand insbesondere der KPD im Ruhrgebiet umfassend und detailliert dargestellt zu haben — mag es sich handeln um die Beschreibung der Organisationsstrukturen der kommunistischen Gruppen, der Kampfziele (von den betrieblichen Kämpfen für elementare Interessen wie Kampagnen für Lohnerhöhungen bis hin zur Propagierung des Hauptziels — Zerschlagung der Diktatur) oder um die deskriptive Analyse der Kampfformen und -techniken (Herstellung und Verbreitung illegaler Flugblätter, Flugschriften und anderer Druckerzeugnisse). Aus der Arbeit wird klar ersichtlich, daß trotz der seit 1933 immer wiederkehrenden Verhaftungen der kommunistische Widerstand weder bis 1939 durch die Gestapo völlig gebrochen werden konnte noch in den Jahren nach der Entfesselung des 2. Weltkrieges durch das Hitler-Regime. In den Betrieben vor allem der Rüstungsindustrie wurde der antifaschistische Widerstand mit den Mitteln des Streiks, der Sabotage oder der bewußten Verletzung der Arbeitsdisziplin fortgeführt.Als verdienstvoll zu betrachten ist die Darstellung des Anteils von Gewerkschaftern, Teilen der parteipolitisch orientierten Jugend (Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes KJVD und der sozialdemokratischen Jugendorganisation SAJ) wie ferner von Jungkatholiken am antifaschistischen Kampf; es fehlen auch nicht Hinweise auf die kirchliche Opposition, die im evangelischen Bereich von der Bekennenden Kirche (BK) getragen wurde. Beschränkte sich deren Tätigkeit vornehmlich auf die Sicherung der ungestörten Wahrnehmung kirchengemeindlicher Aufgaben, so hatte auf katholischer Seite die z. B. vom Düsseldorfer Kaplan Rossaint unterstützte und geförderte Zusammenarbeit zwischen Jungkatholiken und Jungkommunisten eine politische Dimension.

Kritisch anzumerken bleibt allerdings, daß die Analyse sozialdemokratischer Widerstandsgruppen — der an der Politik des Prager Exilvorstandes der SOPADE orientierten Gruppierungen wie auch linkssozialdemokratischer Gruppen (Revolutionäre Sozialisten Deutschlands, Sozialistische Arbeiterpartei, Rote Kämpfer u. a.) — einen quantitativ zu geringen Anteil ausmacht im Vergleich etwa zu der umfangreichen Behandlung des kommunistischen Widerstands (nur ca. 20 Seiten über sozialdemokratische, mindestens 120 Seiten über kommunistische Aktivitäten).

Ungeachtet dieses Defizits stellt die Monographie Peukerts eine wissenschaftliche Analyse zeitgeschichtlich relevanter Vorgänge dar, eine Charakterisierung, die für das Buch von *Karl Flanner* nicht getroffen werden kann. Hier handelt es sich um Aufzeichnungen von Erlebnissen teils des Autors selbst, teils auch anderer Einzelpersönlichkeiten und antifaschistischer Gruppen in Wiener Neustadt, einem Zentrum der Rüstungsindustrie. Flanner (Verhaftung nach dem »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich und anschließend 6 Jahre in Gefängnissen und KZs) beschreibt sehr ausführlich die verschiedenen Formen des Widerstandes (Verbreitung illegaler Druckschriften, Abhören ausländischer »Feindsender«, Sabotage und bewaffneter Kampf), die politischen Ziele (Wiederherstellung eines demokratischen und souveränen österreichischen Staates) und die Aktionen einzelner Widerstandsgruppen. Den Hauptanteil am antifaschistischen Kampf hatten die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) und der kommunistische Jugendverband (KJV); er setzte sich zusammen aus ehemaligen Mitgliedern der sozialdemokratischen »Roten Falken« und »Kinderfreunden«. Als weitere Widerstandsgruppen sind zu nennen die mit den Kommunisten kooperierenden Revolutionären Sozialisten (Gruppe Heinrich Sauer) sowie einzelne Pfarrer vor allem der katholischen Kirche. Die Ausführungen Flanners sind zu einem großen Teil quellenmäßig abgesichert; es werden Dokumente wie Anklageschriften, Urteile, Flugblätter u. a. vollstän-

dig bzw. in Auszügen wiedergegeben; dennoch wird der Informationswert der Darstellung in erheblichem Umfang dadurch verringert, daß in keinem Fall die Fundstelle der Quellen genannt wird. Der Autor beschränkt sich im Anhang seines Buches auf pauschale Quellenangaben.

Eine Dokumentation besonderer Art stellt das von *Peter Altmann, Heinz Brüdigam, Barbara Mausbach-Bromberger* und *Max Oppenheimer* verfaßte und mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth eingeleitete Buch »Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933—1945 in Bildern und Dokumenten« dar. Die Fülle des Bildmaterials wie die Vielzahl der Reproduktionen von Originaldokumenten (Urteilsschriften, Flugblätter, amtliche Bekanntmachungen) sind eindrucksvoll und bedrückend zugleich. Hier finden wir mit knappen biographischen Angaben versehene Photos führender Repräsentanten des gesamten Spektrums des antifaschistischen Widerstandes — von den Vertretern der organisierten Arbeiterbewegung, der SPD und der KPD, der Gewerkschaften, über die Repräsentanten des kirchlichen Widerstandes, der Studentenschaft bis hin zu den Exponenten des konservativen Bürgertums, Adels und Militärs. Aber die Autoren begnügen sich nicht mit der Sammlung von Bilddokumenten und anderen Quellenzeugnissen; sie suchen ihre Bedeutung noch durch kurze Zwischentexte über die historisch-politische Entwicklung Deutschlands hervorzuheben.

Die Dokumentation über den antifaschistischen Widerstand beginnt nicht erst mit der Hitlerschen Machtergreifung am 30. 1. 1933, sondern bereits mit der Revolution 1918/19 und der Ermordung der Führer der jungen KPD Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch Soldaten reaktionärer Freikorps; denn — so wollen die Verfasser zeigen — der Kampf der demokratischen Kräfte gegen die die bürgerlich-parlamentarische Republik von Weimar bedrohenden antidemokratischen, völkisch-nationalsozialistischen Gruppierungen und Strömungen begann schon 1920 und nicht erst 1930 oder 1932, als die NSDAP zu einem politisch dominierenden Faktor in Deutschland wurde. Ob aber, wie behauptet, die Hauptverantwortung für das Scheitern der Einheitsfront von KPD und SPD im Kampf gegen den erstarkenden Faschismus bei der sozialdemokratischen Parteiführung lag, die »jede Gemeinsamkeit mit der KPD ablehnte« (S. 36), muß bezweifelt werden; denn — und diese Tatsache wird eingeräumt — auch die Politik der KPD-Führung war nicht frei von Fehlern (Sozialfaschismusthese).

Die Autoren lassen ihre Dokumentation auch nicht mit dem Jahre 1945 enden. Sie bemühen sich, darüber hinaus die Frage zu beantworten, ob in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands bzw. in der Bundesrepublik eine neue, eine demokratische Politik begründet worden ist, die die Gefahr eines systembedrohenden Neofaschismus ausschließt. Die Hauptlinien der Innen- und Außenpolitik werden dabei allerdings teilweise inhaltlich verkürzt nachgezeichnet; ohne Angabe von Quellenbelegen wird z. B. die Schuld für die Fortdauer der deutschen Teilung allein in den Entscheidungen der zuständigen politischen Organe in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik gesehen. Im Ergebnis ist den Verfassern zuzustimmen, wenn sie feststellen, daß mit der 1969 von der Bundesregierung eingeleiteten Vertragspolitik gegenüber der UdSSR, Polen, der DDR und CSSR sowie der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO »ein ständiger Spannungsherd in Mitteleuropa beseitigt und die ›Nachkriegszeit‹beendet wurde« (S. 305).

Horst Dähn

Allgemeine Untersuchungen zur Sozialgeschichte

Hermann Kellenbenz (Hrsg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert. Bericht über die 5. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (= Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 21), Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1975, X, 237 S., kart., 84 DM.

Für denjenigen, dessen Arbeitsfeld im Bereich der Zeitgeschichte liegt, weckt der Begriff »Reagrarisierung« zwiespältige Assoziationen. Denn er erinnert an die vielen fruchtlosen, verschwommenen und ideologiebefrachteten Debatten aus der Anfangs- und Schlußphase der Weimarer Republik, die unter diesem Stichwort das »richtige« Mischungsverhältnis zwischen Agrar- und Industriesektor in der deutschen Volkswirtschaft auszuwiegen suchten. Im Grunde war das nichts anderes als eine Neuauflage der Agrarstaat-Industriestaat-Kontroverse, die schon im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert die Gemüter erhitzt hatte und — gestützt auf staatliche Intervention — zugunsten der Landwirtschaft künstlich in der Schwebe gehalten worden war. Kriegsbedingte Störungen im internationalen Güterverkehr und die handelspolitischen Restriktionen des Versailler Friedensvertrages, später dann die Erfahrungen der weltweiten Depression verliehen dieser Diskussion neue Nahrung und schienen all jene Stimmen zu bestätigen, die nicht müde geworden waren, vor einer einseitig vorangetriebenen Industrialisierung, ja vor einer »Überindustrialisierung« zu warnen. Reagrarisierung meinte in dieser Perspektive eine Verlagerung des volkswirtschaftlichen Gravitationspunktes auf die Landwirtschaft. Daß dies nicht nur eine Marotte konservativer Schwärmer war, läßt sich etwa daran ablesen, daß sich der Tübinger Nationalökonom Robert Wilbrandt, Mitglied der ersten Sozialisierungskommission, im September 1919 auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik zum energischen Fürsprecher dieser Parole machte. Unter Berufung auf Carl Ballods »Zukunftsstaat« erwartete er von Maßnahmen landwirtschaftlicher Intensivierung nicht nur eine Abmilderung der Anpassungsprobleme beim Übergang von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft, sondern darüber hinaus auch eine Umpolung der Wanderungsbewegung vom Land in die Stadt in eine solche von den Fabriken bzw. Kasernen in die Bauernhöfe und Gutsbetriebe — all dies Vorstellungen, die im übrigen bei den Adressaten, bei Industriearbeitern wie Landwirten, auf Skepsis, wenn nicht gar auf schroffe Ablehnung stießen. Gegen Ende der 20er Jahre waren die Kontrahenten allerdings wieder auf die traditionellen Frontlinien eingeschwenkt. Reagrarisierung wurde für die organisierte Landwirtschaft und die ihr nahestehende Publizistik zum Zauberwort für die Überwindung struktureller Schwächen, zum ideologischen Motor für eine agrarisch akzentuierte Wirtschaftspolitik gegen Exportorientierung und für Autarkie in einer von deutschen Interessen dominierten »Großraumwirtschaft«. An der Tatsache, daß Deutschland längst und unwiderruflich die Schwelle zum Industriestaat überschritten hatte, vermochten diese Thesen nicht zu rütteln. Sie zeigen aber, wie zählebig die Vorbehalte gegen diese Entwick-

lung waren und wie überaus stark das Traumbild einer »heilen«, nämlich krisenfesten, dem konjunkturellen Auf und Ab entrückten ländlichen Welt verwurzelt war[1].
Diese Dimension des Begriffes »Reagrarisierung« wird in der vorliegenden, von *Hermann Kellenbenz* betreuten Sammlung von Referaten aus Anlaß der Nürnberger Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte jedoch nur am Rande berührt. Sie »wetterleuchtete« aber offenbar — wie der Herausgeber in seinem Schlußbericht betont — »gelegentlich in die Diskussion herein« (S. 219), am sichtbarsten noch in dem Beitrag von *J. Wysocki,* der nach den Möglichkeiten fragt, die der »landwirtschaftliche Nebenerwerb« (part-time-farming) für die »soziale Sicherheit« von Landarbeitern im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts zu leisten vermochte. Sein Ergebnis, daß die ohnehin nur zögernd verfolgte Politik der Arbeiteransiedlung, d. h. Arbeiter durch Zuweisung von Land in Parzellengröße an die Landwirtschaft zu binden und den größeren Wirtschaften als Arbeitskräftereservoir zu erhalten, nicht so sehr an den Bedürfnissen der Arbeiter als an denen der Agrarunternehmer ausgerichtet war, zusätzlich motiviert von völkischen und autarkiepolitischen Gedankengängen, ist so neu freilich nicht. Es hätte dieses Nachweises eigentlich nicht mehr bedurft, zumal auch deshalb, weil der Autor sich darauf beschränkt, die Arbeiten einiger weniger zeitgenössischer Ökonomen, allen voran v. d. Goltz und Sering, auszuschreiben. Das Problem der sozialen Sicherung von Landarbeitern jedenfalls müßte sehr viel gründlicher eingebettet werden in eine Analyse ihrer sozialen Lage und ist mit den eher rhapsodischen Bemerkungen Wysockis kaum angerissen, geschweige denn erschöpfend dargetan.
Über eine verbindliche Begrenzung des nicht ganz unproblematischen Begriffes »Reagrarisierung« hat sich die Tagung anscheinend nicht verständigen können, hat dies vielleicht auch gar nicht als vordringliche Aufgabe gesehen. Der Leser findet aber einen gewissen Anhalt bei *P. Fried* (Reagrarisierung in Südbayern seit dem 19. Jahrhundert), dessen Definition so oder leicht abgewandelt auch für die übrigen Vorträge gelten dürfte. Unter Reagrarisierung möchte Fried verstehen »a) die Aufgabe oder Vernachlässigung eines traditionellen Kleingewerbes zugunsten einer gleichzeitig betriebenen Landwirtschaft, die in der Regel aufgestockt wird, wenn die Erträge zum alleinigen Lebensunterhalt nicht ausreichen, b) die Verbäuerlichung eines Ortes oder einer ganzen Gegend durch den unter a) geschilderten Vorgang oder durch Abwanderung der Gewerbetreibenden oder durch Neuansiedlung von Kleinbauern, c) die Ansiedlung von sogenannten ›Industriebauern‹, d. h. Fabrikarbeitern, die nebenberuflich eine Kleinstlandwirtschaft betreiben« (S. 180). Auf diesem Hintergrund gewinnt das Fazit, das Fried aus seinen Forschungen zieht, sein besonderes Gewicht, daß Reagrarisierungstendenzen »exakt« nur im lokalen Rahmen zu belegen sind (S. 187). Die überwiegende Mehrzahl der Beiträger hat sich denn auch dankenswerterweise auf regionale, zum Teil empirisch ungewöhnlich dichte Fallstudien konzentriert. Im Anschluß an das theoretisch gehaltene Eingangsreferat von *E. Schremmer,* das »Überlegungen zur Bestimmung des gewerblichen und des agrarischen Elementes in einer Region« ausbreitet, informieren sie unter anderem über »Agrarkrise und Leibeigenschaft im spätmittelalterlichen Deutschen Südwesten« *(P. Blickle),* über die »ländliche Industrie während des Spätmittelalters in den südlichen Niederlanden« *(R. van Uytven),* die »Bedeutung des Flachsanbaus im südlichen Niedersachsen für Bauern und Angehörige der unterbäuerlichen Schicht im 18. und 19. Jahrhundert« *(W. Achilles),* über »verfehlte« staatliche Gewerbeförderung am Beispiel

1 Eher skeptisch über den Nutzen der hier angesprochenen Konzepte äußert sich *Ernst von Borsig,* Reagrarisierung Deutschlands? Eine Untersuchung über ihre Möglichkeiten und Grenzen, Jena 1934. Zur Anfangsphase der Weimarer Republik vgl. hier neben *Wilbrandt* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 159, München/Leipzig 1920, S. 161 ff.) neuerdings den Diskussionsbeitrag *Willi A. Boelckes,* der freilich dazu neigt, das Ausmaß der Reagrarisierungstendenzen nach dem Ersten Weltkrieg zu überschätzen, in: *Otto Büsch/Gerald D. Feldman* (Hrsg.), *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914—1924,* Berlin 1978, S. 219 ff.

der »Einführung der Strohflechterei in Kurhessen in der Mitte des 19. Jahrhunderts« *(U. Troitzsch)* sowie über den Einfluß, den im 19. Jahrhundert die »Industrialisierung des Textilgewerbes auf die Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten« Deutschlands genommen hat *(F.-W. Henning)*. Jens Flemming

Peter Kriedte / Hans Medick / Jürgen Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus. Mit Beiträgen von Herbert Kisch und Franklin F. Mendels (=Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 53), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977, 393 S. , Ln., 56 DM.

Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist die sog. Haus- oder Heimindustrie, die sich in ländlichen Regionen, mancherorts bereits seit dem Ende des 13. Jahrhunderts, herausbildete, im 17. und 18. Jahrhundert weite Verbreitung fand und im Unterschied zum städtisch-zunftmäßigen Handwerksgewerbe Massenproduktion vor allem von Textilien für überregionale oder auch schon internationale Märkte betrieb. Anders als in der älteren Fachliteratur (v. a. die jüngere historische Schule der Nationalökonomie hatte der Hausindustrie ihr Augenmerk zugewandt) ist das Interesse der Verfasser nicht auf die Institutions- und Organisationsgeschichte der Hausindustrie als einer Stufe zwischen werkstattbetriebenem Handwerk und zentralisierter Manufaktur gerichtet, sondern sie untersuchen die Hausindustrie als eine eigenständige Produktionsform, der sie eine wesentliche Funktion in dem Übergang vom Feudalismus (Agrarwirtschaft) zum Kapitalismus (Industriewirtschaft) zuerkennen.
Wichtige Fragen nach Ursachen und Verlauf der »Industriellen Revolution« erhalten von ihrer These der »Industrialisierung vor der Industrialisierung« eine einleuchtende Erklärung oder weiterführende Komponenten. Die statistische Beobachtung, daß sich industrialisierende Wirtschaftseinheiten bereits vor dem Beginn der Industrialisierung Gewerbeexport in relevantem Umfang betrieben haben, das Pauperismusproblem und vor allem die ungelöste Frage nach den Gründen und der Rolle des gesteigerten Bevölkerungswachstums (das mit erheblichen regionalen Unterschieden im Verlaufe des 18. Jahrhunderts, teilweise explosionsartig, einsetzte) für die Industrialisierung gewinnen an Plausibilität mit Hilfe des theoretischen Konzepts von Proto-Industrialisierung. Dieser Begriff, den die Verfasser von US-amerikanischen Sozialwissenschaftlern (Franklin Mendels, Charles und Richard Tilly) übernehmen, unterstreicht die These eines engen und teilweise weitreichenden Zusammenhangs zwischen Hausindustrie und Industrialisierung. Proto-Industrialisierung wird »als Herausbildung von ländlichen Regionen, in denen ein großer Teil der Bevölkerung ganz oder in beträchtlichem Maße von gewerblicher Massenproduktion für überregionale und internationale Märkte lebte«, definiert (S. 26). Die Proto-Industrialisierung gehört wesentlich in den sich über Jahrhunderte erstreckenden Auflösungsprozeß der feudal verfaßten Agrargesellschaften. Sie ist nicht der einzige, auch nicht der maßgebende Faktor in diesem Transformationsprozeß, aber sie beeinflußt die übrigen Faktoren und wird ihrerseits von ihnen beeinflußt.

Der Tatbestand, daß das Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus oder, enger formuliert, der Entstehung der Industriellen Revolution noch keineswegs ausdiskutiert ist, und zugleich die offene Theoriediskussion innerhalb der Geschichtswissenschaft werden in den unterschiedlichen Positionen der Verfasser, die sie nicht kaschieren, sondern bewußt als Denkmöglichkeiten darstellen, sichtbar. Die *system*orientierte Anwendung des Konzepts der Proto-Industrialisierung als einer Unterformation neben und zwischen Feudalismus und Kapitalismus (bäuerliche Familienwirtschaft feudalen Typs bei kapitalistischer Ausprägung der Produktionssphäre) streitet mit einer *evolutions*orientierten Anwendung als einem »Faktor von strategischer Bedeutung für den erstmaligen und weltgeschichtlich entscheidenden

der »Einführung der Strohflechterei in Kurhessen in der Mitte des 19. Jahrhunderts« *(U. Troitzsch)* sowie über den Einfluß, den im 19. Jahrhundert die »Industrialisierung des Textilgewerbes auf die Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten« Deutschlands genommen hat *(F.-W. Henning)*. Jens Flemming

Peter Kriedte / Hans Medick / Jürgen Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus. Mit Beiträgen von Herbert Kisch und Franklin F. Mendels (=Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 53), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977, 393 S. , Ln., 56 DM.

Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist die sog. Haus- oder Heimindustrie, die sich in ländlichen Regionen, mancherorts bereits seit dem Ende des 13. Jahrhunderts, herausbildete, im 17. und 18. Jahrhundert weite Verbreitung fand und im Unterschied zum städtisch-zunftmäßigen Handwerksgewerbe Massenproduktion vor allem von Textilien für überregionale oder auch schon internationale Märkte betrieb. Anders als in der älteren Fachliteratur (v. a. die jüngere historische Schule der Nationalökonomie hatte der Hausindustrie ihr Augenmerk zugewandt) ist das Interesse der Verfasser nicht auf die Institutions- und Organisationsgeschichte der Hausindustrie als einer Stufe zwischen werkstattbetriebenem Handwerk und zentralisierter Manufaktur gerichtet, sondern sie untersuchen die Hausindustrie als eine eigenständige Produktionsform, der sie eine wesentliche Funktion in dem Übergang vom Feudalismus (Agrarwirtschaft) zum Kapitalismus (Industriewirtschaft) zuerkennen.
Wichtige Fragen nach Ursachen und Verlauf der »Industriellen Revolution« erhalten von ihrer These der »Industrialisierung vor der Industrialisierung« eine einleuchtende Erklärung oder weiterführende Komponenten. Die statistische Beobachtung, daß sich industrialisierende Wirtschaftseinheiten bereits vor dem Beginn der Industrialisierung Gewerbeexport in relevantem Umfang betrieben haben, das Pauperismusproblem und vor allem die ungelöste Frage nach den Gründen und der Rolle des gesteigerten Bevölkerungswachstums (das mit erheblichen regionalen Unterschieden im Verlaufe des 18. Jahrhunderts, teilweise explosionsartig, einsetzte) für die Industrialisierung gewinnen an Plausibilität mit Hilfe des theoretischen Konzepts von Proto-Industrialisierung. Dieser Begriff, den die Verfasser von US-amerikanischen Sozialwissenschaftlern (Franklin Mendels, Charles und Richard Tilly) übernehmen, unterstreicht die These eines engen und teilweise weitreichenden Zusammenhangs zwischen Hausindustrie und Industrialisierung. Proto-Industrialisierung wird »als Herausbildung von ländlichen Regionen, in denen ein großer Teil der Bevölkerung ganz oder in beträchtlichem Maße von gewerblicher Massenproduktion für überregionale und internationale Märkte lebte«, definiert (S. 26). Die Proto-Industrialisierung gehört wesentlich in den sich über Jahrhunderte erstreckenden Auflösungsprozeß der feudal verfaßten Agrargesellschaften. Sie ist nicht der einzige, auch nicht der maßgebende Faktor in diesem Transformationsprozeß, aber sie beeinflußt die übrigen Faktoren und wird ihrerseits von ihnen beeinflußt.

Der Tatbestand, daß das Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus oder, enger formuliert, der Entstehung der Industriellen Revolution noch keineswegs ausdiskutiert ist, und zugleich die offene Theoriediskussion innerhalb der Geschichtswissenschaft werden in den unterschiedlichen Positionen der Verfasser, die sie nicht kaschieren, sondern bewußt als Denkmöglichkeiten darstellen, sichtbar. Die *system*orientierte Anwendung des Konzepts der Proto-Industrialisierung als einer Unterformation neben und zwischen Feudalismus und Kapitalismus (bäuerliche Familienwirtschaft feudalen Typs bei kapitalistischer Ausprägung der Produktionssphäre) streitet mit einer *evolutions*orientierten Anwendung als einem »Faktor von strategischer Bedeutung für den erstmaligen und weltgeschichtlich entscheidenden

Durchbruch zur industriellen Revolution« (S. 33). In fünf großen Kapiteln und einem Exkurs tragen die Verfasser ihr Konzept vor. Dabei werden vor allem die Genesis der Proto-Industrialisierung aus dem »agrarischen Kontext«, d. h. der Abhängigkeit von den ökonomischen und sozialen Veränderungen der bäuerlichen Wirtschaft und Arbeitsverfassung, aus den die städtischen Beschränkungen sprengenden Expansionstendenzen des Handelskapitals, sowie die Funktion der Proto-Industrialisierung für das Bevölkerungswachstum und für die allmähliche Durchsetzung kapitalistischen Marktgeschehens berücksichtigt. Deutlich tritt dabei das Bestreben zutage, die Proto-Industrialisierung trotz Betonung größter Differenziertheit als ein gesamteuropäisches Phänomen darzustellen.

Als wichtigste Thesen werden herausgearbeitet: Die seit dem Mittelalter bestehende Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, die den Städten ein Monopol für das Betreiben von Handel und Gewerbe sicherte, löste sich durch die Gewerbeansiedlung auf dem platten Lande auf. Dieser Abbau der Schranken zwischen Stadt und Land hatte erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Wirtschafts- und Sozialstruktur. Er veränderte die ländlichen Produktionsverhältnisse in den gewerblich genutzten Regionen völlig. Er weitete die wirtschaftliche Aktivität des Handelskapitals aus und begünstigte mit den exportorientierten ländlichen Gewerbezweigen die Entstehung eines »Weltmarktes«. Das überproportionale Bevölkerungswachstum der unterbäuerlichen Schichten war Voraussetzung für die Gewerbeansiedlung in ländlichen Regionen, insofern als für die von der Landwirtschaft allein nicht mehr zu ernährende Bevölkerung in diesen Regionen der Zwang zu einem Nebengewerbe vorhanden war und für Kaufleute und Verleger hier ein großes Potential an billiger Arbeitskraft zur Verfügung stand. Das Bevölkerungswachstum war jedoch zugleich eine Folge der Proto-Industrialisierung, insofern als die Produktionsbedingungen im ländlichen Gewerbe die durch Besitz und Erbrecht bestimmten »sozialen Wachstumskontrollen« der feudalistischen Agrargesellschaft zerstörten und im Gegenteil frühe Eheschließung und Familiengründung eine Bedingung für die Erwirtschaftung eines Existenzminimums für die Familie als Produktionseinheit wurde. Kinder als Arbeitskräfte waren das »Kapital« der ländlichen Gewerbetreibenden, die, da sie ihren Lebensunterhalt zum Teil noch aus landwirtschaftlicher Tätigkeit gewannen, ein Einkommen pro Arbeitskraft erzielten, das unter dem Arbeitsentgelt von ungelernten Lohnarbeitern lag. Aus dieser Situation ergab sich einer der Widersprüche des proto-industriellen Systems, daß es die primäre Verelendung der überschüssigen ländlichen Bevölkerung zwar abwendete, zugleich aber durch das selbst hervorgerufene gesteigerte Bevölkerungswachstum eine sekundäre Armut hervorrief. Die Verfasser zitieren Moritz Mohl, der die ländliche Hausindustrie mit ihren tendenziell sinkenden Arbeitserlösen eine »Rennbahn zum Untergange« genannt hat.

Das Nebeneinander von präkapitalistischer (hauswirtschaftlicher) Produktionsweise und kapitalistischen (marktwirtschaftlichen) Produktionsbedingungen läßt die bäuerlich-gewerbliche Familienwirtschaft besonders deutlich als Übergangsphase zwischen vorkapitalistischer Agrargesellschaft und industriellem Kapitalismus erscheinen.

Die interessantesten und anregendsten Kapitel widmen sich der sozio-kulturellen Seite der hausindustriellen Familienwirtschaft: Aufhebung der Trennung von Männer- und Frauenarbeit, die noch in der bäuerlichen Wirtschaft funktional verschieden waren, bis hin zur Umkehr der herkömmlichen Rollen (aus dem Blickwinkel der beobachtenden Ober- und Mittelschichten); Entstehung einer »plebejischen Kultur« (E. P. Thompson), in der das Konsumverhalten durch Dürftigkeit und »Völlerei« zugleich geprägt ist. Die schwach ausgebildete Arbeitsdisziplin, die Lust an Feier, Spiel und Tanz, die Verschwendungssucht, die mangelnde Daseinsvorsorge werden weniger psychologisch oder gar unter moralischen Kategorien gedeutet, als aus dem besonderen Charakter der Familienwirtschaft zwischen bäuerlicher Lebenskultur und kapitalistischer Produktionssphäre erklärt.

Die in der Proto-Industrialisierung angelegten Widersprüche geben den Grund dafür ab, daß

Proto-Industrialisierung, wenn nicht weitere Bedingungen hinzutreten, nicht automatisch in die Industrialisierung überleitet, sondern daß sogar, wiederum unter spezifischer Konstellation, Stagnation und »De-Industrialisierung« eintreten können.
Der Exkurs über die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen enthält einige anregende Thesen zum Entwicklungsstand des Rechtssystems, der öffentlichen Gewalt und der merkantilen Wirtschaftspolitik, die, selbst abhängig von der jeweiligen Wirtschafts- und Sozialstruktur, hemmend oder fördernd in die wirtschaftliche Entwicklung eingriffen. Allerdings bleibt wegen der Allgemeinheit der Ausführungen der Bezug auf die jeweilige konkrete Einflußnahme auf die Entstehung und den Verlauf der Proto-Industrialisierung schwach.
Die Arbeit basiert auf breiter Kenntnis der Literatur über theoretische und empirische Aspekte der internationalen Forschung zur Geschichte der Hausindustrie. Der Reichtum an Gesichtspunkten und Beispielen ist dementsprechend groß. Dennoch stellt sich gerade deswegen die Frage nach der Repräsentativität der Einzelbelege, die aus den unterschiedlichsten Regionen, Staaten und Zeitaltern stammen, da die Verfasser selbst die Notwendigkeit einer differenzierenden Betrachtungsweise betonen. Ein weniger umfangreicher Text wäre dem Vorhaben, ein theoretisches Modell durch Abstraktion von empirischen Untersuchungsergebnissen zu entwerfen, das sodann als Orientierungshilfe für weiterführende Spezialstudien dienen soll, vielleicht angemessener gewesen, zumal, sicher als Folge der arbeitsteiligen Teamarbeit, lästige Wiederholungen von Argumentation und Beispielen vorkommen.
Wertvoll ist der Wiederabdruck der Regionalstudien von *Mendels* über Flandern und von *Kisch* über Schlesien, die in den Kontext der Proto-Industrialisierung gehören und die durch sorgfältige Analyse den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, Entwicklungsstand der Landwirtschaft mit der Aufspaltung in kommerzialisierte Betriebe und bäuerliche Subsistenzwirtschaft, der Entstehung verdichteter ländlicher Gewerbezonen und den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen aufzeigen. Barbara Vogel

Hans Wilhelm Eckardt, Herrschaftliche Jagd, bäuerliche Not und bürgerliche Kritik. Zur Geschichte der fürstlichen und adligen Jagdprivilegien vornehmlich im südwestdeutschen Raum (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 48), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 307 S., Ln., 65 DM.
Edward P. Thompson, Whigs and Hunters. The Origins of the Black Act, Pantheon Books, New York 1975, 312 S., kart., $ 5.95.

Man wird sich kaum der Illusion hingeben können, daß Eckardts Buch jemals in die top ten der historischen Buchproduktion gelangt. »Jagd« ist ein Thema, das nicht einmal die Aura der Relevanz besitzt, wenn ihm auch nicht ein gewisser nostalgischer Reiz abgeht. Zudem unternimmt der Autor einen hin und wieder recht gemächlichen Gang durch die Geschichte der herrschaftlichen Jagdpassion, bäuerlicher Not und bürgerlicher Kritik, greift zurück bis zu den alten Germanen, poliert an allen Ecken seiner Argumentation, bis sein historisches Raisonnement in die historische Entwicklung selbst einblendet, und schweift dann auch wieder einmal in die Literatur oder zu den Problemen der Bürger Ulms und der Donauauen ab. Doch wäre es äußerst schade, wenn gerade dieses Buch in Vergessenheit geriete. Es ist nicht nur eine ausgezeichnete sozialgeschichtliche Analyse und versteht nicht nur den Leser streckenweise zu fesseln, sondern es ist durchdrungen von der Empörung, dem Zorn und dem Widerstand, welche die herrschaftliche Jagdpassion durch Jahrhunderte hervorrief. In seiner epischen Weise schreibt Eckardt engagierte Geschichte — und es ist gute Geschichtsschreibung.
Die Jagd war ein Ärgernis und das Jagdprivileg die Ursache wirtschaftlicher und sozialer

Proto-Industrialisierung, wenn nicht weitere Bedingungen hinzutreten, nicht automatisch in die Industrialisierung überleitet, sondern daß sogar, wiederum unter spezifischer Konstellation, Stagnation und »De-Industrialisierung« eintreten können.
Der Exkurs über die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen enthält einige anregende Thesen zum Entwicklungsstand des Rechtssystems, der öffentlichen Gewalt und der merkantilen Wirtschaftspolitik, die, selbst abhängig von der jeweiligen Wirtschafts- und Sozialstruktur, hemmend oder fördernd in die wirtschaftliche Entwicklung eingriffen. Allerdings bleibt wegen der Allgemeinheit der Ausführungen der Bezug auf die jeweilige konkrete Einflußnahme auf die Entstehung und den Verlauf der Proto-Industrialisierung schwach.
Die Arbeit basiert auf breiter Kenntnis der Literatur über theoretische und empirische Aspekte der internationalen Forschung zur Geschichte der Hausindustrie. Der Reichtum an Gesichtspunkten und Beispielen ist dementsprechend groß. Dennoch stellt sich gerade deswegen die Frage nach der Repräsentativität der Einzelbelege, die aus den unterschiedlichsten Regionen, Staaten und Zeitaltern stammen, da die Verfasser selbst die Notwendigkeit einer differenzierenden Betrachtungsweise betonen. Ein weniger umfangreicher Text wäre dem Vorhaben, ein theoretisches Modell durch Abstraktion von empirischen Untersuchungsergebnissen zu entwerfen, das sodann als Orientierungshilfe für weiterführende Spezialstudien dienen soll, vielleicht angemessener gewesen, zumal, sicher als Folge der arbeitsteiligen Teamarbeit, lästige Wiederholungen von Argumentation und Beispielen vorkommen.
Wertvoll ist der Wiederabdruck der Regionalstudien von *Mendels* über Flandern und von *Kisch* über Schlesien, die in den Kontext der Proto-Industrialisierung gehören und die durch sorgfältige Analyse den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, Entwicklungsstand der Landwirtschaft mit der Aufspaltung in kommerzialisierte Betriebe und bäuerliche Subsistenzwirtschaft, der Entstehung verdichteter ländlicher Gewerbezonen und den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen aufzeigen. Barbara Vogel

Hans Wilhelm Eckardt, Herrschaftliche Jagd, bäuerliche Not und bürgerliche Kritik. Zur Geschichte der fürstlichen und adligen Jagdprivilegien vornehmlich im südwestdeutschen Raum (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 48), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 307 S., Ln., 65 DM.
Edward P. Thompson, Whigs and Hunters. The Origins of the Black Act, Pantheon Books, New York 1975, 312 S., kart., $ 5.95.

Man wird sich kaum der Illusion hingeben können, daß Eckardts Buch jemals in die top ten der historischen Buchproduktion gelangt. »Jagd« ist ein Thema, das nicht einmal die Aura der Relevanz besitzt, wenn ihm auch nicht ein gewisser nostalgischer Reiz abgeht. Zudem unternimmt der Autor einen hin und wieder recht gemächlichen Gang durch die Geschichte der herrschaftlichen Jagdpassion, bäuerlicher Not und bürgerlicher Kritik, greift zurück bis zu den alten Germanen, poliert an allen Ecken seiner Argumentation, bis sein historisches Raisonnement in die historische Entwicklung selbst einblendet, und schweift dann auch wieder einmal in die Literatur oder zu den Problemen der Bürger Ulms und der Donauauen ab. Doch wäre es äußerst schade, wenn gerade dieses Buch in Vergessenheit geriete. Es ist nicht nur eine ausgezeichnete sozialgeschichtliche Analyse und versteht nicht nur den Leser streckenweise zu fesseln, sondern es ist durchdrungen von der Empörung, dem Zorn und dem Widerstand, welche die herrschaftliche Jagdpassion durch Jahrhunderte hervorrief. In seiner epischen Weise schreibt Eckardt engagierte Geschichte — und es ist gute Geschichtsschreibung.
Die Jagd war ein Ärgernis und das Jagdprivileg die Ursache wirtschaftlicher und sozialer

Not durch Jahrhunderte. Vom späten Mittelalter bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts stand die Aufhebung der herrschaftlichen Jagdprivilegien auf dem Panier aller Aufständischen. Nicht gezählt sind die vielen kleineren Auflehnungen, Empörungen und die Wilddieberei als ein ständiges Begleitkonzert der sich zum kulturellen und sozialen Monstrum ausprägenden »Jagdgerechtigkeit«. In der Revolution 1848/49 war die »Aufhebung der Jagdgerechtigkeit für hunderttausende von Bauern wichtiger [. . .] als Freizügigkeit und Pressefreiheit« (S. 13). Wie kam es dazu? In dem Maße, in dem die Jagd im späten Mittelalter ihren funktionalen Sinn, Aufrechterhaltung der ungestörten landwirtschaftlichen Produktion und Vorbereitung für das Kriegshandwerk, verlor, wurde sie zum Kern herrschaftlicher Machtrepräsentation und adliger Selbstdarstellung. Mehr als alles andere war das Jagdprivileg ein kulturell-politisches Phänomen — die wirtschaftliche Bedeutung stand nach Aussage von Eckardt, die allerdings in manchem verkürzt scheint, in keinem nennenswerten Verhältnis zu dem Aufwand — und dessen Aufhebung eine Kulturrevolution. In einer eindrücklichen Analyse zeigt dies Eckardt etwa an der zähen und irrationalen Verteidigung der Jagdrechte durch die Mediatisierten, die in einer Mischung von romantischer Rechtfertigung und klassenmäßiger Borniertheit bis 1848 krampfhaft an »ihrem« Jagdrecht festhielten. Gerade dieser Zustand wurde Gegenstand bürgerlich-intellektueller Kritik.

Die herrschaftliche Jagdleidenschaft ist also keine anthropologische Konstante, wie dies bis heute immer wieder behauptet wird, sondern kann als eine Reaktion des Adels auf die Herausforderung der nicht-adligen Welt interpretiert werden. Jagd war in erster Linie Statussymbol, Selbstbestätigung und selbstgerechter Maßstab unproduktiven Reichtums, um den ein ganzer Kosmos von Verhaltensformen und -regeln kreiste. Sie war zweitens eine »Zuflucht vor der modernen Welt« und in diesem Sinne eine Form der Aussonderung aus den Normen der nicht-adligen Umwelt und dem stetigen Prozeß der Verbürgerlichung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens — ein Refugium der Aristokratie vor der Wirklichkeit. Jagd bedeutete drittens — von Eckardt ausnahmsweise in übermäßig komplizierter Weise so genannt — ein Mittel gegen existentielle Langeweile, d. h. ein Mittel, in einer mehr und mehr funktionsgebundenen Welt ein in sich rotierendes System der Luxusmaximierung, der Leistung ohne Produkt, zu schaffen. Schließlich war sie Ersatzhandlung und Ersatzbefriedigung.

Der geniale Handgriff dieser Arbeit besteht darin, daß diese mehr oder minder eingekapselte Welt an ihren eigenen Platz, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Landbevölkerung, zurückversetzt wird. Was den Aristokraten Selbstbestätigung und Recht war, wurde den Bauern eine drückende Last und wurde zum wachsenden Unwesen. Luxusmaximierung bedeutete für die Landbevölkerung das Halten übergroßer Wildbestände und damit Wildschaden, Jagdfronen, also Entzug von Arbeitskraft, schließlich Kriminalisierung der Gegenwehr in der Jagd- und Wildgesetzgebung und damit wohl auch Entzug eines wohlfeilen Lebensmittels. Von den Bauernkriegen bis zu den Unruhen und Revolutionen des 19. Jahrhunderts bildete die Aufhebung der Jagdgerechtigkeit ein Leitmotiv. 1848/49 brachte in dieser Hinsicht einen entscheidenden Einschnitt. Adel und Jagd wurden aufgehoben. Allerdings setzte sich eine staatlich-kommunale Kontrolle des Jagdwesens ebensowenig durch wie die völlige Freigabe der Jagd. Jagdrecht und Jagdausübung wurden vielmehr an Grundbesitz gebunden, die adlige Passion wurde im bürgerlichen Rechtsverständnis aufgehoben: »Wer in der bürgerlichen Gesellschaft in ausreichendem Maße über Eigentum verfügt, kann das Jagdausübungsrecht erwerben.« (S. 287) Soziale Hierarchie, Jagdrecht und Jagdausübung sind also nach wie vor aufs engste miteinander verknüpft.

Niemand anders als *E. P. Thompson* hat sich nach »The Making of the English Working Class« einem ganz ähnlichen Thema zugewandt, der Entstehung des berüchtigten Black Act (1723), der »Wilderei« endgültig kriminalisierte und auf eine Reihe trivialer Tatbestände die Todesstrafe aussetzte. Während Eckardt bei der Analyse ähnlicher Gesetze und Verordnun-

gen ein wohlausgewogenes Panorama entfaltet, macht Thompson gleich eingangs darauf aufmerksam, daß bereits durch seine Auswahl der Geschichten eindeutige Leitlinien gesetzt seien, daß seine Studie parteiisch sei: »Hence when I come [. . .] to look a litte sourly at Walpole, Baron Page or Lord Hardwicke, and at the legal system and Whig ideology more generally, I think it possible that I may see them much as they were to be seen at the time, by William Shorter, the Berkshire farmer, or John Huntridge, the Richmond innkeeper« (S. 16). Mit anderen Worten, Thompson rekonstruiert nicht Geschichte in ihren großen und kleinen Abläufen, sondern soziale Realität und wird damit in die Konflikte der Zeitgenossen hineingezogen und zur Stellungnahme gezwungen.

Daß der Black Act Reaktion auf einen Notstand war, hat man immer schon angenommen, da die Strafandrohung für Wilddieberei, Forstfrevel und ähnliche Vergehen — selbst gemessen an den Standards des 18. Jahrhunderts — ungewöhnlich hart ausfielen. Doch war angesichts der ungewöhnlich schlechten Quellenlage über die Art dieses Notstandes kaum etwas bekannt. Erst durch die geduldige Rekonstruktion der sozialen Wirklichkeit in und um die königlichen Forsten von Windsor, Hampshire, Enfield und Richmond gelingt es Thompson, zumindest etwas Klarheit in dieser dunklen Affäre zu schaffen. Die Unsicherheiten bestehen immer im wesentlichen darin, daß die gesamte Arbeit selbst auf der niedersten Ebene der Abstraktion — der Entfaltung kollektiver Biographien der Bewohner der Forsten — auf Konjekturen angewiesen bleibt. Die tatsächlich zu beobachtende Zunahme von Forst-»Vergehen«, insbesondere aber die Brutalisierung der traditionellen Auseinandersetzungen in den Forsten (Bestechung, Mord, Morddrohung, Brandstiftung, Zerstörung durch einzelne oder Banden etc.), läßt sich weder aus allgemein demographischen (Zunahme der Bevölkerung) noch aus allgemein ökonomischen Tendenzen (Besitzabgrenzung) erklären. Diesen Antagonismus von Interessen hatte es vielmehr schon lange gegeben, und er wirkte noch lange nach. Doch der Black Act selbst und die vorausgegangene und ihn begleitende Brutalisierung des Lebens in den Forsten reflektieren eine politische Krise im weitesten Sinne. Die Thronbesteigung der Hannoveraner und die häufige Abwesenheit des Königs, der in Hannover wesentlich wildreichere Forsten vorfand, führte zu der De-facto-Übernahme der Herrschaft durch Aristokraten in offizieller oder halboffizieller Stellung, die die alten feudalen Rechte zur Steigerung ihrer eigenen Macht und ihres Reichtums nutzten. Im Grunde gab es genug Raum und genügend Wild in den Forsten, um selbst die königliche Jagdleidenschaft zu befriedigen, jedoch zerstörte die neue und aggressive Herrenschicht der Whigs, die in das wirtschaftliche Umfeld der Forsten eindrang, die ohnedies prekäre ökologische und ökonomische Balance vollends. Auf Grund ihrer politischen Stellung verstand es diese Clique von Adeligen und Neureichen, ihre wirtschaftliche und damit indirekt wiederum ihre politische Stellung auszubauen und zu festigen. Politischer Kampf, wirtschaftliche Bereicherung und brutalisierter sozialer Konflikt waren aufs engste verzahnt. Eigentumsmehrungen als politischer Prozeß und die politische Absicherung dieses Eigentums waren die bestimmenden Hintergründe für den Black Act. Diese aggressive Form der ursprünglichen Akkumulation eskalierte bloße Wilddieberei und andere Forstvergehen in einen »Kleinkrieg«. Für einige Jahre reagierten Terror und Gegenterror in den königlichen Wäldern, deren Opfer nicht nur die Bewohner, sondern letztlich auch das Schutzobjekt selbst, der Wild- und Waldbestand, waren. Ab Mitte des Jahrhunderts hatten sich zwar die neuen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse durchgesetzt, aber gleichzeitig war auch der Wild- und Waldbestand in den Forsten drastisch gesunken, so daß an eine lohnenswerte Ausbeutung nicht mehr zu denken war.

Thompsons Buch ist in mancher Hinsicht überraschend und in einigen Belangen unbefriedigend. Im Hinblick auf die Lage der deutschen Sozialgeschichte bleibt insbesondere darauf hinzuweisen, daß es ihm gelungen ist, die Kategorie der »Politik« nahtlos in die soziale

Geschichte der Entstehung des Black Acts einzufügen, d. h. aus der sozialen Realität selbst zu entwickeln, ohne auf die bekannten geometrischen Hilfskonstruktionen angewiesen zu sein.

Michael Geyer

Leslie Bodi, Tauwetter in Wien. Zur Prosa der österreichischen Aufklärung 1781 - 1795, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1977, 512 S., Ln., 52 DM.

Während sich die Bourgeoisie in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts an die Spitze aller vom Feudalismus unterdrückten Klassen setzte und die traditionellen Gewalten revolutionär bezwang, vollzog sich der Übergang von der statischen Ständeordnung zu dem vom dynamischen Bürgertum getragenen Rechts- und Verfassungsstaat in Mitteleuropa nur allmählich und war von ständigen Rückschlägen begleitet. In der Donaumonarchie suchte Kaiser Joseph II. (1780 — 90), der von manchen Historikern als »Revolutionär auf dem Thron« angesehen wird, die Ideen der Aufklärung für seine politischen Zwecke nutzbar zu machen. Er bemühte sich um die Schaffung eines bürgerlichen Staatsbeamtentums, das nach seiner Pfeife tanzen und seine Befehle gehorsam und widerspruchslos ausführen sollte. Da seine (von außenpolitischen Erfordernissen diktierten) antikirchlichen und antifeudalen Reformen auf den Widerstand der privilegierten Stände stießen, sollte die Beamtenschaft eine neue gesellschaftliche Stütze des Kaisers bilden. Die Lockerung der Zensur in den ersten Regierungsjahren Josephs gab der neuen Intellektuellenschicht starken Auftrieb und erzeugte im Bürgertum die Illusion, die Willkürherrschaft durch Dekret von oben eindämmen und verfassungsmäßige Ziele gewaltlos erreichen zu können.

Die Literatur des Josephinismus ist von der (meist auf das protestantische Deutschland fixierten) germanistischen Forschung bisher sehr vernachlässigt worden. Der aus Ungarn stammende Literaturhistoriker Laszlo (Leslie) Bodi, der 1957 nach Australien emigrierte und heute Direktor des Germanistischen Instituts der Monash University in Melbourne ist, nennt seine im Grenzbereich zwischen Sozial- und Literaturgeschichte angesiedelte Untersuchung über die Wiener Prosaliteratur der Jahre 1781 — 95 »Tauwetter in Wien«. Seiner Meinung nach ist der (zuerst von Ilja Ehrenburg für die poststalinistische Epoche nach 1953 angewandte) Begriff des »Tauwetters« geeignet, um die Literaturpolitik des Josephinismus zu deuten und die Eigenart, Tendenzen und Begrenzung von Schriftstellern, die in einem reglementierten und bürokratisierten, aber Reformen anstrebenden Staat lebten, besser zu erkennen. »Die Wiener Prosa des josephinischen Jahrzehnts zeigt, daß in Situationen dieser Art der Literatur eine grundlegend emanzipatorische Tendenz innewohnt, daß sie aktiv und schöpferisch werden kann, sowie sie die Freiheit zur offenen Entfaltung erhält. Je drückender die alte Repression war, je bedingter die aus Gründen der politischen Expedienz oder des ökonomischen Vorteils gewährten ›Freiheiten‹ sind, desto stärker wird der Anspruch der Schriftsteller auf volle künstlerische, menschliche und auch politische Freiheit.« (S. 436)

Joseph II. erließ im Februar 1781, kurz nach seiner Thronbesteigung, ein Zensuredikt, das weitgehende Pressefreiheit verkündete und die Entstehung eines regen Literaturbetriebs ermöglichte. Die Kirchen- und Sozialreformen des Kaisers wurden von zahlreichen bürgerlichen Aufklärern, die das neue Lesepublikum mit einer Flut von Broschüren, Satiren, Romanen und anderen Literaturerzeugnissen überschwemmten, begeistert begrüßt. Dichter und Publizisten wie Aloys Blumauer, Johann Rautenstrauch, Johann Fezer, Franz Xaver Huber, Johann Pezzl, Joseph Richter und Johann Baptist Alxinger schufen die Grundlagen für viele Aspekte des späteren österreichischen literarischen und kulturellen Lebens.

Bald zeigte sich jedoch, daß zwischen Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten und den Interessen des Absolutismus unüberbrückbare Gegensätze bestanden. Der Kaiser, der die absolutistische Staatsform festigen wollte, dachte nicht daran, die alte ständische Hierarchie

Geschichte der Entstehung des Black Acts einzufügen, d. h. aus der sozialen Realität selbst zu entwickeln, ohne auf die bekannten geometrischen Hilfskonstruktionen angewiesen zu sein.

Michael Geyer

Leslie Bodi, Tauwetter in Wien. Zur Prosa der österreichischen Aufklärung 1781 - 1795, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1977, 512 S., Ln., 52 DM.

Während sich die Bourgeoisie in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts an die Spitze aller vom Feudalismus unterdrückten Klassen setzte und die traditionellen Gewalten revolutionär bezwang, vollzog sich der Übergang von der statischen Ständeordnung zu dem vom dynamischen Bürgertum getragenen Rechts- und Verfassungsstaat in Mitteleuropa nur allmählich und war von ständigen Rückschlägen begleitet. In der Donaumonarchie suchte Kaiser Joseph II. (1780 — 90), der von manchen Historikern als »Revolutionär auf dem Thron« angesehen wird, die Ideen der Aufklärung für seine politischen Zwecke nutzbar zu machen. Er bemühte sich um die Schaffung eines bürgerlichen Staatsbeamtentums, das nach seiner Pfeife tanzen und seine Befehle gehorsam und widerspruchslos ausführen sollte. Da seine (von außenpolitischen Erfordernissen diktierten) antikirchlichen und antifeudalen Reformen auf den Widerstand der privilegierten Stände stießen, sollte die Beamtenschaft eine neue gesellschaftliche Stütze des Kaisers bilden. Die Lockerung der Zensur in den ersten Regierungsjahren Josephs gab der neuen Intellektuellenschicht starken Auftrieb und erzeugte im Bürgertum die Illusion, die Willkürherrschaft durch Dekret von oben eindämmen und verfassungsmäßige Ziele gewaltlos erreichen zu können.

Die Literatur des Josephinismus ist von der (meist auf das protestantische Deutschland fixierten) germanistischen Forschung bisher sehr vernachlässigt worden. Der aus Ungarn stammende Literaturhistoriker Laszlo (Leslie) Bodi, der 1957 nach Australien emigrierte und heute Direktor des Germanistischen Instituts der Monash University in Melbourne ist, nennt seine im Grenzbereich zwischen Sozial- und Literaturgeschichte angesiedelte Untersuchung über die Wiener Prosaliteratur der Jahre 1781 — 95 »Tauwetter in Wien«. Seiner Meinung nach ist der (zuerst von Ilja Ehrenburg für die poststalinistische Epoche nach 1953 angewandte) Begriff des »Tauwetters« geeignet, um die Literaturpolitik des Josephinismus zu deuten und die Eigenart, Tendenzen und Begrenzung von Schriftstellern, die in einem reglementierten und bürokratisierten, aber Reformen anstrebenden Staat lebten, besser zu erkennen. »Die Wiener Prosa des josephinischen Jahrzehnts zeigt, daß in Situationen dieser Art der Literatur eine grundlegend emanzipatorische Tendenz innewohnt, daß sie aktiv und schöpferisch werden kann, sowie sie die Freiheit zur offenen Entfaltung erhält. Je drückender die alte Repression war, je bedingter die aus Gründen der politischen Expedienz oder des ökonomischen Vorteils gewährten ›Freiheiten‹ sind, desto stärker wird der Anspruch der Schriftsteller auf volle künstlerische, menschliche und auch politische Freiheit.« (S. 436)

Joseph II. erließ im Februar 1781, kurz nach seiner Thronbesteigung, ein Zensuredikt, das weitgehende Pressefreiheit verkündete und die Entstehung eines regen Literaturbetriebs ermöglichte. Die Kirchen- und Sozialreformen des Kaisers wurden von zahlreichen bürgerlichen Aufklärern, die das neue Lesepublikum mit einer Flut von Broschüren, Satiren, Romanen und anderen Literaturerzeugnissen überschwemmten, begeistert begrüßt. Dichter und Publizisten wie Aloys Blumauer, Johann Rautenstrauch, Johann Fezer, Franz Xaver Huber, Johann Pezzl, Joseph Richter und Johann Baptist Alxinger schufen die Grundlagen für viele Aspekte des späteren österreichischen literarischen und kulturellen Lebens.

Bald zeigte sich jedoch, daß zwischen Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten und den Interessen des Absolutismus unüberbrückbare Gegensätze bestanden. Der Kaiser, der die absolutistische Staatsform festigen wollte, dachte nicht daran, die alte ständische Hierarchie

zu beseitigen., die als Wortführer des Bürgertums auftretenden Intellektuellen hingegen überschritten die von Joseph II. gezogenen engen Grenzen und forderten ihre Leser auf, nicht mehr Objekt fremder Befehlsgewalt, sondern Subjekt eigener Entscheidungen zu sein. Der Schriftsteller Johann Pezzl definierte die Funktion der josephinischen Intelligenz in seinen »Marokkanischen Briefen« (1784): »Die Schriftsteller sind die Sachverwalter der niedergestampften Vernunft, der gekränkten Menschheit, der unterdrückten Unschuld, der entrissenen Freiheit. Sie bringen die Faustschläge der Tyrannei, die Meuchelschliche der Ränkesucht, die Schandstreiche des Fanatismus an das Licht des Tages, vor das Tribunal der Welt.«

Schon 1784 kam es zur ersten Krise des kaiserlichen Reformeifers und zur Einschränkung der Pressefreiheit. Der Machthaber, der anfänglich die Literatur für seine politischen Zwecke einsetzen wollte, erkannte, daß die obrigkeitlich tolerierte Kritik und das Engagement der Publizisten schnell in eine systembedrohende Gefahr umschlagen konnten. Wenn in einem autoritären politischen System »rebellische gesellschaftskritische Literatur nicht Teil einer großen gesellschaftlichen Umwälzung wird, bereitet ein neuer Frost ihr bald ein Ende«, konstatiert Bodi mit deutlichem Seitenblick auf das Verhältnis zwischen Politik und Literatur im Ostblock (S. 438).

Als die französische Revolution begann, war der Scheinliberalismus Josephs II. nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Kaiser verdammte die von ihm anfänglich geförderten Schriftsteller Anfang 1789 als »Scriblers, die abgeschmacktes Zeug zur Schande der sogenannten national aufkeimenden Literatur und Aufklärung hervorgebracht haben«. Von nun an wurden Lockspitzel, Geheimagenten und Provokateure, die Wirtshausgespräche belauschten und jedes offene Wort denunzierten, zu Stützen des Regimes.

Die Niederlage im Türkenkrieg und die Adelsaufstände in Ungarn und Belgien bedeuteten das Ende der josephinischen Reformpolitik. Josephs II. Nachfolger Leopold II. — einer der fähigsten Habsburger auf dem Herrscherthron — vermochte angesichts der Bedrohung der Monarchie durch die französische Revolution eine Reihe innen- und außenpolitischer Kompromisse zu schließen. Er suchte die josephinischen Intellektuellen heranzuziehen und die Unterstützung der Bürger und Bauern zu sichern, um eine regierungstreue Basis zu schaffen. Mit dem Tod Leopolds und der Thronbesteigung seines Sohnes Franz endete die Periode des »Tauwetters«. Infolge der erzkonservativen und repressiven Politik des neuen Herrschers wandelten sich viele ehemalige josephinische Intellektuelle zu radikalen Republikanern und Demokraten. Mit der Verhaftung und den geheimen Inquisitionsprozessen der Wiener (sowie der ungarischen und steirischen) »Jakobiner« wurde die Hoffnung der österreichischen fortschrittlichen Intelligenz, politische Freiheit und Gleichheit zu erringen, brutal zunichte gemacht.

Bodis Arbeit ist ein beachtlicher Beitrag zur Kenntnis einer zu Unrecht vergessenen Episode deutschsprachiger Literatur und österreichischer Sozialgeschichte. Der Band ist mit seltenen und interessanten Illustrationen versehen. Einige Auslassungen und Irrtümer, die dem Autor unterlaufen sind, sollten angemerkt werden. Klopstocks Schrift »Die Gelehrtenrepublik« erschien nicht 1783 (S. 100), sondern schon neun Jahre früher. Der zweite Vorname des Wiener Dichters und Jakobiners Prandstätter (dessen Andenken, wie Bodi nicht mitteilt, 1923 mit einer Erinnerungsplakette am Portal des Wiener Rathauses geehrt wurde) war Joseph und nicht Jakob. Es ist falsch, daß der theoretische Kopf der Wiener Jakobiner, Franz Hebenstreit von Streitenfeld, in seinem lateinischen Lehrgedicht »Homo Hominibus« sich auf kommunistische Schriften Babeufs stützte; denn dieser wurde erst 1795 zum Kommunisten, Hebenstreit schrieb jedoch sein Gedicht zwei Jahre früher. Bodi hätte Einzelheiten darüber in der Abhandlung von Franz Joseph Schuh über Hebenstreit (erschienen im Karl-Marx-Haus, Trier 1974) erfahren können; diese Studie fehlt jedoch in der Bibliographie ebenso wie die Arbeit von Herbert Rieser über das Fortleben des Josephinismus im 19.

Jahrhundert (Wien 1962). — Ob und inwieweit sich Bodis originelle, aber ahistorische »Tauwetter«-Terminologie als tragfähig und fruchtbar erweisen wird, mag dahinstehen. Chrustschow als Kaiser Joseph, Breschnew als Kaiser Franz — diese Vorstellung ist jedenfalls neu und frappierend. Walter Grab

Dirk Blasius, Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 22), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 203 S., kart., 38 DM.

Dirk Blasius kann in Anspruch nehmen, den neuen deutschen Weg in die Sozialgeschichte ohne Umschweife anzustreben. Nimmt man ihn beim Wort, so interessieren ihn weder Kriminalität — schon gar nicht die Kriminellen, die hier in ihrer rein gefilterten Form als Ausdruck gesellschaftlicher Pathologie auftreten — noch eigentlich Strafvollzug oder Strafrecht und dessen Reform, sondern dies alles als historische Konkretion des Wechselspiels zwischen Staat und Gesellschaft in den als Transformationsphase charakterisierten Jahren zwischen 1830 und 1850. Anders und praktischer ausgedrückt, untersucht er »Entstehung, Bestrafung und Verwaltung von Kriminalität« zu dem weiteren Zweck, einen Beitrag »zur Frage der Beharrungskraft politischer und gesellschaftlicher Strukturen und der von ihnen imprägnierten Wertpositionen zu leisten«. (S. 10) Eine lohnenswerte Aufgabe, zumal dies alles in kritischer Absicht zur Verbesserung der rationalen Orientierung in unserer eigenen Lebenspraxis geschieht.

Der Anstieg der Kriminalität im Vormärz — oder, genauer genommen, der anhängig gewordenen Untersuchungen — ist gemäß der Argumentation des Verfassers durch ökonomische Wechsellagen bedingt. Armut erzeugte Kriminalität, insbesondere Eigentumskriminalität, sei es zur Sicherung des Lebensunterhaltes oder in der Form eines kurzen Weges zum Wohlstand in einer Gesellschaft, in der Wohlstand als Erfolgssymbol figurierte. In dieser Zunahme von anhängigen Untersuchungen kommt damit die Verschärfung gesellschaftlicher Spannungszustände zum Ausdruck, wie dies etwa in dem Umschwingen von Eigentumsdelikten zu kollektiven Aktionen 1848 /49 sichtbar wird. An ihrem zentralen Nerv getroffen, der Erhaltung und Wahrung der Sicherheit des Eigentums, legte die bürgerliche Gesellschaft noch in statu nascendi ihre aufklärerisch-philanthropische Maske ab und begegnete dieser Gefährdung nicht mit Sozialreform, sondern mit strafrechtlicher Verbrechenskontrolle. »Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Besitzlosen« werden »den Rechtsidealen einer bürgerlichen Gesellschaft« geopfert (S. 138), die sich angesichts ihrer eigenen Schwäche in die Arme der preußischen Feudalherrschaft zurückbegab. Im Strafvollzug zeigte sich eine ähnliche Wende. Auch er geriet in eine strukturelle Krise: Bei schrumpfender ökonomischer Bedeutung der Zuchthäuser und bei steigenden Kosten angesichts der wachsenden Zahl von verurteilten Kriminellen und schließlich auf Grund der Unwilligkeit der Erwerbsgesellschaft, die im preußischen Landrecht verankerte Resozialisierung zu übernehmen, schrumpften alle Reformansätze — deren totalitäre Strategie der konstanten Überwachung offensichtlich zu kostpielig war — zur direkten physischen Repression. Wo das Zuchthaus nicht mehr den rechten Weg lehren konnte und sollte, mußte es abschrecken.

Dies alles sind beachtenswerte Gedankengänge, die zusammengefaßt eine plausible Argumentation ergeben. Nur eben ist jedes einzelne Steinchen in diesem Gedankengebäude heftig umstritten, und die Logik der Argumentation ergibt sich nicht zwingend aus dem, was der Autor beschreibt. Nehmen wir das erste Kapitel über die Entstehung der Kriminalität, so ergeben sich erhebliche Unsicherheiten der Beweisführung. Sind Kriminalität und sozialer Protest wirklich funktionale Alternativen? Eine genauere Untersuchung dieser alten Frage

Jahrhundert (Wien 1962). — Ob und inwieweit sich Bodis originelle, aber ahistorische »Tauwetter«-Terminologie als tragfähig und fruchtbar erweisen wird, mag dahinstehen. Chrustschow als Kaiser Joseph, Breschnew als Kaiser Franz — diese Vorstellung ist jedenfalls neu und frappierend. Walter Grab

Dirk Blasius, Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 22), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 203 S., kart., 38 DM.

Dirk Blasius kann in Anspruch nehmen, den neuen deutschen Weg in die Sozialgeschichte ohne Umschweife anzustreben. Nimmt man ihn beim Wort, so interessieren ihn weder Kriminalität — schon gar nicht die Kriminellen, die hier in ihrer rein gefilterten Form als Ausdruck gesellschaftlicher Pathologie auftreten — noch eigentlich Strafvollzug oder Strafrecht und dessen Reform, sondern dies alles als historische Konkretion des Wechselspiels zwischen Staat und Gesellschaft in den als Transformationsphase charakterisierten Jahren zwischen 1830 und 1850. Anders und praktischer ausgedrückt, untersucht er »Entstehung, Bestrafung und Verwaltung von Kriminalität« zu dem weiteren Zweck, einen Beitrag »zur Frage der Beharrungskraft politischer und gesellschaftlicher Strukturen und der von ihnen imprägnierten Wertpositionen zu leisten«. (S. 10) Eine lohnenswerte Aufgabe, zumal dies alles in kritischer Absicht zur Verbesserung der rationalen Orientierung in unserer eigenen Lebenspraxis geschieht.

Der Anstieg der Kriminalität im Vormärz — oder, genauer genommen, der anhängig gewordenen Untersuchungen — ist gemäß der Argumentation des Verfassers durch ökonomische Wechsellagen bedingt. Armut erzeugte Kriminalität, insbesondere Eigentumskriminalität, sei es zur Sicherung des Lebensunterhaltes oder in der Form eines kurzen Weges zum Wohlstand in einer Gesellschaft, in der Wohlstand als Erfolgssymbol figurierte. In dieser Zunahme von anhängigen Untersuchungen kommt damit die Verschärfung gesellschaftlicher Spannungszustände zum Ausdruck, wie dies etwa in dem Umschwingen von Eigentumsdelikten zu kollektiven Aktionen 1848 /49 sichtbar wird. An ihrem zentralen Nerv getroffen, der Erhaltung und Wahrung der Sicherheit des Eigentums, legte die bürgerliche Gesellschaft noch in statu nascendi ihre aufklärerisch-philanthropische Maske ab und begegnete dieser Gefährdung nicht mit Sozialreform, sondern mit strafrechtlicher Verbrechenskontrolle. »Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Besitzlosen« werden »den Rechtsidealen einer bürgerlichen Gesellschaft« geopfert (S. 138), die sich angesichts ihrer eigenen Schwäche in die Arme der preußischen Feudalherrschaft zurückbegab. Im Strafvollzug zeigte sich eine ähnliche Wende. Auch er geriet in eine strukturelle Krise: Bei schrumpfender ökonomischer Bedeutung der Zuchthäuser und bei steigenden Kosten angesichts der wachsenden Zahl von verurteilten Kriminellen und schließlich auf Grund der Unwilligkeit der Erwerbsgesellschaft, die im preußischen Landrecht verankerte Resozialisierung zu übernehmen, schrumpften alle Reformansätze — deren totalitäre Strategie der konstanten Überwachung offensichtlich zu kostpielig war — zur direkten physischen Repression. Wo das Zuchthaus nicht mehr den rechten Weg lehren konnte und sollte, mußte es abschrecken.

Dies alles sind beachtenswerte Gedankengänge, die zusammengefaßt eine plausible Argumentation ergeben. Nur eben ist jedes einzelne Steinchen in diesem Gedankengebäude heftig umstritten, und die Logik der Argumentation ergibt sich nicht zwingend aus dem, was der Autor beschreibt. Nehmen wir das erste Kapitel über die Entstehung der Kriminalität, so ergeben sich erhebliche Unsicherheiten der Beweisführung. Sind Kriminalität und sozialer Protest wirklich funktionale Alternativen? Eine genauere Untersuchung dieser alten Frage

bleibt aus, selbst der Verweis auf konträre Thesen (z. B. A.Q. Lodhi und Ch. Tilly, Urbanization, Crime, and Collective Violence in 19th-Century France, in: American Journal of Sociology 79, 1973, S. 296 - 318) fehlt. Korreliert Armut tatsächlich mit Kriminalität? Dies war eine sehr beliebte Ansicht im 19. Jahrhundert, doch Blasius versäumt, den Begriff der Armut hinreichend zu operationalisieren. Ist er etwa im Sinne absoluter Verarmung gemeint oder im Sinne eines »Wohlstandsgefälles«? Beides müßte erst noch geprüft werden. Läßt sich Kriminalität mit ökonomischen Zyklen korrelieren? Auch dies ist eine häufig zu findende These — der Autor übersieht, daß E. Renger (Kriminalität, Preis und Lohn, Leipzig 1933) für das Königreich Sachsen auf den Zusammenhang zwischen Reallohn und Kriminalität hingewiesen hat —, doch reicht das statistische Instrumentarium hier nicht aus, um zu verläßlichen Aussagen zu kommen. So bleibt es denn dabei, daß Holzdiebstähle im wesentlichen auf dem Land und andere Diebstähle — es gibt keinen Hinweis darauf, was eigentlich gestohlen wurde — im wesentlichen in der Stadt zu finden sind und daß »die ländlichen und städtischen Unterschichten an der Eigentumskriminalität überproportional beteiligt waren« (S. 43). Dies trifft wohl zu, nur stellt sich der Autor wiederum nicht der Frage, ob es sich dabei um eine Anfälligkeit der Unterschichten überhaupt oder um eine »kriminelle Klasse« innerhalb der Unterschichten gehandelt hat. Immerhin lassen die Bemerkungen über Rückfalltäter und vereinzelte Hinweise auf die Herkunft der Delinquenten dieses Problem auch im deutschen Kontext nicht uninteressant erscheinen. Dies soll genügen, um darauf zu verweisen, daß noch ein weiter Weg bis zu einigermaßen gesicherten Aussagen über die Kriminalität im Vormärz gegangen werden muß.

Nun hat die Delinquenzrate im Vormärz wohl tatsächlich zugenommen, unter anderem — was nicht genau geprüft wurde — weil der Eigentumsbegriff ausgeweitet wurde. Doch trieb dies das schwache Bürgertum tatsächlich in die Hände der vorindustriellen, junkerlichen Elite? Überraschenderweise entsprach die Strafrechtsreform von 1851 in allen wesentlichen Bestandteilen den bürgerlichen Vorstellungen, und dies bedarf einer Erklärung. Statt hier auf die Schwäche-These zurückzufallen, liegt doch eine andere Erklärung sehr viel näher: Die solidarische Protektion des Eigentums — ob Forst, Feld oder sonstige Werte — schuf einen ausreichenden Interessenkonsens, der auch politische Spannungen überdauerte. In der Tat war die Strafrechtsreform von 1851 ein Sieg der auf Eigentum basierenden Erwerbsgesellschaft, die bürgerliche und adlig-aristokratische Interessen verband. Von hier aus ließe sich immer noch auf preußische Sonderheiten verweisen, doch sollte man sie nicht suchen.

Michael Geyer

Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert. Acht Gespräche der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, hrsg. von Wilhelm Treue und Kurt Mauel (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 2 u. 3; »Forschungsunternehmen Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), 2 Teile, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, VIII, VII + 947 S., kart., 198 DM.

Die beiden hier vorzustellenden Bände enthalten annähernd 50 Referate aus 8 wissenschaftlichen Gesprächen, die seit 1963 vom Verein Deutscher Ingenieure und der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik veranstaltet wurden. Anreger und materieller Förderer des gesamten Vorhabens war die Fritz Thyssen Stiftung mit ihrem »Forschungsunternehmen Neunzehntes Jahrhundert«. Die Vorträge der drei ersten dieser Gespräche erschienen bereits in der Zeitschrift »Technikgeschichte«, und zwar ab Bd. 32, 1965, Nr. 2. Die späteren Referate wurden als Erstdruck in der

bleibt aus, selbst der Verweis auf konträre Thesen (z. B. A.Q. Lodhi und Ch. Tilly, Urbanization, Crime, and Collective Violence in 19th-Century France, in: American Journal of Sociology 79, 1973, S. 296 - 318) fehlt. Korreliert Armut tatsächlich mit Kriminalität? Dies war eine sehr beliebte Ansicht im 19. Jahrhundert, doch Blasius versäumt, den Begriff der Armut hinreichend zu operationalisieren. Ist er etwa im Sinne absoluter Verarmung gemeint oder im Sinne eines »Wohlstandsgefälles«? Beides müßte erst noch geprüft werden. Läßt sich Kriminalität mit ökonomischen Zyklen korrelieren? Auch dies ist eine häufig zu findende These — der Autor übersieht, daß E. Renger (Kriminalität, Preis und Lohn, Leipzig 1933) für das Königreich Sachsen auf den Zusammenhang zwischen Reallohn und Kriminalität hingewiesen hat —, doch reicht das statistische Instrumentarium hier nicht aus, um zu verläßlichen Aussagen zu kommen. So bleibt es denn dabei, daß Holzdiebstähle im wesentlichen auf dem Land und andere Diebstähle — es gibt keinen Hinweis darauf, was eigentlich gestohlen wurde — im wesentlichen in der Stadt zu finden sind und daß »die ländlichen und städtischen Unterschichten an der Eigentumskriminalität überproportional beteiligt waren« (S. 43). Dies trifft wohl zu, nur stellt sich der Autor wiederum nicht der Frage, ob es sich dabei um eine Anfälligkeit der Unterschichten überhaupt oder um eine »kriminelle Klasse« innerhalb der Unterschichten gehandelt hat. Immerhin lassen die Bemerkungen über Rückfalltäter und vereinzelte Hinweise auf die Herkunft der Delinquenten dieses Problem auch im deutschen Kontext nicht uninteressant erscheinen. Dies soll genügen, um darauf zu verweisen, daß noch ein weiter Weg bis zu einigermaßen gesicherten Aussagen über die Kriminalität im Vormärz gegangen werden muß.

Nun hat die Delinquenzrate im Vormärz wohl tatsächlich zugenommen, unter anderem — was nicht genau geprüft wurde — weil der Eigentumsbegriff ausgeweitet wurde. Doch trieb dies das schwache Bürgertum tatsächlich in die Hände der vorindustriellen, junkerlichen Elite? Überraschenderweise entsprach die Strafrechtsreform von 1851 in allen wesentlichen Bestandteilen den bürgerlichen Vorstellungen, und dies bedarf einer Erklärung. Statt hier auf die Schwäche-These zurückzufallen, liegt doch eine andere Erklärung sehr viel näher: Die solidarische Protektion des Eigentums — ob Forst, Feld oder sonstige Werte — schuf einen ausreichenden Interessenkonsens, der auch politische Spannungen überdauerte. In der Tat war die Strafrechtsreform von 1851 ein Sieg der auf Eigentum basierenden Erwerbsgesellschaft, die bürgerliche und adlig-aristokratische Interessen verband. Von hier aus ließe sich immer noch auf preußische Sonderheiten verweisen, doch sollte man sie nicht suchen.

Michael Geyer

Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert. Acht Gespräche der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, hrsg. von Wilhelm Treue und Kurt Mauel (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 2 u. 3; »Forschungsunternehmen Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), 2 Teile, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, VIII, VII + 947 S., kart., 198 DM.

Die beiden hier vorzustellenden Bände enthalten annähernd 50 Referate aus 8 wissenschaftlichen Gesprächen, die seit 1963 vom Verein Deutscher Ingenieure und der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik veranstaltet wurden. Anreger und materieller Förderer des gesamten Vorhabens war die Fritz Thyssen Stiftung mit ihrem »Forschungsunternehmen Neunzehntes Jahrhundert«. Die Vorträge der drei ersten dieser Gespräche erschienen bereits in der Zeitschrift »Technikgeschichte«, und zwar ab Bd. 32, 1965, Nr. 2. Die späteren Referate wurden als Erstdruck in der

zur genannten Zeitschrift gehörigen Schriftenreihe »Technikgeschichte in Einzeldarstellungen« veröffentlicht, und zwar in den Jahren 1968 bis 1974. Die Referate der 9. und letzten dieser Tagungen im April 1973 erschienen, ohne daß eine Erklärung dafür vorläge, weder hier noch dort.
Der Vorteil des Sammelbandes ist unverkennbar: Interessierte Kreise erhalten einen ziemlich geschlossenen Überblick über die Entwicklung einzelner Natur- und Technikwissenschaften im 19. Jahrhundert, darunter nicht nur der Physik und Chemie, sondern auch der Biologie, der Physiologie, der Elektrotechnik, der Petrographie, des Markscheidewesens usw. Tatsächlich fanden die hier zum zweiten Male veröffentlichten Vorträge dann auch sofort Beachtung. Man vergleiche die Zitate im siebten »Report Wissenschaftsforschung« des Forschungsschwerpunktes Wissenschaftsforschung der Universität Bielefeld.

Für den Rezensenten bleibt zunächst die Feststellung, daß Referate zur Geschichte der Natur- und Technikwissenschaften, die im Verlaufe von 10 Jahren vorgetragen wurden, selbst einen Teil der Wissenschaftsgeschichte repräsentieren. Eine soziologische Analyse der entsprechend engagierten »scientific community« und der Formen ihrer Integration und Desintegration könnte wieder neue Aufschlüsse bieten. *Wilhelm Treue* als einer der beiden Herausgeber hat in einer Einleitung und einer kurzen, partiell resignierten Schlußbemerkung die Hauptprobleme und Schwierigkeiten skizziert, die sich im Verlaufe des optimistisch begonnenen Unternehmens ergaben, die Wissenschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts »in den Griff« zu bekommen. Wenn Treues Aussagen im folgenden kurz referiert werden, dann vor allem deshalb, weil der Rezensent es nicht als seine Aufgabe ansehen kann, jene Zusammenfassungen und Strukturierungen vorzunehmen, die im Hinblick auf ein neues, erweitertes Geschichtsbild des 19. Jahrhunderts von größtem Allgemeininteresse wären, aber auch nach 50 Vorträgen (noch) jenes Desiderat geblieben sind, das sich nach den ersten Veranstaltungen schon abzeichnete.
Nach dem dritten Gespräch über Wissenschaftsgeschichte schrieb der bald darauf verstorbene Kölner Philosoph *Paul Wilpert*, der die ersten Veranstaltungen im Stile eines Polyhistors energisch gesteuert und geleitet hatte, über die Unmöglichkeit, in der Konfrontation mit zahlreichen Einzeldisziplinen und singulären Entwicklungsgängen schnell zu generalisierenden Aussagen zu kommen. Die Weichen für alle nachfolgenden Referate wurden damals in der Weise gestellt, daß philosophische Überlegungen abwarten müßten, um zunächst »dem Ringen um neue Einsichten in den einzelnen Teilgebieten von Naturwissenschaft und Technik nachzugehen« (S. 14).

Auch *Treue* monierte seinerzeit, daß noch nichts Fundamentales, Wesentliches aus der Geschichte der Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert herausgekommen sei und »beinahe von vornherein« auf einen Abschluß nach Art der Enzyklopädie von Diderot und d'Alembert verzichtet werde (S. 18). Die offene Hauptfrage blieb weiterhin, an welcher Stelle die Ergebnisse der Gespräche »allgemeingeschichtlich« relevant werden könnten. Treues Vorschlag, die 20 Arbeitskreise, welche die Thyssen-Stiftung für die Aufarbeitung des 19. Jahrhunderts aufgeboten hatte, zu verstärkter Kooperation zu bringen, fand keine Unterstützung. Noch mehr Disziplinen hätten das fehlende Verständnis der Wissenschaftshistoriker untereinander vielleicht auch gar nicht verbessert. Die Arbeit mit der Tendenz des l'art pour l'art wurde fortgesetzt, denn niemand sah sich anscheinend imstande, angesichts eigener, zugegebener Unkenntnis über wichtige Entwicklungen der Nachbardisziplinen schon das Übergreifende, allen Gemeinsame zu entdecken und die Geschichte der Natur- und Technikwissenschaften »in die normale historische Betrachtung« hineinzuzwingen und nicht einfach darüber hinwegzugehen (S. 24). Die hier stark verkürzten Probleme wurden in den Veranstaltungsfolgen immer wieder angesprochen, aber nicht gelöst, obwohl auch der Düsseldorfer Philosoph *A. Diemer* 1969 in Essen noch einmal Thesen unterbreitete, die den Wissenschaftsbegriff des 19. Jahrhunderts in toto betrafen und eine Art Interpretationsraster entwickelten. Bei alle-

dem kann der Rezensent nur auf *Treues* Schlußbemerkung verweisen, die einige spezifische Ergebnisse aufzeigt, die einer gegenwärtigen (anders vorgehenden) und zukünftigen Wissenschaftsforschung ebenso zur Verfügung stehen wie der allgemeinen, um theoretische Fundierungen bemühten Geschichtswissenschaft: Am Ende der Vortragsreihe stehen mehr als 900 Seiten mit neuem Forschungsmaterial, teilweise weiterführenden Literaturangaben und zahllosen Informationen über die Entwicklung einzelner Natur- und Technikwissenschaften im 19. Jahrhundert, über Fragen der Wissenschaftsorganisation und über Verbindungsstränge zwischen Wissenschaften, Handwerk und Industrie. Der Herausgeber Treue erhofft sich eine anregende Wirkung und deutet nur bescheiden an, was die beiden Bände auch sein wollen und sicherlich auch sein können: eine Herausforderung der allgemeinen Geschichtswissenschaft.

Karl-Heinz Ludwig

Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789, hrsg. von Gilbert Ziebura unter Mitwirkung von Heinz-Gerhard Haupt (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 76, Geschichte), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975, 392 S., brosch., 32 DM; Ln., 44 DM.

Das Vorwort zu dem vorliegenden Sammelband mit seinem anspruchsvollen Titel nimmt mögliche Kritik vorweg, indem es deutlich macht, daß es unmöglich ist, sämtliche Aspekte der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789 in einem solchen Sammelband zu berücksichtigen. Von besonderer Bedeutung für die Konzeption des Bandes war es, zu verdeutlichen, was unter der Geschichte einer nationalen Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen ist. In erster Linie gehört zu dieser Konzeption die Forderung nach Interdisziplinarität, und zwar als Folge der Überzeugung, daß eine Geschichte von Wirtschaft und Gesellschaft zwangsläufig Totalgeschichte sein müsse, »da Gesellschaft nur als integrale und integrierte Summe aller hier spezifisch ökonomischen, soziologischen, ideologischen und politisch-institutionellen Segmente denkbar ist« (S.11). Nur ein solch umfassender Ansatz scheint den Zugriff zu dem zu erlauben, was man als »Bewegungsgesetz« einer Gesellschaft bezeichnen kann, d. h. als ihre inneren Strukturen und langzeitlichen Entwicklungsmodalitäten, hauptsächlich auch im Hinblick auf die immer weiter fortschreitende Interdependenz aller Lebensbereiche. Inwieweit dem optimalen Ziel einer Totalgeschichte durch einen dialektisch-materialistischen oder einen strukturgeschichtlichen Ansatz näher zu kommen ist, sei primär nicht so wichtig, entscheidend sei der sowohl von Marxisten wie von Strukturhistorikern gemeinsam geführte »Kampf gegen die sachlich und theoretisch widersinnige Fraktionierung von Realitäten«. Indem die damit verbundenen wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen als ebenso steril wie anachronistisch verworfen werden, enthält der vorliegende Band — der sich den methodologischen und theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Geschichtswissenschaft verpflichtet fühlt — auch eine programmatische Zielsetzung. Sie besteht darin, den für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte relevanten marxistischen »Ansatz« so ernst zu nehmen, wie es in Frankreich schon lange selbstverständlich und im besten Sinne Tradition ist. Neben dem Wunsch, mit diesem Band wissenschaftstheoretische Schranken abzubauen, sollen auch gleichzeitig wissenschaftssystematische Grenzen überschritten werden, indem Beiträge sowohl von Historikern wie auch von Ökonomen, Cliometrikern, Soziologen und Politologen veröffentlicht werden. Schließlich verfolgt der Band auch einen didaktischen Zweck. Er will, wie dann in der Einleitung ausführlich begründet wird, zur Rezeption der Methodendiskussion und Ergebnisse der französischen Geschichts- und Sozialwissenschaften beitragen. Dabei werden u. a. auch Wirkung und Bedeutung der »Annales«-Schule diskutiert sowie der Angriff von Dieter Groh auf deren Geschichtsverständnis aufgegriffen (S.19 f.), diskutiert wird aber auch

dem kann der Rezensent nur auf *Treues* Schlußbemerkung verweisen, die einige spezifische Ergebnisse aufzeigt, die einer gegenwärtigen (anders vorgehenden) und zukünftigen Wissenschaftsforschung ebenso zur Verfügung stehen wie der allgemeinen, um theoretische Fundierungen bemühten Geschichtswissenschaft: Am Ende der Vortragsreihe stehen mehr als 900 Seiten mit neuem Forschungsmaterial, teilweise weiterführenden Literaturangaben und zahllosen Informationen über die Entwicklung einzelner Natur- und Technikwissenschaften im 19. Jahrhundert, über Fragen der Wissenschaftsorganisation und über Verbindungsstränge zwischen Wissenschaften, Handwerk und Industrie. Der Herausgeber Treue erhofft sich eine anregende Wirkung und deutet nur bescheiden an, was die beiden Bände auch sein wollen und sicherlich auch sein können: eine Herausforderung der allgemeinen Geschichtswissenschaft.

Karl-Heinz Ludwig

Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789, hrsg. von Gilbert Ziebura unter Mitwirkung von Heinz-Gerhard Haupt (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 76, Geschichte), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975, 392 S., brosch., 32 DM; Ln., 44 DM.

Das Vorwort zu dem vorliegenden Sammelband mit seinem anspruchsvollen Titel nimmt mögliche Kritik vorweg, indem es deutlich macht, daß es unmöglich ist, sämtliche Aspekte der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789 in einem solchen Sammelband zu berücksichtigen. Von besonderer Bedeutung für die Konzeption des Bandes war es, zu verdeutlichen, was unter der Geschichte einer nationalen Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen ist. In erster Linie gehört zu dieser Konzeption die Forderung nach Interdisziplinarität, und zwar als Folge der Überzeugung, daß eine Geschichte von Wirtschaft und Gesellschaft zwangsläufig Totalgeschichte sein müsse, »da Gesellschaft nur als integrale und integrierte Summe aller hier spezifisch ökonomischen, soziologischen, ideologischen und politisch-institutionellen Segmente denkbar ist« (S.11). Nur ein solch umfassender Ansatz scheint den Zugriff zu dem zu erlauben, was man als »Bewegungsgesetz« einer Gesellschaft bezeichnen kann, d. h. als ihre inneren Strukturen und langzeitlichen Entwicklungsmodalitäten, hauptsächlich auch im Hinblick auf die immer weiter fortschreitende Interdependenz aller Lebensbereiche. Inwieweit dem optimalen Ziel einer Totalgeschichte durch einen dialektisch-materialistischen oder einen strukturgeschichtlichen Ansatz näher zu kommen ist, sei primär nicht so wichtig, entscheidend sei der sowohl von Marxisten wie von Strukturhistorikern gemeinsam geführte »Kampf gegen die sachlich und theoretisch widersinnige Fraktionierung von Realitäten«. Indem die damit verbundenen wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen als ebenso steril wie anachronistisch verworfen werden, enthält der vorliegende Band — der sich den methodologischen und theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Geschichtswissenschaft verpflichtet fühlt — auch eine programmatische Zielsetzung. Sie besteht darin, den für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte relevanten marxistischen »Ansatz« so ernst zu nehmen, wie es in Frankreich schon lange selbstverständlich und im besten Sinne Tradition ist. Neben dem Wunsch, mit diesem Band wissenschaftstheoretische Schranken abzubauen, sollen auch gleichzeitig wissenschaftssystematische Grenzen überschritten werden, indem Beiträge sowohl von Historikern wie auch von Ökonomen, Cliometrikern, Soziologen und Politologen veröffentlicht werden. Schließlich verfolgt der Band auch einen didaktischen Zweck. Er will, wie dann in der Einleitung ausführlich begründet wird, zur Rezeption der Methodendiskussion und Ergebnisse der französischen Geschichts- und Sozialwissenschaften beitragen. Dabei werden u. a. auch Wirkung und Bedeutung der »Annales«-Schule diskutiert sowie der Angriff von Dieter Groh auf deren Geschichtsverständnis aufgegriffen (S.19 f.), diskutiert wird aber auch

die unterschiedliche Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Deutschland und Frankreich, wobei die Erklärung sicherlich in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu suchen ist, unter denen die divergierende Emanzipation der Bourgeoisie eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt (S. 20).

Die unterschiedlichen Beiträge des Bandes — die hier nicht einzeln angeführt werden — sind durch die Zuordnung zu vier thematischen Teilen strukturiert. Der erste Teil enthält Beiträge zur Historiographie, Methodologie und Theorie. Diese Beiträge spiegeln die Entwicklung der französischen Geschichtswissenschaft bis Mitte der 1960er Jahre wider, wobei einerseits der starke Einfluß der »Annales«-Schule deutlich wird, andererseits aber auch ein neuerwachtes historiographisches Interesse, das sich z. B. in einer regelrechten Benedetto-Croce-Renaissance zeigt (S. 36). Neben dem Versuch, die französische Geschichte zu »entzentralisieren« (durch eine genauere Erfassung der sozioökonomischen Realitäten in den Regionen), »Mentalitäten« und kulturelle Normen zu studieren, geht es immer wieder um das Problem der Vermittlung von Ereignis und Struktur. Gerade dieses Problem der Koordinierung von erzählender und konzeptueller Geschichtsschreibung, »die dialektische Versöhnung von Ereignis und Struktur bleibt für Bürgerliche und Marxisten die große theoretische Aufgabe der Gegenwart« (S. 37).

Der zweite Teil enthält Beiträge zur Struktur und Entwicklung des französischen Wirtschaftssystems. Wenn auch die Wirtschaftsgeschichte in Frankreich seit 1945 erhebliche Fortschritte gemacht hat, so sind doch wichtige Problemkreise bis heute kaum behandelt worden. So gibt es kaum Arbeiten über die Finanzgeschichte und Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierungen, aber auch die Entwicklung des Handels, der Technik oder etwa des Dienstleistungsgewerbes sind weithin unbekannt. Die Mehrzahl der Arbeiten konzentriert sich auf Analysen des Ancien Régime und des 19. Jahrhunderts. Aufgrund dieses Forschungsstandes wurden im vorliegenden Teil des Bandes vornehmlich Beiträge aufgenommen, die im Zusammenhang mit der Diskussion um Periodisierung und Quantifizierung des ökonomischen Wachstums stehen. Diese wachstumstheoretischen Ansätze der Ökonomen unterscheiden sich von historischen Untersuchungen des wirtschaftlichen Wachstums insofern, als sie weder Modellbildung noch Prospektiven intendieren (S. 93).

Der dritte Teil gilt dann der Entwicklung der sozialen Klassen, wobei nicht zufällig alle Beiträge dieses Teils die Zeit von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg behandeln (S. 184). In dieser Zeit bildete sich jener spezifisch französische Typ von Gesellschaft heraus, »in der ein Teil der ökonomischen Macht in den Händen einer modernen Fraktion der Großbourgeoisie liegt, aber das massenweise Fortbestehen von Kleinbesitz und Kleinbetrieb der Klein- und Mittelbourgeoisie die politische Macht gibt« (ebda.). An einem Beitrag über das »Milieu« der Gymnasiallehrer als gesellschaftlicher Mikrokosmos innerhalb der Mittelbourgeoisie wird z. B. nicht nur die Klassenfunktion des humanistischen Bildungsideals deutlich, sondern auch der von einer wirklichen Demokratisierung weit entfernte »Republikanismus« der »Belle Epoque«.

Wenn auch die Geschichte der französischen Arbeiterklasse und des Sozialismus schon lange ein bevorzugtes Feld der nationalen und internationalen Forschung war, so sind in der letzten Zeit vornehmlich Streikanalysen sowie Betriebs- bzw. lokale Monographien der Arbeiterklasse stärker in den Vordergrund getreten (S. 185).

Der vierte und letzte Teil des Sammelbandes schließlich umfaßt Beiträge zur Ideologie und Herrschaftsstruktur. In der Vorbemerkung zu den für diesen Bereich ausgewählten Beiträgen muß konstatiert werden, daß im Vergleich zur Fülle und zum Methodenreichtum der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Untersuchungen die Studien über Ideologien oder das politische System in Frankreich weitgehend blaß und einfallslos wirken (S. 268). Aus diesem Grund erscheinen die ausgewählten Beiträge u. a. über politische Gewalt und soziale Klasse (am Beispiel der Französischen Revolution), interne Faktoren des französischen Hochimpe-

rialismus 1871 — 1914, Tradition und Innovation in der französischen Verwaltung ohne direkten Bezug zueinander und hätten auch anderen thematischen Teilen des sonst so gelungenen Bandes zugeordnet werden können. Beatrix W. Bouvier

Heinz Steinert / Hubert Treiber, Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich (= Studienbücher zur Sozialwissenschaft, Bd. 28), Westdeutscher Verlag, Opladen 1975, 102 S., Folieneinband, 12 DM.

Die Revolution von 1848 in Frankreich wurde sowohl von Karl Marx als auch von Lorenz von Stein und Alexis de Tocqueville ausführlich interpretiert. Der in der vorliegenden kleinen soziologischen Studie unternommene Vergleich der drei Interpretationen wirft ein Problem auf, das nach Meinung der Verfasser von besonderem Interesse ist: Die drei untersuchten Autoren sind einerseits Repräsentanten unterschiedlicher theoretischer und politischer Positionen und vertreten einen jeweils eigenständigen theoretischen Ansatz (in der vorliegenden Arbeit als »Theorie des sozialen Wandels« bezeichnet, S.7), erreichen aber andererseits in ihren Revolutionsanalysen einen relativ hohen Grad an Übereinstimmung in der Interpretation. Dies gelte sowohl für den »singulären Geschehensablauf« als auch für die historischen »Schlüsselereignisse«, d. h. für die für die jeweiligen Revolutionsanalysen ausgewählten und für den Verlauf der Revolution von 1848 als markant geltenden Ereignisse. Nach Meinung der Verfasser besteht zwischen den drei diskutierten »Theorien des sozialen Wandels« und der Interpretation der »Schlüsselereignisse« ein expliziter Zusammenhang, der durch einen besonders herausgestellten »Leitgedanken« (Paradigma) (S. 7) dokumentiert werde.
Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Theorien der drei Klassiker unter *soziologischem* Aspekt; es geht nicht um Marx, von Stein und Tocqueville als Geschichtsphilosophen und Politiker. Das Beispiel der drei nebeneinandergestellten Systeme soll vornehmlich dazu dienen, bestimmte wissenschaftstheoretische Vorstellungen über die Vorgehensweise in der Soziologie zu verifizieren (S. 12). So steht z. B. die weitgehend identische Interpretation der drei theoretischen Systeme des konkreten historischen Ablaufs im Widerspruch zu den Vorstellungen und Anschauungen (von Popper), daß »Beobachtung« durch »Theorie« kontrolliert werde, daß die Entwicklung von Theorien im Testen von Hypothesen bestehe und daß wissenschaftlicher Fortschritt dadurch erreicht werde, daß falsifizierte Theorien ausgeschieden würden (S. 12).
In der Untersuchung werden zunächst die Umrisse der drei Theorien skizziert, wobei für Karl Marx gesondert die Ausdifferenzierung der Klassentheorien in den Frankreich-Schriften behandelt wird (S. 15 f.), um dann die Interpretation der »Schlüsselereignisse« anhand einer Zeittafel zu vergleichen und schließlich danach zu fragen, wie das konstatierte hohe Ausmaß an Übereinstimmung bei den drei Revolutionsanalysen zustande kommt (S. 49). Als Voraussetzung dafür werden folgende Gründe angegeben (S. 61): Die drei Klassiker haben aus der Vielzahl der dem Revolutionsverlauf zuzurechnenden Daten einige »Schlüsselereignisse« ausgewählt und bei dieser Selektion annähernd Übereinstimmung erzielt, d. h. die Rangfolge der für die Revolution als bedeutend gewerteten Ereignisse ist nahezu identisch. Diese Auswahl bestimmt weitgehend den deskriptiven Teil der jeweiligen Analyse; wird diese verlassen, so bedient sich die Analyse plausibler Argumente, deren Austauschbarkeit davon herrühre, daß sich in ihnen die damals »herrschende Meinung« widerspiegle. Schließlich verwenden alle drei Klassiker in ihren Revolutionsanalysen häufig dieselben Kategorien, was z. B. in der Benutzung des Klassenbegriffs zum Ausdruck komme, wobei jedoch der unterschiedliche Bedeutungsgehalt des Klassenbegriffs berücksichtigt werden muß, denn nur Marx und von Stein kennen und beschreiben den Zustand der »Klasse für sich«. Der Unter-

rialismus 1871 — 1914, Tradition und Innovation in der französischen Verwaltung ohne direkten Bezug zueinander und hätten auch anderen thematischen Teilen des sonst so gelungenen Bandes zugeordnet werden können. Beatrix W. Bouvier

Heinz Steinert / Hubert Treiber, Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich (= Studienbücher zur Sozialwissenschaft, Bd. 28), Westdeutscher Verlag, Opladen 1975, 102 S., Folieneinband, 12 DM.

Die Revolution von 1848 in Frankreich wurde sowohl von Karl Marx als auch von Lorenz von Stein und Alexis de Tocqueville ausführlich interpretiert. Der in der vorliegenden kleinen soziologischen Studie unternommene Vergleich der drei Interpretationen wirft ein Problem auf, das nach Meinung der Verfasser von besonderem Interesse ist: Die drei untersuchten Autoren sind einerseits Repräsentanten unterschiedlicher theoretischer und politischer Positionen und vertreten einen jeweils eigenständigen theoretischen Ansatz (in der vorliegenden Arbeit als »Theorie des sozialen Wandels« bezeichnet, S.7), erreichen aber andererseits in ihren Revolutionsanalysen einen relativ hohen Grad an Übereinstimmung in der Interpretation. Dies gelte sowohl für den »singulären Geschehensablauf« als auch für die historischen »Schlüsselereignisse«, d. h. für die für die jeweiligen Revolutionsanalysen ausgewählten und für den Verlauf der Revolution von 1848 als markant geltenden Ereignisse. Nach Meinung der Verfasser besteht zwischen den drei diskutierten »Theorien des sozialen Wandels« und der Interpretation der »Schlüsselereignisse« ein expliziter Zusammenhang, der durch einen besonders herausgestellten »Leitgedanken« (Paradigma) (S. 7) dokumentiert werde.
Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Theorien der drei Klassiker unter *soziologischem* Aspekt; es geht nicht um Marx, von Stein und Tocqueville als Geschichtsphilosophen und Politiker. Das Beispiel der drei nebeneinandergestellten Systeme soll vornehmlich dazu dienen, bestimmte wissenschaftstheoretische Vorstellungen über die Vorgehensweise in der Soziologie zu verifizieren (S. 12). So steht z. B. die weitgehend identische Interpretation der drei theoretischen Systeme des konkreten historischen Ablaufs im Widerspruch zu den Vorstellungen und Anschauungen (von Popper), daß »Beobachtung« durch »Theorie« kontrolliert werde, daß die Entwicklung von Theorien im Testen von Hypothesen bestehe und daß wissenschaftlicher Fortschritt dadurch erreicht werde, daß falsifizierte Theorien ausgeschieden würden (S. 12).
In der Untersuchung werden zunächst die Umrisse der drei Theorien skizziert, wobei für Karl Marx gesondert die Ausdifferenzierung der Klassentheorien in den Frankreich-Schriften behandelt wird (S. 15 f.), um dann die Interpretation der »Schlüsselereignisse« anhand einer Zeittafel zu vergleichen und schließlich danach zu fragen, wie das konstatierte hohe Ausmaß an Übereinstimmung bei den drei Revolutionsanalysen zustande kommt (S. 49). Als Voraussetzung dafür werden folgende Gründe angegeben (S. 61): Die drei Klassiker haben aus der Vielzahl der dem Revolutionsverlauf zuzurechnenden Daten einige »Schlüsselereignisse« ausgewählt und bei dieser Selektion annähernd Übereinstimmung erzielt, d. h. die Rangfolge der für die Revolution als bedeutend gewerteten Ereignisse ist nahezu identisch. Diese Auswahl bestimmt weitgehend den deskriptiven Teil der jeweiligen Analyse; wird diese verlassen, so bedient sich die Analyse plausibler Argumente, deren Austauschbarkeit davon herrühre, daß sich in ihnen die damals »herrschende Meinung« widerspiegle. Schließlich verwenden alle drei Klassiker in ihren Revolutionsanalysen häufig dieselben Kategorien, was z. B. in der Benutzung des Klassenbegriffs zum Ausdruck komme, wobei jedoch der unterschiedliche Bedeutungsgehalt des Klassenbegriffs berücksichtigt werden muß, denn nur Marx und von Stein kennen und beschreiben den Zustand der »Klasse für sich«. Der Unter-

schied zu Tocqueville sei keineswegs zufällig und rühre daher, daß Tocqueville dem Proletariat im Rahmen seiner Theorie keine entscheidende Position bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugewiesen habe. Diese Rolle könne das Proletariat aber auch erst dann übernehmen, wenn es sich seiner Rolle bewußt geworden sei, d. h. also, den Zustand der »Klasse für sich« erreicht habe.
An diesem Beispiel wird schließlich deutlich, daß die Übereinstimmung der Revolutionsanalyse abnimmt, je weiter die Ebene der Deskription verlassen wird. Mit zunehmendem Abstraktionsgrad machen sich auch die Implikationen der jeweiligen »Theorien des sozialen Wandels« bemerkbar. Demonstriert wird dies an dem Problem der Ablösung der politischen Revolution durch die soziale Revolution und dem unterschiedlichen Stellenwert, der gerade der sozialen Revolution zugeschrieben wird: Bei Marx hebt die »proletarische Revolution« die die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Widersprüche auf und leitet den Zustand der klassenlosen Gesellschaft ein; bei Lorenz von Stein trägt gerade die »proletarische Revolution« zur vollen Entwicklung dieser Widersprüche bei, die erst durch die »soziale Reform« aufgehoben werden können; für Tocqueville schließlich wird das die bürgerliche Gesellschaft bedrohende Prinzip der Egalisierung in der »sozialen Revolution« wirksam, ein Prinzip, das zugleich auch die »demokratische Bewegung« kennzeichnet. Erst im zunehmenden Abstraktionsprozeß wird also das spezifische Interesse des jeweiligen Autors deutlich, d. h. die Revolutionsanalyse wird zum Beleg einer ganz bestimmten normativen, zukunftsweisenden Idee: Klassenherrschaft, Gesellschaftsordnung des gegenseitigen Interesses und nivellierende Bewegung der demokratischen Revolution (S. 63). Nach Meinung der Verfasser soll gerade dieser Vorgang zeigen, daß eine vom sozialen (bzw. instrumentellen) Kontext separierte »dritte Welt« objektiven Wissens weder konstruiert werden kann noch abrufbereit verfügbar ist.

Beatrix W. Bouvier

Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 23), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 412 S., kart., 64 DM.

Im vorliegenden Band sind zehn Aufsätze des Verfassers zusammengestellt, die ursprünglich 1961 — 1975 erschienen sind und so scheinbar heterogene thematische Bereiche umfassen wie die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Geschichte deutscher und europäischer Parteien, die Entwicklung des Parlamentarismus, britische Verfassungs- und Sozialgeschichte. Gleichwohl durchzieht diesen Band eine grundlegende Fragestellung, die — mit unterschiedlicher Intensität — in allen Beiträgen aufgenommen wird, nämlich die nach den historischen Vorbelastungen und Restriktionen für die Entfaltung eines funktionierenden parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland. Den Ausgangs- und Angelpunkt nehmen dabei Analysen von Gesellschaft und Verfassung des Bismarckreiches ein.
Der Verfasser ist Max Weber verpflichtet, der scharfsinnig die mangelnde Synchronisation von wirtschaftlicher und politischer Entwicklung, wie sie in der Konzentration politischer Macht in der ökonomisch gegenüber dem Bürgertum sinkenden Klasse der Großgrundbesitzer des Ostens zum Ausdruck kam, schon früh erkannt hatte. Diese Problematik ist seit den 1960er Jahren von Angehörigen einer jüngeren Historikergeneration immer wieder variiert, vertieft und weiter entfaltet worden. Und auch Ritter reflektiert diesen Strukturdefekt des Bismarckreiches, der so schwerwiegende Folgen für die weitere deutsche Geschichte hatte, nämlich die zu enge soziale Basis der herrschenden Schichten und die politische Schwäche des Bürgertums. Das Mißverhältnis von ökonomischer und politischer Macht wurde durch die Industrialisierung immer krasser, Klassengegensätze und Konflikte verschärften sich.

schied zu Tocqueville sei keineswegs zufällig und rühre daher, daß Tocqueville dem Proletariat im Rahmen seiner Theorie keine entscheidende Position bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugewiesen habe. Diese Rolle könne das Proletariat aber auch erst dann übernehmen, wenn es sich seiner Rolle bewußt geworden sei, d. h. also, den Zustand der »Klasse für sich« erreicht habe.
An diesem Beispiel wird schließlich deutlich, daß die Übereinstimmung der Revolutionsanalyse abnimmt, je weiter die Ebene der Deskription verlassen wird. Mit zunehmendem Abstraktionsgrad machen sich auch die Implikationen der jeweiligen »Theorien des sozialen Wandels« bemerkbar. Demonstriert wird dies an dem Problem der Ablösung der politischen Revolution durch die soziale Revolution und dem unterschiedlichen Stellenwert, der gerade der sozialen Revolution zugeschrieben wird: Bei Marx hebt die »proletarische Revolution« die die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Widersprüche auf und leitet den Zustand der klassenlosen Gesellschaft ein; bei Lorenz von Stein trägt gerade die »proletarische Revolution« zur vollen Entwicklung dieser Widersprüche bei, die erst durch die »soziale Reform« aufgehoben werden können; für Tocqueville schließlich wird das die bürgerliche Gesellschaft bedrohende Prinzip der Egalisierung in der »sozialen Revolution« wirksam, ein Prinzip, das zugleich auch die »demokratische Bewegung« kennzeichnet. Erst im zunehmenden Abstraktionsprozeß wird also das spezifische Interesse des jeweiligen Autors deutlich, d. h. die Revolutionsanalyse wird zum Beleg einer ganz bestimmten normativen, zukunftsweisenden Idee: Klassenherrschaft, Gesellschaftsordnung des gegenseitigen Interesses und nivellierende Bewegung der demokratischen Revolution (S. 63). Nach Meinung der Verfasser soll gerade dieser Vorgang zeigen, daß eine vom sozialen (bzw. instrumentellen) Kontext separierte »dritte Welt« objektiven Wissens weder konstruiert werden kann noch abrufbereit verfügbar ist.

Beatrix W. Bouvier

Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 23), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 412 S., kart., 64 DM.

Im vorliegenden Band sind zehn Aufsätze des Verfassers zusammengestellt, die ursprünglich 1961 — 1975 erschienen sind und so scheinbar heterogene thematische Bereiche umfassen wie die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Geschichte deutscher und europäischer Parteien, die Entwicklung des Parlamentarismus, britische Verfassungs- und Sozialgeschichte. Gleichwohl durchzieht diesen Band eine grundlegende Fragestellung, die — mit unterschiedlicher Intensität — in allen Beiträgen aufgenommen wird, nämlich die nach den historischen Vorbelastungen und Restriktionen für die Entfaltung eines funktionierenden parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland. Den Ausgangs- und Angelpunkt nehmen dabei Analysen von Gesellschaft und Verfassung des Bismarckreiches ein.
Der Verfasser ist Max Weber verpflichtet, der scharfsinnig die mangelnde Synchronisation von wirtschaftlicher und politischer Entwicklung, wie sie in der Konzentration politischer Macht in der ökonomisch gegenüber dem Bürgertum sinkenden Klasse der Großgrundbesitzer des Ostens zum Ausdruck kam, schon früh erkannt hatte. Diese Problematik ist seit den 1960er Jahren von Angehörigen einer jüngeren Historikergeneration immer wieder variiert, vertieft und weiter entfaltet worden. Und auch Ritter reflektiert diesen Strukturdefekt des Bismarckreiches, der so schwerwiegende Folgen für die weitere deutsche Geschichte hatte, nämlich die zu enge soziale Basis der herrschenden Schichten und die politische Schwäche des Bürgertums. Das Mißverhältnis von ökonomischer und politischer Macht wurde durch die Industrialisierung immer krasser, Klassengegensätze und Konflikte verschärften sich.

Im Unterschied zu anderen Autoren richtet Ritter den entscheidenden Vorwurf gegen das politische System des Bismarckreichs nicht moralisierend dagegen, daß liberale und demokratische Grundsätze nur höchst unzureichend verwirklicht worden seien, sondern dagegen, »daß es die politische Bildung der Nation erschwerte«. Diesen heute inflationär mißbrauchten Begriff der »politischen Bildung« siedelt Ritter nicht im Bereich abstrakter Aufklärung an, sondern versteht ihn als historische und politische Erfahrung. Für Ritter liegen die Ursachen für den eklatanten Mangel an politischer Bildung nicht nur in der Macht von Militär, Bürokratie und Junkertum begründet, sondern auch in der Zersplitterung und fehlenden Regierungsfähigkeit der Parteien, in der Ausschaltung der führenden Parlamentarier von der verantwortlichen Bestimmung der Politik — und damit auch in den Bestimmungen der Reichsverfassung.

Die Struktur des deutschen Parteiensystems — die Parteien (und Verbände) der Arbeiterbewegung eingeschlossen — wird aus dem gerade skizzierten Zusammenhang zu einem zentralen Thema der Abhandlungen Ritters. In der Nachfolge von Pluralismustheoretikern wie vor allem Ernst Fraenkel weist der Autor darauf hin, daß im Vergleich zu Frankreich und England Parteien in Deutschland wegen der verzögerten Etablierung parlamentarischer Institutionen erst relativ spät entstanden. Die starken regionalen, sozialen und konfessionellen Gegensätze in Deutschland trugen dazu bei, daß eine relativ große Zahl von Parteien entstand und daß den einzelnen Parteien zudem die innere Kohärenz mangelte. Diese Parteien waren in ihrer Entstehungszeit weltanschaulich-doktrinär geprägt worden und wurden nicht — wie Parteien in funktionierenden parlamentarischen Systemen — gezwungen, ihre Politik und Taktik dem Ziel der Gewinnung oder Erhaltung der Regierungsgewalt anzupassen, also auch Kompromisse zu schließen. Im Unterschied zu den bürgerlichen bzw. bürgerlich-aristokratischen Parteien Frankreichs und Englands im 19. Jahrhundert zeigte sich die mangelnde Integrationsfähigkeit deutscher Parteien darin, daß diese nicht die Unterschichten im Parlament zu vertreten vermochten, die Arbeiterschaft in Deutschland sich vielmehr von den liberalen Parteien frühzeitig löste und Anfang der 1860er Jahre als eigenständige politische Kraft konstituierte. Die Isolierung, die »negative Integration«, die »Gegenweltbildung« der deutschen Arbeiterbewegung ist eben auch Ergebnis des deutschen politischen Systems und seiner Parteien im 19. Jahrhundert gewesen. Im Unterschied dazu hat z. B. die Labour Party in Großbritannien, wie Ritter zeigt, von Anfang an die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften gesucht und die Regeln des parlamentarischen Regierungssystems akzeptiert. Für den Historiker der Arbeiterbewegung, der gewohnt ist, von den Organisationen und Programmen der Parteien, den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter auszugehen, sind gerade die Beiträge Gerhard A. Ritters von besonderem Interesse, in denen die Arbeiterbewegung mit ihren Organisationen im Kontext des politischen und gesellschaftlichen Systems analysiert wird: Bestimmte thematische und methodische Verengungen können so überwunden werden. Auch in den Aufsätzen, die von ihrem Titel her sich scheinbar auf Probleme der Arbeiterbewegung beschränken (»Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands bis zum Ersten Weltkrieg«, »Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts«, »Direkte Demokratie und Rätewesen in Geschichte und Theorie«), werden sonst anzutreffende Verengungen überwunden.

Ritter plädiert in den vorliegenden Aufsätzen offensiv für die Festigung, Ausdehnung und ständige Belebung des Pluralismus und des parlamentarischen Regierungssystems. Er kritisiert jene Harmonielehren der Demokratie, für die Erscheinungen wie Kanzlerdemokratie, Macht der Parteien, Fraktionsdisziplin, die repräsentative Komponente in parlamentarischen Systemen negativ zu bewerten sind. Diese Vorbelastungen des parlamentarischen Regierungssystems und der Demokratie in Deutschland reichen bekanntlich bis in unsere Gegenwart, wie Ritter u. a. am Antiparteienaffekt, am Antiparlamentarismus und Antipluralismus des Rechts- und Linksradikalismus in der Bundesrepublik zu zeigen versucht.

Die Aufsätze von Gerhard A. Ritter sind in dem Punkt vorbildlich, daß in ihnen Politikwissenschaft und Geschichte gelungen als Sozialwissenschaft verbunden worden sind: Sie können sowohl für jene Politikwissenschaftler beispielhaft sein, die mit esoterischen Theorieansätzen und Modellen sich aus der Geschichte flüchten, als auch für solche Historiker, die einen breiten Strom von Fakten nicht zu strukturieren vermögen. Und wiederum wird an den vorliegenden Untersuchungen deutlich, wie fruchtbar der komparatistische Zugang ist: Erst durch den systematischen Vergleich der deutschen Entwicklung mit der britischen und durch Hinweise auf die Geschichte anderer westeuropäischer Staaten wird die deutsche Abweichung als solche erkennbar, aber auch relativiert. Peter Lösche

Lothar Gall (Hrsg.), Liberalismus (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 85), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 352 S., brosch., 26 DM; geb., 38 DM.

Nutzen und Gefahren von Readern liegen dicht beisammen. Im besten Falle wird ein gelungener Aufriß der Problematik und des aktuellen Standes der Forschung über ein sinnvoll abgegrenztes Gebiet geliefert, im übelsten wird Wissenschaft in schwer- oder auch allzuleicht verdaulichen Häppchen serviert. Davon ist der Band, von dem hier die Rede ist, sicherlich weit entfernt. Etwas enttäuscht legt man ihn dennoch aus der Hand. *Lothar Gall* hat vor Jahren eine sehr gute Edition zum Bismarck-Problem vorgelegt. Dieses Buch hier ist ihm weniger geglückt. Ich verkenne bei diesem Urteil nicht, daß die Zusammenstellung der Beiträge und die zusammenfassende Einführung ins Thema im vorliegenden Fall ungleich schwieriger gewesen sind. Und dennoch. Angesichts der sehr nützlichen fünfundzwanzigseitigen Bibliographie fragt man sich nach der Lektüre der vierzehn Aufsätze und Auszüge, ob der Stand der Forschung über »den Liberalismus« von diesem Band auch nur annähernd reflektiert wird.

Gall hat sich gegen diesen Anspruch freilich schon im ersten Satz seiner Einleitung verwahrt. Die Sammlung könne und wolle nicht einmal eine »vorläufige Bilanz der wissenschaftlichen Diskussion über das [. . .] Thema« ziehen, weil es keine »auch nur als Arbeitshypothese akzeptierte Definition der historischen Erscheinung, die der Begriff evoziert«, gebe. Das leuchtet mir nicht ein. Liberalismus ist eine in Zeit und Raum wandelbare realhistorische Erscheinung und auf der Ebene der Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung ein historischer *Begriff*, dem mit Definitionen eher Gewalt angetan, als daß zu seiner Klärung beigetragen wird. Die Entfaltung des Begriffs, zusammenfassend und übergreifend in einer begriffsgeschichtlich orientierten Einführung und monographisch-exemplarisch in sorgsam und wohlbegründet ausgewählten Beiträgen: Das wäre ein überzeugendes Editionsprinzip gewesen, das durchaus zu einem Resümee des Forschungsstandes und der wissenschaftlichen Diskussion hätte führen können.

Gall hat die Gelegenheit der Edition nicht zu solch einer begriffsgeschichtlichen Reflexion genützt. Die neun Seiten, die den ausgewählten Texten vorhergehen, sind bedauerlicherweise bestenfalls hier und da über die Einleitung ins Buch hinaus auch eine ergiebige Einführung ins Thema.

Die Beiträge selbst sind — vielleicht etwas vereinfachend gesagt — in zwei Gruppen einzuteilen. Die erste Hälfte ist überwiegend allgemeiner ideengeschichtlicher Natur. In diesen Arbeiten kommen zeitliche und örtliche Differenzierungen, mögen sie auch nicht überall ganz unbeachtet bleiben, kaum zur Geltung. Die zweite Hälfte beschäftigt sich mit der politisch-sozialen Ausdrucksform des Liberalismus im 19. Jahrhundert in einzelnen Ländern. Deutschland ist viermal, Frankreich, England und Rußland sind je einmal vertreten. Die Inhaltsübersicht erweckt einen Eindruck, der von der Lektüre der Beiträge bestätigt wird. Wichtige

Die Aufsätze von Gerhard A. Ritter sind in dem Punkt vorbildlich, daß in ihnen Politikwissenschaft und Geschichte gelungen als Sozialwissenschaft verbunden worden sind: Sie können sowohl für jene Politikwissenschaftler beispielhaft sein, die mit esoterischen Theorieansätzen und Modellen sich aus der Geschichte flüchten, als auch für solche Historiker, die einen breiten Strom von Fakten nicht zu strukturieren vermögen. Und wiederum wird an den vorliegenden Untersuchungen deutlich, wie fruchtbar der komparatistische Zugang ist: Erst durch den systematischen Vergleich der deutschen Entwicklung mit der britischen und durch Hinweise auf die Geschichte anderer westeuropäischer Staaten wird die deutsche Abweichung als solche erkennbar, aber auch relativiert. Peter Lösche

Lothar Gall (Hrsg.), Liberalismus (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 85), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 352 S., brosch., 26 DM; geb., 38 DM.

Nutzen und Gefahren von Readern liegen dicht beisammen. Im besten Falle wird ein gelungener Aufriß der Problematik und des aktuellen Standes der Forschung über ein sinnvoll abgegrenztes Gebiet geliefert, im übelsten wird Wissenschaft in schwer- oder auch allzuleicht verdaulichen Häppchen serviert. Davon ist der Band, von dem hier die Rede ist, sicherlich weit entfernt. Etwas enttäuscht legt man ihn dennoch aus der Hand. *Lothar Gall* hat vor Jahren eine sehr gute Edition zum Bismarck-Problem vorgelegt. Dieses Buch hier ist ihm weniger geglückt. Ich verkenne bei diesem Urteil nicht, daß die Zusammenstellung der Beiträge und die zusammenfassende Einführung ins Thema im vorliegenden Fall ungleich schwieriger gewesen sind. Und dennoch. Angesichts der sehr nützlichen fünfundzwanzigseitigen Bibliographie fragt man sich nach der Lektüre der vierzehn Aufsätze und Auszüge, ob der Stand der Forschung über »den Liberalismus« von diesem Band auch nur annähernd reflektiert wird.

Gall hat sich gegen diesen Anspruch freilich schon im ersten Satz seiner Einleitung verwahrt. Die Sammlung könne und wolle nicht einmal eine »vorläufige Bilanz der wissenschaftlichen Diskussion über das [. . .] Thema« ziehen, weil es keine »auch nur als Arbeitshypothese akzeptierte Definition der historischen Erscheinung, die der Begriff evoziert«, gebe. Das leuchtet mir nicht ein. Liberalismus ist eine in Zeit und Raum wandelbare realhistorische Erscheinung und auf der Ebene der Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung ein historischer *Begriff*, dem mit Definitionen eher Gewalt angetan, als daß zu seiner Klärung beigetragen wird. Die Entfaltung des Begriffs, zusammenfassend und übergreifend in einer begriffsgeschichtlich orientierten Einführung und monographisch-exemplarisch in sorgsam und wohlbegründet ausgewählten Beiträgen: Das wäre ein überzeugendes Editionsprinzip gewesen, das durchaus zu einem Resümee des Forschungsstandes und der wissenschaftlichen Diskussion hätte führen können.

Gall hat die Gelegenheit der Edition nicht zu solch einer begriffsgeschichtlichen Reflexion genützt. Die neun Seiten, die den ausgewählten Texten vorhergehen, sind bedauerlicherweise bestenfalls hier und da über die Einleitung ins Buch hinaus auch eine ergiebige Einführung ins Thema.

Die Beiträge selbst sind — vielleicht etwas vereinfachend gesagt — in zwei Gruppen einzuteilen. Die erste Hälfte ist überwiegend allgemeiner ideengeschichtlicher Natur. In diesen Arbeiten kommen zeitliche und örtliche Differenzierungen, mögen sie auch nicht überall ganz unbeachtet bleiben, kaum zur Geltung. Die zweite Hälfte beschäftigt sich mit der politisch-sozialen Ausdrucksform des Liberalismus im 19. Jahrhundert in einzelnen Ländern. Deutschland ist viermal, Frankreich, England und Rußland sind je einmal vertreten. Die Inhaltsübersicht erweckt einen Eindruck, der von der Lektüre der Beiträge bestätigt wird. Wichtige

Aspekte des Liberalismus bleiben ausgeblendet oder werden unzulässig unterbelichtet. Das gilt in erster Linie für den wirtschaftlichen Liberalismus. Seine Bedeutung für die durchdringende Kraft des Liberalismus, die ihn trotz allen Geredes von »Krise« und »Elend« zu dem Denk- und Handlungszusammenhang gemacht hat, der die Neuzeit vielleicht am stärksten geprägt hat, klingt nur in der Arbeit von *Bullock* an. Das gilt auch für den Sozialliberalismus, von dem in *Schieders* Aufsatz andeutungsweise die Rede ist und dessen Tradition geringzuschätzen keine Gründe vorliegen. Ein Beitrag zur Problematik des liberalen Parteiwesens wäre ebenfalls erwünscht gewesen. Platz für all das hätte man schaffen können. Die ersten vier Beiträge sind entbehrlich. Die von *Schapiro*, *Leontovitsch* und *Watkins* sind Ausdruck des Versuchs, eben doch so etwas wie Definitionen *des* Liberalismus zu konstruieren. Das läuft fast notgedrungen auf die Explikation eines weidlich bekannten Gedankensyndroms hinaus, das zwar das liberale Herz erwärmt, aber den kritischen Kopf sehr skeptisch stimmt, weil ihm der idealtypische Charakter dieses Konstrukts nur zu bewußt ist. Angesichts der beiden glänzenden, wundervoll knappen Analysen von *Laski* und *Cesaire* hätte man diese Texte nicht vermißt. Der Leser sollte vielleicht überhaupt mit den sieben Seiten von Cesaire beginnen, wenn er rasch mit der Spannbreite des Problems vertraut und von dessen Vielfalt nicht zugleich verschreckt werden möchte. Cesaire weist auf vier Hauptrichtungen der Deutung hin: Liberalismus als politische Doktrin, die sich gegen die Willkür politischer Gewalten richtet, Liberalismus als Philosophie vom Menschen, in deren Mittelpunkt ein individualistischer Freiheitsbegriff und der Glaube an die Vernunft stehen, Liberalismus als Geisteshaltung und Liberalismus als politisch-soziale »Praxis«.

Dafür kann, wer in dem Band etwas über Liberalismus erfahren will, den Beitrag von *Ashcraft* (Marx und Weber über den Liberalismus als bürgerliche Ideologie) getrost überschlagen. Warum 45 von 300 Textseiten für diese wenig erleuchtete Weber-Kritik (Da Weber »mitten in einer bürgerlichen Gesellschaft lebte, die unter akuter strukturaler Auflösung litt, schrieb er den Sozialwissenschaften die Aufgabe zu, die sozialen Phänomene in einer ›Idealform‹ neu zu konstruieren«) verschwendet wurden, ist mir unerfindlich.

Die — wenn man so will — »empirischen« Beiträge sind durchweg mit Gewinn zu lesen. Im einzelnen näher auf sie einzugehen, ist hier nicht der Ort. Methodisch und inhaltlich am »modernsten« sind m. E. die Aufsätze von *Sheehan* und *Schmidt*. Nicht weil sie erst Anfang der 70er Jahre geschrieben worden sind, sondern weil ihr Ansatz am ehesten verspricht, dem Phänomen Liberalismus neue Aspekte abzugewinnen. Schmidt vergleicht die Möglichkeiten und die Praxis liberaler Politik in Deutschland und England nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Gestaltung in beiden Ländern. Dem Schicksal des deutschen Liberalismus wird dank dieses Ansatzes viel von seiner scheinbaren Außergewöhnlichkeit genommen, seine unverkennbaren Besonderheiten werden auf neue Art verständlich. Sheehans soziographischer Versuch über den deutschen Liberalismus im Vormärz geht dagegen nicht ohne Erfolg alten Denktopoi zu Leibe. Es sei ein Irrtum, den Liberalismus »als ideologischen Ausdruck des unternehmerischen Bürgertums zu betrachten«. Die Einsicht in die soziale Heterogenität führt dann wie von selbst zur Erkenntnis der Mannigfaltigkeit der sozioökonomischen Ansichten und der Nachdrücklichkeit, mit der liberales Denken vom Begriff der Gesellschaft und vom Eindruck sozialen und wirtschaftlichen Wandels bestimmt war. Die Vielfalt sozialgeschichtlicher Methoden scheint z. Zt. weiterzuführen als der eher ideengeschichtliche Ansatz *Lothar Galls*. Aus der Exegese von Rotteck-Welckerschen und ähnlich liberalen Lexikonartikeln vorindustrielles, vorrevolutionäres soziales Kontinuitätsbewußtsein und mangelnde Einsicht in den »grundsätzlichen Strukturwandel des gesamtgesellschaftlichen Ordnungsgefüges« herzuleiten, ist schon gewagt genug; es wird noch gewagter, wenn man daran die spätere »Orientierungskrise des Liberalismus« und seinen »Verlust an politischer und sozialer Integrationskraft« knüpft, weil es ihm Anfang der 1850er Jahre nicht gelungen sei, die Realität der heraufkommenden Industriege-

sellschaft mit dieser Denkhaltung in Einklang zu bringen. Bekanntlich hat der deutsche Liberalismus nie stärkere Integrationskraft und größere praktische Wirksamkeit entfaltet als in den 50er, 60er und frühen 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Der eine oder andere Beitrag zur Organisations- und Wirkungsgeschichte hätte das zeigen können.
Kurz, der Band enthält manche interessante und sogar richtungweisende Arbeit. Insgesamt fehlt es ihm an Ausgewogenheit sowie an Aspekt- und Perspektivenreichtum.

Volker Hentschel

Georg Friedrich Kolb, Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten 1808 - 1884, hrsg. von Ludwig Merckle; Vorwort, Lebensbild Kolbs und Nachlaßbearbeitung von Elmar Krautkrämer, Verlag Rombach, Freiburg 1976, 270 S., engl. brosch., 24 DM.

Der Pfälzer Georg Friedrich Kolb (1808 — 1884) blieb im Laufe seiner langen öffentlichen Wirksamkeit als Publizist (u. a. als Herausgeber der »Neuen Speyerer Zeitung«) und als Abgeordneter in der Nationalversammlung und im bayerischen Landtag (1848/49, 1863 bis 1872) stets seiner Linie als entschiedener Demokrat und gemäßigter Republikaner, als großdeutsch-antipreußischer Nationaler, als Verfechter des Vorrangs des Selbstbestimmungsrechts der Völker vor dem Nationalgedanken, als Gegner jedes Partikularismus, aber auch eines unnötigen Zentralismus, und als bürgerlicher Verächter der »eigentlichen Bourgeoisie« treu und sah sich daher zeitlebens zu einer freilich auf Gesetzmäßigkeit der Mittel bedachten Oppositionshaltung genötigt. Von diesem Standpunkt aus sind seine Lebenserinnerungen geschrieben, von denen leider nur die bis ca. 1850 reichenden Teile vollständig erhalten geblieben sind. Er schildert zunächst die Zustände und politischen Wechsellagen in der Pfalz vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Hambacher Fest 1832 und dessen blutiger Unterdrückung und schließt einen Überblick über die politische Entwicklung im vormärzlichen Bayern mit Schwerpunkt auf den Wechselbeziehungen zwischen Monarch, Regierung und Landtag an, der mit dem Rücktritt König Ludwigs I. endet (im Anhang stehen einige Pikanterien über »die Eskapaden der Lola Montez«). Am ausführlichsten wird die Revolution von 1848/49 beschrieben, während der Kolb alle Stationen auf der nationalen Ebene vom Vorparlament über den Fünfziger-Ausschuß bis zur Nationalversammlung (er schloß sich dort bis auf eine kurze, unerwähnt gebliebene Unterbrechung der Fraktion im »Deutschen Hof« an) und zum Rumpfparlament miterlebte und -gestaltete und zudem im bayerischen Landtag eine bedeutende Rolle spielte, bis die pfälzischen Abgeordneten wegen des pfälzischen Aufstandes suspendiert wurden. Am Aufstand selbst war er nicht leitend beteiligt, schon wegen seiner häufigen Abwesenheit; er förderte ihn aber publizistisch und über Bemühungen, ihn mittels der Entsendung eines Reichskommissars durch v. Gagern »gewissermaßen zu legalisieren«, distanzierte sich aber von selbsternannten revolutionären Gremien (Landesverteidigungsausschuß, Provisorische Regierung) und tat als Bürgermeister von Speyer alles, um bewaffnete Konfrontationen mit den einmarschierten preußischen und später bayerischen Truppen zu vermeiden. Dennoch wurde er verhaftet, was er als Rache für seine Enthüllung im Landtag deutete, daß Ludwig I. öffentliche Gelder für eine Anleihe an den wittelsbachischen Thron in Griechenland ohne Landtagszustimmung verwendet hatte.
Seine spätere politische Wirksamkeit nach einem halben Jahr Gefängnis und einem Exil in der Schweiz bis 1859 erhellen Fragmente, von denen seine Begründung für die Niederlegung seines Mandats im Zollparlament von 1868 und ein Bericht über die Landtagssitzungen kurz vor und während des deutsch-französischen Krieges erwähnenswert sind. Dort setzte sich Kolb für eine Herabsetzung der Präsenzzeit und nach Kriegsausbruch für eine bewaffnete Neutralität Bayerns und für einen frühzeitigen ehrenhaften Frieden mit Frankreich ohne An-

sellschaft mit dieser Denkhaltung in Einklang zu bringen. Bekanntlich hat der deutsche Liberalismus nie stärkere Integrationskraft und größere praktische Wirksamkeit entfaltet als in den 50er, 60er und frühen 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Der eine oder andere Beitrag zur Organisations- und Wirkungsgeschichte hätte das zeigen können.
Kurz, der Band enthält manche interessante und sogar richtungweisende Arbeit. Insgesamt fehlt es ihm an Ausgewogenheit sowie an Aspekt- und Perspektivenreichtum.

Volker Hentschel

Georg Friedrich Kolb, Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten 1808 - 1884, hrsg. von Ludwig Merckle; Vorwort, Lebensbild Kolbs und Nachlaßbearbeitung von Elmar Krautkrämer, Verlag Rombach, Freiburg 1976, 270 S., engl. brosch., 24 DM.

Der Pfälzer Georg Friedrich Kolb (1808 — 1884) blieb im Laufe seiner langen öffentlichen Wirksamkeit als Publizist (u. a. als Herausgeber der »Neuen Speyerer Zeitung«) und als Abgeordneter in der Nationalversammlung und im bayerischen Landtag (1848/49, 1863 bis 1872) stets seiner Linie als entschiedener Demokrat und gemäßigter Republikaner, als großdeutsch-antipreußischer Nationaler, als Verfechter des Vorrangs des Selbstbestimmungsrechts der Völker vor dem Nationalgedanken, als Gegner jedes Partikularismus, aber auch eines unnötigen Zentralismus, und als bürgerlicher Verächter der »eigentlichen Bourgeoisie« treu und sah sich daher zeitlebens zu einer freilich auf Gesetzmäßigkeit der Mittel bedachten Oppositionshaltung genötigt. Von diesem Standpunkt aus sind seine Lebenserinnerungen geschrieben, von denen leider nur die bis ca. 1850 reichenden Teile vollständig erhalten geblieben sind. Er schildert zunächst die Zustände und politischen Wechsellagen in der Pfalz vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Hambacher Fest 1832 und dessen blutiger Unterdrückung und schließt einen Überblick über die politische Entwicklung im vormärzlichen Bayern mit Schwerpunkt auf den Wechselbeziehungen zwischen Monarch, Regierung und Landtag an, der mit dem Rücktritt König Ludwigs I. endet (im Anhang stehen einige Pikanterien über »die Eskapaden der Lola Montez«). Am ausführlichsten wird die Revolution von 1848/49 beschrieben, während der Kolb alle Stationen auf der nationalen Ebene vom Vorparlament über den Fünfziger-Ausschuß bis zur Nationalversammlung (er schloß sich dort bis auf eine kurze, unerwähnt gebliebene Unterbrechung der Fraktion im »Deutschen Hof« an) und zum Rumpfparlament miterlebte und -gestaltete und zudem im bayerischen Landtag eine bedeutende Rolle spielte, bis die pfälzischen Abgeordneten wegen des pfälzischen Aufstandes suspendiert wurden. Am Aufstand selbst war er nicht leitend beteiligt, schon wegen seiner häufigen Abwesenheit; er förderte ihn aber publizistisch und über Bemühungen, ihn mittels der Entsendung eines Reichskommissars durch v. Gagern »gewissermaßen zu legalisieren«, distanzierte sich aber von selbsternannten revolutionären Gremien (Landesverteidigungsausschuß, Provisorische Regierung) und tat als Bürgermeister von Speyer alles, um bewaffnete Konfrontationen mit den einmarschierten preußischen und später bayerischen Truppen zu vermeiden. Dennoch wurde er verhaftet, was er als Rache für seine Enthüllung im Landtag deutete, daß Ludwig I. öffentliche Gelder für eine Anleihe an den wittelsbachischen Thron in Griechenland ohne Landtagszustimmung verwendet hatte.
Seine spätere politische Wirksamkeit nach einem halben Jahr Gefängnis und einem Exil in der Schweiz bis 1859 erhellen Fragmente, von denen seine Begründung für die Niederlegung seines Mandats im Zollparlament von 1868 und ein Bericht über die Landtagssitzungen kurz vor und während des deutsch-französischen Krieges erwähnenswert sind. Dort setzte sich Kolb für eine Herabsetzung der Präsenzzeit und nach Kriegsausbruch für eine bewaffnete Neutralität Bayerns und für einen frühzeitigen ehrenhaften Frieden mit Frankreich ohne An-

nexionen ein. Mit Genugtuung vermerkte er eine Anerkennung seiner Haltung seitens der SDAP (Krautkrämer weist in seiner Einleitung darauf hin, daß Kolb im Münchner Bereich Bebel auf dessen Wunsch bei dessen Auseinandersetzung mit den Anhängern J. B. v. Schweitzers geholfen hat).
Dem Stil nach handelt es sich um ungemein lebendig und anschaulich, aber durchaus unpathetisch geschriebene Erinnerungen, die für die Veröffentlichung bestimmt waren. Kolb spart alles Private aus, stellt seine Person nicht in den Vordergrund, beurteilt politische Gegner differenziert, spricht etlichen von ihnen wenigstens ehrenhafte Motive zu und schildert die Rolle des Volkes ohne Revolutionsromantik. Die Quelle eignet sich hervorragend für Proseminare, abgesehen von ihrem wissenschaftlichen Wert für die Parteien- und Parlamentsforschung.
Die Edition wird durch eine knappe biographische Skizze des Bearbeiters Elmar Krautkrämer eingeleitet, der 1959 eine Monographie über Kolb veröffentlicht hat. Die Edition zeigt Spuren von Hast und ist recht sparsam kommentiert. Wenn auch in der Einleitung vermerkt wird, daß Kolb kurz vor seinem Tod (1884) mit der Überarbeitung seiner Erinnerungen begann, so stutzt der Leser dennoch, wenn mehrfach im fortlaufenden Text Ereignisse erwähnt werden, die sich Jahre und Jahrzehnte nach dem angegebenen Entstehungsjahr des jeweiligen Kapitels abgespielt haben, oder wenn in einem Unterkapitel, das der Angabe nach 1849 im Zweibrücker Arresthaus geschrieben wurde, Kolb sich selbst aus einer Aufzeichnung rückblikkender Natur zitiert, die er im Arresthaus 1849 angefertigt hat. Konrad von Zwehl

Gerd Fesser, Linksliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861—1866 (= Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 48), Akademie-Verlag, Berlin [DDR] 1976, XIII, 207 S., kart., 27 M.

Die Beschäftigung mit dem Verhältnis von liberalem Bürgertum und wiedererwachender elementarer Arbeiterbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts seitens der neueren nichtmarxistischen Forschung durchzieht ein starkes politisches Interesse. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der Notwendigkeit der Trennung von bürgerlicher Emanzipations- und Arbeiterbewegung, die unter Reprojizierung verschiedener, die jeweilige gesellschaftspolitische Vorstellung des Autors widerspiegelnder sog. Integrationsmodelle beantwortet wird. Eine doppelte Zielsetzung liegt auch der Arbeit von Gerd Fesser, Mitglied des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, zugrunde. Er setzt für den von ihm bearbeiteten Zeitraum die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei voraus. Als *inhaltliche* Aufgabe seiner Arbeit bezeichnet er es, »am Beispiel des preußischen Bürgertums die historische Aufgabe und die politischen Möglichkeiten zu bestimmen, welche die deutsche Bourgeoisie 1861 bis 1866 besaß und welche Stellung sie hierbei — in ihrem eigenen wohlverstandenen Klasseninteresse! — gegenüber Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung einnehmen mußte«, sowie »Aussagen darüber zu treffen, auf welche Weise und in welchem Umfang die DFP [Deutsche Fortschrittspartei] Einfluß auf Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung erlangte« (S. V f.). Die zweite »zentrale Aufgabe« sieht Fesser »in der parteilichen Auseinandersetzung mit der modernen imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung« (S. VII).
Diese zweifache Aufgabenstellung gerinnt im 120seitigen Textteil der — gegenüber der 1973er Jenaer Dissertationsfassung zwar inhaltlich überarbeiteten, aber nicht erweiterten — Untersuchung zu einer wunderlichen Mischung von meist thesenhaft formulierten eigenen und fremden Forschungsergebnissen, Belegzitaten und Polemiken gegen die einschlägige

nexionen ein. Mit Genugtuung vermerkte er eine Anerkennung seiner Haltung seitens der SDAP (Krautkrämer weist in seiner Einleitung darauf hin, daß Kolb im Münchner Bereich Bebel auf dessen Wunsch bei dessen Auseinandersetzung mit den Anhängern J. B. v. Schweitzers geholfen hat).
Dem Stil nach handelt es sich um ungemein lebendig und anschaulich, aber durchaus unpathetisch geschriebene Erinnerungen, die für die Veröffentlichung bestimmt waren. Kolb spart alles Private aus, stellt seine Person nicht in den Vordergrund, beurteilt politische Gegner differenziert, spricht etlichen von ihnen wenigstens ehrenhafte Motive zu und schildert die Rolle des Volkes ohne Revolutionsromantik. Die Quelle eignet sich hervorragend für Proseminare, abgesehen von ihrem wissenschaftlichen Wert für die Parteien- und Parlamentsforschung.
Die Edition wird durch eine knappe biographische Skizze des Bearbeiters Elmar Krautkrämer eingeleitet, der 1959 eine Monographie über Kolb veröffentlicht hat. Die Edition zeigt Spuren von Hast und ist recht sparsam kommentiert. Wenn auch in der Einleitung vermerkt wird, daß Kolb kurz vor seinem Tod (1884) mit der Überarbeitung seiner Erinnerungen begann, so stutzt der Leser dennoch, wenn mehrfach im fortlaufenden Text Ereignisse erwähnt werden, die sich Jahre und Jahrzehnte nach dem angegebenen Entstehungsjahr des jeweiligen Kapitels abgespielt haben, oder wenn in einem Unterkapitel, das der Angabe nach 1849 im Zweibrücker Arresthaus geschrieben wurde, Kolb sich selbst aus einer Aufzeichnung rückblikkender Natur zitiert, die er im Arresthaus 1849 angefertigt hat. Konrad von Zwehl

Gerd Fesser, Linksliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861—1866 (= Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 48), Akademie-Verlag, Berlin [DDR] 1976, XIII, 207 S., kart., 27 M.

Die Beschäftigung mit dem Verhältnis von liberalem Bürgertum und wiedererwachender elementarer Arbeiterbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts seitens der neueren nichtmarxistischen Forschung durchzieht ein starkes politisches Interesse. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der Notwendigkeit der Trennung von bürgerlicher Emanzipations- und Arbeiterbewegung, die unter Reprojizierung verschiedener, die jeweilige gesellschaftspolitische Vorstellung des Autors widerspiegelnder sog. Integrationsmodelle beantwortet wird. Eine doppelte Zielsetzung liegt auch der Arbeit von Gerd Fesser, Mitglied des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, zugrunde. Er setzt für den von ihm bearbeiteten Zeitraum die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei voraus. Als *inhaltliche* Aufgabe seiner Arbeit bezeichnet er es, »am Beispiel des preußischen Bürgertums die historische Aufgabe und die politischen Möglichkeiten zu bestimmen, welche die deutsche Bourgeoisie 1861 bis 1866 besaß und welche Stellung sie hierbei — in ihrem eigenen wohlverstandenen Klasseninteresse! — gegenüber Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung einnehmen mußte«, sowie »Aussagen darüber zu treffen, auf welche Weise und in welchem Umfang die DFP [Deutsche Fortschrittspartei] Einfluß auf Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung erlangte« (S. V f.). Die zweite »zentrale Aufgabe« sieht Fesser »in der parteilichen Auseinandersetzung mit der modernen imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung« (S. VII).
Diese zweifache Aufgabenstellung gerinnt im 120seitigen Textteil der — gegenüber der 1973er Jenaer Dissertationsfassung zwar inhaltlich überarbeiteten, aber nicht erweiterten — Untersuchung zu einer wunderlichen Mischung von meist thesenhaft formulierten eigenen und fremden Forschungsergebnissen, Belegzitaten und Polemiken gegen die einschlägige

westdeutsche Forschung (mit den Kollegen aus der DDR setzt sich Fesser fast ausnahmslos in den Anmerkungen auseinander). Die Untersuchung ist in vier Kapiteln chronologisch gegliedert. Nach der Beschreibung von Gründung und Physiognomie der DFP analysiert Fesser deren Haltung zur Arbeiterbewegung während der ersten Anfänge in Berlin (Eichlersche Bewegung), dann die Auseinandersetzungen des Bürgertums mit Lassalle 1863/64, die preußische Koalitionsrechtsdebatte 1864/65 und die ersten Spannungen zwischen dem Berliner Arbeiterverein und der DFP am Vorabend des Krieges von 1866. Im letzten Kapitel beschreibt er mittels Engels' »Militärfrage« von 1865 die objektiv richtige Politik der Arbeiterpartei sowie am Beispiel von F. A. Lange eine bürgerlich-demokratische Alternative zur praktizierten Arbeiterpolitik der DFP (diesen Abschnitt hat Fesser im Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14 / 1976, zu einem Aufsatz ausgeweitet). Der Abdruck von 13 Quellen beschließt den Band. Schon die Gliederung weist darauf hin, daß Fesser sich in seinen Aussagen zur DFP fast ausschließlich auf den Berliner Führungszirkel der Fraktion und einige Personen wie Hammacher, Lange, Hoverbeck beschränkt. Man muß ihm zugestehen, daß die Quellen nur eine mühselige Sammlung (weniger) archivalischer und gedruckter Äußerungen zulassen. Doch ist einerseits in den von Fesser besuchten Archiven, wie der Rezensent aus eigener Erfahrung weiß, durchaus noch mehr Material zur Arbeiterpolitik der DFP vorhanden[1]; andererseits ist nicht einzusehen, warum DDR-Historiker vom Besuch westdeutscher Archive und Bibliotheken dispensiert sein sollen, wenn im umgekehrten Fall jeweils eine eingehende Begründung gefordert wird. Nicht zu Unrecht kritisiert Fesser an der westdeutschen Geschichtsschreibung, sie habe »qualitativ und selbst quantitativ nur sehr wenig zur *Erforschung* der ›Arbeiterpolitik‹ der Fortschrittspartei geleistet« (S. VII). Nehmen wir dies zum Maßstab bei der Betrachtung der einzelnen Abschnitte des Fesserschen Buches.

In der DFP sieht Fesser die Wortführerin eines großen Teils der preußischen und damit der deutschen Bourgeoisie (S. V f.), die sie somit repräsentiere. Die soziale Basis der Partei sucht er über die Zusammensetzung der Fraktion bzw. die regionalen »Einzugsgebiete« in den Wahlen zu ermitteln (S. 11 f., 115). Weder Wahlmännerstrukturen, Wahlvereine[2] noch die Abstimmungen in den einzelnen Wahlklassen, deren soziale Zusammensetzung sich zudem nach dem Gesamtsteueraufkommen des Wahlkreises richtete, werden untersucht. Fesser differenziert drei Gruppen innerhalb der Partei (Linksliberale = ehemalige 48er Demokraten — rechte Liberale — kleinbürgerliche Demokraten) und berücksichtigt alle gleichermaßen, womit aber der Titel der Arbeit (»Linksliberalismus«) nicht mehr recht einleuchtet. Wird einerseits behauptet, die Linksliberalen hätten in der DFP den Ton angegeben (S. 14), so weist Fesser selbst auf die dominierende Rolle der Rechten wie von Unruh hin (S. 23; vgl. S. 18). Die Bourgeoisie stand mehrheitlich wie ein Teil des Bürgertums, so Fesser richtig, nicht hinter der DFP. Gerade zur Begründung der Stellvertreterthese hätte die Funktion des »Linken Zentrums« untersucht werden müssen: Es wird kaum erwähnt. Gleichfalls vermißt man eine Antwort auf die Frage, warum gerade Advokaten, Literaten und Beamte als Interessenvertreter des wirtschaftsliberalen Bürgertums im Parlament fungierten, oder generell die Berücksichtigung des Partei-Problems[3], d. h. der Tatsache, daß die DFP keine Mitgliederpartei

1 Verwiesen sei hier nur auf die Überwachungsakten der Berliner Wahlmännerversammlungen im Staatsarchiv Potsdam oder den Nationalvereinsnachlaß im Zentralen Staatsarchiv Potsdam. Unbedingt hätte die Arbeiterpresse durchgesehen werden müssen, so die Coburger »Arbeiterzeitung«, der »Social-Demokrat« usw.

2 Für deren Auswertung vgl. zuletzt die in vielen Punkten recht angreifbare Studie von *Michael Gugel*, Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857—1867, Köln 1975, S. 59—63.

3 Dazu *Thomas Nipperdey*, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 9, 11 f.

war, woraus sich Schwierigkeiten bei der Zurechnung von Nichtparlamentariern zur DFP ergeben, wenn man sie von der allgemeinen Strömung des »Fortschrittsliberalismus« trennen will. Diesen Umstand nützt Fesser aus, indem er unter dem Begriff des »Fortschrittlers« (S. 87, 89) F. A. Lange für die DFP reklamiert, wodurch er *innerhalb* der Partei den Ansatz für eine demokratische Arbeiterpolitik lokalisieren kann. Mit dem Beispiel Lange kann er dann seine These, das Bürgertum habe in seiner verfehlten Arbeiterpolitik gegenüber seiner historischen Mission versagt, durch eine reale historische Alternative untermauern!
Die Eichlersche Bewegung vom Spätsommer 1862 ist für Fesser mit der (späteren) Agententätigkeit ihres Führers gerichtet. Die Polemik gegen Na'amans Darstellung[4] (S. 29 ff.) verzichtet auf inhaltliche Argumente. Statt dessen verläßt sich Fesser, dies methodisch untermauert (S. XI), recht unkritisch auf die Erinnerungen von Bebel und Vahlteich. So übersieht er z. B. die aus den von ihm benutzten Akten hervorgehende und für die Beurteilung der Eichlerschen Bewegung wichtige Tatsache, daß vier Mann des ersten Siebener-Komitees vom August 1862 sich später im *liberalen* Arbeiterverein exponierten. Das ausführliche Kapitel über die Auseinandersetzung zwischen Lassalle und dem liberalen Bürgertum, im wesentlichen eine Zusammenfassung der DDR-Forschung, bringt inhaltlich ebenfalls kaum Neues. Die Koalitionsdebatte von 1864/65 verdient besondere Aufmerksamkeit wegen der dabei erstmals offenbar werdenden Spannungen zwischen den liberal-demokratischen Arbeitervereinen und der DFP. Fessers recht dürftige Skizze (S. 77-87) weist eklatante Mängel auf: Er bezieht weder die für die Diskussion der Motive der liberalen Parlamentsinitiative in Sachen Koalitionsfreiheit aufschlußreiche Bebel-Schippel-Debatte in der »Neuen Zeit« von 1898/99 mit ein, noch hat er die teilweise in Broschürenform vorliegenden zahlreichen Stellungnahmen aus der Arbeiterschaft aufgearbeitet[5]. Bei der Bewertung der Haltung der DFP zu §183 der Gewerbeordnung berücksichtigt Fesser nicht, daß Regierung und Polizei seit der Reaktionszeit auf die Anwendung dieses Paragraphen ausdrücklich verzichteten[6].
Fessers Auseinandersetzung mit den Varianten bürgerlicher und »rechtssozialdemokratischer« Geschichtsschreibung fußt auf der in der DDR-Historiographie einheitlich vertretenen These von der historischen Aufgabe des Bürgertums, die Fesser für die DFP so formuliert (vgl. S. 5, 21, 24, 77, 96, 114 f., 118): 1. sei es die geschichtliche Aufgabe der Bourgeoisie gewesen, im Verfassungskonflikt die Macht zu erringen und die Beseitigung der feudalen Relikte durchzusetzen; 2. habe die objektive Möglichkeit einer revolutionären Situation bestanden (S. 6)[7]; 3. sei das Bündnis der DFP mit einer (zu schaffenden) Arbeiterpartei objektiv gefordert, die Angst des Bürgertums vor der Arbeiterbewegung sachlich unbegründet gewesen (S. 118).
Es hätte einem marxistischen Ansatz doch wohl entsprochen, mittels einer tiefergehenden Analyse des Verhaltens der DFP zur Arbeiterschaft auf das diesem zugrundeliegende materielle Interesse zu schließen, wie dies etwa Gugel für die Einheits- und Freiheitsproblematik versucht hat, um so zumindest die behaupteten »objektiven« Interessen zu verifizieren, an-

4 *Shlomo Na'aman*, Der Fall Eichler, in: IRSH 15, 1970, S. 347—374.
5 Die sogenannte Sozialkommission, von der Regierung zur Beratung des Koalitionsrechtsproblems zusammengerufen, in der u. a. der ehemalige Vorsitzende des Berliner Arbeitervereins Karl Dittmann saß, wird nicht erwähnt. Vgl. gegenüber *Fesser* etwa *Helmut Anders*, Der Kampf der Arbeiterklasse um die Koalitionsfreiheit in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Preußen, Jur. Diss. Leipzig 1961 (MS) und *Hermann Müller*, Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Berlin 1917, (Reprint Berlin / Bonn 1978), bes. S. 64, 97 f.
6 Vgl. Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 10, Bd. 6, Bl. 258 f.
7 Dabei stützt sich *Fesser* auf einen von einem exmittierten Kneipier verursachten Straßenkrawall; vgl. die Berichte der Berliner Volks-Zeitung bzw. der National-Zeitung vom 2.—3.7.1863. *Fessers* Verweis, S. 140, Anm. 55, bezieht sich übrigens auf die Volks-, nicht auf die National-Zeitung.

statt das reale Verhalten mittels einer theoretisch deduzierten historischen Handlungsnotwendigkeit auf dem Hintergrund einer gleichfalls abstrakt behaupteten, nirgendwo belegten, partiellen Interessenidentität von Arbeiterschaft und Bürgertum zu kritisieren[8]. Eine solche Analyse würde, wenn sie die gegebenen innenpolitischen Konstellationen sowie die 1848er Erfahrungen der Bedrohung konkreter bürgerlicher Interessen durch eine sich formierende Arbeiterbewegung berücksichtigt, zu dem Ergebnis kommen, daß die DFP — bewußt oder unbewußt — tatsächlich ihren objektiven Interessen entsprechend gehandelt hat. Dementsprechend ließe sich die faktische liberale Arbeiterpolitik, abgesehen von durchaus vorhandenen sozialen Motiven, als Produkt konkreter politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten nachweisen, für deren *äußere* Form sehr oft ideologische Beschränktheiten verantwortlich zeichneten. Statt dessen untersucht Fesser die DFP-Politik nur im Hinblick auf ihre *Versäumnisse*, was sie, an ihrer historischen Aufgabe gemessen, gefehlt habe. Er sucht nicht nach einer positiven Begründung ihrer tatsächlichen Politik, für die er im übrigen nur Plausibilitäten anbieten kann (z. B. S. 4 f., 118 f., desgl. S. 21).

Generös verzichtet Fesser auf jede Vermittlung zwischen dem »objektiven« Interesse der Bourgeoisie bzw. dem der »Arbeiterschaft« als Klasse und der jeweiligen recht differenzierten Zusammensetzung der beiden Kontrahenten: den unterschiedlichen, ja teilweise gegensätzlichen Gruppeninteressen, die er für die DFP selbst diagnostiziert und die für die Anziehungskraft der Schulzeschen Genossenschaftsideologie auf eine mehrheitlich handwerklich geprägte Arbeiterschaft verantwortlich waren.

Gegenüber der »rechtssozialdemokratischen« bzw. »imperialistischen« Geschichtsschreibung zum Thema wird, bei ausführlicher Zitation, nicht argumentiert, sondern doziert. Die materiellen »Ergebnisse« werden abgesichert durch zahlreiche Belege aus der DDR-Forschung bzw. den sozialistischen Klassikern, wobei die Auslegung von Engels' »Militärfrage« einer eingehenderen Betrachtung wert wäre. Neue Forschungsergebnisse bietet Fesser kaum, einige Thesen der DDR-Forschung — besonders zur Basis der DFP, ihrer Haltung in der Koalitionsdebatte etc. — werden leicht modifiziert.

Fessers Buch ist in erster Linie nicht ein Forschungsbeitrag zum Thema, sondern eine pointierte und dabei oft präzise die vorliegende DDR-Forschung sowie die Erinnerungsliteratur, unter Illustrierung aus einigen ungedruckten Quellenbeständen, zusammenfassende, polemische Auseinandersetzung mit der westdeutschen Geschichtsschreibung in ihren zwei hauptsächlichsten Varianten, die über ausgewählte Zitate in einer durchaus bedauernswerten Gestalt vorgeführt werden.

Toni Offermann

Der liberale Roman und der preußische Verfassungskonflikt. Analyseskizzen und Materialien. Unter Mitarbeit von Elke Neumann hrsg. von Bernd Peschken und Claus-Dieter Krohn (= Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaft, Bd. 7), Metzler Verlag, Stuttgart 1976, VIII, 290 S., Pb., 36 DM.

Ziel des vorliegenden »Arbeitsbuches« ist, »ausgehend von einer bestimmten gesellschaftlich-politischen Konstellation das antagonistische Material zu dokumentieren, auf das vor allem

8 Zu der These von der historischen Mission des Bürgertums und den daraus folgenden methodischen Implikationen bemerkt *Gugel* (s. Anm. 2), S. 226, grundsätzlich: »Wohl weist man allgemein auf die ökonomische Unterentwicklung der deutschen Bourgeoisie oder auf die Tatsache hin, daß sie an zwei Fronten kämpfte — jedoch nur, um in einem qualitativen Sprung die Argumentations- und Darstellungsebene zu wechseln und von ›Feigheit‹, ›Übervorsichtigkeit‹, ›prinzipienloser Kompromißpolitik‹, ›Verlogenheit‹, ›Verrat‹, ja ›historischer Schuld‹ zu sprechen. Es scheint, als träfe bei Nichterfüllung des theoretisch gesetzten Klassenzieles die Handelnden ein moralischer Tadel[. . .]«.

statt das reale Verhalten mittels einer theoretisch deduzierten historischen Handlungsnotwendigkeit auf dem Hintergrund einer gleichfalls abstrakt behaupteten, nirgendwo belegten, partiellen Interessenidentität von Arbeiterschaft und Bürgertum zu kritisieren[8]. Eine solche Analyse würde, wenn sie die gegebenen innenpolitischen Konstellationen sowie die 1848er Erfahrungen der Bedrohung konkreter bürgerlicher Interessen durch eine sich formierende Arbeiterbewegung berücksichtigt, zu dem Ergebnis kommen, daß die DFP — bewußt oder unbewußt — tatsächlich ihren objektiven Interessen entsprechend gehandelt hat. Dementsprechend ließe sich die faktische liberale Arbeiterpolitik, abgesehen von durchaus vorhandenen sozialen Motiven, als Produkt konkreter politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten nachweisen, für deren *äußere* Form sehr oft ideologische Beschränktheiten verantwortlich zeichneten. Statt dessen untersucht Fesser die DFP-Politik nur im Hinblick auf ihre *Versäumnisse*, was sie, an ihrer historischen Aufgabe gemessen, gefehlt habe. Er sucht nicht nach einer positiven Begründung ihrer tatsächlichen Politik, für die er im übrigen nur Plausibilitäten anbieten kann (z. B. S. 4 f., 118 f., desgl. S. 21).

Generös verzichtet Fesser auf jede Vermittlung zwischen dem »objektiven« Interesse der Bourgeoisie bzw. dem der »Arbeiterschaft« als Klasse und der jeweiligen recht differenzierten Zusammensetzung der beiden Kontrahenten: den unterschiedlichen, ja teilweise gegensätzlichen Gruppeninteressen, die er für die DFP selbst diagnostiziert und die für die Anziehungskraft der Schulzeschen Genossenschaftsideologie auf eine mehrheitlich handwerklich geprägte Arbeiterschaft verantwortlich waren.

Gegenüber der »rechtssozialdemokratischen« bzw. »imperialistischen« Geschichtsschreibung zum Thema wird, bei ausführlicher Zitation, nicht argumentiert, sondern doziert. Die materiellen »Ergebnisse« werden abgesichert durch zahlreiche Belege aus der DDR-Forschung bzw. den sozialistischen Klassikern, wobei die Auslegung von Engels' »Militärfrage« einer eingehenderen Betrachtung wert wäre. Neue Forschungsergebnisse bietet Fesser kaum, einige Thesen der DDR-Forschung — besonders zur Basis der DFP, ihrer Haltung in der Koalitionsdebatte etc. — werden leicht modifiziert.

Fessers Buch ist in erster Linie nicht ein Forschungsbeitrag zum Thema, sondern eine pointierte und dabei oft präzise die vorliegende DDR-Forschung sowie die Erinnerungsliteratur, unter Illustrierung aus einigen ungedruckten Quellenbeständen, zusammenfassende, polemische Auseinandersetzung mit der westdeutschen Geschichtsschreibung in ihren zwei hauptsächlichsten Varianten, die über ausgewählte Zitate in einer durchaus bedauernswerten Gestalt vorgeführt werden.

Toni Offermann

Der liberale Roman und der preußische Verfassungskonflikt. Analyseskizzen und Materialien. Unter Mitarbeit von Elke Neumann hrsg. von Bernd Peschken und Claus-Dieter Krohn (= Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaft, Bd. 7), Metzler Verlag, Stuttgart 1976, VIII, 290 S., Pb., 36 DM.

Ziel des vorliegenden »Arbeitsbuches« ist, »ausgehend von einer bestimmten gesellschaftlich-politischen Konstellation das antagonistische Material zu dokumentieren, auf das vor allem

8 Zu der These von der historischen Mission des Bürgertums und den daraus folgenden methodischen Implikationen bemerkt *Gugel* (s. Anm. 2), S. 226, grundsätzlich: »Wohl weist man allgemein auf die ökonomische Unterentwicklung der deutschen Bourgeoisie oder auf die Tatsache hin, daß sie an zwei Fronten kämpfte — jedoch nur, um in einem qualitativen Sprung die Argumentations- und Darstellungsebene zu wechseln und von ›Feigheit‹, ›Übervorsichtigkeit‹, ›prinzipienloser Kompromißpolitik‹, ›Verlogenheit‹, ›Verrat‹, ja ›historischer Schuld‹ zu sprechen. Es scheint, als träfe bei Nichterfüllung des theoretisch gesetzten Klassenzieles die Handelnden ein moralischer Tadel[. . .]«.

die Romane von Freytag, Raabe und Fontane eine künstlerische Antwort darstellten. Der Schwerpunkt des Bandes liegt auf der Dokumentation der öffentlichen, parteipolitisch orientierten Auseinandersetzung in diesem Zeitraum. Sie ist so strukturiert, daß aus ihr die sozialwissenschaftlichen Grundkenntnisse und Voraussetzungen erarbeitet werden können, die für die literaturwissenschaftliche Umsetzung der Romananalyse notwendig sind« (Umschlagtext). Die thematisch gegliederte Sammlung von 149 z. T. erstmals gedruckten Dokumenten zum bürgerlichen Emanzipationskampf im preußischen Verfassungskonflikt 1862/66 wird eingeleitet zum einen vom Germanisten unter den Herausgebern, Bernd Peschken, mit grundsätzlichen methodologischen Bemerkungen, einer in vielen Einzelheiten und Deutungen recht anfechtbaren Skizze der emanzipatorischen Tendenzen im Verfassungskampf sowie sozialgeschichtlichen »Analyseskizzen« von Werken der o. a. Autoren, zum andern vom Historiker Claus-Dieter Krohn mit einer knappen und pointierten Darstellung der »Sozialgeschichte des Verfassungskonflikts«.

Entscheidend für das Gelingen des anspruchsvollen Unternehmens einer Vermittlung von Sozial- und Literaturgeschichte ist gleichermaßen die theoretisch-methodologische Konzeption wie die davon abhängende Quellenauswahl. Insbesondere der einleitende Teil vermag keineswegs zu überzeugen, doch muß hier eine knappe inhaltliche Zusammenfassung genügen. Um in der interdisziplinären Zusammenarbeit die Eigenständigkeit von Sozial- und Literaturgeschichte auch in methodischer Hinsicht zu wahren, fordert Peschken eine je eigenständige »Herauspräparierung von Strukturen« (S. 8), die es dann zu vermitteln gelte. Beim vorliegenden Thema sei letzteres »über die emanzipatorischen Absichten der im Verfassungskonflikt tätigen Generation möglich« (Vorwort), die ihre ästhetische Umsetzung in den Werken der genannten Autoren gefunden hätten. Die inhaltliche Bestimmung von »Fortschrittlichkeit«, ihrer emanzipativen Funktion und ihres sozialen Trägers darf nach Peschken nur aus dem realen historischen Prozeß selbst heraus erfolgen. Die relativ fortschrittlichste Richtung der Epoche kann seiner Meinung nach nur diejenige sein, die auch die Mittel in der Hand hat, ihre Ziele eventuell zu erreichen. »Den eigenen politischen Mitteln unangemessene Forderungen« deuten ebenso wie ein trotz vorhandener politischer Mittel vorgenommener Verzicht auf die Durchsetzung humanitärer Absichten auf ein »falsches Bewußtsein« (S. 6). Unter diesen Voraussetzungen kann Peschken dann als den Träger der realistischsten und fortschrittlichsten Tendenz der Epoche die bürgerliche Emanzipationsbewegung und letztlich — hierin weit unkritischer als Krohn (s. S. 51) — die Deutsche Fortschrittspartei (!) bestimmen (S. 15 f., 21), womit er den gewünschten *gemeinsamen* Träger für die (sozial)politischen und die literarischen Emanzipationstendenzen erhält. Doch konkretisiert Peschken weder die emanzipative Funktion der fortschrittsparteilichen Kampfziele noch ihre behaupteten größeren Realisierungschancen, die er für 1862/66 als besser einschätzt als für 1848/49. Das wohl nächstliegende historische Korrektiv zur Überprüfung bürgerlicher Fortschrittlichkeit, die sich formierende Arbeiterbewegung, wird ebenso weitgehend ausgeklammert (vgl. etwa die ausgewählten Lassalle-Dokumente Nr. 78, 85, 104, 106) wie die fortschreitende Ökonomisierung des bürgerlich-liberalen Denkens. Das konzeptionelle Kernproblem des Arbeitsbuches wird mit keinem Wort berührt: Die Dokumentation des bürgerlichen Verfassungskampfes soll augenscheinlich nicht nur der Interpretation von literarischen Werken dienen, die zur Konfliktzeit entstanden sind, sondern auch von solchen, deren Handlung zwar in diese Zeit fällt, die aber erst Jahre später verfaßt wurden (z. B. Raabe, Freytag)! Was der Benutzer hier angesichts der sich in ihnen niederschlagenden handfesten Verdrängungsprozesse der alten (verfassungs)politischen Kampfziele im Wilhelminischen Kaiserreich mit dem edierten Material anfangen soll, bleibt dunkel. (Nebenbei bemerkt: Gerade Raabes *Gutmanns Reisen*, denen doch die 2. Generalversammlung des Nationalvereins von 1860 als Rahmenhandlung dient, wird nicht einmal erwähnt.) Angesichts der vorgelegten »Analyseskizzen« bleibt schließlich offen, für welche sonstigen Werke und Interpretationen hier denn Material

bereitgelegt wird. Die Möglichkeit einer Anwendung auf die zeitgenössische Lyrik (z. B. Herwegh, Freiligrath) zieht Peschken leider nicht in Erwägung.
Über die Brauchbarkeit des *Quellenteils* entscheidet aber letztlich der von den Autoren ins Auge gefaßte Benutzerkreis — daher zu diesem Komplex nur einige kritische Bemerkungen aus fachwissenschaftlicher Sicht. Am Dokumentenmaterial fällt der überproportionale Prozentsatz literarischer Produkte des nicht gerade als repräsentativ zu bezeichnenden Twesten auf (21 von 149 Nrn.). Irritierend wirken eingestreute »Quellen« aus dem Bereich der neueren Literatur (Nr. 58, 68, 92, 112). Kaum verständlich ist jedoch der Rückgriff auf Archivmaterial — zudem oft nur Polizei- und Ministerialberichte — bei einem völligen Verzicht auf *das* Forum bürgerlicher Öffentlichkeit, Bewußtseinsbildung und Artikulation: die liberale Tagespresse! Die Fülle der zum Abdruck kommenden Quellen muß gerade im Zusammenhang mit einer äußerst sparsamen Annotierung den angesprochenen sach- und fachfremden Benutzer überfordern, was auch durch die stark lenkenden Quellen- und Abschnittsüberschriften nicht ausgeglichen werden kann. Oft fragt man sich, *was* eigentlich dokumentiert werden soll: Repräsentieren die abgedruckten Materialien die vorherrschende Einstellung des Bürgertums zum vorliegenden Problemkomplex, oder dokumentieren sie gerade eine diesbezüglich uneinheitliche Haltung, indem nur die jeweils fortschrittlichen Vertreter zu Worte kommen (z. B. Judenfrage: Nr. 61; Frauenempanzipation: Nr. 63 f., vgl. Nr. 248; Arbeiterfrage: Nr. 65, 67, 69 ff.). Insgesamt bleibt der Eindruck dieses Arbeitsbuches, gerade von seinem selbstgesteckten Ziel her gesehen, dem (angehenden) Germanisten den Zugang zu einer sozialgeschichtlichen Interpretation literarischer Texte zu eröffnen, durchaus unbefriedigend. Für eine Analyse der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts bietet der Band allerdings aufschlußreiches und z. T. neues Material.

Toni Offermann

Das Tagebuch Julius Hölders 1877—1880. Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich, hrsg. von Dieter Langewiesche (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A: Quellen, Bd. 26), Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1977, XVIII, 334 S., kart., 48 DM.

Das Tagebuch, das der Württemberger Julius Hölder (1819—1887; Landtagsabgeordneter 1848/49 und 1856—1881; Landtagspräsident 1875—1881; nationalliberaler Reichstagsabgeordneter 1871—1881; württembergischer Innenminister 1881 bis zu seinem Tode) in der Zeit zwischen Juli 1877 und Ende 1880 führte, ist eine zentrale Quelle nicht nur für die württembergische Landesgeschichte, sondern auch und vor allem für die innen- und wirtschaftspolitische Umbruchphase im Bismarckreich (die sog. »zweite« oder »innere« Reichsgründung), die auch zum Auseinanderbrechen der Nationalliberalen Partei führte. Bislang war das Tagebuch nur durch die im pro-Bismarckischen Sinn tendenziös ausgewählten Auszüge bekannt, die H. v. Poschinger in seinem Werk über »Bismarck und die Parlamentarier« (1895 f.) abgedruckt hat. Hölders Perspektive bei seiner detaillierten Schilderung von internen Vorgängen in der nationalliberalen Reichstagsfraktion (Entscheidungsprozeß, Flügelkämpfe, taktische Absprachen, vertrauliche Mitteilungen wie z. B. über Bennigsens Verhandlungen mit Bismarck über einen Eintritt von Nationalliberalen in die Regierung) ist vornehmlich von seiner Position in Württemberg bestimmt. Hölder war im späten Vormärz in der demokratischen Bewegung aktiv, nahm aber während der Revolution eine gemäßigt oppositionelle Haltung ein, die ihn für den demokratischen wie den liberalen Flügel der bürgerlichen Opposition als Integrationsfigur annehmbar machte; er hatte entscheidenden Anteil daran, daß die liberal-demokratischen Kräfte im Landtag bis zur Mitte der 1860er Jahre als einheitliche Fraktion auftraten. Die kontroverse Einschätzung des Bismarckschen Weges zur

bereitgelegt wird. Die Möglichkeit einer Anwendung auf die zeitgenössische Lyrik (z. B. Herwegh, Freiligrath) zieht Peschken leider nicht in Erwägung.
Über die Brauchbarkeit des *Quellenteils* entscheidet aber letztlich der von den Autoren ins Auge gefaßte Benutzerkreis — daher zu diesem Komplex nur einige kritische Bemerkungen aus fachwissenschaftlicher Sicht. Am Dokumentenmaterial fällt der überproportionale Prozentsatz literarischer Produkte des nicht gerade als repräsentativ zu bezeichnenden Twesten auf (21 von 149 Nrn.). Irritierend wirken eingestreute »Quellen« aus dem Bereich der neueren Literatur (Nr. 58, 68, 92, 112). Kaum verständlich ist jedoch der Rückgriff auf Archivmaterial — zudem oft nur Polizei- und Ministerialberichte — bei einem völligen Verzicht auf *das* Forum bürgerlicher Öffentlichkeit, Bewußtseinsbildung und Artikulation: die liberale Tagespresse! Die Fülle der zum Abdruck kommenden Quellen muß gerade im Zusammenhang mit einer äußerst sparsamen Annotierung den angesprochenen sach- und fachfremden Benutzer überfordern, was auch durch die stark lenkenden Quellen- und Abschnittsüberschriften nicht ausgeglichen werden kann. Oft fragt man sich, *was* eigentlich dokumentiert werden soll: Repräsentieren die abgedruckten Materialien die vorherrschende Einstellung des Bürgertums zum vorliegenden Problemkomplex, oder dokumentieren sie gerade eine diesbezüglich uneinheitliche Haltung, indem nur die jeweils fortschrittlichen Vertreter zu Worte kommen (z. B. Judenfrage: Nr. 61; Frauenempanzipation: Nr. 63 f., vgl. Nr. 248; Arbeiterfrage: Nr. 65, 67, 69 ff.). Insgesamt bleibt der Eindruck dieses Arbeitsbuches, gerade von seinem selbstgesteckten Ziel her gesehen, dem (angehenden) Germanisten den Zugang zu einer sozialgeschichtlichen Interpretation literarischer Texte zu eröffnen, durchaus unbefriedigend. Für eine Analyse der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts bietet der Band allerdings aufschlußreiches und z. T. neues Material.

Toni Offermann

Das Tagebuch Julius Hölders 1877—1880. Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich, hrsg. von Dieter Langewiesche (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A: Quellen, Bd. 26), Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1977, XVIII, 334 S., kart., 48 DM.

Das Tagebuch, das der Württemberger Julius Hölder (1819—1887; Landtagsabgeordneter 1848/49 und 1856—1881; Landtagspräsident 1875—1881; nationalliberaler Reichstagsabgeordneter 1871—1881; württembergischer Innenminister 1881 bis zu seinem Tode) in der Zeit zwischen Juli 1877 und Ende 1880 führte, ist eine zentrale Quelle nicht nur für die württembergische Landesgeschichte, sondern auch und vor allem für die innen- und wirtschaftspolitische Umbruchphase im Bismarckreich (die sog. »zweite« oder »innere« Reichsgründung), die auch zum Auseinanderbrechen der Nationalliberalen Partei führte. Bislang war das Tagebuch nur durch die im pro-Bismarckischen Sinn tendenziös ausgewählten Auszüge bekannt, die H. v. Poschinger in seinem Werk über »Bismarck und die Parlamentarier« (1895 f.) abgedruckt hat. Hölders Perspektive bei seiner detaillierten Schilderung von internen Vorgängen in der nationalliberalen Reichstagsfraktion (Entscheidungsprozeß, Flügelkämpfe, taktische Absprachen, vertrauliche Mitteilungen wie z. B. über Bennigsens Verhandlungen mit Bismarck über einen Eintritt von Nationalliberalen in die Regierung) ist vornehmlich von seiner Position in Württemberg bestimmt. Hölder war im späten Vormärz in der demokratischen Bewegung aktiv, nahm aber während der Revolution eine gemäßigt oppositionelle Haltung ein, die ihn für den demokratischen wie den liberalen Flügel der bürgerlichen Opposition als Integrationsfigur annehmbar machte; er hatte entscheidenden Anteil daran, daß die liberal-demokratischen Kräfte im Landtag bis zur Mitte der 1860er Jahre als einheitliche Fraktion auftraten. Die kontroverse Einschätzung des Bismarckschen Weges zur

Reichsgründung spaltete die beiden Lager; Hölder sah sich genötigt, gegen die antipreußisch-föderalistische, demokratische »Volkspartei« 1866 eine »Deutsche Partei« zu gründen, für die er Anhänger über den Kreis der propreußischen, aber über den Grad an Selbständigkeit der Bundesstaaten uneinigen Liberalen hinaus bei nationalgesinnten Konservativen und bei wirtschaftsbürgerlichen Kreisen suchen mußte. Die Partei wurde unter seiner Führung in den 1870er Jahren zur stärksten Fraktion; die gemeinsame Basis der inhomogenen Wählerschaft bestand freilich nur in der Bejahung der Reichsgründung und der Reichsinstitutionen, so daß liberale Reformziele in den Hintergrund traten. Die Deutsche Partei arbeitete im Landtag eng mit dem nur als Fraktion existierenden »Regierungsclub« zusammen; Hölder pflegte auch ein persönliches Verhältnis zum Ministerpräsidenten Frhr. v. Mittnacht, dessen Reichspolitik er voll billigte und der ihm auch viele vertrauliche Mitteilungen aus Landespolitik und Bundesrat zukommen ließ. Die Konservativen (vor allem Pietisten) sonderten sich zwar 1876 ab und bildeten eine eigene Deutschkonservative Partei; doch ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Partei einschließlich der gemeinsamen Aufstellung von Reichstagskandidaten blieb bestehen, wobei sich freilich immer weniger Gewählte im Reichstag den Nationalliberalen und immer mehr den konservativen Fraktionen anschlossen. Das Funktionieren einer lockeren, regierungsnahen Honoratiorenpartei samt der Rolle des staatlichen Wohlwollens für die Kandidaten und der Bedeutung gesellschaftlicher Verbindungen (Burschenschaften, gesellige Anlässe etc.) wird im Tagebuch sehr anschaulich geschildert, ebenso wie Hölders vergebliche Bemühungen, die bisher kooperierenden Kräfte in einer einheitlichen Partei auf der Grundlage von Reichstreue und Abwehr unitarischer Tendenzen zusammenzuführen.

Entsprechend wuchs Hölders Reserve gegenüber der nationalliberalen Reichstagsfraktion wegen der zentralistischen Neigungen seiner preußischen Kollegen, der »Tyrannei« in der Fraktion und der gegen Bismarck gerichteten »doktrinären« Angriffe des linken Flügels, dessen Sezession er herbeiwünschte. Hölder ließ sich im März 1879 nicht mehr in den Fraktionsvorstand wählen und trat im Juli 1879 zusammen mit 15 Süddeutschen, mit denen er sich der schutzzöllnerischen interfraktionellen Vereinigung von 204 Abgeordneten angeschlossen hatte, aus der Fraktion aus, ohne die Verbindung zu ihr ganz zu lösen. Die Unterstützung der Bismarckschen Zoll- und Handelspolitik ist freilich nicht interessenpolitisch motiviert; wenn auch drei Abgeordnete seiner Gruppe der Eisenindustrie nahestanden, so waren doch nicht wirtschaftliche Sonderinteressen ausschlaggebend, zumal sich die württembergischen Handels- und Gewerbekammern durchaus uneinheitlich geäußert hatten, sondern die Entlastung der Länder von den Matrikularbeiträgen, abgesehen vom Stimmungsumschwung bei der Wählerschaft zugunsten mäßiger Schutzzölle.

Die Edition ist eine nachträgliche Frucht der Beschäftigung des Herausgebers mit »Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung« (Düsseldorf 1974; vgl. die Rez. von L. Gall in HZ, Bd. 228, 1979, S. 99—101) und ist ungewöhnlich reichhaltig kommentiert und mit einer Einleitung versehen, die aufgrund ihrer Aspektvielfalt mehr als nur eine biographische Skizze bietet. Konrad von Zwehl

Ludolf Herbst, Die erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der Politik »monarchischer Solidarität« (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 46), Musterschmidt-Verlag, Göttingen / Frankfurt / Zürich 1975, 240 S., engl. brosch., 70 DM.

Die aus einer Dissertation hervorgegangene vorliegende Arbeit will sich vornehmlich einem Problem widmen, das sich in Geschichte und Politik immer wieder gestellt hat: das Verhält-

Reichsgründung spaltete die beiden Lager; Hölder sah sich genötigt, gegen die antipreußisch-föderalistische, demokratische »Volkspartei« 1866 eine »Deutsche Partei« zu gründen, für die er Anhänger über den Kreis der propreußischen, aber über den Grad an Selbständigkeit der Bundesstaaten uneinigen Liberalen hinaus bei nationalgesinnten Konservativen und bei wirtschaftsbürgerlichen Kreisen suchen mußte. Die Partei wurde unter seiner Führung in den 1870er Jahren zur stärksten Fraktion; die gemeinsame Basis der inhomogenen Wählerschaft bestand freilich nur in der Bejahung der Reichsgründung und der Reichsinstitutionen, so daß liberale Reformziele in den Hintergrund traten. Die Deutsche Partei arbeitete im Landtag eng mit dem nur als Fraktion existierenden »Regierungsclub« zusammen; Hölder pflegte auch ein persönliches Verhältnis zum Ministerpräsidenten Frhr. v. Mittnacht, dessen Reichspolitik er voll billigte und der ihm auch viele vertrauliche Mitteilungen aus Landespolitik und Bundesrat zukommen ließ. Die Konservativen (vor allem Pietisten) sonderten sich zwar 1876 ab und bildeten eine eigene Deutschkonservative Partei; doch ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Partei einschließlich der gemeinsamen Aufstellung von Reichstagskandidaten blieb bestehen, wobei sich freilich immer weniger Gewählte im Reichstag den Nationalliberalen und immer mehr den konservativen Fraktionen anschlossen. Das Funktionieren einer lockeren, regierungsnahen Honoratiorenpartei samt der Rolle des staatlichen Wohlwollens für die Kandidaten und der Bedeutung gesellschaftlicher Verbindungen (Burschenschaften, gesellige Anlässe etc.) wird im Tagebuch sehr anschaulich geschildert, ebenso wie Hölders vergebliche Bemühungen, die bisher kooperierenden Kräfte in einer einheitlichen Partei auf der Grundlage von Reichstreue und Abwehr unitarischer Tendenzen zusammenzuführen.

Entsprechend wuchs Hölders Reserve gegenüber der nationalliberalen Reichstagsfraktion wegen der zentralistischen Neigungen seiner preußischen Kollegen, der »Tyrannei« in der Fraktion und der gegen Bismarck gerichteten »doktrinären« Angriffe des linken Flügels, dessen Sezession er herbeiwünschte. Hölder ließ sich im März 1879 nicht mehr in den Fraktionsvorstand wählen und trat im Juli 1879 zusammen mit 15 Süddeutschen, mit denen er sich der schutzzöllnerischen interfraktionellen Vereinigung von 204 Abgeordneten angeschlossen hatte, aus der Fraktion aus, ohne die Verbindung zu ihr ganz zu lösen. Die Unterstützung der Bismarckschen Zoll- und Handelspolitik ist freilich nicht interessenpolitisch motiviert; wenn auch drei Abgeordnete seiner Gruppe der Eisenindustrie nahestanden, so waren doch nicht wirtschaftliche Sonderinteressen ausschlaggebend, zumal sich die württembergischen Handels- und Gewerbekammern durchaus uneinheitlich geäußert hatten, sondern die Entlastung der Länder von den Matrikularbeiträgen, abgesehen vom Stimmungsumschwung bei der Wählerschaft zugunsten mäßiger Schutzzölle.

Die Edition ist eine nachträgliche Frucht der Beschäftigung des Herausgebers mit »Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung« (Düsseldorf 1974; vgl. die Rez. von L. Gall in HZ, Bd. 228, 1979, S. 99—101) und ist ungewöhnlich reichhaltig kommentiert und mit einer Einleitung versehen, die aufgrund ihrer Aspektvielfalt mehr als nur eine biographische Skizze bietet. Konrad von Zwehl

Ludolf Herbst, Die erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der Politik »monarchischer Solidarität« (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 46), Musterschmidt-Verlag, Göttingen / Frankfurt / Zürich 1975, 240 S., engl. brosch., 70 DM.

Die aus einer Dissertation hervorgegangene vorliegende Arbeit will sich vornehmlich einem Problem widmen, das sich in Geschichte und Politik immer wieder gestellt hat: das Verhält-

nis staatlicher Macht zu radikalen politischen Minderheiten mit seiner Dialektik von Unterdrückung und Freiheit (S. 7). Der Autor will mit dieser Arbeit den Versuch machen, die Politik Deutschlands in den Jahren 1871 bis 1872 (also nach der Reichsgründung und nicht, wie im Titel angegeben, in der Reichsgründungszeit) im Zusammenhang mit der Verfolgung der Internationale zu analysieren. Dies könne zwar nur auf dem Hintergrund der sozialen Frage und ihrer verschiedenen Lösungsmöglichkeiten geschehen, im Vordergrund der Betrachtung sollen aber vor allem die politisch-organisatorischen und rechtlichen Probleme einer Verfolgung der Internationale stehen — Probleme also, die auf der diplomatischen Ebene zwischen den Großmächten Frankreich, Rußland, Österreich-Ungarn, England und Deutschland zur Sprache kamen.

Erst nach dem Aufstand der Pariser Kommune vom März 1871 und den französischen Versuchen, die Internationale als den Hauptschuldigen an diesem Aufstand darzustellen, wurde die Internationale zum brisanten Problem der europäischen Politik, indem einmal die Internationale als gesamteuropäische Bedrohung erscheinen sollte und zum anderen eine gemeinsame Verfolgung der Kommunarden gefordert wurde. Allerdings fand die Regierung in Versailles mit ihren Bemühungen um gemeinsame europäische Abwehrmaßnahmen gegen die Internationale nur begrenztes Entgegenkommen (S. 65 f.). Einen besonderen Stellenwert nahm Rußland in der französischen Kalkulation ein, denn dort wurde die revolutionäre Gefahr als evident angesehen.

Wenn man davon ausgeht, daß die heraufbeschworene revolutionäre Bedrohung sowohl in Versailles wie in Berlin im Sinne nationalstaatlicher Machtinteressen genutzt werden sollte, so mag man »mit einigem Recht in Favres Vorgehen im Frühsommer 1871 einen Gegenzug zur Politik Bismarcks und zu seinem Bestreben sehen können, die Republik Frankreich im monarchischen Europa außenpolitisch zu isolieren« (S. 66). Während Bismarck Rußland und Österreich-Ungarn im Namen monarchischer Solidarität ans Reich binden wollte, ging das Bestreben der französischen Politik dahin, im Vorgehen gegen die Internationale derart zu verfahren, daß voraussichtlich nur Rußland dieser Politik folgen würde. Gelänge es auf diese Weise, an der deutschen Politik vorbeizuziehen, so könnte ein momentanes französisch-russisches Spezialinteresse zum Ausgangspunkt einer breiteren Interessengemeinschaft werden (S. 67). Wie der Autor nachweist, bemühte sich Bismarck sehr schnell, dieser möglichen Annäherung zwischen Frankreich und Rußland entgegenzuwirken. Es sei vor allem dem überlegenen diplomatischen Spiel Bismarcks zuzuschreiben, daß aus der Situation im Sommer 1871 keine negativen Folgen für die außenpolitische Stellung Deutschlands erwachsen seien, »dem es gelang, sich hinter der ablehnenden Haltung Englands zu verstecken und Österreich-Ungarn zu gewinnen, ohne Rußland vor den Kopf zu stoßen« (S. 155).

Durch den Untertitel stellt der Autor seine Arbeit und die detaillierten Analysen in den größeren Rahmen der »Politik monarchischer Solidarität«. Zu den Auswirkungen der Pariser Kommune gehörte es nun, daß sie das Bewußtsein für einen Revolutionstypus schärfte, der nicht nur die Monarchie, sondern auch die Republik bedrohte und damit neue Gegensätze schuf. Die bürgerliche Demokratie hatte sich selbst auf die Seite der Monarchie gestellt, und gemeinsam standen sie der sozialen, proletarischen Revolution gegenüber. Wie Herbst konstatiert, konnte dies nicht ohne Auswirkungen auf die Politik monarchischer Solidarität bleiben (S. 223). Bismarck benutzte den sich anbahnenden Kampf gegen die Internationale für seine Annäherung an Österreich-Ungarn und die Isolierung Frankreichs, andererseits zeigte sich, daß der enge Zusammenhang zwischen Revolutionsgefahr und Außenpolitik bei der Verfolgung der Internationale auch zugunsten Frankreichs und zur Isolierung des neuen Deutschen Reichs nutzbar zu machen war. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß unter den in den Jahren 1871/72 bestehenden Bedingungen die Politik monarchischer Solidarität — sollte sie zu konkreten gemeinsamen Maßnahmen gegen die Sozialisten führen — die Gefahr in sich barg, durch die unvermeidliche Offenlegung der strukturellen Unterschiede der

Staaten die Interessengegensätze zu vertiefen. Eine Konkretisierung der Politik monarchischer Solidarität gegen die Gefahren der sozialen Revolution war in den Jahren 1871/72 also gar nicht möglich (S. 224). Wie Herbst feststellt, hätte auch der Fortbestand der ersten Internationale wohl kaum etwas geändert. Die Möglichkeiten zur Konkretisierung dieser Politik ergaben sich erst später.

Beatrix W. Bouvier

Hans-Peter Ullmann, Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895 - 1914 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 21), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 464 S., kart., 84 DM.

Die wirtschaftlichen Interessenverbände gehören derzeit sicherlich zu den besterforschten Erscheinungen der Geschichte des deutschen Kaiserreichs. Das dürfte zwei inhaltlich-sachliche Gründe haben, die von der vergleichsweise günstigen Quellenlage unterstützt worden sind. Freie Wirtschaftsverbände hat es vor der Gründung des Reiches in dieser Gestalt in Deutschland nicht gegeben. Der Formwandel in der Artikulation und praktischen Vertretung privater Gruppeninteressen hat daher zu Recht die Aufmerksamkeit der Historiker wachgerufen; zumal die Aufmerksamkeit von Historikern, die ihr Augenmerk vorrangig nicht mehr auf die Haupt- und Staatsaktionen, sondern auf deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen und Bezüge richten. Es war naheliegend, von Studien über die Organisation und Politik der Interessenverbände weitere Aufklärung über die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Wirtschaft und Politik zu erwarten, die Lederer bereits 1912 als »Ökonomisierung des politischen Lebens« thesenhaft zugespitzt behandelt hat und die in der Zwischenzeit im Begriff des »Organisierten Kapitalismus« gleichsam den Charakter eines System erhalten haben.

In den vergangenen zehn Jahren sind sehr eingehende und zugleich wohl abschließende Monographien über die vier bekanntesten und sicherlich auch wichtigsten Verbände erschienen. Puhle (1966) und Kaelble (1967) haben den Anfang mit Arbeiten über den BdL und den CVDI gemacht. Mielkes Untersuchung über den Hansa-Bund ist nur wenig später, 1970, in Berlin als Dissertation angenommen, in überarbeiteter Fassung aber erst 1976 gedruckt worden. Sehr viel rascher — dafür ist den Herausgebern der »Kritischen Studien« ebenso zu danken wie für die verzögerte Publikation der aufschlußreichen Studie von Mielke — ist die umfangreiche Arbeit über den Bund der Industriellen im Druck erschienen, mit der Hans-Peter Ullmann 1975 in Köln von Theodor Schieder promoviert worden ist.

Es wäre reizvoll, die Gelegenheit zu benutzen, um ein erstes Resümee zu ziehen und die Ergebnisse der speziellen Verbandsforschung mit der Rolle und Bedeutung zu konfrontieren, die den Verbänden in gängigen »Konzepten« und Interpretationen der Geschichte der Wilhelminischen Zeit zugewiesen werden. Es wäre nichts Neues, wenn verkürzte Thesen und übermäßig scharf pointierte Formulierungen von der Spezialforschung zwar nicht mehr getragen werden, aber dennoch ihren Platz im Deutungs»raster« für eine historische Erscheinung oder Epoche noch eine gute Weile behalten, weil ihre Revision womöglich die Interpretation größerer Zusammenhänge fragwürdig erscheinen ließe.

Es wäre reizvoll! Aber hier ist nicht der rechte Ort dafür. Hier geht es um das Buch Ullmanns. Und an dem läßt sich auch nicht exemplarisch zeigen, worauf es bei einer zusammenfassenden Betrachtung ankäme. Das liegt nicht am Buch, sondern am BdI. Mag man auch die Zeit für gekommen halten, die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessenverbände im politischen und gesellschaftlichen Gefüge ihrer Zeit, vor allem aber die Überschätzung ihres tatsächlichen Einflusses auf wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen und Entscheidungen wesentlich tiefer zu hängen, als es derzeit geschieht — wenn man es am Beispiel des BdI

Staaten die Interessengegensätze zu vertiefen. Eine Konkretisierung der Politik monarchischer Solidarität gegen die Gefahren der sozialen Revolution war in den Jahren 1871/72 also gar nicht möglich (S. 224). Wie Herbst feststellt, hätte auch der Fortbestand der ersten Internationale wohl kaum etwas geändert. Die Möglichkeiten zur Konkretisierung dieser Politik ergaben sich erst später.

Beatrix W. Bouvier

Hans-Peter Ullmann, Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895 - 1914 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 21), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 464 S., kart., 84 DM.

Die wirtschaftlichen Interessenverbände gehören derzeit sicherlich zu den besterforschten Erscheinungen der Geschichte des deutschen Kaiserreichs. Das dürfte zwei inhaltlich-sachliche Gründe haben, die von der vergleichsweise günstigen Quellenlage unterstützt worden sind. Freie Wirtschaftsverbände hat es vor der Gründung des Reiches in dieser Gestalt in Deutschland nicht gegeben. Der Formwandel in der Artikulation und praktischen Vertretung privater Gruppeninteressen hat daher zu Recht die Aufmerksamkeit der Historiker wachgerufen; zumal die Aufmerksamkeit von Historikern, die ihr Augenmerk vorrangig nicht mehr auf die Haupt- und Staatsaktionen, sondern auf deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen und Bezüge richten. Es war naheliegend, von Studien über die Organisation und Politik der Interessenverbände weitere Aufklärung über die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Wirtschaft und Politik zu erwarten, die Lederer bereits 1912 als »Ökonomisierung des politischen Lebens« thesenhaft zugespitzt behandelt hat und die in der Zwischenzeit im Begriff des »Organisierten Kapitalismus« gleichsam den Charakter eines System erhalten haben.

In den vergangenen zehn Jahren sind sehr eingehende und zugleich wohl abschließende Monographien über die vier bekanntesten und sicherlich auch wichtigsten Verbände erschienen. Puhle (1966) und Kaelble (1967) haben den Anfang mit Arbeiten über den BdL und den CVDI gemacht. Mielkes Untersuchung über den Hansa-Bund ist nur wenig später, 1970, in Berlin als Dissertation angenommen, in überarbeiteter Fassung aber erst 1976 gedruckt worden. Sehr viel rascher — dafür ist den Herausgebern der »Kritischen Studien« ebenso zu danken wie für die verzögerte Publikation der aufschlußreichen Studie von Mielke — ist die umfangreiche Arbeit über den Bund der Industriellen im Druck erschienen, mit der Hans-Peter Ullmann 1975 in Köln von Theodor Schieder promoviert worden ist.

Es wäre reizvoll, die Gelegenheit zu benutzen, um ein erstes Resümee zu ziehen und die Ergebnisse der speziellen Verbandsforschung mit der Rolle und Bedeutung zu konfrontieren, die den Verbänden in gängigen »Konzepten« und Interpretationen der Geschichte der Wilhelminischen Zeit zugewiesen werden. Es wäre nichts Neues, wenn verkürzte Thesen und übermäßig scharf pointierte Formulierungen von der Spezialforschung zwar nicht mehr getragen werden, aber dennoch ihren Platz im Deutungs»raster« für eine historische Erscheinung oder Epoche noch eine gute Weile behalten, weil ihre Revision womöglich die Interpretation größerer Zusammenhänge fragwürdig erscheinen ließe.

Es wäre reizvoll! Aber hier ist nicht der rechte Ort dafür. Hier geht es um das Buch Ullmanns. Und an dem läßt sich auch nicht exemplarisch zeigen, worauf es bei einer zusammenfassenden Betrachtung ankäme. Das liegt nicht am Buch, sondern am BdI. Mag man auch die Zeit für gekommen halten, die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessenverbände im politischen und gesellschaftlichen Gefüge ihrer Zeit, vor allem aber die Überschätzung ihres tatsächlichen Einflusses auf wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen und Entscheidungen wesentlich tiefer zu hängen, als es derzeit geschieht — wenn man es am Beispiel des BdI

täte, hinge beides denn doch gleich *zu* tief. Ullmann hat ja doch letztlich die Geschichte fortwährender Vergeblichkeit und wiederholten Scheiterns geschrieben. Eine nachhaltig einfluß- und erfolgreiche Vertretung der Interessen klein- und mittelbetrieblicher Industrieller hat es trotz des BdI im Kaiserreich nicht gegeben.

Als derart begrenzte Interessenvertretung war der Bund zunächst übrigens gar nicht gedacht gewesen. Er ist 1895 ausdrücklich als Gegenorganisation zum BdL und überdies im Widerstreit zur einseitigen Betonung schwer- und textilindustrieller Interessen im CVDI ins Leben gerufen worden und sollte Repräsentant der gesamten deutschen Industrie sein. Diesem hohen Anspruch ist er von Anbeginn nicht gerecht geworden. Die Vorstellung des Chemievereins, der 1889 im Zorn den Centralverband verlassen hatte, einen halbstaatlichen Zwangsverband der ganzen Industrie einschließlich des CVDI zu schaffen, ist über den Bereich der Vorstellung nie hinausgediehen. Aber auch die bescheidenere Hoffnung, dem CVDI Mitglieder abwerben zu können, hat getrogen. Der etablierte, finanzkräftige Centralverband ist von der Gründung des Bundes nicht sonderlich gestört worden. So ist der BdI nicht einmal der »Schutzverband der Fertigindustrie« geworden, sondern — etwas überspitzt formuliert — eine Art Refugium der »Unterprivilegierten« in der industriellen Unternehmerschaft gewesen und geblieben. In ihm haben sich, abgesehen von der Chemie, die Branchen mit mittelmäßigem oder unterdurchschnittlichem Wachstum zusammengefunden. Es waren dies zugleich die Branchen, in denen die Klein- und Mittelbetriebe vorherrschten. Das hat sich zunächst auf die Organisation und die Finanzkraft höchst nachteilig ausgewirkt. Ullmann schildert das nach einem Vorspann über die »Genese industrieller Interessenvertretungen«, der unnötig weit ausholt und dann mit Notwendigkeit zu knapp und gerafft ausfällt, und nach der vorzüglich konzentriert dargestellten Gründungsgeschichte ausführlich und überzeugend. Dem Verband ist es nie gelungen, eine handlungsfähige, zentrale Führung herauszubilden. Die kurze Phase der Zentralisationsbemühungen bis etwa 1902 ist zugleich die Phase der größten Einflußlosigkeit und Mißerfolge gewesen. Wie maßgebend die Mitwirkung der landwirtschaftlichen und industriellen Interessenten an der endgültigen Formulierung des schon von den Zeitgenossen weit über das Maß seiner faktischen wirtschaftlichen Wirkung zu hoher sozialer und politischer Bedeutung emporstilisierten Zollgesetzes von 1902 tatsächlich gewesen ist, ist trotz der Quellenforschung von Stegmann, Witt, Eley und nun auch von Ullmann immer noch unzureichend geklärt. Wie aber auch immer — der BdI hat dabei jedenfalls keine Rolle gespielt.

Das hat den Fertigwarenproduzenten — soweit den Außenhandelsstatistiken zu entnehmen ist — freilich weniger geschadet, als sie selbst befürchtet haben und als Ullmann hin und wieder unterstellt (S. 101, 201). Im Zeichen des Bülow-Tarifs ist der Anteil des Exports am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen nach Hoffmanns Schätzungen von 14,7 % (1905) auf 17,4 % (1912) und gar 19,2 % (1913) gestiegen. Der Wert der ausgeführten Fertigwaren ist von 1905 bis 1909 um 19,2 % und bis 1913 um 65 % gewachsen. Dies aber hier, da es noch um die organisatorischen Leistungen und Fehlleistungen des BdI geht, nur in Parenthese.

Wirkungsvoller ist der Verband erst nach der Jahrhundertwende aufgetreten, als die regionalen Organisationen an Gewicht gewannen. Dabei ist freilich stärker noch als vorher offenbar geworden, daß seine Reichweite nicht nur hinsichtlich der vertretenen Industriebranchen und Unternehmensgrößen, sondern auch regional sehr begrenzt war. Bei genauer Hinsicht gab es eigentlich nur zwei Wirtschaftsregionen, in denen der Bund nachhaltig Fuß gefaßt hatte: Südwestdeutschland und das nichtpreußische Mitteldeutschland. In Bayern hat es gute Ansätze gegeben, die mit der Gründung des unabhängigen Bayerischen Industriellenverbandes, der sich zusehends vom Bund entfernte und auf den CVDI zu bewegte, aber rasch zu Ende gingen. In Preußen hat der BdI nie größeres Gewicht gehabt. Seine »Hochburg« war seit der Gründung des Verbandes sächsischer Industrieller (VSI) im Jahr 1902 das König-

reich Sachsen. 1909 waren dort nicht zuletzt dank der siebenjährigen Geschäftsführung des jungen Stresemann allein 69 % aller Einzelmitglieder des BdI beheimatet.

Ullmann deutet die hochgradige Durchsetzungsfähigkeit des VSI an, exemplifiziert sie aber nicht beweiskräftig. Das mag angesichts des Themas und der Fragestellung seines Buches weniger zu kritisieren als zu bedauern sein. Da so nachdrücklich betont wird, daß in der zweiten, längeren Phase der Verbandstätigkeit die Landesverbände eher den Bund konstituierten und trugen, als daß der Bund die Tätigkeit der Landesverbände bestimmt und koordiniert hätte, und da der VSI als »Vorbild und Erfolgsausweis für das neue landesverbandliche Organisationsprinzip« (S. 53) vorgestellt wird, ist es immerhin ein verständliches Bedauern. Mir scheint, daß ein tiefer eindringender Abschnitt über die praktische Tätigkeit des VSI unsere Einsicht in Wesen und Arbeit der wirtschaftlichen Interessenverbände im Kaiserreich mehr gefördert hätte, als die siebenundzwanzig etwas aufgeblähten, allzu gewollt »theoriehaltigen« und eigentlich wenig überraschenden Seiten zur Verbandsideologie. Zumal das Stresemann-Buch von Donald Warren mancherlei Aufklärung schuldig geblieben ist und zumal Ullmann — aber vielleicht liest er das gar nicht so gern — als Darsteller und Interpret empirischer Zusammenhänge viel interessanter und origineller ist denn als Ideologiekritiker und als betont historischer Sozialwissenschaftler mit theoretischem Anspruch.

Ich habe mich jedenfalls nach den spannenden Kapiteln über die viel internen Streit provozierenden organisatorischen Probleme und über die durchgehend katastrophale Finanzlage des Bundes, die es ihm nicht erlaubte, sich »auf dem Gebiet der Parteienfinanzierung [zu] betätigen [oder] in Wahlkämpfe durch Kandidatenfinanzierung« einzugreifen (S. 80), bei der Lektüre des folgenden Ideologiekapitels und des weit längeren Abschnitts über die »Einfluß*möglichkeiten*« des BdI einer gewissen Lesemüdigkeit nicht ganz erwehren können. Die Handlung retardiert in diesem Mittelstück auf unerfreuliche Weise. Das müßte bei etwas strafferer Darstellung nicht ganz so sein, verweist aber auch auf die hauptsächliche Schwierigkeit aller Verbandsgeschichte. Zwischen dem historischen Interesse an den verbandspolitischen Praktiken, dem Einfluß auf administrative und gesetzgeberische Maßnahmen sowie dem zähl- und meßbaren Erfolg der Verbände und der Aussagekraft der Quellen zu diesen Fragen gibt es eine erhebliche Diskrepanz. Parlamentarische Lobby und informelle Bemühungen, Regierungen und Verwaltungen für partikulare wirtschaftliche und politische Interessen zu gewinnen, werden gewöhnlich nicht aktenkundig. Deshalb läßt sich wenig Handgreifliches darüber schreiben. Nicht umsonst wird immer wieder beispielhaft auf den Wirtschaftlichen Ausschuß bei der Vorbereitung des Zollgesetzes von 1902 als institutionalisierter Interessenvertretung und auf die 12 000-Mark-Affäre als zufällig bloßgestelltes stillschweigendes Zusammenwirken eines Reichsamtes und eines Interessenverbandes hingewiesen, im übrigen aber versucht, mit hypothetischen Überlegungen die Wahrscheinlichkeit der erfolgreichen Einflußnahme plausibel zu machen.

Ullmann leitet diese Wahrscheinlichkeit aus einigen derzeit gängigen Betrachtungen über die Herrschaftsstruktur des Kaiserreichs, die Rekrutierung und Zusammensetzung seiner Bürokratien und die »ideologische Affinität« zwischen den Verwaltungsspitzen und der Industrie ab. Das Resümee, die Verwaltung habe »zur präferentiellen Berücksichtigung der agrarischen vor den industriellen, der schwerindustriellen vor den fertigindustriellen und der Interessen der besitzenden Klasse vor denen der Arbeiterklasse [tendiert]«, ist freilich zu vage und zu wenig belegt, um völlig zu überzeugen. Ich frage mich, ob es sich ein Historiker nicht zu einfach macht, wenn er den Mangel an Quellenbelegen mit dem Rückgriff auf die Theorie der »non-decisions« und der »einflußlosen Einflußnahme« überbrückt. An der Idee mag ja manches dran sein, als »theoretischer Stützpfeiler« in der historischen Argumentation wirkt sie gleichwohl wie ein unangreifbarer deus ex machina. Über »Nichtthematisierung« (S. 110) läßt sich schlechterdings nicht mehr räsonnieren. Die Geschichtswissenschaft tut sich keinen Gefallen, wenn sie ihre Deutungen der Bestreitbarkeit entzieht, und sie läuft Gefahr, Leerfor-

meln zu produzieren. Ich kann jedenfalls — um ein beliebiges Beispiel zu nennen — nicht ohne weiteres einsehen, daß die »Konvergenz organisatorischer Strukturen« — wenn es sie denn zwischen Reichsverwaltung und Wirtschaft gegeben haben sollte — »die Herausbildung ›interbürokratischer‹ Beziehungen [erleichtert] und die Verflechtung zwischen Verwaltung und Verbänden« gefördert haben soll (S. 116).

Nach den etwas mühsam zu lesenden 50 bis 60 Seiten, die diese Abschnitte füllen, wird das Buch dann allerdings noch einmal interessant und informativ. Ullmann schildert unter der etwas zu hoch gegriffenen Überschrift »Fertigindustrielle Politik im Wilhelminischen Deutschland: Einflußnahme und Bündnispolitik des BdI« zunächst die Entstehung des Bülow-Tarifs und der Handelsverträge, die auf seiner Grundlage abgeschlossen worden sind, dann die vorübergehende Zusammenarbeit des BdI mit dem CVDI in der wenig wirkungsvollen Interessengemeinschaft der Deutschen Industrie und schließlich seine Aktivität im Widerstreit zum Centralverband im Hansabund. Insbesondere im Teil über den Zolltarif tritt der Bund wegen der geringen Rolle, die er bei der Entstehung des Gesetzes gespielt hat, zwar stark in den Hintergrund. Die Auseinandersetzungen im Wirtschaftlichen Ausschuß und in der Regierung werden dafür um so eingehender dargestellt. Der Tarif und die Handelsverträge erscheinen hier weniger von wirtschaftlichen Interessenten beeinflußt und stärker als das »Resultat innerbürokratischer Konflikte und Kompromisse, die in der ›mittleren Linie‹ Bülows ihre Ausprägung fanden« (S. 239). Dem dürfte weitgehend zuzustimmen sein. Am Abschluß der Handelsverträge hat der berühmte und als Menetekel staatlich geförderter agrarisch-schwerindustrieller Sammlung perhorreszierte Wirtschaftliche Ausschuß überhaupt nicht mehr mitgewirkt. Nach der Veröffentlichung des Regierungsentwurfs im Juli 1901 ist er nicht mehr einberufen worden. Es war an der Zeit, die Bedeutung dieses Gremiums und der anderen Beiräte auf das rechte Maß zu reduzieren. Wahrscheinlich waren sie tatsächlich kaum mehr als »eine Kulisse, die der Herr Minister nach Belieben verschieben und hinter die er sich zurückziehen« konnte (Bueck, zit. S. 123).

Der BdI hat deshalb in den letzten Friedensjahren unter dem zunehmenden Einfluß Stresemanns von Versuchen, auf Regierungen und Verwaltungen unmittelbar einzuwirken, mehr und mehr abgesehen und verstärktes Gewicht auf die Durchdringung der Nationalliberalen Partei, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung und die Werbung von »Hilfsvölkern« (Angestellte, »wirtschaftsfriedliche« Arbeiter und »kleine« Landwirte) gelegt. An Durchschlagskraft hat er dadurch freilich kaum gewonnen. Der BdI ist ein »Bund der Unzulänglichen« geblieben.

Ullmann hat das einsichtig und mit hohem Informationsgehalt dargestellt. Daß er sich dabei durchgehend den Denk- und Sprachtopoi verschrieben hat, die im Zusammenhang mit der Geschichte des Kaiserreichs derzeit fällig sind, und gar zu undistanziert und leichthin von »Organisiertem Kapitalismus«, »Großer Depression«, »großer und kleiner Sammlung«, »Solidarprotektionismus«, »plebiszitärem Cäsarismus«, »Staatsintervention«, »permanenter Staatsstreichdrohung«, »Sozialimperialismus« und »konservativer Neugründung« spricht, hat mein Lesevergnügen nicht eben erhöht. Aber das ist angesichts des fragwürdigen Nimbus, den diese Formeln inzwischen besitzen, wohl mein Problem. Im übrigen hat man gelernt, hinter den kurzschlüssigen Interpretationen, zu denen sie verleiten — »Die Interessenverbände wurden zu einem Mittel staatlicher Wirtschaftslenkung und gleichzeitig ein Mittel zur Lenkung des Staates« (S. 19, 234), um nur ein Beispiel zu nennen, das gleich wiederholt auftaucht —, den Wert eines Buches zur Geschichte des Kaiserreichs richtig einzuschätzen.

Volker Hentschel

Dietrich Geyer, Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860—1914 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 27), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977, 344 S., Pb., 58 DM.

In einem 1973 erschienenen Aufsatz[1] hat Geyer darauf hingewiesen, daß Rußland in der Imperialismusdebatte der neueren westlichen Forschung bis dahin ganz am Rande geblieben war. Und er hat in diesem Aufsatz in zunächst hypothetischer Weise den Versuch gemacht, das Sonderphänomen des russischen Imperialismus zwischen 1860 und 1914 zu beschreiben und aus den wechselseitigen Bedingungen der weltpolitischen Lage, des inneren politischen und sozialökonomischen Wandels des Zarenreiches sowie der Kontinuität des historisch gewachsenen russischen Großmacht- und Sendungsbewußtseins zu erklären.
Diesen Ansatz, Ablösung der Imperialismustheorie hinsichtlich Rußlands vom alleinigen Bedingungsfaktor einer hochentwickelten Industrialisierung und Erweiterung des Bezugsrahmens um Fragen nach den krisenhaften »intrasystemaren Transformationsprozessen«, die für die ökonomisch rückständige Großmacht Rußland seit der Bauernbefreiung charakteristisch waren, hat Geyer in seinem neuen Buch wieder aufgegriffen und auf beispielhafte Weise durchgeführt. Es liegt in der Konsequenz dieses Ansatzes, wenn Geyer jede Festlegung auf einen Primat der Außen- oder der Innenpolitik vermeidet und statt dessen Außen- und Innenpolitik in ihrer Interdependenz darstellt. »Zu fragen ist zum einen nach den gesellschaftlichen und ökonomischen Bewegungskräften, die die Großmachtpolitik des Zarenreichs beeinflußt haben, zum anderen nach den Rückwirkungen des internationalen Engagements auf innerrussische Spannungslagen und Entwicklungsprobleme« (S. 11).
Im 1. Teil des Buches, »Reform und Expansion 1860—1885«, untersucht Geyer die Frage nach den Voraussetzungen des modernen russischen Imperialismus, der nicht aus einem angeblich naturgesetzlichen Expansions- und Weltherrschaftsstreben der Russen erklärt werden kann, sondern als Folge der »*qualitativen* Veränderungen« zu begreifen ist, »die das Zarenreich und seine Politik zwischen 1860 und 1914 verwandelt haben« (S. 14). Geyer sieht daher die Geburtsstunde des russischen Imperialismus nicht erst in den 1890er Jahren, in denen der Industrialisierungsprozeß große Fortschritte machte, sondern bereits in der Reformperiode, die nach dem verlorenen Krimkrieg mit dem Ziel einsetzte, die erschütterte Großmachtposition des Reiches wieder zu befestigen. Der krisenhafte Charakter dieses Modernisierungsprozesses, der die sozialen und ökonomischen Fundamente des Staates berührte, dazu die chronische Finanzschwäche und industrielle Unterentwicklung Rußlands standen einer offensiven Großmachtpolitik im Wege. Dieser Befund, innenpolitische Labilität und ökonomischer Rückstand, ist, wie auch die späteren Abschnitte des Buches belegen, im Grunde genommen bis zum 1. Weltkrieg hin unverändert geblieben. Dennoch oder gerade deshalb hat das Zarenreich auf dem Balkan, in Zentralasien und im Fernen Osten imperiale Interessen in einer Weise verfolgt, die es dreimal in Kriege verstrickte und die seine innenpolitische Krisenlage immer weiter zuspitzte. Die Frage nach den Ursachen dieser Politik ist das zentrale Thema des Buches.
Hinsichtlich der Orientpolitik liegt die Antwort Geyer zufolge zu einem wesentlichen Teil in der kompensatorischen Funktion des »gesellschaftlich fundierten Nationalismus«, dessen Druck sich die bewegungsschwache Autokratie schließlich nicht zu entziehen vermochte. Die Hoffnungen auf eine systemstabilisierende Wirkung wurden jedoch durch den enttäuschenden Ausgang des russisch-türkischen Krieges von 1877/78 zunichte gemacht.
Andere Motive waren für die zentralasiatische Expansion der 1860er und 1870er Jahre aus-

1 *Dietrich Geyer*, Rußland als Problem der vergleichenden Imperialismusforschung, in: *Rudolf von Thadden / Gert von Pistohlkors / Hellmuth Weiss* (Hrsg.), *Das Vergangene und die Geschichte. Festschrift für Reinhard Wittram zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1973, S. 337—368.

schlaggebend. Sie ist vor allem als eine Ersatzhandlung zu begreifen, die das Prestigebedürfnis der Machteliten relativ risikolos befriedigen konnte. In der russischen Öffentlichkeit hat diese Politik allerdings nie eine so starke Resonanz gefunden und so heftige nationalistische Emotionen geweckt wie die nach Konstantinopel gerichtete. Immerhin konnte aber die militär-koloniale Expansion in Mittelasien die Ebenbürtigkeit Rußlands gegenüber dem britischen Weltreich wenigstens zeitweise suggerieren. Doch langfristig gesehen, führte diese Politik, die den russisch-englischen Gegensatz dauerhaft machte und Rußland in den imperialistischen Wettlauf der entwickelten Industrienationen hineinzog — ohne dadurch den ökonomischen Rückstand zu verkürzen oder die innenpolitische Dauerkrise entschärfen zu können —, das Zarenreich an die Grenze seiner imperialen Möglichkeiten. Ein Rückzug aus der Großmachtrolle war freilich nicht möglich. Rußland war und blieb in die internationale Politik eingespannt.

Aus dieser Prämisse erwuchs die Notwendigkeit einer raschen nachholenden Industrialisierung. Infolge der außerordentlichen Kapitalschwäche Rußlands war das jedoch nur um den Preis stetig wachsender Kapitalabhängigkeit vom Ausland möglich, die wiederum auf die auswärtigen Beziehungen zurückwirkte. Zugleich höhlte der Industrialisierungsprozeß das autokratische System immer weiter aus. Im 2. Teil seines Buches beschreibt Geyer diese Epoche des »geborgten Imperialismus« von 1885 bis 1905. Ausführlich werden die Komplexe der russisch-deutschen und russisch-französischen Beziehungen erörtert mit ihren handels-, zoll- und finanzpolitischen Implikationen, die zur Entfremdung von Deutschland und zur Allianz mit Frankreich beitrugen, ohne daß dieser außenpolitischen Schwenkung eine bewußte Konzeption der russischen Diplomatie zugrunde gelegen hätte. Geyer macht deutlich, daß letztlich die Militärs die treibenden Kräfte der Annäherung an Frankreich waren, während die ökonomischen Bedingungen eher den Ausgleich mit Deutschland nahelegten.

Daß Rußland trotz aller Anstrengungen, den Modernisierungsrückstand aufzuholen, nicht in der Lage war, mit den anderen imperialistischen Mächten zu konkurrieren, zeigt das im Fiasko des Krieges mit Japan und der Revolution von 1905 endende Kapitel der Expansion in Ostasien. Das mit dem Namen des Finanzministers Witte eng verknüpfte fragwürdige Konzept der »friedlichen Durchdringung« Chinas mit Hilfe der Eisenbahn- und Bankenpolitik war nicht durchzuhalten und führte auch ökonomisch nicht zum Erfolg. Die militärische Eskalation dagegen gehörte zur Automatik dieser Strategie der Einflußsicherung, der eine eindeutig moderne imperialistische Qualität zuzusprechen ist.

Wichtig für die Frage nach den Zusammenhängen zwischen dem Krieg und der Revolution von 1905 ist, daß eine Ableitungsfunktion als zentrales Motiv für die Kriegspolitik nicht zu erkennen ist. Andererseits hatte der Krieg unübersehbaren Anteil an der Zuspitzung der Systemkrise. Gleichwohl ist die Revolution keineswegs nur aus der Antikriegsbewegung erwachsen. Der Revolutionsprozeß hatte vielmehr eine starke Eigendynamik entwickelt. Der Entschluß zum Frieden wiederum ist nicht allein auf die Revolution zurückzuführen, sondern auch auf den drohenden Staatsbankrott, der nur durch neue Auslandsanleihen abwendbar war. Das Interesse des französischen Gläubigers an der russischen Bündnisfähigkeit hat sich in dieser Situation rettend für das alte Regime ausgewirkt.

Die Probleme der »Zwischenkriegszeit 1905—1914«, die im 3. Teil des Buches behandelt werden, sind gekennzeichnet einerseits durch die Unfähigkeit des zu konstitutionellen Zugeständnissen gezwungenen autokratischen Systems, umfassende Reformen in Angriff zu nehmen, andererseits durch das ungebrochene Großmachtbewußtsein, das die einzige Klammer bildete, welche die alte Gesellschaft noch halbwegs zusammenhielt. Dies und die unveränderte Einbeziehung Rußlands in die von wachsender Kriegsgefahr gekennzeichnete internationale Politik ermöglichten es, daß die Rüstungspolitik Priorität gewann. Dagegen konnte sich eine Defensivstrategie nicht durchsetzen, der die Sanierung der zerrütteten Finanzen und die Entwicklung der Wirtschaftskraft vorrangige Anliegen waren.

Zu den Merkmalen der Vorkriegszeit gehört schließlich die 1909 einsetzende hochkonjunkturelle Phase, die aber trotz erstaunlicher Wachstumsraten nur eine Scheinblüte war, weil die strukturellen Modernisierungsprobleme dadurch nicht geringer wurden. In engem Zusammenhang mit der Konjunktur stand eine durch wachsende ausländische Direktinvestitionen verdichtete internationale Verflechtung der russischen Wirtschaft. Trotzdem kann nicht davon gesprochen werden, daß die russische Industrie von ausländischen Kapitalgruppen beherrscht worden und das Zarenreich mithin auf einen »halbkolonialen« Status abgesunken sei. Es ist aber andererseits auch nicht zu übersehen, daß der hohe Anteil des französischen Kapitals an der Rüstungsfinanzierung die außenpolitische Bewegungsfreiheit Rußlands eingeengt hat.

Die Erörterung der militärischen und strategischen Aspekte der russischen Politik nach 1905 zeigt einerseits das Festhalten an imperialen Fernzielen, andererseits die Erkenntnis der militärischen Ohnmacht auf. Dem entsprach eine defensiv angelegte Außenpolitik, die auch von den Militärs mitgetragen wurde. Ziel war es, Rußland kriegsbereit zu machen, nicht jedoch, den letztlich für unvermeidbar gehaltenen europäischen Krieg selbst auszulösen.

Bei der Analyse der innenpolitischen Konfliktlage kommt Geyer zu dem der sowjetischen Forschung widersprechenden Schluß, daß 1914 keine »revolutionäre Situation« bestanden habe, die den Entschluß zum Krieg als Ableitungsstrategie erfordert oder nahegelegt hätte. Der Eintritt in den Krieg resultierte vielmehr aus der Überzeugung der diplomatischen und militärischen Führung, daß außerordentliche Gefahr für die russische Großmachtposition im Verzuge war, was weiteres Zögern nicht zuließ. Eine akute innenpolitische Krisensituation war also nicht verantwortlich für den Befehl zur Mobilmachung. Trotzdem war die innenpolitische Lage für die Kriegsentscheidung keineswegs irrelevant. Gerade die von den sozialen Spannungen genährte Revolutionsangst großer Teile der bürgerlichen Gesellschaft ist als einer der wichtigsten Gründe für das Anwachsen chauvinistischer Stimmungen zu nennen, die der Regierung im Juli 1914 die Gewißheit vermittelten, auf breite Zustimmung zu stoßen. Die Großmachtideologie hielt den drohenden Zerfall der alten Gesellschaft noch einmal auf. Wenn Geyer von einem keineswegs bedeutungslosen Anteil des Nationalismus am Ausbruch des Krieges spricht und die nach innen wirkende »konfliktdämpfende Kraft des Nationalismus« hervorhebt (S. 238), so ist dem zuzustimmen und zugleich die Frage zu stellen, warum er dann nahezu ausschließt, daß die Regierung im Juli 1914 auch »konterrevolutionäres Krisenmanagement« betrieben haben könnte, zumal er früher selbst anders geurteilt hat: »Nicht nur die sowjetische Forschung, sondern auch die Untersuchungen amerikanischer Rußlandhistoriker sprechen mit guten Gründen vom Faktum einer revolutionären Situation, die erst durch den Kriegsbeginn entschärft worden sei.«[2]

Im letzten Kapitel seines Buches betrachtet Geyer noch einmal die schon im 1. und 2. Teil gestreifte innerstaatliche Kolonialpolitik im Kaukasus und in den asiatischen Randgebieten. Die Analyse der Methoden und Funktionen kolonialer Herrschaft in diesen Gebieten zeigt, daß hier am ehesten direkte Parallelen zu den Praktiken des westeuropäischen Imperialismus in Asien und Afrika gezogen werden können.

Geyers Buch vermittelt eine Fülle von Einsichten über die Zusammenhänge von Innen- und Außenpolitik des russischen Reiches, die man sich am Schluß noch einmal zusammengefaßt wünschte, zumal Geyers komplexe Sprache hohe Anforderungen an den Leser stellt. Insgesamt ist das Werk ein beeindruckender Versuch der Zusammenschau eines halben Jahrhunderts russischer Geschichte. Wenn man berücksichtigt, daß ein derartiger Versuch notwendigerweise gänzlich vom (z. T. sehr unterschiedlich fortgeschrittenen) Forschungsstand abhängig ist (den die Anmerkungen zusammen mit dem Literaturverzeichnis in vorbildlicher Weise

2 *Dietrich Geyer,* Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1968, S. 31; unverändert in der 2. Aufl., Göttingen 1977, S. 31.

repräsentieren), so ist klar, daß Geyers scharfsinnige Überlegungen und Deutungen nicht in allen Fällen gleichermaßen allgemeine Gültigkeit beanspruchen wollen und können. Diese Problematik offenbart sich z. B. in der Frage des Einflusses der russischen Presse und öffentlichen Meinung auf Entscheidungen der Regierung, wie er beispielhaft im Verlauf der Orientkrise der 1870er Jahre wirksam wurde. Die bisherige Forschung (in dieser speziellen Frage z. B. David MacKenzie, The Serbs and Russian Panslavism 1875—1878, Ithaca, New York 1967, auf den sich Geyer stützt) hat noch nicht hinreichend die politische Wirksamkeit und den Stellenwert der Presse im innenpolitischen Kräftespiel klären können. Trotz der Skepsis Geyers, daß hier entscheidende Fortschritte zu erzielen seien (S. 50), erscheinen dem Rezensenten Versuche zur Klärung dieses Problems sinnvoll. Volker Mettig

H. J. Dyos/Michael Wolff (eds.), The Victorian City. Images and Realities, Vol. I: Past and Present/Numbers of people, Voll. II: Ideas in the Air/A Body of Troubles/A New Earth/Epilogue, Routledge & Kegan Paul, London/Henley/Boston, Vol. I: 1977, pp. XVI, 224, XIV, Vol. II: 1973, pp. XII, 429—957.

The first volume of »The Victorian City« — appropriately dedicated to H. L. Beales — was originally published in 1973 and has now appeared as a paperback. The editors have assembled a team of economic and social historians, statisticians, and sociologists to examine various aspects of life in the Victorian city. Apart from *E. E. Lampard's* detailed statistical study of »The Urbanised World«, the essays deal with the English city in the Victorian age.
Some of the essays are pieces of original research, while others survey the present state of knowledge concerning problems that have long been discussed by historians. It may be doubted whether *Paul Thompson's* account of childhood in the 1890s, based upon the recollections of elderly people, differs very much from earlier descriptions of urban family life with which historians have long been familiar.
On the other hand *Raphael Samuel* breaks new ground when he describes the life style of the English migrant workers in the nineteenth century who »have left remarkably few traces of their existence«. It is not always appreciated that, side by side with miners, factory operatives, shopkeepers, and many other workers who stayed in one place for all or most of their lives there was also a mobile labour force which moved about the country at different times of the year. This labour force comprised many different types of migrants. At one end of the scale were the tramps, pickpockets, hucksters, and stolling players, while at the other end were respectable workers who had a fixed abode in a town in the winter but migrated to the countryside in the summer. Some workers — such as bargees, navvies, and gypsies — were bound to be continually on the move by the very nature of their occupations. Others were migrants because of the seasonal character of certain types of work. For example since gasworks were busy in the winter and slack in the summer it is not surprising that stokers should seek employment on the land in the summer. For town workers, with a taste for country life, there were ample opportunities for work on the land. In June gangs of mowers and haymakers moved from one farm to another. Next came the corn harvest, followed by fruit picking and hop picking. The lifting of the potato crop completed the cycle of harvests. Samuel explains that migrants often followed the same routes year after year. The entertainers, strolling players, and pedlars travelled from one fair and race meeting to another while those who moved from the city to the countryside were regularly engaged in the same harvests. It is clear that the migrant workers played a significant part in the Victorian economy. Without them many farmers would have been in difficulties at harvest time.

repräsentieren), so ist klar, daß Geyers scharfsinnige Überlegungen und Deutungen nicht in allen Fällen gleichermaßen allgemeine Gültigkeit beanspruchen wollen und können. Diese Problematik offenbart sich z. B. in der Frage des Einflusses der russischen Presse und öffentlichen Meinung auf Entscheidungen der Regierung, wie er beispielhaft im Verlauf der Orientkrise der 1870er Jahre wirksam wurde. Die bisherige Forschung (in dieser speziellen Frage z. B. David MacKenzie, The Serbs and Russian Panslavism 1875—1878, Ithaca, New York 1967, auf den sich Geyer stützt) hat noch nicht hinreichend die politische Wirksamkeit und den Stellenwert der Presse im innenpolitischen Kräftespiel klären können. Trotz der Skepsis Geyers, daß hier entscheidende Fortschritte zu erzielen seien (S. 50), erscheinen dem Rezensenten Versuche zur Klärung dieses Problems sinnvoll. Volker Mettig

H. J. Dyos/Michael Wolff (eds.), The Victorian City. Images and Realities, Vol. I: Past and Present/Numbers of people, Voll. II: Ideas in the Air/A Body of Troubles/A New Earth/Epilogue, Routledge & Kegan Paul, London/Henley/Boston, Vol. I: 1977, pp. XVI, 224, XIV, Vol. II: 1973, pp. XII, 429—957.

The first volume of »The Victorian City« — appropriately dedicated to H. L. Beales — was originally published in 1973 and has now appeared as a paperback. The editors have assembled a team of economic and social historians, statisticians, and sociologists to examine various aspects of life in the Victorian city. Apart from *E. E. Lampard's* detailed statistical study of »The Urbanised World«, the essays deal with the English city in the Victorian age.
Some of the essays are pieces of original research, while others survey the present state of knowledge concerning problems that have long been discussed by historians. It may be doubted whether *Paul Thompson's* account of childhood in the 1890s, based upon the recollections of elderly people, differs very much from earlier descriptions of urban family life with which historians have long been familiar.
On the other hand *Raphael Samuel* breaks new ground when he describes the life style of the English migrant workers in the nineteenth century who »have left remarkably few traces of their existence«. It is not always appreciated that, side by side with miners, factory operatives, shopkeepers, and many other workers who stayed in one place for all or most of their lives there was also a mobile labour force which moved about the country at different times of the year. This labour force comprised many different types of migrants. At one end of the scale were the tramps, pickpockets, hucksters, and stolling players, while at the other end were respectable workers who had a fixed abode in a town in the winter but migrated to the countryside in the summer. Some workers — such as bargees, navvies, and gypsies — were bound to be continually on the move by the very nature of their occupations. Others were migrants because of the seasonal character of certain types of work. For example since gasworks were busy in the winter and slack in the summer it is not surprising that stokers should seek employment on the land in the summer. For town workers, with a taste for country life, there were ample opportunities for work on the land. In June gangs of mowers and haymakers moved from one farm to another. Next came the corn harvest, followed by fruit picking and hop picking. The lifting of the potato crop completed the cycle of harvests. Samuel explains that migrants often followed the same routes year after year. The entertainers, strolling players, and pedlars travelled from one fair and race meeting to another while those who moved from the city to the countryside were regularly engaged in the same harvests. It is clear that the migrant workers played a significant part in the Victorian economy. Without them many farmers would have been in difficulties at harvest time.

Without them the completion of the railways and other great public works would probably have been long delayed.

Other essays examine three aspects of the leisure activities of the English urban workers in the Victorian era — public houses, theatres, and broadsheet ballads. *Brian Harrison* discusses the public house (particularly those in London) as transport centres in the days of the stage coaches, as centres of recreation, and as places at which public meetings were held. In his description of the London stage *M. R. Booth* draws attention to numerous plays in which a contrast was drawn between the sufferings of the poor in the metropolis and the happy life that they had left behind in the countryside. Playwrights were reviving an old legend — which goes back at least as far as Peter Gaskell's book on »The Manufacturing Population of England« (1833) — which had depicted the life of the villager before the industrial revolution as an ideal state of existence. *V. E. Neuburg* covers familiar ground when he discusses the broadsheet ballads of the nineteenth century. When dealing with ballads on the royal family he states that they »often exhibited an adulatory, unsophisticated attitude to royalty which remains a characteristic of much journalism today«. But some ballads were highly critical of the Prince Consort. The song »Lovely Albert« depicted him as a poverty stricken German fortune hunter who had married Victoria for her money and had then turned traitor during the Crimean War. (»It is rumoured over Britain's Isle, That Albert's in the Tower«).

Historians have cause to be grateful to the editors of this exceptionally well illustrated collection of essays which brings together the results of the researches of various experts in the field of urban social history.

The second volume, like the first, includes some pieces of original research, while other essays are discussions based upon the researches of other scholars. Some of the chapters have been written by historians while others are from the pens of urban specialists, sociologists, or literary critics. The most useful contributions are those which attempt to give a reasonably comprehensive survey of some aspect of English urban life in the nineteenth century. *Rosen,* for example, has written an admirable account of the diseases and epidemics which flourished in Queen Victoria's reign while *Himmelfarb's* chapter includes a valuable criticism of Mayhew's »London Labour and the London Poor« and *Pierson's* contribution deals with some of the planned »new towns« of the nineteenth century (Saltaire, Akroydon, Crossley, Bournville, Port Sunlight). On the other hand the chapters on some of the great cities — London, Manchester, Leeds, Belfast, Birmingham — are somewhat disappointing since they deal only with particular aspects of their development. And, on the whole, the sociological chapters are equally thin. It is, for example, a little difficult to take very seriously the »hypothesis about the sanitary movement« in chapter 28 which appears to attempt to draw an analogy between the potty training of infants and the sanitary improvements in Victorian cities.

W. O. Henderson

Gwyn Harries-Jenkins, The Army in Victorian Society (= Studies in Social History), Routledge & Kegan Paul, London/University of Toronto Press, Toronto/Buffalo 1977, pp. XII, 320, clothbound, £ 5.5o.

Recruiting advertisements in England today invite young men to »join the professionals«. A hundred years ago a more appropriate slogan would have been »join the amateurs«. As the author of this interesting survey observes, one of the most striking characteristics of the British army in Victorian times was its amateurism. Only in the artillery and the engineers

Without them the completion of the railways and other great public works would probably have been long delayed.

Other essays examine three aspects of the leisure activities of the English urban workers in the Victorian era — public houses, theatres, and broadsheet ballads. *Brian Harrison* discusses the public house (particularly those in London) as transport centres in the days of the stage coaches, as centres of recreation, and as places at which public meetings were held. In his description of the London stage *M. R. Booth* draws attention to numerous plays in which a contrast was drawn between the sufferings of the poor in the metropolis and the happy life that they had left behind in the countryside. Playwrights were reviving an old legend — which goes back at least as far as Peter Gaskell's book on »The Manufacturing Population of England« (1833) — which had depicted the life of the villager before the industrial revolution as an ideal state of existence. *V. E. Neuburg* covers familiar ground when he discusses the broadsheet ballads of the nineteenth century. When dealing with ballads on the royal family he states that they »often exhibited an adulatory, unsophisticated attitude to royalty which remains a characteristic of much journalism today«. But some ballads were highly critical of the Prince Consort. The song »Lovely Albert« depicted him as a poverty stricken German fortune hunter who had married Victoria for her money and had then turned traitor during the Crimean War. (»It is rumoured over Britain's Isle, That Albert's in the Tower«).

Historians have cause to be grateful to the editors of this exceptionally well illustrated collection of essays which brings together the results of the researches of various experts in the field of urban social history.

The second volume, like the first, includes some pieces of original research, while other essays are discussions based upon the researches of other scholars. Some of the chapters have been written by historians while others are from the pens of urban specialists, sociologists, or literary critics. The most useful contributions are those which attempt to give a reasonably comprehensive survey of some aspect of English urban life in the nineteenth century. *Rosen,* for example, has written an admirable account of the diseases and epidemics which flourished in Queen Victoria's reign while *Himmelfarb's* chapter includes a valuable criticism of Mayhew's »London Labour and the London Poor« and *Pierson's* contribution deals with some of the planned »new towns« of the nineteenth century (Saltaire, Akroydon, Crossley, Bournville, Port Sunlight). On the other hand the chapters on some of the great cities — London, Manchester, Leeds, Belfast, Birmingham — are somewhat disappointing since they deal only with particular aspects of their development. And, on the whole, the sociological chapters are equally thin. It is, for example, a little difficult to take very seriously the »hypothesis about the sanitary movement« in chapter 28 which appears to attempt to draw an analogy between the potty training of infants and the sanitary improvements in Victorian cities.

W. O. Henderson

Gwyn Harries-Jenkins, The Army in Victorian Society (= Studies in Social History), Routledge & Kegan Paul, London/University of Toronto Press, Toronto/Buffalo 1977, pp. XII, 320, clothbound, £ 5.5o.

Recruiting advertisements in England today invite young men to »join the professionals«. A hundred years ago a more appropriate slogan would have been »join the amateurs«. As the author of this interesting survey observes, one of the most striking characteristics of the British army in Victorian times was its amateurism. Only in the artillery and the engineers

was a proper standard of expertise required. Despite its title Mr Harries-Jenkins's survey is concerned only with the officers and not with the men of the British army. He shows that officers were drawn largely from wealthy landed families. Even after the purchase of commissions was stopped they were still drawn from the same social class — and the same public schools — and most junior officers still needed a private income to maintain their accustomed standard of living. Patriotism, physical fitness, courage, and ability to command were rated more highly than book learning or professional skill. Although the average British officer may not have read Clausewitz he was likely to have seen far more service in the field than most German or French officers. It is true that between the battle of Waterloo and the retreat from Mons Britain fought only one war in Europe — in the Crimea — but her forces were almost continuously engaged in campaigns in every part of the world. What the British officer may have lacked in theoretical knowledge he gained in practical experience. Mr Harries-Jenkins discusses the attitude of the public to the army in the nineteenth century. Since Britain had the most powerful navy in the world and felt safe from invasion a small army of volunteers — quite different from the relatively large conscript armies on the Continent — was considered sufficient for the nation's needs. People were quick to condemn the army for inefficiency after a defeat but equally quick to shower praise upon it after a victory. The author recounts with some relish the failures of the army in the early stages of the Crimean war and the second Boer war. The fact remains that in the end the allies did take Sebastopol and the British army did defeat the Boers. In military affairs, as in some other aspects of national life, Britain showed a capacity for muddling through in Victorian times.

W. O. Henderson

Herbert Graubohm, Die Ausbildung in der deutschen Marine. Von ihrer Gründung bis zum Jahre 1914. Militär und Pädagogik im 19. Jahrhundert, Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 444 S., kart., 58 DM.

Der Autor dieser umfangreichen Studie ist Berufssoldat in der Marine der Bundeswehr. Er hat sie als Dissertation am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg geschrieben. Wie viele andere hat Graubohm also von dem Privileg Gebrauch gemacht, das in den Sozialwissenschaften gar nicht so selten ist, nämlich darüber *wissenschaftlich* zu arbeiten, was seinen eigenen Lebensbereich alltäglich bestimmt. Er ist Soldat in der Marine, und er schreibt über die Marine (genauer: über die Marine in einer früheren Epoche). Er studiert Pädagogik, und er schreibt über Pädagogik. Dieses besondere, sagen wir: Theorie-Praxis-Verhältnis (zu einem Teil ist es mehr als ein Verhältnis zwischen Theorie erster und Theorie zweiter Stufe) wird am Eingang dieser Besprechung deshalb so betont, weil es natürlich Fragestellung und Ansatzhöhe der Arbeit beeinflußt. Dieser Einfluß nun läßt sich nicht, oberflächlichen Kriterien folgend, schlicht mit einem negativen oder positiven Vorzeichen versehen. Zwei Arten solcher oberflächlicher Wertungen sind etwa in den einander widersprechenden Sätzen ausgedrückt: Nur wer selbst Soldat in der Marine ist, versteht genug von ihrer Eigenart, um sinnvoll über sie wissenschaftlich arbeiten zu können — und: Angehörige einer (militärischen oder anderen) Institution können nicht mit wissenschaftlicher Distanz über sie Aussagen machen. Beide Sätze sind falsch. Graubohms Dissertation kann dabei gewiß als Beleg für die Widerlegung des zweiten Satzes benutzt werden, denn sie ist ihm viel zu gründlich geraten, als daß sie sich in die Reihe jener zeitweise (und auch heute noch) so prominenten Marine-Jubel-Literatur einordnen ließe. Worum geht es ihm? Er will das Ausbildungssystem der deutschen Marine von 1850 (dem Gründungsjahr) bis 1914 rekonstruieren und dabei insbesondere den Wandel der diesem System unterliegenden pädagogischen Normen und Zielvorstellungen beschreiben. Dabei geht er von

was a proper standard of expertise required. Despite its title Mr Harries-Jenkins's survey is concerned only with the officers and not with the men of the British army. He shows that officers were drawn largely from wealthy landed families. Even after the purchase of commissions was stopped they were still drawn from the same social class — and the same public schools — and most junior officers still needed a private income to maintain their accustomed standard of living. Patriotism, physical fitness, courage, and ability to command were rated more highly than book learning or professional skill. Although the average British officer may not have read Clausewitz he was likely to have seen far more service in the field than most German or French officers. It is true that between the battle of Waterloo and the retreat from Mons Britain fought only one war in Europe — in the Crimea — but her forces were almost continuously engaged in campaigns in every part of the world. What the British officer may have lacked in theoretical knowledge he gained in practical experience. Mr Harries-Jenkins discusses the attitude of the public to the army in the nineteenth century. Since Britain had the most powerful navy in the world and felt safe from invasion a small army of volunteers — quite different from the relatively large conscript armies on the Continent — was considered sufficient for the nation's needs. People were quick to condemn the army for inefficiency after a defeat but equally quick to shower praise upon it after a victory. The author recounts with some relish the failures of the army in the early stages of the Crimean war and the second Boer war. The fact remains that in the end the allies did take Sebastopol and the British army did defeat the Boers. In military affairs, as in some other aspects of national life, Britain showed a capacity for muddling through in Victorian times.

W. O. Henderson

Herbert Graubohm, Die Ausbildung in der deutschen Marine. Von ihrer Gründung bis zum Jahre 1914. Militär und Pädagogik im 19. Jahrhundert, Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 444 S., kart., 58 DM.

Der Autor dieser umfangreichen Studie ist Berufssoldat in der Marine der Bundeswehr. Er hat sie als Dissertation am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg geschrieben. Wie viele andere hat Graubohm also von dem Privileg Gebrauch gemacht, das in den Sozialwissenschaften gar nicht so selten ist, nämlich darüber *wissenschaftlich* zu arbeiten, was seinen eigenen Lebensbereich alltäglich bestimmt. Er ist Soldat in der Marine, und er schreibt über die Marine (genauer: über die Marine in einer früheren Epoche). Er studiert Pädagogik, und er schreibt über Pädagogik. Dieses besondere, sagen wir: Theorie-Praxis-Verhältnis (zu einem Teil ist es mehr als ein Verhältnis zwischen Theorie erster und Theorie zweiter Stufe) wird am Eingang dieser Besprechung deshalb so betont, weil es natürlich Fragestellung und Ansatzhöhe der Arbeit beeinflußt. Dieser Einfluß nun läßt sich nicht, oberflächlichen Kriterien folgend, schlicht mit einem negativen oder positiven Vorzeichen versehen. Zwei Arten solcher oberflächlicher Wertungen sind etwa in den einander widersprechenden Sätzen ausgedrückt: Nur wer selbst Soldat in der Marine ist, versteht genug von ihrer Eigenart, um sinnvoll über sie wissenschaftlich arbeiten zu können — und: Angehörige einer (militärischen oder anderen) Institution können nicht mit wissenschaftlicher Distanz über sie Aussagen machen. Beide Sätze sind falsch. Graubohms Dissertation kann dabei gewiß als Beleg für die Widerlegung des zweiten Satzes benutzt werden, denn sie ist ihm viel zu gründlich geraten, als daß sie sich in die Reihe jener zeitweise (und auch heute noch) so prominenten Marine-Jubel-Literatur einordnen ließe. Worum geht es ihm? Er will das Ausbildungssystem der deutschen Marine von 1850 (dem Gründungsjahr) bis 1914 rekonstruieren und dabei insbesondere den Wandel der diesem System unterliegenden pädagogischen Normen und Zielvorstellungen beschreiben. Dabei geht er von

der These aus, daß »militärische Einrichtungen mit innerer Notwendigkeit dem Zustand der Gesellschaft« entsprechen (S. 11). Das ist zwar, gelinde gesagt, mißverständlich formuliert, jedoch eine sinnvolle Ausgangsbasis, wenn man das Gemeinte richtig versteht. Da das 19. Jahrhundert (von Pestalozzi bis zur Jugendbewegung) *auch* ein Jahrhundert der Pädagogik genannt werden kann (jedenfalls tun das Pädagogen gern und stolz), erscheint es in der Tat reizvoll, einmal nachzuzeichnen, auf welche Weise sich die einander folgenden pädagogischen Moden auf das Militär ausgewirkt haben.

Mit dieser Fragestellung im Mittelpunkt der Untersuchung ist Graubohm auf einer Untersuchungsebene angesiedelt, auf der es verhältnismäßig leicht ist, politisch kontroverse Aspekte seines Themas fortzulassen oder nur knapp zu streifen. »Das militärische Erziehungssystem mit seinem zentralen Anliegen, soldatische Tugenden mittels Willens- und Gemütsbildung zu stabilisieren, bleibt außerhalb der vorgestellten theoretischen Konzeption.« (S. 14) Schade! Aber in der Tat unvermeidbar, denn allein die Rekonstruktion der Ausbildungsgänge an den verschiedenen Schulen (Schiffsjungen-Institut, Marineschule, Artillerie-Abteilungsschulen, Matrosen-Divisionsschulen, Werft-Divisionsschulen, Torpedo-Abteilungsschulen) verlangt viel Raum. Graubohm hat die vorhandene Literatur und zusätzlich die Aktenbestände des Militärarchivs in Freiburg sorgfältig ausgewertet. Das macht seine zuweilen mühselig zu lesende Arbeit das eine oder andere Mal ganz überraschend aktuell oder spannend oder zumindest besonders interessant. Person und Rolle des langjährigen Chefs der Admiralität von Stosch werden so im Vorübergehen in ein neues Licht gestellt. Die innerorganisatorischen Querelen über die Kontrolle der Ausbildung spielten sich vor einhundert Jahren offenbar nach demselben Muster ab wie heute — die haarfeine und folgenreiche Unterscheidung zwischen »Lehrordnung« und »Prüfungsordnung« (S. 209) ist z. B. solch ein nach wie vor erfolgreiches Instrument in den Händen der Zentralinstanz.

Mühselig zu lesen ist Graubohms Arbeit vor allem deshalb, weil er gestalterische Probleme bei der Ordnung seines Stoffes nicht ganz bewältigt hat. Zugleich die »Geschichte« der Ausbildung in der Marine und eine systematische Analyse ihrer pädagogischen Prinzipien schreiben und diese letzteren dann noch in längeren Exkursen in den Kontext der Geschichte der Pädagogik in Deutschland setzen zu wollen, heißt sich programmatisch überfordern. Und den Leser auch.

Drei kritische Anmerkungen zur Präsentierung des (mit einem Druckkostenzuschuß des Bundesministers der Verteidigung versehenen) Buches: So gut und nützlich das Sach- und Stichwortregister geraten ist, so unvollständig blieb das Namensverzeichnis — und damit ist es recht eigentlich überflüssig. Der Autor hat bei der Korrektur der Fahnen offenbar von Zeit zu Zeit die Lust am (zugegeben) wenig anregenden Geschäft des Korrigierens verloren, anders ist die Häufung von vielen kleinen, harmlosen, jedoch ärgerlichen Druckfehlern (z. B. S. 14, 79, 155, 162, 178, 180, 183, 187, 203, 276, 279 — dann hab' ich's aufgegeben) schwer zu erklären. Der Verlag schließlich ist zu fragen, ob es denn unumgänglich ist, den oberen Rand des Buches auf einen halben Zentimeter zu verknappen. Wer (eigene, nicht aus Bibliotheken entliehene) Bücher mit dem Bleistift in der Hand zu lesen und auf die Seiten Anmerkungen o. ä. zu schreiben gewöhnt ist, wird hier unnütz vergrätzt.

Mit solchen Beckmessereien die Besprechung von Graubohms aufschlußreichem Buch zu beenden, wäre nicht fair. Daß die Marine im 19. Jahrhundert ein kräftig ausgeprägtes und differenziertes Schul- und Unterrichtssystem aufgebaut und weiterentwickelt hat, daß sie sich dabei auf einmal eher konventionelle, einmal durchaus originelle Weise mit den Standardproblemen eines solchen Systems (Eingangsqualifikation, Beschränkung des Stoffes, Methoden des Unterrichts, Anteil von theoretischer und praktischer Ausbildung usw.) auseinandergesetzt hat, findet sich ausführlich bei Graubohm beschrieben. Obwohl in der Institution Marine alle didaktischen Überlegungen im Grundsatz der besseren Erfüllung *militärischer* Zwecke dienen, sind diese Überlegungen doch von zeitgenössischen geistigen Strömungen,

von pädagogischen Theorien und ihrem Wandel beeinflußt worden. Graubohms gründliche Arbeit ist ein thematisch beschränkter, aber begrüßenswerter Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses Militär/Zivilgesellschaft im Deutschland des 19. Jahrhunderts.

Wilfried von Bredow

Erich Weede, Weltpolitik und Kriegsursachen im 20. Jahrhundert. Eine quantitativ-empirische Studie, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1975, XII, 438 S., Folieneinband, 78 DM.

In der quantitativen Kriegsursachenforschung sind in den letzten Jahren Möglichkeiten und Grenzen des Messens und Vergleichens von Konflikten und deren Ursachen stärker sichtbar geworden. In diesem Kontext bedeutet die Studie von Erich Weede (eine Mannheimer politikwissenschaftliche Habilitationsschrift) einen wichtigen Schritt, um vor allem die *Grenzen* dieser Forschungsrichtung genauer festzulegen.

Weede legt eingangs seine Zweifel dar, ob es auch nur eine einzige Theorie gebe — wenn man unter Theorie ein hypothetisch-deduktives Aussagesystem verstehe, das klar genug sei, um seine Falsifikationsbedingungen offenzulegen —, die in empirischen Studien dem Falsifikationssystem ausgesetzt worden sei (S. 2). Er läßt mit einem vorsichtigen »Vielleicht« allenfalls die Feldtheorie von Rudolf J. Rummel gelten, die dieser seit Anfang der sechziger Jahre in einer Reihe von Beiträgen entwickelt hat. Ihr Grundgedanke ist, daß Unterschiede bzw. Distanzen zwischen Nationen deren Verhalten zueinander determinieren. Zugleich begegnet Weede der Feldtheorie kritisch, weil auch sie eine »Theorie« ohne zureichend prüfbare Hypothesen sei. Er vergleicht dann Untersuchungen zum Problem der Konfliktbeteiligung (Rummel, Singer-Small, Russett, Kende, SIPRI), in denen (u. a. für die fünfziger Jahre) festgestellt wird, daß Großmachtstatus und Kriegsbeteiligung höher als Bruttosozialprodukt und Kriegsbeteiligung miteinander korrelieren, und zeigt daran, daß Meßprobleme selbst so einfache Hypothesen wie »Großmächte bzw. mächtige Nationen führen häufig Krieg« nur schwer prüfbar machen, wenn die Zeiträume der Untersuchung kurz sind. Verlängert sich der Beobachtungszeitraum, steigt auch die Korrelation zwischen Macht und Kriegsbeteiligung. Es wächst aber auch die Zahl anderer erklärungsbedürftiger Ursachen. Ziel der Arbeit von Weede ist es deshalb, eine Theorie zu entwickeln, die zur Erklärung von Konflikten »stabile und leicht wahrnehmbare Gegebenheiten und Hintergrundbedingungen verwendet, die dyadische Relation und nationale Positionen im Relationengeflecht charakterisieren« (S. 44). Um den Bestimmungsrahmen genauer fixieren zu können, formuliert er sieben »vorläufige« Postulate, aus denen die zu falsifizierenden Hypothesen abgeleitet werden. Im ersten Postulat wird festgestellt, daß grundlegende politisch-militärische Entscheidungen, die gegen andere Nationen gerichtet sind, eine Funktion von perzipierten Interessengegensätzen und perzipierten Chancen zur Durchsetzung eigener Interessen sind (S. 50). Das zweite Postulat geht davon aus, daß ein Sicherheitsdilemma wahrscheinlich dann wahrgenommen wird, wenn zwei Nationen unabhängig voneinander sind und wenn keine übergeordnete Instanz es verhindern kann, daß sie Krieg gegeneinander führen.

Während die beiden ersten Postulate recht allgemeiner Natur sind, enthält das dritte Postulat schon eine speziellere Aussage: Je mächtiger eine Nation sei, desto eher werde sie »Frieden durch Stärke« und »Sicherheit durch Überlegenheit« als Lösung des Sicherheitsdilemmas betrachten und damit die Gegensätze nationaler Sicherheitsinteressen noch verschärfen (S. 56). Hier wird auf einen Zusammenhang hingewiesen, den Karl Deutsch einmal als Parkinsonsches Gesetz der nationalen Sicherheit bezeichnet hat, weil das Gefühl, militärisch bedroht zu sein, mit der militärischen Macht zu wachsen scheint. Zugleich fördert Sicherheit durch Überlegenheit die Tendenz zu einer Vorstellung von absoluter Sicherheit, die die absolute Unsicherheit und Unterlegenheit aller anderen voraussetzt.

von pädagogischen Theorien und ihrem Wandel beeinflußt worden. Graubohms gründliche Arbeit ist ein thematisch beschränkter, aber begrüßenswerter Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses Militär/Zivilgesellschaft im Deutschland des 19. Jahrhunderts.

Wilfried von Bredow

Erich Weede, Weltpolitik und Kriegsursachen im 20. Jahrhundert. Eine quantitativ-empirische Studie, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1975, XII, 438 S., Folieneinband, 78 DM.

In der quantitativen Kriegsursachenforschung sind in den letzten Jahren Möglichkeiten und Grenzen des Messens und Vergleichens von Konflikten und deren Ursachen stärker sichtbar geworden. In diesem Kontext bedeutet die Studie von Erich Weede (eine Mannheimer politikwissenschaftliche Habilitationsschrift) einen wichtigen Schritt, um vor allem die *Grenzen* dieser Forschungsrichtung genauer festzulegen.

Weede legt eingangs seine Zweifel dar, ob es auch nur eine einzige Theorie gebe — wenn man unter Theorie ein hypothetisch-deduktives Aussagesystem verstehe, das klar genug sei, um seine Falsifikationsbedingungen offenzulegen —, die in empirischen Studien dem Falsifikationssystem ausgesetzt worden sei (S. 2). Er läßt mit einem vorsichtigen »Vielleicht« allenfalls die Feldtheorie von Rudolf J. Rummel gelten, die dieser seit Anfang der sechziger Jahre in einer Reihe von Beiträgen entwickelt hat. Ihr Grundgedanke ist, daß Unterschiede bzw. Distanzen zwischen Nationen deren Verhalten zueinander determinieren. Zugleich begegnet Weede der Feldtheorie kritisch, weil auch sie eine »Theorie« ohne zureichend prüfbare Hypothesen sei. Er vergleicht dann Untersuchungen zum Problem der Konfliktbeteiligung (Rummel, Singer-Small, Russett, Kende, SIPRI), in denen (u. a. für die fünfziger Jahre) festgestellt wird, daß Großmachtstatus und Kriegsbeteiligung höher als Bruttosozialprodukt und Kriegsbeteiligung miteinander korrelieren, und zeigt daran, daß Meßprobleme selbst so einfache Hypothesen wie »Großmächte bzw. mächtige Nationen führen häufig Krieg« nur schwer prüfbar machen, wenn die Zeiträume der Untersuchung kurz sind. Verlängert sich der Beobachtungszeitraum, steigt auch die Korrelation zwischen Macht und Kriegsbeteiligung. Es wächst aber auch die Zahl anderer erklärungsbedürftiger Ursachen. Ziel der Arbeit von Weede ist es deshalb, eine Theorie zu entwickeln, die zur Erklärung von Konflikten »stabile und leicht wahrnehmbare Gegebenheiten und Hintergrundbedingungen verwendet, die dyadische Relation und nationale Positionen im Relationengeflecht charakterisieren« (S. 44). Um den Bestimmungsrahmen genauer fixieren zu können, formuliert er sieben »vorläufige« Postulate, aus denen die zu falsifizierenden Hypothesen abgeleitet werden. Im ersten Postulat wird festgestellt, daß grundlegende politisch-militärische Entscheidungen, die gegen andere Nationen gerichtet sind, eine Funktion von perzipierten Interessengegensätzen und perzipierten Chancen zur Durchsetzung eigener Interessen sind (S. 50). Das zweite Postulat geht davon aus, daß ein Sicherheitsdilemma wahrscheinlich dann wahrgenommen wird, wenn zwei Nationen unabhängig voneinander sind und wenn keine übergeordnete Instanz es verhindern kann, daß sie Krieg gegeneinander führen.

Während die beiden ersten Postulate recht allgemeiner Natur sind, enthält das dritte Postulat schon eine speziellere Aussage: Je mächtiger eine Nation sei, desto eher werde sie »Frieden durch Stärke« und »Sicherheit durch Überlegenheit« als Lösung des Sicherheitsdilemmas betrachten und damit die Gegensätze nationaler Sicherheitsinteressen noch verschärfen (S. 56). Hier wird auf einen Zusammenhang hingewiesen, den Karl Deutsch einmal als Parkinsonsches Gesetz der nationalen Sicherheit bezeichnet hat, weil das Gefühl, militärisch bedroht zu sein, mit der militärischen Macht zu wachsen scheint. Zugleich fördert Sicherheit durch Überlegenheit die Tendenz zu einer Vorstellung von absoluter Sicherheit, die die absolute Unsicherheit und Unterlegenheit aller anderen voraussetzt.

Neben dem *Sicherheitsdilemma* produziert vor allem das *Abgrenzungsdilemma* systematisch konfliktvermehrende Interessengegensätze. Deshalb heißt es im vierten Postulat: Danach wird ein Abgrenzungsdilemma wahrgenommen, wenn zwei benachbarte Nationen, die Unabhängigkeit vorneinander beanspruchen, keine übergeordnete Instanz haben, die die Abgrenzung der Herrschafts- und Gebietsansprüche oktroyiert. Die nationalen Entscheidungsträger, so lautet das fünfte Postulat, wählen aus einer Menge nicht perfekt miteinander korrelierender Abgrenzungskriterien im allgemeinen diejenigen aus, die den eigenen Herrschaftsanspruch maximieren, d. h. auch intern legitimieren (S. 58 f.).

Im sechsten Postulat werden die Folgen erkannter Interessengegensätze angedeutet, so die Zunahme der Kriegsvorbereitungen und der Kriegsgefahr, wenn militärischer Sieg einer Seite die Durchsetzung ihrer Interessen zu erlauben scheint (S. 62). Das siebte Postulat — Charakteristika von Nationen und von Beziehungen zwischen Nationen könnten nur über die Wahrnehmung von Interessengegensätzen und über erkannte Chancen, diese Interessen militärisch durchzusetzen, grundsätzliche politisch-militärische Entscheidungen, die sich gegen andere Nationen richten, systematisch beeinflussen — hat vor allem die Funktion anzudeuten, was alles *irrelevant* zur Erklärung politisch-militärischer Entscheidungen ist (S. 64).

Kernstück dieser »Prätheorie«, wie sie Weede zurückhaltend nennt, ist also »nicht nur die Dominanz von perzipierten Interessengegensätzen über perzipierte Gemeinsamkeiten, sondern auch, daß die systematisch kriegstreibenden Interessengegensätze mit dem Abgrenzungs- und Sicherheitsdilemma zusammenhängen« (S. 65). Während die Postulate vor allem die Hintergrundbedingungen von Interessengegensätzen zwischen Nationen zu erfassen suchen, versuchen die davon abgeleiteten Hypothesen diese Bedingungen direkt mit dem Entscheidungsverhalten in Beziehung zu setzen.

Als besonders fruchtbar erscheinen dabei die Hypothesen, die sich mit dem Verhältnis von Supermächten und den »Provinzen« des von ihnen dominierten Blocks beschäftigen, so etwa die, daß zwischen den Supermächten und den »Provinzen« ihres Blocks bzw. ihrer Einflußsphären erhöhte Kriegsgefahr herrscht, vor allem deshalb, weil ein Bürgerkrieg oder ein Putsch in der »Provinz« die Kriegsgefahr zwischen dieser Provinz und der vorgesetzten Supermacht erhöht (S. 78). Ähnlich einleuchtend ist auch die Hypothese, daß Zugehörigkeit zu verschiedenen Blöcken die Kriegsgefahr zwischen den betroffenen Nationen ebenso vermindert wie zwischen den dominierten Nationen (»Provinzen«) eines Blocks, die in latente Territorialkonflikte verwickelt sind (S. 196). In zahlreichen Datenreihen wird die Evidenz dieser Behauptungen empirisch erhärtet. Die Einzeluntersuchungen und deren Ergebnisse auch nur im Überblick wiederzugeben, ist hier nicht der Raum. Über verschiedene Zeiträume, internationale Systeme, Kriegsoperationalisierungen wird immer wieder bestätigt, daß Nachbarschaft, latente Territorialkonflikte, die Zweierbeziehung von Großmächten und politisch-militärische Relevanz einer Nation wesentlich zum Krieg beitragen, wobei latente Territorialkonflikte das stärker als bloße Nachbarschaften tun, während die Zweierbeziehung von Großmächten weniger Kriegsgefahr als die anderen »Bedingungen impliziert« (S. 220).

Dabei zeigt sich auch, daß Allianzen sich als untaugliches Mittel der Friedenssicherung unter den Alliierten darstellen (S. 241). Hingegen zählen Furcht vor dem Atomkrieg und gemeinsame Abhängigkeit von derselben Supermacht zu jenen Voraussetzungen, die die Konfliktgefahr unter allen untersuchten und konfliktfördernden Bedingungen dämpfen (S. 255). Dieses eher düstere Panorama wird auch nicht gerade durch die während des ganzen Untersuchungszeitraumes (50er und 60er Jahre) geltende Beobachtung erhellt, »daß, wer eine Supermacht zum Freund und Beschützer hat, keine eigenen Feinde mehr hat — und keine Feinde mehr braucht« (S. 282). Hingegen bringt die Analyse des Zusammenhangs von Militarisierung (die in der Korrelation von Verteidigungsausgaben und Bruttosozialprodukt

ihren genauesten Indikator hat) und Kriegsgefahr kaum eindeutige Ergebnisse. Dabei weist Weede auf wahrscheinlich auch für künftige quantitative Forschung geltende Erkenntnisgrenzen hin, wenn er feststellt:»[. . .] ein eindeutiger und starker Einfluß von Militarisierung auf Kriegsgegnerschaften, der unabhängig von der weltpolitischen Konstellation ist,[ist] nicht gerade, was ich als Ergebnis künftiger Forschungen erwarten würde« (S. 343).
Weedes Annahmen und Ergebnisse sind deshalb so provokativ, weil er im Gegensatz zur kritischen Friedensforschung den Zusammenhang von innerer Ordnung und Krieg nicht für evident hält: Natürlich gebe es Leute, die von Rüstung und Militarisierung profitierten. Daraus lasse sich aber nicht schließen, daß die Rüstungsinteressenten erst das Rüstungsbedürfnis schafften und erfänden. Schließlich gebe es auch Leute, die vom Bedürfnis nach Nahrung oder Heilung lebten. Ihnen sage man nicht schon deshalb nach, daß sie die entsprechenden Bedürfnisse erst erfunden hätten (S. 98; vgl. auch S. 42, 90, 283,353). Die damit in Beziehung stehende These, nicht die Gerechtigkeit, sondern die Eindeutigkeit der Abgrenzung sei die Basis des Friedens als absentia belli (S. 348), wie sie Weede in seinen abschließenden Überlegungen formuliert, greift allerdings zu kurz. Das Gefälle der »Gerechtigkeit« (als Synonym für umfassende Ungleichheit) kann so stark sein, daß jeder Versuch zur Abgrenzung von Herrschaftsansprüchen (auch ideologischer Provenienz) und -gebieten überrollt werden kann.
Hier wie auch bei der These, die Verteidigungslasten der »Provinzen« seien als Ausdruck der Unterwerfung unter die vorgesetzte Supermacht, gewissermaßen als »Loyalitätsbeweis«, zu betrachten (S. 369), ist Widerspruch anzumelden, nicht nur wegen des darin sichtbar werdenden Schematismus, sondern auch wegen der Tendenz, die Supermächte aus ihrer Verantwortung zu entlassen, zum Frieden innerhalb wie außerhalb ihres Blocks beizutragen. Sicherlich sollte sich eine »am Überleben noch interessierte Friedensforschung« nicht prinzipiell scheuen, auch »realistische Kapitalitationsforschung« zu sein (S. 367). Aber es nützt nicht viel, wenn Weede den Basissatz der kritisch sich verstehenden Friedensforschung (»die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und materieller Demokratie« als Bedingung für eine »internationale Friedensordnung«) einfach umkehrt und statuiert, eine Fortsetzung der vorhandenen Gewaltverzichte (als Anfang einer Friedensordnung) und deren Ausbau müßten den Rahmen bilden, in dem soziale Gerechtigkeit und materielle Demokratie auch nur versucht werden könnten (S. 371). Ohne neue Formen übernationaler Gemeinschaftsbildung, die es ermöglicht, schon teilweise innerstaatlich bestehenden Prinzipien des demokratischen Rechts- und Sozialstaats auch international Geltung zu verschaffen, wird es keine dauerhafte Friedensordnung geben. Wie so oft ist das Einfache auch das Schwierige. Gleichwohl muß es versucht werden, denn selbst die Matadoren des Friedens durch Abschreckung glauben nicht an dessen Dauerwirkung. Henry A. Kissinger hat schon Mitte der sechziger Jahre das Konzept »Frieden durch Furcht« für nicht testbar gehalten. Hartmut Soell

Pierre Léon (Ed.), Histoire économique et sociale du monde. Publié avec le concours du Centre National des Lettres, Vol. 5: Guerres et crises 1914—1947. Volume dirigé par Georges Dupeux; Vol. 6: Le second XXe siécle, 1947 à nos jours, Volume dirigé par Pierre Léon, Librairie Armand Colin, Paris 1977, 624 p., 607 p., Ln., je Bd. 160 fF.

Die letzten zwei Bände dieser großangelegten modernen Weltwirtschaftsgeschichte stellen den Übergang von der Vergangenheit zur Gegenwart dar. In den letzten Kapiteln befassen wir uns mit Zeitgeschichte, und die Abschlußsätze aus der Feder des inzwischen verstorbenen Herausgebers, Pierre Léon, sind durchaus pessimistisch: Trotz der wirtschaftlichen Erfolge und technologischen Errungenschaften der entwickelten Welt bleiben uns heute überragende

ihren genauesten Indikator hat) und Kriegsgefahr kaum eindeutige Ergebnisse. Dabei weist Weede auf wahrscheinlich auch für künftige quantitative Forschung geltende Erkenntnisgrenzen hin, wenn er feststellt:»[. . .] ein eindeutiger und starker Einfluß von Militarisierung auf Kriegsgegnerschaften, der unabhängig von der weltpolitischen Konstellation ist,[ist] nicht gerade, was ich als Ergebnis künftiger Forschungen erwarten würde« (S. 343).
Weedes Annahmen und Ergebnisse sind deshalb so provokativ, weil er im Gegensatz zur kritischen Friedensforschung den Zusammenhang von innerer Ordnung und Krieg nicht für evident hält: Natürlich gebe es Leute, die von Rüstung und Militarisierung profitierten. Daraus lasse sich aber nicht schließen, daß die Rüstungsinteressenten erst das Rüstungsbedürfnis schafften und erfänden. Schließlich gebe es auch Leute, die vom Bedürfnis nach Nahrung oder Heilung lebten. Ihnen sage man nicht schon deshalb nach, daß sie die entsprechenden Bedürfnisse erst erfunden hätten (S. 98; vgl. auch S. 42, 90, 283,353). Die damit in Beziehung stehende These, nicht die Gerechtigkeit, sondern die Eindeutigkeit der Abgrenzung sei die Basis des Friedens als absentia belli (S. 348), wie sie Weede in seinen abschließenden Überlegungen formuliert, greift allerdings zu kurz. Das Gefälle der »Gerechtigkeit« (als Synonym für umfassende Ungleichheit) kann so stark sein, daß jeder Versuch zur Abgrenzung von Herrschaftsansprüchen (auch ideologischer Provenienz) und -gebieten überrollt werden kann.
Hier wie auch bei der These, die Verteidigungslasten der »Provinzen« seien als Ausdruck der Unterwerfung unter die vorgesetzte Supermacht, gewissermaßen als »Loyalitätsbeweis«, zu betrachten (S. 369), ist Widerspruch anzumelden, nicht nur wegen des darin sichtbar werdenden Schematismus, sondern auch wegen der Tendenz, die Supermächte aus ihrer Verantwortung zu entlassen, zum Frieden innerhalb wie außerhalb ihres Blocks beizutragen. Sicherlich sollte sich eine »am Überleben noch interessierte Friedensforschung« nicht prinzipiell scheuen, auch »realistische Kapitalitationsforschung« zu sein (S. 367). Aber es nützt nicht viel, wenn Weede den Basissatz der kritisch sich verstehenden Friedensforschung (»die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und materieller Demokratie« als Bedingung für eine »internationale Friedensordnung«) einfach umkehrt und statuiert, eine Fortsetzung der vorhandenen Gewaltverzichte (als Anfang einer Friedensordnung) und deren Ausbau müßten den Rahmen bilden, in dem soziale Gerechtigkeit und materielle Demokratie auch nur versucht werden könnten (S. 371). Ohne neue Formen übernationaler Gemeinschaftsbildung, die es ermöglicht, schon teilweise innerstaatlich bestehenden Prinzipien des demokratischen Rechts- und Sozialstaats auch international Geltung zu verschaffen, wird es keine dauerhafte Friedensordnung geben. Wie so oft ist das Einfache auch das Schwierige. Gleichwohl muß es versucht werden, denn selbst die Matadoren des Friedens durch Abschreckung glauben nicht an dessen Dauerwirkung. Henry A. Kissinger hat schon Mitte der sechziger Jahre das Konzept »Frieden durch Furcht« für nicht testbar gehalten. Hartmut Soell

Pierre Léon (Ed.), Histoire économique et sociale du monde. Publié avec le concours du Centre National des Lettres, Vol. 5: Guerres et crises 1914—1947. Volume dirigé par Georges Dupeux; Vol. 6: Le second XXe siécle, 1947 à nos jours, Volume dirigé par Pierre Léon, Librairie Armand Colin, Paris 1977, 624 p., 607 p., Ln., je Bd. 160 fF.

Die letzten zwei Bände dieser großangelegten modernen Weltwirtschaftsgeschichte stellen den Übergang von der Vergangenheit zur Gegenwart dar. In den letzten Kapiteln befassen wir uns mit Zeitgeschichte, und die Abschlußsätze aus der Feder des inzwischen verstorbenen Herausgebers, Pierre Léon, sind durchaus pessimistisch: Trotz der wirtschaftlichen Erfolge und technologischen Errungenschaften der entwickelten Welt bleiben uns heute überragende

Probleme wie Umweltschutz, Energiekrise, Arbeitslosigkeit, wachsende Übervölkerung und ansteigende Armut der Entwicklungsländer, Intoleranz und Terrorismus, für die noch keinerlei Lösungen in Aussicht sind.

Dennoch wäre es falsch, die Bilanz der letzten sechzig Jahre als negativ anzusehen. Wer heute noch immer »Fortschritt« als ein Schimpfwort betrachtet, wird diese faktengesättigten Seiten mit Gewinn lesen. Selbst zu Lebzeiten des Durchschnittslesers waren die Dinge gewöhnlich ärger, als sie es heute sind.

Das Niveau dieser beiden Bände entspricht wie das der vorhergehenden einem Handbuch für das höhere Studium. Obwohl einige Kapitel wie z. B. die über internationalen Warenaustausch und Währungskrise ein Minimum wirtschaftlicher Vorkenntnise voraussetzen, ist doch ziemlich alles auch dem intelligenten Laien leicht verständlich. Wie immer und ganz unausbleiblich in einem Sammelband gibt es Unterschiede im Stil und in den Ansprüchen, die die verschiedenen Abschnitte an den Leser stellen, aber die Einheit des Werkes als ganzes ist gewahrt worden. Es gibt auch wenige Wiederholungen und noch geringere Lücken, am augenfälligsten hier etwa das Aussparen der englischen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg.

Wenn an der Zusammensetzung dieses Werkes von dieser Sicht her wenig auszusetzen ist, so ist es schon schwer, sich mit der hier verwandten Definition der Wirtschafts- und Sozialgeschichte einverstanden zu erklären. Der fünfte Band enthält zu viel politische und diplomatische, sogar militärische und strategische Ereignisse, aber vernachlässigt die Sozialgeschichte, es sei denn, man gäbe sich mit der Beschreibung des Modestils der zwanziger Jahre als einer Andeutung davon zufrieden. Die Ausdehnung der europäischen Geschichte auf die übrige Welt entsprechend dem Obertitel läßt auch viel zu wünschen übrig. Soweit die Kolonialwelt und selbst unabhängige Weltteile wie Lateinamerika überhaupt ins Auge gefaßt werden, erscheinen sie im Zusammenhang mit ihren wirtschaftlichen Beziehungen mit Europa und Nordamerika und nicht im Sinne ihrer eigenen Entwicklung. In beiderlei Hinsicht (Gleichgewicht zwischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte wie auch selbständige Behandlung der »Dritten Welt«) ist der sechste Band viel ausgewogener.

Im einzelnen wird der Erste Weltkrieg knapp behandelt, politisch-militärisch und traditionell. Bei der Darstellung der 20er Jahre bewährt sich heuristisch die Abwechslung zwischen der Weltwirtschaft im ganzen und den einzelnen Staatengruppen und Großstaaten. Dieses Jahrzehnt wird als eine »Periode der Dummheit« angesehen. Die Gebietsänderungen innerhalb Europas wurden z. B. auf politischer und finanzieller Ebene vollzogen ohne Rücksicht auf industrielle Voraussetzungen. Andere Paradoxe jener Zeit sind mit Schärfe dargestellt. So führte das stark ausgeprägte Freiheitsstreben der Nachkriegsjahre bloß zu wachsenden Eingriffen des Staates. Die Revolutionen (außerhalb Rußlands) änderten wenig an der Sozialstruktur; Kapitalanlagen im Ausland waren mit größter Freizügigkeit möglich, führten aber bloß zu den engstirnigsten Beschränkungen. Was die deutsche Wirtschaft betrifft, so halten sich die Autoren an die moderne Ansicht von Laursen und Pedersen, daß die Inflation als solche nicht so zerstörend wirkte, wie vielfach angenommen wurde, und daß verschiedene Klassen und Gruppen ganz unterschiedlich davon betroffen waren. Ebenso wird die einfache Erklärung des italienischen Faschismus als Waffe des Mittelstandes gegen das Proletariat einer scharfen Kritik unterzogen.

Die Wirtschaftskrise der 30er Jahre wird im Grunde durch eine Überprofittheorie erklärt: Der Krieg hatte die Kapitalbesitzer an eine zu hohe Profitrate gewöhnt, die in den 20er Jahren zur Unterkonsumtion beitrug, auf die das Kapital wiederum nicht mit technologischen Verbesserungen und der Erschließung neuer Märkte, sondern mit Einschränkungen im Investitionsbereich reagierte. Der konjunkturelle Rückgang, der dadurch ausgelöst wurde, wurde dann weiterhin durch Deflationspolitik, die teilweise eine Reaktion auf die vorhergehende Inflation darstellte, durch die Unfähigkeit, eine internationale Preisstabilität zu bewah-

ren, und durch Warenüberproduktion in den außereuropäischen Ländern zu einer Weltkrise. In der Praxis, und trotz verschiedener theoretischer Bedenken, entstanden Defizite in den Staatshaushalten aller wirtschaftlichen Großmächte; Hitler, so der Autor, nutzte die sich daraus ergebende Aufschwungswelle aus, ohne sie selbst ausgelöst zu haben. Die Sozialgeschichte des Dritten Reiches unterschied sich in den Hauptzügen nicht von der anderer westlicher Länder. Die These Feldmans und Turners, daß die Verbindungen des Großkapitals mit Hitler nicht so eng waren, wie bisher angenommen wurde, wird hier akzeptiert; die Anhängerschaft der NSDAP vor der Machtergreifung wird hier hauptsächlich dem evangelischen Mittelstand, den Kleinstädten, den Studenten und der Jugend überhaupt zugeschrieben.

Den entwickelten Überseeländern wie Japan, Australien, Neuseeland und auch Lateinamerika wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als es sonst in Werken dieser Art üblich ist: Die wachsenden Unterschiede, der Einfluß der Bevölkerungszunahme und der ausländischen Kapitalinvestitionen werden hier zum erstenmal hervorgehoben. Die Betonung des unkontrollierten Anwachsens der Großstädte mit ihren hohen Ansprüchen und ihrer Arbeitslosigkeit wie auch die Diskussion über die ungleiche Entwicklung der Landwirtschaft auch in Afrika und Asien sind von besonderem Wert.

Die Beschreibung der Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkrieges konzentriert sich hauptsächlich auf Europa. Die Autoren lehnen sich hier wieder an die moderne Auslegung an, die die Schwächen der Kriegsvorbereitung der deutschen Wirtschaft betont. Die Sozialanalyse dieser Periode bleibt aber weiterhin schwach.

In der Nachkriegswelt, die im sechsten Band behandelt wird, werden die Sozialstrukturen und ihre Entwicklung auf die Geschichte viel besser präzisiert, besonders bei den Entwicklungsländern. Die Autoren sind mehr von der wirtschaftlichen Übermacht und dem technischen Fortschritt der USA beeindruckt, als man es in der französischen Literatur erwartet hätte, während die europäische Wirtschaftsgemeinschaft kritischer behandelt wird, als anzunehmen wäre.

Rußland und Osteuropa, der islamischen Welt, Indien und vor allem Japan wird hier besondere Aufmerksamkeit bis in Einzelheiten der Entwicklung geschenkt. Der Abschnitt über das östliche Inselreich zeichnet sich durch detaillierte Beschreibung und gewagte Urteile aus. Osteuropa wie auch Indien werden hier als weniger einheitlich, als sie selbst vorgeben, angesehen. Der Abschnitt über China enthält wieder zuwenig über wirtschaftliche Entwicklung und zuviel politische Spekulation.

Was die Mittelpunkte des modernen Kapitalismus selbst, Nordamerika, Europa und Japan, anbetrifft, so folgen die Autoren der These von Chandler: Der »neue Kapitalismus« mit seinen »conglomerates«, die sich nicht, wie einst die Trusts und Konzerne, auf eine einzelne Industrie stützen, sondern im Gegenteil ihre Kapitalanlagen auf möglichst viele weitverbreitete Zweige verteilen, verspricht zumindest eine größere Stabilität als der Kapitalismus der Zwischenkriegsperiode. Ebenso lassen sich die »Multinationals«, hauptsächlich, aber nicht ausschließlich amerikanischen Ursprungs, als eine Art Verteilungsorganisation darstellen, die über die Grenzen hinweg Kapital und Arbeit, Bodenschätze und Absatzmarkt vermitteln, um lehrbuchgemäß die Produktion und den Verkauf der Waren auf die billigste und effizienteste Weise zu organisieren. Soweit man übersehen kann, halten sich die Autoren an die Konvergenztheorie: Struktur und Organisation in den osteuropäischen Ländern, von Japan ganz zu schweigen, passen sich mit immer größerer Ähnlichkeit an das westliche Muster an. Wirtschaftlich gesehen, sind es die Währungsfragen und der Energie- und Rohstoffmangel, die dem weiteren Fortschritt eine Schranke setzen, während sich noch eine ganze Reihe von ungeahnten sozialen Problemen in den Vordergrund drängen.

Die beiden Bände sind mit zahlreichen treffenden Abbildungen ausgestattet und enthalten die nötigen Tabellen, graphischen Darstellungen und bibliographischen Nachweise. Mit ganz

geringfügigen Ausnahmen sind die Angaben völlig verläßlich, die Urteile liberal-demokratisch, die Quellen up-to-date.
Die Schwächen und Stärken der Geschichtsauffassung, die diesen Bänden zugrunde liegt, hängen gewissermaßen zusammen. Auf der einen Seite findet man, unvoreingenommen aus vielen Quellen eklektisch zusammengetragen, zahlreiche Fakten, die eine Fundgrube für weitere verschiedenartige Auslegungen bilden. Aber auf der anderen Seite muß man feststellen, daß die wirtschaftliche Dynamik, obwohl sie des öfteren genau herausgearbeitet wird, häufig zerstückelt wird, während die soziale Dynamik, bezeichnenderweise mit Ausnahme der außereuropäischen Entwicklungsländer, ganz fehlt: So erscheint der deutsche Faschismus plötzlich auf der Bühne der Weltgeschichte, und seine Ursachen müssen mit Mühe zusammengestellt werden, anstatt sich aus der vorhergegangenen Geschichte zu ergeben. Ebenso sind die Fehlschläge der modernen Zeit mit all ihren Errungenschaften, mit dem neuen Wohlstand, der gesicherten Existenz, dem Frieden — welche unseren Vätern als ein unerreichbares Paradies erschienen wären —, diese Fehlschläge wie der Terrorismus, der aus der Studentenbewegung hervorgegangen ist, die Unfähigkeit des Westens, seine Umwelt zu schützen, die wachsenden Reichtumsunterschiede zwischen der privilegierten und der unterprivilegierten Welt, sie alle sind irgendwie unerklärlich, sie werden als ein zusätzliches Element angesehen und nicht, wie es sein müßte, als integraler Bestandteil derselben Welt, die in den positiven Abschnitten beschrieben wird.
Die Autoren haben es mit Recht unmöglich gefunden, eine Wirtschaftsgeschichte, geschweige denn eine Sozialgeschichte ohne Hinweis auf politische Machtfaktoren zu schreiben. Insofern ist der Gesamtplan völlig gerechtfertigt. Jedoch waren sie nicht imstande, diese verschiedenen Bestandteile zu einer Einheit zusammenzuschmelzen. Bezeichnenderweise hatten sie den größten Erfolg bei der Behandlung der nichteuropäischen Welt, obwohl sie sich hier an Thesen halten mußten, die zweifellos, wie andere vor ihnen, bald von anderen Thesen abgelöst sein werden. Die soziale Dynamik Europas ist ungleich schwieriger und müßte auf einer anderen Ebene behandelt werden. Es ist nicht die Schuld der Autoren, die sich unter Pierre Léons Einfluß zu einem umfassenden Werk vereinigt haben, daß es diese Untersuchung noch nicht gibt. Es ist ihr Verdienst, zu einer Basis dazu beigetragen zu haben.

Sidney Pollard

Gerhard Schulz, Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918—1945 (= Deutsche Geschichte, hrsg. von Joachim Leuschner, Bd. 10), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 252 S., kart., 15,80 DM.

Das Angebot einführender Darstellungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert hat sich in den letzten Jahren erfreulich ausgeweitet; dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der Berücksichtigung sozial- und wirtschaftshistorischer Fragestellungen. Allerdings bedingt dies auch, daß jede weitere Untersuchung dieser Art ihre Existenzberechtigung besonders nachzuweisen hat. Offensichtlich ist dabei, daß, betrachtet man die Fülle der Ereignisse, dieser Nachweis wohl nicht durch den Versuch erbracht werden kann, die Totalität des historischen Geschehens getreulich nachzuzeichnen, sondern daß dies nur durch die Konzentration auf das Wesentliche geleistet werden kann. Die Auswahl und die Begründung dieser Auswahl werden damit zu der entscheidenden Aufgabe. Auch wer mit dem Ergebnis nicht einverstanden ist und begründete Einwendungen gegen die im einzelnen dargelegten Kriterien zu erheben hat, wird nicht umhinkönnen zuzugeben, daß Hans-Ulrich Wehler sich in seiner Studie über das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, die als Band 9 der von Joachim Leuschner herausgegebenen Deutschen Geschichte erschienen ist, dieser Aufgabe gestellt und eine problemorientierte Strukturanalyse vorgelegt hat. Der hier anzuzeigende Folgeband

geringfügigen Ausnahmen sind die Angaben völlig verläßlich, die Urteile liberal-demokratisch, die Quellen up-to-date.
Die Schwächen und Stärken der Geschichtsauffassung, die diesen Bänden zugrunde liegt, hängen gewissermaßen zusammen. Auf der einen Seite findet man, unvoreingenommen aus vielen Quellen eklektisch zusammengetragen, zahlreiche Fakten, die eine Fundgrube für weitere verschiedenartige Auslegungen bilden. Aber auf der anderen Seite muß man feststellen, daß die wirtschaftliche Dynamik, obwohl sie des öfteren genau herausgearbeitet wird, häufig zerstückelt wird, während die soziale Dynamik, bezeichnenderweise mit Ausnahme der außereuropäischen Entwicklungsländer, ganz fehlt: So erscheint der deutsche Faschismus plötzlich auf der Bühne der Weltgeschichte, und seine Ursachen müssen mit Mühe zusammengestellt werden, anstatt sich aus der vorhergegangenen Geschichte zu ergeben. Ebenso sind die Fehlschläge der modernen Zeit mit all ihren Errungenschaften, mit dem neuen Wohlstand, der gesicherten Existenz, dem Frieden — welche unseren Vätern als ein unerreichbares Paradies erschienen wären —, diese Fehlschläge wie der Terrorismus, der aus der Studentenbewegung hervorgegangen ist, die Unfähigkeit des Westens, seine Umwelt zu schützen, die wachsenden Reichtumsunterschiede zwischen der privilegierten und der unterprivilegierten Welt, sie alle sind irgendwie unerklärlich, sie werden als ein zusätzliches Element angesehen und nicht, wie es sein müßte, als integraler Bestandteil derselben Welt, die in den positiven Abschnitten beschrieben wird.
Die Autoren haben es mit Recht unmöglich gefunden, eine Wirtschaftsgeschichte, geschweige denn eine Sozialgeschichte ohne Hinweis auf politische Machtfaktoren zu schreiben. Insofern ist der Gesamtplan völlig gerechtfertigt. Jedoch waren sie nicht imstande, diese verschiedenen Bestandteile zu einer Einheit zusammenzuschmelzen. Bezeichnenderweise hatten sie den größten Erfolg bei der Behandlung der nichteuropäischen Welt, obwohl sie sich hier an Thesen halten mußten, die zweifellos, wie andere vor ihnen, bald von anderen Thesen abgelöst sein werden. Die soziale Dynamik Europas ist ungleich schwieriger und müßte auf einer anderen Ebene behandelt werden. Es ist nicht die Schuld der Autoren, die sich unter Pierre Léons Einfluß zu einem umfassenden Werk vereinigt haben, daß es diese Untersuchung noch nicht gibt. Es ist ihr Verdienst, zu einer Basis dazu beigetragen zu haben.

Sidney Pollard

Gerhard Schulz, Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918—1945 (= Deutsche Geschichte, hrsg. von Joachim Leuschner, Bd. 10), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 252 S., kart., 15,80 DM.

Das Angebot einführender Darstellungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert hat sich in den letzten Jahren erfreulich ausgeweitet; dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der Berücksichtigung sozial- und wirtschaftshistorischer Fragestellungen. Allerdings bedingt dies auch, daß jede weitere Untersuchung dieser Art ihre Existenzberechtigung besonders nachzuweisen hat. Offensichtlich ist dabei, daß, betrachtet man die Fülle der Ereignisse, dieser Nachweis wohl nicht durch den Versuch erbracht werden kann, die Totalität des historischen Geschehens getreulich nachzuzeichnen, sondern daß dies nur durch die Konzentration auf das Wesentliche geleistet werden kann. Die Auswahl und die Begründung dieser Auswahl werden damit zu der entscheidenden Aufgabe. Auch wer mit dem Ergebnis nicht einverstanden ist und begründete Einwendungen gegen die im einzelnen dargelegten Kriterien zu erheben hat, wird nicht umhinkönnen zuzugeben, daß Hans-Ulrich Wehler sich in seiner Studie über das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, die als Band 9 der von Joachim Leuschner herausgegebenen Deutschen Geschichte erschienen ist, dieser Aufgabe gestellt und eine problemorientierte Strukturanalyse vorgelegt hat. Der hier anzuzeigende Folgeband

dieser Reihe über die Weimarer Republik und das Dritte Reich von Gerhard Schulz verzichtet dagegen vollständig auf eine solche Darlegung von Auswahlkriterien oder gar seiner theoretischen und methodischen Konzeption, sondern beschränkt sich im wesentlichen auf einen chronologischen Bericht über die Ereignisgeschichte. Mir scheint, daß sich Schulz mit dieser seiner, allerdings nicht explizit genannten, Vorentscheidung der Chance begeben hat, die wesentlichen strukturellen Probleme der Weimarer Republik, die Ursachen ihres Scheiterns und die Realität der Herrschaftsausübung im Dritten Reich adäquat zu analysieren.
Im wesentlichen auf die politische Geschichte fixiert, erzählt Schulz in fünf Abschnitten (Novemberrevolution und Friedensschluß; Die zwanziger Jahre; Staatskrise, Wirtschaftskrise und Fehlschlag der autoritären Restauration; Der totalitäre Staat des Nationalsozialismus und die deutsche Politik; Deutschland und der Zweite Weltkrieg) die Geschichte von Entstehung, relativer Stabilität und Untergang der Weimarer Republik, vom Aufstieg und der Herrschaftsausübung des Nationalsozialismus und dessen selbst verschuldetem Untergang im Zweiten Weltkrieg. Verhältnismäßig breit und im wesentlichen auch zutreffend werden dabei wichtige politische Entscheidungssituationen wie etwa die Parlamentarisierung der Reichsregierung im Oktober 1918, die Auseinandersetzungen um die Reichsverfassung, die Friedensverhandlungen in Versailles, die Stresemannsche Außenpolitik oder die Brüningsche Präsidialdiktatur, schließlich auch die Zielsetzungen Hitlers in den Jahren bis 1939 oder die Grundlagen des totalitären Staates beschrieben: Freilich geschieht dies alles phänomenologisch, bisweilen auch individual-psychologisierend, erklärt wird dagegen kaum etwas. Um jedem Mißverständnis vorzubeugen: Natürlich bietet Schulz auch Erklärungsmodelle an, verknüpft er etwa ökonomische Lage und politische Entscheidungen in seiner Darstellung der Revolution, der Weltwirtschaftskrise und des Scheiterns der Brüningschen Politik oder der Rüstungskonjunktur und der Herrschaftsstabilisierung nach 1933. Aber dies geschieht bloß additiv, Ursachen und Wirkungszusammenhänge werden nicht deutlich, welche sozialen Kräfte sich jeweils mit welchen Methoden durchsetzten und wer die Verantwortung im einzelnen zu tragen hat, dies alles bleibt im Dunkeln, es sei denn, man verträte die Auffassung, daß im modernen, hochkomplizierten, auf vielen Gebieten tätig werdenden Interventionsstaat solche Fragen zureichend beantwortet wären, indem man einige wenige Personen, Ebert, Stresemann, Brüning, Hitler, in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Diese Bemerkungen deuten schon an, worin die wesentlichen Defizite dieser Darstellung liegen: Es mangelt ihr an zureichenden Analysen der Parteien, der Verbände der Wirtschaft, der bürokratischen Apparate, der sozialen Schichtung und ihrer Veränderungen, auch an einer zureichenden Analyse des Systems der Herrschaftsausübung und seiner Veränderungen zwischen 1918 und 1945. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird höchstens punktuell dargestellt; methodisch befriedigende, sich auch der Quantifizierung bedienende Strukturuntersuchungen werden jedoch nicht angestellt. Geistige und kulturelle Tendenzen, auch wenn deren Wirkungszusammenhänge mit der politischen Geschichte wie bei der Entstehung des übersteigerten Nationalismus, der Führerideologie u. a. offen zutage liegen, werden noch nicht einmal erwähnt.
Insgesamt handelt es sich um eine enttäuschende Einführung in die jüngste deutsche Geschichte, die einmal mehr den Beweis dafür liefert, daß mit naivem Erzählen nichts gewonnen ist, sondern daß die Historiographie einer theoretischen und methodischen Konzeption zur Strukturierung ihres Gegenstandes bedarf. Dies Ergebnis ist um so bedauerlicher und unverständlicher, als Gerhard Schulz mit einer Reihe von wichtigen und überzeugenden Studien zur Geschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus hervorgetreten ist.

Peter-Christian Witt

Gian Enrico Rusconi, La crisi di Weimar. Crisi di sistema e sconfitta operaia (= Einaudi Paperbacks 83), Einaudi, Torino 1977, XII, 515 S., Pb., 10.000 Lit.

Die Geschichte der Weimarer Republik hat, wie zahlreiche Übersetzungen und Neuauflagen (u. a. Rosenberg, Eyck, Klein, Laqueur, Broué) beweisen, in der historiographischen und politischen Debatte Italiens in den letzten Jahren ein steigendes Interesse gefunden. Weimar verkauft sich kiloweise, wie kürzlich scherzhaft eine bekannte Wochenzeitung schrieb. Dies stark politisch motivierte Interesse wird gespeist von den realen oder scheinbaren Analogien zwischen dem Deutschland von damals und dem Italien von heute, gilt doch für beide die Aussage, daß es sich um ein in Krise befindliches demokratisch-parlamentarisches System in einer hochindustrialisierten Gesellschaft handelt(e), das geprägt wurde/wird von starken sozialen und gesellschaftlichen Spannungen, einem weit gefächerten und fraktionierten Parteiensystem, schwachen und kurzlebigen Regierungen und außerparlamentarischen und antiparlamentarischen Bewegungen von Gewicht.
Neben vielen kurzlebigen Neuerscheinungen hat dieses Interesse auch einige substantielle Beiträge hervorgebracht. Dazu zählt ohne Zweifel die Arbeit des Turiner Soziologen G. E. Rusconi, der nach mehreren Untersuchungen über die Frankfurter Schule nun, unterstützt durch ein Stipendium der A.-von-Humboldt-Stiftung, darangegangen ist, das politische, soziale und historische Umfeld der Weimarer Zeit zu erforschen. Das Ergebnis ist eine außerordentlich materialreiche, dicht geschriebene Querschnitt- und Längschnittanalyse der Weimarer Republik, die ihr Augenmerk vor allem auf die Anfangs- und Schlußphase richtet und hier vor allem die Rolle der SPD im Visier hat. Neben knappen Forschungsresümees u. a. der Revolutionsforschung 1918/19, der Mittelstandsproblematik, der Geschichte der KPD, der Aufstiegsphase der nationalsozialistischen Bewegung enthält der Band dank der aufmerksamen Lektüre der SPD-Partei- und Gewerkschaftspresse, der linken kulturpolitischen und theoretischen Zeitschriften, der Parteitagsprotokolle (u. a. zwei Kapitel über R. Hilferding) Beiträge zu einer bis heute nicht geschriebenen Geschichte der SPD in der Weimarer Republik und verdient schon von daher auch Beachtung im deutschen Sprachraum. Rusconi geht aus von den vier Fundamentalkompromissen im institutionellen, sozioökonomischen, militärischen und politischen Bereich, die die Grundlage der Weimarer Republik bildeten, und verfolgt dann in einer Analyse der verschiedenen politisch-institutionellen, sozioökonomischen und ideologisch-kulturellen Subsysteme, wie sich diese Fundamentalkompromisse von 1928/29 an aufzulösen begannen und unter dem Krisendruck der Weltwirtschaftskrise zerbrachen. Rusconi sieht in der Herausbildung der Weimarer Republik eine besondere Entstehungsform eines parlamentarisch-demokratischen Systems, die er mit dem Begriff der »democrazia contrattata« (ausgehandelte Demokratie) zu erfassen sucht. »Democrazia contrattata bedeutet«, so schreibt er, »daß die institutionelle Form der Demokratie, statt den akzeptierten politischen Rahmen zu bilden, innerhalb dessen sich die gesellschaftlichen Kräfte bewegen und miteinander ringen, selbst Gegenstand permanenter, bald offener, bald ideologisch verdeckter, bald latenter Kompromisse wird.« (S. 30) Wer an die Startbedingungen etwa der Dritten französischen Republik oder der italienischen Republik nach 1946 denkt, bei denen die Legitimität der neuen Staatsform ähnlich umstritten war wie 1919 Weimarer Republik und Verfassung, den wird diese Konzeptualisierung kaum überzeugen.
Ein unaufgelöstes Spannungsverhältnis besteht auch zwischen dem Konzept der »democrazia contrattata«, in das die von Rusconi scharf kritisierten Fehlleistungen und Unterlassungen der MSPD eingegangen sind, ja, deren Voraussetzungen sie gewissermaßen bildeten, und der von A. Rosenberg übernommenen These, die Gründe für das Scheitern von Weimar seien in den Jahren 1918/19 zu suchen, d. h. in dem nicht aufgelösten Widerspruch zwischen politischem System und sozioökonomischer Struktur. Voluntaristischer und deterministischer

Ansatz stehen so bisweilen unvermittelt nebeneinander, besonders sichtbar in dem nur am Rande thematisierten Verhältnis der traditionellen wirtschaftlich-militärisch-bürokratischen Führungseliten zum Weimarer System, das schrittweise abgebaut und dann in der »Operation Reichskanzler Hitler« (S. 36) durch ein neues Mächtegleichgewicht ersetzt wurde. Rusconi warnt zwar vor der Gefahr, aus dem Groß- und Finanzkapital »den ständig präsenten und siegreichen Demiurgen in der Geschichte der modernen Industriegesellschaften« zu machen, ist dieser Gefahr aber selbst auch nicht ganz entgangen.
Sieht man jedoch von diesen nicht immer schlüssig skizzierten Rahmenbedingungen der Weimarer Republik ab, so bilden die Analysen Rusconis vielfach stimulierende, von den Erfahrungen der heutigen italienischen Linken her inspirierte Betrachtungen über Möglichkeiten und Grenzen linker gesellschaftlicher Reform- und Wandlungspolitik in der Weimarer Zeit. Der Band hat dem Autor, wenn schon nicht den Ruf eines Klassikers (so etwas voreilig die kommunistische Zeitschrift Rinascita), so doch den eines der besten italienischen Kenner der Weimarer Szene eingetragen.

Jens Petersen

Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919—1930 (= Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien), Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1975, 296 S., kart., 38 DM.

Der deutsche Liberalismus der Weimarer Republik und insbesondere die linksliberale DDP sind in der letzten Zeit wieder verstärkt in den Mittelpunkt der Parteigeschichtsschreibung gerückt (u. a. die Arbeiten von L. Albertin, 1972; J. C. Heß, 1973 und 1978; R. Opitz, 1973; E. Portner, 1974; W. Schneider, 1978). In diesen Forschungsbereich reiht sich auch — anders als es der Titel auf den ersten Blick vermuten läßt— die Studie von Hartmut Schustereit ein. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, das Verhältnis von DDP und Sozialdemokratie in Hinblick auf grundsätzliche politische Übereinstimmungen dieser beiden staatstragenden Parteien, vor allem aber in Hinblick auf ihre wesentlichen politischen Differenzen zu untersuchen. Im Vordergrund der Betrachtung stehen dabei bestimmte tagespolitische Entscheidungen und programmatische Auffassungen, deren je konkrete parteistrukturelle bzw. ideologische Bedingheiten Schustereit aufzuspüren beabsichtigt. Die entwicklungsbestimmenden Ereignisse und Probleme der ersten deutschen Republik wie z. B. die Novemberrevolution, der Versailler Vertrag, der Kapp-Lüttwitz-Putsch, der Ruhrkampf, die Wahl des Reichspräsidenten 1925 und die Beamten- und Bildungspolitik dienen dem Autor in diesem Zusammenhang als »case studies« seiner vergleichenden Betrachtung.
Mit seiner eindeutigen Schwerpunktverlagerung auf die DDP beabsichtigt Schustereit, Forschungslücken in bezug auf wesentliche programmatische Aussagen der Weimarer Linksliberalen zu schließen, da der DDP fast über den gesamten Zeitraum der Republik hinweg ein verbindliches Programm fehlte, »das neuen politischen Ereignissen oder theoretischen Einsichten Rechnung getragen hätte« (S. 15). Darüber hinaus begründet der Autor die Richtung seiner Aufgabenstellung mit der besonders gearteten Beziehung zwischen SPD und DDP. Diese war charakterisiert durch die starke Berücksichtigung, die der politische Faktor Sozialdemokratie in nahezu allen DDP-Entscheidungen fand, während umgekehrt die SPD für die Linksliberalen insgesamt nur geringes Interesse aufzubringen vermochte.
Wie Schustereit überzeugend nachzuweisen vermag, war die starke Fixierung der DDP auf die Sozialdemokratie bestimmt von durchaus ambivalenten politisch-ideologischen Bewertungen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem »sinnlosen Bolschewismus« der Novemberrevolution (S. 44) und aufgrund der »verfassungswidrigen« politischen Ansprüche der Freien Gewerkschaften in der Folge des Kapp-Putsches (S. 87) mißtrauten die auf

Ansatz stehen so bisweilen unvermittelt nebeneinander, besonders sichtbar in dem nur am Rande thematisierten Verhältnis der traditionellen wirtschaftlich-militärisch-bürokratischen Führungseliten zum Weimarer System, das schrittweise abgebaut und dann in der »Operation Reichskanzler Hitler« (S. 36) durch ein neues Mächtegleichgewicht ersetzt wurde. Rusconi warnt zwar vor der Gefahr, aus dem Groß- und Finanzkapital »den ständig präsenten und siegreichen Demiurgen in der Geschichte der modernen Industriegesellschaften« zu machen, ist dieser Gefahr aber selbst auch nicht ganz entgangen.
Sieht man jedoch von diesen nicht immer schlüssig skizzierten Rahmenbedingungen der Weimarer Republik ab, so bilden die Analysen Rusconis vielfach stimulierende, von den Erfahrungen der heutigen italienischen Linken her inspirierte Betrachtungen über Möglichkeiten und Grenzen linker gesellschaftlicher Reform- und Wandlungspolitik in der Weimarer Zeit. Der Band hat dem Autor, wenn schon nicht den Ruf eines Klassikers (so etwas voreilig die kommunistische Zeitschrift Rinascita), so doch den eines der besten italienischen Kenner der Weimarer Szene eingetragen.

Jens Petersen

Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919—1930 (= Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien), Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1975, 296 S., kart., 38 DM.

Der deutsche Liberalismus der Weimarer Republik und insbesondere die linksliberale DDP sind in der letzten Zeit wieder verstärkt in den Mittelpunkt der Parteigeschichtsschreibung gerückt (u. a. die Arbeiten von L. Albertin, 1972; J. C. Heß, 1973 und 1978; R. Opitz, 1973; E. Portner, 1974; W. Schneider, 1978). In diesen Forschungsbereich reiht sich auch — anders als es der Titel auf den ersten Blick vermuten läßt— die Studie von Hartmut Schustereit ein. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, das Verhältnis von DDP und Sozialdemokratie in Hinblick auf grundsätzliche politische Übereinstimmungen dieser beiden staatstragenden Parteien, vor allem aber in Hinblick auf ihre wesentlichen politischen Differenzen zu untersuchen. Im Vordergrund der Betrachtung stehen dabei bestimmte tagespolitische Entscheidungen und programmatische Auffassungen, deren je konkrete parteistrukturelle bzw. ideologische Bedingheiten Schustereit aufzuspüren beabsichtigt. Die entwicklungsbestimmenden Ereignisse und Probleme der ersten deutschen Republik wie z. B. die Novemberrevolution, der Versailler Vertrag, der Kapp-Lüttwitz-Putsch, der Ruhrkampf, die Wahl des Reichspräsidenten 1925 und die Beamten- und Bildungspolitik dienen dem Autor in diesem Zusammenhang als »case studies« seiner vergleichenden Betrachtung.
Mit seiner eindeutigen Schwerpunktverlagerung auf die DDP beabsichtigt Schustereit, Forschungslücken in bezug auf wesentliche programmatische Aussagen der Weimarer Linksliberalen zu schließen, da der DDP fast über den gesamten Zeitraum der Republik hinweg ein verbindliches Programm fehlte, »das neuen politischen Ereignissen oder theoretischen Einsichten Rechnung getragen hätte« (S. 15). Darüber hinaus begründet der Autor die Richtung seiner Aufgabenstellung mit der besonders gearteten Beziehung zwischen SPD und DDP. Diese war charakterisiert durch die starke Berücksichtigung, die der politische Faktor Sozialdemokratie in nahezu allen DDP-Entscheidungen fand, während umgekehrt die SPD für die Linksliberalen insgesamt nur geringes Interesse aufzubringen vermochte.
Wie Schustereit überzeugend nachzuweisen vermag, war die starke Fixierung der DDP auf die Sozialdemokratie bestimmt von durchaus ambivalenten politisch-ideologischen Bewertungen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem »sinnlosen Bolschewismus« der Novemberrevolution (S. 44) und aufgrund der »verfassungswidrigen« politischen Ansprüche der Freien Gewerkschaften in der Folge des Kapp-Putsches (S. 87) mißtrauten die auf

Volksgemeinschaft und Privateigentum angelegten Linksliberalen der »klassenkämpferischen Sozialdemokratie« und deren programmatischem Zielhorizont einer sozialistischen Demokratie. Andererseits war für den größten Teil der Deutschen Demokraten die »große Zukunftsaufgabe« einer von der Interessenharmonie aller Volksschichten geprägten demokratischen Republik nur »Arm in Arm mit der Sozialdemokratie« zu erfüllen (S. 41). Hier liegt der entscheidende Grund für die permanenten Bestrebungen der DDP, die SPD politisch in eine Große Koalition einzubinden. Sie allein war nach dem Selbstverständnis der Linksliberalen der Garant für eine wirkungsvolle politische Zusammenarbeit von bürgerlichen und sozialistischen Demokraten und damit »die einzig wirklich erstrebenswerte Regierungskoalition auf Reichs- und Länderebene« (S. 103 f.).

Das Votum für die Große Koalition verweist bereits auf ein »Essential« des liberaldemokratischen Selbstverständnisses in der Weimarer Republik. Die DDP verstand sich entschieden nicht als eine beliebige Interessenpartei, sondern als die einzig wirkliche »Volks- und Staatspartei« (S. 195), ein Umstand, der in dem arg überstrapazierten und schließlich zur Phrase degradierten Topos von der Überparteilichkeit sowie in dem Bestreben, als Mittler zwischen den divergierenden parteipolitischen Interessen aufzutreten, offenkundig wurde. Die Überzeugung, eine besonders »staatsbewußte Vorhut des gesamten deutschen Staatsvolkes« zu sein, korrespondierte mit einem Staatsverständnis, das den Staat als überindividuelle Wesenheit deutlich von der Gesellschaft abhob (S. 194 f.). Dieser Staatsgedanke begründete im Verein mit dem Glauben an die »Mission des deutschen Staatsvolkes in der europäischen Völkergemeinschaft« (S. 196 f.) einen Primat der Außenpolitik, der von nationalistischen Tönen keineswegs frei war. Schustereit beschreibt in diesem Zusammenhang mit großer Akribie die oft in Irrationalismen ausufernde Protesthaltung der Linksliberalen gegen den »Schmachfrieden von Versailles« (S. 68 f.) und gegenüber der »französisch-belgischen Willkür und Brutalität« (S. 96) im Ruhrkampf 1923; der Autor stellt aber gleichzeitig heraus, daß die DDP von Anfang an zu den maßgeblichen Stützen der Stresemannschen Verständigungspolitik gehörte.

Auch die außenpolitische Übereinstimmung mit der SPD in bezug auf die maßvolle Revisionspolitik Stresemanns vermochte nicht die gravierenden politisch-ideologischen Differenzen beider Parteien zu kompensieren und damit eine tragfähige Basis gemeinsamen politischen Handelns herzustellen.Die DDP konnte mithin weder ihrer selbstgestellten Aufgabe, »politischer Koordinator« (S. 221) zwischen der Sozialdemokratie und den staatstragenden bürgerlichen Parteien zu sein, gerecht werden, noch die Abkehr zunehmend breiterer Bevölkerungskreise vom politisch organisierten Linksliberalismus verhindern. Hierfür macht Schustereit ideologische Verkrustungen und parteistrukturell bedingte Defizite der DDP mitverantwortlich. Diese Faktoren zusammengenommen bewirkten einen irreparablen »Verlust an parteibildender Kraft« (S. 271) im politischen Linksliberalismus der Weimarer Republik. Die DDP vermochte sich nicht »ohne Fesseln einer veralteten Ideologie den veränderten politischen und soziologischen Verhältnissen der industriellen Massengesellschaft anzupassen« (S. 231). Sie behielt den längst anachronistisch gewordenen Charakter einer Gesinnungspartei bei, in der autonome Persönlichkeiten, zumeist Intellektuelle, die politische Richtung bestimmten. Eine schlecht funktionierende Parteiorganisation sowie der Mangel an unmittelbarer Fühlungnahme zwischen Abgeordneten, Parteiapparat und Wählern waren die aus diesem Selbstverständnis resultierenden Folgen. Der chronische Geldmangel[1] und die überwiegend distanzierte Haltung der linksliberalen Presse taten ein übriges, um den Nieder-

1 Auf das wichtige Kapitel der Parteifinanzierung geht *Schustereit* nur am Rande ein; siehe dazu den Literaturbericht von *Konstanze Wegner*, Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 4, 1978, H. 1, S. 132 ff.

gang des politisch organisierten Linksliberalismus in der Auflösungsphase der Weimarer Republik zu besiegeln.

Gegen diese von Schustereit vorgenommene Parteianalyse ist folgendes kritisch anzumerken: Über der Herausstellung des übertriebenen Individualismus als entscheidendem Bedingungsfaktor des mangelhaften Parteizusammenhalts gerät die zugegebenermaßen stärker außen- und wehrpolitisch bestimmte Flügelbildung zwischen einer betont national bzw. nationaldemokratisch ausgerichteten Parteimehrheit[2] und einer in sich wiederum heterogenen pazifistischen Parteiminderheit[3] aus dem Blickfeld. Der permanente Konflikt zwischen diesen beiden Parteiflügeln wirkte sich mit Gewißheit auch bei innenpolitischen Entscheidungen aus und trug wesentlich zur Unfähigkeit des Linksliberalismus bei, »parteibildend« zu wirken.

Die Behandlung des Weimarer Linksliberalismus als einheitliche ideologische Größe stellt ein weiteres Defizit der Arbeit Schustereits dar. Denn die liberale Idee war gerade in Deutschland in ihrer wechselvollen Geschichte einer ganzen Reihe krisenhafter Wandlungen unterlegen, die ihre Substanz nicht unberührt gelassen haben. Als Beispiel hierfür mag in diesem Zusammenhang die zeitweilige Überfremdung der liberalen Idee durch Aufnahme von Elementen (sozial)imperialistischen Denkens genügen[4]. Ebenso wie der Gesinnungsparteicharakter auf den Parteibegriff des älteren deutschen Liberalismus zurückverweist, stellen die mit stark nationalen, teilweise nationalistischen Komponenten durchsetzte Außenpolitik und der betonte Etatismus der Parteimehrheit Faktoren der zuletzt genannten geschichtlichen Überlagerung noch in der Weimarer Republik dar.

Schließlich wäre eine stärkere Einbeziehung sozial- und wirtschaftspolitischer Problemkreise in die Arbeit Schustereits wünschenswert gewesen. Hier hätte sich gezeigt, ob die DDP aufrichtig darum bemüht gewesen ist, den Weg einer Wirtschaftsform »zwischen Bolschewismus und Kapitalismus« (S. 261) zu beschreiten. Eine derartige Verbreiterung der Fragestellung hätte überdies die Möglichkeit eingeräumt, den Schritt von der doch vorherrschenden Beschreibung ideengeschichtlicher Sachverhalte zur Ideologiekritik zu vollziehen.

Während die Studie für die DDP-Geschichtsschreibung, vor allem im Hinblick auf das programmatische Selbstverständnis der Linksliberalen und ihre Beziehung zur SPD, einige Forschungslücken schließen kann, findet der vornehmlich an der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung interessierte Leser nur wenig Neues vor. Mit Ausnahme einiger, bislang unbeachtet gebliebener tagespolitischer Details, wie sie z. B. die innerparteilichen Kontroversen um die Kandidatenaufstellung für die Reichspräsidentenwahl 1925 darstellen (S. 108), lehnt sich Schustereit in seiner Beschreibung und Bewertung der sozialdemokratischen Politik an ältere Literatur zu diesem Problemkreis an. Dabei hätte die vom Autor vorgenommene Auswertung der Nachlässe so bedeutender Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein, Otto Braun, Eduard David, Karl Kautsky, Carl Severing, Hermann Müller-Franken und Gustav Noske zumindest eine Modifizierung bestimmter gängiger Interpretationsschemata erwarten lassen.

Die SPD begegnet uns in der vorliegenden Arbeit als eine »schichtenspezifische Integrationspartei«, deren Stärke im Organisationspatriotismus und im Gemeinschaftsgefühl ihrer Mitglieder lag, deren letztlich verhängnisvoll wirkende »politische Tatlähmung« (Hans

---

2 Zum Demokratischen Nationalismus in der DDP siehe neuerdings *Jürgen C. Heß*, Das ganze Deutschland soll es sein. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.

3 *Karl Holl*, Pazifismus oder liberaler Neu-Imperialismus?, in: Imperialismus im 20. Jahrhundert, Gedenkschrift für George W. F. Hallgarten, hrsg. von *Joachim Radkau* und *Imanuel Geiss*, München 1972, S. 171 ff.

4 Siehe dazu *Wolfgang J. Mommsen*, Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus, in: Liberalismus und imperialistischer Staat, hrsg. von *K. Holl* und *G. List*, Göttingen 1975, S. 109 ff.

Mommsen) jedoch ihre Ursache in dem verbürokratisierten, überalterten und politisch inflexiblen Parteiapparat sowie im erschreckenden Mangel an geeigneten Führerpersönlichkeiten fand. Eine Partei zudem, die der programmatischen Festlegung auf den Klassenkampf und der Zukunftsvorstellung von der sozialistischen Demokratie verhaftet blieb und deshalb nach dem Urteil des Autors nicht durchweg konstruktive parlamentarische Opposition im liberal-demokratischen Sinne betrieben hat.
Gleichwohl bescheinigt Schustereit der Sozialdemokratie, daß sie ständig um eine loyale Haltung zur Republik bemüht war und Wesentliches zu ihrem Aufbau beigetragen hat. Dies berührt jedoch nicht einen entscheidenden Einwand des Autors gegen die sozialdemokratische Politik während der kombinierten Staats- und Gesellschaftskrise in den späten 20er und frühen 30er Jahren. Obgleich sich die SPD nach Meinung Schustereits auf dem Weg zur Volkspartei befand (S. 186), war sie nicht bereit, in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1929/30 die Interessen ihrer Klientel zurückzustellen und somit »ein Opfer zur Rettung des Parlamentarismus zu bringen« (S. 186). Damit trug sie mehr noch als die Freien Gewerkschaften »den größten Teil der Verantwortung für den Zusammenbruch der letzten tragfähigen Mehrheit im Reichstag der Weimarer Zeit« (S. 269).
Schustereit folgt mit seiner Kritik einer älteren, nicht unumstrittenen Interpretationslinie, die außer acht läßt, daß eine Frontstellung der Partei gegen die Freien Gewerkschaften in der Frage der Arbeitslosenunterstützung schwerwiegende Legitimations- und Loyalitätsverluste der SPD in der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung nach sich gezogen hätte. Überdies ist in Rechnung zu stellen, daß seit den Wahlen im Mai 1928 ein konservatives Interessenbündnis aus Bürokratie, Militär, Industrie und Großlandwirtschaft, das weit in das bürgerliche Parteienspektrum hineinreichte, darauf bedacht war, jede Gelegenheit zur Ausschaltung der Sozialdemokratie und zum Umbau der Verfassung auszunützen. Gerade unter den Bedingungen der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise hätte ein Einlenken der SPD im Streit um die Sozialpolitik den grundsätzlichen Konflikt um das parlamentarische System und eine sozialgebundene Demokratie nur aufgeschoben, mit hoher Wahrscheinlichkeit aber nicht aufgehoben.

Ulrich Heinemann

James M. Diehl, Para-Military Politics in Weimar Germany, Indiana University Press, Bloomington/London 1977, X, 406 pp., clothbound, $ 17.50.

James Diehl's useful study offers an extensive survey of para-military organizations during the Weimar Republic. Though based on detailed archival research of its own, it is perhaps mainly a work of synthesis, bringing together a host of recent literature with the findings of the major monographs, of which the works of the DDR historians Könnemann and Finker, Berghahn's study of the *Stahlhelm,* Schulze's of the *Freikorps,* Fenske's of Bavaria, and Karl Rohe's classic analysis of the *Reichsbanner* are the most important[1]. In delimiting the terms of

1 *Erwin Könnemann,* Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin [GDR] 1971; *Kurt Finker,* Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik und ihre Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und bei der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges (1924—1929), Habilschrift Potsdam 1964; *Volker R. Berghahn,* Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten, 1918—1935, Düsseldorf 1966; *Hagen Schulze,* Freikorps und Republik 1918—1920, Boppard am Rhein 1969; *Hans Fenske,* Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969; *Karl Rohe,* Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966. Two major contributions to our understanding of political violence and

Mommsen) jedoch ihre Ursache in dem verbürokratisierten, überalterten und politisch inflexiblen Parteiapparat sowie im erschreckenden Mangel an geeigneten Führerpersönlichkeiten fand. Eine Partei zudem, die der programmatischen Festlegung auf den Klassenkampf und der Zukunftsvorstellung von der sozialistischen Demokratie verhaftet blieb und deshalb nach dem Urteil des Autors nicht durchweg konstruktive parlamentarische Opposition im liberal-demokratischen Sinne betrieben hat.
Gleichwohl bescheinigt Schustereit der Sozialdemokratie, daß sie ständig um eine loyale Haltung zur Republik bemüht war und Wesentliches zu ihrem Aufbau beigetragen hat. Dies berührt jedoch nicht einen entscheidenden Einwand des Autors gegen die sozialdemokratische Politik während der kombinierten Staats- und Gesellschaftskrise in den späten 20er und frühen 30er Jahren. Obgleich sich die SPD nach Meinung Schustereits auf dem Weg zur Volkspartei befand (S. 186), war sie nicht bereit, in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1929/30 die Interessen ihrer Klientel zurückzustellen und somit »ein Opfer zur Rettung des Parlamentarismus zu bringen« (S. 186). Damit trug sie mehr noch als die Freien Gewerkschaften »den größten Teil der Verantwortung für den Zusammenbruch der letzten tragfähigen Mehrheit im Reichstag der Weimarer Zeit« (S. 269).
Schustereit folgt mit seiner Kritik einer älteren, nicht unumstrittenen Interpretationslinie, die außer acht läßt, daß eine Frontstellung der Partei gegen die Freien Gewerkschaften in der Frage der Arbeitslosenunterstützung schwerwiegende Legitimations- und Loyalitätsverluste der SPD in der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung nach sich gezogen hätte. Überdies ist in Rechnung zu stellen, daß seit den Wahlen im Mai 1928 ein konservatives Interessenbündnis aus Bürokratie, Militär, Industrie und Großlandwirtschaft, das weit in das bürgerliche Parteienspektrum hineinreichte, darauf bedacht war, jede Gelegenheit zur Ausschaltung der Sozialdemokratie und zum Umbau der Verfassung auszunützen. Gerade unter den Bedingungen der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise hätte ein Einlenken der SPD im Streit um die Sozialpolitik den grundsätzlichen Konflikt um das parlamentarische System und eine sozialgebundene Demokratie nur aufgeschoben, mit hoher Wahrscheinlichkeit aber nicht aufgehoben.

Ulrich Heinemann

James M. Diehl, Para-Military Politics in Weimar Germany, Indiana University Press, Bloomington/London 1977, X, 406 pp., clothbound, $ 17.50.

James Diehl's useful study offers an extensive survey of para-military organizations during the Weimar Republic. Though based on detailed archival research of its own, it is perhaps mainly a work of synthesis, bringing together a host of recent literature with the findings of the major monographs, of which the works of the DDR historians Könnemann and Finker, Berghahn's study of the *Stahlhelm,* Schulze's of the *Freikorps,* Fenske's of Bavaria, and Karl Rohe's classic analysis of the *Reichsbanner* are the most important[1]. In delimiting the terms of

1 *Erwin Könnemann,* Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin [GDR] 1971; *Kurt Finker,* Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik und ihre Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und bei der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges (1924—1929), Habilschrift Potsdam 1964; *Volker R. Berghahn,* Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten, 1918—1935, Düsseldorf 1966; *Hagen Schulze,* Freikorps und Republik 1918—1920, Boppard am Rhein 1969; *Hans Fenske,* Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969; *Karl Rohe,* Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966. Two major contributions to our understanding of political violence and

his enquiry Diehl has taken three significant decisions. The first is chronological. The study extends from the foundation of the Republic through to 1930, with the reaction to the 1928 elections as the formal climax of the narrative. It abstains from discussing the years after 1930 on the grounds that »the militarization of German politics had been completed, the pattern of political violence that crippled the Republic was established, and the broad outlines of future para-military developments were already drawn« (p. X). Secondly, the study covers both the right and the left of the political spectrum, so that the republican *Reichsbanner* and the Communist *Rote Frontkämpferbund* are treated as well as the right-wing formations. Thirdly, the approach is both organizational and narrative, so that little space is given to structural analysis, whether for constructing a typology of the *Verbände,* locating them more exactly in the political system, laying bare their internal relations or exploring the content of their activities. Though each of these three decisions is defensible in its own terms, they also have certain consequences for the value of the analysis, as will become clear.

Within its chosen limits Diehl's book has many virtues. Most obviously it is useful to have information on the whole spectrum of para-military activity gathered together in a single volume. Diehl distinguishes lucidly between the different initiatives in 1919 — *Freikorps, Zeitfreiwilligenverbände* and *Einwohnerwehren* — and his account is now the best available in English. His discussion of the *Einwohnerwehren* (Civil Guards) is particularly useful in this respect. He is also good on the different phases of para-military activity, carefully explaining the processes of political adaptation which successive conjunctures demanded. Briefly he distinguishes four of these: the initial period of chaotic insurgency up to 1920; a period of consolidation when the failure of the Kapp Putsch in March 1920 imposed the adapted legal form of the *Wehrverbände* and drove the more radical tendencies underground; the period of relative stability beginning in 1923—24, when the military associations gradually transformed themselves into *politische Kampfbünde,* of which the *Stahlhelm, Jungdeutscher Orden* and *Bund Bayern und Reich* were the most important; a final period began in 1928, when the indifferent success in influencing the right-wing parties and the disappointing outcome of the Reichstag election initiated a process of decomposition from which the SA eventually emerged as the beneficiary. A further feature of the period after 1923—24 was the formation of para-military organizations of the left, which helped consolidate the existing ideological fronts. On the whole Diehl leads us through a potentially confusing thicket of shifting organizational growths, though his touch is perhaps surer for the early than the later 1920s, when some of the threads tend to get lost (e. g. it is unclear what happens to *Bund Bayern und Reich,* which by contrast occupies a dominant place in the earlier discussion). The balance is good and Diehl commendably avoids the temptation to give undue attention to the NSDAP in the discussion of 1923. There are helpful discussions of the impact of para-military activity on the changing political style — the activist élan, the cult of the heroic, the importance of ritual, marching and ceremonial, the general aestheticization of politics — and the author communicates successfully how the para-military groups helped create a »state of latent civil war« (p. 194), even in the more stable conditions after 1924.

However, there are also some potential weaknesses. Most importantly in this respect, Diehl is virtually committed to a holistic notion of political culture, which assigns exaggerated causal significance to structured patterns of behaviour that are held to exist independently of the situations and movements that bear them, and which themselves determine political

---

militarism during the Weimar Republic have been published since Diehl's work was completed, both of which anticipate future monographs: *Richard Bessel,* Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik: Von den Freikorps zur SA, and *Eve Rosenhaft,* Gewalt in der Politik: Zum Problem des »Sozialen Militarismus«, both in: *Klaus-Jürgen Müller/Eckardt Opitz* (Eds.), *Militär und Militarismus in der Weimarer Republik,* Düsseldorf 1978, pp. 193—222, and 237—260.

actions. When tied to a particular conjuncture this is not so far removed from the insubstantial notion of *Zeitgeist* or spirit of the age. Thus when Diehl speaks of »the militarization of German political life following the First World War« and »the rise and normalization of political violence« (p. IX), he is explicitly characterizing the Weimar polity as a whole. Militarized styles of politics are held to have permeated the political culture in general, infecting the very language of public discourse and creating a brutalized intellectual climate, so that the adoption of para-military forms is itself taken to explain the Republic's collapse. This emerges particularly clearly from Diehl's inclusion of the leftist organizations in his study, for this tends to strengthen the central implication of his argument, namely that there is an *essential* logic to the para-military style which is inimical to democracy, that by forming their own para-military groups the left were simply submitting to the logic of »anti-democratic thought« and playing into the hands of the right, and that this directly prepared the victory of the Nazis. There is clearly something in this. The circumstances of the Republic's birth — popular-democratic mobilization, counter-revolutionary violence, working-class insurgency, and civil war — certainly established a new context for political life, as did the collapse of nationalist hopes in the successive traumas of defeat and Versailles. However, Diehl goes further than this, strongly implying that it was the recourse to violence itself which was at fault, irrespective of the interests it served and the uses to which it was put. Lurking within this is the familiar — but historically bogus — liberal antithesis of reason and violence, and it is arguable whether this abstract moral-political principle can adequately theorize the use of political violence in specific situations, its legitimacy, and its relation to different forms of social stability and political order. That violence has occurred in certain historical situations may be regretted, but its necessity for political objectives (whether authoritarian, democratic or socialist) cannot be judged solely on a moral plain[2].

Thus it is far from clear that para-military forms can *in themselves* bear the weight of explanatory importance that Diehl implicitly assigns them. This is partly a matter of theoretical ambiguity, for the author devotes insufficient attention to the problem of exactly what kind of contradictions the militarization of politics embodied. The fact that the latter became institutionalized during the period of relative stability after 1923—24 was more a symptom of the Republic's continuing structural weakness than its cause, and thus far more of a problem for further investigation than Diehl's analysis perhaps concedes, for he treats it very much as a given factor. The persistence of right-wing para-military activity which expressly disputed the legitimacy of the republican state was — as Diehl naturally recognizes — compelling evidence of that state's inability to organize political consent on a broad enough basis. To that extent the tardy recourse to the *Reichsbanner* as a republican version of the same kind of activity was an admission of weakness, for though by that time the credibility of the Republic urgently required such a militant response, it also confirmed more formally the existing polarization of allegiance. But to explain how the right could still mobilize such violent antipathy to the Republic in the mid-1920s we need to move beyond Diehl's chosen organizational perspective. On the one hand we need to know far more about the ideology of the para-military formations, not as a description of their formal beliefs for Diehl provides much of this already (e. g. the discussion of »front ideology«, pp. 211 ff.), but as an analysis of the material practices and social relations that bound the loyalties of the membership together. To understand the resilience of the para-military opposition, that is, we must imagine what it actually meant to be a member, and for that the whole internal life of the movement must be patiently reconstructed. But on the other hand the *Wehrverbände* must be carefully situated in the larger milieu of right-wing politics, at the very least in relation to

2 See the comments of *Anthony Arblaster,* What is Violence?, in: The Socialist Register 1975, London 1975, pp. 224—249.

the DNVP, the *Wirtschaftspartei* and the *Deutschvölkische Freiheitspartei.* For to a great extent the survival of the combat leagues as independent para-military formations reflected the failure of the right-wing parties to consolidate their own leadership. The Republic's crisis of legitimacy was subtly reproduced in the persistent disunity of the right and its uncertain relation to parliamentary practice.

In other words, Diehl doesn't really press his enquiry deeply enough. He certainly recognizes the basic dilemma of the para-military right — their espousal of extra-parliamentary goals in the parliamentary state — but too often the analysis is separated from a necessary larger context. The neglect of the parti-political right has already been intimated, and for every particular reference which the text actually makes (e. g. the relations with the *Vereinigte Vaterländische Verbände,* the campaign against Locarno, the vexed relations with the DNVP, or Wulle's *Kampfblock* of 1928) equally important omissions may also be found (e. g. how did the para-military coalescence represented by Orgesch relate to the sub-party *völkisch* activity best exemplified by the *Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund?*). Again this is largely a factor of Diehl's chosen approach, for to situate the para-military milieu in the overall history of the Weimar right we need to examin how para-military activities were inserted into the latter primarily at a local level. As already suggested, it was the disorganization of the right after 1918 that provided the basic conditions for an independent para-military practice, and the dynamics of that disunity before the advent of the triumphant NSDAP badly need illuminating. At several points Diehl refers to important ideological contradictions — e. g. the drift from restorative conservatism after March 1920, the divisions between bourgeois-conservative and *völkisch* tendencies in Bavaria, similar differences in the *Stahlhelm,* incipient disillusionment with the DNVP and the older »Wilhelmine« nationalism of the VVVD, and so on — and these are potentially the most interesting parts of his analysis. But to establish the real importance of these antagonisms considerably more detail was needed.

Finally, this raises the most important of the book's weaknesses, namely its lack of clarity on the question of Nazism. The disunity of the right before 1930 leads to this directly, for the success of the NSDAP was precisely its discovery of how the different elements of the right *could* be combined together on a more stable basis. Unfortunately, the relationship between the para-military right before 1930 and the success of the Nazis after that date — above all the specificity of the latter — is never systematically tackled, and at the end the reader is left in some uncertainty. Diehl offers the general arguments concerning the role of the para-military groups in preparing the »intellectual climate« and »the physical environment in which such a violent political movement could come to power« (p. IX), but it is difficult to see exactly what explanatory value is being intended. At its worst the argument simply presents Nazism as a natural destination, the final answer to »the long search for an effective organizational and electoral counter-weight to the well-organized German working-class movement that had begun in the 1890s« (p. 22). Similarly, Diehl expressly describes the emergence of the SS police state as the »historical and logical, though not inevitable, conclusion to the practice of para-military politics« inaugurated at the start of the 1920s (p. 291). As it stands this provides no means of distinguishing theoretically between fascism and less virulent forms of right-wing politics. This is clearly a question of major historical importance for students of the period, and deserves to have been treated more fully.

However, these misgivings should not detract too much from the value of Diehl's book. Within the limits of its chosen perspective it remains a lucid guide to the shape of its subject and will serve as a reliable synthesis for future students. Geoff Eley

Ulrich Dunker, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919—1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 354 S., Pb., 48 DM.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wurde im Februar 1919 in Berlin gegründet. Zweck dieses Bundes sollte die Pflege der Kameradschaft und die gegenseitige Unterstützung in wirtschaftlichen Angelegenheiten sein. Was dieses Ziel betrifft, so unterscheidet sich der RjF in nichts von den meisten anderen Soldatenverbänden und -bünden der Zeit. Erst das Hinzutreten eines weiteren Ziels macht die Untersuchung dieser konservativen Organisation besonders interessant, des Ziels nämlich der »Abwehr aller verleumderischen Angriffe auf die Ehre jüdischer Frontsoldaten«. Der innergesellschaftliche Burgfrieden von 1914 hatte in Deutschland nicht lange angehalten, und bereits während des Krieges war der Antisemitismus als Sündenbockideologie zur Erklärung infrastruktureller Probleme neu belebt worden. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten fand verhältnismäßig viel Zulauf. In den Jahren der Weimarer Republik schwankte seine Mitgliederzahl zwischen 30 000 und 40 000. Obwohl die meisten der deutschen Juden damals in Berlin lebten — rund ein Drittel der knapp 570 000 zählenden jüdischen Mitbürger Deutschlands wohnte 1925 in der Hauptstadt —, konnte der RjF in diesem Jahr fast 500 Ortsgruppen verzeichnen. Das Bedürfnis nach Zusammenschluß unter jüdischen Frontsoldaten war also beträchtlich (in den Bund wurden in der Tat nur Soldaten aufgenommen, die »an der Front« gekämpft hatten).

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten war nach dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens die zweitgrößte jüdische Organisation in der Weimarer Republik. Eine Darstellung seiner Geschichte und Organisation, seiner Ideologie und Aktivität stellt einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der deutschen Juden dar. Ulrich Dunker hat mit bemerkenswertem Spürsinn und beträchtlichem Einsatz Materialien und zeitgenössische Zeugen, beide mehr oder weniger in alle Welt zerstreut, aufgetan und auf diese Weise eine Reihe von Informationen über den RjF gerettet, die ohne ihn wahrscheinlich verlorengegangen wären. Zudem ist ihm zu bescheinigen, daß er die umfangreiche Literatur zu den Themenkreisen Antisemitismus und Juden in Deutschland und sozial- und ideengeschichtliche Wurzeln des Nationalsozialismus gut kennt. Seine Arbeit ist, wenngleich zuweilen von Wiederholungen nicht ganz frei, knapp und flüssig geschrieben. Die einleitenden Kapitel »Forschungsstand« und »Quellenlage« mögen dem einen oder anderen Leser allzu knapp erscheinen, ich halte seine Auswahl für begründet und seine Urteile ebenfalls. Auch die klug ausgewählten Statistiken und der kurze historische Überblick über die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung und des Antisemitismus in Deutschland erweisen Dunker als einen sparsamen, direkt auf den Kern der Sache zu sprechen kommenden Formulierer.

In seinen beiden Hauptkapiteln behandelt Dunker die Geschichte des RjF in der Weimarer Republik und im nationalsozialistischen Reich. Eine Zusammenfassung einschließlich einer Reflexion über die Notwendigkeit des Scheiterns der Assimilationspolitik des RjF sowie ein Dokumentenanhang schließen das Buch ab. Über die Präsentation will ich zum Schluß noch einiges Kritische sagen.

Der Antisemitismus, der vor dem Ersten Weltkrieg zu einem festen Bestandteil völkisch-nationalistischer Ideologien geworden war, lebte nach 1918 verstärkt auf. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. »Die allgemeine Erschütterung und Verunsicherung durch den Zusammenbruch des Kaiserreichs, der von sehr vielen Zeitgenossen nicht nur als Debakel eines Herrschaftssystems, sondern auch als Zusammenbruch des eigenen Orientierungsrahmens erlebt wurde, kann in ihrer Bedeutung für den Antisemitismus in der Weimarer Zeit schwerlich unterschätzt werden«, schreibt Dunker und akzentuiert damit neben der politischen Erklärung auch eine sozialpsychologisch orientierte. Die zweite ist vor allem zur Erklärung der *Wirksamkeit* antisemitischer Klischees heranzuziehen. Diese einzuschränken, war der Zweck des jüdischen »Abwehrkampfes« in der Weimarer Republik. Die Aktivität des RjF in

dieser Zeit verteilte sich auf mehrere Felder. Jedes von ihnen wurde aber von den Antisemiten bestimmt — es liegt in der Natur eines »Abwehrkampfes«, daß er reaktiv geführt wird. In der Praxis bedeutet das, obgleich das vielen Beteiligten wohl kaum klar war, ein schweres Handicap. Der RjF zog in erster Linie gegen das Klischee von der »Drückebergerei« der Juden im Weltkrieg zu Felde, ferner gegen die Vorwürfe der »Unproduktivität« und schließlich gegen das Klischee der »körperlichen Minderwertigkeit« des »krummen« Juden.

Wort und Schrift, Flugblatt, Plakat und Broschüre, bildeten das wichtigste Medium im Kampf gegen die Verleumdung der Ehre der jüdischen Weltkriegssoldaten. Die Publikation einer rund zehntausend (überprüfter) Namen umfassenden Liste von gefallenen jüdischen Soldaten erfüllte die Mitglieder des RjF mit Stolz und Genugtuung. Da der Antisemitismus aber keine rationale, empirischer Nachprüfung standhalten wollende »Theorie«, sondern ein politisches Verhetzungsprogramm war, blieb die erhoffte Breitenwirkung aus. Pittoresk aus heutiger Sicht nehmen sich die Siedlungs- und Berufsumschichtungspläne der zwanziger Jahre aus (auch eine Art von parallelverschobener Antwort auf zionistische Siedlungsvorstellungen in Palästina). Die Übernahme von agrarromantischen Vorstellungen und ihre Adaption zum Zwecke des Aufweisens »jüdischer Produktivität« hatten zeitweise ein beachtliches Echo in den Reihen des RjF, und einige organisatorische und in der Tat auch landwirtschaftliche Ansätze hat es vor 1933 auch gegeben. Der Nationalsozialismus machte dem ein rasches Ende. Wenn es in einem Aufsatz in der Vereinszeitschrift »Der Schild« vom Januar 1922 heißt:»Uns Juden fehlt das Bodenständige. Wir kranken daran, daß wir nicht teilhaben an der Gesundheit, die aus dem Beackern des Bodens wächst. Wie ist dem abzuhelfen? Nur dadurch, daß auch wir Juden uns am Ackerbau beteiligen und daß aus ihm befruchtende Säfte ins Judentum eindringen« — dann klingt das nicht nur gespenstig und hochgradig verwirrt, sondern ist zugleich ein Zeugnis für die absurde Dialektik von Assimilation und Antisemitismus.

Die Vorstellung von der »körperlichen Minderwertigkeit« der Juden schließlich wurde bekämpft durch eine ausgedehnte Sport- und Jugendarbeit. In den Phasen verstärkter Gefahr antisemitischer Übergriffe organisierte der RjF auch, offenbar durchaus erfolgreich, Aktionen zum Selbstschutz.

Dunker bemerkt an mehreren Stellen seiner Arbeit, daß die Mitglieder des RjF durch ihr Engagement »selbstsicherer« und »selbstbewußter« geworden seien. Die führenden Männer des RjF (vor allem Löwenstein, auf dessen Initiative seine Gründung zurückging und der seine Geschicke bis zum Schluß lenkte) schätzten Ende 1932 ihren Abwehrkampf als erfolgreich ein und meinten, »bereits eine tiefe Bresche in die Judenfeindschaft unserer Tage geschlagen« zu haben.

Dunker nennt dies eine »Fehleinschätzung«, und er hat gewiß recht damit. Dennoch ist das Problem damit nicht völlig benannt, das Problem nämlich der Diskrepanz zwischen einem Selbst- und Umweltverständnis, wie es der RjF hegte, und der Einstellung dieser Umwelt zu den Juden insgesamt oder zu verschiedenen Fraktionen unter ihnen. Dieses Problem ist noch weit vertrackter, als es in den knappen (sich häufig auf Arnold Paucker beziehenden) Ausführungen Dunkers anläßlich der Frage nach der Loyalität des RjF der Weimarer Republik gegenüber (S. 110 f.) zum Ausdruck kommt. Ausgeprägter und häufig in tragischer Dimension erscheint diese Diskrepanz während der nationalsozialistischen Jahre, jedenfalls bis 1935. Was dort grell und grotesk wirkt, ist ein tiefreichendes Mißverständnis über die Ebenen und Möglichkeiten der Assimilation. Der RjF war ein konservativer, ja in vielem reaktionärer Bund. Seine Mitglieder, zumeist Angehörige des Mittelstandes, viele mit akademischer Bildung, waren den zeitgenössischen Rechts-Ideologien, dem Schützengraben-Militarismus des Frontkämpfergeistes, den agrarromantischen Ideen, den Volkstums- und antidemokratischen Parolen jener Jahre in demselben Maße ausgesetzt wie die anderen Deutschen — und sie erlagen ihnen in ähnlicher Weise. Was anders war, waren *erstens* das

Bekenntnis zur jüdischen Religion (dies wurde niemals in Frage gestellt, auch nach 1933 nicht), *zweitens* die Konfrontation mit Antisemitismus und, damit verbunden, *drittens* die Schwierigkeit, sich politisch zu orientieren, weil der Antisemitismus von einer Seite herkam, der diese Juden sich eigentlich zugehörig fühlten, der nationalen Rechten, wohingegen andere politische Optionen (z. B. für Arbeiterparteien) gegen die eigenen wirtschaftlichen Überzeugungen und Interessen verstießen. Wenn man den RjF ernst nimmt, darf man die öffentlichen Erklärungen seiner führenden Köpfe nach 1933 nicht schlicht als Opportunismus hinstellen und ihn für die Zeit der Weimarer Republik zur republikanischen Organisation erklären, wie es Dunker, wenn auch zögernd (zögernder als A. Paucker), tut. Dunker trifft auch nicht genau, wenn er schreibt, der Bund habe keine klare Vorstellung vom Wesen seiner Gegner gehabt, denn er sei parteipolitisch neutral geblieben und habe vor 1933 bei der NSDAP nur die antisemitische Komponente bekämpft. Aus einer Analyse der reaktionären Ideologie des RjF ergibt sich, verkürzt formuliert, daß er eine klare Vorstellung gar nicht haben *konnte*. Der Bund wollte jene national gesinnten Juden repräsentieren, die sich einer gewissen Affinität zum Faschismus (abzüglich seines Antisemitismus) durchaus bewußt waren. Nach ihrer Vorstellung von einem völkisch geprägten Führerstaat waren antisemitische Komponenten darin auch entbehrlich. Nach ihren Vorstellungen von sich selbst mußte jeder Nationalsozialist auch unmittelbar den fundamentalen Unterschied zwischen national gesinnten und anderen (z. B. zionistischen) Juden erkennen. Daß die Rolle des Antisemitismus (anders als z. B. die des Antikapitalismus) nach der Machtübernahme nicht gegen Null abnehmen würde, daß auf der anderen Seite die Nationalsozialisten demzufolge die demonstrierte Überanpassung des RjF mit besonderem Mißtrauen betrachteten, lag außerhalb des Horizonts seiner führenden Männer, jedenfalls noch Anfang 1934. Zahlreiche Indizien sprechen dafür. Als infolge des Schocks der Machtübernahme viele Juden die Notwendigkeit zu engerem Zusammenrücken verspürten und deshalb der Zulauf zum RjF kräftig anstieg, hielt »Der Schild« dies für die »schönste Anerkennung für die Arbeit und Bedeutung des RjF«!

Die Machtübernahme bedeutete nicht nur eine quantitative Erweiterung, sondern vor allem auch eine *neue Politik*. In heftigen innerjüdischen Auseinandersetzungen mit den Zionisten ging es um den Führungsanspruch in der deutschen Judenheit. »Aufgabe der neuen Politik war, eine Bevorzugung der eigenen Mitglieder durch die Betonung von deren Zugehörigkeit zu Deutschland zu erreichen sowie den Versuch zu unternehmen, durch Eingliederung in den nationalsozialistischen Staat eine neue Basis für die jüdische Bevölkerung zu finden.« (S. 129). In zahlreichen Eingaben und Denkschriften an Reichspräsident und Reichskanzler wurde versucht, ein Konzept für diese Eingliederung vorzulegen. Es lief darauf hinaus, die Solidarität mit nicht national gesinnten Juden aufzukündigen und eine Art Apartheid von Juden und Nichtjuden einzuführen. Der RjF, seit einiger Zeit übrigens auch nach dem »Führerprinzip« organisiert, stellte seine »Assimilation« also dadurch unter Beweis, daß er für eine Trennung plädierte! Gewiß spielten hier auch Kompromißkalkulationen eine Rolle. Nachdem jüdische Frontsoldaten von den Maßnahmen des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« ausgenommen worden waren, mochte die Versuchung des RjF zur Überschätzung seiner Möglichkeiten besonders groß gewesen sein. Anfang 1935 mußte er erfahren, daß das 1000jährige Reich auf die Mitarbeit der national gesinnten Juden keinen Wert legte: Zum Wehrdienst wurden keine Juden zugelassen, trotz aller Versuche des RjF, diese Entscheidung revidieren zu lassen.

Dieser Mißerfolg war das letzte deutliche Zeichen des Scheiterns der Integrationspolitik des RjF. Bald darauf kam es zu einer Annäherung mit den zionistischen jüdischen Organisationen; denn das Problem der Auswanderung stellte sich nun immer dringender, unangesehen des politischen Standorts der betroffenen Juden. Die Auflagen der Behörden verschärften sich. Nach dem Pogrom im November 1938 stellte der RjF seine Aktivität ein.

Dunker bemüht sich, was eine besondere Würdigung verdient, um vorsichtige, abgewogene Urteile. Selbst da, wo es aus heutiger Sicht schwerfällt, den Handlungen der Betroffenen unvoreingenommen zu folgen, bringt er keine unfairen Wertungen in seinen Text. Im Schlußkapitel wird noch einmal die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Assimilation aufgeworfen. Die Geschichte des RjF zeige, schreibt Dunker, in welchem Maße sich eine Gruppe von Juden an die sie umgebende Gesellschaft angeglichen habe. Seine Politik solle nicht als »Abirrung und Selbstaufgabe« verurteilt werden. Die Haltung der Mitglieder des RjF habe mit der der Mehrzahl ihrer deutschen Mitbürger übereingestimmt. Da der RjF die Juden in Deutschland lediglich als Religionsgemeinschaft verstanden habe, hätten sie in seinen Augen auch keine Tradition zu verlieren gehabt. Mir scheint, dieses Urteil trifft haarscharf daneben. Gewiß ist es unsinnig und nicht zu rechtfertigen, von einer Gruppe der Gesellschaft, selbst wenn sie nicht für deren gesamte Sozialstruktur repräsentativ ist, ein Mehr an politischer Einsicht und Vorschau zu verlangen als von anderen Gruppen, politischen Parteien z. B. Wenn aber der Assimilationsprozeß so weit geht, daß die sich Assimilierenden die Vorstellung übernehmen, Assimilation solle nicht sein (»keine Vermischung mit der arischen Bevölkerung«, Löwenstein), wenn die Krönung der Emanzipation der Juden ihr freiwilliger Verzicht auf diese Emanzipation bedeutet, dann verlieren Begriffe wie »Abirrung« jeden Aussagewert. Nicht der Assimilationsgedanke ist durch das Scheitern des RjF diskreditiert worden, allenfalls *diese* Politik der Assimilation als Antwort auf den Nationalsozialismus. Für eine demokratische Politik kann der RjF heute genausowenig Vorbild sein wie die anderen konservativen, dem Nationalsozialismus gegenüber blinden Organisationen in der Weimarer Republik. Daß auch in der Bundesrepublik die Attraktivität solcher Art Blindheit noch empfunden werden kann, geht aus der Tatsache hervor, daß einer der militanten Führungsmitglieder des RjF zwischen 1930 und 1934, Ludwig Freund, im Jahr 1967 mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Deutschlandstiftung ausgezeichnet wurde.
Dunkers Buch wäre wahrscheinlich als umfangreicher, vielleicht zweigeteilter Aufsatz in einem Sammelband besser aufgehoben als in der vorliegenden Buchform. Der Repro-Druck liest sich nicht ganz einfach, die Fußnoten hätten kürzer gefaßt werden können. Im Vorspruch dankt der Autor jemandem, der »die Druckkosten« übernommen hat. Sollte das bedeuten, daß diese wichtige historische Studie tatsächlich nur aufgrund der finanziellen Eigeninitiative ihres Verfassers publiziert werden konnte, daß sich keine wissenschaftliche Institution, keine staatsbürgerliche Bildungseinrichtung zur finanziellen Mitträgerschaft durchzuringen wußte — es wäre ein böses Zeichen. Die Debatte um den Nationalsozialismus und wie man in ihm Karriere machte, produziert allerorten überflüssige Bestseller. Was Zionismus ist, weiß auch der gebildete Deutsche heute nicht mehr so richtig. So ist diesem Buch eine breite, aufklärerische Wirkung zu wünschen. Wilfried von Bredow

Kurt Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918— 1932. Grundlinien und Dokumente, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1976, XII, 402 S., Ln., 72 DM.

Wenn die Anzeichen nicht trügen, intensiviert sich in den letzten Jahren das öffentliche Interesse an Problemen, Tendenzen und künftiger Richtung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik (aK), legt man die eher noch ansteigende Flut von einschlägigen Publikationen, Verlautbarungen von Politikern, Ministerialbeamten, Sozialwissenschaftlern, Juristen, Publizisten sowie Erörterungen in Presse und Parlamenten zugrunde. Es konnte nicht ausbleiben, daß nach einer langen Phase stiefmütterlicher Vernachlässigung nun auch ihre historisch-genetischen Grundlagen, Vorläufer und Voraussetzungen von diesem Trend, den wohl

Dunker bemüht sich, was eine besondere Würdigung verdient, um vorsichtige, abgewogene Urteile. Selbst da, wo es aus heutiger Sicht schwerfällt, den Handlungen der Betroffenen unvoreingenommen zu folgen, bringt er keine unfairen Wertungen in seinen Text. Im Schlußkapitel wird noch einmal die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Assimilation aufgeworfen. Die Geschichte des RjF zeige, schreibt Dunker, in welchem Maße sich eine Gruppe von Juden an die sie umgebende Gesellschaft angeglichen habe. Seine Politik solle nicht als »Abirrung und Selbstaufgabe« verurteilt werden. Die Haltung der Mitglieder des RjF habe mit der der Mehrzahl ihrer deutschen Mitbürger übereingestimmt. Da der RjF die Juden in Deutschland lediglich als Religionsgemeinschaft verstanden habe, hätten sie in seinen Augen auch keine Tradition zu verlieren gehabt. Mir scheint, dieses Urteil trifft haarscharf daneben. Gewiß ist es unsinnig und nicht zu rechtfertigen, von einer Gruppe der Gesellschaft, selbst wenn sie nicht für deren gesamte Sozialstruktur repräsentativ ist, ein Mehr an politischer Einsicht und Vorschau zu verlangen als von anderen Gruppen, politischen Parteien z. B. Wenn aber der Assimilationsprozeß so weit geht, daß die sich Assimilierenden die Vorstellung übernehmen, Assimilation solle nicht sein (»keine Vermischung mit der arischen Bevölkerung«, Löwenstein), wenn die Krönung der Emanzipation der Juden ihr freiwilliger Verzicht auf diese Emanzipation bedeutet, dann verlieren Begriffe wie »Abirrung« jeden Aussagewert. Nicht der Assimilationsgedanke ist durch das Scheitern des RjF diskreditiert worden, allenfalls *diese* Politik der Assimilation als Antwort auf den Nationalsozialismus. Für eine demokratische Politik kann der RjF heute genausowenig Vorbild sein wie die anderen konservativen, dem Nationalsozialismus gegenüber blinden Organisationen in der Weimarer Republik. Daß auch in der Bundesrepublik die Attraktivität solcher Art Blindheit noch empfunden werden kann, geht aus der Tatsache hervor, daß einer der militanten Führungsmitglieder des RjF zwischen 1930 und 1934, Ludwig Freund, im Jahr 1967 mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Deutschlandstiftung ausgezeichnet wurde.
Dunkers Buch wäre wahrscheinlich als umfangreicher, vielleicht zweigeteilter Aufsatz in einem Sammelband besser aufgehoben als in der vorliegenden Buchform. Der Repro-Druck liest sich nicht ganz einfach, die Fußnoten hätten kürzer gefaßt werden können. Im Vorspruch dankt der Autor jemandem, der »die Druckkosten« übernommen hat. Sollte das bedeuten, daß diese wichtige historische Studie tatsächlich nur aufgrund der finanziellen Eigeninitiative ihres Verfassers publiziert werden konnte, daß sich keine wissenschaftliche Institution, keine staatsbürgerliche Bildungseinrichtung zur finanziellen Mitträgerschaft durchzuringen wußte — es wäre ein böses Zeichen. Die Debatte um den Nationalsozialismus und wie man in ihm Karriere machte, produziert allerorten überflüssige Bestseller. Was Zionismus ist, weiß auch der gebildete Deutsche heute nicht mehr so richtig. So ist diesem Buch eine breite, aufklärerische Wirkung zu wünschen. Wilfried von Bredow

Kurt Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918— 1932. Grundlinien und Dokumente, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1976, XII, 402 S., Ln., 72 DM.

Wenn die Anzeichen nicht trügen, intensiviert sich in den letzten Jahren das öffentliche Interesse an Problemen, Tendenzen und künftiger Richtung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik (aK), legt man die eher noch ansteigende Flut von einschlägigen Publikationen, Verlautbarungen von Politikern, Ministerialbeamten, Sozialwissenschaftlern, Juristen, Publizisten sowie Erörterungen in Presse und Parlamenten zugrunde. Es konnte nicht ausbleiben, daß nach einer langen Phase stiefmütterlicher Vernachlässigung nun auch ihre historisch-genetischen Grundlagen, Vorläufer und Voraussetzungen von diesem Trend, den wohl

wesentlich das Peisert-Gutachten von 1971 befruchtete[1], erfaßt und Gegenstand historischer Forschung wurden. Insbesondere die vielfältigen konzeptionellen und institutionellen Bestrebungen während der Weimarer Republik, die sich nicht zuletzt wegen der macht- und volkstumspolitischen Auswirkungen des Weltkrieges ergaben, welche zu neuartigen Methoden internationaler Einflußnahme und Selbstdarstellung bzw. zu Ersatzstrategien für verlorenes Terrain zwangen, dürfen mittlerweile als recht gut erforscht gelten. Neben den spezielleren Fragen gewidmeten Arbeiten von K.W. Wippermann über die Reichszentrale für Heimatdienst (1976) und E. Ritter über das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart (1976) ist diese Lage vornehmlich Düwell zu danken, der nach einer kleineren Vorausstudie über Probleme des deutschen Auslandsschulwesens in der Weimarer Republik (GWU 1975) nun auf thematisch und quellenmäßig breitester Grundlage Ziele und Wege deutscher aK nach 1918 sowie konfligierende, parallele und einander überlappende Denkmodelle zu Charakter und Funktion dieses Sammelbeckens wissenschafts-, kunst-, außen- und wirtschaftspolitischer Interessen vorführt. Bezeichnet man mit Peisert als die vier Grundstrukturen außenkulturpolitischer Ziele »Selbstdarstellung«, »Information«, »Austausch und Zusammenarbeit« sowie »einseitige Übertragung der eigenen Kultur«, dann wird man zumeist »ein Konglomerat aller dieser Zielvorstellungen« antreffen, wie W. Rudolf zutreffend feststellte: »Es gibt keinen Staat, der auswärtige Kulturpolitik lediglich als Kulturpropaganda betreibt, noch einen, der ausschließlich auf Austausch und Zusammenarbeit abstellt. Das erstere gestatten häufig die politischen Verhältnisse im Ausland nicht, das zweite verbietet das eigene Interesse«[2]. Immerhin lassen sich das jeweilige Mehr oder Minder diskutieren, dominierende bzw. abgedrängte Komponenten jener Verlagerung der political culture in die internationalen Beziehungen herauspräparieren, die mit der zunehmenden internationalen Verflechtung und der gleichzeitigen innenpolitischen, länderweise abgestuften »Vergesellschaftung« bzw. Demokratisierung, insbesondere also seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, in Mittel- und Westeuropa sowie Nordamerika der traditionellen Außen- und Außenwirtschaftspolitik neue Elemente zuführte.

Langfristig betrachtet, kennzeichnet die Geschichte der deutschen aK von ihren Anfängen bis zur Gegenwart dem Anspruch nach eine Transformation von Kulturpropaganda, in der Frühphase auch als Kulturimperialismus auftretend, bis hin zu einer Theorie des Kulturaustauschs, konzeptionell geprägt häufig durch Außenseiter wie K. Lamprecht, C.H. Becker, A. Bergsträßer, P. Rohrbach und D. Sattler[3]. In der Praxis überlappen sich indes beide Vorstellungen, wohl zu keiner Zeit spannungsreicher als während der Weimarer Republik. Eben hier setzt Düwells Fragestellung ein, der sein reiches, neben diversen zeitgenössischen Publikationen, Presseartikeln und Parlamentsreden in erster Linie aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (AA) geschöpftes Material entlang der leitenden Fragestellung Kulturpropaganda vs. Kulturautonomie analysiert.

Nach dem verlorenen Krieg überwog zunächst die Hoffnung, mit Hilfe der zuvor offiziell kaum systematisch betriebenen aK partiell den äußeren Machtverlust kompensieren zu können, durchaus auf der Linie der unmittelbaren politischen Nachkriegsschriften der Gelehrten

---

1 *Peisert*, Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des AA 1971, publiziert Stuttgart 1978.

2 *W. Rudolf*, Probleme der auswärtigen Kulturverwaltung, in: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 1972, S. 645—661, Zitate S. 645 f. Diese Arbeiten bleiben bei *Düwell* unberücksichtigt.

3 Für einen ersten knappen Überblick, der bis 1933 ausschließlich *Düwell* folgt, vgl. *O. Splett*, Zwischen Weltgeltung und Weltzivilisation. Die auswärtige Kulturpolitik Deutschlands in diesem Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/77, S. 3—38. — Der sehr interessante Sattler-Nachlaß wird z. Zt. im Münchener Institut für Zeitgeschichte für die Forschung aufbereitet.

Delbrück, Meinecke, Troeltsch und Oncken, deren bislang propagierter ethischer Imperialismus nun zugunsten einer in dieser Situation realpolitischen Betonung des Kulturstaates sich wandelte, von Publizisten wie Rohrbach und Rühlmann nachhaltig aufgegriffen. Klangen hier bereits Vorstellungen einer —notgedrungenen— Eigenwertigkeit der kulturellen nationalen Orientierung an, so wirkte im AA, das seit der von Düwell im Bereich der aK minutiös nachgezeichneten, inzwischen durch Doß (1977) umfassend bekannten Schülerschen Reform 1919/20 zentrale, kompetente und leistungsfähige Schaltstelle der aK mit deutlichem Schwerpunkt auf dem Auslandsschulwesen und der Pflege des Deutschtums und deutscher Minoritäten war, die macht- und wirtschaftspolitische »Verzwecklichung« in der Förderung wissenschaftlicher, künstlerischer und volkstümlicher Bestrebungen als überlagerndes Grundmuster sich aus. Zwar gebot bald die Sachlogik, von übertriebenen Hoffnungen auf die Chancen solcherart betriebener aK abzurücken und schon um des Zwecks willen den Primat kultureller Autonomie in den vom Reich abgetrennten Gebieten oder neu gebildeten Staaten wie Polen hervorzuheben, insgesamt überwog jedoch im AA bis 1928/29 und wohl auch noch danach eine Instrumentalisierung kulturpolitischer Aktivitäten, insbesondere im Auslandsschulwesen, das bereits vor dem Krieg zentraler Angelpunkt der aK gewesen war (vgl. geheime Denkschrift vom April 1914, als 2. Dokument im Anhang abgedruckt), der Förderung deutscher wissenschaftlicher Institutionen im Ausland, des Austauschs von Studenten und Wissenschaftlern, der Protektion deutscher Ärzte und Krankenhausarbeit, deutscher Buchwerbung und Kunst im Ausland. Leider erfährt man kaum etwas über die sicher diesem Kontext zuzurechnende auswärtige Pressebeeinflussung und außenpolitisch orientierte innere Pressepolitik; es wäre erstaunlich, wenn dieses zumindest im Rahmen der Kulturpropaganda hochbedeutsame Penetrationsinstrument nicht ausgeschöpft worden wäre; eher ist eine bewußte Ausklammerung im Rahmen der Darstellung zu vermuten. Auf der anderen Seite fand das Konzept idealistischer Kulturautonomie schon früh eine erste Ausformulierung durch den preußischen Kultusminister und Orientalisten C. H. Becker, aufgegriffen u. a. von dem Zentrums-Kulturpolitiker G. Schreiber, nach 1928 mit publizistischer Breitenwirkung von Anne Selig. Doch erst gegen Ende der Republik, vornehmlich 1928/29, konstatiert der sehr nuanciert argumentierende Verfasser zunehmende Ausdehnung einer Auslandskulturpolitik als Abkehr von der alten Kulturpropaganda in der öffentlichen Diskussion und in offiziellen Stellungnahmen, wobei als herausragender Protektor Außenminister Stresemann mit einer Reichstagsrede vom 26.4.1929 und einigen dienstlichen Rundschreiben (als Dokumente 3—5 im Anhang) in Anspruch genommen wird, in der Interpretation vielleicht zu sehr abgelöst von dessen politischem Gesamtkonzept. Mit der 1930—1932 sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise hatten diese Tendenzen jedoch keine Chance zur Entfaltung und wurden nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zugunsten einer einseitigen Wiederbelebung bzw. Fortführung instrumentaler Kulturpropaganda vollständig erstickt. Immerhin waren konzeptionelle und institutionelle Grundlagen gelegt, an die nach 1945 u. a. die Kulturabteilung des AA, der DAAD und das Goethe-Institut anzuknüpfen vermochten, als »Rückkehr der Kultur zu ihrem eigenen Gesetz«, wie es Gertrud Bäumer einmal formuliert hatte.

Mag gelegentlich das die Darstellung durchziehende kategoriale Raster von Kulturpropaganda und Kulturautonomie als Alternativmodelle für aK in der Weimarer Republik für die Quelleninterpretation etwas stilisiert erscheinen — scheinbar kulturautonomistische Äußerungen können auch auf eine vermittelte Instrumentalisierung verweisen, wie zum Vergleich die Betonung sittlich verankerter Völkerbundsideale durch die Heidelberger Vereinigung um Brockdorff-Rantzau in der Situation Frühjahr 1919 wohl die einzige Chance zu erfolgreicher nationaler Realpolitik bot —, als heuristisch leitende Fragestellung und ordnendes Prinzip angesichts der Materialfülle erweist es eine überzeugende Leistungsfähigkeit, da Grundlinien hervortreten und insbesondere behutsam aufgegriffene begriffliche Klärungen einschlägiger

soziologischer Arbeiten (R. M. Emge, 1967) fruchtbar auf die zeitgenössische Nomenklatur angewendet werden, diese weder überformt noch sich in ihr verliert.
Angesichts der zeitlichen Begrenzung geht Düwell auf Vorläufer und Vorstadien der aK vor 1918 nur knapp ein. Wenn nachfolgend dieser Aspekt stärker aufgegriffen wird, so rechtfertigt sich dies a) aus dem Stellenwert der ersten beiden von insgesamt sechs im Anhang abgedruckten Schlüsseldokumente (Lamprechts Rede über aK 1912 und jene AA-Denkschrift über das Auslandsschulwesen April 1914), die allein 115 von insgesamt 129 Seiten Anhang umfassen, b) von der angewandten »genetisch-phänomenologischen« Methode her (S. XI), c) als Hinweis auf einige hier offene Fragen und d) wegen der für die nachfolgenden Jahrzehnte nicht unerheblichen Interpretation als in allerersten Ansätzen entwickelte einseitige Kulturpropaganda. Künftige Forschungen werden noch ein weites Feld hier finden, das demnächst von den Dissertationen von J. Kloosterhuis über Kulturimperialismus, von W. Stenke über Lamprechts »Zentralstelle für Außendienst« und von L. Wiese-Schorn über Lamprecht sowie den bald zu erwartenden Publikationen B. vom Brockes teilweise abgedeckt werden dürfte. Zu Recht stellt Düwell den als Kulturpolitiker immer noch unzureichend erforschten, hochinteressanten Karl Lamprecht in den Mittelpunkt seiner Analyse der Vorkriegsentwicklung, die sich indes auf eine verhältnismäßig schmale Literaturkenntnis stützt[4]. Die Hintergründe des Briefwechsels zwischen Bethmann Hollweg und Lamprecht 1910—1913 mit einem vielbeachteten Höhepunkt in der Veröffentlichung des Kanzlerbriefes an Lamprecht vom 21.6.1913 in der Vossischen Zeitung vom 12.12.1913 sind nach den Untersuchungen von Schönebaum, v. Vietsch und Wernecke gar so unbekannt nicht, auch wurde Lamprechts Rede über aK vor dem Verband für internationale Verständigung 1912, die auch in der vor allem von Diplomaten, hohen Beamten und Offizieren gelesenen »Deutschen Revue« bereits im Dezember 1912 abgedruckt worden ist, 1974 wieder zugänglich gemacht[5]. Die hier entwickelten Gedanken führte Lamprecht, der den Begriff aK bereits um 1907, nicht erst 1912, prägte, wiederholt aus, u. a. in einem Schreiben an Bethmann vom 19.5.1913, das dessen Brief vom 21. Juni unmittelbar auslöste[6]. Weniger Bethmann, der Lamprechts Bestrebungen mit großer Sympathie gegenüberstand, sich aber als Kanzler von Amts wegen Zurückhaltung auferlegen mußte, als vielmehr das AA reagierte distanziert auf zahlreiche Vorstöße des Leipziger Kulturhistorikers, der Reichskanzlei und AA im Winter 1913/14 mit Besuchen und Zuschriften nachgerade bombardierte; im AA fanden die gleichzeitigen, in mancher Hinsicht konkurrierenden Aktivitäten von Rohrbach und Jäckh, die sich vorrangig auf Auslandsschulen und -Hochschulen im Nahen Osten konzentrierten und im Frühjahr 1914 mit dem vom AA unterstützten Organ »Das größere Deutschland« Breitenwirkung im Bildungsbürgertum (dem eigentlichen Adressaten auch von Lamprecht) erzielten, freundlicheres Gehör. Man sollte indes nicht die Bedeutung des Lamprecht-Kreises unterschätzen, in dem Lamprecht selbst zwar entscheidender Promotor, aber schon frühzeitig abgesichert durch Unterstützung verschiedener Persönlichkeiten und

4 Ergänzend wäre vor allem hinzuweisen auf *H. Schönebaum*, Karl Lamprechts Mühen um innere und äußere Kulturpolitik, WaG, 15, 1955, S. 137—152; *E. v. Vietsch*, Bethmann Hollweg, 1969; *K. Wernecke*, Der Wille zur Weltgeltung, 1970; *K. Stenkewitz*, Gegen Bajonett und Dividende, 1960; *G. Deckart*, Deutsch-englische Verständigung, 1967; *G. Hollenberg*, Englisches Interesse am Kaiserreich, 1974; *R. Chickering*, The »Verband für internationale Verständigung« 1911—1914, in: Journal of Contemporary History, 8, 1973, S. 147—164; *N. Andernach*, Der Einfluß der Parteien auf das Hochschulwesen in Preußen 1848—1918, 1972.

5 *H. Schönebaum* (Hrsg.), Karl Lamprecht. Ausgewählte Schriften, 1974, Nr. 30.

6 DZA I (Potsdam), RK, Nr. 4. Der rege Briefwechsel zwischen Lamprecht und Bethmann findet sich überwiegend im Lamprecht-Nachlaß der UB Bonn, dort auch ein Ms. um 1912 mit dem Hinweis: »Ich denke, daß ich das Wort ›äussere Kulturpolitik‹ vor etwa 4—5 Jahren geprägt habe« [S2713, WW 270].

Organisationen war. Die hierauf folgende, von Düwell (S. 73) kurz skizzierte institutionelle Ausformung zu einer Zentralstelle für Auslandsdienst in Verbindung mit dem AA im Frühjahr 1914 verdient wohl noch eingehendere Erörterung, da jetzt brennpunktartig diverse, seit mehreren Jahren beobachtbare Tendenzen sich verdichteten[7]. In einer letzten, bislang wohl nicht beachteten öffentlichen Erörterung der Ziele und Inhalte aK in der Frankfurter Zeitung vom 12.4.1914 warnte Lamprecht vor ihrer einseitigen Anbindung an wirtschaftliche Interessen, wie er sie wohl seitens des AA befürchtete, und entwickelte im Ansatz ein Modell, das auf die von Düwell erst für Weimar reklamierte Konzeption der Kulturautonomie hindeutet. Wenn er im gleichen Artikel einleitend betont, »Kultur« sei in den letzten Jahren zum Schlagwort geworden, so kennzeichnet dies völlig richtig den Nährboden für die Ausformung eines zunächst diffusen Programms von aK, das mehr an das AA und die Reichsleitung herangetragen als von dieser entworfen wurde. Kulturpolitik als innenpolitisch, oftmals recht heterogen begründetes Desiderat und notwendige Überhöhung des jungen deutschen Imperialismus durchzieht leitmotivisch fast die gesamte gebildete Zeitschriftenpresse seit etwa 1907, wandelt den »Kunstwart« in einem »Kulturwart«, produziert Kulturparteien, -parlamente, -tage, -kartelle, erzeugt einen Kulturkonservativismus und äquivalente Tendenzen im gemäßigten Liberalismus, schlägt sich indirekt in dem riesigen, seit 1905 erscheinenden, von P. Hinneberg herausgegebenen Sammelwerk »Die Kultur der Gegenwart« nieder, weitet sich begrifflich auf die gesamten sozialen Verhältnisse wie in der Jubiläumsschrift »Soziale Kultur und Volkswohlfahrt« von 1913 aus und findet schließlich — seit 1907 in nennenswertem Umfang — konkreteren Niederschlag in der Intensivierung internationaler kultureller Kontakte einerseits, den vielfältig aufgegriffenen Forderungen nach vermehrter politischer Bildungsarbeit im Inneren andererseits und verweist so auf das eingangs erwähnte Syndrom von internationaler Verflechtung und innerstaatlicher Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Beispielhaft sei nochmals auf Lamprecht hingewiesen, dessen Postulat einer »Politisierung der Gesellschaft« im Berliner Tageblatt vom 15.1.1907 mit seinen kurz danach einsetzenden Bemühungen um aK auf das engste verknüpft ist. In diesem Zusammenhang sind denn wohl auch der in diesen Jahren zum Tragen kommende Professorenaustausch mit den USA, vermehrte und institutionalisierte internationale Studentenbegegnungen, die Gründung des Amerika-Instituts in Berlin 1910 durch den kulturpolitisch ambitionierten Deutschamerikaner H. Münsterberg, der geplante Ausbau des Orientalischen Seminars in Berlin zu einer Auslandshochschule,die inhaltliche Diskussion um die Ausweitung des Hamburger Kolonialinstituts zu einer Universität, die Errichtung einer auf verbesserte deutsch-englische Kulturbeziehungen über die Historie abzielenden Eduard VII.-Stiftung in London, die zunehmenden gegenseitigen Besuche deutscher und englischer Kirchenmänner und Journalisten, die Interparlamentarische Union, schließlich die insbesondere von Diels und Harnack betriebene institutionelle Internationalisierung der Akademien und einzelner Disziplinen zu sehen, an der die Regierung reges Interesse zeigte. So betonte Harnack, die deutschen Historiker hätten die Einberufung des zweiten Internationalen Historikerkongresses 1908 nach Berlin (nach Rom 1904) »nicht aus eigenem Interesse, sondern aus internatio-

7 Lamprecht-Nachlaß und Akten der Reichskanzlei enthalten reiches Material zu seinen Vorstößen vom Sommer 1913 bis Frühjahr 1914. Hervorzuheben sind vornehmlich im Nachlaß eine Aufzeichnung Lamprechts vom 30.12.1913 mit 6 Anlagen und das Protokoll einer Besprechung über Maßnahmen zur Förderung deutscher aK vom 6.2.1914, deren Teilnehmerzusammensetzung die Breitenwirkung von Lamprechts Bemühungen signalisiert (S. 2713, Korr. 61). Die von *Düwell*, S. 19 erwähnte Denkschrift vom 8. 12.1913 bleibt wohl weiterhin unauffindbar; auf Lamprechts Begleitschreiben an Bethmann vom 8.12. notierte dieser, sie sei GehRat Kuntzen zur Information überlassen (DZA I, RK, Nr. 4). — Zunächst zögernd, dann offensichtlich bereitwilliger akzeptierten Lamprecht und sein Kreis den eindeutigen Primat des Auslandsschulwesens in der Konzeption des AA.

naler Courtoisie und auf den ausdrücklichen Wunsch der Regierung« unternommen[8]. Vor diesem Hintergrund verdient schließlich die von Prof. Ludwig Stein im Frühjahr 1912 durchgeführte, mit der Reichsregierung abgestimmte und in der Zeitschrift »Nord und Süd« publizierte Verständigungsaktion mit Großbritannien, der entsprechende Good-will-Aktionen mit Rußland und Frankreich folgen sollten, als neuartiges — und sicher kulturpolitisches — Instrument außenpolitischer Spannungsminderung besonderes Interesse. Demgegenüber nahmen sich die offiziellen initiierten Projekte deutscher aK vor 1914 verhältnismäßig bescheiden aus, auch wenn sie einer zeitgenössischen Dokumentation zufolge immer noch beträchtlichen Umfang besaßen[9]. Auch im Weltkrieg brach eine den Namen verdienende aK nicht vollständig ab, hält man sich etwa das vom AA inspirierte, für die neutralen USA verfaßte Sammelwerk »Deutschland und der Weltkrieg« vor Augen[10]. Den Ergebnissen Düwells ist also für die Zeit der Weimarer Republik in vollem Umfang zuzustimmen, doch sollte künftig die Entwicklung aK im Vorkriegsdeutschland nicht nur als kurzes Vorspiel, vielmehr als bedeutsame, wenn auch im staatlichen Archivgut nur begrenzt faßbare Strömung gesehen werden, die in einen breiten internationalen wie innenpolitischen Kontext einzugliedern ist.

Rüdiger vom Bruch

Michael Wolffsohn, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930—1934 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 30), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1977, 504 S., kart., 116 DM.

Schon mehrfach ist inzwischen die deutsche Arbeitsbeschaffungspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1930 ff. untersucht worden. Wolffsohn weist indessen mit einigem Recht darauf hin, daß »die Fragen: Welche sozialen Gruppen waren an der Arbeitsbeschaffung besonders interessiert, welche Motive lagen ihren Vorschlägen zugrunde und welchen Nutzen zogen sie aus der konkreten Arbeitsbeschaffungspolitik? bislang nur in allgemeinen Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik [. . .] indirekt beantwortet wurden« (S. 16) — zumindest was die Haltung der Großindustrie, der »mittleren Industrie« und des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, anlangt. Im Mittelpunkt der hier vorgelegten Untersuchung steht die Frage, »ob und inwieweit diese drei Gruppen versucht haben, die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik in ihrem Interesse zu beeinflussen und wie erfolgreich sie dabei waren« (S. 16 f.). Dabei solle — gemäß der dritten eingangs zitierten Frage — »interessenkritisch« vorgegangen werden, müsse doch »die von den betroffenen Wirtschaftsgruppen und Politikern beanspruchte Funktion der Arbeitsbeschaffung [. . .] mit der ›tatsächlichen‹ — so wie sie dem nachträglichen Beobachter erscheint — verglichen werden [. . .]. Freilich« — so wird überaus vorsichtig eingeräumt — sei »›die‹ tatsächliche Funktion wohl ebensowenig zu ermitteln [. . .] wie die absolute Wahrheit« (S. 17). Zur Beantwortung der eingangs formulierten Fra-

8 A. v. Harnack an Bülow, 11.11. 1907, Nachlaß Harnack, Deutsche Staatsbibliothek Berlin [DDR], Handschriftenabteilung.

9 Vgl. Hochschul-Nachrichten, Jg. 24, 1913/14, H. 278—283, Jg. 25, 1914/15, H. 300, Jg. 26, 1916/17, H. 301—306. Der in Professorenkreisen umstrittene, finanziell über Vorlesungsanzeigen vom preußischen Kultusministerium protegierte Herausgeber P. v. Salvisberg hatte sich seit 1910 wiederholt für eine Intensivierung deutscher aK eingesetzt.

10 Deutschland und der Weltkrieg, hrsg. von *O. Hintze, F. Meinecke, H. Oncken, H. Schumacher*, 1915. Die Entstehungsgeschichte des Werkes läßt sich genau rekonstruieren über die Teilnachlässe Delbrück im Bundesarchiv Koblenz und in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin [DDR] sowie Teilnachlaß G. v. Schmoller, HStA Wiesbaden, Abt. 1088.

naler Courtoisie und auf den ausdrücklichen Wunsch der Regierung« unternommen[8]. Vor diesem Hintergrund verdient schließlich die von Prof. Ludwig Stein im Frühjahr 1912 durchgeführte, mit der Reichsregierung abgestimmte und in der Zeitschrift »Nord und Süd« publizierte Verständigungsaktion mit Großbritannien, der entsprechende Good-will-Aktionen mit Rußland und Frankreich folgen sollten, als neuartiges — und sicher kulturpolitisches — Instrument außenpolitischer Spannungsminderung besonderes Interesse. Demgegenüber nahmen sich die offiziellen initiierten Projekte deutscher aK vor 1914 verhältnismäßig bescheiden aus, auch wenn sie einer zeitgenössischen Dokumentation zufolge immer noch beträchtlichen Umfang besaßen[9]. Auch im Weltkrieg brach eine den Namen verdienende aK nicht vollständig ab, hält man sich etwa das vom AA inspirierte, für die neutralen USA verfaßte Sammelwerk »Deutschland und der Weltkrieg« vor Augen[10]. Den Ergebnissen Düwells ist also für die Zeit der Weimarer Republik in vollem Umfang zuzustimmen, doch sollte künftig die Entwicklung aK im Vorkriegsdeutschland nicht nur als kurzes Vorspiel, vielmehr als bedeutsame, wenn auch im staatlichen Archivgut nur begrenzt faßbare Strömung gesehen werden, die in einen breiten internationalen wie innenpolitischen Kontext einzugliedern ist.

Rüdiger vom Bruch

Michael Wolffsohn, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930—1934 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 30), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1977, 504 S., kart., 116 DM.

Schon mehrfach ist inzwischen die deutsche Arbeitsbeschaffungspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1930 ff. untersucht worden. Wolffsohn weist indessen mit einigem Recht darauf hin, daß »die Fragen: Welche sozialen Gruppen waren an der Arbeitsbeschaffung besonders interessiert, welche Motive lagen ihren Vorschlägen zugrunde und welchen Nutzen zogen sie aus der konkreten Arbeitsbeschaffungspolitik? bislang nur in allgemeinen Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik [. . .] indirekt beantwortet wurden« (S. 16) — zumindest was die Haltung der Großindustrie, der »mittleren Industrie« und des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, anlangt. Im Mittelpunkt der hier vorgelegten Untersuchung steht die Frage, »ob und inwieweit diese drei Gruppen versucht haben, die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik in ihrem Interesse zu beeinflussen und wie erfolgreich sie dabei waren« (S. 16 f.). Dabei solle — gemäß der dritten eingangs zitierten Frage — »interessenkritisch« vorgegangen werden, müsse doch »die von den betroffenen Wirtschaftsgruppen und Politikern beanspruchte Funktion der Arbeitsbeschaffung [. . .] mit der ›tatsächlichen‹ — so wie sie dem nachträglichen Beobachter erscheint — verglichen werden [. . .]. Freilich« — so wird überaus vorsichtig eingeräumt — sei »›die‹ tatsächliche Funktion wohl ebensowenig zu ermitteln [. . .] wie die absolute Wahrheit« (S. 17). Zur Beantwortung der eingangs formulierten Fra-

8 A. v. Harnack an Bülow, 11.11. 1907, Nachlaß Harnack, Deutsche Staatsbibliothek Berlin [DDR], Handschriftenabteilung.

9 Vgl. Hochschul-Nachrichten, Jg. 24, 1913/14, H. 278—283, Jg. 25, 1914/15, H. 300, Jg. 26, 1916/17, H. 301—306. Der in Professorenkreisen umstrittene, finanziell über Vorlesungsanzeigen vom preußischen Kultusministerium protegierte Herausgeber P. v. Salvisberg hatte sich seit 1910 wiederholt für eine Intensivierung deutscher aK eingesetzt.

10 Deutschland und der Weltkrieg, hrsg. von *O. Hintze, F. Meinecke, H. Oncken, H. Schumacher*, 1915. Die Entstehungsgeschichte des Werkes läßt sich genau rekonstruieren über die Teilnachlässe Delbrück im Bundesarchiv Koblenz und in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin [DDR] sowie Teilnachlaß G. v. Schmoller, HStA Wiesbaden, Abt. 1088.

gen, die — auf die drei genannten Wirtschaftsgruppen zugeschnitten — nicht mehr ganz so offen anmuten, fällt doch z. B. die Arbeitnehmerschaft aus dem Raster heraus, hat Wolffsohn — neben einer umfassenden Publizistik-Auswertung — reichhaltige unveröffentlichte Quellenbestände herangezogen; so stützt er sich u. a. auf — im Quellenverzeichnis sehr global aufgeführte — Materialien aus dem Bundesarchiv Koblenz (vor allem: Reichskanzlei, Reichsfinanzministerium, Wirtschaftsgruppen und die Nachlässe Frowein, Kastl und Silverberg), aus dem Militärarchiv Freiburg/Br. (vor allem: Nachlaß Schleicher), aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, aus dem Archiv für Kommunalwissenschaft und aus mehreren Firmenarchiven (Bayer, BASF, Gutehoffnungshütte und Krupp) sowie dem Privatarchiv Eric M. Warburg.

Die zentrale Frage der Untersuchung Wolffsohns lautet also:»War die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik Funktion des Drucks, den die Untersuchungsgruppen auf die politischen Entscheidungsträger ausübten?« (S. 24). Diese Frage scheint jedoch zumindest mißverständlich formuliert zu sein, bedürften doch vielmehr das Unterbleiben einer aktiven Arbeitsbeschaffungspolitik unter Brüning, die zögerliche Haltung Papens und die Behinderung Schleichers einer Erklärung; mit anderen Worten: Ist nicht unter Umständen die Verspätung, mit der — entgegen den Forderungen der Freien Gewerkschaften — Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeleitet wurden, auf den Druck von wirtschaftlichen Interessengruppen zurückzuführen? Stimmten nicht die Regierungen Brüning und Papen mit der unternehmerisch-wirtschaftsliberalen Hoffnung auf die »selbstheilenden Kräfte« einer nicht durch gesetzliche Lasten behinderten Privatwirtschaft überein? Überdies: Geht nicht die Frage nach dem »Druck« von Wirtschaftsgruppen auf die Regierungspolitik, nach dem Grad der Kommunikation zwischen Verbänden und Regierung zum Teil an dem Vorsatz vorbei, die »bisherigen Antworten [der Forschung] zu überprüfen und in den übergeordneten Zusammenhang des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft zu stellen« (S. 16)? Denn die Frage eines etwaigen systembedingten Zusammenhangs zwischen privatkapitalistischer Verfügung über Produktion und Investition, staatlicher Wirtschaftsankurbelung und Beschränkung des gewerkschaftlichen Aktionsfeldes (nationalsozialistische Variante: Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933) bleibt dabei weitgehend außerhalb des Blickfeldes.

Nach statistisch untermauerten Vorüberlegungen zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeitszahlen und Wahlerfolg von KPD und vor allem NSDAP, zur Beschäftigung der Kabinette seit 1930 mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und zur Zahl der von einzelnen Interessengruppen vorgelegten Eingaben an die Regierung zu Fragen der Wirtschaftspolitik wird zunächst die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Brüning bis Hitler (1930—34) geschildert (Teil I). Dabei wird der Regierung Brüning attestiert, sie habe »sich im allgemeinen an der volkswirtschaftlichen ›Effizienz‹ und — wie 1930 — an dem Ziel einer staatlichen Mittlerrolle« (S. 65; siehe auch S. 55 f.) — zwischen den untersuchten Interessengruppen, aber auch zwischen organisierter Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft — orientiert. Bedenkt man jedoch das Eintreten der Gewerkschaft für Arbeitsbeschaffung, für Arbeitszeitverkürzung und Lohn- bzw. Kaufkraftstabilisierung, so mag angesichts des Scheiterns dieser Forderungen die »Vermittlerrolle«, d. h. die Kompromißbereitschaft, der Regierung Brüning in einem anderen Licht erscheinen. Ähnlich problematisch sieht die Beurteilung der Politik Papens aus, die auch Wolffsohn offenbar durchaus ambivalent einschätzt; während er die Arbeitsbeschaffungspolitik zunächst als »nicht einseitig unternehmerfreundlich« (S. 187) eingestuft sehen will, nennt er sie abschließend »sicherlich unternehmerfreundlich« (S. 369). Dennoch meint er — ohne konkrete Belege — »aufgrund der bearbeiteten Quellen nicht umhin« zu können, das »im allgemeinen negative Urteil über die Sozialpolitik der Regierung Papen in Frage zu stellen« (S. 97). Er wendet sich konkret gegen die Einschätzung Leiparts, nach der Papens Politik als »sozialreaktionär« und als »Klassenkampf von oben« angesprochen werden müßte. Worauf Wolffsohn — angesichts von notverordneter Senkung der

Sozialleistungen und Möglichkeiten der Tariflohnunterschreitung einerseits, angesichts von Mehrbeschäftigungsprämien und Steuergutscheinen für die Privatwirtschaft andererseits — sein Urteil gründet, bleibt offen. Durch die Begrenzung des Blicks vor allem auf die (zivile) Arbeitsbeschaffung verstellt sich Wolffsohn auch die Möglichkeit, die Politik des Kabinetts Hitler umfassend einzuschätzen; denn weder die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung noch die Aufrüstung werden systematisch in die Fragestellung der Untersuchung einbezogen. So bleibt als Grundthese festzuhalten:»Politik im Sinne der Unternehmer? Gewiß! Aber Politik durch die Unternehmer oder im Auftrag der Unternehmer? Gerade dafür gibt es in den Akten der Regierung und ihrer Bürokratie keine oder nur wenige Hinweise.« (S. 114). Warum das Kabinett Hitler jedoch eine »Politik im Sinne der Unternehmer« betrieben hat, wird nicht erläutert.

Dieses Ergebnis — kein konkreter Einfluß der untersuchten Wirtschaftsgruppen auf die Arbeitsbeschaffungspolitik — wird im zweiten Teil durch Detailanalyse der Stellungnahmen und Aktionen von BDI und VDA, DIHT, Schwerindustrie, chemischer Industrie, der »mittleren Industrie« und der Zentral- und Regionalorganisationen des Handwerks unterstrichen. Neue Ergebnisse finden sich vor allem in der Untersuchung von Bauindustrie und Handwerk, deren Nutzen aus der Arbeitsbeschaffungspolitik — als sie in großem Stile durchgeführt wurde — deutlich herausgestellt wird; daß — dank der Aufrüstung — indessen auch Schwerindustrie und Chemie nicht leer ausgingen, daß sich die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln mit der nationalsozialistischen Machtübernahme, hier konkret: mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, geändert hatten, daß die Profite — im Gegensatz zu den Löhnen — in der Folgezeit anstiegen, das alles bleibt — wenn es erwähnt wird — für die Argumentation Wolffsohns unwesentlich. Nur die weitgehende Unterbelichtung der Politik der Gewerkschaften als den »Interessenkontrahenten« der drei Wirtschaftsgruppen kann die gegenstandslose Feststellung — für die Zeit der Regierungen Papen und Schleicher — erklären: »So lange nämlich Gewerkschaften bestanden, konnte Arbeitsbeschaffung nicht gegen sie betrieben werden.« (S. 384). Denn eher scheint es so, als seien die Vertreter privatwirtschaftlicher Interessen nicht geneigt gewesen, eine staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik zu unterstützen, solange (autonome) Gewerkschaften bestanden. Für Wolffsohn steht jedoch auch in der zusammenfassenden Schlußbetrachtung fest:»Es bleibt dabei: Den politischen und wirtschaftlichen Kurs der Arbeitsbeschaffung bestimmten die politisch Mächtigen und nicht die führenden Männer der Wirtschaft.« (S. 375).

Michael Schneider

Staat und NSDAP 1930—1932. Quellen zur Ära Brüning, eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1977, LXXXIX, 350 S., Ln., 120 DM.

Während in der bisherigen Forschung zum Nationalsozialismus überwiegend den Personen, Gruppen oder Konstellationen nachgegangen worden ist, die den Aufstieg der Partei bewirkt oder ermöglicht haben, ist die Frage nach den Kräften und den juristischen Instrumentarien, die diesen Aufstieg einzudämmen suchten, in den Hintergrund getreten. Diese Lücke will die vorliegende Dokumentation zu schließen helfen. Anhand ausgewählter Materialien aus den Innenministerien des Reichs und der Länder, insbesondere aus den Akten des sog. Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (1929 in Nachrichtensammelstelle des RMdI umbenannt), und aus verschiedenen Nachlässen etc. wird gezeigt, daß seit Anfang 1930 in wachsendem Umfang Informationen über die NSDAP gesammelt und aus-

Sozialleistungen und Möglichkeiten der Tariflohnunterschreitung einerseits, angesichts von Mehrbeschäftigungsprämien und Steuergutscheinen für die Privatwirtschaft andererseits — sein Urteil gründet, bleibt offen. Durch die Begrenzung des Blicks vor allem auf die (zivile) Arbeitsbeschaffung verstellt sich Wolffsohn auch die Möglichkeit, die Politik des Kabinetts Hitler umfassend einzuschätzen; denn weder die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung noch die Aufrüstung werden systematisch in die Fragestellung der Untersuchung einbezogen. So bleibt als Grundthese festzuhalten:»Politik im Sinne der Unternehmer? Gewiß! Aber Politik durch die Unternehmer oder im Auftrag der Unternehmer? Gerade dafür gibt es in den Akten der Regierung und ihrer Bürokratie keine oder nur wenige Hinweise.« (S. 114). Warum das Kabinett Hitler jedoch eine »Politik im Sinne der Unternehmer« betrieben hat, wird nicht erläutert.

Dieses Ergebnis — kein konkreter Einfluß der untersuchten Wirtschaftsgruppen auf die Arbeitsbeschaffungspolitik — wird im zweiten Teil durch Detailanalyse der Stellungnahmen und Aktionen von BDI und VDA, DIHT, Schwerindustrie, chemischer Industrie, der »mittleren Industrie« und der Zentral- und Regionalorganisationen des Handwerks unterstrichen. Neue Ergebnisse finden sich vor allem in der Untersuchung von Bauindustrie und Handwerk, deren Nutzen aus der Arbeitsbeschaffungspolitik — als sie in großem Stile durchgeführt wurde — deutlich herausgestellt wird; daß — dank der Aufrüstung — indessen auch Schwerindustrie und Chemie nicht leer ausgingen, daß sich die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln mit der nationalsozialistischen Machtübernahme, hier konkret: mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, geändert hatten, daß die Profite — im Gegensatz zu den Löhnen — in der Folgezeit anstiegen, das alles bleibt — wenn es erwähnt wird — für die Argumentation Wolffsohns unwesentlich. Nur die weitgehende Unterbelichtung der Politik der Gewerkschaften als den »Interessenkontrahenten« der drei Wirtschaftsgruppen kann die gegenstandslose Feststellung — für die Zeit der Regierungen Papen und Schleicher — erklären: »So lange nämlich Gewerkschaften bestanden, konnte Arbeitsbeschaffung nicht gegen sie betrieben werden.« (S. 384). Denn eher scheint es so, als seien die Vertreter privatwirtschaftlicher Interessen nicht geneigt gewesen, eine staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik zu unterstützen, solange (autonome) Gewerkschaften bestanden. Für Wolffsohn steht jedoch auch in der zusammenfassenden Schlußbetrachtung fest:»Es bleibt dabei: Den politischen und wirtschaftlichen Kurs der Arbeitsbeschaffung bestimmten die politisch Mächtigen und nicht die führenden Männer der Wirtschaft.« (S. 375).

Michael Schneider

Staat und NSDAP 1930—1932. Quellen zur Ära Brüning, eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1977, LXXXIX, 350 S., Ln., 120 DM.

Während in der bisherigen Forschung zum Nationalsozialismus überwiegend den Personen, Gruppen oder Konstellationen nachgegangen worden ist, die den Aufstieg der Partei bewirkt oder ermöglicht haben, ist die Frage nach den Kräften und den juristischen Instrumentarien, die diesen Aufstieg einzudämmen suchten, in den Hintergrund getreten. Diese Lücke will die vorliegende Dokumentation zu schließen helfen. Anhand ausgewählter Materialien aus den Innenministerien des Reichs und der Länder, insbesondere aus den Akten des sog. Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (1929 in Nachrichtensammelstelle des RMdI umbenannt), und aus verschiedenen Nachlässen etc. wird gezeigt, daß seit Anfang 1930 in wachsendem Umfang Informationen über die NSDAP gesammelt und aus-

gewertet wurden, die jedoch von der Reichsregierung wie auch von der Rechtsprechung kaum oder gar nicht genutzt wurden.

Ein ausführliches Vorwort des Herausgebers stellt nicht nur die chronologisch geordneten Quellen kommentierend in den politischen Zusammenhang, sondern gibt auch einen Abriß über die Schwierigkeiten eines wirksamen »Staatsschutzes« in der Weimarer Republik, die sich aus den unbeschränkten Verfassungsgarantien der freien Meinungsäußerung (Art. 118 RV) sowie den analog konzipierten Freiheitsrechten für die Beamten (Art. 130 RV) ergaben. Von den beiden Möglichkeiten des Staatsschutzes, dem politischen Strafrecht gegen den Hochverrat und der Treuebindung der auch nach 1918 nie in Frage gestellten spezifischen Berufsgruppe der Beamten an die Republik, dokumentiert die Edition vor allem die letztere. Sie beginnt mit den verschiedenen Maßnahmen der Regierungen nach dem Volksbegehren gegen den Young-Plan, das sowohl der NSDAP den Durchbruch gebracht als auch eine alarmierende Radikalisierung der Beamtenschaft gezeigt hatte, in der sich, so Schulz, trotz aller Versuche beispielsweise in Preußen, die konservativen Traditionen dieser Berufsgruppe aufzubrechen, »der völlige Fehlschlag der bis dahin verfolgten Beamtenpolitik abzuzeichnen schien« (S. XXIII).

In mehrfachem Konzeptionswechsel von defensiven zu offensiven Maßnahmen, bei unterschiedlichen Strategien etwa zwischen der Reichsregierung und dem Preußischen Staatsministerium sowie zwischen den Reichsressorts und dem Reichskanzler, konnte eine schlüssige Haltung der Exekutive gegenüber der NSDAP nicht entwickelt werden. Sichtlich irritiert und ratlos reagierte die staatliche Verwaltung auf die wachsende Massenpartei, die auf parlamentarischem Wege ihren Einfluß ständig vergrößern konnte, aus ihrem aggressiven Antiparlamentarismus jedoch kein Hehl machte, die einerseits offen und planmäßig Terrorakte verübte, deren Führer andererseits jedoch spektakuläre Loyalitätserklärungen zur Verfassung abgaben.

Kaum hatten Anfang 1930 die Innenminister des Reichs und Preußens erste Maßnahmen gegen Anhänger der NSDAP und »andere staatsfeindliche Organisationen« (S. 6) im öffentlichen Dienst ins Auge gefaßt, da wurde nach den Landtagswahlen in Thüringen der Nationalsozialist Frick zum dortigen Innenminister ernannt. In umfangreichen Denkschriften suchten Wirth und Severing jetzt wohl nachzuweisen, daß die NSDAP »mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den gewaltsamen Umsturz« anstrebe (S. 95 ff.); unklar blieb dabei allerdings, wie der Widerspruch staatsrechtlich zu lösen sei, daß die Nazis einerseits als Minister amtieren konnten, andererseits vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden sollten. Ebenso ungewiß blieb, mit welchen Mitteln gegen die propagierten Umsturzversuche vorzugehen sei, solange sie nicht durch konkrete Handlungen reale Straftatbestände erfüllten. Erschwert wurde ein gezieltes Vorgehen immer wieder durch die ambivalente Haltung der Reichsregierung, besonders des Reichskanzlers, des Reichsjustizministers und des Reichswehrministers Groener, der im zweiten Brüning-Kabinett zusätzlich auch noch das Innenressort übernahm. Teilte Groener Anfang 1930 beispielsweise die Analyse der Innenminister Wirth und Severing (S. 3 ff.), so änderte sich seine Haltung nach Hitlers Legalitätseid im sog. Ulmer Reichswehrprozeß vor dem Reichsgericht (S. 165 ff.), ehe er nach Hitlers eigener Kandidatur gegen Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1932 erneut auf Abwehrkurs gegenüber der NSDAP ging (S. 309 ff.). Noch größere Unsicherheit im Kabinett brachte Brünings Haltung, der trotz der vorgelegten Expertisen mit Hitler zu verhandeln begann und mehrere Anfragen von Kabinettskollegen, wie gegen die nationalsozialistische Infiltration der Behörden vorgegangen werden solle, entweder gar nicht oder ausweichend mit der Bemerkung beantwortete, daß es ein Fehler sei, die NSDAP als genauso gefährlich einzustufen wie die KPD. Auch der Justizminister verhinderte unter ständigem Hinweis auf das Fehlen der »rechtlichen Grundlagen« jede Aktivität im Ansatz, ohne daß er jemals die Initiative ergriff, um diese Grundlagen zu schaffen.

Mit einem spektakulären Beschluß vom Juni 1930, der Mitgliedern und Anhängern staatsfeindlicher Organisationen den öffentlichen Dienst versperren wollte, suchte Preußen im Alleingang den nötigen Klärungsprozeß anzuregen und Druck auf die Reichsregierung auszuüben. Doch diesem Vorgehen schlossen sich nur einige andere Länder an, wie auch die seit Anfang 1931 vereinzelt von der Rechtsprechung gekommenen Anstöße von der Reichsregierung unbeachtet blieben.

Hatte sich die Justiz bisher vor allem im Disziplinarrecht mit radikalen Parteien beschäftigt und dabei an einem Urteil des Preußischen Oberverwaltungsgerichts von 1923 festgehalten, wonach das »bloße Bekenntnis« der Beamten zu einer auch auf den gewaltsamen Umsturz zielenden Partei zulässig sei, solange sie sich nicht durch »positive Handlungen« aktiv daran beteiligten, so fällte das Reichsgericht im Februar 1931 erstmalig ein Urteil, das bei der NSDAP den Tatbestand des Hochverrats erfüllt sah. Kurz darauf traf der Preußische Disziplinarhof eine Entscheidung, die ebenfalls zu dem Ergebnis kam, daß die NSDAP die »gewaltsame Erringung« der politischen Macht anstrebe (S. 146). Erstmalig widerlegten diese höchstrichterlichen Urteile Hitlers Legalitätsbeteuerungen, denen Brüning, Groener u. a. so kritiklos gefolgt waren; sie blieben jedoch eine Ausnahme in der politischen Justiz und fanden auch keine Beachtung im Reichskabinett.

Unterstützt von einigen süddeutschen Staaten, verfolgte lediglich die Preußische Regierung eine relativ kontinuierliche Linie im Kampf gegen den Nationalsozialismus, wenngleich auch bei ihr zahlreiche Fehleinschätzungen, etwa Severings Hoffnung auf einen Zersetzungsprozeß nach dem Austritt der Otto-Strasser-Gruppe, und taktische Winkelzüge unverkennbar sind.

Mit Hitlers eigener Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl war die Strategie der Reichsregierung wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Erst jetzt kamen Groener erste Zweifel über das »Helldunkel« der bisherigen Reichspolitik, und er schloß sich dem harten Kurs Preußens und einiger anderer Länder an. Doch die von ihm bei Hindenburg durchgesetzte Notverordnung zur Auflösung der SA und SS vom 13. April 1932 blieb weitgehend folgenlos: Einmal kam sie zu spät, zum anderen waren die Organisationen von »beamteter Seite des Reiches«, wie im Preußischen Innenministerium vermutet wurde, rechtzeitig vorgewarnt worden, und drittens wurde das Verbot von dem kurze Zeit darauf berufenen neuen Reichskanzler Papen sogleich wieder aufgehoben.

Der von der Weimarer Verfassung stillschweigend vorausgesetzte gesellschaftliche Konsens war eine Fiktion geblieben; nicht einmal bei der Abwehr der wachsenden staatsgefährdenden Bestrebungen konnten sich die politisch Verantwortlichen in der Wirtschafts- und Staatskrise nach 1929 auf eine einheitliche Strategie verständigen. Die Dokumentation zeigt an ausgewählten Beispielen, daß dem liberalen Verfassungssystem von Weimar nicht nur die nötigen Schutzbestimmungen zur Sicherung ihrer eigenen Grundlagen fehlten, sondern daß die ohnehin spärlichen Ansätze des Republikschutzes von der Reichsexekutive nach 1929 nicht nur nicht aufgegriffen, sondern sogar noch systematisch unterhöhlt wurden. Die umfangreiche Quellensammlung ergänzt damit vorzüglich die bereits für die politische Justiz vorliegenden Untersuchungen, die bereits dargelegt haben, wie sehr die Weimarer Republik von einer monarchischen Traditionen verhafteten, auf dem rechten Auge blinden Richterschaft paralysiert worden ist.

Claus-Dieter Krohn

Peter H. Merkl, Political Violence under the Swastika. 581 Early Nazis, Princeton University Press, Princeton, New Jersey 1975, XIV, 735 pp., clothbound, $ 37.50.

Much historical writing depends for its interpretative cogency upon a high degree of generalisation and systematisation of evidence. This in no way reflects on its methodological soundness — indeed it might be argued that generalisation is the very stuff of history — but in the process, the smallest participant element in the historical chain, the individual, is frequently abstracted into oblivion. It is this problem which preoccupies Peter Merkl in his work *Political Violence under the Swastika* as he sets out »to reveal the motives of the ordinary, pre-1933 Nazis [. . . .] precisely at their moment of triumph« (p. IX).

Good fortune provided Merkl with a manageable body of material upon which to base his survey in the form of 581 political autobiographies of early Nazis collected in 1934 by Theodor Abel. Abel obtained these autobiographies by organising an essay contest within Nazi Germany in which he invited early Nazis to give detailed accounts of their personal lives and political development. The response provided Abel with a remarkably frank collection of accounts which varied greatly in length, scope and detail, but nonetheless enabled him to postulate the grounds for mass support for the early Nazi movement. His findings were first published in 1938 and republished in New York in 1965 under the title *The Nazi Movement*.

However, Merkl does not set out to question Abel's findings, or to compare his own results with them. Instead, he perceives implicitly the main reason for re-working the Abel evidence as lying in the advent of that mightly tool of analysis; the computer. And truly, in terms of volume, the results of his computer analysis are overwhelming. Seventy-nine questions are asked of each of the 581 autobiographies with the results set out in seventy-nine tables (frequency distributions), while forty-three further tables shed light on the massive range of cross-tabulations designed to explain the motives of the early Nazis. Almost seven hundred pages of script accompany and amplify the statistical presentation, probing in the minutest detail into the attitudes and experiences of the Abel respondents whose replies are further illustrated by frequent citations from their original accounts.

In this way, Merkl proceeds from an examination of the range of factors leading individuals into the Nazi movement, to a study of individuals within the movement itself. This broad survey does not stand in complete conceptual isolation. Merkl briefly sets many facets of discussion in an historical context, whilst occasionally using his findings to question or confirm a wide range of economic, social, psychological and historical interpretations of fascism. However, this approach is never pursued far, or to any great depth, since for Merkl the placing of his own work in a wider context, whether within the framework of a general historical narrative or within the bounds of a methodological debate, is only of secondary interest. His main thrust lies in the massive and detailed presentation of the material itself. Nor does he regard his voluminous work as a prerequisite for, or precursor of, wider debate, perhaps to be joined at a later date, for although stressing that *Political Violence* lays no claim to finality, he foresees its supplementation by further work of a similar nature.

These markedly restricted aims in so extensive a survey pose substantial problems for the reader. At times the detail can fascinate, and there are some highly enlightening glimpses of bewildered, angry, or sometimes frightened German citizens who sought salvation in the Nazi movement. However, these revealing portraits are swamped in a mass of detail which, through page after page, does not necessarily lead anywhere in particular. Even in his summary, Merkl is prone to indulge in essentially descriptive narrative, as illustrated by his account of the activism of Weimar youth:

»The likes and dislikes of the different groups mirrors their changes in orientation. The war

generation, and especially the members of quasi-military groups, like comradeship, marching, and violence best — a simile of the *Fronterlebnis.* They dislike the advocacy of class struggle and ›un-national views‹. The postwar generation prefers hiking, folk culture, marching and ideology and dislikes a lack of leadership and political direction. Among them, the Youth Movement groups tend to give the edge to hiking and cultural appreciation, while the young stormtroopers and those in other *voelkisch* youth groups prefer proselytising. But they join in their desire for violent action or ›struggle‹.

There are also striking differences in location experiences: The great ›urge to march‹ on which even Hitler comments derisively in *Mein Kampf* [. . .] seems to have come more naturally to young respondents from the occupied areas, the borderland, rural-urban migrants, the urban upwardly mobile, and families in social decline. The spatially immobile, who play such a central role, instead love group comradeship and glory in the cultural traditions.« (pp. 675—676).

Even some of the briefer snippets of information seem to be of uncertain overall significance. For instance, Merkl writes of extreme activists that »business and the professions, blue- and white-collar men, and the military-civil service predominate among them« (p. 683). Quite what this combination of utterly disparate social groups might signify, if anything, is left for the reader to guess. Later, Merkl's declared aim to »examine the random occurrence of beliefs and attitudes« (p. 686) leads to some extremely random categorisation of analytical groups: »respondents from the border areas, women, and persons in social decline combined the Nordic-German line with the Hitler cult« (p. 687) — whatever the significance of that may have been.

Of course, Merkl does not aim to provide a conventional historical interpretation for the rise of Nazism, but the reader, swamped by the vast range of biographical material, might still ask why this disgruntled collection of early Nazis should or could have amounted to anything. For a cogent, systematic answer he must look elsewhere, for in his conclusion Merkl is only able to venture the suggestion that the lapsing of the *Republikschutzgesetz* in 1929 unleashed a totalitarian torrent on Germany. As he so rightly says: »The rest is history« (p. 716).

However, although the work lacks any coherent analytical strand, it could arguably serve as a source of reference on the veteran Nazi membership. To a certain degree, Merkl succeeds in producing such a volume, in which the student of the social sciences can find plausible substantiation of, or telling challenges to his own ideas. This notwithstanding, a crucial test of the survey's overall usefulness as a basic reference source would lie in the degree to which it was representative of the phenomenon under consideration. Clearly, if the Nazis presented in the book were atypical of the early movement as a whole, the survey's conclusions would have to be treated with reserve.

In fact, Merkl is aware of, and takes account of his material's unrepresentativeness in terms of age, occupational background and geographical location. One might add other factors to the list, such as the overly large proportion of functionaries and leaders of one kind and another in the source material. Therefore the work is not a reference source on the Nazi veteran membership in any general sense; but rather, performs a limited role in providing information on certain biographical characteristics of early Nazis, both in their progression into the Nazi party and their existence within it.

So all in all, Merkl's complex and extensive work must be regarded with some reserve. Perhaps the critical shortcoming is his tendency to take empirical observation to extraordinary lengths, sometimes almost for its own sake. On the other hand Merkl does remind us that behind many of the broad sweeps of interpretative historical writing on Nazism, there was a reality which was exceptionally complex, and as the book — perhaps involuntarily — demonstrates, virtually defies systematisation even at the hands of the computer. Whether

this point need be demonstrated at such lengths however, remains very much an open question.

Conan Fischer

Anja E. Bagel-Bohlan, Hitlers industrielle Kriegsvorbereitungen 1936—1939 (= Beiträge zur Wehrforschung, Bd. 24), Verlag Wehr & Wissen, Koblenz/ Bonn 1975, 143 S., kart., 18,80 DM.

Frei nach Karl Kraus möchte man sagen: Zu diesem Buch fällt mir nichts ein — außer daß es schon aus dem Leim ging, bevor der Rezensent es erhielt. Dabei ist das Thema nach wie vor ein Desiderat. Wir wissen noch längst nicht genügend über die wirtschaftliche Entwicklung der unmittelbaren Vorkriegszeit, über die genauen Konturen und vor allem über die Ursachen der militärwirtschaftlichen Planung bzw. Fehl- und Mißplanung, über die konkreten Auswirkungen einzelner politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, schließlich über das Verhalten der Industrie insgesamt und der Rüstungsindustrie im besonderen, über die es überhaupt noch keine verläßliche Darstellung gibt. Was wir wissen, hat zu dem Zeitpunkt, als diese Arbeit als Dissertation vorlag, Berenice Carroll aufbereitet und dabei beachtenswerte Thesen zur Entwicklung von Rüstung und Wehrwirtschaft vorgelegt. Offensichtlich hat es niemand für notwenig erachtet, die Autorin auf diese Untersuchung hinzuweisen. So muß sie sich mit den alten Darstellungen aus den 1940er und 1950er Jahren abrackern, was natürlich daneben gehen mußte (etwa in bezug auf den Rüstungshaushalt), zumal sie in den Akten des Wehrwirtschaftsstabes nicht allzu tief und in den Akten des Bundesarchivs (Reichskanzlei, Reichsfinanzministerium) überhaupt nicht gebohrt hat.

Dabei wird man dem Buch seine Meriten nicht ganz absprechen wollen. Die Autorin hat eine Menge Material aus schwer erhältlichen oder nicht genügend ausgewerteten sekundären und primären (u. a. die »Effects of Strategic Bombing on German War Economy«) Unterlagen kollationiert und dabei auch Bereiche abgedeckt, mit denen sich die Historiker des Dritten Reiches nicht gerne beschäftigen. Wer hat sich denn schon mit Fragen der Rohstoffverteilung oder der Standortpolitik in der Vorkriegszeit intensiv auseinandergesetzt? Oder wer kennt sich in Fragen der Munitionsherstellung, der Produktion von Heeresgerät und in der gesamten Problematik der Zulieferindustrie aus? Tatsächlich wurde in solchen Bereichen die Rüstungspolitik des Dritten Reiches im engeren Sinne — abzuheben von der Vierjahresplan-Politik, obwohl sich beide etwa in der Munitionsproduktion überschneiden — entschieden bzw. eine systematische Rüstungspolitik verspielt. Schließlich gibt es kaum eine neuere Arbeit, die so systematisch, wie es die Autorin dieses Bandes versuchte, Vierjahresplan-Politik, Wehrwirtschaft und die Rüstung der drei Wehrmachtsteile und damit den Gesamtumfang kriegsorientierten Wirtschaftens des Dritten Reiches zusammenzieht. (Eigentlich fehlt nur eine Erwähnung der nicht zu unterschätzenden außenwirtschaftlichen Seite.). Faßt man dies alles zusammen, so kann man nur zu dem Schluß kommen, daß sich diese Arbeit wie ein Manual für die noch ausstehende Forschung liest.

Ohne Zweifel werden auch diese zukünftigen Arbeiten zu ähnlichen Globalthesen kommen wie die Autorin, daß nämlich der Rüstungspolitik gravierende Fehler unterliefen, daß die mangelhafte Organisation der Rüstungswirtschaft eine noch schnellere Aufrüstung verhinderte, daß die waffentechnische Orientierung den massenfabrikatorischen Aspekt in den Hintergrund drängte und daß schließlich ein mangelndes Gesamtrüstungsprogramm bzw. die fehlende Schwerpunktbildung zu chaotischen Zuständen und Produktionsstörungen führten mit dem Ergebnis, daß das Dritte Reich 1939 zwar hochgerüstet, aber für einen großen Krieg nicht genug gerüstet war. Aber das alles ist ja nicht unbekannt, teilweise auch schon differenzierter vorgetragen worden. Was wir besser verstehen lernen müßten, ist, warum dies so geschah. Selbst wenn man zu dem Schluß kommen sollte, zu dem die Autorin neigt, daß

this point need be demonstrated at such lengths however, remains very much an open question.

Conan Fischer

Anja E. Bagel-Bohlan, Hitlers industrielle Kriegsvorbereitungen 1936—1939 (= Beiträge zur Wehrforschung, Bd. 24), Verlag Wehr & Wissen, Koblenz/ Bonn 1975, 143 S., kart., 18,80 DM.

Frei nach Karl Kraus möchte man sagen: Zu diesem Buch fällt mir nichts ein — außer daß es schon aus dem Leim ging, bevor der Rezensent es erhielt. Dabei ist das Thema nach wie vor ein Desiderat. Wir wissen noch längst nicht genügend über die wirtschaftliche Entwicklung der unmittelbaren Vorkriegszeit, über die genauen Konturen und vor allem über die Ursachen der militärwirtschaftlichen Planung bzw. Fehl- und Mißplanung, über die konkreten Auswirkungen einzelner politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, schließlich über das Verhalten der Industrie insgesamt und der Rüstungsindustrie im besonderen, über die es überhaupt noch keine verläßliche Darstellung gibt. Was wir wissen, hat zu dem Zeitpunkt, als diese Arbeit als Dissertation vorlag, Berenice Carroll aufbereitet und dabei beachtenswerte Thesen zur Entwicklung von Rüstung und Wehrwirtschaft vorgelegt. Offensichtlich hat es niemand für notwenig erachtet, die Autorin auf diese Untersuchung hinzuweisen. So muß sie sich mit den alten Darstellungen aus den 1940er und 1950er Jahren abrackern, was natürlich daneben gehen mußte (etwa in bezug auf den Rüstungshaushalt), zumal sie in den Akten des Wehrwirtschaftsstabes nicht allzu tief und in den Akten des Bundesarchivs (Reichskanzlei, Reichsfinanzministerium) überhaupt nicht gebohrt hat.

Dabei wird man dem Buch seine Meriten nicht ganz absprechen wollen. Die Autorin hat eine Menge Material aus schwer erhältlichen oder nicht genügend ausgewerteten sekundären und primären (u. a. die »Effects of Strategic Bombing on German War Economy«) Unterlagen kollationiert und dabei auch Bereiche abgedeckt, mit denen sich die Historiker des Dritten Reiches nicht gerne beschäftigen. Wer hat sich denn schon mit Fragen der Rohstoffverteilung oder der Standortpolitik in der Vorkriegszeit intensiv auseinandergesetzt? Oder wer kennt sich in Fragen der Munitionsherstellung, der Produktion von Heeresgerät und in der gesamten Problematik der Zulieferindustrie aus? Tatsächlich wurde in solchen Bereichen die Rüstungspolitik des Dritten Reiches im engeren Sinne — abzuheben von der Vierjahresplan-Politik, obwohl sich beide etwa in der Munitionsproduktion überschneiden — entschieden bzw. eine systematische Rüstungspolitik verspielt. Schließlich gibt es kaum eine neuere Arbeit, die so systematisch, wie es die Autorin dieses Bandes versuchte, Vierjahresplan-Politik, Wehrwirtschaft und die Rüstung der drei Wehrmachtsteile und damit den Gesamtumfang kriegsorientierten Wirtschaftens des Dritten Reiches zusammenzieht. (Eigentlich fehlt nur eine Erwähnung der nicht zu unterschätzenden außenwirtschaftlichen Seite.). Faßt man dies alles zusammen, so kann man nur zu dem Schluß kommen, daß sich diese Arbeit wie ein Manual für die noch ausstehende Forschung liest.

Ohne Zweifel werden auch diese zukünftigen Arbeiten zu ähnlichen Globalthesen kommen wie die Autorin, daß nämlich der Rüstungspolitik gravierende Fehler unterliefen, daß die mangelhafte Organisation der Rüstungswirtschaft eine noch schnellere Aufrüstung verhinderte, daß die waffentechnische Orientierung den massenfabrikatorischen Aspekt in den Hintergrund drängte und daß schließlich ein mangelndes Gesamtrüstungsprogramm bzw. die fehlende Schwerpunktbildung zu chaotischen Zuständen und Produktionsstörungen führten mit dem Ergebnis, daß das Dritte Reich 1939 zwar hochgerüstet, aber für einen großen Krieg nicht genug gerüstet war. Aber das alles ist ja nicht unbekannt, teilweise auch schon differenzierter vorgetragen worden. Was wir besser verstehen lernen müßten, ist, warum dies so geschah. Selbst wenn man zu dem Schluß kommen sollte, zu dem die Autorin neigt, daß

nämlich Hitlers unglaubliches wirtschaftliches Unverständnis in die Misere geführt hat, müßte dies nachgewiesen werden, wobei dann immer noch zu fragen wäre, wieso gerade dieser Mann zur Quelle allen Irrtums werden konnte. Interessant ist schließlich auch die Schlußbetrachtung, daß selbst bei einer optimalen Rüstungspolitik letztlich die Potentialdifferenzen zwischen den USA, der Sowjetunion und dem Dritten Reich ins Gewicht gefallen wären. Abgesehen von den methodischen Schwierigkeiten eines solchen Vergleichs der (Rüstungs-)Potentiale, stellen sich hier natürlich grundsätzliche militärpolitische und -strategische Fragen, die durch eine bloße Potentialanalyse nicht bewältigt werden können. Einer Lösung dieser Frage wird man durch die Arbeit von Frau Bagel-Bohlan nicht wesentlich näher gebracht.

Michael Geyer

Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941—45 (= Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975, 252 S., Folieneinband, 28 DM.

Während die Deutschlandpolitik der USA und teilweise auch die Großbritanniens während des Krieges in den letzten Jahren durch zahlreiche Monographien und Aktenedition erschlossen worden sind und sich die wichtigen Nuancen und Akzentsetzungen inzwischen relativ genau erkennen lassen, ist die zeitgeschichtliche Forschung hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik in den Kriegsjahren — soweit sie das »Freie Frankreich« betreffen — immer noch weitgehend auf Äußerungen de Gaulles und seiner engeren Mitarbeiter verwiesen. Während durch dieses Material in den wichtigsten Fragen immerhin Umrisse sichtbar werden, bleiben zentrale Beweggründe, Strategien und taktische Varianten der Deutschlandpolitik des vierten und neben den USA wichtigsten Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion, nach wie vor im Dunkeln.

Die außerordentlich schwierige Quellenlage hat offenbar viele Forscher entmutigt. Die bisherigen Arbeiten zu diesem Gegenstand beleuchten entweder, wie die von B. Meissner, völkerrechtliche Aspekte oder haben (so etwa die Arbeiten von E. Deuerlein, W. Marienfeld, H.P. Schwarz und Th. Weingartner) weitgehend den Charakter von Überblicksdarstellungen. Zwar hat sich die Quellenlage inzwischen nicht prinzipiell verbessert, aber durch die sowjetischen Protokolle der alliierten Kriegskonferenzen und durch zahlreiche in der DDR erschienene Monographien und Quellenpublikationen zur Politik der emigrierten KPD-Führung immerhin so verbreitert, daß in der vorliegenden Studie von Alexander Fischer erstmals der Zusammenhang zwischen sowjetischer Politik und den politischen Nachkriegskonzeptionen der KPD systematisch untersucht und dargestellt werden konnte. Dies ist nicht das einzig Neue, das Fischers Arbeit bietet. Das beginnt schon mit dem Bericht über den harten und riskanten Poker, den Stalin im Sommer und Herbst 1941 — in einer Zeit äußerster Bedrängnis durch die noch vorwärts rollende Invasion der Hitlerarmeen — mit seinem damaligen westlichen Hauptpartner, Großbritannien, spielte. Stalin wollte nicht nur alle Landgewinne aus seinem Pakt mit Hitler garantiert wissen, sondern auch noch die Ziele erreichen, die Hitler ihm 1940 verweigert hatte: militärische und politische Kontrolle Finnlands, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei sowie Einfluß auf dem ganzen Balkan (S. 28). Als der britische Außenminister Eden Mitte Dezember 1941 nach Moskau kam, sah er sich mit noch detaillierteren sowjetischen Vorstellungen zur Nachkriegsordnung Europas konfrontiert. Sie waren von der Überlegung bestimmt, nicht nur die sowjetischen Eroberungen von 1939/40 zu behalten, sondern den Fortbestand bzw. die Wiedererrichtung der kleineren und mittleren europäischen Staaten zu sichern sowie das Deutsche Reich aufzuteilen, also nicht nur Österreich als selbständigen Staat wiederherzustellen, sondern das Rhein-

nämlich Hitlers unglaubliches wirtschaftliches Unverständnis in die Misere geführt hat, müßte dies nachgewiesen werden, wobei dann immer noch zu fragen wäre, wieso gerade dieser Mann zur Quelle allen Irrtums werden konnte. Interessant ist schließlich auch die Schlußbetrachtung, daß selbst bei einer optimalen Rüstungspolitik letztlich die Potentialdifferenzen zwischen den USA, der Sowjetunion und dem Dritten Reich ins Gewicht gefallen wären. Abgesehen von den methodischen Schwierigkeiten eines solchen Vergleichs der (Rüstungs-)Potentiale, stellen sich hier natürlich grundsätzliche militärpolitische und -strategische Fragen, die durch eine bloße Potentialanalyse nicht bewältigt werden können. Einer Lösung dieser Frage wird man durch die Arbeit von Frau Bagel-Bohlan nicht wesentlich näher gebracht.

Michael Geyer

Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941—45 (= Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975, 252 S., Folieneinband, 28 DM.

Während die Deutschlandpolitik der USA und teilweise auch die Großbritanniens während des Krieges in den letzten Jahren durch zahlreiche Monographien und Aktenedition erschlossen worden sind und sich die wichtigen Nuancen und Akzentsetzungen inzwischen relativ genau erkennen lassen, ist die zeitgeschichtliche Forschung hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik in den Kriegsjahren — soweit sie das »Freie Frankreich« betreffen — immer noch weitgehend auf Äußerungen de Gaulles und seiner engeren Mitarbeiter verwiesen. Während durch dieses Material in den wichtigsten Fragen immerhin Umrisse sichtbar werden, bleiben zentrale Beweggründe, Strategien und taktische Varianten der Deutschlandpolitik des vierten und neben den USA wichtigsten Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion, nach wie vor im Dunkeln.

Die außerordentlich schwierige Quellenlage hat offenbar viele Forscher entmutigt. Die bisherigen Arbeiten zu diesem Gegenstand beleuchten entweder, wie die von B. Meissner, völkerrechtliche Aspekte oder haben (so etwa die Arbeiten von E. Deuerlein, W. Marienfeld, H.P. Schwarz und Th. Weingartner) weitgehend den Charakter von Überblicksdarstellungen. Zwar hat sich die Quellenlage inzwischen nicht prinzipiell verbessert, aber durch die sowjetischen Protokolle der alliierten Kriegskonferenzen und durch zahlreiche in der DDR erschienene Monographien und Quellenpublikationen zur Politik der emigrierten KPD-Führung immerhin so verbreitert, daß in der vorliegenden Studie von Alexander Fischer erstmals der Zusammenhang zwischen sowjetischer Politik und den politischen Nachkriegskonzeptionen der KPD systematisch untersucht und dargestellt werden konnte. Dies ist nicht das einzig Neue, das Fischers Arbeit bietet. Das beginnt schon mit dem Bericht über den harten und riskanten Poker, den Stalin im Sommer und Herbst 1941 — in einer Zeit äußerster Bedrängnis durch die noch vorwärts rollende Invasion der Hitlerarmeen — mit seinem damaligen westlichen Hauptpartner, Großbritannien, spielte. Stalin wollte nicht nur alle Landgewinne aus seinem Pakt mit Hitler garantiert wissen, sondern auch noch die Ziele erreichen, die Hitler ihm 1940 verweigert hatte: militärische und politische Kontrolle Finnlands, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei sowie Einfluß auf dem ganzen Balkan (S. 28). Als der britische Außenminister Eden Mitte Dezember 1941 nach Moskau kam, sah er sich mit noch detaillierteren sowjetischen Vorstellungen zur Nachkriegsordnung Europas konfrontiert. Sie waren von der Überlegung bestimmt, nicht nur die sowjetischen Eroberungen von 1939/40 zu behalten, sondern den Fortbestand bzw. die Wiedererrichtung der kleineren und mittleren europäischen Staaten zu sichern sowie das Deutsche Reich aufzuteilen, also nicht nur Österreich als selbständigen Staat wiederherzustellen, sondern das Rhein-

land als unabhängigen Staat oder als Protektorat loszulösen und eventuell auch ein selbständiges Bayern zu bilden (S. 30). Auf diese Weise war Stalin der erste führende Staatsmann der Alliierten, der von der Absicht sprach, Deutschland aufzuteilen. Da es auch in den folgenden Monaten keine Einigung über die Kriegsziele gab, signalisierte Stalin seinen westlichen Bündnispartnern 1942/43 mehrfach, daß er auch Alternativen zur gegenwärtigen Zusammenarbeit in Erwägung ziehe und dabei nicht einmal ein Sonderfriede mit NS-Deutschland ausgeschlossen sei. Besonders nach dem sowjetischen Sieg in Stalingrad, der die Peripetie des Krieges markierte, strebte diese »intriganteste Periode der sowjetischen Kriegsdiplomatie« (S. 42) ihrem Höhepunkt zu. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Kornejčuk, der über schwedische Diplomaten Fühler zur Vorbereitung deutsch-sowjetischer Sonderverhandlungen in Stockholm ausstreckte, stellte im Februar 1943 in der »Pravda« die unterschiedlichen Auffassungen in der Anti-Hitler-Koalition über die politische Frage heraus.

Nachdem Anfang Mai 1943 mehrtätige deutsch-sowjetische Gespräche ohne Ergebnis geblieben waren — vermutlich wegen der zu hohen Forderungen der deutschen Seite —, unternahm die sowjetische Diplomatie in der zweiten Junihälfte noch einmal »einen energischen Versuch zur Wiederannäherung an Deutschland«, als Stalin von Roosevelt erfahren hatte, an die Errichtung einer zweiten Front im Westen sei vor Frühjahr 1944 nicht zu denken (S. 43). Dieser über mehrere Kanäle — nicht nur über Stockholm, sondern über Sofia und Tokio — vorgetragene Vorstoß, der verstärkt wurde, als der sowjetischen Regierung westliche Absichten bekannt wurden, eine ihr höchst unerwünschte zweite Front auf dem Balkan zu errichten, scheiterte vor allem an der Weigerung Hitlers zu ernsthaften Verhandlungen mit Moskau. Auf die Stockholmer Kontaktgespräche soll er mit einem Wutanfall reagiert und sie als »dreiste jüdische Provokation« bezeichnet haben. Während auf hitlerdeutscher Seite die ideologische Verblendung nun völlig dominierte, hatte die sowjetische Regierung erneut ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, ideologische Gründe als flexibles Instrument zu handhaben. Die nicht ganz von der Hand zu weisende Sorge, eine letztlich über die Hitlerarmeen siegreiche, aber ausgeblutete Sowjetunion müsse dann »den blanken, von keinem Hieb abgestumpften Waffen der Westmächte entgegentreten«, wie einer der sowjetischen Unterhändler die Ernsthaftigkeit des Vorstoßes zu untermauern suchte, wurde im Rückgriff auf die Position der 1930er Jahre damit begründet, daß der einzige sozialistische Staat der »weltrevolutionären Entwicklung« eher diene, wenn er am Rande des internationalen Geschehens bleibe und zusehe, wie sich die Kräfte der kapitalistischen Staaten aneinander aufrieben (S. 44). Angesichts der totalen Borniertheit der Hitler-Regierung sah Stalin sich vorsichtig nach anderen deutschen Gesprächspartnern um. Die im Juli 1943 gegründete Bewegung »Freies Deutschland« sollte sowohl dieses Ziel — das am ehesten als Neuauflage von »Tauroggen« bezeichnet werden kann — unterstützen als auch ein Instrument für das weitere Hineinwirken in die innere Entwicklung Nachkriegsdeutschlands bilden. Denn den deutschen Kommunisten, für deren Moskauer Emigranten die befohlene Partnerschaft mit Schwarz-Weiß-Rot den »Gipfelpunkt der Selbstverleugnung« (B. Scheurig) bedeutete, hat die sowjetische Führung auch künftig nicht zugetraut, die Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen zu können. Dieses Mißtrauen, genährt durch die Erfahrungen zweier Jahrzehnte, in denen die KPD-Führung den Spitzengenossen ihrer sowjet-russischen Bruderpartei ein ums andere Mal vorgelogen hatte, die proletarische Revolution in Deutschland stünde unmittelbar bevor, war für die Politik Stalins ein Kontinuum geworden, das ihn dazu brachte, auch nach der auf der Teheraner Konferenz im November 1943 begonnenen Einigung mit den USA und Großbritannien über die Kriegsziele Alternativen in der Deutschlandpolitik bereitzuhalten. Dies schien um so notwendiger zu sein, als die KPD-Führung, die sich seit Januar 1944 mit ihren inhaltlichen, organisatorischen und propagandistischen — und deshalb vom Autor mit Recht breit analysierten — Vorbereitungen musterschülerhaft in die vom Politbüro der KPdSU seit Dezember 1943 ausgearbeitete Konzeption

der allmählichen »volksdemokratischen« Machtübernahme der kommunistischen Parteien in allen von der Roten Armee eroberten Ländern Ost- und Mitteleuropas durch breite »antifaschistische« Bündnisse mit Sozialdemokraten und kompromißwilligen bürgerlichen Kräften einzufügen schien, einmal mehr ihre Wunschvorstellungen mit der Wirklichkeit verwechselte. Die gegen Jahresende 1944 von der KPD in Moskau unter der Federführung des Politbüromitglieds Anton Ackermann fertiggestellte Fassung des fast ein Jahr in zahlreichen Unterausschüssen beratenen »Aktionsprogramms des Blocks der kämpfenden Demokratie« (S. 108 ff.) ging nämlich von der Annahme aus, daß im Zuge des Vormarsches der Roten Armee in Deutschland die deutsche Bevölkerung sich zum aktiven Widerstand gegen das NS-Regime erheben würde. Das Gegenteil war aber der Fall. Die Verluste der Roten Armee bei den Kämpfen auf deutschem Boden gehörten zu den höchsten während des ganzen Krieges. Der als Folge dieser Fehleinschätzung gering gewordene Spielraum der Politik der KPD gegenüber der Sowjetunion fand ihren Niederschlag in den Anfang April 1945 vom Politbüro der KPD verabschiedeten »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« (S. 142), deren wesentlicher Kern von Ulbricht in dem sehr prägnanten (von Wolfgang Leonhard überlieferten) Satz zusammengefaßt wurde: »Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten«.

Die Zweifel Stalins an den Chancen einer breiten Massenwirksamkeit der deutschen Kommunisten in ganz Deutschland haben offenbar dazu beigetragen, daß die Verfechter einer raschen »volksdemokratischen« Lösung auf dem Teilterritorium der SBZ schneller grünes Licht erhielten als in einigen osteuropäischen Ländern. Auch wenn der Rezensent nach wie vor meint, daß letztlich das für die Kommunisten katastrophale Ergebnis der ersten Wahlen in Ungarn und Österreich im November und Dezember 1945 hierbei den Ausschlag gegeben hat, kann Fischer für seine Auffassung, diese Entscheidung sei schon wesentlich früher gefallen, einleuchtendes Material präsentieren; so etwa eine Äußerung eines führenden Mitarbeiters der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee vom 11. September 1945, K.L. Seleznev, die den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands schon als integralen Bestandteil der sowjetischen Einflußsphäre beschrieb (S. 157).

Auch wenn angesichts der Quellenlage in solchen Fragen präzisere Datierungen wichtiger Zäsuren auch künftig kaum erreichbar sein werden, eröffnet die Studie von A. Fischer die Möglichkeit, von einer bedeutend sichereren Basis als bisher auch die sowjetische Deutschlandpolitik der folgenden Jahre zu untersuchen, nicht zuletzt auch die vier sowjetischen Noten vom Frühjahr und Sommer 1952 (in der Forschung sind bisher fast nur die ersten beiden Noten beachtet worden), hinter denen offenbar auch die Sorge des alternden Stalin stand, die deutschen Kommunisten könnten nicht einmal den von ihnen verwalteten Separatteil Deutschlands politisch stabil erhalten.

Hartmut Soell

Horst-Wilhelm Jung, Rheinland-Pfalz zwischen Antifaschismus und Antikommunismus. Zur Geschichte des Landesparlaments 1946—1948 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 32), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1976, XII, 136 S., brosch., 38 DM.

Es ist verdienstvoll, eine Studie über die Anfänge der parlamentarischen Arbeit in Rheinland-Pfalz vorzulegen. Die Entstehung und Entwicklung der Länder der französischen Besatzungszone sind bisher Stiefkind der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung gewesen. Das gleiche gilt auch für die französische Besatzungspolitik, die Parteien und Interessengruppen im südwestdeutschen Raum. Von daher fällt jeder Arbeit über die

der allmählichen »volksdemokratischen« Machtübernahme der kommunistischen Parteien in allen von der Roten Armee eroberten Ländern Ost- und Mitteleuropas durch breite »antifaschistische« Bündnisse mit Sozialdemokraten und kompromißwilligen bürgerlichen Kräften einzufügen schien, einmal mehr ihre Wunschvorstellungen mit der Wirklichkeit verwechselte. Die gegen Jahresende 1944 von der KPD in Moskau unter der Federführung des Politbüromitglieds Anton Ackermann fertiggestellte Fassung des fast ein Jahr in zahlreichen Unterausschüssen beratenen »Aktionsprogramms des Blocks der kämpfenden Demokratie« (S. 108 ff.) ging nämlich von der Annahme aus, daß im Zuge des Vormarsches der Roten Armee in Deutschland die deutsche Bevölkerung sich zum aktiven Widerstand gegen das NS-Regime erheben würde. Das Gegenteil war aber der Fall. Die Verluste der Roten Armee bei den Kämpfen auf deutschem Boden gehörten zu den höchsten während des ganzen Krieges. Der als Folge dieser Fehleinschätzung gering gewordene Spielraum der Politik der KPD gegenüber der Sowjetunion fand ihren Niederschlag in den Anfang April 1945 vom Politbüro der KPD verabschiedeten »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« (S. 142), deren wesentlicher Kern von Ulbricht in dem sehr prägnanten (von Wolfgang Leonhard überlieferten) Satz zusammengefaßt wurde: »Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten«.

Die Zweifel Stalins an den Chancen einer breiten Massenwirksamkeit der deutschen Kommunisten in ganz Deutschland haben offenbar dazu beigetragen, daß die Verfechter einer raschen »volksdemokratischen« Lösung auf dem Teilterritorium der SBZ schneller grünes Licht erhielten als in einigen osteuropäischen Ländern. Auch wenn der Rezensent nach wie vor meint, daß letztlich das für die Kommunisten katastrophale Ergebnis der ersten Wahlen in Ungarn und Österreich im November und Dezember 1945 hierbei den Ausschlag gegeben hat, kann Fischer für seine Auffassung, diese Entscheidung sei schon wesentlich früher gefallen, einleuchtendes Material präsentieren; so etwa eine Äußerung eines führenden Mitarbeiters der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee vom 11. September 1945, K.L. Seleznev, die den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands schon als integralen Bestandteil der sowjetischen Einflußsphäre beschrieb (S. 157).

Auch wenn angesichts der Quellenlage in solchen Fragen präzisere Datierungen wichtiger Zäsuren auch künftig kaum erreichbar sein werden, eröffnet die Studie von A. Fischer die Möglichkeit, von einer bedeutend sichereren Basis als bisher auch die sowjetische Deutschlandpolitik der folgenden Jahre zu untersuchen, nicht zuletzt auch die vier sowjetischen Noten vom Frühjahr und Sommer 1952 (in der Forschung sind bisher fast nur die ersten beiden Noten beachtet worden), hinter denen offenbar auch die Sorge des alternden Stalin stand, die deutschen Kommunisten könnten nicht einmal den von ihnen verwalteten Separatteil Deutschlands politisch stabil erhalten.

Hartmut Soell

Horst-Wilhelm Jung, Rheinland-Pfalz zwischen Antifaschismus und Antikommunismus. Zur Geschichte des Landesparlaments 1946—1948 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 32), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1976, XII, 136 S., brosch., 38 DM.

Es ist verdienstvoll, eine Studie über die Anfänge der parlamentarischen Arbeit in Rheinland-Pfalz vorzulegen. Die Entstehung und Entwicklung der Länder der französischen Besatzungszone sind bisher Stiefkind der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung gewesen. Das gleiche gilt auch für die französische Besatzungspolitik, die Parteien und Interessengruppen im südwestdeutschen Raum. Von daher fällt jeder Arbeit über die

genannten Probleme eine Pionierrolle zu. Um so bedauerlicher ist es, daß Horst-W. Jung die wenigen Arbeiten, die schon zu diesen Themen vorliegen, nicht berücksichtigt hat, wie z. B. die Studie von F. Roy Willis, The French in Germany, Stanford 1962, die, trotz einiger Mängel, das wichtigste Werk über die französische Besatzungszone ist.

Jung versetzt den Leser unter dem groben Raster Antifaschismus und Antikapitalismus unmittelbar in die Diskussion der Beratenden Landesversammlung, ohne daß der Autor auf die Entstehung und die Aufgaben dieses Gremiums im besonderen und auf den politischen Hintergrund und die daraus resultierenden Rahmenbedingungen im allgemeinen aufmerksam macht. Die Landesversammlung hatte sowohl die Aufgabe, eine Landesverfassung zu erarbeiten, als auch Mitwirkungsbefugnisse bei der Abfassung von Verordnungen. Sie war ein Übergangsgremium, das von November 1946 bis April 1947 in Koblenz, der provisorischen Hauptstadt des neuen Landes Rheinland-Pfalz, tagte. Durch die Vernachlässigung dieser Bedingungen entsteht der Eindruck, daß die Beratende Landesversammlung und der erste Landtag, auf dessen Arbeit nur am Rande eingegangen wird, selbständig agierende Institutionen gewesen wären, in denen die Parteivertreter wie in einem heutigen Parlament offen und ungebunden hätten debattieren und analysieren können. Diese, dem Leser unterschobene Voraussetzung verschleiert die Tatsache, daß solche Gremien nur eine eingeschränkte mitwirkende Funktion hatten und die Entscheidungen der Militärregierung vorbehalten waren. Die französische Deutschlandpolitik in der Zeit von 1945 bis 1948 wurde von der Vorstellung bestimmt, den Deutschen dürfe nur eine begrenzte Teilnahme eingeräumt werden. Hierin unterschied sie sich von der der anderen Besatzungsmächte, die ein geringeres Mißtrauen gegenüber den Deutschen hatten und den politischen Neubeginn stärker förderten.

Die Studie von Horst-W. Jung konzentriert sich auf die Analyse der Diskussionen in der Beratenden Landesversammlung und erarbeitet anhand der Reden die Positionen der CDU, der Liberalen, der SPD und der KPD zu den Problemkreisen Antifaschismus, Entnazifizierung, Antikapitalismus, Antikommunismus und Kalter Krieg. Die Untersuchung bestätigt die bekannten Ergebnisse, die darin liegen, daß die CDU und die Liberalen insoweit übereinstimmende Vorstellungen entwickelten, daß sie den Nationalsozialismus als einen Betriebsunfall in der deutschen Geschichte interpretierten und von daher auf eine Bestrafung der führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches drängten, jedoch die Mehrzahl ehemaliger Nationalsozialisten glimpflich behandelt wissen wollten, um sie so rasch wie möglich in das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben einzugliedern. Von daher bot sich eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien an, die außerdem in dem allgemeinen Wunsch übereinstimmten, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung lediglich zu modifizieren und nicht grundsätzlich zu verändern. Die SPD forderte eine grundlegende Reform des Systems durch Einbeziehung wirtschaftsdemokratischer Elemente und Sozialisierung der Grundstoffindustrien. In der Entnazifizierungsfrage ergaben sich Übereinstimmungen mit den bürgerlichen Parteien; denn die Sozialdemokraten wünschten ebenfalls eine schnelle Rehabilitierung derjenigen Nationalsozialisten, die sie als Mitläufer und Verführte bezeichneten, und eine Bestrafung der führenden Repräsentanten, zu denen für sie auch Vertreter der Wirtschaft gehörten. Die weitestgehenden Forderungen zur Sozialisierung und Entnazifizierung entwickelte die KPD, deren Argumente auf der gleichen Linie lagen, wie sie die Kommunisten auch in den anderen Zonen vertraten. Auf das schwierige Verhältnis SPD — KPD wird vom Autor nicht eingegangen, und die Zwangsfusionierung der beiden Parteien zur SED in der sowjetisch besetzten Zone im April 1946 wird nicht erwähnt. Ohne diese Tatsache ist ein Teil des Antikommunismus der SPD gar nicht zu verstehen.

Der Grundthese des Autors, daß »die Ebene [. . .des. . .] Strukturwandels der politischen Diskussion zwischen den gerade erst zugelassenen Parteien« (Vorwort) in den Länderparlamenten lag, wobei der Wandel vom Antifaschismus zum Antikommunismus gemeint war,

kann nicht zugestimmt werden, da der Umschlag durch den Antagonismus zwischen den Siegermächten bedingt war, die sich nicht auf einen deutschen Friedensvertrag und auf gemeinsame Grundlagen für eine Nachkriegsordnung in Deutschland einigen konnten. Die Landesparlamente waren nicht die Ebene, auf der sich der Strukturwandel vollzog, sondern sie spiegelten nur diesen Wandel wider und nicht mehr.
Es ist verdienstvoll, daß Jung einer größeren Leserschaft die Diskussionen in der Beratenden Landesversammlung zugänglich gemacht hat. Die zu starke Einengung auf den Innenraum dieses Gremiums schränkt die Bedeutung der Arbeit ein. Zu viele Probleme bleiben offen, von denen einige genannt werden sollten: Deutschlandpolitik der französischen Besatzungsmacht, Beziehungen zwischen den Parteien und den Franzosen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des künstlich geschaffenen Landes Rheinland-Pfalz, das eine überwiegend agrarische Struktur aufwies und aufweist. Es ist zu begrüßen, daß mit der Arbeit von Horst-W. Jung die Erforschung der Nachkriegsgeschichte in der französischen Besatzungszone in Angriff genommen wurde. Die entscheidenden Arbeiten stehen jedoch nach wie vor noch aus. Kurt Thomas Schmitz

Onno-Hans Poppinga, Bauern und Politik (= Studien zur Gesellschaftstheorie), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 338 S., kart., 32 DM.

Der Verfasser verfolgt mit seinem Buch die Absicht, »das politische Handeln« deutscher Bauern in historischer wie aktueller Perspektive »vor dem Hintergrund ihrer sozialökonomischen Lage zu untersuchen« (S. 7). Zu diesem Zweck geht die Analyse in drei Schritten vor. Zum einen wird unter Anwendung von Kategorien aus der Marxschen Grundrententheorie die allmähliche Eingliederung der bäuerlichen Landwirtschaft in das »hochentwickelte kapitalistische System« (S. 7) geschildert. Der zeitliche Schwerpunkt dieses Überblicks, der auf Materialien und Gewährsleute von sehr unterschiedlichem Gewicht fußt und auf lange Datenreihen verzichtet, liegt deutlich auf den Jahrzehnten nach 1933 und wird, je näher er an die Gegenwart heranreicht, um so konkreter, anschaulicher, origineller. Manches aus diesem Kapitel trägt allerdings vorläufigen Charakter und bedürfte einer erneuten Überprüfung, so die von Sohn-Rethel (Ökonomie und Klassenstruktur, Frankfurt 1973, S. 78 ff.) übernommene These von der »Agrarkartellierung« im unmittelbaren Umfeld der nationalsozialistischen »Machtergreifung«, so die nicht weiter belegte Behauptung von der Dominanz der »Gutsbesitzer und Großbauern in den wichtigsten Schaltstellen der NS-Agrarpolitik« (S. 64). Die »zentralen Merkmale« der bundesdeutschen Landwirtschaft im Rahmen der EG benennt Poppinga als »massive Steigerung der Produktivkräfte«, »Konzentration der Produktion«, »Proletarisierung von Bauern« (S. 97): Es sieht so aus, als erfüllten sich erst jetzt, hundert Jahre nach der Abfassung des »Kapital«, die Marxschen Prognosen über die Entwicklungstendenzen des Agrarsektors.
Der zweite Teil des Buches (S. 124—157) wendet sich der »gesellschaftlichen Realität« und ihrer »Interpretation« zu. Dies geschieht nun freilich nicht mit Hilfe von Befragungen, sondern auf der Basis von Vermutungen darüber, wie das Bewußtsein von Bauern angesichts ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation eigentlich — gewissermaßen »notwendig« — beschaffen sein müßte. Ein solches Verfahren schließt nützliche Einzelbeobachtungen nicht prinzipiell aus, etwa über die Bedeutung des Eigentums für die bäuerlichen Produzenten, über deren Verhältnis zum Staat, über den »ganzheitlichen« Charakter ihrer Arbeit (was im übrigen auch schon der Agrarrevisionist Eduard David — gegen Marx und Kautsky — betont hat). Aber insgesamt scheint mir, daß die spekulativen Momente bei dieser Betrachtungsweise überwiegen, daß der Bauer zu sehr Objekt »fremder«, von außen herangetragener Interpretationen ist.

kann nicht zugestimmt werden, da der Umschlag durch den Antagonismus zwischen den Siegermächten bedingt war, die sich nicht auf einen deutschen Friedensvertrag und auf gemeinsame Grundlagen für eine Nachkriegsordnung in Deutschland einigen konnten. Die Landesparlamente waren nicht die Ebene, auf der sich der Strukturwandel vollzog, sondern sie spiegelten nur diesen Wandel wider und nicht mehr.
Es ist verdienstvoll, daß Jung einer größeren Leserschaft die Diskussionen in der Beratenden Landesversammlung zugänglich gemacht hat. Die zu starke Einengung auf den Innenraum dieses Gremiums schränkt die Bedeutung der Arbeit ein. Zu viele Probleme bleiben offen, von denen einige genannt werden sollten: Deutschlandpolitik der französischen Besatzungsmacht, Beziehungen zwischen den Parteien und den Franzosen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des künstlich geschaffenen Landes Rheinland-Pfalz, das eine überwiegend agrarische Struktur aufwies und aufweist. Es ist zu begrüßen, daß mit der Arbeit von Horst-W. Jung die Erforschung der Nachkriegsgeschichte in der französischen Besatzungszone in Angriff genommen wurde. Die entscheidenden Arbeiten stehen jedoch nach wie vor noch aus. Kurt Thomas Schmitz

Onno-Hans Poppinga, Bauern und Politik (= Studien zur Gesellschaftstheorie), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 338 S., kart., 32 DM.

Der Verfasser verfolgt mit seinem Buch die Absicht, »das politische Handeln« deutscher Bauern in historischer wie aktueller Perspektive »vor dem Hintergrund ihrer sozialökonomischen Lage zu untersuchen« (S. 7). Zu diesem Zweck geht die Analyse in drei Schritten vor. Zum einen wird unter Anwendung von Kategorien aus der Marxschen Grundrententheorie die allmähliche Eingliederung der bäuerlichen Landwirtschaft in das »hochentwickelte kapitalistische System« (S. 7) geschildert. Der zeitliche Schwerpunkt dieses Überblicks, der auf Materialien und Gewährsleute von sehr unterschiedlichem Gewicht fußt und auf lange Datenreihen verzichtet, liegt deutlich auf den Jahrzehnten nach 1933 und wird, je näher er an die Gegenwart heranreicht, um so konkreter, anschaulicher, origineller. Manches aus diesem Kapitel trägt allerdings vorläufigen Charakter und bedürfte einer erneuten Überprüfung, so die von Sohn-Rethel (Ökonomie und Klassenstruktur, Frankfurt 1973, S. 78 ff.) übernommene These von der »Agrarkartellierung« im unmittelbaren Umfeld der nationalsozialistischen »Machtergreifung«, so die nicht weiter belegte Behauptung von der Dominanz der »Gutsbesitzer und Großbauern in den wichtigsten Schaltstellen der NS-Agrarpolitik« (S. 64). Die »zentralen Merkmale« der bundesdeutschen Landwirtschaft im Rahmen der EG benennt Poppinga als »massive Steigerung der Produktivkräfte«, »Konzentration der Produktion«, »Proletarisierung von Bauern« (S. 97): Es sieht so aus, als erfüllten sich erst jetzt, hundert Jahre nach der Abfassung des »Kapital«, die Marxschen Prognosen über die Entwicklungstendenzen des Agrarsektors.
Der zweite Teil des Buches (S. 124—157) wendet sich der »gesellschaftlichen Realität« und ihrer »Interpretation« zu. Dies geschieht nun freilich nicht mit Hilfe von Befragungen, sondern auf der Basis von Vermutungen darüber, wie das Bewußtsein von Bauern angesichts ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation eigentlich — gewissermaßen »notwendig« — beschaffen sein müßte. Ein solches Verfahren schließt nützliche Einzelbeobachtungen nicht prinzipiell aus, etwa über die Bedeutung des Eigentums für die bäuerlichen Produzenten, über deren Verhältnis zum Staat, über den »ganzheitlichen« Charakter ihrer Arbeit (was im übrigen auch schon der Agrarrevisionist Eduard David — gegen Marx und Kautsky — betont hat). Aber insgesamt scheint mir, daß die spekulativen Momente bei dieser Betrachtungsweise überwiegen, daß der Bauer zu sehr Objekt »fremder«, von außen herangetragener Interpretationen ist.

Thema des dritten Kapitels (S. 158—288) ist das »politische Verhalten von Bauern und Arbeiterbauern«, wobei letztere allerdings nur in ihrem Status als Nebenerwerbslandwirte vorgestellt werden. Analysiert werden zum einen »bäuerliche Selbsthilfebewegungen«, ein Strukturtypus, der recht Unterschiedliches, wenn nicht Heterogenes zusammenfaßt: die rechtsradikale, im wesentlichen auf Schleswig-Holstein beschränkte Landvolkbewegung am Ende der Weimarer Republik, die NPD-orientierte »Notgemeinschaft deutscher Bauern« im nördlichen Niedersachsen Anfang der sechziger Jahre, die parteipolitisch ungebundene »Aktion gerechter Milchpreis« im Allgäu 1971/72 sowie der »Arbeitskreis junger Landwirte« im württembergischen Kreis Böblingen seit 1973/74. Gerade letzterer verdient besonderes Interesse, nicht nur weil der Verfasser als aktives Mitglied aus eigenem Erleben berichtet, sondern vor allem deshalb, weil hier Ansätze und Methoden einer alternativen Bauernpolitik sichtbar werden, die sich aus der einseitigen Verklammerung mit dem Bauernverband zu lösen beginnt. Ob freilich die Hoffnung trägt, »daß die wachsende Einordnung der bäuerlichen Landwirtschaft in den hochentwickelten Kapitalismus zwar nicht die Ambivalenz der selbstorganisierten Bauernbewegungen aufhebt, wohl aber der *Möglichkeit* der Entwicklung radikaldemokratischer und auch sozialistischer Positionen breiteren Raum schafft« (S. 208), wird erst noch abzuwarten sein.

Auf diese aktuellen Überlegungen folgt ein überblickshafter Abschnitt über die Methoden der NSDAP bei der Rekrutierung und Mobilisierung von Bauern seit 1928/30, der über das bereits Bekannte kaum hinausgeht, sowie über die Bauernpolitik der KPD von 1918/19—1933, der sich im großen und ganzen auf ein Referat der Programmatik beschränkt, die konkreten Probleme bei der Landagitation der Partei jedoch nur andeutet. Daß diese mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert war wie die der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, mag die (auf S. 261) zitierte Äußerung Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Parteikonferenz von 1935 illustrieren: »Unsere Bauernagitation in der Zeit vor Hitler hatte gewisse außerordentliche Schwächen. Das betraf sowohl die Sprache unserer Agitation als auch den Mangel organisatorischer Stützpunkte. Die Agitation wurde sehr sporadisch, meistens durch gelegentliche Landsonntage oder durch unsere aufs Land ziehenden Sportler betrieben. Es fehlte dieser Agitation jede Systematik und vor allen Dingen die Kenntnis der Verhältnisse im Dorfe, die sehr unterschiedlich in den verschiedensten Teilen des Reiches sind.«

Nicht daß diese Passagen ohne jeden Informationsgehalt wären. Zu erwägen bliebe aber, ob durch die Konzentration auf die Extreme im Parteienspektrum die Frage nach dem politischen Bewußtsein und dem Wahlverhalten von Bauern nicht unzulässig verengt wird und ob der Blick nicht auch auf die übrigen Parteien hätte ausgeweitet werden müssen, vielleicht so, wie das unlängst für die Anfangsphase der Weimarer Republik Martin Schumacher (Land und Politik, Düsseldorf 1978) auf einem eindrucksvoll breiten Fundament von Quellen mit Gewinn getan hat.

Jens Flemming

Wolfgang Kleinschmidt, Der Wandel des Festlebens bei Arbeitern und Landwirten im 20. Jahrhundert. Eine empirische Untersuchung in zwei unterschiedlich strukturierten Gemeinden der Westpfalz (= Kultureller Wandel, Bd. 4), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977, X, 168 S., brosch., 48 DM.

Kleinschmidts Untersuchung, eine Dissertation aus dem Schülerkreis des Münsteraner Volkskundlers Günter Wiegelmann, behandelt das Festleben der Bevölkerung in zwei kleinen Gemeinden der Westpfalz, von denen Herchweiler (1970: 562 Einwohner) von einer in die nahen Industrieräume der Saar pendelnden Arbeiterbevölkerung geprägt ist, während Selchenbach (417 Einwohner) bis heute überwiegend seinen ländlich-agrarischen Charakter be-

Thema des dritten Kapitels (S. 158—288) ist das »politische Verhalten von Bauern und Arbeiterbauern«, wobei letztere allerdings nur in ihrem Status als Nebenerwerbslandwirte vorgestellt werden. Analysiert werden zum einen »bäuerliche Selbsthilfebewegungen«, ein Strukturtypus, der recht Unterschiedliches, wenn nicht Heterogenes zusammenfaßt: die rechtsradikale, im wesentlichen auf Schleswig-Holstein beschränkte Landvolkbewegung am Ende der Weimarer Republik, die NPD-orientierte »Notgemeinschaft deutscher Bauern« im nördlichen Niedersachsen Anfang der sechziger Jahre, die parteipolitisch ungebundene »Aktion gerechter Milchpreis« im Allgäu 1971/72 sowie der »Arbeitskreis junger Landwirte« im württembergischen Kreis Böblingen seit 1973/74. Gerade letzterer verdient besonderes Interesse, nicht nur weil der Verfasser als aktives Mitglied aus eigenem Erleben berichtet, sondern vor allem deshalb, weil hier Ansätze und Methoden einer alternativen Bauernpolitik sichtbar werden, die sich aus der einseitigen Verklammerung mit dem Bauernverband zu lösen beginnt. Ob freilich die Hoffnung trägt, »daß die wachsende Einordnung der bäuerlichen Landwirtschaft in den hochentwickelten Kapitalismus zwar nicht die Ambivalenz der selbstorganisierten Bauernbewegungen aufhebt, wohl aber der *Möglichkeit* der Entwicklung radikaldemokratischer und auch sozialistischer Positionen breiteren Raum schafft« (S. 208), wird erst noch abzuwarten sein.

Auf diese aktuellen Überlegungen folgt ein überblickshafter Abschnitt über die Methoden der NSDAP bei der Rekrutierung und Mobilisierung von Bauern seit 1928/30, der über das bereits Bekannte kaum hinausgeht, sowie über die Bauernpolitik der KPD von 1918/19—1933, der sich im großen und ganzen auf ein Referat der Programmatik beschränkt, die konkreten Probleme bei der Landagitation der Partei jedoch nur andeutet. Daß diese mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert war wie die der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, mag die (auf S. 261) zitierte Äußerung Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Parteikonferenz von 1935 illustrieren: »Unsere Bauernagitation in der Zeit vor Hitler hatte gewisse außerordentliche Schwächen. Das betraf sowohl die Sprache unserer Agitation als auch den Mangel organisatorischer Stützpunkte. Die Agitation wurde sehr sporadisch, meistens durch gelegentliche Landsonntage oder durch unsere aufs Land ziehenden Sportler betrieben. Es fehlte dieser Agitation jede Systematik und vor allen Dingen die Kenntnis der Verhältnisse im Dorfe, die sehr unterschiedlich in den verschiedensten Teilen des Reiches sind.«

Nicht daß diese Passagen ohne jeden Informationsgehalt wären. Zu erwägen bliebe aber, ob durch die Konzentration auf die Extreme im Parteienspektrum die Frage nach dem politischen Bewußtsein und dem Wahlverhalten von Bauern nicht unzulässig verengt wird und ob der Blick nicht auch auf die übrigen Parteien hätte ausgeweitet werden müssen, vielleicht so, wie das unlängst für die Anfangsphase der Weimarer Republik Martin Schumacher (Land und Politik, Düsseldorf 1978) auf einem eindrucksvoll breiten Fundament von Quellen mit Gewinn getan hat.

Jens Flemming

Wolfgang Kleinschmidt, Der Wandel des Festlebens bei Arbeitern und Landwirten im 20. Jahrhundert. Eine empirische Untersuchung in zwei unterschiedlich strukturierten Gemeinden der Westpfalz (= Kultureller Wandel, Bd. 4), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977, X, 168 S., brosch., 48 DM.

Kleinschmidts Untersuchung, eine Dissertation aus dem Schülerkreis des Münsteraner Volkskundlers Günter Wiegelmann, behandelt das Festleben der Bevölkerung in zwei kleinen Gemeinden der Westpfalz, von denen Herchweiler (1970: 562 Einwohner) von einer in die nahen Industrieräume der Saar pendelnden Arbeiterbevölkerung geprägt ist, während Selchenbach (417 Einwohner) bis heute überwiegend seinen ländlich-agrarischen Charakter be-

wahrt hat. Die Studie stützt sich neben verstreuten archivalischen Quellen vor allem auf eine in ihren Motiven, in Aufbau und methodischen Vorüberlegungen eingangs dargelegte Repräsentativerhebung durch Interviews in den Jahren 1970/71 (Fragebogen im Anhang). Das auf diese Weise erhobene, mit guten Gründen entlang der Sozialstruktur der 1930er Jahre gewichtete Sample (15 % der Erwerbstätigen: insgesamt 24 Arbeiter und 21 Landwirte) hat zwar zahlreiche, geschickt mit den Ergebnissen der älteren regionalen Volkskunde verwobene Informationen erbracht; dennoch bleiben wegen der geringen, schon durch den Umfang der Untersuchungsfelder begrenzten Dimensionen der Umfrage z. T. erhebliche Lücken und auch Zweifel gegenüber den Ergebnissen.
Der Ausbreitung und Interpretation der Umfrageresultate wird eine ausführliche Darstellung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur, der geographischen Lage, der administrativen und kirchlichen Organisation vorangestellt. Besondere Aufmerksamkeit gilt hierin der angesichts des Mangels an ortsansässigen Industriebetrieben in Herchweiler relativ starken Pendelwanderung auf der einen, dem an der Viehhaltung aufgewiesenen Wandel der Agrarstruktur auf der anderen Seite. Die hierin eingebettete Untersuchung des Festlebens verfolgt zunächst die Entwicklung der Familienfeste unregelmäßiger (Taufe, Hochzeit u. a.) und regelmäßiger (Geburtstag, Muttertag u. a.) Realisierung. Die Darstellung der Jahresfeste schließt sich dem Rhythmus des Kirchenjahres an (Weihnachten, Ostern u.a.). Unter den öffentlichen Festen wird die Kirchweih als das bis heute bedeutsamste kommunale Ereignis detailliert geschildert, während über Vereinsfeste infolge Materialmangels nur spärliche Aussagen möglich sind — hier vor allem wirkt sich der geringbemessene Umfang des Untersuchungsraums nachteilig aus, weil bekanntermaßen Vereinsaktivitäten in Klein- und Kleinstgemeinden schon wegen der schmalen Rekrutierungsfelder bis heute unbedeutend geblieben sind. Entstehung und Entwicklung von Vereinen (hier vor allem: Arbeiter- und Gesangsvereine; Feuerwehr) werden deshalb vielfach nur aus den besonderen örtlichen Verhältnissen wie dem persönlichen Ansehen und Engagement ihrer Führer verständlich. — Ähnliches gilt von der lokalen Bedeutung politischer Feste wie dem Geburtstag des Landesherrn, dem Führergeburtstag und der Maifeier, die offenbar in den untersuchten Gemeinden kaum Widerhall fanden, deren Realisation vielmehr deutlich von Einflüssen aus der dörflichen Bildungsschicht, darunter einem überzeugten nationalsozialistischen Lehrer in Herchweiler, abhing. Indessen rechtfertigt auch dieses in Teilen negative Ergebnis den Untersuchungszweck.

Zusammenfassend hebt Kleinschmidt die starke Zunahme der Familienfeste nach Zahl und Aufwand vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg hervor; auch anläßlich der Jahresfeste hat der Aufwand in den (protestantischen) Untersuchungsgemeinden durchweg erheblich zugenommen. Dagegen erlitt die jährliche Kirchweih mit dem Verlust zahlreicher ehedem zentraler Festelemente starke Bedeutungseinbußen, und der Höhepunkt der ohnehin seltenen Vereinsfeste lag ebenfalls deutlich vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Auf der Suche nach den Ursachen dieses Wandels lassen sich wiederholt städtische Einflüsse und Auswirkungen einer vermehrt industriellen Erwerbsbevölkerung ausmachen, während in der Diffusion solcher Innovationen den Schulen, Ortsverwaltungen und Pfarrgemeinden etwa im Blick auf den Muttertag, die goldene Hochzeit und die goldene Konfirmation mehr als der geringentwickelten Lokalpresse Bedeutung zukommt. Regressionen im Festleben lassen sich, am Beispiel des Geschenkaufwands, mehrfach unter dem Einfluß der politischen und ökonomischen Krisen beider Weltkriege und der Zwischenkriegszeit nachweisen.

Der Einfluß der modernen Massenmedien und der auch in dörflichen Gemeinden mit der Motorisierung immens gewachsenen Mobilität vor allem in der Dorfjugend wird zwar gestreift, nicht jedoch hinreichend im Blick auf den Wandel des Freizeitverhaltens, die Verschiebung der Bedürfnisstruktur und deren Auswirkungen auf das Festleben vertieft, wenn auch die in jüngster Zeit zunehmende Auflösung der überkommenen dörflichen Gruppenbindungen und -beziehungen Erwähnung findet (S. 115). Im ganzen gleichen sich die Phasen

der Festentwicklung in den beiden, nur wenige Kilometer entfernten, Gemeinden; allerdings deutet sich im Zusammenhang mit der Verschiebung der Erwerbsstruktur in Herchweiler zugunsten der Arbeiterschaft dort eine stärkere Innovationslatenz an, während trotz mancher Schattierungen im weiterhin agrarischen Selchenbach größere Nähe zu den Elementen der überkommenen Festkultur bewahrt wird. Sicherlich hätte dieses Ergebnis durch einen präzisen Vergleich der dörflichen Lebensweisen in den beiden Gemeinden, etwa durch eine Gegenüberstellung des Arbeits- und Lebensrhythmus einer auf Pendelwanderung und industriellen Arbeitserwerb angewiesenen Bevölkerung mit dem saisonal gegliederten Daseinsrhythmus der Landbevölkerung, vertieft werden können. So bleibt unklar, inwieweit der Umstand des Pendelverkehrs unter der Herchweilerer Arbeiterbevölkerung auch hier den älteren Lebensverhältnissen und der entsprechenden Festkultur eine relative Fortdauer ermöglicht hat, während eine Ansiedlung von Industriebetrieben am Ort die Verhältnisse weit grundlegender verändert hätte.

Angesichts der neuerlichen Tendenz der Sozialgeschichtsschreibung, sich vermehrt dem Bereich des Alltagslebens, der familiären und kommunalen Beziehungen neben dem Arbeitsplatz zuzuwenden, liegt der Wert dieser Untersuchung in der Konzentration auf bisher weithin von der Geschichtswissenschaft vernachlässigte Bereiche: auf den dörflichen Alltag und das ländliche Festleben. Gegenüber ihren älteren sektorwissenschaftlichen oder auch ideologisch verhangenen Sichtweisen vermag die neuere Volkskunde, in der sich der Akzent zugunsten des Studiums kultureller Innovation und Diffusion verschoben hat, hierzu einen bedeutenden, von der Sozialgeschichte vermehrt heranzuziehenden Beitrag zu leisten. Zwar mag dem methodischen Ansatz, kulturellen Wandel mit Hilfe von Befragungen von Zeitgenossen zu rekonstruieren, unter Fachhistorikern begründeter Zweifel begegnen, doch bleibt allemal zu berücksichtigen, daß aus dem Alltagsleben nicht eben reiche Quellen überliefert sind — ein Umstand, der etwa in der englischen Sozialgeschichtsschreibung längst zu neuen, der volkskundlichen Befragungstechnik nahekommenden Ansätzen wie der sog. »oral history« geführt hat.

Klaus Tenfelde

Richard Sorg, Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität (= Pocket Wissenschaft Soziologie/Politologie), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 134 S., kart., 14,80 DM.

In knapper und übersichtlicher Gedankenführung zeichnet der Verfasser ein Spektrum der Bedeutungsinhalte des Ideologiebegriffs und skizziert dabei die historischen Hintergründe, die seinen inhaltlichen Wandel bzw. seine Erweiterung bewirkten. Dabei legt die Studie das Schwergewicht auf die Begründung der Ideologietheorie von Marx und Engels, beginnend mit der Basis-Überbau-Lehre und gipfelnd in der Darstellung des Warenfetischismus als speziellen, aber zentralen Bestandteiles bürgerlichen Bewußtseins. Der Verfasser verfolgt sodann die Weiterentwicklung des marxistischen Ideologiebegriffs durch Lenin, der unter veränderten sozialgeschichtlichen Verhältnissen den Terminus Ideologie unter Rückgriff auf Marx' »Überbau« generell als klassengebundenes Denken interpretierte und somit die Konzeption eines entwickelten proletarischen Bewußtseins ermöglichte. In Verbindung mit der marxistischen Theorie und ihrer Fortentwicklung durch die Partei als Avantgarde und politisch bewußten Teil der Arbeiterschaft konnte sich daher der Ideologiebegriff im Sprachgebrauch verengen zur Kennzeichnung der Lehre des Marxismus-Leninismus als »proletarischer Ideologie«. Es ist das Hauptverdienst der Studie, die historischen Gründe für die jeweiligen weiteren und engeren Fassungen des marxistischen Ideologiebegriffs in ihrer historischen Bedingtheit nachzuzeichnen und sie voneinander abzugrenzen.

Etwas pauschal werden die sogenannten bürgerlichen Ideologietheorien behandelt, von

der Festentwicklung in den beiden, nur wenige Kilometer entfernten, Gemeinden; allerdings deutet sich im Zusammenhang mit der Verschiebung der Erwerbsstruktur in Herchweiler zugunsten der Arbeiterschaft dort eine stärkere Innovationslatenz an, während trotz mancher Schattierungen im weiterhin agrarischen Selchenbach größere Nähe zu den Elementen der überkommenen Festkultur bewahrt wird. Sicherlich hätte dieses Ergebnis durch einen präzisen Vergleich der dörflichen Lebensweisen in den beiden Gemeinden, etwa durch eine Gegenüberstellung des Arbeits- und Lebensrhythmus einer auf Pendelwanderung und industriellen Arbeitserwerb angewiesenen Bevölkerung mit dem saisonal gegliederten Daseinsrhythmus der Landbevölkerung, vertieft werden können. So bleibt unklar, inwieweit der Umstand des Pendelverkehrs unter der Herchweilerer Arbeiterbevölkerung auch hier den älteren Lebensverhältnissen und der entsprechenden Festkultur eine relative Fortdauer ermöglicht hat, während eine Ansiedlung von Industriebetrieben am Ort die Verhältnisse weit grundlegender verändert hätte.

Angesichts der neuerlichen Tendenz der Sozialgeschichtsschreibung, sich vermehrt dem Bereich des Alltagslebens, der familiären und kommunalen Beziehungen neben dem Arbeitsplatz zuzuwenden, liegt der Wert dieser Untersuchung in der Konzentration auf bisher weithin von der Geschichtswissenschaft vernachlässigte Bereiche: auf den dörflichen Alltag und das ländliche Festleben. Gegenüber ihren älteren sektorwissenschaftlichen oder auch ideologisch verhangenen Sichtweisen vermag die neuere Volkskunde, in der sich der Akzent zugunsten des Studiums kultureller Innovation und Diffusion verschoben hat, hierzu einen bedeutenden, von der Sozialgeschichte vermehrt heranzuziehenden Beitrag zu leisten. Zwar mag dem methodischen Ansatz, kulturellen Wandel mit Hilfe von Befragungen von Zeitgenossen zu rekonstruieren, unter Fachhistorikern begründeter Zweifel begegnen, doch bleibt allemal zu berücksichtigen, daß aus dem Alltagsleben nicht eben reiche Quellen überliefert sind — ein Umstand, der etwa in der englischen Sozialgeschichtsschreibung längst zu neuen, der volkskundlichen Befragungstechnik nahekommenden Ansätzen wie der sog. »oral history« geführt hat.

Klaus Tenfelde

Richard Sorg, Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität (= Pocket Wissenschaft Soziologie/Politologie), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 134 S., kart., 14,80 DM.

In knapper und übersichtlicher Gedankenführung zeichnet der Verfasser ein Spektrum der Bedeutungsinhalte des Ideologiebegriffs und skizziert dabei die historischen Hintergründe, die seinen inhaltlichen Wandel bzw. seine Erweiterung bewirkten. Dabei legt die Studie das Schwergewicht auf die Begründung der Ideologietheorie von Marx und Engels, beginnend mit der Basis-Überbau-Lehre und gipfelnd in der Darstellung des Warenfetischismus als speziellen, aber zentralen Bestandteiles bürgerlichen Bewußtseins. Der Verfasser verfolgt sodann die Weiterentwicklung des marxistischen Ideologiebegriffs durch Lenin, der unter veränderten sozialgeschichtlichen Verhältnissen den Terminus Ideologie unter Rückgriff auf Marx' »Überbau« generell als klassengebundenes Denken interpretierte und somit die Konzeption eines entwickelten proletarischen Bewußtseins ermöglichte. In Verbindung mit der marxistischen Theorie und ihrer Fortentwicklung durch die Partei als Avantgarde und politisch bewußten Teil der Arbeiterschaft konnte sich daher der Ideologiebegriff im Sprachgebrauch verengen zur Kennzeichnung der Lehre des Marxismus-Leninismus als »proletarischer Ideologie«. Es ist das Hauptverdienst der Studie, die historischen Gründe für die jeweiligen weiteren und engeren Fassungen des marxistischen Ideologiebegriffs in ihrer historischen Bedingtheit nachzuzeichnen und sie voneinander abzugrenzen.

Etwas pauschal werden die sogenannten bürgerlichen Ideologietheorien behandelt, von

denen nur auf die von Max Weber, Karl Mannheim, Ernst Topitsch und Jürgen Habermas näher eingegangen wird. Wünschenswert wäre beispielsweise eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem kritischen Rationalismus gewesen, für den Topitsch kaum als alleiniger und berufenster Sprecher ausreichen dürfte. Andererseits besticht die Kritik an den hier behandelten Ideologietheoretikern. Der Verfasser weist nach, daß deren Ideologiebegriffe als Antwort auf den marxistischen zu verstehen sind, und versucht aufzuzeigen, in welcher Abhängigkeit vom Entwicklungsstand der bürgerlichen Gesellschaft sich deren Terminologie befindet. Ausgehend vom marxistischen Standpunkt des Verfassers, ist der Studie innere Folgerichtigkeit in der Fortführung des Ansatzes und dabei Differenzierungsvermögen ohne Verwässerung oder Preisgabe zentraler theoretischer Positionen zu bescheinigen. Auf dem neuesten Stand gerade auch der marxistischen Forschung, bietet sie eine komprimierte Übersicht über die komplexe Problematik des marxistischen Ideologiebegriffs und vermag mit ihrer Kürze und vor allem ihrer klaren und prägnanten Sprache langatmige Jargonergüsse soziound politologischer Kompendien zu diesem Thema zu ersetzen.

Angesichts der formalen Qualität der Studie kann und muß eine Auseinandersetzung sich auf den Inhalt und damit auf die politische Position des Verfassers konzentrieren. Die marxistische Ideologiediskussion insgesamt hat zwar die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften seit 1917 verfolgt und zudem ihr theoretisches Instrumentarium durch Entlehnungen aus anderen Forschungsgebieten, namentlich der Sozialpsychologie, erweitert und verfeinert. Sie hat jedoch, scheint mir, die parallele Entwicklung von rund 60 Jahren sozialistischer Gesellschaft unterschlagen. Der marxistische Ideologiebegriff ist, ungeachtet der durch Lenins Begriffserweiterungen gegebenen Möglichkeiten, vor dem Hintergrund des Klassenantagonismus stehen geblieben und folglich auf die Frage, was Ideologie in sozialistischen Gesellschaften bedeutet und bewirken kann, kaum eingegangen. Der Verfasser kritisiert wiederholt die ausschließlich pejorative Verwendung des Begriffs Ideologie und deutet dies als Übertragung der Verkehrtheit des bürgerlichen Bewußtseins auf jedes Klassenbewußtsein schlechthin, als Reaktion auf die Politisierung und Bewußtseinsbildung der Arbeiterschaft. Er stellt indessen nicht die Frage, welchen Beitrag der Marxismus-Leninismus selbst zur Entstehung dieses abschätzigen Sprachgebrauchs geliefert hat.

Nach Ansicht des Verfassers (S. 49 f.) benötigt das Bürgertum zur Wahrnehmung seiner Interessen eine zumindest partiell richtige Erkenntnis der Gesellschaft. An anderer Stelle (S. 59) bestätigt er, daß das bürgerliche Klasseninteresse ungeachtet seiner Erkenntnisverweigerung gegenüber der historisch-sozialen Realität eine »Vielfalt möglicher zutreffender Detailerkenntnisse gesellschaftlicher Erscheinungen im einzelnen« zulasse. An dritter Stelle erwähnt er, daß der proletarische Klassenstandpunkt die *Voraussetzung*, nicht jedoch die *Garantie* richtiger Erkenntnis sei. Mit anderen Worten: Die bürgerliche Ideologie kann ungeachtet der Verkehrtheit ihres gesellschaftlichen Gesamtbildes sehr wohl zahlreiche richtige Details, die sozialistische jedoch trotz der Richtigkeit im ganzen viele Irrtümer im einzelnen enthalten. Man sieht, daß hier die Begriffe *richtig* und *falsch*, *Teil* und *Ganzes* nicht unbeträchtliche theoretische Schwierigkeiten aufwerfen. Die offizielle marxistisch-leninistische Lehre hat eine Reihe von Fachgebieten als »bürgerlich« verdammt, die sie später ganz oder teilweise rehabilitiert hat: Quantenmechanik und Relativitätstheorie, Kybernetik, Psychoanalyse und Genetik. Sowohl Verdammung als auch spätere Rehabilitierung wurden aus dem theoretischen Argumentationsarsenal des Marxismus-Leninismus abgesegnet, jeweils mit einem recht anmaßenden Anspruch auf Unfehlbarkeit aufgrund des richtigen Klassenstandpunktes. Der abschätzige Beigeschmack in der Kennzeichnung des Marxismus als Ideologie hat durchaus historische Anlässe.

Die Frage erhält zusätzlich politischen Charakter durch die Tatsache, daß die Verdammung ganzer Fachgebiete nicht auf die private und persönliche Borniertheit fachlich inkompetenter Parteifunktionäre zurückgeht, sondern Ausfluß und Bestandteil einer systematischen Politik

war. Wir können weiter ergänzen, daß der Marxismus-Leninismus bisher stets dazu gedient hat, divergierende Interessen zu artikulieren und zu rechtfertigen. Zerstrittene Fraktionen oder Gruppierungen wie Stalinisten und Trotzkisten, abtrünnige Parteien wie die jugoslawische, verfeindete Regime in Moskau und Peking haben sich gleichermaßen und mit dem gleichen Anspruch auf den gleichen Marxismus-Leninismus berufen, der anderen Seite jedoch Verrat, Verdrehung, Verblendung und nicht zuletzt Verschleierung antisozialistischer Motive unterstellt. Der Marxismus-Leninismus hat stets auch dazu gedient, vor allem dort, wo Kommunisten regieren, nationale, staatliche, administrative, parteiamtliche und nicht zuletzt auch persönliche Interessen zu verschleiern, und hat zweifellos in einem anderen Sinne als nach eigenem Selbstverständnis als herrschaftstechnisches Instrument gedient.

Der pejorative Gebrauch des Ideologiebegriffs hinsichtlich des Marxismus-Leninismus ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß er für vielfältige Formen von Machtmißbrauch hat herhalten müssen. Die theoretische Problematik hieraus ergibt sich aus dem Widerspruch zwischen marxistischem Selbstverständnis und historischer Wirklichkeit, wonach das herrschaftstechnische Instrument der Bewußtseinstrübung bislang fast ausschließlich dem Arsenal zur Verteidigung von Klasseninteressen zugeordnet wurde und somit die Möglichkeit eines Mißbrauchs der Theorie in sozialistischen Gesellschaften ausschloß. Daß ausgerechnet eine Theorie, die für sich die Funktion der Aufklärung und Entschleierung von Herrschaftsstrukturen in Anspruch nahm, selbst zur legitimierenden Phraseologie verkümmern konnte, zeigt die Notwendigkeit zur Neubestimmung des Ideologiebegriffs, der auch den »Priester- und Herrentrug« in den Bereich möglicher Bedeutungsinhalte einbezieht. Jedenfalls dürfte das Flair politischer Jungfräulichkeit, wonach ein Marxist das (und nur das), was er sagt, auch tatsächlich und ohne Arg meint, zum Schatz politischer Legendenbildung gehören.

Patrik von zur Mühlen